

Ingo Wille

## **Transport in den Tod**

Von Hamburg-Langenhorn  
in die Tötungsanstalt Brandenburg

Lebensbilder von  
136 jüdischen Patientinnen und Patienten

Mit Beiträgen von  
Nelly Birgmeier  
Sigurd Brieler  
Björn Eggert  
Ursula Häckermann  
Maria Koser  
Heidemarie Kugler-Weimann  
Georg Lilienthal  
Margot Löhr  
Susanne Lohmeyer  
Klaus Möller  
Gunhild Ohl-Hinz  
Anika Reineke  
Susanne Rosendahl  
Frauke Steinhäuser  
Hildegard Thevs  
Schülerinnen des Beruflichen Gymnasiums  
„Der Ravensberg“, Klasse 11e, Kiel, mit Unterstützung  
durch die ver.di-Projektgruppe (2010)



Ingo Wille

## Transport in den Tod

Von Hamburg-Langenhorn  
in die Tötungsanstalt Brandenburg

Lebensbilder von 136  
jüdischen Patientinnen und Patienten



Die **Landeszentrale für politische Bildung** ist Teil der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. Ein pluralistisch zusammengesetzter Beirat sichert die Überparteilichkeit der Arbeit.

Zu den Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung gehören:

- Herausgabe eigener Schriften
- Erwerb und Ausgabe von themengebundenen Publikationen
- Koordination und Förderung der politischen Bildungsarbeit
- Beratung in Fragen politischer Bildung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen
- Finanzielle Förderung von Veranstaltungen politischer Bildung
- Veranstaltung von Rathausseminaren für Zielgruppen
- Öffentliche Veranstaltungen

Unser Angebot richtet sich an alle Hamburgerinnen und Hamburger. Die Informationen und Veröffentlichungen können Sie während der Öffnungszeiten des Informationsladens abholen. Gegen eine Bereitstellungspauschale von 15 € pro Kalenderjahr erhalten Sie bis zu 5 Bücher aus einem zusätzlichen Publikationsangebot.

Die Landeszentrale Hamburg arbeitet mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Unter der gemeinsamen Internet-Adresse [www.politische-bildung.de](http://www.politische-bildung.de) werden alle Angebote erfasst.

Die Büroräume befinden sich in der Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg.

Der Informationsladen ist im Dammtorwall 1, 20354 Hamburg.

Öffnungszeiten des Informationsladens:

Montag bis Donnerstag: 12.30 Uhr bis 17.00 Uhr,

Freitag: 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Erreichbarkeit: Telefon: (040) 42823 - 4808

Telefax: (040) 427 31 0673

E-Mail: [PolitischeBildung@bsb.hamburg.de](mailto:PolitischeBildung@bsb.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/politische-bildung](http://www.hamburg.de/politische-bildung)

Die Verfasserinnen/Verfasser haben die Bildrechte eingeholt. Sollte dies nicht in allen Fällen möglich gewesen sein, bitten wir die Rechteinhaber, sich an die Landeszentrale zu wenden.

© Landeszentrale für politische Bildung; Hamburg 2017 Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, der Sendung in Rundfunk und Fernsehen und der Bereitstellung im Internet.

© Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Beim Schlump 83, 20144 Hamburg

Projektleiterinnen/Redakteurinnen/

Herausgeberinnen: Dr. Rita Bake/Dr. Beate Meyer

Wissenschaftliche Betreuung: Dr. Beate Meyer

Gestaltung und Herstellung Metropolis Verlag, Berlin

Druck: buchdruckerei.de, Berlin

Redaktionsschluss: Juni 2017

Umschlagbild: Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde

Foto: Ingo Wille

ISBN: 978-3-946246-11-4

# Inhalt

<b>Grußwort: Das Unrecht anerkennen und an die Opfer erinnern</b>	7
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg	
<b>Einleitung I</b>	9
Rita Bake · Beate Meyer	
<b>Einleitung II</b>	11
Ingo Wille	
<b>Der NS-Anstaltsmord an jüdischen Patientinnen und Patienten</b>	17
Georg Lilienthal	
<b>Transport in den Tod</b>	41
Die Ermordung jüdischer Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg	41
Die Herkunftsanstalten für die Sammelanstalt Hamburg-Langenhorn	57
Ingo Wille	
<b>Die Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z</b>	81
<b>Anhang</b>	
Namen der am 23. September 1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel deportierten Jüdinnen und Juden	515
<b>Glossar</b>	525
Beate Meyer	
Zeitleiste der antijüdischen Maßnahmen und Aktionen	541
Zeitleiste „Euthanasie“	544
Rechtsvorschriften (§ 22 Hmb. Verhältnissetz, § 42 b Reichsstrafgesetzbuch)	546
Abkürzungen	547
Quellen- und Literaturverzeichnis	549
Personenregister	567



## Grußwort

# Das Unrecht anerkennen und an die Opfer erinnern

Sie waren von nationalsozialistischen Ärzten als psychisch krank oder geistig behindert diagnostiziert worden. 136 jüdische Frauen und Männer, die aus Hamburg, Mecklenburg und Schleswig-Holstein kamen. Auf Anweisung der Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4, der die Leitung für die Ermordung behinderter Menschen oblag, wurden sie in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn zusammengezogen und am 23. September 1940 in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel gebracht. Bis auf eine Patientin wurden alle noch am gleichen Tag in der Gaskammer ermordet. Als behinderte *und* jüdische Patienten hatten die Frauen und Männer überhaupt keine Chance zu überleben.



Der 21. Band der Reihe „Stolpersteine“ schildert die Geschichten dieser Frauen und Männer. Die 136 Einzelbiografien sind das Ergebnis sehr sorgfältiger und umfassender Recherche. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus.

Die Ermordung von Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen ist immer noch unzureichend erforscht. Jüngste Forschungen gehen von 300 000 Opfern im Deutschen Reich und den damals besetzten Gebieten aus. In Dutzenden Pflege- und Heilanstalten und sechs Vergasungsanlagen, die mitten in Deutschland lagen, wurden anvertraute Patienten von medizinischem Fachpersonal systematisch ermordet.

Medizinische Institutionen und Organisationen haben das Thema lange nicht angeührt. Überlebende und Angehörige wurden noch Jahrzehnte lang stigmatisiert. Auch Hamburg hat sich der Verantwortung erst spät gestellt. Mindestens 5000–6000 Menschen wurden in unserer Stadt wegen einer Behinderung oder geistigen Erkrankung getötet. Es gab einzelne Formen des Andenkens, etwa Gedenksteine und Informationstafeln auf dem Klinikgelände in Alsterdorf und ebenso in Ochsenzoll. Auch erinnern viele „Stolpersteine“ an die Menschen mit Behinderungen.

Mit einer Dauerausstellung im Medizinhistorischen Museum des UKE und einem umfangreichen Gedenkbuch für alle bislang bekannten Opfer des NS-Euthanasie Programms in Hamburg setzt die Stadt in diesem Jahr ein deutliches Zeichen des Gedenkens. Das Stolperstein-Buch zu den 136 Morden an jüdischen Menschen mit Behinderungen ist dazu eine wichtige vertiefende Darstellung.

In der historischen Forschung ist inzwischen weitgehend anerkannt, dass ein enger Zusammenhang zwischen den Verbrechen des Nationalsozialismus an Menschen mit Behinderungen und der systematischen Ermordung der europäischen Juden besteht. Der US-amerikanische Historiker Henry Friedlander formulierte in seinem Buch „From Euthanasia to the Final Solution“ 1995 die These, das Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten habe wie ein Probelauf für das Vernichtungsprogramm an den Juden funktioniert. Dem nationalsozialistischen Regime sei damit deutlich geworden, dass Massentötungen technisch möglich sind und normale Bürger willens waren, sich an der Vernichtung zu beteiligen. Erprobt wurde das Kohlenmonoxid in Gaskammern als Tötungsmittel ebenso wie die Möglichkeit, die Bürokratie für den Massenmord nutzbar zu machen.

Etwa zeitgleich mit dem Vernichtungsprogramm für Erwachsene begann auch die Ermordung von Kindern mit geistigen und körperlichen Behinderungen. Hitler persönlich erteilte im Oktober den auf den Kriegsbeginn rückdatierten Auftrag, die Befugnisse von ausgewählten Ärzten so zu erweitern, dass sie die systematische Ermordung von Menschen mit Behinderungen veranlassten.

Das Euthanasie-Programm traf eine bürokratisch weitgehend erfasste, rechtlose und ihren Mördern schutzlos ausgelieferte Gruppe. Schon lange waren Familien gedrängt worden, ihre Angehörigen in die Anstalten zu geben. Eingriffe wie Zwangssterilisation, Zwangsabtreibungen, die nicht selten zum Tod führten und Tod durch Hunger und Vernachlässigung gehörten zum Alltag in medizinischen Einrichtungen.

Mit dem Wort „Euthanasie“ wurde die Ermordung und systematische Vernichtung als medizinische Hilfsleistung zynisch getarnt. Zugleich lieferte die Hierarchisierung von Wertigkeiten des Lebens und die ideologische Entwertung von Menschen mit Behinderungen die Legitimation für die Mittäter. Die Akten der Täter, die heute den Großteil der Erinnerungsarbeit bestimmen, zeigen die Mördersprache der Entmenschlichung.

Wissenschaft, Zivilgesellschaft und medizinische Institutionen übernehmen heute gemeinsam die Spurensuche, und alle, die sich damit beschäftigen, sind von der ungeheuren Grausamkeit ebenso schockiert, wie von der Tatsache der jahrzehntelangen Tabuisierung.

Die späte Form der Anerkennung der Opfer ist sicher auch dem Andauern von Denkmustern geschuldet, die der Nationalsozialismus geprägt und deren kulturelles Fortbestehen auch in der Bundesrepublik Deutschland lange ein echtes Unrechtsbewusstsein verhindert hat.

Deshalb sind Bücher wie dieser 20. Band zu den Biografien der am 23. September 1940 verschleppten und ermordeten Frauen und Männer so bedeutsam. Ich danke den Autorinnen und Autoren, besonders Ingo Wille, und allen, die die Recherche unterstützt haben. Dieser Band ist ein wichtiger Beitrag zum Andenken und zur Anerkennung des Unrechts. Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit sind auch eine beständige Mahnung: Jedes Menschenleben ist gleich wichtig, niemand hat das Recht, das zu bestreiten.

*Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg*

## Einleitung I

Mehr als 5300 Stolpersteine hat der Künstler Gunter Demnig seit 2002 in Hamburg verlegt. Über 90 Prozent von ihnen erinnern an ermordete Jüdinnen und Juden, andere an „Euthanasie“-Opfer, politisch Verfolgte, Homosexuelle, Bibelforscherinnen und Bibelforscher, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Deserteure oder etliche mehr. Die Stolpersteine ermöglichen dezentrales Gedenken im Alltag an den Wohn- oder Wirkungsorten derer, denen die Steine gewidmet sind. Ein Großteil der Hamburger Jüdinnen und Juden lebte im Grindelgebiet, wo sich heute das Universitätsgelände befindet. So liegen hier auch die meisten Stolpersteine. Doch im Zuge ihrer Assimilation verließen viele jüdische Familien ihre angestammten Wohngebiete nahe der Synagogen und Einrichtungen der jüdischen Gemeinde und siedelten sich in anderen Stadtteilen an. So finden sich heute Stolpersteine für Juden auch in fast allen anderen Stadtteilen neben denen für andere Opfer des NS-Regimes.

Die Stolpersteine sind ein Projekt von Gunter Demnig, zugleich demonstrieren sie den Willen der sogenannten Paten, die Erinnerung an die Menschen, die während des Nationalsozialismus ermordet worden, in den Tod getrieben oder an den Folgen der Verfolgung gestorben sind, wieder in die Geschichte ihres Stadtteils zu integrieren, die Erinnerung an sie nicht verblasen zu lassen. So spiegeln unsere stadtteilbezogenen Veröffentlichungen weniger die Zahl der Ermordeten in einem Quartier wider, vielmehr zeigen sie, wie aktiv die heutigen Bewohnerinnen und Bewohner, Initiativen oder Organisationen Patenschaften übernehmen.

Der Name auf dem Messingstein und die wenigen Daten dort halten die Erinnerung an einen Menschen wach, während oft genug über dessen Biografie nur wenig oder gar nichts bekannt ist. Deshalb entwickelten wir 2006 die Idee, zusammen mit ehrenamtlich Forschenden auch die dazugehörigen Biografien zu recherchieren und zu publizieren. Wir suchten und fanden Mitstreiter in allen Hamburger Stadtteilen. In den elf Jahren Laufzeit des Projektes „Biographische Spurensuche“ arbeiteten bisher mehr als 300 Personen mit. Sie haben mehr als 3100 Lebensgeschichten rekonstruiert. Diese Forschenden stammen teils aus Geschichtswerkstätten, teils studieren sie oder schreiben eine Doktorarbeit, teils sind sie pensionierte Lehrerinnen und Lehrer oder andere engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ihre Motive, einen Großteil ihrer Freizeit und Energie in diese Arbeit zu stecken, sind sehr unterschiedlich. Die Beweggründe erläutern sie jeweils in den Einleitungen ihrer Bücher. So entstanden 19 stadtteilbezogene Bände (vier weitere sind in Arbeit), die wir unter dem Titel „Stolpersteine in Hamburg – Biographische Spurensuche“ herausgegeben haben. Die meisten Beteiligten stellen die Arbeit mit dem Erscheinen ihres Buches nicht ein: Sie bie-

ten Veranstaltungen, Rundgänge oder Fahrradtouren zum Thema an, gehen in die Schulen, konzipieren Ausstellungen oder empfangen angereiste Verwandte und zeigen ihnen die Stätten, die für ihre Familien einst wichtig waren. Die einzelnen Biografien werden auf der Website [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de) veröffentlicht, nach und nach ins Englische übersetzt und sind so weltweit online einsehbar.

Der vorliegende Band bricht mit dem bisherigen Prinzip, jeweils die Stolpersteine in einem Stadtteil mit Lebensgeschichten zu ergänzen. Ingo Wille hat stattdessen die 136 Einzelbiografien des einzigen Transports von jüdischen Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung in die Tötungsanstalt Brandenburg erforscht. Über die meisten von ihnen lagen bisher nicht einmal rudimentäre Kenntnisse vor. Viele der Ermordeten stammten aus Hamburg, andere kamen aus Schleswig-Holstein oder Mecklenburg, denn Hamburg diente als norddeutscher Sammelpunkt für den Weg in den Tod. Für viele von ihnen sind bereits Stolpersteine verlegt, für andere werden noch Paten gesucht. Georg Lilienthal gibt in seiner Einleitung einen allgemeinen und gleichzeitig beispielgesättigten Überblick über die Geschichte der „Euthanasie“, während Ingo Wille sich mit den Hamburger Verhältnissen befasst und kurz Geschichte und Funktion der einzelnen Einrichtungen beschreibt, die die Betroffenen verlassen mussten, bevor sie von der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn am 23. September 1940 abtransportiert wurden. Oftmals waren deren Familien emigriert, die kranken Angehörigen hatten sie wegen der Einreisebestimmungen ihrer Zielländer nicht mitnehmen können. Die Biografien zeigen: Aufgrund der jüdischen Herkunft und der Behinderung wurden sie unterschiedslos ermordet: Alte und Junge, Menschen mit kaum einer oder mit höherer Bildung, ungeachtet, ob sie aus reichen oder armen Familien stammten. Nicht einmal der Verschonungsgrund „arbeitsfähig“ wurde ihnen zugebilligt.

Für den vorliegenden Band haben wir das in den vorangegangenen Büchern umfangreichere Glossar (siehe [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)) auf die hier vorkommenden Begriffe begrenzt. Ebenso handhaben wir es mit der Einleitung und den Zeitleisten.

Wir hoffen, dass dieses Buch, die vorangegangenen und die noch folgenden Bände und auch unsere Website nicht nur die Erinnerung an die genannten Personen wachhalten, sondern auch dazu beitragen, ein Geschichtswissen und -bewusstsein zu erzeugen und weiterzugeben und damit rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken. Diese Absicht verbindet alle Projektbeteiligten, so unterschiedlich sie auch sonst sind.

Wie stets bei der Erstellung unserer Bücher blicken wir auf die enge und für beide Seiten fruchtbare Zusammenarbeit mit Peter Hess zurück, dem Koordinator der Stolperstein-Aktion in Hamburg. Das Hamburger Staatsarchiv wie andere norddeutsche Archive stellen die notwendigen Akten bereit, wir danken deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, vielen ungenannten Archiven, Zeitleuginnen und Zeitleugen, die unsere Arbeit unterstützen, und nicht zuletzt unseren Institutionen, der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden.

## Einleitung II

Von dem Mord an jüdischen Patientinnen und Patienten mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung erfuhr ich im Jahr 2009 durch das Buch „Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus“ von Michael Wunder, Ingrid Genkel und Harald Jenner. Darin werden ehemalige Alsterdorfer Anstaltsbewohnerinnen und -bewohner genannt, die zusammen mit weiteren Menschen jüdischer Herkunft am 23. September 1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und am selben Tag mit Kohlenmonoxid ermordet wurden. Dem Beitrag von Peter von Rönn in dem Buch „Wege in den Tod“ über „Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus“ entnahm ich, dass 136 Jüdinnen und Juden in diese Mordaktion einbezogen worden waren. Zudem fand ich einzelne Lebensgeschichten von jüdischen Menschen, die in Brandenburg ermordet worden waren, in den bis dahin veröffentlichten Büchern der Reihe „Stolpersteine in Hamburg – Biographische Spurensuche“. Diese verschiedenen Hinweise führten 2011 zu dem Entschluss, die Lebensgeschichten dieser aus Langenhorn abtransportierten 136 Menschen zu erforschen. Bestärkt fühlte ich mich durch den Aufsatz „Jüdische Patienten als Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen“ von Georg Lilienthal aus dem Jahr 2009 in der Internet-Zeitschrift Medaon. Darin legt er u. a. dar, wie bedeutsam die systematische Dokumentation dieser Mordaktionen und ihrer Opfer ist.

In diesem Band werden die Namen und Lebensdaten der 136 Abtransportierten wiedergegeben und ihre Lebensgeschichten vorgestellt. 135 erreichten Brandenburg am selben Tag und wurden umgehend in einem Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Eine Frau durfte in Berlin den Zug verlassen. Sie lebte noch zwei Jahre in der (jüdischen) Anstalt Bendorf-Sayn bei Koblenz, bevor sie nach Ostpolen deportiert und dort ermordet wurde.

Auf Anweisung der „Euthanasie“-Organisation in der Berliner Tiergartenstraße 4 waren die Patientinnen und Patienten zuvor aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg für einen Sammeltransport in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn im Norden Hamburgs zusammengezogen worden. Als Ziel galt eine nicht vorhandene „komfortable“ Anstalt in „Cholm“ östlich von Lublin in Polen. Entsprechend fertigte die Berliner „Euthanasie“-Zentrale für die in Brandenburg Ermordeten Sterbeurkunden an, die falsche Angaben eines nicht existenten Standesamtes über den Sterbeort, die Sterbedaten und die Todesursachen enthielten. Gleichartige Mordaktionen an jüdischen und nichtjüdischen Personen fanden

zu dieser Zeit in vielen Teilen des Deutschen Reiches statt. Sie bildeten in vielerlei Hinsicht die Handlungsvorlage für die Vernichtung der Juden in Europa.

Für die Erarbeitung der in diesem Band präsentierten Biografien dienten in vielen Fällen Krankenakten aus norddeutschen Heil- und Pflegeanstalten. Waren die darin enthaltenen Ausführungen vor 1933 von Sorge um die Kranken geprägt, veränderte sich dies mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Die Diktion in vielen Krankenakten macht deutlich, wie die Einstellung zu den Patientinnen und Patienten und der Umgang mit ihnen zunehmend von Kosten-Nutzen-Erwägungen und Vorurteilen geprägt wurden. Dies gilt sowohl für Aufzeichnungen über nichtjüdische, in stärkerem Maße aber noch für die über jüdische Kranke. Beispiele finden sich in mehreren Biografien. Sind Krankenakten die einzigen Quellen für eine biografische Arbeit, so galt es, abfällige und rassistisch aufgeladene Berichte aus der NS-Zeit nicht auf die biografischen Texte in diesem Buch abfärben zu lassen.

Die trotz aufwendiger Recherche zum Teil nur bruchstückhaften Informationen zu einem Gesamtbild zusammenzufügen gelang nicht immer, hier sind spätere Ergänzungen willkommen. Einige der Lebensgeschichten waren im Rahmen des oben genannten Hamburger Stolpersteinprojekts schon früher erforscht und veröffentlicht worden. Sie wurden – ergänzt durch neuere Rechercheergebnisse – in diesen Band übernommen. Margot Löhr, Susanne Rosendahl und Hildegard Thevs trugen zu diesem Buch durch eigens dafür verfasste Biografien bei.

Aus dem kenntnisreichen Beitrag von Georg Lilienthal, Historiker und früherer Leiter der „Euthanasie“-Gedenkstätte Hadamar, über den „NS-Anstaltsmord an jüdischen Patientinnen und Patienten“ wird sichtbar, wie sich der Mord vom 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel in das „Euthanasie“-Mordprogramm der Nationalsozialisten einpasste.

Die Begriffe „geistige Behinderung“ oder „psychische Erkrankung“ sowie die Bezeichnung der davon Betroffenen unterlagen im Laufe der Geschichte einem fortlaufenden Wandel. So finden sich in den Krankenakten Ausdrücke wie z. B. „Debilität“, „Imbezillität“, „Idiotie“, „Schwachsinn“, „Nervenkrankheit“, „Melancholie“, die früher zur Kennzeichnung unterschiedlicher Ausprägungen psychischer Erkrankungen verwendet wurden und z. T. auch – mit negativer Konnotation – Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch gefunden haben. Diese Begriffe finden sich vereinzelt auch in den Biografien, jedoch nur als Zitate aus den Krankenakten, soweit sie zum Verständnis des jeweiligen Zusammenhangs erforderlich erschienen. Auch in der aktuellen Fachliteratur werden unterschiedliche Begriffe wie „geistig Behinderte, Geistesranke“ u. ä. verwendet. Es ist immer noch schwierig, sich auf beschreibende, nichtdiskriminierende Formulierungen zu verständigen. In diesem Band wird von „Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen“ gesprochen mit dem Ziel, dem berechtigten Anspruch der Betroffenen auf respektvollen Umgang Rechnung zu tragen.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Lebensgeschichten gleichen sich die Beschreibungen der Vorbereitung des Transportes in den Tod durch die Berliner Euthanasie-Zentrale ab Frühjahr/Sommer 1940 und der Durchführung der Mordaktion in der Gaskammer der Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel. Dies erschien notwendig, weil so jede Lebensgeschichte aus sich selbst heraus verständlich ist und als selbstständiger Text in die Datenbank auf der Internetseite [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de) übernommen werden kann. In dieser Datenbank sind die bisher verlegten Stolpersteine in Hamburg und die Biografien recherchierbar. Die Biografien der in Brandenburg Ermordeten kommen hinzu, sobald für diese Menschen Stolpersteine verlegt sind.

Für viele der 136 jüdischen Frauen, Männer und Jugendlichen, die nach Brandenburg in den Tod geschickt wurden, war Hamburg der Heimatort. 21 von ihnen hatten hier keine Wohnadresse, und es fand sich bisher auch kein geeigneter Ort, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte. Ihre Biografien werden dennoch in der Stolperstein-Datenbank zu finden sein. Für andere liegen bereits Stolpersteine in Lübeck und Kiel. Auch ihre Biografien werden des Sammelorts Langenhorn wegen in die Hamburger Stolperstein-Datenbank aufgenommen.

## Danksagung

Mein Dank gilt zuerst Dr. Rita Bake, der ehemaligen stellvertretenden Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, und Dr. Beate Meyer vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden. Sie unterstützten dieses Buchprojekt schon frühzeitig und setzten sich für seine Realisierung ein. Ohne sie wäre das Buch wohl nicht erschienen.

Die Erarbeitung dieses Bandes erforderte eine jahrelange Recherche, die ohne die bereitwillige Unterstützung durch viele Menschen und Institutionen nicht erfolgreich hätte abgeschlossen werden können. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank. Einige möchte ich stellvertretend für die vielen nennen, die ich nicht alle erwähnen kann.

Das Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere Thomas Fritz, Barbara Koschlig und Helga Mügge trugen über Jahre die Hauptlast der Archivarbeit. Dafür gebührt ihnen ebenso mein herzlicher Dank wie Jürgen Sielemann, der mir wertvolle Recherchehinweise gab.

Dr. Kai Sammet, stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, ermöglichte mir den Zugang zu dort noch vorhandenen Krankenakten der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Der Dank an ihn verbindet sich mit dem an Prof. Dr. Cornelius Borck, dem Direktor des Instituts für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Universität zu Lübeck, und an Dr. Sonja Mählmann am dortigen Institut. Sie gestatteten mir den Einblick in Krankenakten der früheren Heilanstalt Strecknitz.

Dr. Michael Wunder, Leiter des Beratungszentrums der Evangelischen Stiftung Alsterdorf, und den Historiker Dr. Harald Jenner konnte ich jederzeit zu Bewohnerinnen und Bewohnern der früheren Alsterdorfer Anstalten um Auskunft bitten.

Alle von mir angeschriebenen und besuchten Landes-, Stadt- und Kommunalarchive, Standesämter und Stadtverwaltungen in Deutschland zeigten große Hilfsbereitschaft und unterstützten mich so manches Mal zusätzlich mit weiterführenden Hinweisen. Stellvertretend nenne ich Holger Horstmann, der im Stadtarchiv Hannover weit über die üblichen Dienstzeiten hinaus recherchierte und wertvolle Dokumente sowie weiterführende Informationen beisteuerte. Auch polnische Kommunal- und Staatsarchive stellten mir Geburtsurkunden aus ehemaligen deutschen Gebieten zur Verfügung. Jan Dolny übersetzte die teilweise in polnischer Sprache geführte Korrespondenz. In einigen Archiven halfen ehrenamtliche Archivarinnen bzw. Archivare, zum Beispiel Rosemarie Brandt in der Stiftung Diakoniewerk Kropp und Peter Pauselius in Preetz. Erich Koch, der über eine umfangreiche Datenbank über früher in Schleswig-Holstein lebende jüdische Menschen verfügt und sie ständig ergänzt, gab aus seiner umfangreichen Datensammlung bereitwillig Auskunft. Ohne ihn hätten manche der Angehörigen der 136 Ermordeten nicht ausfindig gemacht werden können. Bei der Recherche über Opfer aus Schleswig-Holstein half mir auch Dr. Bettina Goldberg, Hilfsbereit wie bei früheren Recherchen waren José Martin von Joods Monument in den Niederlanden und Dorien Styven von der Gedenkstätte Kazerne Dossin in Mechelen.

In Deutschland erforscht eine Vielzahl von Geschichtswerkstätten die Historie ihrer Heimatregionen. Von den vielen um Rat Befragten sollen hier beispielhaft genannt werden: die Initiative Jüdische Spuren in Sulzburg (Markgräflerland), der Verein zum Erhalt der Domjüch in Neustrelitz (Vorpommern), die Geschichtswerkstatt Saarbrücken, der Arbeitskreis Juden in Allendorf und Joachim Hahn von Judaica-Alemannia.

Dr. Maike Bruhns, Dr. Heiko Morisse und Dr. Anna von Vielliez danke ich für die Fotos, die sie aus ihren privaten Sammlungen zur Verfügung stellten. Esther Yen half bei der Bearbeitung des Literaturverzeichnisses, Susanne Küther bei der Literaturbeschaffung.

Soweit möglich, wurde Kontakt zu Angehörigen aufgenommen. Ihnen danke ich besonders für die Bereitschaft, sich (wieder) mit der Familiengeschichte auseinanderzusetzen und Einzelheiten über Familienmitglieder mitzuteilen. Dies gilt u. a. für Karla Malapert und Haydee Fabian in Argentinien. Mit Itamar Wexler aus Tel Aviv, dem Enkelsohn der in diesem Band beschriebenen Sonia Wechsler, und seiner Familie entwickelte sich über nunmehr zwei Jahre eine freundschaftliche Beziehung, in die auch Dr. Astrid Ley von der Gedenkstätte Sachsenhausen einbezogen ist, der ich für ihre vielfältige Unterstützung danke. Zusammen mit Dr. Annette Hinz-Wessels gestaltete sie die Gedenkstätte in Brandenburg an der Havel in ihrer heutigen Form. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte empfangen Besuchergruppen aus Israel ganz selbstverständlich auch außerhalb der regulären Zeiten.

Ein außerordentlicher Dank gebührt Dr. Georg Lilienthal für seinen Beitrag zu diesem Buch. Obwohl wir uns noch nicht kannten, war er sofort bereit, mein Projekt durch den einführenden Aufsatz zu unterstützen.

Besonders danke ich Elisabeth Wendland, die sich an unseren gemeinsamen Wochenenden geduldig meine Berichte über den Fortgang der Recherchearbeiten anhörte und sich damit auseinandersetzte, mich auf meinen Reisen zu Archiven und Museen begleitete und schließlich das Lektorat meiner Texte übernahm.

Dieses Buch gehört in die Reihe „Biographische Spurensuche“ der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg. In dieser nunmehr 20 Bände umfassenden Edition sind Biografien von Menschen enthalten, die von den Nationalsozialisten ermordet worden sind und an die Stolpersteine in Hamburg erinnern. Jeder dieser Stolpersteine bildet ein kleines Denkmal für einen ermordeten Menschen. Ohne den Hamburger Koordinator Peter Hess gäbe es diese nicht. Für seinen langjährigen unermüdlichen Einsatz danke ich ihm.



## Der NS-Anstaltsmord an jüdischen Patientinnen und Patienten

Der Anstaltsmord an Jüdinnen und Juden mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung ist seit Langem in der Fachliteratur bekannt, wurde aber nur vereinzelt kurz thematisiert. Erst nachdem Henry Friedlander 1995 seine grundlegende Studie „The Origins of Nazi Genocide“ der Öffentlichkeit vorgestellt hatte,<sup>1</sup> die 1997 auch auf Deutsch erschien,<sup>2</sup> setzte eine intensivere Beschäftigung mit dem Schicksal jüdischer Anstaltspatientinnen und -patienten auf regionaler Ebene ein.<sup>3</sup> Als hervorragende Beispiele seien die Arbeiten von Annette Hinz-Wessels für Brandenburg<sup>4</sup> und von Monica Kingreen für Hessen<sup>5</sup> genannt. Jüngste Übersichtsdarstellungen bestätigen Friedlanders These vom engen Zusammenhang zwischen dem Anstaltsmord an jüdischen Patientinnen und Patienten und dem Holocaust.<sup>6</sup> Vorliegender Beitrag fasst noch einmal die wichtigsten Stationen der Verfolgung jüdischer Anstaltspatientinnen und -patienten im Deutschen Reich zusammen.

- 1 Henry Friedlander, *The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to the Final Solution*, Chapel Hill/London 1995.
- 2 Henry Friedlander, *Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung*, Berlin 1997.
- 3 Für einen Überblick siehe Georg Lilienthal, *Jüdische Patienten als Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen*, in: *Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung* 5 (2009), S. 1–16, hier S. 1.
- 4 Annette Hinz-Wessels, *Das Schicksal jüdischer Patienten in brandenburgischen Heil- und Pflegeanstalten im Nationalsozialismus*, in: Kristina Hübener (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Martin Heinze, *Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit (Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 3)*, Berlin-Brandenburg 2002, S. 259–286; dies., *Die Verfolgung jüdischer Patienten in brandenburgischen Landesanstalten im Nationalsozialismus*, in: Thomas Beddies/Kristina Hübener (Hrsg.), *Dokumente zur Psychiatrie im Nationalsozialismus (Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 6)*, Berlin-Brandenburg 2003, S. 165–188.
- 5 Monica Kingreen, *Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt und deren Funktion als „Sammelanstalt“ im September 1939*, in: Uta George u. a. (Hrsg.), *Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Bd. 9)*, Gießen 2003, S. 251–289; dies., *Jüdische Patienten im Philipppshospital und die Ermordung von 29 jüdischen Pfleglingen im Februar 1941*, in: Irmtraut Sahmland u. a. (Hrsg.), *„Haltestation Philipppshospital“. Ein psychiatrisches Zentrum – Kontinuität und Wandel – 1535 – 1904 – 2004. Eine Festschrift zum 500. Geburtstag Philipps von Hessen (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Bd. 10)*, Marburg 2004, S. 202–224; dies., *Jüdische Kranke als Patienten der Landesheilanstalt Hadamar (1909–1940) und als Opfer der Mordanstalt Hadamar (1941–1945)*, in: Uta George u. a. (Hrsg.), *Hadamar. Heilstätte – Törungsanstalt – Therapiezentrum (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Bd. 12)*, Marburg 2006, S. 189–215.
- 6 Annette Hinz-Wessels, *Antisemitismus und Krankenmord. Zum Umgang mit jüdischen Anstaltspatienten im Nationalsozialismus*, in: *VfZ* 61 (2013), S. 65–92; Lilienthal, *Jüdische Patienten*, 2009.

Jüdische Insassen von Heil- und Pflegeanstalten waren in der Zeit des NS-Regimes doppelt stigmatisiert: einmal aus rassenhygienischer Sicht als erbgesundheitslich „Minderwertige“ und zweitens aus rassenideologischer Sicht als Angehörige einer „minderwertigen Rasse“. Schon früh forderten nationalsozialistische Rassenideologen wie Martin Staemmler, dass der Staat „Rassenpflege“ betreiben solle. Ihre Aufgabe sei die „Ausscheidung der Minderwertigen“ und das „Fernhalten der Fremdrassen“. Unter „Minderwertigen“ verstand er „150 000 Geistesranke in Irrenhäusern“, „70 000 Verbrecher in Gefängnissen und Besserungsanstalten“ und eine halbe Million „Gebrechlicher“. Die „Ausscheidung“ sollte vor allem durch Zwangssterilisation erfolgen. An die „Tötung von Minderwertigen“ dachte er 1933/34 bereits, verwarf sie aber noch.<sup>7</sup> Die „Fremdrassen“ waren für ihn vor allem durch „das jüdische Volk“ verkörpert, das sich aus der „vorderasiatischen und orientalischen“ Rasse zusammensetzte.<sup>8</sup> Die „Minderwertigkeit der jüdischen Anlagen“ stand für Staemmler fest. Deshalb sollten die Juden vom überlegenen deutschen Volk, „das überwiegend nordischer Art“ war, getrennt werden. Zu diesem Zweck schlug er u. a. für Juden vor: Definierung über ihre Abstammung ohne Rücksicht auf ihre Religionszugehörigkeit, Status als Staatsangehörige ohne „deutsche Staatsbürgerschaft“, Verbot der Eheschließung und des außerehelichen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Partnern sowie namentliche Kennzeichnung.<sup>9</sup>

Das von Staemmler skizzierte Programm der „Rassenpflege“ wurde vom NS-Staat Schritt für Schritt realisiert. Radikalisierungstendenzen und Nützlichkeitsabwägungen gewannen zunehmend, zumal im Krieg, die Oberhand. Im Folgenden sollen die wichtigsten Punkte kurz angesprochen werden, die das Leben von Anstaltspatientinnen und -patienten und Juden bestimmten.

## **Drangsalierung von Anstaltspatientinnen und -patienten**

Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung wurden seit den 1930er-Jahren vom NS-Staat bedrängt. Zunächst ist das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zu nennen, das am 14. Juli 1933 beschlossen wurde und am 1. Januar 1934 in Kraft trat. Es ermöglichte die zwangsweise Sterilisation von ca. 400 000 Menschen, die innerhalb und außerhalb von Anstaltsmauern lebten.<sup>10</sup> „Das Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz)“ vom 18. Oktober 1935 verbot die Eheschließung, wenn einer der Partner unter einer „geistigen Störung“ litt oder unter das

7 Martin Staemmler, *Rassenpflege im völkischen Staat*, 2. Aufl., München 1934, S. 91–100.

8 Ebenda, S. 16.

9 Ebenda, S. 49–54.

10 Hinz-Wessels, *Antisemitismus und Krankenmord*, S. 68.

Sterilisationsgesetz fiel.<sup>11</sup> Seit 1936 wurde die reichsweit angelegte „erbbiologische Bestandsaufnahme“ auch auf die Insassen von Heilanstalten ausgedehnt. Mithilfe der Bestandsaufnahme wurden Krankheits- und soziale Daten erfasst, um erbbiologisch belastete „Sippen“ ausfindig zu machen und durch „ausmerzende Maßnahmen“, z. B. Zwangssterilisation, eine „Gesundung des Volkskörpers“ herbeizuführen.<sup>12</sup>

Das Leben der Patientinnen und Patienten in Heil- und Pflegeanstalten wurde bereits im letzten Drittel der 1930er-Jahre durch eine rigorose Sparpolitik beeinträchtigt. Die Ausgabeneinsparungen wurden vor allem durch die Reduzierung der Beköstigung erzielt. So sank in der Landesheilanstalt Hadamar der Beköstigungssatz, also die Ausgaben pro Person und Tag für Lebensmittel, der noch 84 Pfennige im Jahr 1931 betragen hatte, von 50 Pfennig im Jahr 1934 auf 46 Pfennig im Jahr 1939. Dies sind aber nur die im Haushalt veranschlagten Ansätze. Tatsächlich wurde noch weniger für die Nahrungsmittel ausgegeben, z. B. nur ca. 41 Pfennig Anfang 1939. Die Differenz kassierte der Träger, der Bezirksverband Nassau als Gewinn.<sup>13</sup> Andere preußische Provinzialverbände und Länder verfuhrten genauso. Begleitet wurde die Nahrungsmittelreduzierung oftmals von einer bewusst herbeigeführten Überbelegung der Anstalten bei gleichbleibendem oder sogar vermindertem Personal. So hatte der Bezirksverband Nassau die Belegungszahl der vier ihm unterstehenden Anstalten zwischen 1934 und 1937 von 2100 auf 3900 Personen gesteigert. Zu diesem Zweck zog er Patientinnen und Patienten, deren Pflegekosten der Landesfürsorgeverband Wiesbaden trug, vor allem aus konfessionellen Anstalten ab.<sup>14</sup> Durch solche Maßnahmen stieg die Sterblichkeit in den deutschen Anstalten im Durchschnitt von 5,0 Prozent im Jahr 1933 auf 6,6 Prozent 1939 an.<sup>15</sup> Dieses „Hungersterben“ nahmen die NS-Gesundheitsverwaltungen bewusst in Kauf und setzten es während des Krieges gezielt als Vernichtungsmethode ein.<sup>16</sup>

11 Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1935 I, S. 1246, § 1.

12 Peter Sandner, Von den Illusionen der Mediziner zu den Maßnahmen der Manager. Der Bezirk Wiesbaden als Beispiel für die rassenhygienische Kehrtwende 1933–1939, in: Maik Rortzoll u. a. (Hrsg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart, Paderborn 2010, S. 56–65, hier S. 58–60; Karl Heinz Roth, „Erbbiologische Bestandsaufnahme“ – ein Aspekt „ausmerzender“ Erfassung vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, in: ders. (Hrsg.), Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe“, Berlin 1984, S. 57–100.

13 Peter Sandner, Verwaltung des Krankmordes. Der Bezirksverband Nassau im Nationalsozialismus (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Hochschulschriften, Bd. 2), Gießen 2003, S. 297 u. Tabelle 15, S. 723.

14 Sandner, Verwaltung, S. 223.

15 Heinz Faulstich, Hungersterben in der Psychiatrie 1914–1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie, Freiburg i. Br. 1998, S. 140.

16 Siehe Philipp Rauh, Der Krieg gegen die „nutzlosen Esser“. Psychiatriepatienten als Opfer der NS-„Euthanasie“, in: Christoph Dieckmann/Babette Quinkert (Hrsg.), Kriegsführung und Hunger 1939–1945, Göttingen 2015 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 30), S. 33–58.

Mit Kriegsbeginn am 1. September 1939 wurde die Evakuierung von Anstalten angeordnet, die sich in der „roten Zone“ an der Westgrenze des Reiches befanden. Dazu zählten beispielsweise Klingenmünster in der Pfalz mit 1250 Patientinnen und Patienten oder Merzig im Saarland mit über 630 Patientinnen und Patienten. Überstürzt und mit großer Rücksichtslosigkeit wurden die Patientinnen und Patienten abtransportiert, zum Teil in Güterzügen. Sie wurden auf Anstalten im Hinterland verteilt, die auf die Aufnahme großer Patientenzahlen nicht vorbereitet waren. Infolgedessen herrschten in den sogenannten Bergungsanstalten chaotische Zustände. Mangelhafte Verpflegung, Kälte, überfüllte Schlafstätten und Epidemien forderten ihre Todesopfer unter den Patientinnen und Patienten.<sup>17</sup>

## Judenverfolgung

Zeitgleich mit der Drangsalierung der Anstaltspatientinnen und -patienten setzte 1933 die Judenverfolgung ein. Sie war gekennzeichnet durch eine Vielzahl rechtlicher Maßnahmen zur Verdrängung der Juden aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, von Anfang an verbunden mit Gewalttätigkeiten, die bis zum Mord reichen konnten.<sup>18</sup>

Mit einer Anordnung des Reichsinnenministeriums vom 23. Juli 1938, die nicht für Nichtjuden galt, wurden Jüdinnen und Juden verpflichtet, „unter Hinweis auf ihre Eigenschaft als Juden“ die Ausstellung einer Kennkarte bis Ende des Jahres zu beantragen.<sup>19</sup> Sie war markiert durch ein auffälliges „J“, quer über das Dokument gedruckt. Wenig später, am 17. August 1938, bestimmte eine Verordnung, dass sie – wenn der Vorname nicht als jüdisch erkennbar war – ab 1. Januar 1939 den Zusatznamen „Israel“ oder „Sara“ zu führen hatten.<sup>20</sup> Dazu musste bei den Standesämtern der Antrag zur Beischreibung der Zwangsnamen in die Geburtenregister und damit in die Geburtsurkunden gestellt werden. Wie alle Maßnahmen galten der Kennkartenzwang und die Zwangsnamen auch für Anstaltspatien-

17 Faulstich, Hungersterben, S. 247–248; Christof Beyer, Von der Kreis-Irrenanstalt zum Pfalzkrankenhaus. Eine Geschichte der Psychiatrie in Klingenmünster, Kaiserslautern 2009, S. 142–144; Karl Scherer/Otfried Linde/Roland Paul, Die Heil- und Pflegeanstalt Klingenmünster 1933–1945 (Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 14), Kaiserslautern 1998, S. 47–55; Christoph Braß, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Saarland 1935–1945, Paderborn 2004, S. 194–199.

18 Siehe dazu die Edition Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland, insbesondere die Bände 1, 2 und 3 mit weiteren Literaturhinweisen; zu den einzelnen Verfolgungsmaßnahmen in Deutschland: Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Unveränderter Nachdruck der 1996 erschienenen 2. Auflage, Heidelberg u. a. 2013, S. 12.

19 „3. Bekanntmachung über den Kennkartenzwang“. Walk, Sonderrecht, S. 233.

20 „Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen“ des Reichsinnen- und des Reichsjustizministeriums. RGBl. 1938 I, S. 1044.

tinnen und -patienten. Die notwendigen Anträge hatten die Vormünder der Patientinnen und Patienten oder die Anstaltspfleger zu stellen.

Die Pogromnacht am 9./10. November 1938 war der vorläufige Höhepunkt gewalttätiger Judenverfolgung. Synagogen wurden niedergebrannt, jüdische Geschäfte und Wohnhäuser demoliert. Unzählige Juden wurden misshandelt, ca. 400 starben an den Folgen ihrer Misshandlungen oder begingen Selbstmord. Rund 30 000 Männer wurden in Konzentrationslager eingewiesen. Hunderte fanden hier durch Erschießungen und Folter den Tod. Als die Inhaftierten nach Monaten entlassen wurden, kehrten viele an Leib und Seele gebrochen zu ihren Familien zurück.<sup>21</sup>

### Verfolgung von jüdischen Anstaltspatientinnen und -patienten

Jüdische Patientinnen und Patienten waren den meisten der genannten Zwangsmaßnahmen unterworfen. Jüdinnen und Juden kamen nicht nur in Anstaltsbehandlung, weil sie wie nichtjüdische Patientinnen und Patienten geistig behindert waren oder psychisch erkrankten, sondern weil sie auch Opfer nationalsozialistischer Gewalttaten geworden waren. Grund für die Anstaltseinweisung konnten traumatische Erlebnisse sein oder Hirnverletzungen durch Misshandlungen.<sup>22</sup>

Im Deutschen Reich gab es nur wenige Einrichtungen, die Psychiatriepatientinnen und -patienten jüdischen Glaubens vorbehalten waren. Zu nennen ist die 1869 eröffnete Israelitische Heil- und Pflegeanstalt (Jacoby'sche Anstalt) in Bendorf-Sayn, das „Dauerheim für jüdische Schwachsinnige“ in Berlin-Weißensee sowie spezielle Abteilungen in der 1888 gegründeten Privatheilerziehungsanstalt Kalmenhof in Idstein/Taunus und in der seit 1912 bestehenden Kreis-Heil- und Pflegeanstalt Lohr am Main.<sup>23</sup> Ihre Anzahl entsprach dem geringen jüdischen Bevölkerungsanteil an der deutschen Gesamtbevölkerung. Infolgedessen waren jüdische Patientinnen und Patienten auch in staatlichen Heil- und Pflegeanstalten untergebracht, die meist Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden waren. Soweit es Organisation und Anstaltsbetrieb zuließen, versuchten die Anstaltsleitungen den religiösen Bedürfnissen der jüdischen Patientinnen und Patienten entgegenzu-

21 Alan E. Steinweis, *Kristallnacht 1938. Ein deutscher Pogrom*, Stuttgart 2011; Raphael Gross, *Novemberpogrom 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe*, München 2013; eine inhaltliche Übersicht zur Literatur bietet Harald Schmid, *Die „Reichsscherbenwoche“ nach 70 Jahren. Eine Sammelrezension zum Novemberpogrom 1938*, in: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung (2009) 4, S. 2.

22 Siehe Marion Lilienthal, Bernhard Löwenstern – Schüler der Akten Landesschule auf dem Gedenkportal Korbach (<http://www.gedenkportal-korbach.de/bernhardl.html>) [20. 1. 2017]; Kingreen, *Jüdische Kranke* 2006, S. 203–204

23 Kingreen, *Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt*, S. 252.

kommen. Dies betraf das Ruhegebot an jüdischen Feiertagen, rituelle Verpflegung oder die jüdische Seelsorge.<sup>24</sup> Das Bild war nicht einheitlich: Während beispielsweise in der Anstalt Hadamar zur Zeit der Weimarer Republik sich die Anstaltsleitung unterschiedslos auch um das Wohlergehen ihrer jüdischen Patientinnen und Patienten sorgte,<sup>25</sup> wurden andernorts bereits Ende des 19. Jahrhunderts jüdische Patientinnen und Patienten „von weniger gebildeten Patienten und Wärtern wegen ihres Glaubens verspottet und gehänselt“,<sup>26</sup> einer der Gründe, weswegen die jüdische Anstalt in Bendorf-Sayn errichtet wurde.

Der nach 1933 verstärkt aufkommende Antisemitismus in den Anstalten war geeignet, die Gesundheit der jüdischen Patientinnen und Patienten zu beeinträchtigen.<sup>27</sup> Allerdings war er in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft nicht in allen Anstalten anzutreffen. Für Hadamar oder das Philipppshospital in Goddelau sind beispielsweise keine diskriminierenden Äußerungen bekannt.<sup>28</sup> Wenn sie vorkamen, zielten sie, soweit sie erhaltenen Patientenakten anderer Anstalten zu entnehmen sind, vor allem auf die vermeintlich typisch jüdischen „Rassenmerkmale“ oder Verhaltensweisen ab. Sie gingen sowohl von Ärzten und Pflegekräften als auch von Mitpatientinnen und Mitpatienten aus.<sup>29</sup> Jüdische Patientinnen und Patienten konnten aber auch, selbst wenn sie sich in Familienpflege befanden, Anfeindungen ausgesetzt sein. So forderte der Landrat von St. Goarshausen die Anstalt Eichberg auf, zwei Frauen zurück in die Anstalt zu holen, denn: „Es ist nicht zu verhindern, dass die Schuljugend dauernd hinter den Beiden her ist. Einer von den Jüdinnen wurden kürzlich Steine abgenommen, die sie auf die Kinder werfen wollte.“<sup>30</sup>

Viel weitreichender waren die Diskriminierungen, denen jüdische Patientinnen und Patienten von staatlicher Seite ausgesetzt waren. Was mit der systematischen Erschwerung der seelsorgerischen Betreuung begann, so z. B. in der Provinz Brandenburg,<sup>31</sup> mündete spätestens 1938 in eine spezielle Verfolgung. Zunächst sollten jüdische und nichtjüdische

24 Ebenda, S. 252.

25 Kingreen, *Jüdische Kranke*, S. 191–192.

26 Dietrich Schabow, *Die Israelitische Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke (Jacoby'sche Anstalt, 1869–1942) und die spätere Verwendung der Gebäude*, in: *Rheinisches Eisenkunstguss-Museum (Hrsg.), Die Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf, Bendorf-Sayn 2008*, S. 55–95, hier S. 56.

27 Kingreen, *Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt*, S. 253.

28 Kingreen, *Jüdische Kranke*, S. 193; Kingreen, *Jüdische Patienten im Philipppshospital*, S. 203–204.

29 Hinz-Wessels, *Antisemitismus u. Krankenmord*, S. 70–72; Annette Hinz-Wessels, *Jüdische Opfer der „Aktion T4“ im Spiegel der überlieferten „Euthanasie“-Krankenakten im Bundesarchiv*, in: Maïke Rotzoll u. a. (Hrsg.), *Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart*, Paderborn 2010, S. 143–146, hier S. 145; Kingreen, *Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt 2003*, S. 263.

30 Schreiben des Landrats von St. Goarshausen an die Landesheilanstalt Eichberg vom 29. 12. 1938, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStA WI) 430/1 Nr. 12606.

31 Hinz-Wessels, *Schicksal jüdischer Patienten*, S. 267–268.

Patientinnen und Patienten in den Anstalten getrennt untergebracht werden.<sup>32</sup> Das Reichsinnenministerium ordnete am 22. Juni 1938 in einem Runderlass speziell für jüdische Patientinnen und Patienten an, um „Rassenschande“, d. h. sexuelle Kontakte zwischen jüdischen und nichtjüdischen Personen, in Krankenhäusern und Heil- und Pflegeanstalten zu unterbinden, müssten Jüdinnen und Juden „von Kranken deutschen oder artverwandten Blutes räumlich getrennt untergebracht werden“.<sup>33</sup> Darüber hinausgehend schrieb die „Zehnte Verordnung des Reichsministers des Innern zum Reichsbürgergesetz“ vom 4. Juli 1939 vor, die „jüdische freie Wohlfahrtspflege“ habe „Vorsorge zu treffen, dass für anstaltsbedürftige Juden ausschließlich für sie bestimmte Anstalten zur Verfügung stehen“.<sup>34</sup> Eine Umfrage des Deutschen Gemeindetages brachte ans Licht, dass der Erlass von den Anstalten aus kosten- und organisatorischen Gründen kaum umgesetzt wurde.<sup>35</sup> Hamburg leitete den Erlass vom 22. Juni 1938 erst Anfang Oktober weiter.<sup>36</sup> Nur in der hessen-nassauischen Landesheilanstalt Weilmünster und in der Wiener Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ wurde die Trennung durchgeführt.<sup>37</sup>

Der nächste Schritt war der Ausschluss aus der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Jüdinnen und Juden wurden durch die „Verordnung des Reichsministers des Innern, des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers der Finanzen über die öffentliche Fürsorge für Juden“ vom 19. November 1938 mit Wirkung vom 1. Januar 1939 aus der öffentlichen Fürsorge ausgeschlossen.<sup>38</sup> Mit der „Zehnten Verordnung des Reichsministers des Innern zum Reichsbürgergesetz“ vom 4. Juli 1939 wurde die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ begründet, in der alle Jüdinnen und Juden Mitglied sein mussten. Gleichzeitig trat an die Stelle der öffentlichen Fürsorge die von der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ getragene „jüdische freie Wohlfahrtspflege“.<sup>39</sup> Finanziert wurde sie von Pflichtbeiträgen und (Zwangs)Spenden der jüdischen Mitglieder.<sup>40</sup> Ab dem 1. Oktober 1939 mussten sämtliche Kosten jüdischer Anstalts- und Krankenhauspatientinnen und -patienten von der Reichsvereinigung getragen werden. Allerdings sah die Verordnung vom 19. November eine Ausnahmeregelung vor: Soweit die „jüdische freie Wohlfahrtspflege“ bei Hilfsbedürftigkeit „nicht helfen kann, greift die öffentliche Fürsorge ein“. Die Voraussetzungen der

32 Hinz-Wessels, Antisemitismus u. Krankenmord, S. 69–70.

33 Friedlander, Weg, S. 425–426.

34 RGBl. 1939 I, S. 1097.

35 Kingreen, Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt, S. 258.

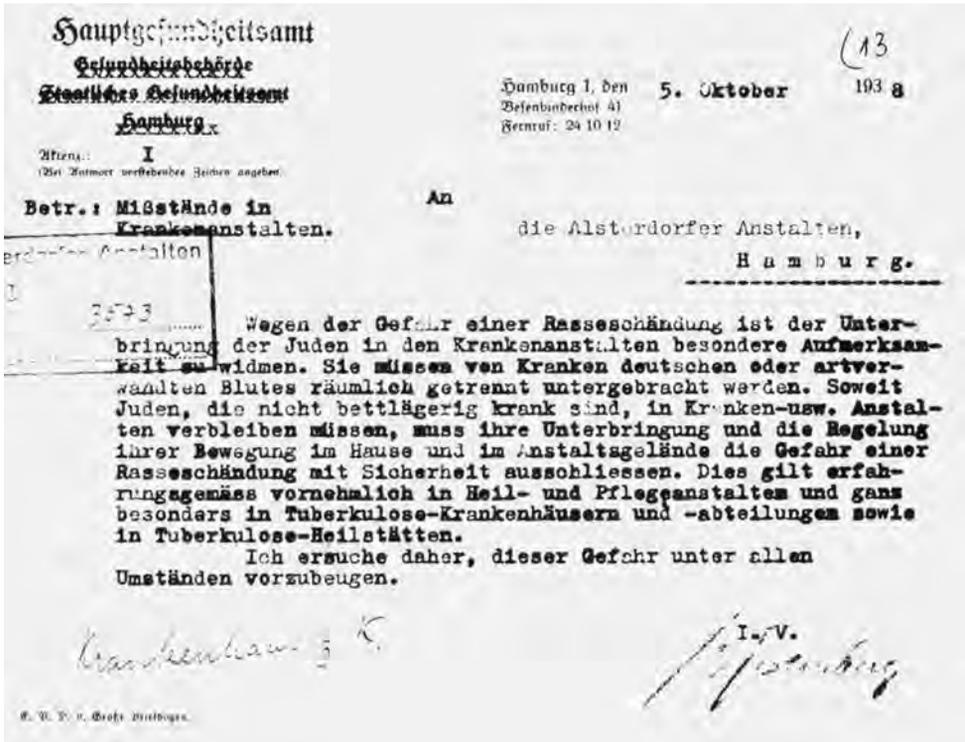
36 Michael Wunder/Ingrid Genkel/Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Hamburg 1987, S. 158.

37 Kingreen, Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt, S. 258; Susanne Mende, Die Wiener Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. u. a. 2000, S. 122.

38 Walk, Sonderrecht, S. 257, Nr. 20. Friedlander, Weg, S. 419–420.

39 RGBl. 1939 I, S. 1097; Hinz-Wessels, Antisemitismus und Krankenmord, S. 73.

40 Beate Meyer, Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011, S. 106–118.



Erlass des Hauptgesundheitsamtes Hamburg vom 5. Oktober 1938

*Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv*

Unterstützungsbedürftigkeit seien dabei „streng zu prüfen“.<sup>41</sup> Im Zuge dieser Neuordnung drangen die Fürsorgeämter auf die Eintragung der Zwangsnamen in die Geburtenregister, um die Zahlung der Pflegekosten für jüdische Patientinnen und Patienten ablehnen zu können. Auch die Anstalten waren an einem schnellen Geburtsregistereintrag interessiert, um für ihre Patientinnen und Patienten die gesetzlich vorgeschriebene Beantragung einer Kennkarte mit dem eingepprägten J in die Wege leiten zu können.<sup>42</sup>

Die Leistungsfähigkeit der jüdischen Wohlfahrtspflege war regional unterschiedlich. In der Provinz Brandenburg erklärte sie sich für leistungsunfähig „im Hinblick auf die Zunahme neuer Hilfsbedürftigkeitsfälle und auf die Notwendigkeit, die zur Verfügung ste-

41 Friedlander, Weg, S. 420.

42 Kingreen, Jüdische Patienten im Philipppshospital, S. 206–207; Kingreen, Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt, S. 259, 260.

henden Mittel möglichst für Berufsumschulung zwecks späterer Auswanderung und zur Durchführung der Auswanderung nötigen Gelder zu verwenden.<sup>43</sup> In anderen Regionen war die jüdische freie Wohlfahrtspflege Anfang 1941 anscheinend noch finanzkräftig genug, um die Anstaltspflege ihrer Hilfsbedürftigen zu übernehmen. Dies lassen die Zahlen über die Kostenträger der 327 im Februar 1941 in der Tötungsanstalt Hadamar ermordeten jüdischen Patientinnen und Patienten schließen. Bei 150 von ihnen sind die Kostenträger bislang bekannt. Denn nur in 20 Fällen wurden die Pflegekosten von der öffentlichen Wohlfahrtspflege, den Fürsorgeverbänden, dauernd oder zeitweise getragen. Bei 26 Patienten waren die Pflegeaufwendungen von privater Seite übernommen worden. In den restlichen zwei Dritteln der Fälle leistete die jüdische freie Wohlfahrtspflege in Gestalt ihrer örtlichen Wohlfahrtseinrichtungen, z. B. des Wohlfahrtsamtes der jüdischen Synagogengemeinde in Köln, die erforderlichen Zahlungen.<sup>44</sup> Die Reichsvereinigung musste sich einerseits vom Reichssicherheitshauptamt genehmigen lassen, in welcher Höhe sie Gelder in Wohlfahrtseinrichtungen fließen lassen konnte, andererseits bestritt sie diese zu einem großen Teil von den Abgaben der Mitglieder, die selbst zunehmend verarmten und deren Zahl sich bis 1940 durch Auswanderung und Sterbeüberschuss stetig reduzierte. Vom 1. Januar 1939 bis zum 1. Januar 1941 sank sie von 277 000 auf 174 000 Personen.<sup>45</sup>

### Die „T4“-Sonderaktion

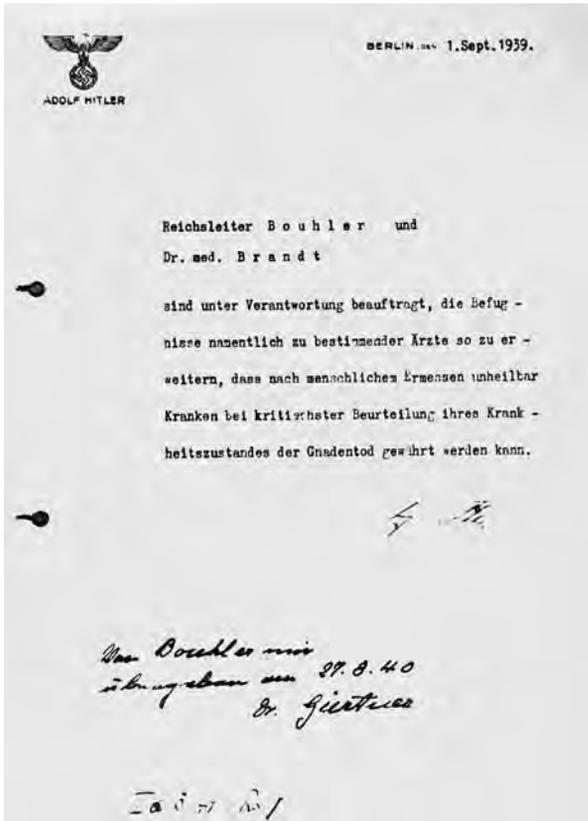
Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs setzte das NS-Regime seinen Vernichtungswillen in die Tat um. Einsatzgruppen begannen sofort nach dem Überfall auf Polen mit ihren Mordkampagnen. In ihr Visier gerieten zunächst Angehörige der polnischen Intelligenz, dann auch Anstaltsinsassen. Unter den ca. 50 000 Menschen, die bis Ende 1939 den Massakern zum Opfer fielen, befand sich auch eine unbekannte Zahl an Jüdinnen und Juden, die aber zu dieser Zeit noch nicht das bevorzugte Ziel waren.<sup>46</sup> Gleichzeitig artikulierte sich der organisierte NS-Vernichtungswille auch innerhalb der Reichsgrenzen. Er richtete sich gegen geistig behinderte und psychisch kranke Menschen. In Erwartung des Kriegs plante die Kanzlei des Führers auf Anordnung Hitlers ab Sommer 1939 den Anstaltsmord. Hit-

43 Bericht von der brandenburgischen Anstaltsdirektorenkonferenz am 16. 3. 1939, zitiert nach Hinz-Wessels, Schicksal jüdischer Patienten 2002, S. 266.

44 Archiv des Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV-Archiv), Best. 14/Nr. 175, Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland: Best. 13070.

45 T. Freier, Jüdische Bevölkerung und Judendeportationen in den Statistiken der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 2012, <http://www.statistik-des-holocaust.de/Statistik%20der%20Reichsvereinigung.pdf>, Tabelle 1, S. 2 [23. 8. 2017].

46 Christopher Browning, Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2003, S. 64.



Hitler ermächtigt Karl Brandt und Philipp Bouhler, durch ausgewählte Ärzte an „unheilbar Kranken“ den „Gnadentod“ ausführen zu lassen

*BArch Berlin NS/51, Nr. 227*

vorwiegend in Heil- und Pflegeanstalten sechs Tötungsanstalten ein, die sich in Brandenburg an der Havel (Brandenburg), Bernburg (Sachsen-Anhalt), Grafeneck bei Münsingen (Württemberg), Hadamar bei Limburg (Hessen), Hartheim bei Linz/Donau (Österreich) und Pirna-Sonnenstein bei Dresden (Sachsen) befanden. In ihnen wurden zwischen Januar 1940 und August 1941 über 70 000 psychisch kranke und geistig behinderte Männer, Frauen und Kinder im Gas erstickt und ihre Leichen anschließend sofort eingäschert.

ler wiederholte seine zunächst mündlich erteilte Weisung im Oktober 1939 in einem Schreiben, das er auf den 1. September 1939 rückdatierte. Darin ermächtigte er seinen Begleitarzt Dr. med. Karl Brandt und Philipp Bouhler, Leiter der Kanzlei des Führers, durch ausgewählte Ärzte an „unheilbar Kranken“ den „Gnadentod“ ausführen zu lassen.<sup>47</sup>

Dies ist der einzige von Hitler erhaltene Befehl zu einem Massenmord. Eine entsprechende schriftliche Anweisung für den Holocaust hat er nie erteilt. Die Kanzlei des Führers gründete vier Tarnorganisationen, die ihren zentralen Sitz in der Berliner Tiergartenstr. 4 hatten. Nach dem Krieg wurde der von der Berliner Zentrale geplante und organisierte Anstaltsmord unter dem Begriff „Aktion T4“ bekannt. Die „T4“-Zentrale richtete

47 Das Dokument ist im Faksimile abgedruckt in: Astrid Ley/Annette Hinz-Wessels (Hrsg.), Die Euthanasie-Anstalt-Brandenburg an der Havel. Morde an Kranken und Behinderten im Nationalsozialismus, Berlin 2012, S. 51.

Ärztliche „T4“-„Gutachter“ hatten die Opfer anhand von „Meldebögen“, die in den Anstalten ausgefüllt worden waren, aus der Gesamtzahl von ca. 300 000 Anstaltspatientinnen und -patienten selektiert.<sup>48</sup>

Annähernd gleichzeitig organisierte die Kanzlei des Führers den Mord an Kindern mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung. Ein „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“ genanntes Gremium, das der „T4“-Zentrale angegliedert war, begutachtete die Kinder, die ihm von den Gesundheitsämtern gemeldet werden mussten, auf ihre „Bildungsfähigkeit“. Wurde sie verneint, stellte der „Reichsausschuß“ eine „Behandlungsermächtigung“ aus, d. h., er gab die Erlaubnis zur Tötung. Die selektierten Kinder wurden daraufhin in einer der über 30 „Kinderfachabteilungen“, die meist in Heil- und Pflegeanstalten angesiedelt waren, mit überdosierten Medikamenten ermordet. Schätzungsweise 5000 Kinder und Jugendliche fielen dieser „Aktion“ bis Kriegsende zum Opfer.<sup>49</sup> Zwei der Kinderfachabteilungen befanden sich in Hamburg: in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn und im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort. Sie wurden im Zusammenwirken mit dem „Reichsausschuß“ von der Hamburger Gesundheitsverwaltung 1940/41 eingerichtet. Bis zur Schließung der beiden Fachabteilungen 1943 bzw. 1945 wurden 82 Kinder ermordet.<sup>50</sup>

Als der von Hitler angeordnete Anstaltsmord mit der „Aktion T4“ im Januar 1940 begann, sah es zunächst nicht so aus, als ob es eine Sonderregelung für jüdische Patientinnen und Patienten gäbe. Sie wurden einzeln auf den Transporten nichtjüdischer Patientinnen und Patienten in die ersten Tötungsanstalten in Brandenburg und Grafeneck mitgeschickt. Doch für ihre Selektion waren offensichtlich nicht die Kriterien maßgebend, die für nichtjüdische Patientinnen und Patienten galten, wie z. B. Arbeitsunfähigkeit, sondern vorwiegend ihre jüdische „Rassezugehörigkeit“.<sup>51</sup> Als erstes jüdisches Opfer starb Ludwig Alexander am 18. Januar 1940 in der Tötungsanstalt Grafeneck.<sup>52</sup> Vermutlich beschlossen

48 Zur „Aktion T4“ siehe Georg Lilienthal, Wie die T4-Aktion organisiert wurde. Zur Bürokratie eines Massenmords, in Margret Hamm (Hrsg.), *Lebensunwert, zerstörte Leben. Zwangssterilisation und „Euthanasie“*, Frankfurt a. M. 2005, S. 143–157.

49 Lutz Kaelber/Raimond Reiter (Hrsg.), *Kindermord und „Kinderfachabteilungen“ im Nationalsozialismus. Gedenken und Forschung*, Frankfurt a. M. u. a. 2011; Thomas Beddies (Hrsg.), *Im Gedenken der Kinder. Die Kinderärzte und die Verbrechen an Kindern in der NS-Zeit*, Berlin 2012. Die genannten Zahlen werden gegenwärtig im Zuge der Vorbereitung eines Hamburger „Euthanasie“-Gedenkbuches überprüft.

50 Marc Burlon, „Ein erlaubter nützlicher Akt ...“, in: Lutz Kaelber/ Raimond Reiter (Hrsg.), *Kindermord und „Kinderfachabteilungen“ im Nationalsozialismus. Gedenken und Forschung*, Frankfurt a. M. u. a. 2011, S. 77–90. Zur Kinderklinik Rothenburgsort siehe Hildegard Thevs, *Stolpersteine in Hamburg-Rothenburgsort. Biographische Spurensuche*, Hamburg 2011.

51 Hinz-Wessels, *Jüdische Opfer*, S. 144.

52 Friedlander, *Weg*, S. 430.

Brandt und Bouhler im März oder April 1940 im Einvernehmen mit Hitler eine Sonderaktion zur Beseitigung jüdischer Patientinnen und Patienten.<sup>53</sup>

Gleichzeitig forderte Dr. med. Herbert Linden, Ministerialrat in der Gesundheitsabteilung des Reichsinnenministeriums, das eng mit der „T4“-Zentrale zusammenarbeitete, mit Erlass vom 15. April 1940 die örtlichen Behörden auf, alle jüdischen Patientinnen und Patienten innerhalb von drei Wochen zu melden.<sup>54</sup> Die Rückmeldungen erfolgten unterschiedlich. In Hessen wurde die Anordnung termingerecht ausgeführt, wie das Beispiel der Landesheil- und Pflegeanstalt Heppenheim zeigt.<sup>55</sup> Hamburg lieferte dagegen die Liste mit jüdischen Patientinnen und Patienten erst im Juni.<sup>56</sup>

Es ist nicht klar, zu welchem Zweck Lindens Anordnung diente. Wollte er nur einen allgemeinen Überblick über die Anzahl jüdischer Anstaltspatientinnen und -patienten zur besseren Planung haben oder sollte sie helfen, speziell die Listen für den Abtransport in die Tötungsanstalten zusammenzustellen?<sup>57</sup> Andererseits lagen bereits in der „T4“-Zentrale Meldebögen vor, die in den Anstalten für alle Patientinnen und Patienten, auch die jüdischen, hatten ausgefüllt werden müssen. Sie waren die Grundlage für die ärztlichen „T4“-„Gutachter“, die zu tötenden Patientinnen und Patienten auszusondern, wenn Arbeitsunfähigkeit und ein Anstaltsaufenthalt von mindestens fünf Jahren vermerkt war. Für jüdische Patientinnen und Patienten soll es aber eine besondere Anweisung von Prof. Dr. Paul Nitsche, des stellvertretenden ärztlichen Leiters der „T4“-Zentrale, gegeben haben, wie Dr. med. Otto Hebold, einer der „T4“-„Gutachter“, nach dem Krieg behauptete: „Bei Juden genüge es [...], wenn auf dem Fragebogen die rassische Zugehörigkeit steht, das genügt um die Verlegung – also die Vergasung – durchzuführen.“<sup>58</sup> Bei jüdischen Patientinnen und Patienten wurden demnach die für nichtjüdische Patientinnen und Patienten gültigen Selektionskriterien nicht angewandt.<sup>59</sup> Auf den „Fragebögen“, wie Hebold die seit Herbst 1939 vom Reichsinnenministerium verschickten Meldebögen nannte, war eine Rubrik „Rasse“ verzeichnet, in die von den Anstalten gegebenenfalls „Jude“, „jüdischer Mischling“ usw. einzutragen war.<sup>60</sup>

53 Ebenda, S. 446.

54 Ebenda, S. 431.

55 LWV-Archiv, Best 14/176.

56 Friedlander, Weg, S. 432.

57 So die Ansicht von Henry Friedlander, Von der „Euthanasie“ zur „Endlösung“, in: Klaus-Dietmar Henke, Tödliche Medizin im Nationalsozialismus. Von der Rassenhygiene zum Massenmord (Schriften des Deutschen Hygiene-Museums Dresden, Bd. 7), Köln/Weimar/Wien 2008, S. 185–202, hier S. 194.

58 Auszugsweiser Abdruck der Vernehmung von Otto Hebold am 1. 10. 1964, in: Joachim S. Hohmann/Günther Wieland, MfS-Operativvorgang „Teufel“. „Euthanasie“-Arzt Otto Hebold vor Gericht, Berlin 1996, S. 283 f., hier S. 284.

59 Friedlander, Weg, S. 431.

60 Siehe das Faksimile des erhaltenen Original-Meldebogens der Jüdin Klara Sara Barak, in: Frank Schneider/Petra Lutz, erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus, Berlin 2014, S. 67.

Die Sonderaktion bestand darin, dass Anstaltspatientinnen und -patienten, die nach den Nürnberger Rassengesetzen als jüdisch galten, in sogenannten Sammelanstalten für Juden zusammengezogen wurden, um dann in Sammeltransporten in Tötungsanstalten geschickt zu werden. Im Unterschied zu den „Zwischenanstalten“, die eingerichtet worden waren, um die Verlegungswege der Patientinnen und Patienten von den Ursprungsanstalten in die Tötungsanstalten zu verschleiern und die begrenzte Kapazität der Tötungsanstalten effizienter zu nutzen, dienten „Sammelanstalten“ vor allem einem logistischen Ziel: Indem die jüdischen Patientinnen und Patienten verschiedener Heilanstalten einer bestimmten Region dort konzentriert wurden, vermied man die Verbringung einzelner Patienten oder kleiner Patientengruppen in die Tötungsanstalten. Man sparte damit Personal und Transportkosten. Vorbild für die Einrichtung von „Sammelanstalten“ könnte die Zusammenlegung der jüdischen Patientinnen und Patienten in Zwiefalten seit Mai 1939 gewesen sein.<sup>61</sup>

Die Sonderaktion zur Ermordung jüdischer Patientinnen und Patienten ist durch drei zeitlich und regional gestaffelte Transportwellen gekennzeichnet:<sup>62</sup>

1. Welle, Sommer 1940: Im Juli wurden jüdische Patientinnen und Patienten aus Berlin und der Provinz Brandenburg über die Sammelanstalt Berlin-Buch in die Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel transportiert. Jüdische Patientinnen und Patienten aus Österreich wurden im August über die Sammelanstalten Wien (Am Steinhof) und Ybbs in die Tötungsanstalt Hartheim bei Linz gebracht.

2. Welle, Herbst 1940: Ende September gelangten jüdische Patientinnen und Patienten aus Bayern und Südwestdeutschland über die bayerische Sammelanstalt Eglfing-Haar nach Hartheim. Jüdische Patientinnen und Patienten aus Norddeutschland, Provinz Hannover, Westfalen und Hessen wurden über die Sammelanstalten Hamburg-Langenhorn, Wunstorf und Gießen in die Tötungsanstalt Brandenburg gebracht.

3. Welle, Frühjahr 1941: Im Februar wurden jüdische Patientinnen und Patienten aus Baden, dem südlichen Hessen und dem Rheinland über die Sammelanstalten Andernach, Düsseldorf-Grafenberg und Heppenheim sowie mit Direkttransporten aus den hessischen Landesheilstätten Eichberg und Weilmünster in die Tötungsanstalt Hadamar deportiert. Weitere Transporte mit jüdischen Patientinnen und Patienten gingen im März und Mai von der Sammelanstalt Wien (Am Steinhof) erneut nach Hartheim.

Im Rahmen der „T4“-Sonderaktion wurden im Dezember 1940 auch rund 150 jüdische Patientinnen und Patienten aus Schlesien in der Sammelanstalt Leubus zusammengezogen und wahrscheinlich in die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein bei Dresden gebracht.<sup>63</sup>

61 Martin Rexer, Vorgeschichte und Auftakt der ‚Aktion T4‘ in Zwiefalten, in: Hermann J. Pretsch (Hrsg.), „Euthanasie“. Krankenmorde in Südwestdeutschland. „Die Benachrichtigung von Angehörigen sind bei Zwischenverlegungen bis auf weiteres zu unterlassen.“ Die nationalsozialistische ‚Aktion T4‘ in Württemberg 1940 bis 1945, Zwiefalten 1996, S. 27–37, hier S. 32 f.

62 Kingreen, Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt, S. 264.

63 Hinz-Wessels, Antisemitismus und Krankenmord, S. 79 und 82.

Aus der Übersicht ist erkennbar, dass die Sonderaktion gegen jüdische Patientinnen und Patienten offensichtlich nicht in allen Ländern und Provinzen stattfand: So sind beispielsweise keine solchen in Tötungsanstalten aus dem Land und der Provinz Sachsen oder der Provinz Ostpreußen oder Württemberg bekannt.<sup>64</sup> Dies mag in Zusammenhang stehen mit einer geringen Anzahl von in diesen Regionen lebenden jüdischen Anstaltspatientinnen und -patienten. Die „T4“-Zentrale war bemüht, auch den Massenmord an jüdischen Patientinnen und Patienten geheim zu halten. Sie bediente sich dabei derselben Maßnahmen wie bei den nichtjüdischen Betroffenen. Die „Sammelanstalten“ sollten die Verlegungswege in die Tötungsanstalten verschleiern. Als Zielanstalt wurde allgemein „eine für Juden vorbehaltene Anstalt“ genannt oder etwas konkreter eine Anstalt im Generalgouvernement im besetzten Polen. Die Sterbeurkunden für die Ermordeten wurden wie in der „Aktion T4“ üblich mit falschen Daten versehen. Der Sterbeort wurde regelmäßig mit „Irrenanstalt Cholm, Post Lublin“ angegeben, um die Fiktion einer jüdischen Anstalt in Polen aufrecht zu erhalten. In Wirklichkeit gab es diese Einrichtung nicht mehr, nachdem im Januar 1940 alle dortigen Patientinnen und Patienten ermordet worden waren. Vielmehr wurden die Sterbeurkunden in einer Sonderabteilung der „T4“-Zentrale in Berlin ausgestellt. Auch enthielten sie falsche Sterbedaten. Diese lagen meist mehrere Monate nach dem tatsächlichen Todestag und damit deutlich später als bei den nichtjüdischen Patientinnen und Patienten. Für die Zeitspanne zwischen dem tatsächlichen und dem fingierten Todestag kassierte die „T4“-Zentrale weiterhin Pflegegelder von der jüdischen Wohlfahrtspflege oder den Privatzahlern. Sie beteiligte sich damit an der wirtschaftlichen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung, die auf diesem Wege gezwungen wurde, den Mord ihrer Kranken zu finanzieren.

Die Gesamtzahl der Opfer der „T4“-Sonderaktion kann nur geschätzt werden. Die Reichsvereinigung ging im Mai 1940 von 2500 im „Altreich“ in Anstaltspflege befindlichen jüdischen Patientinnen und Patienten aus.<sup>65</sup> Eine gewisse Bestätigung dieser Zahl fand Annette Hinz-Wessels in den Geschäftszeichen, die im Sonderstandesamt „Cholm“ der „T4“-Zentrale bei den Sterbefällen vergeben wurden. Sie sind fortlaufend gezählt und enden im Juli 1942 mit den Nummern „X 2486“ und „X 2490“. Dies lässt auf ungefähr 2500 bearbeitete Sterbefälle der „T4“-Sonderaktion schließen.<sup>66</sup> Bislang sind davon ca. 1900 Fälle quellenmäßig belegt, von denen wiederum rund 1700 namentlich bekannt sind.<sup>67</sup>

Der Mord an jüdischen Patientinnen und Patienten beschränkte sich nicht auf die „T4“-Sonderaktion. Denn gleichzeitig wurden jüdische Patienten zwischen Januar 1940 und August 1941 den Transporten nichtjüdischer Patientinnen und Patienten in die Tötungsanstalten allein oder in kleinen Gruppen angeschlossen. Auf diesem Wege fanden z. B. 226 Jüdinnen und Juden

64 Ebenda, S. 80.

65 Hinz-Wessels, Schicksal jüdischer Patienten, S. 279.

66 Hinz-Wessels, Antisemitismus und Krankenmord, S. 84 und 86.

67 Lilienthal, Jüdische Patienten, S. 8.



Nach dem Stopp der „Aktion T4“ wurden jüdische Patientinnen und Patienten weiterhin Opfer des Massenmords. Die von Linden 1938 angeordnete Trennung von jüdischen und nichtjüdischen Patientinnen und Patienten in Heil- und Pflegeanstalten ergänzte er mit seinem Runderlass vom 12. Dezember 1940, demzufolge psychisch erkrankte Jüdinnen und Juden nur noch in die „Heil- und Pflegeanstalt der Reichsvereinigung der Juden in Bendorf-Sayn“ bei Koblenz aufgenommen werden sollten.<sup>70</sup> Aber auch diese ministerielle Anweisung konnte nicht im gewünschten Umfang befolgt werden, da die Anstalt hoffnungslos überfüllt war. Zudem gab es vonseiten der Juristen Bedenken, Jüdinnen und Juden, die nach § 42 b Reichsstrafgesetzbuch in eine Anstalt eingewiesen worden waren, nach Bendorf-Sayn zu überstellen. Denn die jüdische Anstalt sei eine Privatanstalt, die Unterbringung von Patientinnen und Patienten gemäß § 42 b Reichsstrafgesetzbuch aber eine staatshoheitliche Aufgabe.<sup>71</sup> Entsprechend verkündete der Reichsminister der Justiz am 6. Februar 1942 einen Erlass, wonach die benannte Patientengruppe in die Heil- und Pflegeanstalten Hamburg-Langenhorn, Görden, Tapiaw, Wien (Am Steinhof) und Eglfing-Haar zu verbringen sei.<sup>72</sup>

Mit der Deportation der deutschen Jüdinnen und Juden nach dem Osten ab Oktober 1941 bahnte sich das Ende der jüdischen Einrichtung an. Deportationszügen, die im März, April, Juni und Juli 1942 Koblenz verließen, wurden Waggons mit Patientinnen und Patienten aus Bendorf-Sayn angehängt. Nachdem die jüdische Anstalt geräumt und aufgehoben worden war, bestimmte Linden, dass jüdische Menschen nur noch in die psychiatrische Abteilung des Jüdischen Krankenhauses in Berlin aufzunehmen seien.<sup>73</sup> Die Kranken der psychiatrischen Abteilung wurden nach und nach Deportationszügen mitgegeben. Nachdem der letzte Patient die Abteilung verlassen musste, wurde sie Ende 1943 geschlossen.<sup>74</sup>

Die Kriegsverhältnisse erschwerten zunehmend die Verlegung jüdischer Patientinnen und Patienten, deren Zahl nach der Sonderaktion drastisch abgenommen hatte, erst nach Bendorf-Sayn oder später nach Berlin. Außerdem war der Personalaufwand für die notwendige Begleitung und die Kosten für den Transport einzelner Patientinnen und Patienten oder kleiner Gruppen zu hoch. Deshalb erfolgten die wenigen Neuaufnahmen jüdischer Patientinnen und Patienten weiterhin auch in öffentliche Heil- und Pflegeanstalten. Sie wurden dort Opfer des dezentralen Anstaltsmords oder gemeinsam mit jüdischen Deportierten in die Vernichtungslager im Osten geschickt.<sup>75</sup>

70 12. 12. 1940, Runderlaß des Reichsministeriums des Innern (RmdI), HHStA WI, Best. 430/1-12557.

71 Schreiben des Generalstaatsanwaltes Frankfurt am Main an den Oberpräsidenten des Bezirksverbandes Nassau in Wiesbaden vom 14. 11. 1941 (HHStA WI: Best. 430/1 Nr. 12557).

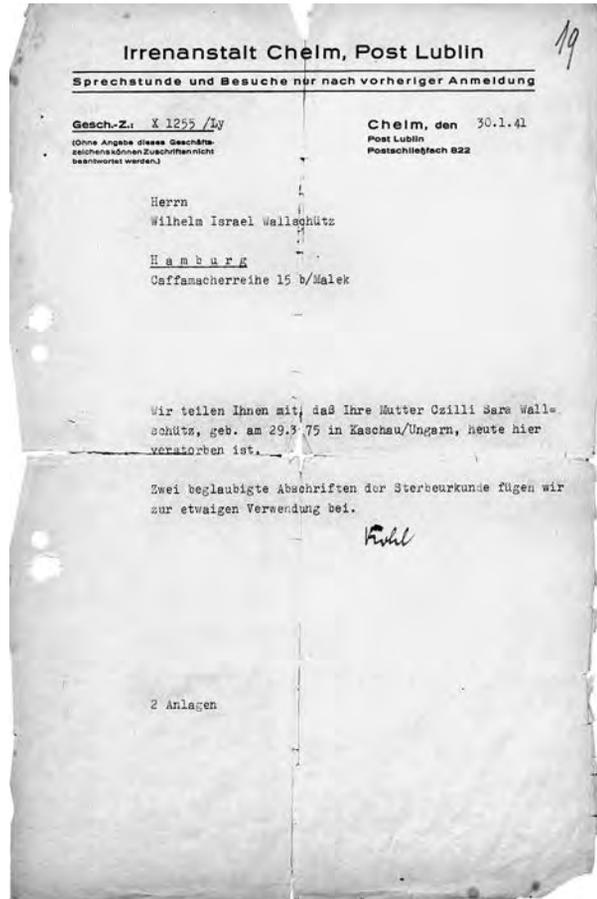
72 HHStA WI, Best. 631a/202.

73 10. 11. 1942, Runderlaß des RmdI, HHStA WI, Best. 430/1-12557.

74 Lilienthal, Jüdische Patienten, S. 9.

75 Ebenda, S. 10.

Es soll noch erwähnt werden, dass Berlin nach dem Stopp der „Aktion T4“ im Zuge der Verschärfung der nationalsozialistischen Mischlingspolitik eine Art Sonderaktion gegen jüdische Mischlingskinder plante, die offensichtlich reichsweit gedacht war. Kinder und Jugendliche, die sich in Fürsorgeerziehung befanden und einen jüdischen Elternteil im Sinne der Nürnberger Rassegesetze von 1935 hatten, sollten auf Anordnung des Reichsinnenministeriums vom 15. April 1943 in einer eigenen Abteilung der Landesheilanstalt Hadamar gesammelt werden.<sup>76</sup> Es war kein Zufall, dass die Wahl auf Hadamar fiel, eine Tötungsanstalt, in der 1941 über 10 000 Patientinnen und Patienten getötet worden waren und von 1942 bis 1945 noch einmal 4500 Patientinnen und Patienten durch überdosierte Medikamente und Hungerkost ermordet werden sollten. Von Mai 1943 bis März 1944 wurden mit abnehmender Tendenz 45 Mischlingskinder aus Bayern, Braunschweig, Berlin und Thüringen in das nach außen so bezeichnete „Erziehungsheim Hadamar“ aufgenommen. Von ihnen wurden 40 mit überdosierten Medikamenten ermordet. Die Aktion verlief aber bald im Sande, weil sich die Fürsorgeeinrichtungen mit Verlegungen nach Hadamar zurückhielten.<sup>77</sup>



Fingierter „Trostbrief“ der „Irrenanstalt Chelm, Post Lublin“; das Aktenzeichen X deutet auf einen jüdischen Ermordeten hin.

StaH

76 Erwähnt in Schreiben des RMDI vom 15. 4. 1943 an den Oberpräsidenten des Bezirksverbandes Nassau, HHStA WI, Best. 461/32061 Bd. 3, Bl. 119.

77 Sandner, Verwaltung des Krankenmords, S. 658–663.

## Fazit

Die Vernichtung der Juden umfasste mehrere Stufen der Eskalation. Im Gegensatz zum Anstaltsmord ist kein schriftlicher Auftrag Hitlers zur Judenvernichtung überliefert. Insofern ist auch kein exaktes Datum zu benennen, wann der Holocaust einsetzte. Es besteht aber kein Zweifel, dass Hitler die Vernichtung der Juden mit Nachdruck anstrebte. Mündliche Weisungen Hitlers oder seines Führungskorps, auch das Bewusstsein, Hitlers Willen zu erfüllen, genügten für die schrittweise Radikalisierung von Gewaltmaßnahmen gegen Juden. Nach dem Überfall auf Polen im September 1939 wurden von Einsatzgruppen auf Befehl Himmlers und mit Wissen Hitlers neben Polen auch Tausende von Jüdinnen und Juden ermordet. Noch sollten jedoch nicht alle Juden unterschiedslos ermordet werden. Dies änderte sich mit dem Krieg gegen die Sowjetunion im Juni 1941, der sich in der Folgezeit zu einem systematischen Vernichtungskrieg entwickelte. Er richtete sich zunächst gegen die sowjetischen, dann aber auch bald gegen die europäischen Juden. Die Einsatzgruppen in der Sowjetunion ermordeten ab Sommer 1941 gezielt Hunderttausende von Jüdinnen und Juden. Ein Großteil der Forschung sieht daher den Beginn des Holocaust im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion.<sup>78</sup> In diesem zeitlichen Kontext kommt der „T4“-Sonderaktion eine besondere Bedeutung zu. Denn sie ist der erste Massensmord, dem ausschließlich Juden zum Opfer fielen. Sie lief an im Sommer 1940 und endete im Frühjahr 1941, ein halbes Jahr bevor die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion ihre Vernichtungszüge und die planmäßigen Deportationen von Juden aus Deutschland nach dem Osten im Oktober 1941 begannen.

Die Verbindungslinien zwischen Anstaltsmord und Holocaust verlaufen neben der „T4“-Sonderaktion auch entlang der „Aktion 14f13“ und der „Aktion R“. Weil die Tötungskapazitäten in den Konzentrationslagern für eine massenhafte Beseitigung von Häftlingen nicht ausreichten, schaltete Himmler die „T4“-Zentrale ein. „T4“-Ärztelkommissionen reisten daraufhin seit dem Frühjahr 1941 in die Konzentrationslager und wählten aus Häftlingen, die ihnen vorgestellt wurden, diejenigen aus, die in den „T4“-Tötungsanstalten Bernburg, Hartheim und Pirna-Sonnenstein im Gas erstickt werden sollten. Mit dieser Aktion, die im SS-Schriftverkehr das Aktenzeichen „14f13“ erhielt, sollten die Konzentrationslager von dem „Ballast“ kranker und arbeitsunfähiger Häftlinge befreit werden. Die „Aktion 14f13“ endete im Frühjahr 1943. Die Verbringung von Häftlingen aus Mauthausen und anderen Konzentrationslagern ausschließlich in die Tötungsanstalt Hartheim bis Dezember 1944 wird in der Forschung zuweilen auch als zweite Phase der „Aktion 14f13“ bezeichnet.<sup>79</sup>

78 Browning, Entfesselung, z. B. S. 428.

79 Herbert Diercks/Astrid Ley, Ermordet im Rahmen der „Aktion 14f13“; Julius Bass, Nestor Beaufort, Ernst Kernig, Mary Pünjer und Johanna Töpfer, in: „Euthanasie“-Verbrechen Forschungen zur Geschichte der nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen

Die Tatsache, dass einzelne Transporte in die Tötungsanstalten ausschließlich oder überwiegend mit Jüdinnen und Juden zusammengestellt wurden, ohne dass sie in jedem Fall krank oder arbeitsunfähig waren, weist die „Aktion 14f13“ genau wie die „T4“-Sonderaktion von 1940/41 mit jüdischen Anstaltspatientinnen und -patienten als Vorboden des Holocaust aus.

Nach Absprachen mit Hitler und Himmler entsandte die „T4“-Zentrale seit Frühjahr 1942 über 120 Mann ihres Stammpersonals in die Vernichtungslager Belzec, Sobibór und Treblinka in Polen, wo sie Aufsichts- und Leitungsfunktionen übernahmen.<sup>80</sup> Der „Aktion Reinhardt“ (Aktion „R“) genannte Massenmord in den drei Lagern stellte in Bezug auf die große Anzahl von 1,6 Millionen Opfern und ihre schnelle Beseitigung das „effektivste“ Tötungssystem“ dar, effektiver noch als Auschwitz-Birkenau.<sup>81</sup> Dies beruhte neben anderen Faktoren auf dem Lagerpersonal. Die „T4“-Reinhardt-Männer brachten ihre vielfältigen Erfahrungen ein, die sie während des Anstaltsmords gesammelt hatten. Auch profitierten sie von einem eigenen Netzwerk mit flachen Hierarchien. Da sie vor Ort nicht in eine starre Verwaltungsbürokratie eingebunden waren, konnten sie flexibel und schnell auf Herausforderungen und Probleme reagieren, die mit dem Antransport der Opfer, ihrer Vernichtung und der Beseitigung der Leichen verbunden waren. So wurde der SS-Mann Herbert Floß im Frühjahr 1943 von Belzec nach Treblinka gerufen, weil man Probleme mit dem Verbrennen der ausgegrabenen Leichen hatte. Floß, der in der T4-Anstalt Hadamar Anführer der Leichenverbrenner war, konstruierte mehrere Roste aus Eisenbahnschienen, auf denen Tausende von Leichen täglich verbrannt werden konnten. Bei dem jüdischen Arbeitskommando hatte er den Ruf eines „Artisten“ im Sinne eines begabten Handwerkers.<sup>82</sup>

Neben dem ausgeliehenen Personal und den mitbenutzten Tötungseinrichtungen war die „T4“-Tötungstechnologie ein wichtiger Bezugspunkt zwischen Anstaltsmord und Holocaust. Im Holocaust kamen mehrere Vernichtungsmethoden zur Anwendung: die kurzfristig organisierten Massenerschießungen durch die Einsatzgruppen in der Sowjetunion, die bereits 1939 in Polen erprobt worden waren, der Einsatz von Gaswagen und ab 1942 die Ermordung in stationären Gaskammern. Letzteres Vorgehen wurde von den Tätern bevor-

Verfolgung in Norddeutschland Heft 17), Bremen 2016, S. 133–149; Astrid Ley, Die „Aktion 14f13“ in den Konzentrationslagern, in: Günter Morsch/Bertrand Perz (Hrsg.), Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 29), 2. überarbeitete Aufl., Berlin 2012, S. 231–243; Florian Schwanninger, Schloss Hartheim und die „Sonderbehandlung 14f13“, in: Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie“ und Zwangssterilisation (Hrsg.), NS-Euthanasie in der „Ostmark“. Fachtagung vom 17. bis 19. April 2009 im Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim, Alkoven (Berichte des Arbeitskreises, Bd. 8), Münster 2012, S. 61–88.

80 Sara Berger, Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka, Hamburg 2013, S. 35.

81 Ebenda, S. 387–388.

82 Chil Rajchmann, Ich bin der letzte Jude. Treblinka 1942/43. Aufzeichnungen für die Nachwelt, München/Zürich 2009, S. 114–115; Berger, Experten, S. 212 und 404.

zugt. Bei der „Aktion-T4“ war entscheidend, dass die Psyche der Mörder geschont wurde, weil der unmittelbare Blickkontakt mit den Opfern vermieden wurde und sich die Täter durch Verantwortungs- und Arbeitsteilung moralisch entlastet fühlten. Deshalb waren bei Planern von Vernichtungsaktionen die „Brackschen Hilfsmittel“ oder „Brackschen Gase“ gefragt, benannt nach Viktor Brack von der Kanzlei des Führers.<sup>83</sup> Die Vorteile der „Brackschen“ Vernichtungsmethode beruhten aber auch auf der Ressourcen und Personal sparenden Organisation sowie den Verschleierungstechniken. Dabei wurden die Stationen der Vernichtung in bauliche Komplexe zusammengefasst.

Die „T4“-Zentrale und ihre Männer in den sechs Tötungsanstalten entwickelten zwischen Herbst 1939 und Sommer 1941 eine geräuschlose, unauffällige und effiziente Methode des Massenmordes. Folgende Elemente kamen beispielsweise in Hadamar, der letzten um die Jahreswende 1940/41 eingerichteten Tötungsanstalt, zur Anwendung:

- Die „T4“-Tötungsanstalt war nur Vernichtungszentrum, sie bot den ankommenden Patientinnen und Patienten keine Unterkunft. Sie wurden am Tag ihrer Ankunft getötet.
- Zwischen der Busgarage, in der die Patientinnen und Patienten aus den grauen Bussen ausstiegen, und dem Hauptgebäude, in das die Tötungsanlage eingebaut war, bestand ein Schleusengang. Er sollte Fluchtmöglichkeiten verhindern und die Sicht für Außenstehende versperren.
- Die Opfer wurden getäuscht, indem sie in die Gaskammer geführt wurden, die als Duschaum getarnt war. Die Täter setzten das Industriegas Kohlenmonoxid ein, das in Stahlflaschen geliefert wurde.
- Den Leichen wurden die Goldzähne entfernt.
- In ausgewählten Fällen wurden ihnen auch die Gehirne für medizinische Forschungszwecke entnommen.
- Die Leichen wurden im neben der Gaskammer gelegenen Krematoriumsraum sofort eingäschert, um Spuren zu beseitigen.
- Die Angehörigen wurden mit offiziellen Sterbeurkunden getäuscht, in denen regelmäßig die Todesursache, der Sterbetag und oftmals auch der Sterbeort falsch angegeben waren und der Standesbeamte mit einem Decknamen unterschrieb.

Die erprobte Vernichtungsmethode musste im Holocaust allein wegen der weit größeren Zahl an zu tötenden Opfern und den unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten situativ angepasst werden. Aber die Grundelemente der Anstaltsvernichtung sind noch erkennbar, z. B. in den Lagern der „Aktion R“:

<sup>83</sup> Berger, Experten, S. 34–35; Ernst Klee (Hrsg.), Dokumente zur „Euthanasie“, Frankfurt a. M. 1985, S. 272 (sog. „Gaskammerbrief“).

- Die Lager waren wie die „T4“-Tötungsanstalten nur Vernichtungszentren. Die Häftlinge wurden sofort nach ihrer Ankunft getötet. Ein wenn auch nur befristeter Aufenthalt war für sie nicht vorgesehen. Eine Ausnahme bestand nur für das jüdische Arbeitskommando.
- Es gab einen Schleusengang oder „Schlauch“, der von der Rampe, an der die Häftlinge aus den Zügen stiegen, über die Entkleidungsbaracke zu den Gaskammern führte. Er sollte Flucht verhindern und Sichtschutz bieten.
- Die Gaskammern waren wie Duschräume getarnt. Blumenkübel und Schilder mit Aufschrift „Inhalieranstalt“ an dem Gaskammergebäude sollten einen harmlosen Eindruck erwecken. Getötet wurde wieder mit Kohlenmonoxid, das jetzt aber in Form von Auspuffgasen aus Verbrennungsmotoren in die Gaskammern geleitet wurde.
- Die Leichen wurden ausgeraubt, indem man ihnen Goldzähne ausbrach und Schmuckstücke abnahm.

In der „Aktion Reinhardt“ entfielen dagegen Hirnsektionen, die sofortige Einäscherung der Leichen oder die Ausstellung von Sterbeurkunden.

Auch das Vernichtungssystem in Auschwitz besaß einige Elemente, die denen der „T4“-Tötungsanstalten glichen:

- Die Gaskammern sahen ebenfalls wie Duschräume aus.
- In den vier Gaskammergebäuden befanden sich die Krematorien und bildeten somit eine organisatorische Einheit. Gemordet wurde weiterhin mit Gas, jetzt aber mit dem einfacher zu beschaffenden und zu handhabenden Zyklon-B.
- Ein Sonderstandesamt stellte Sterbeurkunden mit falschen Daten aus.
- Lebende und tote Häftlinge wurden für medizinische Zwecke missbraucht.

Zu klären wäre noch, ob das Vernichtungssystem in Auschwitz auf eigenen Erfahrungen und Ideen beruhte, oder die „T4“-Anstalten Vorbild waren. SS-Hauptsturmführer Karl Fritzsche, 1941 stellvertretender Kommandant in Auschwitz, hatte behauptet, dass die erste Vergasung in Auschwitz im September 1941, bei der 600 sowjetische Kriegsgefangene und 250 Lagerhäftlinge starben und erstmals Zyklon-B eingesetzt wurde, seine Erfindung gewesen sei.<sup>84</sup> Andererseits wurden am 28. Juli 1941 575 Häftlinge im Rahmen der Aktion „14f13“ von Auschwitz in die „T4“-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein in Begleitung von SS-Wachpersonal transportiert und ermordet. An den Selektionen der Todeskandidaten für den Transport, die in Auschwitz ab Mai 1941 von einer Ärztekommision durchgeführt

84 Robert Jan van Pelt, Auschwitz, in: Morsch/Perz (Hrsg.), Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas, S. 196–227, hier, S. 203; Martin Broszat, (Hrsg.), Kommandant in Auschwitz, München 1963, S. 159.

wurden, war Dr. Horst Schumann, seinerzeit Leiter der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein, verantwortlich beteiligt. Da der Transportführer nach seiner Rückkehr dem Lagerkommandanten Rudolf Höß über die Vergasungen in Pirna berichtete, müsste die „T4“-Gasmordmethode spätestens im Sommer 1941 in Auschwitz bekannt geworden sein.<sup>85</sup>

Diejenigen Forscherinnen und Forscher, die sich mit der „T4“-Sonderaktion befassten, versuchten auch die Beziehung zwischen den Euthanasie-Morden und dem Holocaust zu charakterisieren. Henry Friedlander schrieb 1997: „Die Mordzentren der Euthanasie dienten [...] als Modell für die Vernichtungslager der Endlösung.“<sup>86</sup> Später ergänzte er, dass die „Ermordung behinderter jüdischer Patienten, die ungefähr ein Jahr vor dem Beginn des Massenmords an den Juden in der besetzten Sowjetunion einsetzte, [...] ein wichtiges Verbindungsglied zwischen ‚Euthanasie‘ und der ‚Endlösung‘“ bildete.<sup>87</sup> Hans-Walter Schmuhl schloss sich der Konzentrierung auf die „T4“-Sonderaktion an, wenn er feststellte: „Die Ermordung der jüdischen Anstaltsbewohner war der erste systematische Massenmord an deutschen Juden unter dem NS-Regime und bildete damit in gewisser Weise den Auftakt zur ‚Endlösung der Judenfrage‘.“<sup>88</sup> Annette Hinz-Wessels nahm hingegen wieder die „Aktion T4“ insgesamt in den Blick: Sie „diente [...] auch als Modell für die ‚Endlösung der Judenfrage‘.“<sup>89</sup> Beide Feststellungen haben ihre Berechtigung: Einerseits werden die Opfer und der erste an ihnen verübte Massenmord in den Fokus genommen, andererseits wird auf die Vernichtungsmethode abgezielt.

Die „Aktion T4“ demonstrierte den Vorteil, den der Einsatz von Gas in stationären Räumen gegenüber Erschießungen und Gaswagen bei Massentötungen hatte. Fest installierte Gaskammern waren daher das bevorzugte Vernichtungsinstrument im Holocaust. Die Morde der Einsatzgruppen in Polen und der Sowjetunion waren gekennzeichnet durch ein gewisses Maß an Improvisation. Die „T4“-Morde in Gaskammern beruhten dagegen auf einer durchstrukturierten Organisation vom Antransport der Opfer bis zur Beseitigung ihrer Leichen. „Der Krankenmord an Juden war der Auftakt zur physischen Vernichtung des Judentums. [...] Die ‚T4‘ war nicht nur Vordenkerin der Vernichtungsmethode, sondern auch Leihgeberin der Vernichtungstechnik und des durch die Praxis ‚geschulten‘ Vernichtungspersonals.“<sup>90</sup> Ohne die „T4“-Zentrale und ihre Gasmordaktion hätte die „Endlösung der Judenfrage“ anders ausgesehen. Die Vernichtungs- und Verschleierungs-

85 Ley, „Aktion 14f13“, S. 235–236; Stanisław Kłodziński, Die „Aktion 14f13“. Der Transport von 575 Häftlingen von Auschwitz in das „Sanatorium Dresden“, in: Götz Aly, Aktion T4 1939–1945. Die „Euthanasie“-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin 1987, S. 136–146,

86 Friedlander, Weg, S. 271.

87 Ebenda, S. 197.

88 Hans-Walter Schmuhl, „Euthanasie“ und Krankenmord, in: Robert Jütte, Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2011, S. 214–255, hier S. 230.

89 Hinz-Wessels, Antisemitismus und Krankenmord, S. 91.

90 Lilienthal, Jüdische Patienten, S. 11.

techniken hätten erst mühsam entwickelt werden müssen, und der Zeitaufwand bis zur Erreichung eines effizient organisierten Massenmordes wäre ohne ein durch die Mordpraxis geschultes Personal und die in den „T4“-Tötungsanstalten gesammelten Erfahrungen hinsichtlich der Vernichtungsabläufe und der Täuschungsmethoden erheblich größer gewesen. Der Historiker Christopher Browning hat festgestellt, „dass die Verbindung zwischen der [...] ‚Euthanasie‘ und der ‚Endlösung‘ weit über den Transfer von Personal, Technologie und Verfahrensweisen hinausging“. Die Klammer zwischen Anstaltsmord und Holocaust war „eine umfassende nationalsozialistische Rassenutopie“.<sup>91</sup> Diese Feststellung mag noch zu Beginn des Krieges gegolten haben. Doch mit zunehmender Dauer des Krieges traten beim Anstaltsmord die eingangs erwähnten Nützlichkeitsabwägungen in den Vordergrund: das Freimachen von Betten und medizinischem Personal für die sonstige Krankenversorgung, die Unterbringung und die Betreuung Kriegsverwundeter und die Beseitigung „nutzloser Esser“. Bei der Judenverfolgung behielt die Rassenutopie ihre Dominanz, wie schon bei der „T4“-Sonderaktion ersichtlich. Gemeinsam aber war dem Anstaltsmord wie dem Holocaust der ungehemmte Vernichtungswille.

91 Browning, *Entfesselung*, S. 286.



## Transport in den Tod

### **Die Ermordung jüdischer Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg**

Am 15. April 1940 forderte ein Erlass des Reichsinnenministeriums alle zuständigen Stellen im Deutschen Reich auf, innerhalb von drei Wochen Angaben über die jüdischen Patientinnen und Patienten in privaten und öffentlichen Anstalten zu übermitteln.<sup>1</sup>

Für Norddeutschland ergaben die Rückmeldungen, dass in fünf staatlichen Hamburger Anstalten 98 und in acht Schleswig-Holsteinischen, darunter auch Privateinrichtungen, insgesamt 59 Jüdinnen und Juden lebten. Entsprechende Meldungen aus Mecklenburg liegen nicht vor.

Nach der Erfassung der jüdischen Anstaltspatientinnen und -patienten sollten diese in größeren staatlichen Sammelanstalten zusammengefasst werden, für Norddeutschland wurde die Heil- und Pflegeanstalt in Hamburg-Langenhorn als Sammelanstalt bestimmt, in der bereits 54 jüdische Patientinnen und Patienten lebten.

Bis zum 18. September 1940 trafen zusätzlich sieben Menschen aus der Langenhorner Zweiganstalt Gut Düssin in Mecklenburg und 24 aus Hamburger Versorgungsheimen ein. Aus Schleswig-Holstein wurden aus den großen Heilanstalten in öffentlicher oder diakonischer Trägerschaft Rickling, Neustadt, Schleswig-Stadtfeld, Lübeck-Strecknitz und Lübeck-Vorwerk sowie aus verschiedenen kleinen privaten Einrichtungen in den Kreisen Segeberg, Rendsburg, Plön und Pinneberg 47 Frauen und Männer nach Langenhorn verlegt. Aus Mecklenburger Anstalten kamen zwei Männer, ein Patient kam aus Marburg. Im Falle einer Patientin (Henriette Meyer) ist nicht bekannt, ob sie schon länger in Langenhorn lebte oder dorthin erst für den Transport nach Brandenburg überführt wurde.

1 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 309 Nr. 3517.

**Der Reichsminister des Innern**

Berlin, den 15. April 1940.

IV g 5717/40  
5106

Es wird gebeten, dieses Geschäftsgeschehen und den  
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

RECHTERUNG  
19. 4. 40

NW 7, Unter den Eichen 72  
Fernsprecher: 12 00 34  
Telegraphenamt: Reichsinnenminister.

LM 563-A-79  
298/2939  
19

Betrifft: Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten aller Art.  
Unter Bezugnahme auf den Bericht vom 11. Oktober 1939 - I M 563 A 19-.

34  
24/4

Hierdurch ersuche ich bei den mir als in Frage kommend  
gemeldeten Anstalten Nachfrage zu halten, wieviel Juden  
(getrennt nach Männern und Frauen), die an Schwachsinn oder  
einer Geisteskrankheit leiden, dort untergebracht sind. Das  
Feststellungsergebnis ist mir in einer Aufstellung binnen  
3 Wochen vorzulegen.

Im Auftrag

*Sindler*

An

den Herrn Regierungspräsidenten

in Schleswig.

Erlass des Reichsministers des Innern vom 15. 4. 1940 zur Erfassung von Juden in Anstalten

LAS

Der Regierungs-Präsident  
IM 563-A. 19. Schleswig, den 21. V. 40.

1.) Die  
~~Neu gew. Rumpfenpost~~  
~~der Postamt~~  
 in  
 Berlin N. 70: 40

**Absendestelle**  
 erhalten und abge-  
 22. MAI 1940

Konzeil

zur Befreiung der jüd.-und jehug. Transporten.  
 vom 15. April 1940 - IV g 5717/40-5106.  
 Transportposten: 1. K. R. u. - und. Post Nr. 1000.

Nr.	Name der Anstalt	Postanschrift	Reisender oder Träger der Anstalt	Anzahl der Plätze (Betten)	Untergebrachte Juden	
					männlich	weiblich
1	Freiwilligkeits-Strickung	Lübeck	Post	861	13	9
2	Jugendheim u. Pflegeheim Vorwerk	Lübeck	Wohnheim	300	7	3
3	Landl. jüd.-u. Pflegeanstalt Nematadt 1/4	Nematadt 1/4 Holst.	Arbeitsanstalt	1394	3	8
4	Sanatorium Pflegeheim Log	Schellhorn	Sanatorium	32	-	1
5	Private Irrenanstalt Friedhofsfeld	Wit. Dendshof	Pflegeheim	17	-	3
6	Landesheilanstalt	Schleswig	Arbeitsanstalt	1678	-	2
7	Irrenklinikum Kopp	Kopp	Irrenklinikum	430	-	8
8	Ricklinger Anstalten	Rickling 1/4 Holst.	Landesirrenklinik	910	1	1

2.) 3. 11. 1940

St. 11. 1940

Konzeil

7. 11. 1940

L. 11. 1940

Meldung aus Schleswig-Holstein

LAS

31

Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg  
Allgemeine Abteilung  
- 15 -

den 25. Juni 1940  
ab: 26. 6. 1940  
Ludwig

1) schreiben an:

An den  
Herrn Reichsminister des Innern  
Berlin Nr. 7  
Unter den Linden 72

Betrifft: Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten aller Art.  
Bezug: Erlaß vom 15. 4. 1940 -IV g 5717/40 -5106-.

/ Hierneben übersende ich eine Aufstellung über die in den Heil- und  
Pflegeanstalten untergebrachten Juden, die an Schwachsinn oder ei-  
ner Geisteskrankheit leiden.



2) zum Vorgang



Besendenderhof 41, Fernspr.: 24 28 30

Meldung der Jüdinnen und Juden in Hamburger Anstalten vom 25. Juni 1940 durch die „Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg, Allgemeine Abteilung – 15 –“

Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv

### A u f s t e l l u n g

über die in den Heil- und Pflegeanstalten unter-  
gebrachten Juden, die an Schwachsinn oder einer  
Geisteskrankheit leiden.  
(Erlaß des Reichsministers des Innern vom 15.4.1940  
-IV g 5717/40 -5106-.)

Lfd.Nr.	Name der Anstalt	Postanschrift	Schwachsinn		Geistes- krankheit	
			Män- ner	Frau- en	Män- ner	Frau- en
1	Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn	Hamburg- Langenhorn 1 Langenhorn- chaussee	3 ✓	5 ✓	27 ✓	31 ✓
2	Alsterdorfer Anstalten	Hamburg 39 Alsterdorfer- straße 420	-	-	-	- ✓
3	Psychiatrische und Nervenklinik der Hamburgischen Universität	Hamburg 22 Elbsiedel	-	-	2 ✓	3 ✓
4	Versorgungsheim Oberaltenallee	Hamburg 22 Oberaltenallee 60	1 ✓	3 ✓	1 ✓	1 ✓
5	Versorgungsheim Parasen	Hamburg- Parasen	4 ✓	5 ✓	3 ✓	6 ✓
6	Versorgungsheim Aberhoffstraße	Hamburg 21 Aberhoffstraße 5	-	1 ✓	-	2 ✓
7	Nervenheilanstalt "Eichenhain"	Hamburg 19 Eichenstraße 34	-	-	-	-
8	Versorgungsheim Körderstraße	Hamburg-Altona Körderstr. 34	-	-	-	-
9	Versorgungsheim Bettnerstraße	Hamburg-Harburg Bettnerstr. 6	-	-	-	-
10	Versorgungsheim Holtenhof	Hamburg-Fands- beck	-	-	-	-

138

A b s c h r i f t ! f. d. A.

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 30. August 1940.

IV g 6662/40  
5106

An das

Mecklenburgische Staatsministerium  
Abteilung Medizinal-Angelegenheiten  
in Schwerin.

Betrifft: Verlegung geisteskranker Juden.

Der noch immer bestehende Zustand, dass Juden mit Deutschen in Heil- und Pflegeanstalten gemeinsam untergebracht sind, kann nicht weiter hingenommen werden, da er zur Beschwerden des Pflegepersonals und von Angehörigen der Kranken Anlass gegeben hat. Ich beabsichtige daher, (den) die in den (r) nachbezeichneten Anstalten - Anstalt - unterbrachten Juden am 23. September 1940 in eine Sammelanstalt zu verlegen. Für diese Verlegung kommen nur Volljuden deutscher oder polnischer Staatsangehörigkeit sowie staatenlose Volljuden in Frage. Juden anderer Staatsangehörigkeit (auch Protektoratsangehörige) sind ebenso wie Mischlinge 1. und 2. Grades in diese Aktion nicht einzubeziehen.

Der Abtransport erfolgt an dem genannten Tage aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn. Zur Sicherung der Transporte sind die in Frage kommenden Geisteskranken zum 18. September 1940 aus ihren derzeitigen Unterbringungsanstalten in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zu überstellen. Auf die Innehaltung dieses Termins muss ich besonderen Wert legen, da ein Abtransport verspätet eingelieferter geisteskranker Juden mit grossen Mühen und Ausgaben verbunden ist. Falls Unterschiede zwischen dem bisherigen Verpflegungssatz und dem in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn erhobenen auftreten, wird der Unterschiedsbetrag von der Gemeinnützigen Krankentransport-GmbH., Berlin W 9, Potsdamer Platz 1, übernommen werden.

Nach den mir zugegangenen Berichten sollen sich in folg. Anstalt (en) nachstehend aufgeführte Juden befinden. Falls in der Zwischenzeit Änderungen eingetreten und weitere Zugänge erfolgt sind, sind die z.Zt. in der (den) Anstalt (en) befindlichen

Erlass des RMI vom 30. August 1940 zur „Verlegung“ aller Jüdinnen und Juden nach Hamburg-Langenhorn bis 18. September 1940

LHAS

befindlichen Juden (vgl. Abs. 1) zu überstellen.

Heil- und Pflegeanstalt Sachsenberg 1 Jude.

Ich bitte, die vorgenannten Anstalten - Anstalt -  
mit Weisung im Sinne dieses Erlasses zu versehen.

Im Auftrag  
gez. Unterschrift.

-----

3 M 3033 a/c. In Abschrift

- a) der Direktion der Heil- und Pflegeanstalten  
Sachsenberg-Lewenberg  
zur weiteren Veranlassung und zum Bericht über die  
erfolgte Ausführung.
- b) der Direktion der Heil- und Pflegeanstalt Gehlsheim,
- c) " " " " " " Domjüch  
zur Kenntnisnahme und, falls dort Juden der genannten  
Art untergebracht sein sollten, zur weiteren Veran-  
lassung und zum Bericht über die erfolgte Ausführung.

Schw., d. 4.9.40.

St.M., Abt. Med. Angel.

I.A.

gez. Unterschrift.

<b>Übersicht über die in der Sammelanstalt Langenhorn zusammengeführten Jüdinnen und Juden*</b>		
<b>Herkunftsanstalt</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Lage der Anstalt</b>
Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn (diese Menschen lebten bereits in Langenhorn)	54	Hamburg
Gut Düssin (Zweiganstalt der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn)	7	Mecklenburg
Versorgungsheim Farmsen	17	Hamburg
Versorgungsheim Oberaltenallee	5	Hamburg
Versorgungsheim Averhoffstraße	2	Hamburg
Privat-Irrenanstalt Friedrichsfeld bei Rendsburg	3	Schleswig-Holstein
Erziehungs- und Pflegeheim Lübeck Vorwerk	10	Schleswig-Holstein
Heilanstalt Lübeck-Strecknitz	20	Schleswig-Holstein
Ricklinger Anstalten	1	Schleswig-Holstein
Landes-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt	10	Schleswig-Holstein
Landesheilanstalt Schleswig-Stadtfeld	2	Schleswig-Holstein
Sanatorium Schellhorner Berg bei Preetz	1	Schleswig-Holstein
Heil- und Pflegeanstalt Schwerin Sachsenberg	1	Mecklenburg
Landesanstalt Neustrelitz-Strelitz	1	Mecklenburg
Landesheilanstalt Marburg	1	Hessen
Unbekannt	1	
<b>Insgesamt</b>	<b>136</b>	

\*Nach eigenen Berechnungen.

Diese 136 Menschen wurden am 23. September 1940 aus Langenhorn mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Der jüngste unter ihnen war Erich Stein mit 13 Jahren, Friederike Marmorek war mit 82 Jahren die älteste.

Max Plaut, Leiter des Zwangsverbandes „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, Bezirksstelle Hamburg, berichtete nach dem Kriege über diesen Transport: „Eines Tages erging an den Verfasser als Leiter der jüdischen Gemeinde beziehungsweise der Bezirksstelle der Reichsvereinigung sowie in seiner Eigenschaft als vom Gericht bestellter Vormund der entmündigten Lilly L. seitens eines Inspektors aus der Staatskrankenanstalt Langenhorn die telefonische Mitteilung, dass die jüdischen Anstaltsinsassen in eine andere Anstalt ‚verlegt‘ werden sollen. Auf die Rückfragen wohin, wann und auf wessen Veranlassung, erfolgte die lakonische Antwort ‚darüber kann ich nicht sprechen‘. Auf wiederholte Bitten wurde seitens diese[s] Inspektors allen Angehörigen der Anstaltsinsassen eine besondere Besuchserlaubnis erteilt. Auch eine zusätzliche Versorgung wurde genehmigt. Verfasser dieses [Berichts] suchte am gleichen Tage die Anstalt auf; die Betreuung der jüdischen Insassen in diesen Anstalten gab zu keinen Klagen und Beanstandungen Anlass. Ein Versuch, Einzelheiten zu



Güterbahnhof Ochsenzoll (Nachkriegsaufnahme)

*Privatarchiv Hans Rehders*

erfahren war erfolglos, da die Anstaltsleitung selbst nur wusste, dass die Kranken am nächsten Tag per Bahn abtransportiert würden. [...] Am nächsten Tage wurden die Betroffenen im Krankenwagen des Roten Kreuzes auf einem Güterbahnhof in einen aus Krankenwagen bestehenden mit der Flagge des Roten Kreuzes versehenen Zug verladen. Der Zug war ein moderner Krankentransportzug mit ärztlichem und sonstigem Pflegepersonal.<sup>2</sup>

Bis heute ist Max Plauts Bericht der einzig bekannte über den Abtransport vom 23. September 1940. Offenbar wurden die Menschen zunächst mit Bussen von der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn zum wenige Kilometer entfernten Güterbahnhof Ochsenzoll gebracht und von dort mit der Bahn weiter transportiert.

Max Plaut fuhr in seinem Bericht fort: „Eine weitere Rücksprache mit dem Inspektor der Anstalt, die streng vertraulich (weil für ihn gefährlich) geführt wurde, ergab, dass auf Anweisung des Reichssicherheitshauptamtes zwecks Aufhebung der ‚unerwünschten‘

2 Yad Vashem (YV) 01/53 Max Plaut, Die Juden in Deutschland 1941–1943, S. 19 f.; vgl. auch Meyer, Tödliche Gratwanderung, S. 115 ff.

gemeinsamen Betreuung von jüdischen und arischen Patienten, die Verlegung der jüdischen Kranken in das staatliche Krankenhaus in Cholm in Polen durch die ‚Transportgesellschaft Columbus‘ durchgeführt werden sollte.<sup>3</sup> Der Inspektor bemerkte, er habe ebenso wie seine Mitarbeiter die feste Überzeugung gewonnen, nicht zuletzt aus der mit Sorgfalt und Fürsorge vorbereiteten Durchführung des Transportes, dass es sich um eine seriöse Angelegenheit handele und dass etwaige jüdische Befürchtungen nicht am Platze seien. [...] Dass auch der Beamte der Gestapo an diese Verlegung glaubte, erhellt die Tatsache, dass er dem Schreiber dieses [Berichts] offiziell erlaubte mit den Deportierten Fühlung zu nehmen. Briefe an den Ältesten der Juden in Lublin und in Cholm, mit der Bitte die jüdischen Kranken aus Norddeutschland in der ‚Staatskrankenanstalt Cholm‘ zu besuchen und gegebenenfalls auf Kosten der Angehörigen zusätzlich zu betreuen, wurden damit beantwortet, dass es in Cholm eine derartige Anstalt nicht gebe, auch nicht in Lublin, überhaupt sei von einer derartigen Anstalt im besetzten Polen nichts bekannt.“

Max Plauts Information, dass eine Krankenanstalt in Cholm (polnisch Chełm) nicht existiere, stimmte. In Chełm, einer kleinen Stadt im damaligen Generalgouvernement rund 70 Kilometer östlich von Lublin, hatte bis Anfang 1940 eine psychiatrische Anstalt existiert. SS-Männer hatten am 12. Januar 1940 fast alle Patienten ermordet und große Teile der Anstalt zerstört. Nach dem Massaker requirierte die SS den Hospital-Komplex und nutzte ihn fortan als Kaserne.<sup>4</sup>

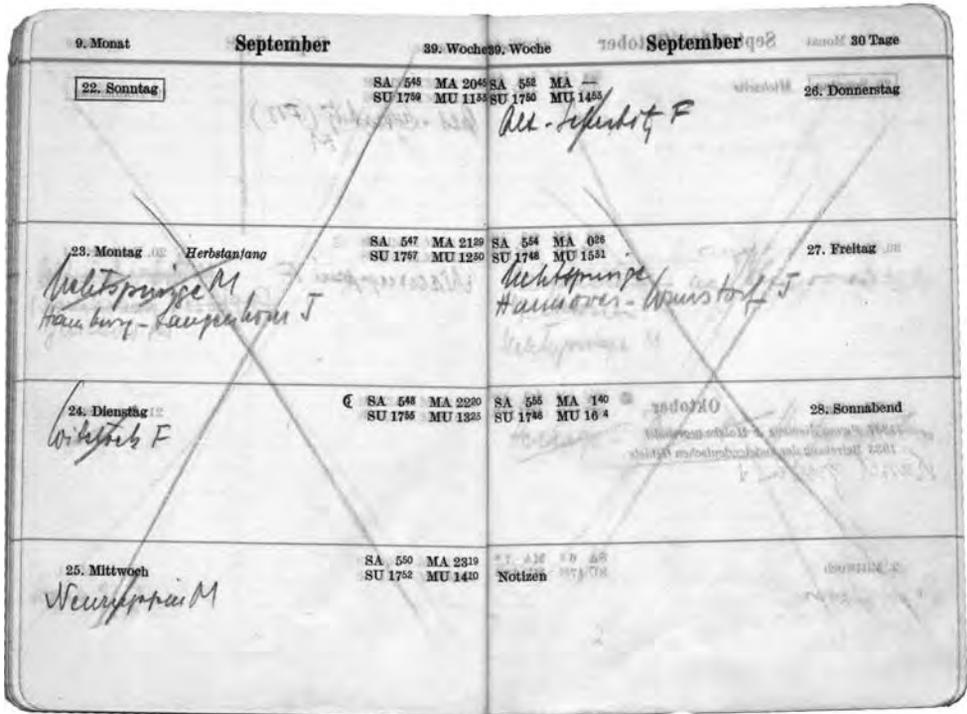
Anders als gegenüber Max Plaut angedeutet, ging der Langenhorner Transport jedoch nicht nach Cholm/Chełm, sondern nach Brandenburg an der Havel. Während des Transportes durfte eine Patientin, Ilse Herta Zachmann, den Zug verlassen. Ihr Hamburger Rechtsbeistand hatte die Erlaubnis erwirkt, auf welche Weise wissen wir nicht. Sie lebte in den nächsten fast zwei Jahren in der Israelitischen Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke (Jacoby’sche Anstalt) in Bendorf-Sayn bei Koblenz und wurde von dort am 15. Juni 1942 deportiert (s. Biografie Ilse Herta Zachmann). Sie kam in dem Durchgangsghetto Izbica oder dem Vernichtungslager Sobibór ums Leben.

Der Langenhorner Transport erreichte am 23. September 1940 mit 135 Menschen sein Ziel. Auf die Ankunft weisen die Eintragungen hin, die der Leiter der „T4“-Tötungsanstalt, Irmfried Eberl, in seinem Taschenkalender vorgenommen hatte.<sup>5</sup> Für Montag, den 23. September 1940 enthält der Kalender die Notiz „Hamburg-Langenhorn J“ (J für Juden).

3 Der von Max Plaut verwendete Begriff „Transportgesellschaft Columbus“ resultiert wahrscheinlich aus dem ersten kurzfristigen Standort der „Euthanasie“-Zentrale im Columbushaus am Potsdamer Platz 1. Gemeint war wohl die Tarnorganisation „Gemeinnützige Kranken-Transport-G. m. b. H.“.

4 <http://www.deathcamps.org/euthanasia/chelm.html> Liquidation of the Psychiatric Hospital in Chełm [3. 10. 2015].

5 HHStA WI Abt. 631a Nr. 210, Taschenkalender Irmfried Eberl. Dieser Kalender wurde 1948 mit vielen weiteren Originaldokumenten auf dem Dachboden von Eberls früherer Berliner Wohnung gefunden; vgl. Ley, Euthanasie-Anstalt Brandenburg, S. 72.



Taschenkalender des Leiters der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel, Irmfried Eberl, Eintragung am 23. 9. 1940: „Hamburg-Langenhorn“  
*Gedenkstätte Brandenburg an der Havel*



Zuchthauskomplex Brandenburg, Blick auf den später als Tötungsanstalt genutzten Teil des Zuchthauskomplexes, Fotografie um 1870  
*Stadtmuseum Brandenburg/Havel*

Die fiktive „Landes-Pflegeanstalt Brandenburg“ befand sich in dem ehemaligen Zuchthaus in Brandenburg an der Havel in der Neuendorfer Straße 90 im Zentrum der Stadt. Eine Pflegeanstalt hatte hier niemals bestanden. Das 1931 geschlossene Zuchthaus wurde nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten als Konzentrationslager und ab 1934 wieder als Strafanstalt genutzt. Nach seiner erneuten Stilllegung im Jahr 1939 übernahm die „T4“-Organisation den Gebäudekomplex und ließ einen Teil zur Tötungseinrichtung umbauen.<sup>6</sup>

Vom Bahnhof Brandenburg wurden die Menschen aus dem Hamburger Transport mit Bussen in diese Mordanstalt gebracht.<sup>7</sup>

Ein bei der Organisation „T4“ beschäftigter Transportbegleiter berichtete später über die Ankunft und Abfertigung eines der Berliner Transporte, die ähnlich verlaufen sein dürften: „Der Transport ging nach Brandenburg, zu dem in der Stadtmitte gelegenen Zuchthaus [...] [dort] wurden die Personen nach Geschlecht getrennt in Zellen untergebracht [...] sofort nach der Ankunft wurden jeweils immer 20 Personen aus den Zellen geholt [...] [diese] mußten sich völlig nackt ausziehen, da ihnen gesagt wurde, daß sie vor Verlegung in einem anderen Bau baden und ungezieferfrei gemacht werden mußten. Zuerst hat man die Frauen und Kinder zu der bevorstehenden Vergasung herangezogen. Um die kranken Menschen nicht zu beunruhigen, wurden sie von Ärzten oberflächlich untersucht und mußten anschließend in einen Raum treten, in dem Holzpritschen standen und [...] der aussah wie ein Baderaum. Bevor jedoch die untersuchten Personen in den Raum gingen, bekamen sie einen Nummernstempel mit fortlaufender Nummer aufgedrückt. Wenn nun die vorgesehene Zahl von Personen in dem ‚Baderaum‘ war, wurde die Tür verschlossen. An der Decke des Raumes waren in Form von Brausen Installationen angebracht, durch welche man Gas in den Raum ließ. Nach etwa 15–20 Minuten wurde das Gas aus dem Raum abgelassen, da man durch den Spion festgestellt hatte, daß sämtliche Personen nicht mehr am Leben waren. Nun hat man auf Grund der aufgedruckten Nummer die Personen festgestellt, bei denen zuvor bei der Untersuchung festgestellt wurde, daß sie Goldzähne hatten. Den Toten wurden die Goldzähne ausgebrochen.“<sup>8</sup>

In den ersten Monaten der „T4“-Aktion, bis Juli 1940, wurden die Körper der Ermordeten in zwei aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen herbeigeschafften Öfen auf dem Gelände der Tötungsanstalt mitten in der Stadt Brandenburg verbrannt. Diese standen anfangs in der „Anstaltsscheune“, im Raum direkt hinter der Gaskammer, abgetrennt durch eine eiserne Doppeltür.

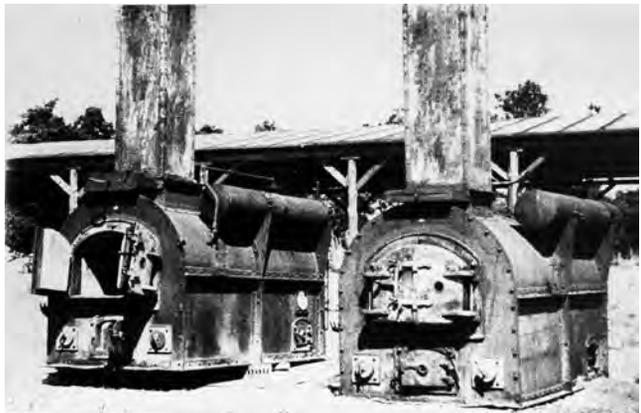
6 Ley, Euthanasie-Anstalt Brandenburg, S. 58.

7 Astrid Ley, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, mündlich am 28. 1. 2016.

8 Zitiert nach Michael Wunder/Ingrid Genkel/Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Hamburg 1987, S. 58.



Mordstätte Anstaltsscheune  
*Gedenkstätte Brandenburg/Havel*



Krematoriumsöfen  
*Gedenkstätte Sachsenhausen*

Es kam vor, dass Flammen aus dem zu kurzen Schornstein schlugen und von benachbarten Wohnhäusern aus deutlich zu sehen waren. Zudem entstand beißender Geruch. Um Unruhe in der Bevölkerung zu vermeiden und die Vorgänge geheim zu halten, wurde die Verbrennungsanlage im Juli 1940 in die nahe gelegenen Ortschaft Paterdamm an der heutigen Bundesstraße 102 verlegt. Das dortige Grundstück war als „chemische Versuchsstation“ getarnt und durch einen hohen Bretterzaun gegen jeglichen Einblick abgeschirmt.

Mit „Probetötungen“ im Januar 1940 war getestet worden, wie in kürzester Zeit möglichst viele Menschen zu Tode gebracht werden könnten. Neben der Vergiftung von Kranken mit Kohlenmonoxid wurden auch einige mit Giftspritzen ermordet. Auf der Grundlage dieser Versuche fiel die Entscheidung schließlich auf das Tötungsverfahren mit Kohlenmonoxid, das ab Februar bis September 1940 in Brandenburg angewandt und auch in allen anderen fünf Mordanstalten der ersten „Euthanasie“-Phase praktiziert wurde.<sup>9</sup>

Die „T4“-Zentrale setzte alles daran, die Gasmorde in Brandenburg sowie in den anderen „T4“-Tötungsanstalten zu verheimlichen und den Schein einer Übersiedlung der jüdischen Psychatriepatientinnen und -patienten nach Polen aufrechtzuerhalten. Für die Beurkundung der Todesfälle richtete sie ein „Sonderstandesamt Cholm“ ein. Zwei Mitarbeiter, Erich Fettke und Gerhard Schneider, fungierten als Kuriere. Sie brachten die gefälschten Sterbeurkunden eines fiktiven „Standesamtes Cholm“ oder „Chelm“, Trostbriefe und Rechnungen einer „Irrenanstalt Cholm“ über angeblich entstandene Pflegekosten und Beerdigungsgebühren nach Lublin und versandten sie mit der Post an Angehörige, Behörden und jüdische Organisationen.<sup>10</sup> Die Standesämter der Geburtsorte der ermordeten Menschen, die die Sterbeurkunden ebenfalls erhielten, vermerkten den Tod auf den Geburtsregistereinträgen. Diese sogenannten Beischreibungen enthalten die laufenden Nummern des Sterbeeintrags und den Ort „Cholm“ oder „Chelm“ als zuständiges Standesamt.

Für die vorliegende Arbeit konnten 33 davon eingesehen werden. In 27 Fällen sind zusätzlich die fingierten Sterbetermine festgehalten. Sie beginnen am 7. Dezember 1940 und enden am 5. April 1941. Auffällig sind Häufungen der Sterbedaten, so findet sich der 30. Januar 1941 neunmal, der 10. Februar 1941 fünfmal, der 2. Februar 1941 viermal und der 7. Dezember 1940 dreimal.

Die den Beischreibungen zugrundeliegenden „Sterbeurkunden“ sind in den allermeisten Fällen nicht mehr vorhanden. Sie konnten nur für Eva Leonore Borchartd, Henriette Heymann und Czilli Wallschütz (siehe jeweils die Biografie in diesem Band) aufgefunden werden.

9 Friedlander, Weg, S. 152 ff.; Astrid Ley/Annette Hinz-Wessels (Hrsg.), Die Euthanasie-Anstalt Brandenburg an der Havel. Morde an Kranken und Behinderten im Nationalsozialismus, Berlin 2012, S. 62 f.

10 Hinz-Wessels, Tiergartenstraße 4, S. 91.

A.

Nr. 2547

Damburg am 2. November 1900

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach Kaufmanns Wittwe meist kannt, der Frau Henri Herz

wohnhaft in Jamburg, Ranzelstraße 26, jüdischer Religion, und zeigte an, daß von der Heleue geboren Nathan, seiner Christen, jüdischer Religion, wohnhaft bei ihm

zu Damburg in seiner Abschwörung am sechsten genauigsten Dezember des Jahres tausend neunhundert vier mittags um fünf im letzten Uhr ein Mädchen geboren worden sei und daß das Kind den Vornamen Berta erhalten habe.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Henry Herz.

Der Standesbeamte

Hubert.

H. Gestorben Nr. 329/1941

Chelms II am 30.1.1941

Generalgouvernement

Laßt rechtskräftigen Entschuldig des Amtsgesells Handlung vom 26.8.1959 für Not erklärt

Art. 53 II 130-132/59 Zeitpunkt des Todes der 3. Mai 1945, 2426 Bild für Todeserklärungen Nr. 20403/1960

Beischreibung auf dem Geburtsregistereintrag von Berta Herz

StaH

Die frühen „Verlegungen“ aus Berlin und der Provinz Brandenburg im Juli 1940 erhielten niedrige Nummern. Für die im Herbst aus Langenhorn eingetroffenen Patienten wurden Zahlen ab etwa 1300 eingesetzt.<sup>11</sup>

Die Verwendung späterer als der tatsächlichen Sterbedaten sollte die Mordaktionen verschleiern und den Eindruck erwecken, die Kranken seien eines „natürlichen Todes“ gestorben. Wichtig war den „T4“-Dienststellen auch ein weiteres Motiv: Für die Zeit bis zum fiktiven Todestag erhob die „T4“-Organisation Pflegegelder und finanzierte damit einen Teil ihrer Aufwendungen. Max Plaut berichtete: „Dafür traf nach einem viertel Jahr mit Poststempel Cholm versehen ein Brief ein, der eine Rechnung für 19 betreute früher von der Hamburger Stelle der Reichsvereinigung fürsorgerisch betreute Kranke enthielt mit der Weisung den Rechnungsbetrag innerhalb einer Woche an das Konto Nr. X der Staatlichen Krankenanstalt Cholm bei der Preussischen Staatsbank, Berlin zu zahlen. Entsprechende Rechnungen waren allen in Betracht kommenden jüdischen Stellen und Angehörigen der Deportierten zugegangen. Die Rechnungen kamen dann monatlich. Als von Hamburg bereits eine Summe von mehr als vierzigtausend Reichsmark (im ganzen von der Reichsvereinigung über dreihundertfünfzigtausend Reichsmark) gezahlt waren, trafen eines Tages mit gleicher Post 19 Briefe, die mit gleichem Text die Mitteilung enthielten, dass der Kranke N. N. infolge Erkrankung an Ruhr gestorben sei.“<sup>12</sup>

Nach Aussagen von Angeklagten und Zeugen bei den „Euthanasie“-Prozessen der 1960er-Jahre „verdiente“ die „T4“-Organisation durch die „Judentransporte“ ungefähr 200 000 bis 300 000 RM. Diese Bereicherungspraxis wurde auch bei nichtjüdischen Opfern angewandt, doch ihre Todesdaten lagen meist kurz nach dem tatsächlichen Sterbetag, bei jüdischen Opfern hingegen wurden sie in der Regel um Wochen oder Monate über den eigentlichen Todestag hinausgeschoben. Zahlen für mittellose Juden musste die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ als Trägerin der freien jüdischen Wohlfahrtspflege. Ab März 1941 erhielten Bezirksstellen der Reichsvereinigung und jüdische Kultusvereinigungen Rechnungen aus der Anstalt Cholm, die einen täglichen Pflegekostensatz von 3 RM und Beerdigungsgebühren von 65 RM einforderten.<sup>13</sup> Die Nationalsozialisten schufen mit dem Ort „Cholm“ als angeblichem Ziel für Euthanasie-Transporte eine langlebige Legende. Obwohl schon 1940, spätestens aber 1941, vielen klar war, dass das angegebene Transportziel der Irreführung diene, gingen Angehörige und Behördenmitarbeiter noch Jahrzehnte später von seiner Richtigkeit aus. Das zeigen viele Beispiele in Wiedergutmachungsanträgen bis in die 1960er-Jahre. Dabei war schon 1948 mit Auffinden des Taschenkalenders von Irmfried Eberl ein Beweis erbracht, dass die Patientinnen und Patienten aus Langenhorn nicht in Chełm/Cholm in Polen, sondern in Brandenburg an der Havel ermordet worden waren.

11 Ebenda.

12 IGDJ 14-001.1, Max Plaut, Aufzeichnungen für die Zeit nach 1939.

13 Hinz-Wessels, Antisemitismus, in: VfZ (2013) 1, S. 83.

## Die Herkunftsanstalten für die Sammelanstalt Hamburg-Langenhorn

Im gesamten Deutschen Reich wurden 1940 und 1941 Psychatriepatientinnen und -patienten jüdischer Herkunft in Sammelanstalten zusammengezogen, anschließend in Mordanstalten transportiert und fast alle mit Kohlenmonoxid getötet.<sup>14</sup> In Norddeutschland wurden zwei psychiatrische Einrichtungen zu Sammelanstalten bestimmt: die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Wunstorf bei Hannover und die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn.

In der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Wunstorf bei Hannover wurden 158 Patientinnen und Patienten jüdischer Abstammung aus Anstalten in Niedersachsen und Westfalen konzentriert, am 27. September 1940 nach Brandenburg an der Havel transportiert und dort unmittelbar nach ihrer Ankunft mit Gas ermordet.

In der zweiten norddeutschen Sammelanstalt, der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn wurden jüdische Patientinnen und Patienten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zusammengefasst, am 23. September 1940 abtransportiert und am selben Tag in der Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel ermordet. Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über die Anstalten, aus denen die Menschen nach Langenhorn verlegt wurden.

### Die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn

„Vom Gelände der Klinik aus wurden während der Zeit des Nationalsozialismus in den Jahren 1939 bis 1945 im Rahmen des ‚Euthanasie-Programms‘ 4098 Menschen, Patientinnen und Patienten, in Tötungs- und Verwanranstalten deportiert. 3755 von ihnen, darunter viele jüdische Bürgerinnen und Bürger, fanden dabei den Tod. Bei medizinischen Versuchen in der Kinderfachabteilung wurden 12 Kinder ermordet. Wir gedenken an dieser Stelle der unschuldigen Opfer. Ihr Schicksal bleibt uns Mahnung zum würdevollen und achtsamen Umgang mit jedem Menschen.“

Dieser Text, dessen Zahlenangaben zurzeit überprüft werden, steht auf einer Gedenktafel vor dem Verwaltungsgebäude der heutigen Asklepios-Klinik.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 79 (zuletzt im Frühjahr 1941 mit Transporten in der Rheinprovinz, Hessen und Baden sowie erneut aus der Wiener Anstalt „Am Steinhof“).



Gedenktafel vor dem Verwaltungsgebäude der Asklepios Klinik Nord (früher: Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn)

*Ingo Wille*



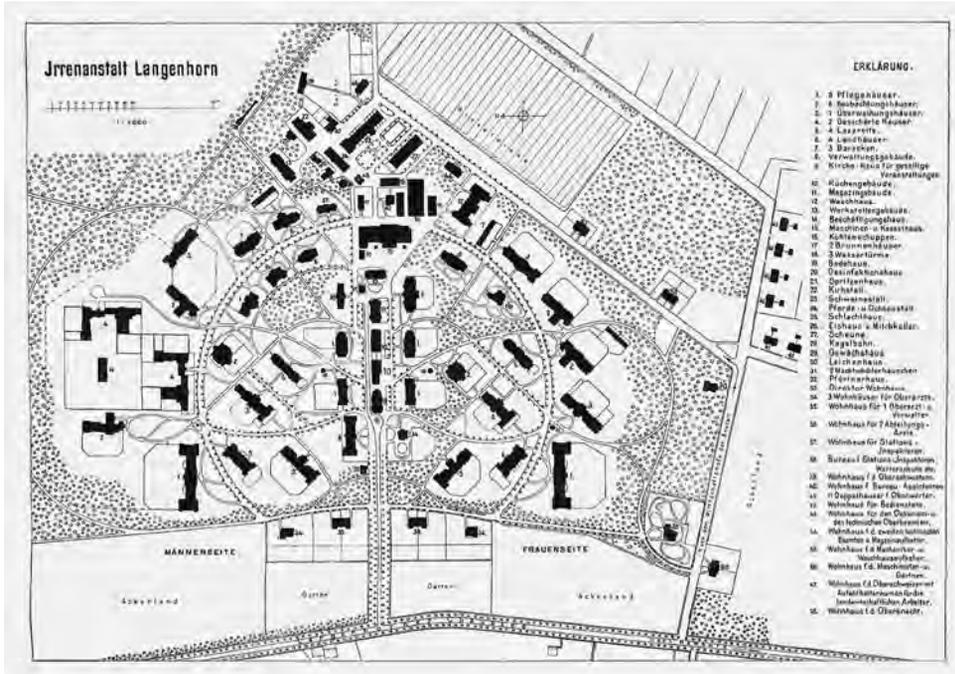
Luftbild der Staatskrankenanstalt Langenhorn

*Bildarchiv Hamburg*



Historisches Gebäude aus der Zeit der „Irrenanstalt Langenhorn“, 2016

*Avital Keinan*



Plan der „Irrenanstalt Langenhorn“, 1910

*Neuberger: Die Irrenanstalt Langenhorn-Hamburg, Sonderdruck, S. 3*

Die Anstalt in Langenhorn war in den Jahren 1892/1893 im Norden Hamburgs entstanden. Damals wurde auf dem Gelände „Tannenkoppel“ eine Einrichtung für 200 „Geisteskranke“ als landwirtschaftliche Zweigstelle der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ errichtet. Im Oktober 1898 wurde diese Einrichtung selbstständig und führte ab 1899 den Namen „Irrenanstalt Langenhorn“.

Zwischen 1898 bis 1914 wuchs die Kapazität in mehreren baulichen Schritten auf 1853 Krankenbetten. Eine danach geplante Erweiterung unterblieb. Während des Ersten Weltkrieges ging die Patientenzahl durch vermehrte Todesfälle insbesondere wegen mangelhafter Ernährung um über 40 Prozent zurück. Die Zahl der Patienten verringerte sich von 1900 im Jahr 1914 auf 1133 im Jahr 1919.<sup>15</sup> Die schlechte Versorgungslage der Gesamtbevölkerung und der um sich greifende Hunger während des Ersten Weltkrieges hatten zu besonders katastrophalen Verhältnissen in den „Irrenanstalten“, so auch in Langenhorn,

15 Klaus Böhme (Hrsg.), 1893–1993. 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll, Hamburg 1993, S. 22.

geführt. Waren dort in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg (1913) bis zu etwa 100 Patientinnen und Patienten oder 4,8 Prozent pro Jahr gestorben, so stieg die Anzahl durch Unterernährung in den Jahren während des Ersten Weltkriegs auf etwa 500 oder 23,7 Prozent im Jahr 1917.<sup>16</sup>

Am 1. Januar 1919 waren 1352 Menschen in Langenhorn untergebracht,<sup>17</sup> die Anstalt hätte jedoch fast 400 Personen mehr aufnehmen können. Deshalb wurden Gebäude für eine Abteilung für Lungenkranke und zwei Häuser für Waisenkinder genutzt.

Mit den demokratischen Veränderungen ab 1919 ergriff der Hamburger Senat bzw. beschloss die Hamburger Bürgerschaft diverse Maßnahmen und erließ mehrere Gesetze zur Verbesserung der Situation der Kranken. So verdoppelte sich die Zahl der Beschäftigten in den staatlichen Anstalten bis 1929 gegenüber der Vorkriegszeit. „In der Hamburger Psychiatrie lag der Versorgungsaufwand um ca. dreißig Prozent höher als in vergleichbaren Städten des Reiches.“<sup>18</sup>

Der ab 1918 in „Staatskrankenanstalt Langenhorn“ umbenannten Einrichtung wurden die Patientinnen und Patienten zunächst überwiegend von der in Barmbek-Süd gelegenen früheren „Irrenanstalt Friedrichsberg“, nun „Staatskrankenanstalt Friedrichsberg“ genannt, zugewiesen. Ab 1927 erhielt Langenhorn dann einen eigenen Einzugsbezirk, der sich auf Langenhorn, Fuhsbüttel, Ohlsdorf und Klein Borstel erstreckte. Die Patientenzahlen in beiden Hamburger Anstalten für Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung, Langenhorn und Friedrichsberg, stiegen in den 1920er-Jahren stark an. Lebten Ende 1919 in beiden Einrichtungen 2056 Menschen, hatte sich die Patientenzahl bis Ende 1927 auf 3613 erhöht.

Anstelle einer zunächst in Aussicht genommenen Erweiterung der Langenhorner Anstalt schlossen die Freien und Hansestädte Hamburg und Lübeck am Ende 1927 einen Vertrag über die Unterbringung von Hamburger Kranken in der Lübecker Heilanstalt Strecknitz. Nach der Errichtung der dortigen „Hamburger Häuser“ überwies die Staatskrankenanstalt Langenhorn fortlaufend Patientinnen und Patienten, unter ihnen auch die 20 Jüdinnen und Juden, die zum Transport am 23. September 1940 nach Langenhorn zurückverlegt wurden.

Eine weitere Vereinbarung zur Entlastung Langenhorns kam mit dem Land Lippe zustande: 1928 wurden fünfzig Langenhorner Patienten in die Fürstlich Lippische Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus bei Lemgo verlegt, unter ihnen auch Louis Sommer (siehe

16 Kai Sammet, Burgfrieden und Totenstille – Die Irrenanstalt Hamburg-Langenhorn, die Verwaltung und der Hunger 1914–1918, in: Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte 89 (2003), S. 149–174, hier S. 174.

17 Klaus Böhme/Uwe Lohalm (Hrsg.), Wege in den Tod. Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 28.

18 Hendrik van den Bussche (Hrsg.), Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät, Berlin/Hamburg 1989, S. 140 f.

dort). Zudem wurden durch einen Vertrag zwischen Hamburg und dem Landesverband der Inneren Mission von Schleswig-Holstein aus dem Jahr 1935 bis 1939 über 600 und im Laufe des Krieges noch einmal über 700 Patientinnen und Patienten in die Ricklinger Anstalten verlegt. Unter ihnen befanden sich vier Männer und eine Frau jüdischer Herkunft, die zum Transport am 23. September 1940 nach Langenhorn zurückverlegt wurden.

Auch während der Zeit des Nationalsozialismus waren in Langenhorn weit mehr Patientinnen und Patienten untergebracht, als es die Kapazität eigentlich zuließ. Ende 1935 lebten mehr als 2500 Kranke in der Anstalt. Die Patientinnen und Patienten, auch nur eingeschränkt leistungsfähige, arbeiteten in der Landwirtschaft und in den Anstaltsbetrieben und finanzierten so einen Teil der Unterbringungskosten u. a. durch die Produktion von Lebensmitteln für Hamburger Krankenhäuser. Die Versorgung der Anstaltsbewohnerinnen und -bewohner hingegen war auf ein Minimum reduziert worden, sodass Verwandte, soweit es ihnen möglich war, ihre Angehörigen mit Lebensmitteln unterstützten.

Im Zuge des im Folgenden ausgeführten Friedrichsberg-Langenhorn Plans, mit dem die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg für „verdiente Volksgenossen“ freigemacht und Kosten bei der Unterbringung von Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung reduziert werden sollten, wurden Hunderte vor allem nicht arbeitsfähiger Patientinnen und Patienten in andere Anstalten im norddeutschen Raum abgedrängt. Hiervon waren auch jüdische Patientinnen und Patienten betroffen. Verlegt wurden sie insbesondere in die Anstalt Strecknitz in Lübeck, die Ricklinger Anstalten, die Hamburger Versorgungsheime, unter ihnen insbesondere Farmsen, aber auch in kleinere Einrichtungen mit weniger als einhundert Plätzen wie Eichenkamp in Thesdorf (heute Pinneberg) und ab 1938 in die Langenhorner Dependance Gut Düssin in Mecklenburg. Besonders in den Versorgungsheimen wurden Betreuung und Versorgung auf ein Minimum reduziert.

Dem Transport vom 23. September 1940 folgten bis 1943 weitere mit nichtjüdischen Menschen aus Langenhorn entweder direkt in Tötungsanstalten oder zunächst in Zwischenanstalten, um die Absicht der späteren Ermordung zu verschleiern.<sup>19</sup> Betroffen waren Erwachsene und Jugendliche.

Die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn war nicht nur mittelbar, sondern auch direkt am Mordprogramm des nationalsozialistischen Staates beteiligt: Ab Anfang 1941 nahm dort die zweite in Hamburg eingerichtete „Kinderfachabteilung“ ihre grausame Tätigkeit auf. Die erste dieser zur Ermordung von Kleinkindern mit Behinderung dienende Kinderfachabteilung bestand bereits im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort. Wie Georg Lilienthal beschreibt, entschied ein „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“ in der „Euthanasie“-Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4 aufgrund von Meldebögen, ob Säuglinge und Kleinkinder (später bis zu sechzehn

19 Herbert Diercks, „Euthanasie“. Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus, Hamburg 2014.

Jahren) weiterleben durften oder getötet werden sollten. Von den Kindern in der Langenhorner „Kinderfachabteilung“ wurden laut Burlon/Zeidmann „22 in Langenhorn getötet, 6 nach ihrer Verlegung in das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort; mindestens 1 Kind starb nach Auflösung der Kinderfachabteilung Langenhorn in der ‚Euthanasie‘-Tötungsanstalt Meseritz-Obrawalde.“<sup>20</sup>

### **Die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg**

Unter den am 23. September 1940 aus Langenhorn nach Brandenburg Abtransportierten befanden sich auch frühere Patientinnen und Patienten der Anstalt Friedrichsberg, vormals „Irrenanstalt“, „Staatskrankenanstalt“, später „Psychiatrische und Nervenklinik der Hansischen Universität in Friedrichsberg“.

Die im Hamburger Stadtteil Barmbek-Süd zwischen dem Eilbektal und der Straße Dehnhaide gelegene Anstalt nahm ihren Betrieb im Jahr 1864 nach dreijähriger Bauzeit auf, der jedoch eine 37-jährige Vorbereitungszeit vorausgegangen war.<sup>21</sup> Erstmals entstand damit in Deutschland ein „Spezialkrankenhaus für Gemütskranke“, in dem die Patientinnen und Patienten „ohne Zwang“ behandelt wurden.

Friedrichsberg fungierte als zentrale Aufnahmeeinrichtung für Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen in Hamburg. Sie blieben dort, solange ein Behandlungserfolg erwartet werden konnte. Andernfalls wurden sie in aller Regel in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt.

Schon bald nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten begannen intensive Untersuchungen, wie bei der Unterbringung und Versorgung Kostensenkungen erreicht werden könnten, die als Langenhorn-Friedrichsberger Plan bezeichnet werden. Zudem sollten die Parkanlagen „Volksgenossen“ zugutekommen, „die einen geistigen und körperlichen Gewinn von einem Aufenthalt“ dort haben würden.<sup>22</sup> 1934 beschloss der Hamburger Senat, dass „heilbare Kranke“ bestmöglichst versorgt, unheilbar Kranke hingegen in Bewahrung genommen und ihre medizinische Betreuung auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden sollte.<sup>23</sup> Zur Realisierung dieses Vorhabens wurden 1934/35 von den über 1700 Friedrichsberger Patientinnen und Patienten 1366 verlegt: 641 in die Staatskran-

20 Marc Burlon/Lawrence A. Zeidmann, „Euthanasie“ an Kindern in Hamburg: Das „Reichsausschuss“-Verfahren – von der Meldung zum Hirnpräparat, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), „Euthanasie“-Verbrechen. Forschungen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 17, Bremen 2016, S. 33. Die genannten Zahlen werden gegenwärtig im Zuge der Vorbereitung eines Hamburger „Euthanasie“-Gedenkbuches überprüft.

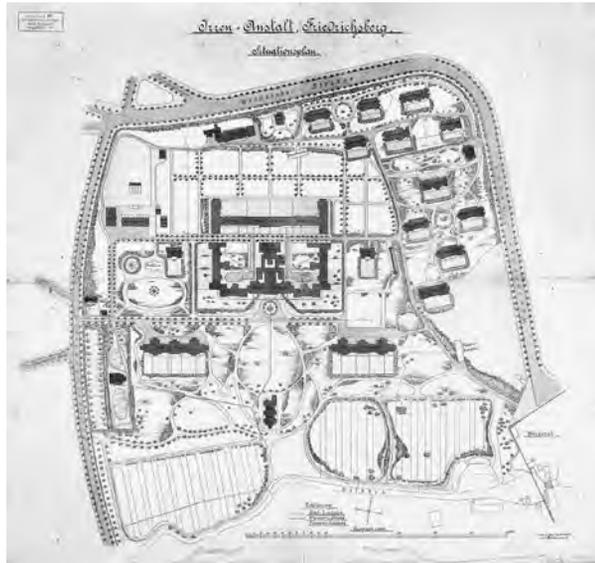
21 Paul Laurentius, 100 Jahre Krankenanstalt Friedrichsberg Allgemeines Krankenhaus Eilbek, in: HÄB 1964, S. 396 f.

22 StaH 131-4, 1934 A8/29 „Der Friedrichsberg-Langenhorn Plan. Zusammenfassender Bericht“ (Bericht Senator Dr. Ofterdinger über Geschichte und bisherige Ausführung vom Ende 1935).

23 Ebenda.

kenanstalt Langenhorn, 274 in die Alsterdorfer Anstalten, 100 nach Lübeck-Strecknitz, 351 in die Versorgungsheime. Aus Langenhorn wurden ca. 450 Personen in die staatlichen Wohlfahrtsanstalten und private bzw. gemeinnützige Anstalten, auch in Schleswig-Holstein, überwiesen, darunter in die private Einrichtung für Alte, Kranke und Behinderte Eichenkamp in Thesdorf/Pinneberg.<sup>24</sup>

Rund 300 jüngere, frisch erkrankte und für die Forschung interessante Patienten verblieben in Friedrichsberg. Am 17. Oktober 1934 beschloss der Senat, „die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg als Staatskrankenanstalt aufzuheben“.<sup>25</sup> Die Krankenanstalt wurde im Frühjahr 1936 zur „Psychiatrische und Nervenklinik der Hansischen Universität“.<sup>26</sup> Die beabsichtigte Verlegung auf das Gelände des Universitätskrankenhauses Eppendorf unterblieb bis 1942 aus finanziellen Gründen. Ungeachtet der offiziellen Umbenennung blieb der 1918 oder 1919 eingeführte Name „Staatskrankenanstalt Friedrichsberg“ in der täglichen Anstaltswirklichkeit noch lange erhalten und tauchte auch in den Patientenakten weiter auf.<sup>27</sup>



Gesamtanlage der „Irrenanstalt“ Friedrichsberg, 1901

*StaH*

24 Michael Wunder, Die Auflösung von Friedrichsberg – Hintergründe und Folgen, HÄB 4/90 S. 128 ff.

25 Senatsbeschluss abgedruckt in Reinhard Otto, 150 Jahre Friedrichsberg. Von der Irrenanstalt zur Klinik im Wohnpark, Hamburg 2015, S. 113.

26 Herbert Diercks, „Euthanasie“-Verbrechen in Hamburg – ein Überblick, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 17, Bremen 2016, S. 13.

27 In die in dieser Abhandlung enthaltenen Lebensgeschichten wurde jeweils die Bezeichnung von Friedrichsberg übernommen, die sich aus den Patientenakten ergibt.



Früheres Gutshaus Düssin

*Foto: [www.gutshaeuser.de](http://www.gutshaeuser.de)*

### **Das Gut Düssin in Westmecklenburg**

Mit einiger zeitlicher Verzögerung führten die beschriebenen Veränderungen auch zur Gründung einer Dependence der Staatskrankenanstalt Langenhorn im Westen Mecklenburgs. Langenhorn selbst war stark belegt, zudem lag die Anstalt wegen des Siedlungsbaus inzwischen nicht mehr fernab der Stadt, sondern war gut erreichbar und das Anstaltsgebäude weckte somit die Begehrlichkeit der Hamburger Kämmerei (heute: Finanzbehörde), die es langfristig für Wohn- und Industriezwecke verfügbar machen wollte<sup>28</sup>. So erwarb Gesundheitssenator Ofterdinger Ende 1938 für die Stadt das über tausend Hektar große Landgut Düssin im damaligen Kreis Hagenow.

Perspektivisch sollten 4000 bis 5000 Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen dort aufgenommen werden. Zunächst aber wurden im bestehenden Gutsgebäude und in neu errichteten Baracken 220 Kranke aus Langenhorn untergebracht, die Landarbeit leisten mussten. Unter ihnen befanden sich sieben Kranke jüdischer Herkunft, die zwischen März und Dezember 1939 in Düssin gelangten: Bernhard Bendix, Alice Elkeles, Erland Walter Friedmann, Richard Guth, Robert Martin Levy, Esther Neukorn und Leopold Valk. Ihre Biografien sind in diesem Buch enthalten.

Mit Ausnahme von Richard Guth, der schon vorher nach Langenhorn zurückverlegt worden war, wurden die anderen am 13. oder 14. September aus Düssin nach Langenhorn zurückgebracht und dem beschriebenen Sammeltransport angeschlossen.

28 StaH 371-19\_2001 (Düssin).

### Versorgungsheime in Hamburg<sup>29</sup>

Aus dem ursprünglichen Hamburger Werk- und Armenhaus, in dem die Insassen durch ein System erzwungener Arbeit, Disziplinierung und Bestrafung dazu befähigt werden sollten, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, entstanden die sogenannten Versorgungsheime Oberaltenallee und Farmsen. Die Einrichtung an der Oberaltenallee in Hamburg-Barmbek existierte seit Mitte des 19. Jahrhunderts. 1904 entstand eine Zweiganstalt des Werk- und Armenhauses in Hamburg-Farmsen, die unter dem Namen „Arbeitsanstalt“ geführt wurde. Für sie zeichnete nach dem Ersten Weltkrieg das Wohlfahrtsamt verantwortlich. 1922 erhielten das Werk- und Armenhaus an der Oberaltenallee und die Arbeitsanstalt in Farmsen die Bezeichnung „Versorgungsheim“. Zusammen mit den zahlreichen anderen Einrichtungen der geschlossenen Sozialfürsorge wie z. B. den Versorgungsheimen Averhoffstraße, Rübenkamp, Harburg-Wetternstraße oder Altona-Norderstraße wurden diese Anstalten unter dem Oberbegriff Wohlfahrtsanstalten zusammengefasst. Sie dienten der Unterbringung von alten, pflegebedürftigen, „siechen“ Männern und Frauen, Waisenkindern und Obdachlosen. Auch aus den Versorgungsheimen wurden jüdische Bewohnerinnen und Bewohner für den Transport vom 23. September 1940 nach Langenhorn gebracht: aus dem Versorgungsheim Oberaltenallee fünf, aus Farmsen 17 und aus dem Versorgungsheim Averhoffstraße zwei Personen.

### Das Versorgungsheim Oberaltenallee

Das Versorgungsheim Oberaltenallee fungierte in der Regel als Aufnahmeanstalt. Von dort wurden viele Insassen dann weiter verteilt.

1938 und 1939 musste das Versorgungsheim Oberaltenallee sechzehn aus den damaligen Alsterdorfer Anstalten abgeschobene Jüdinnen und Juden aufnehmen. Pastor Friedrich Karl Lensch, der Leiter der Alsterdorfer Einrichtung, sah in einem Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 angeblich die Gefahr, die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit zu verlieren, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. In Alsterdorf lebten im September 1937 18 „jüdische Zöglinge“, für deren Kosten die Fürsorgebehörde aufkam. Ein Jahr später, am 31. Oktober 1938, wurden 15 Jüdinnen und Juden aus Alsterdorf in das Versorgungsheim Oberaltenallee verlegt, eine weitere am 23. Januar 1939.<sup>30</sup> Mindestens drei von ihnen (Bernhard Liepmann, Margot Posner und Gerda Pumpianski) blieben bis September 1940 im Versorgungsheim Oberaltenallee. Von weiteren dreien (Gertrud Dessau, Rosa Neumann, Karl-Heinz Neumark) wissen wir, dass sie nach Farmsen weiterverlegt wurden. Eine Kranke (Senta Henschel) kam vom Versorgungsheim Oberaltenallee in das Versorgungsheim Averhoffstraße 5.

29 Angaben nach Steigerthal, Georg, Das staatliche Versorgungsheim in Hamburg, 1928.

30 Harald Jenner/Michael Wunder, Das Schicksal der jüdischen Bewohner der Alsterdorfer Anstalten, in: Wunder/Genkel/Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr (2016), S. 255.

### Das Versorgungsheim Farmsen<sup>31</sup>

Das Versorgungsheim Farmsen verfügte über 300 Hektar Land, auf dem die Bewohnerinnen und Bewohner Landwirtschaft betrieben. Zum Heim gehörten überdies eine Gärtnerei, eine Dampfwascherei, eine Schneiderei mit Plättstube, eine Tütenkleberei, eine Werg-zupferei, eine Schlachterei und eine Bäckerei. Durch die Arbeit in den Werkstätten sollten die Betreuten wieder erwerbsfähig werden. 1922 kamen Einrichtungen für „jüngere Psychopathen“, jugendliche Obdachlose, Wanderer („Tippelbrüder“), Alkoholiker und Prostituierte hinzu.

1930 sollen im Versorgungsheim Farmsen „1400 Obdachlose, Alkoholiker, geschlechtskranke Prostituierte und sonstige Asoziale“ untergebracht gewesen sein, die von nur 20 Angestellten (darunter einem Arzt) betreut wurden. Die Insassen mussten sich weitgehend selbst versorgen. Der Gedanke der Rehabilitation dieser Personen trat im Zuge der fortschreitenden Wirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre immer weiter zurück. Die Fürsorgebehörde schlug bereits vor 1933 vor, die „Irrenfürsorge“ auf ein Mindestmaß zu reduzieren, d. h. nur die unbedingt „anstaatsbedürftigen“ Personen in Langenhorn und Friedrichsberg aufzunehmen. Alle anderen, auch die Grenzfälle, sollten den kostengünstigeren Anstalten, insbesondere dem Versorgungsheim Farmsen, zugewiesen werden. Hier teilten sich 20 bis 50 Menschen einen Schlaf- und Wohnraum. Sie befanden sich nicht freiwillig dort. Käthe Petersen,<sup>32</sup> ab 1934 in der Hamburger Sozialbehörde als Sammelpflegerin „geistig gebrechlicher“ bzw. „gemeinschaftswidriger“ Frauen tätig, begründete dies so: „Die Notwendigkeit einer solchen Anstaatsunterbringung entspringt dem Bedürfnis, diese Personen (Berufsverbrecher, Landstreicher, Zuhälter, Dirnen, Rauschgiftsüchtige usw.) daran zu hindern, weiterhin die Volksgemeinschaft zu schädigen. Die Bewahrung hat das Ziel, diese gemeinschaftsschädlichen Personen aus der Volksgemeinschaft zu asylieren und den Versuch zu machen, sie nach Kräften zu nützlicher Arbeit anzuhalten und nach Möglichkeit zur zuchtvollen Einordnung in die Volksgemeinschaft zu erziehen.“<sup>33</sup>

Im Zuge des Friedrichsberg-Langenhorn Planes wurden annähernd 800 Personen in die Versorgungsheime verlegt, ein Großteil in das Versorgungsheim Farmsen.

Zudem nahmen die Versorgungsheime Menschen direkt auf, teils wurden sie von den Sozialdienststellen eingewiesen, teils kamen sie „freiwillig“, weil sie nur dann materielle Unterstützung erhielten, wenn sie sich in „geschlossene Fürsorge“ begaben. 1938 bot das Versorgungsheim insgesamt etwa 2000 Plätze als „Bewahranstalt“ für sogenannte Asoziale, Schwachsinnige und Gefährdete sowie zur Durchsetzung des Arbeitszwanges.

31 Ingo Wille, Das Versorgungsheim Farmsen in der NS-Zeit, in: Ulrike Sparr/Björn Eggert, Stolpersteine in Hamburg, Hamburg 2011.

32 Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2007, S. 455 (Käthe Petersen).

33 StaH 351-10 I Sozialbehörde I, VZ 23.23, Käthe Petersen über die „Behandlung der Asozialen“, ohne Datum, Aufzeichnung aus den Jahren 1937–1938.

Unter den in Farmsen untergebrachten Personen befanden sich stets auch Jüdinnen und Juden. Die kaum erträglichen Verhältnisse in den Versorgungsheimen und die zunehmende Diskriminierung von Juden bewog die Deutsch-Israelitische Gemeinde im November 1935 zu beantragen, „vermehrt Heimbedürftige in ihre Altersheime“ einzuweisen. Zu diesem Zeitpunkt lebten 16 jüdische Frauen und sechs jüdische Männer in Farmsen.<sup>34</sup>

Als das Reichsinnenministerium anordnete, die in Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten Jüdinnen und Juden zum 18. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zu überstellen, trafen zehn Frauen und sechs Männer aus Farmsen in Langenhorn ein. Eine weitere Person (Carl Hertz Müller) folgte am 20. September.

<b>Patientinnen und Patienten jüdischer Herkunft aus dem Versorgungsheim Farmsen</b>			
<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>
Buchthal	Hedwig	21. 7. 1874	Hamburg
Dessau	Gertrud	8. 12. 1873	Hamburg
Fabian	Hans	20. 6. 1893	Berlin
Gattel	Henry	7. 11. 1885	Hamburg
Henschel	Käthe	29. 9. 1923	Hamburg
Levi	Emma	29. 5. 1892	Hamburg
Levy	Josef	12. oder 15. 4. 1872	Rodenberg
Lübeck	Ella	28. 7. 1883	Hamburg
Maier	Therese	19. 7. 1921	Hamburg
Meyer	Thorwald	24. 10. 1919	Hamburg
Müller	Carl Hertz	11. 8. 1891	Hamburg
Neumann	Rosa	23. 12. 1903	Hamburg
Neumark	Karl-Heinz	15. 4. 1913	Hamburg
Pincus	Gertha	5. 1. 1872	Hamburg
Seligsohn	Hermann	8. 12. 1922	Altona
Wallschütz	Czilli	29. 3. 1875	Kaschau
Zuckermann	Mathilde	25. 4. 1905	Tereblestie

Alle 17 Personen wurden in Brandenburg an der Havel mit Kohlenmonoxid ermordet. Ihre Biografien sind in diesem Buch enthalten.

Ab Februar 1941 wurden in Hamburg Fragen einer Evakuierung von Anstaltsinsassen u. a. des Versorgungsheims Farmsen erörtert. Als Grund bzw. Vorwand wurde genannt,

34 StaH 351-12 I Amt für Wohlfahrtsanstalten I (1871–1946) 19.



Gesamtanlage Farmsen

*Heidrun Schönberger, Privatarchiv*

sie vor den Gefahren des Luftkrieges zu bewahren. Als Folge dieser Überlegungen wurden mindestens 45 nichtjüdische Personen in zwei Transporten in die „Landesheilanstalt Meseritz-Obrawalde“ im heutigen Polen gebracht. Dort wurden sie, soweit sie nicht arbeitsfähig waren, nach wenigen Tagen ermordet.

### **Die Heilanstalt Strecknitz in Lübeck<sup>35</sup>**

Als Reaktion auf unhaltbare Zustände in der alten Lübecker „Irrenanstalt“ entstand Anfang des 20. Jahrhunderts die Heilanstalt Strecknitz auf dem Gelände des Lübecker Stadtgutes Strecknitz. Die für 300 Patientinnen und Patienten vorgesehene Anstalt wurde am 24. Oktober 1912 bezogen. Ab 1925 stiegen die Patientenzahlen im Verlauf der Wirtschaftskrise erheblich an. Eine notwendige Erweiterung um 200 Betten wurde durch die Nutzung von Aufenthaltsräumen und Untersuchungszimmern sowie Frühentlassungen abgewendet.

Da auch die Hamburger Staatskrankenanstalt Langenhorn dringend entlastet werden musste, schlossen Hamburg und Lübeck am 15. Dezember 1927 einen Vertrag, der für beide Seiten Vorteile versprach.<sup>36</sup> Hamburg konnte danach Plätze in Strecknitz belegen und musste Langenhorn nicht erweitern. Lübeck gewann durch Hamburger Zuwendun-

<sup>35</sup> Peter Delius, Das Ende von Strecknitz, Kiel 1988.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 2.



Heilanstalt Strecknitz

*St. Annen-Museum Lübeck, Fotoarchiv*

gen ohne Investitionen 75 Betten für die eigene Nutzung. Da die Pflegeaufwendungen in Strecknitz niedriger als in Langenhorn waren, aber deren Pflegesätze für Hamburger Patientinnen und Patienten erstattet wurden, ergab sich für Lübeck rechnerisch ein Überschuss.

Die neuen Krankengebäude, im Volksmund „Hamburger Häuser“, wurden am 1. September 1930 bezogen. Sparsam ausgestattet, zeugten sie vom Interesse der Lübecker wie der Hamburger Verantwortlichen, die Kosten niedrig zu halten. Dazu trug auch die angestrebte Eigenversorgung der Anstalt mit gärtnerischen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom Gut Strecknitz bei, die nicht zuletzt durch die Arbeitskraft der Patientinnen und Patienten erreicht wurde.

Fortan überwies die Staatskrankenanstalt Langenhorn fortlaufend Patientinnen und Patienten nach Strecknitz. Die Zustände in der Anstalt veränderten sich dadurch drastisch. Ein Zeitzeuge berichtete in den 1980er-Jahren: „Besonders bevor die Hamburger Häuser gebaut worden sind, ist alles sehr gemütlich gewesen, jeder kannte eben jeden. Diese himmlische Ruhe und die Sauberkeit immer! Dafür sorgten die Patienten.“<sup>37</sup> Die ehemalige 1905 geborene Patientin Maria G. berichtete: „1930 war ich zum ersten Mal einen Sommer lang in Strecknitz, das ist eine wunderbare Zeit gewesen. Ich war in Haus 2, und das fand ich vor allen Dingen innen so wunderbar eingerichtet, mit Teppichen und Kris-

37 Ebenda, S. 35.



Hamburger Häuser in der Heilanstalt Strecknitz

*St. Annen-Museum Lübeck, Fotoarchiv*

tall auf dem Tisch, wie auf dem Schloß, mit überall großen Blumensträußen, Milchkännchen, Teekännchen, wunderschöner Ernährung.“<sup>38</sup> An die Hamburger Patienten erinnerte sich eine Krankenschwester: „Das waren verwilderte Zellenpatienten. Sie wurden eingenaht hergebracht, in Woldecken eingenaht, ein ganzer Bus voll eingenahter Patienten ... Wir haben uns gesagt, was Hamburg uns da schickt, das waren wirklich keine Menschen mehr, die waren so vertiert, wie Tiere eben. Mit der Zeit wurden sie dann anders, zivilisierter. (Sr. Herta).“ „In den Hamburger Häusern habe ich dann auch 4 bis 5 Jahre gearbeitet. Das waren sehr große Stationen, 35 bis 50 Patienten. Aber wir haben nicht gerade das beste Material aus Hamburg bekommen. (Herr O.)“ „An die Frauen in den Hamburger Häusern kann ich mich noch erinnern, das war schrecklich, wie die aussahen, schon gar nicht mehr menschlich. [...] Ich war auf Station 14. Da waren sehr viele unruhige Patienten dabei. Viele gingen dauernd in die Scheiben. (Sr. Herta).“<sup>39</sup>

Das „Groß-Hamburg Gesetz“ von 1937 regelte neben den Hamburger Angelegenheiten auch andere Gebietsaufteilungen in Norddeutschland. Lübeck verlor seine Reichsfreiheit und wurde nun als Stadtkreis der preußischen Provinz Schleswig-Holstein zugeordnet. Die Stadt Lübeck, bis dahin finanziell eigenverantwortlich, wurde nun als „Bezirksfürsorgever-

38 Ebenda S. 36.

39 Ebenda, S. 36 f.

band Lübeck“ dem Landesfürsorgeverband Schleswig-Holstein untergeordnet.<sup>40</sup> Durch die von Berlin aus betriebene Ermordung der Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung und die damit verbundenen „Verlegungen“ leerte sich die Anstalt und wurde in ein städtisches Krankenhaus umgewandelt.

Strecknitz hatte der „Euthanasie“-Zentrale im Mai 1940 22 jüdische Bewohnerinnen und Bewohner gemeldet, am 16. September 1940 wurden 20 jüdische Frauen und Männer zusammen mit zehn Kindern und Jugendlichen aus der Anstalt Vorwerk nach Hamburg-Langenhorn „verlegt“. Der Verbleib von zwei im Mai gemeldeten Personen ist ungeklärt.

<b>Patientinnen und Patienten jüdischer Herkunft aus der Heilanstalt Strecknitz</b>			
<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>
Berges	Betty	27. 4. 1890	Lübeck
Engländer	Benjamin (Benno)	2. 1. 1901	Altona
Feld	Bertha	25. 8. 1885	Krojanke
Frankfurter	Anna	29. 9. 1872	Hamburg
Heilbut	Erich Alexander	17. 1. 1901	Hamburg
Herz	Walter	19. 5. 1899	Hamburg
Hirschfeld	Ludwig Heinz	16. 6. 1915	Hamburg
Hoffmann	Wanda	24. 5. 1894 (1890)	Leibitsch
Kaufmann	Bertha	20. 9. 1878	Stuttgart
Laski	Carl Reinhard	11. 5. 1887	Hamburg
Mannheim	Betty	27. 2. 1887	Hamburg
Massenbacher	Leopold	1. 1. 1896	Burghaslach
Moses	Martin	9. 7. 1891	Hamburg
Müller	Anton	1. 7. 1908	Wiesbaden
Reiss	Bernhard	31. 10. 1871	Hamburg
Sommer	Louis	20. 8. 1877	Hamburg
Süsser	Willy	6. 11. 1892	Frankfurt a. M.
Sussmann	Franziska	8. 7. 1881	Moisling
Wehl	Line (Lina)	24. 9. 1876	Lübeck
Zucker	Max	18. 8. 1891	Berlin

Ein Jahr später begann die Auflösung der Anstalt Strecknitz. Nach Aussagen einer Zeitzeugin „ist Ende 1941 oder Anfang 1942 – ich kann mich nicht mehr genau erinnern – eine

<sup>40</sup> Ebenda S. 52 ff.

SS-Ärztelkommission unter Leitung eines Dr. Brandt<sup>41</sup> aufgetreten. Es fand eine Ärztesammlung statt. Man verlangte eine vollständige Liste aller Insassen. [...] (Frau W.)<sup>42</sup> Die Räumung wurde am 23. September 1941 durchgeführt. Als Begründung wurde „Luftgefährdung“ angegeben. Der Krankentransport umfasste 605 nichtjüdische Patientinnen und Patienten, die in Anstalten in der Provinz Hessen-Nassau gebracht wurden. Im Strecknitzer Krankenbuch finden sich die Einträge „Eichberg“, „Weilmünster“ und in einem Fall „Scheuern/Nassau“. Nur wenige der Menschen aus Lübeck überlebten.

### **Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk in Lübeck<sup>43</sup>**

Die Vorwerker Einrichtung, 1906 als „Idiotenanstalt“ vom „Verein zur Fürsorge für Geisteschwache“ gegründet, war zunächst in der Klosterstraße 10 mitten in Lübeck und ab 1914 außerhalb der Stadt untergebracht. In der nunmehr in Vorwerk gelegenen Einrichtung wurden Menschen mit geistiger Behinderung nicht als medizinische Pflegefälle gesehen, sondern ihre Persönlichkeiten sollten durch pädagogische Maßnahmen soweit wie möglich entwickelt werden. Einer der Mitbegründer, der Pädagoge Johann C. H. Strakerjahn, beschrieb 1902 die Grundgedanken: „Aufgabe der Anstalt ist es, alles, was in dem Kinde noch entwicklungsfähig ist, zu erforschen und soweit als möglich zu fördern und auszubilden; die komplizierten Willens- und Gefühlsregungen zu beaufsichtigen und zu stärken; durch Aneignung einfacher manueller, technischer und praktischer Fertigkeiten den Grundstock für eine spätere nutzbringende Beschäftigung zu legen und dem idiotischen Kinde bestimmte elementare Kenntnisse beizubringen. Gleichzeitig soll das Kind an Ordnung, Reinlichkeit, Anstand, gute Sitte sowie an Selbsthilfe bei seinen persönlichen Bedürfnissen (aus- und ankleiden, essen und trinken, waschen, kämmen und dergl.) gewöhnt werden.“<sup>44</sup>

Um diese Gedanken umzusetzen, wurde 1913 der Pädagoge Paul Burwick als Leiter eingesetzt, der die Arbeit des Heimes Vorwerk bis 1950 prägte. Er strebte an, dass die Bewohner ihren „Unterhalt im Anstaltsbetrieb verdienten, aber in einer Umgebung, die versucht, Sonne in dieses arme und lichtlose Leben zu bringen, die aber in energischer Weise alle Kräfte zu sammeln und anzuspannen weiß, in einer Tätigkeit, die Befriedigung schafft und die ein bescheidenes Auskommen sichert“.<sup>45</sup>

41 Bei dem in der Aussage der Zeitzeugin erwähnten Dr. Brandt handelte es sich um Karl Brandt, den Begleitarzt Hitlers und dessen medizinischen Beauftragten für die Aktion „T4“. Er hatte von Beginn an auch für die katastrophenmedizinische Versorgung der luftkriegsgefährdeten Gebiete eine koordinierende Funktion mit der staatlichen Gesundheitsverwaltung im Reichsinnenministerium inne. Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion\\_Brandt#Vorgeschichte\\_und\\_Organisation](https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_Brandt#Vorgeschichte_und_Organisation) [5. 2. 2017].

42 Delius, Ende von Strecknitz, S. 71.

43 Angaben von Sabine Reh, Von der „Idioten-Anstalt“ zu den Vorwerker Heimen, Lübeck 1997, und Harald Jenner, Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk in Lübeck in der NS-Zeit, in: Theodor Stohm/Jörg Thierfelder, Diakonie im „Dritten Reich“, Heidelberg 1990.

44 50 Jahre Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk, Lübeck 1956.

45 Nach Jenner, Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk in Lübeck in der NS-Zeit, S. 184.

Je nach Fähigkeit arbeiteten sie in der Gärtnerei, in der Landwirtschaft oder in einer der Werkstätten (Bürstenbinderei, Schuhmacherei, Stuhlberohrerei). Das Heim Vorwerk wurde als „offen“ beschrieben. Besuche im Elternhaus waren einmal pro Vierteljahr möglich. Die Kapazität der Anstalt wurde kontinuierlich von sechs Plätzen bei ihrer Gründung bis auf über 300 Plätze in den 1930er- und 1940er-Jahren erweitert. In Vorwerk lebten fast nur Kinder



Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk, 1950er-Jahre  
*Vorwerker Diakonie, Archiv*

und Jugendliche, Erwachsene blieben die Ausnahme. In der stark christlich geprägten Einrichtung wohnten auch wenige jüdische Menschen.

Die Vorwerker Anstalt meldete im Mai 1940, dass sieben männliche und drei weibliche Jugendliche jüdischer Herkunft dort lebten.

<b>Kinder und Jugendliche aus dem Kinder- und Erziehungsheim Vorwerk</b>			
<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>
Daicz	Julius Hermann	18. 1. 1923	Lübeck
Daicz	Max Isaak	30. 5. 1921	Lübeck
Feuerberg	Gisa (Golda)	17. 3. 1925	Czortkow
Gerstle	Hannelore	5. 5. 1924	Nürnberg
Jurmann	Hermann	6. 11. 1908	Lübeck
Langsner	Amalie Malka	Nov. 1901	Brzezany
Stein	Arnold Abraham	7. 11. 1923	Hamburg
Stein	Erich Elieser	3. 9. 1927	Hamburg
Toeplitz	Jerubaal	16. 3. 1921	Hamburg
Weil	Erich	25. 4. 1922	Hamburg

Sie wurden am 16. September 1940 zusammen mit 20 Strecknitzer Patienten in die Sammelanstalt Hamburg-Langenhorn überführt.

Auch die Vorwerker Anstalt sollte aufgelöst werden.<sup>46</sup> Doch die im Oktober 1941 bereits beschlossene Umwandlung in ein Ausweichkrankenhaus wurde nicht vollzogen. Auch eine im Frühjahr 1942 angekündigte Räumung zugunsten Bombengefährdeter aus den Wohlfahrtsanstalten Hamburgs fand nicht statt. Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk überstand die Kriegszeit, und auch die Bewohnerinnen und Bewohner überlebten mit Ausnahme der jüdischen Jungen und Mädchen.

### **Ricklinger Anstalten**

Die „Ricklinger Anstalten“ bei Bad Segeberg gehen zurück auf die 1883 vom Landesverein für Innere Mission errichtete „Arbeiterkolonie“, in der nichtsesshafte Arbeitssuchende Unterkunft und Verpflegung gegen Arbeitsleistungen erhielten. In den Gebäuden der „Arbeiterkolonie“ wurden ab 1887 psychisch kranke Männer aufgenommen. Die Einrichtung hieß nun „Heidehof“. Daneben eröffnete der Landesverein in Rickling mit der „Trinkerheilstätte Salem“ die erste stationäre Einrichtung für Suchtkranke in Schleswig-Holstein. Sie wurde ab 1934 unter dem Namen Thetmarshof als Anstalt für Psychiatriepatientinnen genutzt. 1902 entstand die Anstalt „Burschenheim“ für halbwüchsige, in der Regel konfirmierte Jungen, von denen etliche straffällig geworden waren. Angesichts wachsender „Zöglings“-Zahlen wurden ab 1906 im nahe gelegenen Gut Kuhlen die Häuser Falkenhorst, Falkenburg, Falkenhang und Falkenried sowie der Fichtenhof errichtet. Die jungen Männer wurden zu Kultivierungsarbeiten im Moor, Rodungsarbeiten im Wald, in der Gärtnerei und im landwirtschaftlichen Betrieb eingesetzt.<sup>47</sup>

Im Haus Falkenried wurde das KZ Kuhlen eingerichtet, das von dem Diakonieschüler und späteren SS-Obersturmbannführer der Sondereinheit 00512 der Brigade Dirlwanger, Otto Walchensteiner, kommandiert wurde. Es bestand vom 27. Juli 1933 bis 27. Oktober 1933. 189 männliche Häftlinge, meist Kommunisten und Sozialdemokraten, waren dort interniert.<sup>48</sup>

Nachdem der Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein im Sommer 1935 angeboten hatte, „Geisteskranke aus Hamburg“ aufzunehmen, schloss Hamburg am 31. August 1935 mit der Inneren Mission in Schleswig-Holstein eine Vereinbarung: Die Ricklinger Anstalten sollten 150 Frauen und 30 Männer mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung aus Hamburg übernehmen. Dabei blieb es jedoch nicht. Allein während des Krieges kamen 704 Männer und Frauen in 23 Transporten über die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn nach Rickling. Von ihnen starben 329 Menschen (47 Prozent) bis Ende 1945.<sup>49</sup>

<sup>46</sup> Delius, Ende von Strecknitz, S. 77 ff.

<sup>47</sup> <http://landesverein.de/de/359/geschichte.html> [30. 1. 2017].

<sup>48</sup> Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2007, S. 652 f.

<sup>49</sup> Michael Wunder, Die Transporte in die Ricklinger Anstalten, in: Böhme/Lohalm, Wege in den Tod, S. 256 ff.

Als der Leiter der Alsterdorfer Anstalten, Pastor Friedrich Karl Lensch, – wie erwähnt – um die Gemeinnützigkeit seiner Anstalt wegen jüdischer Bewohnerinnen und Bewohner fürchtete, warnte er auch den Direktor der Ricklinger Anstalten, Oskar Epha, und empfahl ihm, sich ebenfalls von den jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern zu trennen. Daraufhin ersuchte die Leitung der Ricklinger Anstalten das Land Hamburg im Jahr 1938, die Betroffenen gegen andere „auszutauschen“.<sup>50</sup> Am 22. April 1938 wurden vier männliche Patienten in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt (Felix Cohn, Benjamin Engländer, Erland Walter Friedmann und Oscar Löwenthal). Die – soweit bekannt – einzige jüdische Bewohnerin in Rickling, Paula Fraenkel, blieb aus unbekanntem Gründen davon ausgenommen. Sie traf erst nach der Weisung des Reichsinnenministeriums am 17. September 1940 in Langenhorn ein. Alle fünf wurden am 23. September 1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch an demselben Tag mit Kohlenmonoxid ermordet.

### **Landes-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein<sup>51</sup>**

1893 wurde die „Provinz-Pflege-Anstalt“ in Neustadt für vorläufig 400 Patientinnen und Patienten eröffnet. Sie entstand in dem umgebauten Gebäude einer in Konkurs gegangenen Zuckerfabrik auf freiem Feld vor der Stadt. Entsprechend dem wachsenden Bedarf wurde die Einrichtung von 1895 bis 1915 in mehreren Phasen für 1150 bis 1200 Patientinnen und Patienten ausgebaut. Rund um die ehemalige Zuckerfabrik als Stammhaus standen neun weitere große und zwei kleinere Gebäude für Kranke, ein besonders gesichertes Haus für die Unterbringung „gemeingefährlicher Geisteskranker“ (das „Feste Haus“), eine Großküche, eine Waschanstalt und der zugehörige Technische Betrieb. Hinzu kamen das Verwaltungsgebäude, ein Festsaal, Werkstätten, Personalwohnungen u. a.

1905 in „Provinzial-Irrenanstalt“ umbenannt, erhielt die Einrichtung 1914 die Bezeichnung „Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt“. Während des Ersten Weltkrieges erlitten die Bewohnerinnen und Bewohner stärker noch als die Bevölkerung insgesamt Hunger und Kälte. Die Sterberate stieg in dieser Zeit auf 27,6 Prozent.

Den Notjahren 1919 bis 1923 mit diversen improvisierten Versorgungslösungen folgten von 1924 bis 1929 steigende Patientenzahlen. Neue Therapiemethoden wurden erprobt. In den Jahren 1925/1926 entstand ein eigenes Kraftwerk, das neben der Stromversorgung auch Fernwärme und die Warmwasserzuleitung für alle Häuser sicherte.

Ab Mitte 1928 führte die Neustädter Anstalt ebenso wie ihre Schwesteranstalt in Schleswig die Bezeichnung „Landesheilanstalt“. Sie hatte inzwischen die vor dem Ersten

50 Peter Sutter, *Der sinkende Petrus, Rickling 1933–1945*, S. 173 f.

51 Angaben weitgehend nach Friedrich Ernst Struwe, *Landesheilanstalt Neustadt in Holstein. Berichte aus den Jahren 1918–1945*, Heiligenhafen 2013.



Gesamtansicht der Landesheilanstalt Neustadt in Holstein

*Friedrich E. Struwe, Privatarchiv*

Weltkrieg geplante Belegungszahl von 1150 bis 1200 Patientinnen und Patienten wieder erreicht.

Im April 1929 stieg die Zahl der Dauerpatientinnen und -patienten auf 1242 an, 1930 auf 1293. Durch Kooperation mit den Ricklinger Anstalten des Landesvereins für Innere Mission, mit der Heil- und Pflegeanstalt der Stiftung Ev.-luth. Diakonissenanstalt zu Kropp bei Schleswig, der Kreispflegeanstalt in Pinneberg und mit den Anstalten der Ansharhöhe in Lokstedt in Holstein (heute Hamburg) gelang es, die Überbelegung abzumildern.

Am Tage der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten veränderte sich das politische Klima in der Anstalt schlagartig. Am 30. Januar 1933 marschierte ein SA-Trupp auf das Anstaltsgelände und hisste die Hakenkreuzfahne vor dem Frauenhauptaus. Die meisten Pfleger schlossen sich bald der SA oder SS an oder betätigten sich als Politische Leiter in der NSDAP. Die Ärzte sollen abseits von diesem politischen Geschehen gestanden haben.

Die schon vor 1933 vorhandene Überbelegung der Anstalt nahm in den Folgejahren weiter zu. Der Patienten-Statistik ist zu entnehmen, dass die Zahl der Patientinnen und Patienten bei Kriegsbeginn 1380 Anstaltsbewohnerinnen und -bewohner betrug, eine Überbelegung von 20 Prozent. Die angespannte Betreuungs- und Versorgungssituation konnte durch zwei Transporte mit insgesamt 34 Männern gegen Ende 1939 und zwei wei-

tere Transporte im Juni 1940 in die Landesanstalt Neustrelitz-Strelitz und in die Landesheil- und Pflegeanstalt Schleswig-Stadtfeld kaum behoben werden.

Die Neustädter Anstalt war wie alle anderen Heil- und Pflegeanstalten in die Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ durch Zwangssterilisation und Ermordung von nicht hinreichend arbeitsfähigen Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung einbezogen. Nach dem Erlass des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 wurden dort anfangs nur Sterilisationen von Männern durchgeführt. Frauen mussten zur Sterilisation zunächst in das Kreis Krankenhaus Oldenburg oder in die Fachabteilungen anderer Krankenhäuser. Ab April 1936 durften in der Neustädter Anstalt auch Eingriffe bei weiblichen Patienten vorgenommen werden.

Nach der vom Reichsinnenministerium am 21. Mai 1940 angeforderten Meldung über die jüdischen Menschen lebten in Neustadt drei männliche und acht weibliche, insgesamt elf Kranke. Acht Frauen und zwei Männer wurden am 12. und 13. September 1940, ein weiterer Mann am 16. September in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn gebracht. Zehn von ihnen gehörten zu den 136 Frauen und Männern, die am 23. September 1940 zur Tötungsanstalt Brandenburg gebracht und dort ermordet wurden. Das Schicksal von Martha Mosler als elfter der am 13. September 1940 aus Neustadt nach Hamburg transportierten Personen ist ungeklärt.

<b>Patientinnen und Patienten aus der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein</b>			
<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>
Berghoff	Felix	10. 6. 1894	Altona
Berju	Käthe Alice	11. 12. 1895	Hamburg
Elkeles	Betty	3. 2. 1885	Hamburg
Hecht	Bertha	28. 8. 1895	Altona
Jelenkiewicz	Karl	27. 6. 1896	Hamburg
Lippmann	Betty	6. 1. 1878	Hamburg
Mendel	Berta	6. 7. 1903	Hamburg
Victor	Sally	11. 5. 1889	Hamburg
Warburg	Emma Maria Amalie	6. 9. 1896	Altona
Wiesner	Gerda Regina Ruth	6. 3. 1923	Kiel

Weitere 377 Männer und Frauen wurden ab Anfang 1941 in mehreren Transporten, zum Teil über Königslutter, in die „Landes-Heilanstalt“ in Bernburg an der Saale gebracht und mit Kohlenmonoxid ermordet.

Infolge der seit 1941 intensivierten Luftangriffe wurde die Neustädter Anstalt weitgehend geräumt und als Reservelazarett genutzt. Zu diesem Zweck wurden 743 Patientinnen

und Patienten in mehreren Transporten in verschiedene Anstalten verschleppt. Viele von ihnen wurden ermordet, das Schicksal anderer ist ungeklärt.

Ende Juni 1942 lebten nur noch 287 der bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner in der Landesheilanstalt Neustadt, vermutlich die Männer und Frauen, die als billige Arbeitskräfte für den Betrieb der Anstalt unverzichtbar waren.

Damit war die Räumung der bisherigen Landesheilanstalt Neustadt abgeschlossen. Sie nahm keine Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen mehr auf und führte nun den Namen „Landeskrankenhaus der Provinz Schleswig-Holstein“.

### Die übrigen Herkunftsanstalten

Außer den bisher beschriebenen größeren Anstalten gehen aus den Biografien weitere Einrichtungen hervor, aus denen jüdische Patientinnen und Patienten in Langenhorn gesammelt und kurz darauf in Brandenburg ermordet wurden: die *Landesheilanstalt Schleswig-Stadtfeld* (siehe Betty Lippmann), das *Privatsanatorium Schellhorner Berg* bei Preetz (siehe Martha Blumenfeld), die „*Privatanstalt Fräulein Clausen*“ in Friedrichsfeld/Gemeinde Prinzenmoor (siehe Martha Havelland, Luise Mattersdorf und Dorothea Dorthy Silberberg), die *Heil- und Pflegeanstalt Schwerin Sachsenberg* (siehe Martin Bragenheim) und die *Landesanstalt Neustrelitz-Strelitz* (siehe Gottfried Simon), beide in Mecklenburg. Ein Mann (Joel Falk) wurde aus der *Landesheilanstalt Marburg* in Hessen nach Langenhorn gebracht. Bei Henriette Meyer ist – wie erwähnt – nicht bekannt, ob sie schon länger in Langenhorn gelebt hatte oder zum 23. September 1940 aus einer anderen Einrichtung dorthin „verlegt“ worden war.

### Die Israelitische Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke Bendorf-Sayn (Jacoby'sche Anstalt)

Nach der „Sonderaktion“ gegen Jüdinnen und Juden 1940/1941 wollte die „T4“-Euthanasie-Zentrale sichergehen, dass keine Patienten jüdischer Herkunft mehr in den Anstalten lebten bzw. aufgenommen würden. Deshalb ordnete der Reichsinnenminister am 12. Dezember 1940 an, dass „geisteskranke Juden“ mit sofortiger Wirkung in der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn untergebracht werden müssten. Dort wurden 1940 und 1941 45 und 251 Personen aufgenommen.<sup>52</sup>

In der 1869/70 entstandenen, nahe Koblenz gelegenen Jacoby'schen Anstalt Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn waren neben wohlhabenden jüdischen Privatpatientinnen und -patienten auch von der Fürsorge unterhaltene jüdische Kranke aufgenommen worden. Für viele Menschen jüdischer Herkunft mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung stellte sie den freiwillig oder unfreiwillig gewählten Zufluchtsort dar, zumal wenn

52 Dietrich Schabow, Die Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf, Bendorf-Sayn 2008, S. 78.

sich ihre emigrierten oder deportierten Familien nicht mehr um sie kümmern konnten.

Wir wissen von zwei Männern und einer Frau aus Hamburg, die sich nach dem 23. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn aufhielten und in die Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn verlegt wurden: Walter Neumark (siehe dort) gelangte am 21. April 1941 dorthin und wurde am 22. März 1942 mit weiteren 336 jüdischen Menschen in das Durchgangslager Izbica deportiert. Er kam dort oder in einer der Mordanstalten in Ostpolen zu Tode. Der zweite Patient, Hermann Kapost, am 28. Juli 1941 in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn aufgenommen, hatte zuvor in einem jüdischen Stift in Hamburg gewohnt. Nach Langenhorn war er zur Feststellung seines Gesundheitszustandes überwiesen worden. Nachdem „lebhaftes Sinnes-täuschungen“ festgestellt wurden, kam Hermann Kapost am 17. November 1941 in die Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn und wurde von dort am 30. April 1942 nach Krasnikow/Krasniczyn bei Lublin deportiert.<sup>53</sup>

Ilse Herta Zachmann (siehe dort) kam bereits am 23. oder 24. September 1940, also nicht erst aufgrund des Erlasses vom 12. Dezember 1940, in die Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn. Sie hatte – wie eingangs erwähnt – zu denjenigen gehört, die am 23. September 1940 von der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel geschickt worden waren. Doch ihrem Hamburger Anwalt war es gelungen, sie während eines Zughaltes in Berlin aussteigen zu lassen und so zunächst ihren sicheren Tod zu verhindern. Ilse Herta Zachmann lebte noch fast zwei Jahre in Bendorf-Sayn. Sie wurde am 15. Juni 1942 in einem Transport von 342 Menschen deportiert und kam in Izbica oder Sobibór ums Leben.

53 Biografie Heinrich Kapost, siehe [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de).



Erlass vom 12. Dezember 1940 des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern

*Schabow, Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf, S. 73*

### Die als Jüdin geltende Langenhorner Patientin Margarete Windmüller

Die Hamburgerin Margarete Windmüller befand sich am 23. September 1940, dem Tag des Todestransportes nach Brandenburg an der Havel, und noch einige Tage länger in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn. Sie wurde vom Transport nach Brandenburg verschont, aber nach Berlin-Buch überführt, wo sie starb.

Die getaufte, aber als Jüdin geltende Frau hatte als Journalistin gearbeitet und der völkischen „Nordischen Gesellschaft“ angehört. Gut bekannt mit der Hamburger Prominenz bis hin zum Hamburger Reichsstatthalter Karl Kaufmann, glaubte sie sich aufgrund ihrer Verdienste um die völkische Bewegung vor Repressalien geschützt. Doch wegen ihrer als wahnhaft eingestuften Ideen wurde sie im September 1939 nach kurzer „Schutzhaft“ in die „Psychiatrische und Nervenklinik der Hansischen Universität“ Friedrichsberg und anschließend in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn eingewiesen. Ihre Krankenakte enthält den Vermerk „Entlassen 28. September 1940“. Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass an dieser Stelle zunächst „23. September 1940“ gestanden hat und die Drei mit einer Acht überschrieben wurde. Margarete Windmüller war anscheinend für den Transport der Jüdinnen und Juden am 23. September 1940 vorgesehen, wurde aber zurückgestellt und am 28. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Berlin-Buch verlegt. Dort starb sie am 11. März 1941. Berlin-Buch fungierte wie Langenhorn als Sammelanstalt, aus der im Zuge der „T4“-Sonderaktion jüdische Menschen in Tötungsanstalten gebracht und ermordet worden waren.<sup>54</sup>

<sup>54</sup> Biografie Margarete Windmüller, siehe [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de).

**Biografien der am 23. September 1940  
in Brandenburg an der Havel  
ermordeten Jüdinnen und Juden  
von A–Z**



## ■ Leon Beckmann,

**geb. am 5. 1. 1873 in Krakau (Wegrze), ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Leon Beckmann kam als Sohn von Dawid Beckmann, laut Geburtsregister „Spekulant aus Krakau“ (etwa Geschäftemacher, Händler), und Gusta, geborene Keiner, aus Kudowa am 5. Januar 1873 in Krakau (Wegrze) zur Welt. Die Eltern bekannten sich zum jüdischen Glauben.

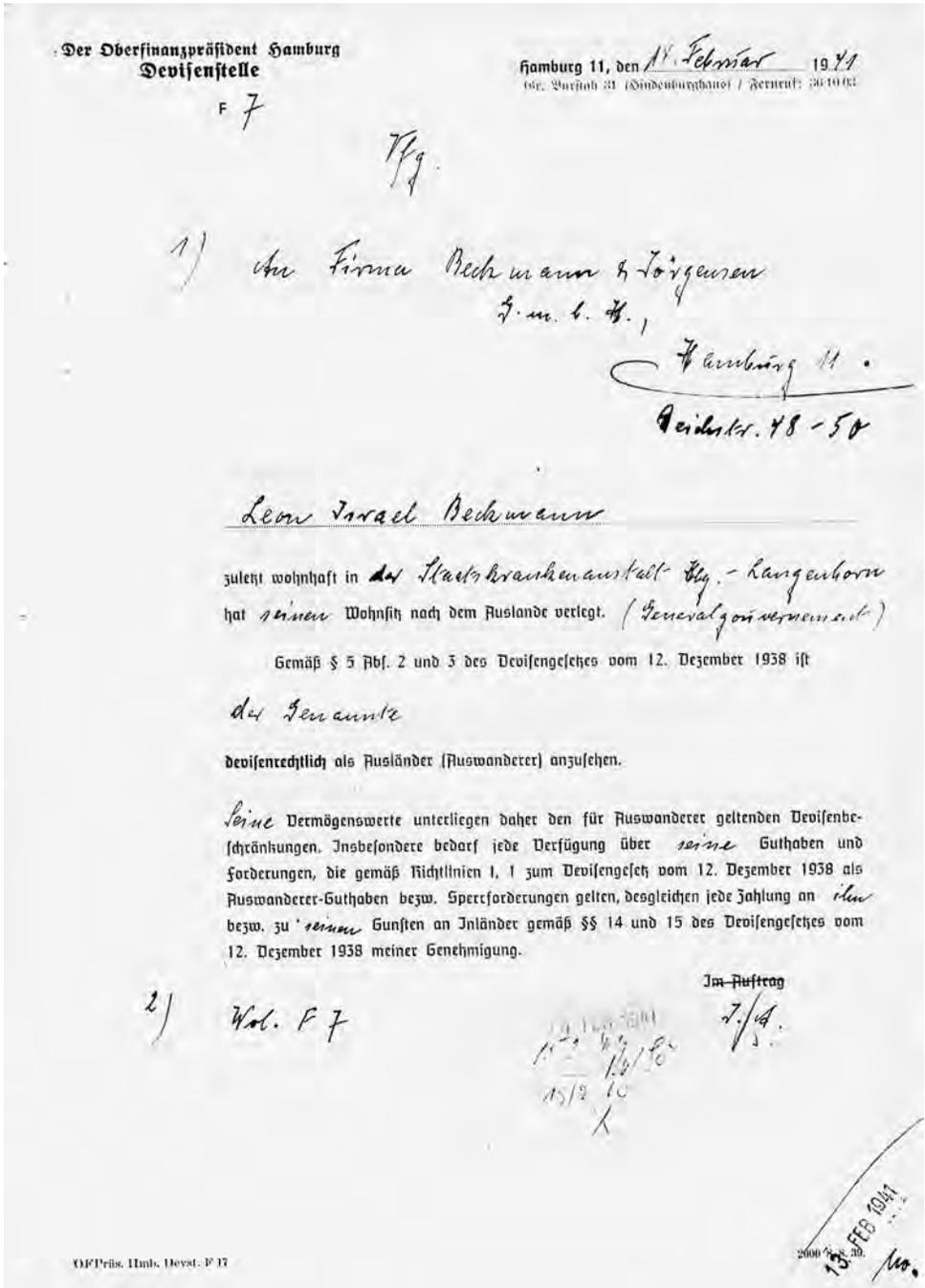
Seit dem 9. September 1897 leitete Leon Beckmann das Hamburger Unternehmen „Beckmann & Jörgensen“ zusammen mit Niels Martin Jörgensen als Geschäftsführer. Leon Beckmann muss sich schon einige Zeit vor Beginn seiner Unternehmerkarriere in Hamburg niedergelassen haben, denn er arbeitete zunächst als Angestellter in der Vorgängerfirma „Alexander Beckmann“. Bemühungen des Junggesellen und polnischen Staatsangehörigen um die hamburgische Staatsbürgerschaft lassen sich nicht nachweisen.

Das Unternehmen „Beckmann & Jörgensen“ war aus dem Einzelunternehmen von Alexander Beckmann hervorgegangen. Es gehörte nun Niels Martin Jörgensen, Alexander und Leon Beckmann. Geschäftszweck des Unternehmens war das „Anbieten von Dienstleistungen im Hamburger Hafen“. In dieser Tradition bewegt sich das Hamburger Logistikunternehmen, das unter „Beckmann & Jörgensen GmbH“ firmiert, zu Teilen noch heute.

Als Leon Beckmann Teilhaber und Geschäftsführer wurde, war er erst 24 Jahre alt. Diese auch für heutige Verhältnisse rasante berufliche Karriere mag darauf zurückzuführen sein, dass der vorherige Eigentümer Alexander Beckmann ein Verwandter, vielleicht ein Onkel, war. Auch der spätere weitere Geschäftsführer David Beckmann könnte ein Verwandter gewesen sein.

Während Alexander Beckmann nach der Gründung des Unternehmens Beckmann & Jörgensen im Jahr 1897 in Hamburg residierte, hatten Leon Beckmann und Niels Martin Jörgensen ihren Sitz in Kopenhagen. Das neue Unternehmen erhielt im Oktober 1900 den Kaufmann David Beckmann als weiteren Geschäftsführer. Es verfügte laut Handelsregister über Zweigniederlassungen in Bremen und Emden. Im Hamburger Adressbuch wurde der Zweck des Unternehmens so umschrieben: „Spedition u. Commission“ (1900) und „Controlle von Getreideladungen, Spedition u. Commission“ (1905). Aus dem Adressbucheintrag ist zu schließen, dass die Eigentümer viel außerhalb Hamburgs tätig waren, Leon Beckmann in Kopenhagen und Antwerpen, Alexander Beckmann und Niels Martin Jörgensen in Kopenhagen.

Dies erklärt auch, warum für Leon Beckmann nur im Jahr 1900 eine Privatadresse im Hamburger Adressbuch auffindbar ist: Büschstraße 7 in der Hamburger Neustadt. Er war nie verheiratet. Die drei Gesellschafter Alexander und Leon Beckmann sowie Niels Martin Jörgensen waren rechtlich immer noch Eigentümer, als das Unternehmen im Frühjahr 1933 in nichtjüdische Hände übergang.



Leon Beckmann wird devisenrechtlich zum Ausländer erklärt  
StaH

Leon Beckmann war schon 1911 krankheitshalber aus dem Unternehmen ausgeschieden. Nach einem kurzen Aufenthalt in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ wurde er in die „Irrenanstalt Langenhorn“ überwiesen. Der Grund für seinen Aufenthalt in beiden Einrichtungen ist nicht überliefert.

Leon Beckmann muss zumindest einmal aus Langenhorn entlassen worden sein, denn er wurde zu einem nicht bekannten späteren Zeitpunkt erneut in Friedrichsberg aufgenommen. Offenbar schloss sich 1912 eine erneute und zwar dauerhafte Unterbringung in Langenhorn an. Aus seiner Patienten-Karteikarte, dem einzigen noch vorhandenen Dokument aus der „Irrenanstalt Friedrichsberg“, lassen sich genauere Angaben nicht ableiten.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Leon Beckmann. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Am 14. Februar 1941 richtete die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten Hamburg ein formularmäßiges Schreiben an Beckmann & Jörgensen. Darin wurde wahrheitswidrig behauptet, Leon Beckmann habe seinen Wohnsitz „nach dem Ausland (Generalgouvernement)“ verlegt. Er sei deshalb devisenrechtlich als „Ausländer (Auswanderer)“ anzusehen. Seine Vermögenswerte unterlägen daher den für Auswanderer geltenden Devisenbeschränkungen.

Daraufhin beantragte die Firma am 31. März die „Genehmigung zur Gutschrift der monatlichen Rente von 500,- RM auf dem laufenden Konto des Herrn Leon Beckmann.“, die sie Anfang April 1941 auch erhielt. Der Auszug über das bei Beckmann & Jörgensen für Leon Beckmann geführte Konto weist noch am 16. April 1941 eine Zahlung von 455 RM an die „Irrenanstalt Chelm“ aus. Zu diesem Zeitpunkt lag Leon Beckmanns Tod schon mehr als ein halbes Jahr zurück.

Beckmann & Jörgensen wurden nicht nur über den wahren Zielort des Transports vom 23. September 1940 getäuscht, sie wurden zudem um geleistete Unterhaltszahlungen für den seit Monaten verstorbenen Leon Beckmann betrogen.

Zur Erinnerung an Leon Beckmann liegt ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Büschstraße 7.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 231-3 Handelsregister A 13 Bd. 20, A 12 Bd. 31; 314-15 Oberfinanzpräsident R 1940\_510 (Leon Beckmann), FVg 8497; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 1. 39–27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Leon Beckmann der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Archiwum Narodowe w Krakowie, Geburtseintrag Leon Beckmann; <http://www.bj-logic.de/> [24. 8. 2015]; Mitteilung Handelskammer Hamburg vom 20. 8. 2014 betr. Beckmann & Jörgensen.

■ **Erna Belzinger,**  
**geb. am 13. 6. 1894 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Erna Belzinger wurde als zweitältestes Kind der Eheleute Leopold und Minna Belzinger, geborene Cohen, am 13. Juni 1894 in der Wilhelminenstraße 13 in Hamburg-St. Pauli geboren. Ihre Eltern gehörten dem jüdischen Glauben an. Bei der Geburt ihres älteren Bruders Max am 1. August 1893 hatten die Eltern wenige Häuser weiter in der Wilhelminenstraße 73 gewohnt. Der jüngere Bruder Siegfried kam am 8. August 1897 in der Kieler Straße 84 (heute Clemens-Schultz-Straße, St. Pauli) und die jüngere Schwester Franziska am 6. November 1899 in der Wilhelminenstraße 63 zur Welt.

Ernas Vater, Leopold Belzinger, geboren 1866, betrieb in der Catharinenstraße 31 zusammen mit seinem Partner Joseph Jacobsohn aus der Kieler Straße 87 einen Pfeifen- und Meerschaumwarengroßhandel. Aus Meerschaum wurden vorzugsweise Zigarrenspitzen und Pfeifenköpfe, aber auch kleinere Ziergegenstände gefertigt. Später handelte er ausschließlich mit Zigarren. Leopold Belzinger und seine sechs Geschwister Jacob, Carl, Luis (Louis), Alma Ida, Rosa und Henry lebten in der zweiten Generation in Hamburg. Ihr Vater, der Kürschner Philip Belzinger, war in den 1860er-Jahren aus Winschoten/Groningen nach Hamburg eingewandert, hatte die 1840 in Altona geborene Rosa Lademer geheiratet und am 15. April 1864 das Hamburger Bürgerrecht erlangt.

Erna Belzingers Brüder, Max und Siegfried, kamen im Ersten Weltkrieg ums Leben. Max starb am 30. August 1915. Sein Todesort ist nicht bekannt. Siegfried starb am 3. Juni 1918 in Belgien als Matrose in einer Marine-Einheit. Sein Grab befindet sich in Diksmuide-Vladslo (Block 2 Grab 2190).

Erna Belzinger, über deren Kindheit und Jugend wir nichts wissen, blieb unverheiratet. Im September 1922 trat sie der Jüdischen Gemeinde bei. Einen Beruf soll sie nicht ausgeübt haben, obwohl ihr „Stand“ auf der Karteikarte der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, dem einzigen noch erhaltenen Dokument aus dieser Anstalt, als „Haustochter“ vermerkt war. Sie war bereits zweimal in Friedrichsberg gewesen, bevor sie dort am 15. Februar 1938

**A.**

Nr. 2236

Hamburg, am 26. April 1939 1899.

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der  
 Persönlichkeit nach Erna Belzinger  
geb. [illegible] laut,  
Straße [illegible] 10  
Belzinger  
 wohnhaft zu Brandenburg a. H., St. Pauli, [illegible]  
geb. [illegible] Religion, und zeigte an, daß von der  
Erna Belzinger  
geb. [illegible] Religion,  
 wohnhaft [illegible]  
 zu Brandenburg a. H., in [illegible]  
 am 26. April 1939 des Jahres  
 tausend acht hundert neunzig und 26, Uhr mittags  
 um 11 Uhr ein Kind weiblichlichen  
 Geschlechts geboren worden sei, welches Erna Vornamen  
 erhalten habe.

Vorgelesen, genehmigt und unterzeichnet:  
L. Belzinger

Der Standesbeamte  
[illegible]

H. [illegible] Nr. 335/1939 M. A. Chelom }  
[illegible] }

Nr. 2236  
 Hamburg, am 26. April 1939  
 Kant. Amtsgebl. de.  
Erna Belzinger  
 wohnhaft zu Hamburg  
Belzinger 15a Post  
geb. [illegible]  
Erna Belzinger  
 den unterzeichneten Vornamen  
Erna  
 gemäß § 8 d. des II. Verordnung zur  
 Durchführung des Gesetzes über die  
 Änderung von Familien- und Vor-  
 namen vom 17. August 1928 ange-  
 nommen.  
 Der Standesbeamte.  
 In Vertretung:  
[illegible]  
 Nr. 2236  
 Gemäß Verordnung  
 des Zentral-Justizamts  
 in Hamburg vom 17.2.1948  
 ist der vorstehende Hand-  
 v. r. merk v. d. 26. April 1939  
 ungültig.  
 Hamburg, am 14. September 1948  
 Der Standesbeamte:  
 In Vertretung  
[illegible]

Falsche Sterbenotiz auf der Geburtsurkunde von Erna Belzinger  
 StaH

erneut eingeliefert wurde. Die nunmehrige „Psychiatrische und Nervenlinik der Hansischen Universität“ wies sie einen Monat später in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn ein. Als Grund wurden „Erregungszustände“ genannt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Erna Belzinger. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Dies belegt der Vermerk „verstorben Nr. 335/41 St.A. Chelm II Generalgouvernement“ auf Erna Belzingers Geburtsurkunde.

Es ist nicht bekannt, ob Erna Belzingers Eltern von dem Tod ihrer Tochter erfahren haben. Sie waren allein in Hamburg zurückgeblieben und hatten lange Jahre in der Heinrich-Barth-Straße 1 gewohnt. 1937 wechselten sie in die Straße Rutschbahn 25a in ein „Judenhaus“. In „Judenhäusern“ wurden Jüdinnen und Juden auf engstem Raum zwangsweise untergebracht. Später musste das Ehepaar Belzinger erneut umziehen, und zwar wiederum in ein „Judenhaus“, nun in der damaligen Schlachterstraße 40–42 Hs. 4/5 in Hamburg-Neustadt. Dort erhielt es den Deportationsbefehl. Minna und Leopold Belzinger wurden am 20. Juli 1942 von Hamburg in das „Altersgetto“ Theresienstadt deportiert. Minna Belzinger starb dort am 6. Oktober 1942 angeblich an einer Darmentzündung, Leopold Belzinger kam am 10. März 1944 ebenfalls in Theresienstadt ums Leben.

Erna Belzingers Schwester Franziska (Fräncis), geboren am 6. November 1899, und ihr Ehemann Levy Bari verließen Deutschland im Frühjahr 1939 mit ihren drei Söhnen, Manfred, geboren 1921, Siegfried, geboren 1922, und Wolfgang, geboren 1928. Sie emigrierten in die USA.

An Minna und Leopold Belzinger erinnern Stolpersteine in der Straße Rutschbahn 25a. Dort ist ein Stolperstein auch für Erna Belzinger vorgesehen.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident R 1939 2672 Carl Belzinger; 332-3 Zivilstandsaufsicht A–237 Geburtsregister Nr. 1441/1871 Carl Belzinger, A\_227 Geburtsregister Nr. 1350/1868 Jacob Belzinger, A\_220 Geburtsregister Nr. 812/1866 Leopold Belzinger, A\_256 Geburtsregister Nr. 197/1875 Luis Belzinger; 332-5 Standesämter 2315 Geburtsregister Nr. 2899/1893 Max Belzinger; 2344 Geburtsregister Nr. 2236/1894 Erna Belzinger, 2432 Geburtsregister Nr. 2773/1897

Siegfried Belzinger, 8741 Heiratsregister Nr. 426/1920 Franziska Belzinger/Levy Bari, 13168 Geburtsregister Nr. 2734/1899 Gertrud Belzinger; 332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht Ale 40 Bd. 5 Einbürgerung Philip Belzinger; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 1. 39–27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Erna Belzinger der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; [http://www.weltkriegsopfer.de/Krieg-Opfer-Max-Belzinger\\_Soldaten\\_0\\_462233.html](http://www.weltkriegsopfer.de/Krieg-Opfer-Max-Belzinger_Soldaten_0_462233.html) [25. 8. 2015]; [http://www.weltkriegsopfer.de/Kriegsopfer-Siegfried-Belzinger\\_Soldaten\\_0\\_99118.html](http://www.weltkriegsopfer.de/Kriegsopfer-Siegfried-Belzinger_Soldaten_0_99118.html) [25. 8. 2015]; <http://www.holocaust.cz/de/search?query=Belzinger&x=0&y=0> [26. 8. 2015]; Biografie Carl und Rosa Belzinger: [http://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN\\_ID=7&r\\_name=Belzinger&r\\_strasse=&r\\_bezirk=&r\\_stteil=&r\\_sort=Nachname\\_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO\\_ID=669](http://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&r_name=Belzinger&r_strasse=&r_bezirk=&r_stteil=&r_sort=Nachname_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO_ID=669) [26. 8. 2015].

## ■ **Bernhard Benedix,**

**geb. am 29. 4. 1884 in Hamburg, ermordet 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel**

Bernhard Benedix kam im Hamburger Stadtteil Rotherbaum in der Bundesstraße 50 zur Welt. Die Eltern, der Viehkommissionär (Kaufmann, der Vieh im eigenen Namen für fremde Rechnung gegen Provision verkaufte) Joseph Benedix und seine Ehefrau Sara, geborene Peine, gehörten dem jüdischen Glauben an. Bernhard hatte eine ältere Schwester, Clara, geboren am 10. Dezember 1882, und zwei Brüder: Selig, geboren am 12. Oktober 1886, und Max Moses, geboren am 14. Mai 1890. Dieser erhielt durch Bescheid des Senats vom 17. September 1923 den alleinigen Vornamen Max.

Bernhard war sechzehn Jahre alt, als sein Vater am 4. August 1900 starb. Der Familie war es dennoch möglich, ihm eine qualifizierte Ausbildung als Chemiker und Techniker zu vermitteln. Am 28. August 1912 heiratete er die in Hannover geborene Bertha Albertine Marie Quaas, geboren am 16. September 1891. Bertha Quaas, Tochter eines in Dresden lebenden Kapellmeisters, gehörte der lutherischen Konfession an. Sie wohnte zum Zeitpunkt der Eheschließung in Hamburg, Rappstraße 3.

Schon mit 21 Jahren betrieb Bernhard Benedix ein Agentur- und Kommissionsgeschäft. Unklar ist, ob er dabei seine Ausbildung als Chemiker und Techniker nutzen konnte. Das Unternehmen war in das Handelsregister eingetragen. Bernhard Benedix



Wohnhaus Bismarckstraße 90, Hauseingang

*Ingo Wille*

Staatskrankenanstalt Langenhorn	
Aufnahmeort: Nr. 21094 Heilabteilung	Sexus
Hamburg, den 18. Januar 1935	Männlich
Ver- u. Zunahme: Bernhard Benedix	Religion: Freidenker
Geboren am 29. April 1884 in Hamburg	Streis. Reg. Nr.
Familienstand: geschieden	
Beruf: Händler	
Wohnung: Name, Stand, Wohnung: Staatskrankenanstalt Friedrichsberg vordem Versorgungsheim Oberaltenallee	
bei Eltern: + Joseph Benedix, Viehkorn., + Hamburg	
bei Mutter: + Klara geb. Peise	
bei Vaters: geschieden Marie geb. Quass Dresden	
Alt des Friedrichsberg	Krankheit: Schizophrenie
Aufnahmeort: Dr. Fehrmann	Behandlung:
Abteilung: M 10	
Diagnose: Schizophrenie	Ausgang der Krankheit:
Erlassen 23. IX 1935	
Aufnahme	

Aufnahmebogen der Staatskrankenanstalt Langenhorn  
StaH

1926 oder 1927 wurde Bernhard Benedix erstmalig Patient der psychiatrischen Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Im Februar 1928 erklärte ihn das Amtsgericht Hamburg für unmündig. Spätestens zu diesem Zeitpunkt konnte er sein Unternehmen nicht mehr selbst leiten. Es wurde wahrscheinlich 1929 an M. Ch. Benzimra verkauft, den das Adressbuch von 1930 als Inhaber ausweist.

Aus Bernhard Benedix' Patienten-Karteikarte der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg wissen wir, dass er noch zweimal in Friedrichsberg aufgenommen wurde, und zwar 1929/1930 und 1931. Zeitweise war er auch im Versorgungsheim Oberaltenallee untergebracht. Der späteren Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn am 18. Januar 1935 lag eine Überweisung aus Friedrichsberg mit der Diagnose „Schizophrenie“ zugrunde.

Bei der Aufnahme in Langenhorn bezeichnete sich Bernhard Benedix als „Freidenker“. Anscheinend hatte er die jüdische Religionszugehörigkeit aufgegeben. Der Langenhorner Aufnahmebogen enthält als Berufsbezeichnung die Angabe „Händler“.

Am 20. März 1935 beschloss das Erbgesundheitsgericht, dass Bernhard Benedix zu sterilisieren sei. Grundlage war das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933, das dem nationalsozialistischen Deutschen Reich zur Durchsetzung seiner Vorstellung von Rassenhygiene durch „Unfruchtbarmachung“ vermeintlich „Erbkranker“ diene. Offenbar wehrte Bernhard Benedix sich gegen diese Entscheidung, denn am 6. Juni 1935 kam es zu einer „Verhandlung“ des Erbgesundheitsobergerichts in der Staatskrankenanstalt

war also Vollkaufmann und laut Adressbuch auch Mitglied der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns. Seine Privatadresse befand sich 1912 zunächst in der Werderstraße 6 in Harvestehude. Mit seinem Geschäft residierte er in der Amelungstraße 6 in der Neustadt, zeitweise parallel am Grindelberg 18 in Harvestehude und später in der Bismarckstraße 90 in Hoheflucht-West. Zeitweise waren Wohn- und Geschäftsadresse identisch.

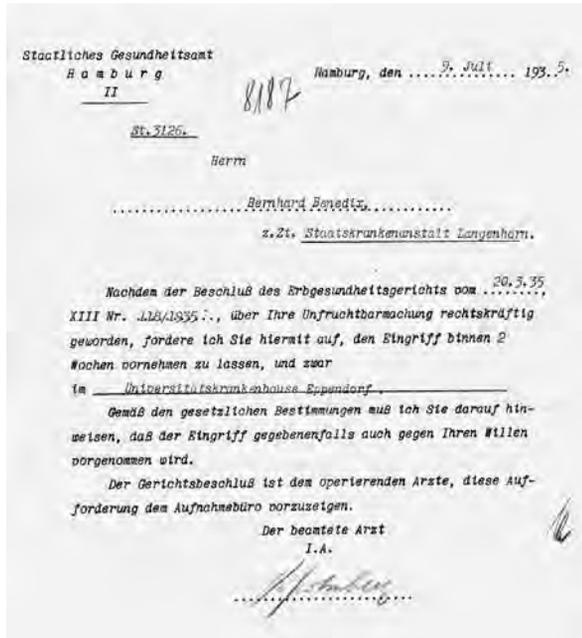
Bernhard Benedix' Ehe blieb kinderlos und wurde nach elf Jahren am 27. November 1923 geschieden.

## Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z

Langenhorn. Seine Gegenwehr blieb erfolglos. Am 9. Juli 1935 forderte das Staatliche Gesundheitsamt Hamburg ihn ultimativ auf, den Eingriff binnen zwei Wochen im Universitätskrankenhaus Eppendorf vornehmen zu lassen. Ihm wurde zugleich angedroht, dass „der Eingriff gegebenenfalls auch gegen Ihren Willen vorgenommen wird“. Die Sterilisation erfolgte, nachdem Bernhard Benedix am 29. Juli 1935 in das Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf eingewiesen worden war. Zurück in Langenhorn, wurde er als so streitsüchtig beschrieben, dass er laut Patientenakte zeitweise „eingebettet“ werden musste. Die „Einbettung“ war eine Methode zur Ruhigstellung, bei der Patientinnen und Patienten zwangsweise im Bett festgehalten wurden. In der Folgezeit scheint sich Bernhard Benedix in sein Schicksal ergeben zu haben. Er galt im Jahr 1939 „als brauchbarer, fleissiger Arbeiter“. Und weiter: „In letzter Zeit nichts Auffälliges auf der Station.“

Wahrscheinlich führte die Bewertung als „brauchbarer, fleissiger Arbeiter“ am 11. Dezember 1939 zu seiner Verlegung in das Gut Düssin in Westmecklenburg. Die Stadt Hamburg hatte das Gut Ende 1938 gekauft. In Düssin wurden 220 Menschen mit einer geistigen Behinderung oder psychischen Erkrankung untergebracht, außer Bernhard Benedix weitere sechs Menschen jüdischer Herkunft, die dort Landarbeit verrichten mussten.

Als das Reichsinnenministerium alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, musste auch Bernhard Benedix am 13. oder 14. September 1940 aus Düssin zurück nach Langenhorn. Am 23. September 1940 wurde er mit weiteren 135 jüdischen Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert. Mit Ausnahme von Ilse Herta Zachmann (s. dort) wurden sie noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung



Aufforderung, den Sterilisierungseingriff vornehmen zu lassen.

StAH

dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Auf Bernhard Benedix' Geburtsregistereintrag wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter dem Datum 3. Dezember 1940 und der Nummer 575/1940 registriert hat. Sein anscheinend nichtjüdischer Vormund erhielt am 12. Februar 1941 eine Mitteilung von der „Irrenanstalt Chelm, Post Lublin“, nach der Bernhard Benedix an Gehirnschwellung gestorben sein soll.

Bernhard Benedix' Schwester Clara besaß mehrere wertvolle Grundstücke. Sie konnte Deutschland rechtzeitig verlassen, verlor dabei jedoch ihr Vermögen und ihre deutsche Staatsbürgerschaft. Sie lebte als verheiratete Clara Müller in den USA. Das Schicksal des Bruders Selig Benedix ist ungewiss. Weder in den Gedenkbüchern noch in der Opferdatenbank von Yad Vashem findet sich sein Name. Das jüngste der vier Benedix-Kinder, Max, emigrierte nach Belgien und dann weiter nach Frankreich. Hier wurde er verhaftet, in Drancy bei Paris interniert, am 14. August 1942 nach Auschwitz deportiert und dort wahrscheinlich ermordet. Obwohl Max Benedix' Geburtsort, die kleine Bornstraße 1 (heute Heinrich-Barth-Straße), die einzige vom ihm bekannte Adresse ist, wird sein Stolperstein im Sinne des gemeinsamen Gedenkens neben dem seines Bruders Bernhard in der Bismarckstraße 90 verlegt.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB, StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönne, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident F 21 Gertrud und Natalie Benedix; 332-5 Standesämter 7935 Sterberegister Nr. 1975/1900 Joseph Benedix, 8683 Heiratsregister Nr. 280/1912 Bernhard Benedix/Marie Quaas, 8973 Geburtsregister Nr. 384/1883 Benedix Clara, 8986 Geburtsregister Nr. 1697/1894 Bernhard Benedix, 9015 Geburtsregister Nr. 4666/4666 Selig Benedix; 9054 Geburtsregister Nr. 630/1890 Max Moses Benedix; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 7519 Müller Clara, 11605 Müller Clara; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 1. 39–27. 1. 1941, Abl. 1/1995 21094 Bernhard Benedix; 371-19 Behörde für Wirtschaft und Verkehr (Wirtschaftsbehörde) 2001 Düssin; 522-1 Jüdische Gemeinden 696 d Geburtsregistereintrag Nr. 40/1849 Sara Peine; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Bernhard Benedix der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

## ■ **Betty Berges,**

**geb. 27. 4. 1890 in Lübeck, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Betty Berges stammte aus einer weitverzweigten, alteingesessenen jüdischen Familie in Lübeck-Moisling. Sie kam am 27. April 1890 in der Lübecker Altstadt, Aegidienstraße 9, als Tochter von Simon Selig (Siegfried) Berges und seiner Ehefrau Bertha, geborene Lissauer, zur Welt.

Betty Berges' 1848 in Moisling geborener Vater lebte in Lübeck und arbeitete dort als Buchbinder. 1872 heiratete er in erster Ehe in Ohlau/Schlesien die sich zum christlichen Glauben bekennende Schneiderin Johanna Christina Lucie Fick. Nach kurzem Aufenthalt in Ohlau übersiedelte das Ehepaar Berges nach Lübeck. 1875 war Simon Selig wieder in Lübeck tätig. Aus der Ehe gingen vier Töchter hervor: Lucie, Auguste Anna Helene Martha, Hannchen und Charlotte. Vermutlich verlegte Simon Selig Berges den Wohnsitz seiner Familie zeitweise nach Hamburg, denn hier wurde seine erste Ehe geschieden.

Am 15. März 1882 heiratete Simon Selig Berges erneut. Mit seiner zweiten Ehefrau, der am 28. Mai 1857 in Lübeck-Moisling geborenen, ebenfalls aus einer jüdischen Familie stammenden Bertha (Bräunchen) Lissauer bekam er fünf Kinder, darunter Betty als zweitjüngstes. Neben den Halbgeschwistern aus der ersten Ehe ihres Vaters hatte Betty Berges zwei Schwestern und zwei Brüder: Cäcilie, geboren am 30. November 1883, Charlotte, geboren am 6. Mai 1886, Heymann Friedrich, geboren am 1. Januar 1888, und Selig (genannt Semmy), geboren am 4. August 1891, alle geboren in Lübeck.

Bettys Vater Simon Selig bezeichnete sich als Handelsmann, Handlungsreisender und als Geschäftsreisender. 1903 erlangte er die Staatsangehörigkeit der Hansestadt Lübeck. Die Bindung an Lübeck hinderte ihn aber nicht daran, 1906 dauerhaft nach Hamburg überzusiedeln. Das Hamburger Adressbuch führt Simon Selig Berges in seiner Ausgabe von 1907 als Siegfried Berges mit einem Antiquitätenhandel in der Straße Rutschbahn 8. Die Geschäftsadressen und verbunden damit auch die Wohnadressen änderten sich: 1909 Bornstraße 34, 1911 Fehlandtstraße 21, ab 1912 gemeinsam mit seinem Sohn Selig jr. (Semmy) Rutschbahn 24. Hier starb am 5. Juli 1915 Simon Seligs zweite Ehefrau Bertha (Bräunchen), Bettys Mutter, im Alter von 58 Jahren. Vater und Sohn Berges betrieben den Antiquitätenhandel weiterhin gemeinsam. Sie verlegten ihn 1919 in die Grindelallee 45. Im vorgeschrittenen Alter von 67 Jahren zog sich Simon Selig Berges Sen. 1925 aus dem Geschäftsleben zurück. Ihm blieb nur eine kurze Phase des Ruhestandes, denn er starb am 25. April 1926.

Betty Berges blieb ledig und war wohl zeitweise als „Kinderfräulein“ tätig. Als sie 1915 aus uns nicht bekannten Gründen in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ aufgenommen wurde, hielt man dort als Beruf „Stütze“ (Haushaltshilfe) fest. Von hier wurde sie am 18. Oktober 1915 in die „Irrenanstalt Langenhorn“ verlegt und Ende Februar 1916 wieder entlassen. Über die Zeit von 1916 bis 1925 ist nur bekannt, dass sie bei den Eltern bzw. nach dem Tod der Mutter bei ihrem Vater in der Rutschbahn 24 lebte. Im Juni 1925 kam Betty Berges aufgrund eines Attestes aus Friedrichsberg, das die Diagnose „Geisteskrankheit“ enthielt, wieder in die Langenhorner Anstalt. Als nächste Angehörige wurde ihre Schwester Cäcilie notiert.

Für die nächsten 13 Jahre blieb Betty Berges in der inzwischen in „Staatskrankenanstalt Langenhorn“ umbenannten Einrichtung. 1938 mussten viele Frauen und Männer Langenhorn verlassen, um Platz für Patientinnen und Patienten aus der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg zu schaffen. Friedrichsberg sollte nach dem Friedrichsberg-Langenhorn-Plan

„solchen Volksgenossen [...], die einen geistigen und körperlichen Gewinn von einem Aufenthalt in diesen schönen Anlagen haben würden“, vorbehalten werden.

Die aus Langenhorn abtransportierten Frauen und Männer fanden Aufnahme in verschiedenen norddeutschen Einrichtungen. So kam Betty Berges in die Heilanstalt Lübeck-Strecknitz. Ihre polizeiliche Anmeldung in Lübeck datiert vom 9. Mai 1938.

Mochte die Familie Berges durch den Antiquitätenhandel ein auskömmliches Leben geführt haben, so verarmte sie nach 1933 infolge der Diskriminierung durch den NS-Staat zusehends. Die Pflegekosten in Langenhorn und in Lübeck übernahm die Hamburger Sozialverwaltung. Bei ihrer Ankunft in Strecknitz nahm man Betty Berges ein Kleid und ein Gebiss ab. Mehr besaß sie nicht.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion gegen Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten ordnete das Reichsinnenministerium an, diese aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Betty Berges. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So enthält der Geburtsregistereintrag von Betty Berges den wahrheitswidrigen Vermerk, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 487/1941 registriert habe.

Über Betty Berges' Geschwister kann folgendes berichtet werden:

Cäcilie Berges, verwitwete Weil, lebte seit 1900 in Hamburg. Die Klavierlehrerin heiratete 1912 in Berlin den 1876 in Wersch bei Aachen geborenen Kaufmann Adolf Weil. Die Ehe dauerte nur vier Jahre. Adolf Weil verstarb im Mai 1916 in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“. Wenige Jahre später verlobte sich Cäcilie Berges mit dem 1876 geborenen Restaurateur Heinrich Pohlmann, erschien dann aber nicht zum vereinbarten Hochzeitstermin. Ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt.

Charlotte Berges, verheiratete Meyersohn, siedelte 1904 im Alter von 18 Jahren nach Bremen über. Sie heiratete etwa 1907/1908 den am 23. Juni 1883 in Schwerin geborenen Arthur Meyersohn. Die Meyersohns hatten vier Kinder, das jüngste, Robert, wurde 1911 geboren. 1919 lebte die Familie in Rostock, wie sich aus der damaligen Volkszählung ergibt. Die Familie Meyersohn flüchtete schließlich aus Deutschland und lebte 1944 in Shanghai. Anfang 1947 reiste sie in die USA. Charlotte Meyersohn erhielt die amerikanische Staatsbürgerschaft. Sie verstarb in San Francisco.

Heymann Friedrich Berges heiratete 1914 in Hamburg die 1890 in Amsterdam geborene Sara Presser. Das Ehepaar hatte vier Kinder, Salomon, Bertha Bräunchen, Marianne und Charlotte. Die Familie verließ Deutschland Ende 1938 mit dem Ziel Argentinien.

Selig (Semmy) Berges Jr., Betty Berges jüngster Bruder, betrieb den von seinem Vater übernommenen Antiquitätenhandel weiter, ab 1935/1936 am Gänsemarkt 30/31. Ab 1937 veränderte er das Geschäftsfeld und handelte bis etwa 1938 mit Teppichen. Sein weiteres Schicksal ist nicht bekannt.

Während der Volkszählung im Mai 1939 wohnte niemand jüdischer Herkunft mit dem Namen Berges mehr in Hamburg.

Zur Erinnerung an Betty Berges soll ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Rutschbahn 24 gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 8025 Sterberegister Nr. 492/1915 Bertha (Bräunchen) Berges, 6849 Sterberegister Nr. 517/1902 Christina Lucie Berges, 8085 Sterberegister Nr. 178/1926 Simon Selig Berges, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 1. 39–27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Betty Berges der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; IMGF Lübeck, Patientenakte Betty Berges; Stadtarchiv Lübeck I 643/1890 Geburtsregister Betty Berges; Nr. 171/1883 Geburtsregister Cäcilie Berges; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg, Datenpool (Erich Koch); Michael Wunder, Die Auflösung von Friedrichsberg – Hintergründe und Folgen, in: HÄB (1990) 4, S. 128–131.

## ■ Felix Berghoff,

**geb. am 10. 6. 1894 in Altona, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Felix Berghoff war das dritte Kind der jüdischen Eheleute Simon und Rachel Berghoff, geborene Deamantstein. Simon Berghoff war 1853 in Suczawa, einem Ort im äußersten Osten der Bukowina, zur Welt gekommen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bekannten sich hier rd. 40 Prozent der Gesamtbevölkerung zum jüdischen Glauben. Felix Berghoffs Mutter Rachel, geboren 1866, stammte aus Roman in der Region Moldau. Die Heimatgebiete der Berghoffs gehörten bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zu Österreich-Ungarn und wurden dann Rumänien zugeschlagen.

Das Ehepaar ließ sich 1888 zusammen mit seinem ersten Sohn David in Altona nieder.

David Berghoff war am 24. Juni 1887 in Suczawa geboren worden und heiratete 1913 in Kiel Saly (Sali) Bertenthal, geboren am 6. Februar 1893 in Altona. David, bei Beginn des Ersten Weltkriegs 27 Jahre alt, nahm auf österreichischer Seite am Krieg teil. Vermutlich in Folge der Friedensverträge von Versailles 1919 und Trianon 1920 erhielt David die rumänische Staatsbürgerschaft, die für sein späteres Schicksal von überlebenswichtiger Bedeutung werden sollte.

Simon Berghoff hatte sich mit einem Eierhandel selbstständig gemacht. Die Familie lebte in der Kellerwohnung des Hauses Weidenstraße 68. Am 4. Juli 1890 kam ihre Tochter Sophie zur Welt. Ihr folgte am 10. Juni 1894 Felix. Schließlich wurde am 3. Juni 1896 ebenfalls in der Altonaer Weidenstraße 68 das vierte Kind, Pauline, geboren.

Nach etwa zehn Jahren in Altona übersiedelte die Familie 1898 nach Kiel. Der Eierhandel in der Altonaer Weidenstraße bestand zwar weiterhin, doch firmierte er ab 1899 als „S. Berghoff Nachfl.“. Die Gründe für den Umzug nach Kiel sind nicht bekannt, doch dürfte dafür nicht geschäftlicher Misserfolg ursächlich gewesen sein. Simon Berghoff hatte schon in Altona immerhin so gut verdient, dass es ihm möglich gewesen war, Grundbesitz zu erwerben. In Kiel blieb Simon Berghoff seiner Branche treu. Er betrieb einen Eier-Großhandel in der Flämischen Straße 22a. Das Geschäft muss auch in Kiel floriert haben, denn Simon Berghoff konnte das Wohn- und Geschäftshaus in der Flämischen Straße kaufen, in dem die Familie Berghoff viele Jahre wohnte und auch mehrere Wohnungen vermietete. Als Simon Berghoff im Jahr 1923 starb, seine Frau war bereits 1921 in Kiel gestorben, erbten seine Kinder das Grundstück.

Auch David Berghoff, Felix Berghoffs Bruder, versuchte sich zunächst im Eiergroßhandel, wechselte dann aber mit Erfolg in den Schuhwareneinzelhandel. Er war der Eigentümer des Schuhgeschäftes im Königsweg 1 in Kiel. Hier arbeitete auch Felix Berghoff nach seiner Ausbildung zum Kaufmann. Er wohnte in dem gemeinsam ererbten Gebäude Flämische Straße 22a. Dort war ihm ein lebenslanges, grundbuchlich gesichertes Nutznießungsrecht eingeräumt worden.

Wie für alle Menschen jüdischen Glaubens bedeutete der Machtantritt Adolf Hitlers auch für die Familie Berghoff einen schicksalhaften Einschnitt. Sophie Berghoff, Felix Berghoffs Schwester, die etwa 1910 den Kaufmann David Bertenthal, geboren am 10. April 1888 in Altona, geheiratet und mit ihm vier Kinder bekommen hatte, verließ Deutschland im Oktober 1933 mit ihrer Familie. Sie übersiedelte nach Den Haag in den Niederlanden. Dort wohnte sie im Hofweikplein 72.

Auch für Felix Berghoff änderten sich 1933 die Lebensverhältnisse. Ab 1933 wohnte er an einem nicht bekannten Ort, bis er 1935 in seine Wohnung in der Flämischen Straße 22a in Kiel zurückkehrte und wieder als Kaufmann tätig war. Über die folgenden Jahre bis zu seiner Einweisung in die Landesheilanstalt Neustadt am 1. Juli 1938 und über seine Situation in dieser Anstalt ist nichts überliefert. Die Verwaltung seiner Angelegenheiten wurde ihm durch die Bestellung eines Pflegers entzogen.

Im April 1939 erhielt er die Aufforderung, 700 RM „Judenvermögensabgabe“ zu zahlen, eine willkürliche Sonderabgabe von insgesamt 1 Milliarde RM, die deutschen Jüdinnen und Juden als „Sühneleistung“ für die „Schäden nach dem Novemberpogrom 1938“ auferlegt worden war.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentli-

chen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Felix Berghoff. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Felix' Schwester Pauline, verheiratet mit Samuel Bertenthal, emigrierte mit ihrem Ehemann über England nach Kanada.

Der in die Niederlande emigrierten Familie von Felix' Schwester Sophie gelang es infolge von Sprachschwierigkeiten nicht, in der neuen Heimat wirtschaftlich Fuß zu fassen. Nach der deutschen Invasion in den Niederlanden verbot die Besatzungsmacht Sophies Ehemann, David Bertenthal, den Handel mit Lumpen und Metall. Den Kindern wurden Schulbesuch und Ausbildung untersagt. Am 25. März 1943 wurde die Familie Bertenthal zusammen mit anderen Jüdinnen und Juden in das Sammellager Westerbork eingewiesen. Die Eltern Bertenthal und drei ihrer Kinder, Simon, Martha und Ruth, wurden am 20. Juli 1943 in das Vernichtungslager Sobibór in Polen deportiert und wahrscheinlich dort ermordet. Nur der älteste Sohn Rudolph wurde gerettet. Für ihn hatten die Eltern noch rechtzeitig ein Einwanderungszertifikat nach Palästina erlangt. Für Familie Bertenthal liegen Stolpersteine in Kiel, Preußerstraße 10.

Felix' älterer Bruder David, geschützt durch die rumänische Staatsbürgerschaft, blieb bis 1942 in Deutschland. 1941 starb seine erste Ehefrau Saly (Sali), geborene Bertenthal, die er 1913 geheiratet hatte, in Kiel. Ein Mittelsmann kaufte 1938 das Schuhgeschäft im Königsweg 1 und firmierte es zunächst in „Arthur Rummeli Schuhwaren“, später in „Rummeli Schuhwaren“, Inhaber Arthur Rummeli, um. Daraufhin trug sich David Berghoff mit Auswanderungsabsichten, die sich jedoch zunächst nicht verwirklichen ließen. Er wohnte bis 1942 in der zum Geschäft gehörenden Wohnung im Königsweg 1, dann von September 1942 bis Anfang Juli 1943 in einer Kellerwohnung des „jüdischen Hauses in der Reventlowallee 3“.

In Rumänien, Deutschlands Verbündetem, eskalierte die Judenverfolgung 1941/1942, wurde dann aber nicht weiter intensiviert. In Deutschland lebende rumänische Juden tastete der NS-Staat zunächst nicht an, forderte aber, dass diese in ihr Heimatland zurückbeordert werden.

Als David Berghoff den Befehl erhielt, Deutschland zu verlassen, emigrierte er über Hamburg nach Jassi (Jassy) in Rumänien. Dort waren 1941 in einem Pogrom 10 000 bis 15 000 jüdische Menschen ermordet worden. Doch ausgerechnet hier konnte er überleben. In Rumänien heiratete David Berghoff 1947 Liba, geborene Sechter. Nach einem längeren Aufenthalt in Palästina kehrte er später nach Deutschland zurück und starb 1957 in Hamburg-Altona.

Bercu Blanc, David Berghoffs in Rumänien lebender Sohn, starb infolge des Pogroms vom 29. Juni 1941 in Jassi (Jassy). Seine Tochter Regina und ihr Ehemann Rolf Abel Wilhelm Karlsberg wurden am 6. Dezember 1941 von Kiel über Hamburg nach Riga-Jungfernhof und von dort in das KZ Stutthof deportiert. Während sicher ist, dass Rolf Karlsberg wenig später auf einem der „Todesmärsche“ nach Rieben/Pommern verstarb – er erhielt 2007 einen Stolperstein in der Kaiserstraße 73 in Kiel –, soll Regina Karlsberg ebenfalls aus dem KZ Stutthof abtransportiert worden sein, jedoch mit unbekanntem Ziel. Nach dem Krieg wurde sie mit Datum vom 8. Mai 1945 in Kiel offiziell für tot erklärt.

Zur Erinnerung an Felix Berghoff liegt ein Stolperstein in Kiel, Flamische Straße 22a.

*Ingo Wille*

Diese Biografie basiert auf einer Darstellung, die von Kieler Schülerinnen und Schülern erarbeitet und im Internet veröffentlicht wurde: [https://www.kiel.de/kultur/stadtgeschichte/stolpersteine/stolpersteine/\\_biografien/berghoff\\_felix\\_stolpersteine.pdf](https://www.kiel.de/kultur/stadtgeschichte/stolpersteine/stolpersteine/_biografien/berghoff_felix_stolpersteine.pdf) [23. 1. 2016].

**Quellen:** 4; 5; 8; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 5467 Sterberegister Nr. 100/1957 David Berghoff, 6252 Geburtsregister Nr. 1198/1888 David Bertenthal, 6264 Geburtsregister Nr. 2222/1890 Sophie Berghoff, 6285 Geburtsregister Nr. 1856/1894 Felix Berghoff, 6294 Nr. 1399/1896 Pauline Berghoff; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Standesamt Kiel Sterberegister Nr. 227/1923 Simon Berghoff; LAS Abt. 352 Nr. 8100 Grundbuch von Kiel, Bd. 298, Blatt 9758, Abt. 352 Nr. 8299, 8454, 8690, Abt. 510 Nr. 4536, 4568, 9873, Abt. 761 Nr. 8069, 16268, 16457, 16458, 23376; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg, Datenpool (Erich Koch); [http://www.jewishgen.org/Yizkor/Bukowinabook/buk2\\_113.html](http://www.jewishgen.org/Yizkor/Bukowinabook/buk2_113.html) [12. 12. 2015]; <https://de.wikipedia.org/wiki/Rum%C3%A4nien> [13. 12. 2015], Stolpersteine für Familie Bertenthal, Kiel, Preußlerstraße 10, [https://www.kiel.de/kultur/stadtgeschichte/stolpersteine/stolpersteine/\\_biografien/bertenthal\\_stolpersteine.pdf](https://www.kiel.de/kultur/stadtgeschichte/stolpersteine/stolpersteine/_biografien/bertenthal_stolpersteine.pdf) [17. 1. 2016].

■ **Käthe Alice Berju, geb. Goldenberg,  
geb. am 11. 12. 1895 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Käthe Alice Berju, geborene Goldenberg, kam am 11. Dezember 1895 in Hamburg-Rotherbaum, Grindelhof 97, zur Welt. Ihre Mutter, die 1872 geborene Selly Fries, war mit dem 1858 geborenen und 1929 verstorbenen Koppel Julius Goldenberg verheiratet. Beide gehörten dem jüdischen Glauben an. Aus dieser Ehe gingen weitere drei Kinder hervor: Edwin Goldenberg, geboren 1892, war als Erwachsener als Kaufmann tätig und wohnte in der Isestraße 47 im Stadtteil Harvestehude. Die 1894 geborene Fanny Ella Sostheim, geborene

Goldenberg, lebte mit ihrem Ehemann Paul in Mannheim. Der zweite Bruder Erwin Hans Goldenberg, geboren am 16. Juli 1898, starb mit 18 Jahren, als er beim Spiel mit einem Freund vermutlich von einem Schuss aus einem Teschin (auch Tesching, Handfeuerwaffe kleinen Kalibers) getroffen wurde.

Käthe Alice Berju besuchte zehn Jahre eine höhere Töchterschule. Zum Ausgleich ihrer „schwachen Begabung“ – so ihr Vater später – habe sie Nachhilfeunterricht erhalten, sodass sie die Schule dank ihres Fleißes erfolgreich habe beenden können. An den Schulbesuch schloss sich 1912 ein „Pensionsaufenthalt“ in Brüssel an.

Ihr Bruder Edwin erlebte sie in Brüssel wie folgt: „Meine Schwester Alice war vor ihrer Ehe ein liebes, nettes Mädchel, daheim der Abgott und der Mittelpunkt im Kreise der Freundinnen. Alle Verwandten waren von ihr entzückt. Auch 1912 in der Pension in Brüssel war sie sehr beliebt und hat im Hause meines Chefs viele Gesellschaften mitgemacht. Wegen des einsetzenden Deutschen Hasses verließ sie aber die Pension und war darüber natürlich sehr traurig, weil sie sich dort wohl gefühlt hat. Als sich 1913 ihre ältere Schwester Ella mit Herrn Sostheim verlobte, war Alice genauso erfreut, als ob sie die Braut wäre.“ Als Bruder Edwin 1918 körperlich krank und über den Ausgang des Krieges deprimiert aus dem Felde zurückgekehrt sei, habe es besonders Käthe Alice verstanden, ihn seelisch wiederaufzurichten.

Nach ihrer Rückkehr aus Brüssel absolvierte Käthe Alice eine dreijährige Ausbildung in einem fotografischen Atelier und stellte künstlerische Fotografien her. Bis zu ihrer Eheschließung lebte sie bei ihren Eltern, zuletzt am Loogestieg 13.

Am 8. Juni 1920 heirateten Käthe Alice Goldenberg und der am 27. April 1890 geborene ebenfalls jüdische Berliner Kaufmann Hermann Erwin Berju, Spross einer Berliner Kaufmannsfamilie. Das Paar war 1919 durch Käthe Alices Bruder Edwin miteinander bekannt gemacht worden. Vor der Ehe hatte es sich nach Aussagen von Hermann Erwin Berju im späteren Scheidungsverfahren nur vierzehn Mal gesehen. Käthe Alice erschien ihm damals „geordnet, ruhig, zurückhaltend mädchenhaft“. Seine Verlobungszeit beschrieb er während des Scheidungsverfahrens als „voll Glück, und nie habe ich die jetzt vorgekommenen Symptome bei meiner Frau entdecken können!“



Käthe Alice Berju, etwa 1925  
*UKE/IGEM*

Auch Käthe Alices Schwester Ella Sostheim äußerte sich 1931 in diesem Sinne. Sie habe Käthe Alice vor ihrer Verheiratung nur als ein sonniges, lebensfrohes Geschöpf gekannt, das überall schnell die Sympathien ihrer Umgebung gewann. Sie habe ihre Kinder voll und ganz in Käthe Alices Obhut geben können.

Das Ehepaar Berju wohnte nach der Heirat zunächst in Berlin, Frankfurter Allee. Sehr bald nach der Hochzeit zeigten sich bei Käthe Alice Berju den Berichten ihres Ehemannes zufolge „Gemütsregungen“, in deren Folge es nach den Äußerungen von Hermann Erwin Berju zu grundlosen Eifersuchtsäußerungen kam. Käthe Alice schrieb Briefe an ihre Schwester Ella Sostheim, in denen sie ebenfalls Eifersuchtsgefühle äußerte und behauptete, von ihrem Mann Schlafmittel erhalten zu haben.

Für ihre bevorstehende Niederkunft kehrte Käthe Alice Berju vorübergehend nach Hamburg zurück. Ein gutes Jahr nach der Eheschließung, am 28. September 1921, gebar Käthe Alice die Tochter Ingeborg in der Hamburger Dorotheenklinik.

Hermann Erwin Berju handelte in Berlin mit Haushaltswaren, jedoch mit nur geringem Erfolg. Er gab das Geschäft nach zwei Jahren wieder auf. 1922 ließen sich Hermann Erwin und Käthe Alice Berju in Hamburg nieder. Hermann Erwin hatte eine Anstellung in dem Bankgeschäft Goldenberg im Heuberg 5/7 bekommen, das Käthe Alices Vater Julius und dessen Bruder Elieser gehörte. Auch hier konnte Hermann Erwin Berju nicht dauerhaft Fuß fassen. Nach eineinhalb Jahren (1924) ging er nach Berlin zurück und erhielt dort eine Anstellung im Warenhaus Tietz, bei dem sein Vater eine Direktorenstelle innehatte. Bei Tietz brachte es Hermann Erwin Berju 1931 zum Abteilungsleiter.

Kurz nachdem sich das Ehepaar Berju in Hamburg niedergelassen hatte, wurde Käthe Alice Berju am 22. März 1922 in Begleitung ihrer Mutter und ihres Arztes in die private Hamburger „Nervenheilstätte Eichenhain“, Am Weiher 5, in Eimsbüttel eingeliefert.

Sie erschien bei der Aufnahme völlig orientiert, aber schwach, während der späteren Behandlung ängstlich erregt. Nach ihrer Aussage drohte ihr und ihren Eltern von ihrem Manne Unheil. Während des Klinikaufenthalts verletzte sie sich ernsthaft mit dem Glas einer Armbanduhr, drohte Fenster und Türen einzuschlagen und versuchte einmal, über das Geländer eines Balkons zu klettern. Nach sieben Monaten in dieser Klinik brach sich Käthe Alice bei einem Sprung über ein Treppengeländer einen Oberschenkel. Nach der Behandlung in der chirurgischen Klinik des Krankenhauses Eppendorf verlegte man sie am 9. Oktober 1922 in die Neurologische Klinik von Professor Max Nonne in demselben Krankenhaus (Max Nonne vertrat schon in den 1920er-Jahren die sogenannte Rassenhygiene und befürwortete später die „Euthanasie“-Maßnahmen der NS-Regierung.). Zwei Monate später, am 14. Dezember 1922, wurde sie auf Vorschlag von Max Nonne versuchsweise nach Hause entlassen.

Gute Phasen, in denen sie freundlich war und Anteil an der Umgebung nahm, mit ihrem Mann Schach spielte und mit ihm Spaziergänge unternahm, wechselten mit Zeiten, in denen sie sich völlig von der Familie abwandte. Anfang 1923 verhielt sie sich so gewalttätig,

dass sie in die psychiatrische Abteilung des Altonaer Krankenhauses eingeliefert wurde. Während dieses Krankenhausaufenthaltes wurde Käthe Alice sterilisiert. Es ist nicht bekannt, wer diesen Eingriff veranlasste. Der Krankenhausaufenthalt zog sich bis zum 17. Mai 1924 hin. Am 30. Januar 1925 wurde Käthe Alice Berju erneut Patientin in der Nervenabteilung des Altonaer



Nervenheilstätte Eichenhain in Hamburg-Eimsbüttel

*Deutsche Heil- und Pflegeanstalten für Psychischkranke in Wort und Bild, Bd. 2, 1910*

Krankenhauses. Zwei Monate später, am 7. März 1925, kam sie in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Während der nächsten vier Jahre in Friedrichsberg änderte sich ihr Zustand kaum. Sie zog sich mehr und mehr in sich zurück oder zerstörte ihr erreichbare Gegenstände. Auch nach ihrer Überführung in die Staatskrankenanstalt Langenhorn am 12. Januar 1929 hielt Käthe Alice Berju Zustand an. Sie zeigte eine finstere Miene, war sehr gereizt, aggressiv und in jeder Hinsicht pflegebedürftig.

Die Ärzte waren davon überzeugt, dass auch künftig keine Besserung eintreten würde. Daraufhin strebte Hermann Erwin Berju die Ehescheidung an, die am 20. November 1931 in Berlin vollzogen wurde.

Alice Berju wurde am 29. Juli 1931 aus der Staatskrankenanstalt Langenhorn in die Landesheilanstalt Neustadt (Holstein) verlegt. Sie gehörte zu den Personen, die von dort am 13. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn – wie sie inzwischen hieß – gebracht wurden.

Dieser Verlegung war Folgendes vorausgegangen: Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt

zu transportieren. Unter ihnen befand sich Käthe Alice Berju. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So findet sich auf dem Geburtsregistereintrag von Käthe Alice Berju der wahrheitswidrige Vermerk, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren angeblich am 4. Dezember 1940 eingetretenen Tod unter der Nummer 565/1940 registriert hat.

Auch Käthe Alice Berjus geschiedener Ehemann Hermann Erwin kam wahrscheinlich im Holocaust ums Leben. Er wurde am 13. Januar 1942 in das Getto von Riga deportiert. Sein weiteres Schicksal ist nicht bekannt.

Käthe Alices Bruder Edwin Goldenberg wanderte 1936 mit Ehefrau Ilse Jeanette und den Kindern Hermann und Lilly nach Chile aus.

Das Schicksal von Käthe Alices Schwester, Fanny Ella Sostheim, liegt im Dunkeln. Es ist nicht bekannt, ob aus der Ehe mit Paul Sostheim, geboren 1885 in Neuß, Kinder hervorgegangen sind und ob sie mit ihrem Ehemann nach Belgien emigrierte. Belegt ist, dass Paul Sostheim im August 1939 zwei Wochen in der Strafanstalt Bruchsal einsitzen musste. Ende Oktober 1939 emigrierte er nach Belgien und wurde dort am 10. Mai 1940 für sechs Tage inhaftiert. Anschließend deportierte man ihn in die Internierungslager Le Vigeant und Saint Cyprien in Frankreich. Nachdem er in das Sammellager Drancy bei Paris verlegt worden war, wurde er am 10. August 1942 nach Auschwitz verschleppt. Nach dem Kriege wurde er für tot erklärt. Das Schicksal von Ingeborg Berju kennen wir nicht.

Zur Erinnerung an Käthe Alice Berju liegt ein Stolperstein in Hamburg-Eppendorf, Loogestieg 13.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandsaufsicht A\_293 Nr. 170/1872 Selly Fries; 332-5 Standesämter 8697 Heiratsregister Nr. 180/1914 Fanny Elly Goldenberg, 9082 Nr. Geburtsregister 2173/1892 Edwin Goldenberg, 9112 Nr. Geburtsregister 2220/1895 Käthe Alice Goldenberg, 9578 Heiratsregister Nr. 569/1920 Käthe Alice Goldenberg; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 1. 39–27. 1. 1941; 522-1 Jüdische Gemeinden 373 Bd. 20 Erwin Hermann Berju; Landesarchiv Berlin, P Rep. 806 Nr. 755 Sta. Berlin IX Nr. 933/1890 Geburtsregister Hermann Erwin Berju; LAS Abt. 377 Nr. 759; Berliner Adressbuch; UKE/IGEM, Patientenakte Alice Berju der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; schriftliche Auskunft des ehemaligen Arztes der Landesheilstalt Neustadt Dr. F. E. Struwe, vom 31. 1. 2017.

## ■ Dr. Hans Bloch,

**geb. am 29. 11. 1895 in St. Johann an der Saar (heute Saarbrücken), ermordet am 23. September 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Hans Bloch entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus der Kleinstadt Sulzburg im Markgräflerland in Baden. Seit dem Mittelalter existierte dort eine bedeutende jüdische Gemeinde. Im 19. Jahrhundert betrug der jüdische Bevölkerungsanteil bis zu 31 Prozent. Die heute noch vorhandene Synagoge wurde bereits 1821/22 erbaut.

Die Familie Bloch lässt sich in Sulzburg fast 300 Jahre zurückverfolgen. Hans Blochs Vater Leopold kam dort 1859 zur Welt. Er blieb bis 1878 in seinem Geburtsort und übersiedelte dann nach St. Johann, einem damals noch eigenständigen Ort, der 1909 mit den Städten Alt-Saarbrücken und Malstatt-Burbach zu der neuen Stadt Saarbrücken vereinigt wurde. Leopold Bloch verdiente seinen Lebensunterhalt als selbstständiger Lederhändler. Es ist nicht bekannt, wann und wo Leopold Bloch die „standlose“ Jette Bickart aus Eichstaeden (heute Eichstetten) heiratete. Jedenfalls bekamen die Eheleute am 24. Dezember 1885 in der Bahnhofstraße 90 in St. Johann ihr erstes Kind, den Sohn Siegfried. Ihm folgte Max am 15. November 1886. Als Jette Bloch 1888 im Alter von nur 25 Jahren starb, waren ihre Söhne Siegfried und Max erst zwei und drei Jahre alt. Leopold Bloch, damals auch noch ein junger Mann von 29 Jahren, heiratete ein zweites Mal. Aus der Ehe mit seiner neuen Frau Amalie „Malchen“, geborene Jasmin aus Freiburg, gingen fünf Kinder hervor: Johanna, geboren am 20. September 1891, bereits 1894 verstorben, Hans, geboren 29. November 1895, Anna, geboren am 1. November 1896, Fanny Grethe, geboren am 22. Juli 1905, und Lisel, geboren am 12. Juli 1906, alle geboren in St. Johann.

Im Jahr 1901 zog Familie Bloch in die Sulzbachstraße 3 in St. Johann. Als die jüngsten Geschwister zur Welt kamen, war Hans Bloch bereits Schüler der Elementarschule. Den Besuch des Gymnasiums konnte er nicht in St. Johann abschließen, denn seine Familie übersiedelte Anfang 1910 nach Wiesbaden und wohnte dort bis 1932, zunächst in der Kaiserstraße 28 und dann am Kaiser-Friedrich-Ring 44. An der Oberrealschule zu Wiesbaden legte Hans Bloch bei Kriegsausbruch im August 1914 die Notreifeprüfung ab. Anschließend meldete er sich als Kriegsfreiwilliger beim Füsilier-Regiment „von Gersdorff“ (Hessisches) Nr. 80 in Wiesbaden, das an der West- und an der Ostfront eingesetzt wurde. Bis zu seiner Verwundung im August 1916, einer Kopfverletzung, blieb er mit Unterbrechungen bei der Truppe. Nach seiner Genesung wurde er im Februar 1917 als „kriegsunbrauchbar“ aus dem Heeresdienst entlassen.

Mit dem Sommersemester 1917 begann Hans Bloch in Würzburg das Studium der Medizin und bestand dort im Wintersemester 1918/19 die ärztliche Vorprüfung. In der Folgezeit studierte er in München, Würzburg, Berlin und Frankfurt. Zum Zeitpunkt der Immatrikulation in Frankfurt im Januar 1919 lebte er wieder bei seinen Eltern in Wiesbaden. Im November 1920 bestand Hans Bloch in Frankfurt das medizinische Staatsexamen.

1

**Anmeldekarte**

Universität  
Frankfurt a. Main

Karte nicht brechen!

Familienname: Bloch  
Vorname (Aufname): Hans  
Geburtsjahr und -tag: 27. XI. 1895 Alter in Jahren: 29  
Geburtsort: Langen Siedeln  
Provinz, Staat: Preußen  
Staatsangehörigkeit: P. S. Religion: ev.  
Stand des Vaters: Prakt. Arzt  
Wohnort der Eltern: Wilsdellen Kreis Langen Straße Nr. 44  
Schulbildung: Reifezeugnis des Gymnasiums / Realgymnasiums /  
der Oberrealschule zu Wilsdellen  
(bei Frauen Studienanfall):  
Zahl der bisherigen Universitätssemester: 4  
Zahl d. bish. Sem. an Technisch., Handels-Hochschulen usw.:  
Zuletzt besuchte Hochschule: Berlin  
Bisheriges Studium (Fach): med.  
Lehrgang Studium in Frankfurt (Fach): med.  
Wohnung: Wilsdellen Kreis Langen Straße Nr. 44  
Beurlaubt:  
Datum Grundliste Nr. Matrifel Nr. Abgangs-Zeugnis  
- 8. MAI 1920 7979 7910

Hans Blochs Anmeldekarte der Universität Frankfurt am Main, Mai 1920

Universität Frankfurt, Archiv

Nach Abschluss des Studiums legte er seine Dissertation zum Thema „Ein Beitrag zur ‚expansiven Autopsychose durch autochthone Ideen‘ (Wernicke)“ vor und erlangte den medizinischen Doktorgrad. Es ist nicht überliefert, ob Hans Bloch auch nach Abschluss des Studiums seinen Wohnsitz bei den Eltern behielt. Nur zwei Jahre später, im Jahr 1924, wurde er in der Hamburger Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen. Dies ergibt sich aus seiner Friedrichsberger Patienten-Karteikarte.

Aus welchem Grund Hans Bloch nach Hamburg und in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg kam und wie lange er sich dort aufhielt, wissen wir nicht. Über die folgenden Jahre liegen ebenfalls keine Hinweise oder Dokumente vor. Am 4. Juli 1935 wurde er in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn aufgenommen.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Hans Bloch. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde

in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chel̓m (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Im Geburtsregistereintrag von Hans Bloch ist vermerkt: „Gestorben Nr. 360/41 Chel̓m II“.

In einer Vorlage für den Präsidenten des Amtsgerichts Hamburg vom Juni 1941 über „Jüdische Geistesranke“ berichtete Hans Blochs Bruder Siegfried, der als Pfleger für Hans Blochs Angelegenheiten eingesetzt war: „Am 1. April 1941 erhielten wir aus der Irrenanstalt Chel̓m in Polen die Nachricht, daß unser Bruder und Schwager Hans Israel Bloch, der am 23. September 1940 von Langenhorn nach dort verlegt worden ist, am 31. Januar 1941 verstorben sei. Anbei reiche ich die Schlußabrechnung ein. Seit 23. September 1940 war es uns mit dem besten Willen nicht mehr möglich, für unseren Bruder und Schwager zu sorgen, da es trotz aller Bemühungen nicht gelang, seinen Aufenthaltsort zu ermitteln.“

Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chel̓m (polnisch) oder Cholm (deutsch), einer Stadt östlich von Lublin. Die falschen Sterbeangaben dienten dazu, die Mordaktion zu verschleiern und entsprechend länger Verpflegungskosten einfordern zu können.

Der größte Teil der Familie Bloch lebte zu dieser Zeit in Luxemburg und in Baden-Baden. Nach vielen Jahren in Wiesbaden waren Hans Blochs Eltern Leopold und Amalie (Malchen) am 1. November 1932 nach Luxemburg übergesiedelt. Dort war der Sohn Max, Hans Blochs älterer Bruder, bereits seit Februar 1925 ansässig. Max Bloch hatte die am 30. Juli 1895 in Mülhausen/Elsass geborene Sophie Netter im Juni 1929 geheiratet, die wie er dem jüdischen Glauben angehörte. Nur ein Jahr nach dem Umzug nach Luxemburg starb Leopold Bloch am 22. November 1933. Auch seine Witwe Amalie (Malchen) starb in Luxemburg, und zwar am 19. Dezember 1937.

Bereits zwischen 1935 und 1937 wurde Max Bloch die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. In der Folge verzichtete auch seine Ehefrau auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Dennoch kehrten Max und Sophie Bloch aus Luxemburg nach Deutschland zurück und versuchten sich dann durch eine Flucht nach Belgien vor der nationalsozialistischen Verfolgung in Sicherheit zu bringen. Doch am 28. Mai 1940 besetzte die deutsche Wehrmacht das neutrale Land.

1942 erhielten Max Bloch und seine Ehefrau Sophie den Befehl, sich im Sammellager für zu deportierende Juden in der Kaserne Dossin bei Mechelen einzufinden. Sie meldeten sich dort Anfang August 1942. Am 18. August 1942 fuhr ihr Deportationszug in Belgien ab und erreichte am 20. August Auschwitz-Birkenau. Umstände und Zeitpunkt ihres Todes liegen im Dunkeln.

Hans Blochs Schwester Anna heiratete in die Familie Fried ein und lebte in Baden-Baden. Sie wurde mit der Familie Fried – bestehend aus Sigmund Fried, geboren am 4. September 1872, Eugen Fried, geboren am 25. Juli 1880, Frieda Fried, geborene Marx, geboren am 20. Dezember 1881, Emil Fried, geboren am 10. März 1883, Hans Fried, geboren am 14. Oktober 1905 – während der Wagner-Bürckel-Aktion am 22. Oktober 1940 nach

Frankreich verschleppt. Auf Befehl der Gauleiter der NSDAP, Robert Wagner und Josef Bürckel, wurden etwa 6500 Jüdinnen und Juden in zwei Transportzügen nach Gurs nördlich der Pyrenäen verbracht. Über das Sammellager Drancy bei Paris kam die Familie Fried in den Jahren 1942 und 1943 nach Auschwitz und wurde dort ermordet.

Die Schicksale der Geschwister Siegfried und Fanny Grethe Bloch kennen wir nicht. Lisel Bloch überlebte den Holocaust. Sie starb im Juni 1989 in Luxemburg.

Für Hans Bloch konnte keine persönliche Adresse in Hamburg ermittelt werden, sodass bisher kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 1. 39– 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Hans Bloch der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Landesarchiv Freiburg, B 725\_1 Nr. 11523 2015\_10\_26 Leopold Bloch, B 725\_1 Nr. 11813 2015\_10\_26 Max Bloch; Dr. Senckenbergisches Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, Frankfurt, Archiv, Universitätsakte Hans Bloch, Promotionsakte Hans Bloch; Dr. Senckenbergisches Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, Frankfurt, Bibliothek, Dissertation Hans Bloch, Archives nationales de Luxembourg, Mitteilung vom 23. 10. 2015 über Inhalt der Akten der Fremdenpolizei Nr. 160697 wegen Max Bloch, Nr. 229941 wegen Leopold und Malchen Bloch, des „Commissariat au rapatriement“ wegen Max und Sophie Bloch geb. Netter; Stadtarchiv Luxemburg, Mitteilung vom 7. 12. 2015, Sterbedaten Leopold, Malchen und Lisel Bloch; Gedenkstätte Kazerne Dossin, Mechelen, Mitteilung Dorien Styven vom 29. 10. 2015 über das Schicksal von Max und Sophie Bloch; Stadtarchiv Saarbrücken Sterberegisterauszüge Nr. 52/1888 Jette Bloch, Nr. 57/1894 Anna Bloch, Geburtsregisterauszüge Nr. 507/1885 Siegfried Bloch, Nr. 393/1886 Max Bloch, Nr. 362/1891 Johanna Bloch, Nr. 492/1895 Hans Bloch, Nr. 489/1896, Anna Bloch, Meldekartei Leopold Bloch; Standesamt Saarbrücken, Geburtsregisterauszüge Nr. 448/1905 Fanny Grethe Bloch, Nr. 400/1906 Lisel Bloch; Statistik und Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich, Baden – Pfalz – Saarland nach Gurs, [http://www.statistik-des-holocaust.de/list\\_ger\\_swd\\_401022.html](http://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_swd_401022.html) [20. 11. 2015]; <http://juden-in-sulzburg.de/person/bloch-leopold>; [https://de.wikipedia.org/wiki/Sulzburg#cite\\_note-5](https://de.wikipedia.org/wiki/Sulzburg#cite_note-5) [22. 10. 2015]; [https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCsilier-Regiment\\_%E2%80%9Evon\\_Gersdorff%E2%80%9C\\_%28Kurhessisches%29\\_Nr.\\_80](https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCsilier-Regiment_%E2%80%9Evon_Gersdorff%E2%80%9C_%28Kurhessisches%29_Nr._80) [23. 11. 2015]; Geschichtswerkstatt Sulzburg, Sybille Höschele, Auskunft über Stammbaum der Familie Bloch in Sulzburg.

## ■ Martha Blumenfeld,

**geb. am 20. 4. 1878 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Martha Blumenfeld war das älteste von vier Kindern des erfolgreichen Hamburger Kaufmanns Bernhard Blumenfeld und seiner Ehefrau Helena, geborene Karpeles. Die Eltern gehörten zunächst dem jüdischen Glauben an, Bernhard Blumenfeld trat 1902 zum Protestantismus über.

Bernhard Blumenfeld, geboren am 14. Mai 1846 als Baruch Blumenfeld in Burgsteinfurt, einem Stadtteil der münsterländischen Stadt Steinfurt, entstammte einer seit 1685 dort ansässigen jüdischen Familie, deren Mitglieder zu den angesehensten Bürgern der Stadt zählten. So war Feibes Blumenfeld, Bernhards Vater und Marthas Großvater, Hofbankier des Fürsten von Bentheim.

Baruch Blumenfeld kam 1862 im Alter von 16 Jahren nach Hamburg. Er änderte seinen Vornamen in Bernhard und ging bei dem Kaufmann Ernst Hertz in der Neuen Gröningerstraße 15 in eine fünfjährige Lehre. Anschließend arbeitete er als „Handlungs-Commis“ (Kaufmannsgehilfe). 1871, im Alter von 25 Jahren, gründete er in Hamburg sein eigenes Handelsgeschäft.

Als Bernhard Blumenfeld am 16. August 1880 das Hamburger Bürgerrecht erhielt, lagen bereits erfolgreiche Jahre hinter ihm. Laut Hamburger Adressbuch war er tätig als „Agent u. Commission in Kohlen, Eisen, Metallen, Bergwerks-Producten, Baumaterialien etc., Special. Westfäl. Steinkohlen u. Coakes“ und besaß einen eigenen Platz an der Hamburger Börse. Ab 1893 weitete er sein Geschäftsfeld auf den Handel mit Salpeter aus Chile aus, das als Düngemittel und Zementzusatz in der Baustoffindustrie verwendet wurde. Damit verdiente er ein Vermögen. Nach langjährigen zähen und schließlich erfolgreichen Verhandlungen mit dem Hamburger Senat über den angestrebten Hafenstandort gründete er 1898 die „Norddeutsche Kohlen und Cokes Werke A. G.“, die eine Produktionsstätte für Koks und Briketts am Indiakai am Kleinen Grasbrook errichtete. In wenigen Jahrzehnten entwickelte sich das Unternehmen zu einer finanzstarken Unternehmensgruppe mit über 150 Mitarbeitern in den Bereichen Mineralöl- und Kohlen-Großhandel, Schiffsmaklerei, Im- und Export und Reederei.

Auch der private familiäre Bereich gestaltete sich für Bernhard Blumenfeld durchaus erfreulich. Am 11. April 1877 heiratete er die neun Jahre jüngere Helena Karpeles. Sie war die Tochter des Hamburger Kaufmanns Nicolaus Joseph Karpeles und seiner Ehefrau Tekla Gitla Kaftal aus Warschau.

Das junge Paar wohnte zunächst in Bernhards Junggesellenwohnung im Stadtteil Pösel-dorf, Schulstraße 10. Hier wurde am 20. April 1878 Martha als erstes der vier Kinder von Bernhard und Helena Blumenfeld geboren.



Martha Blumenfelds Vater, Großkaufmann und Reeder Bernhard Blumenfeld (1846–1919) in Schelploh.

*Gemeinde Eschede*



Clara Blumenfeld, Marthas Schwester  
*Privatbesitz Maike Bruhms*

Martha Blumenfelds Bruder Ernst kam am 15. September 1880 in der Moorweidenstraße 11 im Stadtteil Rotherbaum zur Welt. Wie auf seinem Geburtsregistereintrag festgehalten, erhielt er auf Beschluss des Hamburger Senats vom 27. Januar 1922 den weiteren Vornamen Bernhard und hieß nun Ernst Bernhard Blumenfeld. Bruder Otto wurde am 16. August 1883 in der Klosterallee 6 im Stadtteil Harvestehude geboren, ebenso wie Schwester Clara, die am 15. Juni 1889 zur Welt kam.

Wenig später zog die Familie in den Harvestehuder Weg 45a (Eingang Alsterkamp 23), eine Adresse, die wie die bisherigen schon damals auf Wohlstand und Vornehmheit hindeutete. In Rotherbaum und Harvestehude dominierten wie heute breite Alleen und ruhige Straßen mit geräumigen Stadthäusern. Bernhard Blumenfeld gehörte zu dem Fünftel der Bewohner jüdischer Herkunft, das sich weitgehend aus erfolgreichen Kaufleuten zusammensetzte.

Etwa Mitte der 1880er-Jahre wurden bei Martha Blumenfeld ungewöhnliche Verhaltensweisen bemerkt. Sie sei als Kind sehr gehemmt gewesen, habe eine starre Haltung angenommen und oft nicht sprechen können, schrieb der Kreisarzt von Plön Jahrzehnte später. Nachdem sie eineinhalb Jahre in der Familie eines bekannten Arztes gelebt hatte, kehrte sie nach Hause zurück und wurde nun der Obhut einer Pflegerin anvertraut. Apathische Phasen sollen sich mit Erregungszuständen abgewechselt haben.

Bernhard Blumenfelds geschäftlicher Erfolg hielt an. Anfang des 20. Jahrhunderts hatte er einen Teil des früheren Landsitzes von Gustav Godefroy, das repräsentative Wohngebäude „Beausite“, an einer heute nicht mehr existierenden Seitenstraße der prächtigen Elbchaussee erworben. In dieser luxuriösen Umgebung lebte Martha mit ihren Eltern und ihrem Bruder Otto, nicht aber mit dem Bruder Ernst Bernhard. Dieser wohnte an der Straße Alsterufer 1 an der Außenalster. Ernst Bernhard hatte 1911 die protestantische Gutsbesitzertochter und Lehrerin Ebba Möller aus Dänemark geheiratet. Dieser Ehe entstammten die 1912 geborene Sonja und der 1915 geborene Sohn Erik.

Die Familie Blumenfeld pflegte an der Elbchaussee einen großbürgerlichen Lebensstil. Dort trafen Albert Ballin von der HAPAG, der Schriftsteller Gerhart Hauptmann und die Maler Max Slevogt, Lovis Corinth und Max Liebermann zusammen. Der völligen Integration in das Hamburger Establishment, ausgewiesen zum Beispiel durch ein repräsentatives Amt in der Handelskammer oder im Hamburger Senat, stand jedoch Bernhard Blumenfelds jüdische Herkunft im Wege. Daran änderte auch sein im Alter von 58 Jahren vollzogener Übertritt zum Protestantismus nichts. Auch der ältere Sohn Ernst Bernhard konvertierte zum christlichen Glauben.



Marthas Bruder Otto Blumenfeld, Gemälde von Max Slevogt  
*Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz,  
Landesmuseum Mainz*



Sanatorium Schellhorner Berg

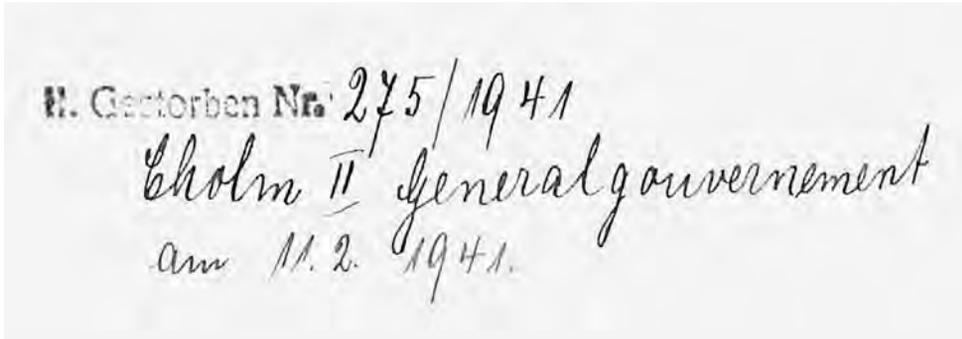
*Stadtarchiv Preetz*

1911, Bernhard Blumenfeld war 65 Jahre alt, traten seine beiden Söhne Ernst Bernhard und Otto als Gesellschafter in die Blumenfeldschen Unternehmen ein.

Als der Senior am 4. April 1919 starb, fand die Trauerfeier „in dem schönen Haus in Nienstedten“ statt, so die Zeitung „Hamburger Correspondent“ am 16. April 1919.

Ob Martha Blumenfeld an dem luxuriösen Leben teilhatte, ist nicht überliefert. Ihren gesundheitlichen Zustand wird das sehr wohlhabende Umfeld zunächst an der Außenalster und dann in noch größerem Maße an der Elbchausee eher positiv beeinflusst haben. Sie konnte auch das Landleben in Schelploh unweit Eschede in der Südheide genießen. Ihr Vater hatte dort 1905 ein rund 245 ha großes Grundstück gekauft und eine Villa im „Harvestehuder Stil“ bauen lassen, die er bereits 1912 wieder verkaufte.

1927 starb Marthas Bruder Ernst Bernhard. Nun musste Marthas zweiter Bruder Otto die Blumenfeld-Unternehmen allein führen. Neben seinen Unternehmerpflichten widmete er sich seiner Leidenschaft als Kunstsammler. Bis 1933 gehörte er dem Vorstand der Freunde der Kunsthalle und dem des Hamburger Kunstvereins an. Zusammen mit dem Bankier und Kunstsammler Dr. Richard Samson (1885–1945) betrieb er ab 1922 den Rennstall O. Blumenfeld & R. Samson in Groß Borstel. Zudem förderten Otto Blumenfeld und Richard Samson als Sammler mit Ankäufen und Aufträgen die Hamburger Kunst und Kultur.



Falsche Sterbeangaben auf Martha Blumenfelds Geburtsurkunde

StaH

Richard Samsons Schwester Ilse Herta Zachmann litt wie Martha Blumenfeld an einer psychischen Erkrankung und hatte ein ähnliches Schicksal. Es gibt jedoch keine Hinweise, dass sich die beiden Frauen kannten (siehe dort).

Im Juli 1928 fand Martha Aufnahme in der privaten Hamburger Nervenheilanstalt von Dr. Arnold Lienau, die unter dem Namen „Eichenhain“ bekannt war.

Schon wenige Monate später, Anfang Dezember 1928, kam Martha Blumenfeld in eine ebenfalls private Einrichtung bei Preetz. Die Anstalt führte die Namen „Sanatorium Schellhorner Berg bei Preetz“ oder auch „Sanatorium Schellhorner Berg für nervenleidende und erholungsbedürftige Damen“.

Der 1863 in Kiel geborene Dr. Otto Jaspersen eröffnete diese Einrichtung 1897. Die Anlage mit villenartigen Gebäuden lag in einem parkähnlichen Gelände, umgeben von Obstbäumen, Gemüsebeeten und einer ausgedehnten Viehwirtschaft. In einer zeitgenössischen Beschreibung wird die Anstalt charakterisiert „als eine weitgehend autarke Insel der Harmonie, der Ruhe und Zufriedenheit, des Gleichmaßes, Friedens und der Selbstgenügsamkeit, Verwöhntwerdens, ein Paradies der ‚Irren‘.“ Gleichzeitig verkörperte der Schellhorner Berg auch ein Stück damaliger Sozialpsychiatrie: „Herausnahme aus der Gesellschaft, Vermeidung der Konfrontation mit der Realität, heilsame Isolierung, Austausch des ursprünglich persönlich ausgestalteten Wahnsinns gegen den Wahn einer unreal-heilen Welt.“

Die hier praktizierte Psychotherapie zielte nach eigenen Angaben nicht auf eine Persönlichkeitsveränderung, sondern auf die Respektierung und Achtung der Eigenheiten der Patientinnen und Patienten.

Die wenigen noch existierenden Dokumente lassen vermuten, dass Martha Blumenfeld nahezu 12 Jahre in der Klinik Schellhorner Berg lebte. Über ihr Befinden liegen keine Unterlagen mehr vor.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Martha Blumenfeld wurde am 16. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn gebracht und dem Transport zugeordnet. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Wir wissen nicht, wie und wann die Familie von Martha Blumenfelds Tod erfuhr. Eine Todesmitteilung ist an das Hamburger Geburtsstandesamt gelangt. Das ergibt sich aus der Notiz auf Martha Blumenfelds standesamtlichem Geburtseintrag. Dort ist vermerkt: „Gestorben Nr. 275/41 St.A. Cholm II Generalgouvernement am 11. 2. 1941“.

Die falschen Sterbeangaben dienten nicht nur dazu, die Mordaktion zu verschleiern, sondern auch entsprechend länger Verpflegungskosten einfordern zu können.

Marthas Bruder Otto verließ Deutschland im August 1938. Zu dem Umzugsgut gehörten auch vier Gemälde, deren Mitnahme wegen des vermuteten hohen Wertes nach Ansicht von Sachverständigen der Hamburger Kunsthalle bedenklich erschien. Der Kunstsachverständige jüdischer Herkunft, Hildebrand Gurlitt, der in Hamburg das „Kunstkabinett Dr. H. Gurlitt“ unterhielt, beurteilte zwei Landschaftsbilder von Pissarro, ein Gemälde von Delacroix mit dem Titel „Der Tod des Sardanapal“ und ein Gemälde von Courbet, auf dem Hirsche zu sehen sind, als nicht zugehörig zu den „national wertvollen“ Kulturgütern. Das Gemälde von Delacroix, das heute im Louvre ausgestellt ist, bezeichnete er als Fälschung. Auf diese Weise blieb Otto Blumenfeld im Besitz seiner Kunstwerke.

Marthas Schwester Clara flüchtete 1939 nach England. Auch Ebba Blumenfeld und ihr Sohn Erik überlebten die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Erik Blumenfeld überstand die Haft in Auschwitz und Buchenwald dank kluger indirekter und direkter Interventionen seiner Mutter Ebba bei Heinrich Himmler. Erik Blumenfeld wirkte ab 1945 aktiv beim Aufbau demokratischer Strukturen in Hamburg mit. Später vertrat er die Hansestadt als Abgeordneter im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament. Nach ihm ist in Hamburg-Blankenese ein Platz benannt

Ein Stolperstein in Hamburg-Nienstedten, Elbchaussee 443 (früher 132), hält die Erinnerung an Martha Blumenfeld wach.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; AB; StaH A 834 Nervenheilanstalt „Eichenhain“ 0077 Kapsel 01; 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt

## Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z

Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident F 171 b Blumenfeld, R 1939\_2708 Blumenfeld; 332-5 Standesämter 8484 Heiratsregister Nr. 162/1877 Bernhard Blumenfeld/Helena Karpeles, 8929 Geburtsregister Nr. 186/1878 Martha Blumenfeld, 8950 Geburtsregister Nr. 3213/1880 Ernst Bernhard Blumenfeld, 8979 Geburtsregister Nr. 3108/1883 Otto Blumenfeld, 9045 Geburtsregister Nr. 629/1889 Clara Blumenfeld; 332-7\_Staatsangehörigkeitsaufsicht A I f 158 (Blumenfeld) Staatsbürgerschaft, B III 1880 Nr. 15827 (Blumenfeld) Staatsbürgerschaft, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg, Datenpool (Erich Koch); Stadtarchiv Preetz, Nr. 1164, Heilanstalt Schellhorner Berg; Patientenakten Schellhorner Berg; Hamburger Correspondent vom 16. 4. 1919; Die Welt vom 7. 1. 1971; Frank Bajohr, Erik Blumenfeld, Hamburg 2010; Frank Bajohr, Hanseat und Grenzgänger, Erik Blumenfeld – eine politische Biographie, Göttingen 2010, S. 18–36; Hamann/von Plessen, Heilanstalt Schellhorner Berg, AEBL SH, (1987) 11, 12, S. 559–777; Peter Pauselius, Preetz unter dem Hakenkreuz, Großbarkau 2001, S. 256; Sybille Baumbach/Susanne Lohmeyer/Astrid Louven/Beate Meyer/Silke Salomon/Dagmar Wienrich, „Wo Wurzeln waren ...“. Juden in Hamburg-Eimsbüttel 1933 bis 1945, Hamburg 1993; IGdJ (Hrsg.), Das Jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk, Göttingen 2006; [https://de.wikipedia.org/wiki/Otto\\_Blumenfeld](https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Blumenfeld) [17. 1. 2016].

### ■ Rudolf Leo Boas,

**geb. am 11. 10. 1875 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel**

Der aus Kurnick in Posen (heute: Kórnik, Województwo Wielkopolskie, Polen) gebürtige jüdische Kaufmann Joseph Boas, geboren am 27. Februar 1824, und seine 1843 in New York geborene, ebenfalls jüdische Ehefrau Henrietta, geborene Bandmann, wohnten zunächst in der Holstenstraße 5 (heute Altona-Nord). Sie wechselten 1870 in die Straße Grindelhof 56 im Stadtteil Hamburg-Rotherbaum. Hier kam am 11. Oktober 1875 ihr Sohn Rudolf zur Welt. 1877 zog Familie Boas dann in die Eppendorfer Chaussee 7 (heute Rothenbaumchaussee).

Joseph und Henrietta Boas hatten 1865 in San Francisco geheiratet. Beide Eheleute besaßen die amerikanische Staatsbürgerschaft. Sie ließen sich wahrscheinlich schon 1867 in Hamburg nieder, denn das Hamburger Adressbuch verzeichnet Joseph Boas erstmalig im Jahr 1868 als Mitinhaber der Firma E. B. Richard & Boas in der Admiralitätsstraße 76. Zweck des Unternehmens waren Speditions- und Wechselgeschäfte. Im Jahr 1890 erhielt Joseph Boas das Hamburger Bürgerrecht. Er starb am 14. März 1906 mit 82 Jahren als Rentier in der Curschmannstraße 1 im Stadtteil Hoheluft-Ost.

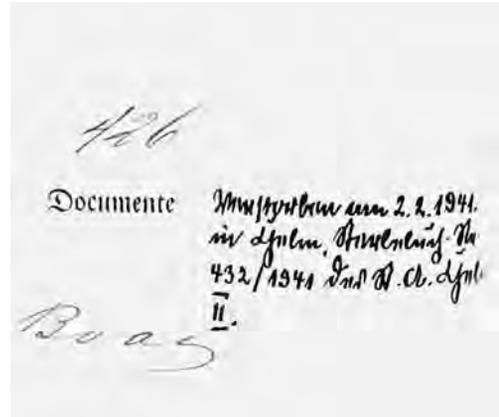
Henrietta Boas wechselte nach dem Ableben ihres Mannes mehrmals ihren Wohnsitz. Sie überlebte ihren Ehemann um zehn Jahre und starb am 24. Juni 1916.

Aus all diesen Jahren ist über Rudolf Boas sehr wenig überliefert. Wir wissen nur, dass er vor 1911 dreimal Patient in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ war, dann wieder vor 1918



Wohnhaus Rappstraße 22

Ingo Wille



Falsche Sterbenotiz auf Rudolf Leo Boas' Geburtsurkunde: „verstorben am 2. 2. 1941 in Chelm, Sterbebuch-Nr. 432/1941 das St.A. Chelm II.“

StaH

und noch einmal Ende 1918/Anfang 1919. Das einzige noch vorhandene Dokument aus der „Irrenanstalt Friedrichsberg“, die Patienten-Karteikarte, enthält keine genaueren Angaben, lediglich die Berufsbezeichnung „Gärtner“.

Rudolf Boas trat 1935 der Jüdischen Gemeinde in Hamburg bei. Kultussteuern wurden aber nicht erhoben, denn er war erwerbslos, 1937 zudem erwerbsunfähig. Dies deutet darauf hin, dass eine Krankheit Rudolf Boas daran hinderte, für seinen Lebensunterhalt selbst zu sorgen. Seine Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde enthält für das Jahr 1937 als Adresse Rappstraße 22 bei Cohn, anscheinend arbeitete er kurzfristig als Gärtner. Im November 1937 oder Anfang 1938 wurde er in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn aufgenommen. Über ihn existieren keine Akten mehr. Somit bleiben die Umstände seines Aufenthalts in Langenhorn im Dunkeln.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Rudolf Boas. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt

umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf Rudolf Boas' Geburtsregistereintrag wurde notiert, dass er angeblich am 2. Februar 1941 verstarb und das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 432/1941 registriert hat.

In Hamburg-Rotherbaum, Rappstraße 22 ist für Rudolf Leo Boas ein Stolperstein geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandsaufsicht A Nr. 289 Geburtsregister Nr. 308/1875 Rudolph Leo Boas, 332-5 Standesämter 9663 Sterberegister Nr. 609/1906 Joseph Boas, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Rudolf Leo Boas der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

■ **Eva Leonore Borchardt,**  
**geb. am 18. 2. 1905 in Alt-Rahlstedt, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Eva Leonore Borchardt wurde als jüngstes Kind des Kaufmanns Ivan (Isaac) Borchardt und seiner Ehefrau Martha, geborene Hildesheim, in eine große Familie hinein geboren. Die jüdischen Eltern hatten am 23. April 1895 in Hamburg geheiratet. Eva Leonores Geschwister Grete, geboren am 15. Januar 1896, Else, geboren am 21. April 1897, Hans, geboren am 7. August 1898 und Werner, geboren am 4. November 1900, waren in Hamburg zur Welt gekommen, bevor die Familie im September 1904 in das damals noch preußische Alt-Rahlstedt zog. Dort wurde Eva Leonore am 18. Februar 1905 geboren. Familie Borchardt erwarb in Grubes Allee 24 eine geräumige Villa.

Ivan Borchardt hatte bei seiner Geburt am 9. Juli 1870 in Exin im Regierungsbezirk Bromberg in der damaligen preußischen Provinz Posen den Namen Isaac erhalten, änderte aber später seinen Vornamen in Ivan. Er stammte aus einer Lehrerfamilie und verließ wie seine Geschwister Johanna, Moritz, Hermann, Julius, Zerline und Hugo seinen Geburtsort. Nach dem Einjährigen auf dem Gymnasium durchlief er in Posen eine Lehre in einer Eisenwaren-Großhandlung und ging anschließend nach Berlin. Um seiner Militärdienstpflicht zu genügen, diente er 1877 freiwillig für ein Jahr beim 137. Infanterie-Regiment. Seine Absicht, nach Nordamerika auszuwandern, führte ihn nach Hamburg. Dort nahm

er 1888 eine Stellung bei der Annoncen-Expedition von Heinrich Eisler an, die seine berufliche Zukunft bestimmte: Er machte sich 1893 im Alter von 23 Jahren als Annoncen-Expediteur selbstständig. Seine ältere Schwester Johanna, geboren am 18. Februar 1867 in Exin, und Hugo, der Jüngste, geboren am 5. Juni 1878 in Rogasen, ließen sich ebenfalls im Raum Hamburg nieder. Johanna heiratete den Lehrer Wolff (Willy) Bachrach, geboren am 24. Juni 1867 in Nentershausen im Westerwald, und lebte mit ihrer Familie in Altona. Moritz, geboren am 29. Juli 1868 in Exin, verließ Hamburg nach kurzer Tätigkeit als Assistenzarzt im Jahr 1892 wieder und ging nach Berlin.

Martha Hildesheims Vater, der Kaufmann Gedalja Hildesheim, 1836 in Hamburg geboren, war mit der vierzehn Jahre jüngeren Friederike Wolff aus Lübtheen, Kreis Ludwigslust, verheiratet. Sie kam ebenfalls aus einer Kaufmannsfamilie (aus der auch der ehemalige Erste Bürgermeister Hamburgs, Ole von Beust, stammt). Aus ihrer Ehe gingen die drei Töchter Sara, geboren am 21. September 1872, Martha, geboren am 28. Juni 1875, und Fanny, geboren am 18. März 1881, hervor.

Ivan Borchardts Bruder Hugo heiratete Fanny, die Schwester von Ivans Ehefrau Martha. Sara Hildesheim hatte 1894 in Hamburg den Viehhändler Salomon Eichmann aus Schötmar/Bad Salzuflen geehelicht und war nach Schötmar gezogen.

Hugo ließ sich wie sein Bruder Ivan dauerhaft in Alt-Rahlstedt nieder. Im Gegensatz zu Ivan schloss er sich der Jüdischen Gemeinde in Wandsbek an. Ein Jahr nach Eva Leonore Borchardts Geburt brachte Fanny Borchardt ihr erstes Kind zur Welt, Käte, der die Zwillinge Anni und Mete und als Jüngste Gertrud folgten. Die Familie wohnte in einer Parallelstraße von Grubes Allee. Trotz des Altersunterschieds hatten die Cousins und Cousinen guten Kontakt miteinander.

Während Eva Leonore aufwuchs, mehrte sich der Wohlstand ihrer Eltern. Sie waren musikalisch und künstlerisch interessiert, erwarben einen Bechstein-Flügel und Gemälde, vor allem von niederländischen Künstlern, und bauten eine große Bibliothek auf. Die Räume statteten sie mit wertvollen Möbeln aus und zur Freude der Kinder mit Kronleuchtern, an denen sie schwingen konnten. Sonst waren sie in ihrer Lebensführung offenbar bescheiden. Über Eva Leonore hieß es, sie lasse sich weniger leicht leiten als ihre Geschwister.

Eva Leonore Borchardts Brüder Hans und Werner nahmen am Ersten Weltkrieg teil, aus dem sie versehrt zurückkehrten. Während des ersten Kriegsjahrs starb ihre Großmutter Sophie Borchardt, Ivans und Hugos Mutter. Nach Kriegsende orientierte sich Ivan Borchardt beruflich nach Lübeck um und gewann als wichtigste Auftraggeber die Anzeigenteile der Lübecker Adress- und Telefonbücher, der Handelskammerzeitung und der Eisenbahnfahrpläne. Als Selbstständiger sorgte er für sein Alter vor, indem er Grundstücke in Eppendorf und Hamm sowie Wertpapiere erwarb.

Außer Eva Leonore erhielten die Kinder akademische Ausbildungen. Grete und Werner Borchardt studierten Medizin, Hans Volkswirtschaft, Else wurde Gewerbelehrerin. Eva

Leonore besuchte eine Schule für Büroangestellte und wurde Kontoristin und Buchhalterin. 1921 legte Grete Borchardt in Hamburg ihre ärztliche Prüfung ab, ging nach Tübingen und kehrte 1922 nach Hamburg zurück, wo sie am 14. Oktober 1922 in die Matrikel der Hamburger Ärzte eingetragen wurde. Sie heiratete 1923 den zehn Jahre älteren Sekretär Friedrich Jänicke aus Emden.

Der wohl tiefste Einschnitt in Eva Leonores Leben war der überraschende Tod ihrer Mutter am 24. August 1925. Sie starb im Elim-Krankenhaus in Eimsbüttel an einer Sepsis infolge einer Operation. Bald darauf zeigte Eva Leonore Anzeichen einer psychischen Erkrankung. Offenbar war dem Vater die beste Versorgung seiner Tochter in Privatpflege wichtig. Er gab sie in die Obhut des Arztes Friedrich Kunz in Allendorf an der Lumda in Oberhessen. Dieser hatte 1924 seine Praxis um fünf Zimmer im Obergeschoss erweitert und den Garten mit einer Umfriedung versehen lassen als eine Pension für Langzeitpatientinnen. Dorthin übersiedelten 1926 Eva Leonore Borchardt und Marianne Hirsch, ebenfalls eine jüdische Hamburgerin (siehe dort). Die beiden Familien waren miteinander bekannt.

Eva Borchardts Geschwister hatten inzwischen das Haus verlassen. Die weiteren familiären Ereignisse erlebte sie zunächst nur noch aus der Ferne mit. Über wechselseitige Besuche ist nichts bekannt. Ihr Bruder Hans, inzwischen promovierter Volkswirt und Prokurist bei einer Winsener Ölfirm, heiratete Dorothea Köhler und zog mit seiner Familie nach Südfrankreich. Max Nonne, Professor für Neurologie, hatte ihm diesen Aufenthalt als Therapie gegen die Schlaflosigkeit, die ihn seit dem Krieg verfolgte, empfohlen. 1929 kam der Sohn Hans zur Welt. Statt nach Deutschland zurückzukehren, siedelte die Familie nach Palma de Mallorca über. Dort betrieb Hans Borchardt bis zum Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges ein Lebensmittelgeschäft. Eva sah ihren Bruder nicht wieder, denn er ging über Italien nach Montevideo, als klar war, dass er und seine Familie in Deutschland keine Zukunft hatten.

Die Ehe von Eva Borchardts Schwester Grete wurde 1929 geschieden. Grete Jänicke blieb bis zu ihrem Tod in der ehemals gemeinsamen Wohnung Rehhagen 2 in Eppendorf. Dort starb sie am 4. Januar 1935 an Lungentuberkulose, die sie sich bei der Behandlung eines Kranken zugezogen hatte.

Im Dezember 1930 verliert sich die Spur von Evas Bruder Werner. Er war als wissenschaftlicher Assistent am Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten für zwei Semester zu Studien über die „Physiologie und Pathologie der Tropenklimateinwirkung“ ins damalige Niederländisch-Indien beurlaubt worden. Mitte August 1930 war er ausge- reist, hatte die notwendigen behördlichen und wissenschaftlichen Kontakte geknüpft und bestieg am 6. Dezember in Begleitung von zwei ortskundigen Führern den Merapi, einen noch tätigen Vulkan auf Java. In Begleitung eines einzigen Führers ging er bis zum Krater- rand, als der Vulkan ausbrach. Er floh in die falsche Richtung und trennte sich zudem von seinem Führer. Dieser wurde nach drei Tagen völlig erschöpft aus einer steilen Schlucht



Haus Kunz, 1950er-Jahre

*Archiv Arbeitsgemeinschaft Heimatgeschichte Allendorf/Lumda*

geborgen, Werner Borchardt wurde trotz eines aufwendigen Suchaufgebots nicht aufgefunden. Der zuvor entlassene Führer hatte die Nachricht von dem Unglück der Bezirksverwaltung überbracht, die ihrerseits Ivan Borchardt umgehend telegrafisch informierte.

Währenddessen befand sich Eva Leonore in Privatpflege. Der Arzt Friedrich Kunz führte die Pension mit seiner Ehefrau Anna, geborene Kauß, geboren am 17. Mai 1882 in Londorf, die vor ihrer Heirat als Krankenschwester gearbeitet hatte, und mit der zeitweiligen Hilfe ihrer Tochter Dorothea.

Am 1. März 1932 traten Anna Kunz und ihre beiden Töchter Dorothea und Gertrud in die NSDAP ein, Friedrich Kunz folgte ihnen am 1. November. Anna und Dorothea Kunz traten auch der NS-Frauenschaft bei. Trotz ihrer nationalsozialistischen Überzeugung behielten sie ihre jüdischen Pensionärinnen in ihrer Obhut, wo diese, wie Zeitzeugen erwähnen, unauffällig lebten. Ein Foto von einem Sommerfest im Hause Kunz zeigt beide Frauen (siehe bei Marianne Hirsch).

Nach dem Machtantritt der NSDAP 1933 verlor Ivan Borchardt seine Aufträge in Lübeck und konnte aufgrund der geltenden Verordnungen in seiner Branche keine neue Tätigkeit aufnehmen. Er lebte von den Erträgen seines Vermögens und von Mieteinnahmen. Seine Nichte Lilly Julia Nakler, Tochter seiner Schwester Zerline, geboren am 9. April 1903 in Kaiserslautern, zog zu ihm. Zerline Borchardt hatte den Kantor Matthias Nakler geheiratet, der 1902 nach Kaiserslautern berufen worden war. Lilly hatte dort einen eigenen Kindergarten geführt. 1936 heirateten Ivan Borchardt und Lilly Nakler. Sie gaben die Villa in Rahlstedt auf und zogen nach Hamburg in den Harvestehuder Weg 99.

Nachdem Friedrich Kunz 1936 gestorben war, führte seine Witwe Anna die Pension fort. Der Bürgermeister setzte sie unter Druck, sich von ihren beiden jüdischen Mitbewohnerinnen zu trennen. Als ihre Lage immer unhaltbarer wurde, bemühte sie sich 1938, die beiden „Mädels“ bei jüdischen Familien in Hamburg in Pflege zu geben, ohne Erfolg. So

blieb nur die Unterbringung von Eva Leonore Borchardt und Marianne Hirsch in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn. Damit endete der Kontakt zwischen den Frauen jedoch nicht. Anna Kunz schrieb ihren ehemaligen Mitbewohnerinnen Briefe und schickte Päckchen mit Lebensmitteln. Nachdem eines an Marianne Hirsch aufgefallen war, wurde Anna Kunz im „Stürmerkasten“ in Allendorf angeprangert und vor das Kreisgericht der Partei geladen. Mit einer Verfügung des Ortsgruppenleiters wurde sie unter Verweis auf § 4 Abs. 2 b der Satzung der NSDAP, in dem es um das Ende der Mitgliedschaft aufgrund verweigerter Beitragszahlungen geht, ausgeschlossen. Die Begründung lautete jedoch: „Sie haben bis zuletzt mit der Jüdin Marianne Sara H i r s c h, geb. 22. 6. 87 zu Prag korrespondiert und ihr sogar Pakete geschickt. [...]“ Der Ausschluss wurde am 14. September 1940 rechtskräftig.

Über Eva Leonore Borchardts Krankheitsverlauf sind keine Einzelheiten bekannt. Versehen mit der Diagnose „Chronisch verlaufende Schizophrenie“ wurde sie am 20. Dezember 1938 in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn aufgenommen. Ihre Entmündigung erfolgte nun mit Beschluss des Amtsgerichts Hamburg vom 25. Mai 1939. Zunächst übernahm Käthe Petersen von der Sozialbehörde als Sammelpflegerin die Vormundschaft, übergab sie dann jedoch dem Vater.

Bis zum Ende des NS-Regimes brachte Käthe Petersen, die schon vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten in der Hamburger Sozialverwaltung arbeitete, „geistig gebrechliche“ bzw. „gemeinschaftswidrige“ Frauen und Mädchen in geschlossenen Anstalten unter. Sie betrieb in mehr als 600 Fällen deren Zwangssterilisierung nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses.

Ivan Borchardt hatte mit Schenkungen finanziell für seine Tochter vorgesorgt, indem er ihr das Grundstück Harvestehuder Weg 99 und eine Hypothek auf das Rahlstedter Grundstück in der Grubes Allee übertragen hatte. Er behielt sich mit seiner Frau Nießbrauch des Anwesens in Harvestehude vor.

Diese Vermögenswerte gab Ivan Borchardt gegenüber dem Oberfinanzpräsidenten 1939 zusammen mit seinen eigenen an. Das Grundstück wurde verkauft, der Erlös mit der Hypothek auf einem Sperrkonto bzw. in Wertpapieren zu Eva Leonore Borchardts Gunsten festgelegt, die einen „arischen“ Vermögensbevollmächtigten, den Anwalt Johannes de Voss, Mitglied der NSDAP, erhielt.

Ivan Borchardt plante, nach Chile auszuwandern, behielt aber die Vormundschaft für Eva bei. Er zog mit seiner Frau in die Hindenburgstraße 111, wo im Mai 1940 der Sohn Abel zur Welt kam.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die

42 C<sup>c</sup>

Nr. 444 \_\_\_\_\_  
 Chelm, Post Lublin \_\_\_\_\_, den 3. Februar 1941

Die Eva Sara Borchardt \_\_\_\_\_  
 Jodig \_\_\_\_\_, jüdisch \_\_\_\_\_  
 wohnhaft Chelm \_\_\_\_\_  
 ist am 1. Februar 1941 \_\_\_\_\_ am 16. März 1941 \_\_\_\_\_  
 in der Wohnung \_\_\_\_\_ verstorben.

Die Verstorbene hat geboren am 13. Februar 1905 \_\_\_\_\_  
 in Bahltschott \_\_\_\_\_  
 in (Standesamt Bahltschott \_\_\_\_\_ Str. 37/05 \_\_\_\_\_)  
 Vater: Josefmann, Isaac Israel Borchardt \_\_\_\_\_  
 Mutter: Martha Sara Borchardt geborene Milgomska \_\_\_\_\_

Verstorbene war nicht verheiratet

Eingetragen auf mündliche - schriftliche - Anträge des Leiters der  
 Irrenanstalt Chelm \_\_\_\_\_  
 Angehörige \_\_\_\_\_

Beigegeben, genehmigt und unterschrieben \_\_\_\_\_

**Der Standesbeamte**  
 In Vertretung  
 Goll

Todesursache: Grippe \_\_\_\_\_

Verstärkung der Bescheinigung am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_  
 (Ortswort) \_\_\_\_\_

sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Eva Leonore Borchardt. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Es gelang weder Ivan Borchardt als Vormund noch seinem Nachfolger in dieser Funktion, den Verbleib Evas herauszufinden. Am 2. Oktober 1940 legte Ivan Borchardt die Vormundschaft nieder und emigrierte eine Woche später. Sein in Zürich lebender Bruder Moritz übernahm die Kosten für die Bahnfahrt in die Mandschurei und die weiteren Passagen nach Montevideo in Uruguay.

Eva Borchardts Vermögensbevollmächtigter, Johannes de Voss, forschte weiter nach ihrem Verbleib. Auf seine Anfrage vom 7. Oktober 1940 beim Amtsgericht Hamburg erhielt er die Antwort, Eva Borchardt sei auf Veranlassung des Reichsinnenministers in eine Sammelanstalt verlegt worden, in welche, sei nicht bekannt.

Am 14. November 1940 kam die Nachricht, es handle sich um die „Heilanstalt Chelm“. Der Brief, den er dorthin richtete, kam mit dem Vermerk „Heilanstalt aufgelöst“ zurück, was den Tatsachen entsprach, denn

Die Übereinstimmung der umseitigen Bescheinigung mit den Eintragungen im Ortsbuch wird hiermit beglaubigt.

Chelm \_\_\_\_\_, den 3. Februar 1941

**Der Standesbeamte**  
 In Vertretung  
 Goll



Fingierte Sterbeurkunde für Eva Leonore Borchardt (Rückseite zeigt den falschen Stempel)

StaH

im Januar 1940 hatten SS-Einheiten die Patienten ermordet und die Anstalt geräumt, die danach als Kaserne genutzt wurde.

Drei Monate nach dem von angeblich von „Chelm“ zurückgesandten Schreiben erhielt Johannes de Voss jedoch am 7. Februar 1941 aus der „Irrenanstalt Chelm“ die Nachricht, Eva Borchardt sei verstorben. Die am 3. Februar ausgestellte Sterbeurkunde gab als Todesdatum den 1. Februar 1941, 16.45 Uhr, und als Todesursache „Grippe“ an. Der wahre Sachverhalt wurde erst viele Jahre später und lange nach dem Tod von Johannes de Voss bekannt: Die Sterbeurkunden waren in der „T4“-Zentrale in Berlin ausgestellt und zu unterschiedlichen Zeiten per Kurier nach Lublin gebracht worden, wo sie bei der Post aufgegeben worden waren.

Eva Leonore Borchardts Vermögen unterlag zwar einer „Sicherungsanordnung“, war aber noch ihr Eigentum. Der Abwesenheits- und Nachlassverwalter teilte dem Oberfinanzpräsidenten ihren angeblichen Tod in „Chelm“ bei Lublin mit, also einem Ort im Ausland. Posthum sollte nun der Anwalt den Auswanderertrag für Eva Borchardt stellen, da sie devisenrechtlich als Ausländerin (Auswanderin) anzusehen sei und ihre Vermögenswerte folglich den für Auswanderer geltenden Devisenbeschränkungen unterlägen. Die Reichshauptbank in Berlin belehrte den Hamburger Oberfinanzpräsidenten, dass in diesem Fall Inlandsrecht gelte. Gleichwohl wurde das „Sicherungskonto“ in ein Auswanderersperkonto umgewandelt, aus dem ordnungsgemäß Erbschaftssteuer auf Eva Borchardts verbliebenes Vermögen gezahlt wurde.

## **Epilog**

Am 9. Juli 1946 wurde Anna Kunz von der Spruchkammer des Landkreises Gießen „in die Gruppe der Entlasteten eingereiht“. Grund der Belastung war ihre Mitgliedschaft in der NSDAP von 1933 bis 1940 gewesen, Grund ihrer Entlastung war der „Ausschluss aus der Partei im Jahr 1940. Widerstand gegen die Parteivorschriften durch nachweisbaren Verkehr mit Juden bis im Jahr 1940. Die Betroffene wurde im Stürmerkasten öffentlich gebranntmarkt (!)“. Anna Kunz starb am 3. März 1976 in Allendorf an der Lumda im Alter von 93 Jahren. Ob sie je erfahren hat, welches Schicksal ihre Pensionärinnen erlitten hatten, ist nicht bekannt.

Ein Stolperstein in Hamburg-Harvestehude, Harvestehuder Weg 99, erinnert an Eva Leonore Borchardt.

*Hildegard Thevs*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; AB, StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 232-5 Amtsgericht Vormundschaftswesen, 94; 241-2 Justizverwaltung, P 1709; 314-15 Oberfinanzpräsident FVg 8427; R 1939/3044, R 1940/42; 332-5 Standesämter, 1027-60/1934; 9124-171/1896; 6620-118/1923; 7987-663/1906; 8084-313/1925; 8568-

**Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z**

171/1894; 8574-181/1895; 8636-364/1904; 9124-171/1896; 9873-16/1935; 13283-2480/1900; 332-7 Staatsangehörigkeit, B III 22294; 332-8 Meldewesen, K 4272; K 6035, K 6253; 351-11 Amt für Wiedergutmachung, 1572, 20586, 30074; 352-3 Ärztematrikel, I C 11, Bd. 6; 352-5 Todesbescheinigungen, StA 20 A, Nr. 313, 1925, Nr. 16, 1935; 361-1 Personalakten, I 0007; 364-13 Fakultäten der Universität, 42; BA (ehem. BDC) NSDAP-Gaukartei; HHStA WI Abt. 520/Gi Nr. GI 238, Entnazifizierung; Arbeitskreis Juden Allendorf; Stadtarchiv Allendorf a. d. Lumda, insbesondere Herbert Heibertshausen; Klee, „Euthanasie“, S. 106–108; Mitteilungen von Angehörigen 2014.

■ **Martin Bragenheim,**  
**geb. am 19. 2. 1882 in Güstrow, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zog Daniel Meyer Bragenheim, geboren am 4. März 1838, mit seiner Frau Walli, geborene Sachs, von Güstrow in Mecklenburg nach Hamburg. Das Ehepaar hatte vier Kinder: Itzig, genannt Richard, geboren 1875, Erna, geboren 1876, Paul, geboren 1878, und Martin, geboren 1882. Alle Kinder kamen in Güstrow zur Welt.

Aus den Unterlagen der Volkszählung des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin vom 1. Dezember 1900 ersieht man, dass Daniel Meyer Bragenheim ein „Lotterie-Haupt-Collecteur“-Geschäft als Eigentümer gehörte, das er auch führte. Alle drei Söhne wurden



Martin und Paul Bragenheims Patienten-Karteikarten der „Irrenanstalt Friedrichsberg“  
UKE/IGEM

im väterlichen Unternehmen beschäftigt, Richard als Prokurist, Paul als Buchhalter und Martin als Lotteriegeschäftslehrling. Erna Bragenheim wurde in der Volkszählung nur die Rolle einer Tochter zugeschrieben.

Es ist nicht überliefert, aus welchem Grund die Familie Bragenheim nach Hamburg übersiedelte. Wahrscheinlich erwartete Daniel Bragenheim in der Großstadt günstigere Geschäftsmöglichkeiten, was sich jedoch als trügerisch erweisen sollte.

Die Familie hatte nur drei ihrer Kinder mit nach Hamburg nehmen können, denn Paul Bragenheim lebte nicht mehr in der Familie, sondern in der damaligen Irren-Heilanstalt Sachsenberg bei Schwerin in Mecklenburg. Die noch vorhandenen Patienten-Karteikarten der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ lassen erkennen, dass Paul und Martin Bragenheim um die Jahrhundertwende Patienten dieser Anstalt gewesen waren. Die Aufenthalte in Friedrichsberg waren offenbar vorübergehend. Am 10. Juli 1915 wurde Paul erneut in Sachsenberg aufgenommen

In Hamburg wohnte die Familie Bragenheim in der Heinrich-Barth-Straße 3 im Stadtteil Rotherbaum. Ihre Lebensumstände müssen elend gewesen sein. Eine Fürsorgerin notierte im Mai 1922: „Familie Bragenheim ist eine bedauernswerte Familie. Außer dem Sohn Richard, der angeblich die ganze Familie unterhält, sind alle Familienmitglieder krank. Der Vater 84 J. alt ist blind, die Mutter 68 J. alt, ist sehr nervenleidend. Ein Sohn [Paul] ist in der Nervenheilanstalt Sachsenberg, ein Sohn [Martin] ist zu Haus, kann, da er ebenfalls nervenleidend ist, keine Stelle bekleiden. Die Tochter Erna, früher Versicherungsinspektorin, ist seit 1914 erwerbslos, da sie ebenfalls nervenleidend ist. Sie leidet besonders an starken Kopfschmerzen. Durch die Diathermiebehandlung hofft sie Linderung zu bekommen. Sie ist in Behandlung von Herrn Dr. [...].“

Wenig später, am 5. Juni 1923, starb Daniel Bragenheim im Alter von 85 Jahren. Die Situation der Familie blieb weiter prekär. Im März 1928 starb Walli Bragenheim. Nun waren Martin und Erna auf sich allein gestellt und konnten nur noch auf die Hilfe ihres Bruders Richard hoffen. Dieser trug zum Unterhalt seiner Angehörigen bei, litt aber psychisch sehr unter der familiären Belastung. Eine von ihm finanzierte tägliche „Stundenhilfe“ für Erna und Martin Bragenheim sorgte dafür, den Haushalt in Ordnung zu halten.

1932 arbeitete Richard Bragenheim als Vertreter bei der im Bieberhaus, Hachmannplatz 2, ansässigen Versicherungsmaklerfirma Wahler & Co. Seine Ausgaben stiegen von Jahr zu Jahr infolge ständig steigender Unterhaltsleistungen für seine Geschwister, sodass gegenüber seinem Arbeitgeber Schulden in Höhe von 3000,- RM aufgelaufen waren. Der inzwischen verlobte Richard Bragenheim unterhielt auch seine Braut. Ohne Richards Sorge für seinen Bruder Martin wäre dieser schon seit Längerem im Versorgungsheim untergebracht worden, wie eine Fürsorgerin im Juni 1932 notierte. Auch Erna Bragenheim verlor zunehmend ihre Selbstständigkeit. Zusätzlich zu der seit Jahren anhaltenden Nervenkrankheit quälte sie ein Rückenleiden. Die Fürsorgerin empfand, dass „der Haushalt [einen] schon etwas verwahrlosten Eindruck macht.“

Die Jüdische Gemeinde nahm Martin Bragenheim 1934 als Mitglied auf, nachdem die staatliche Wohlfahrtsverwaltung die Geschwister Bragenheim an die Jüdische Gemeinde verwiesen hatte. Zu dieser Zeit wohnte er mit seiner Schwester Erna und seinem Bruder Richard laut Kultussteuerkarte in der Straße Rutschbahn 18.

Waren die Berichte der Fürsorgerinnen über die Familie Bragenheim vor 1933 noch von gewisser Empathie getragen, so änderte sich der Ton nach dem Machtantritt Adolf Hitlers. Im Februar 1935 schrieb N. Kruse, „Obmann des Sozialamtes & der Fürsorgebehörde Kreis Rotherbaum“:

„Die Angaben der B.'s sind nicht glaubwürdig. Um ihre Aussagen zu bekräftigen wollen sie alles beschwören. Was ein jüdischer Eid bedeutet, wissen wir. R. B. wohnt mit seiner sogen. Braut Rutschbahn 23 natürlich eine Christin [Sie war Jüdin, I. W.]. Für die Geschwister zahlt R. B. die Miete. Das Geschäft des R.B. ist unkontrollierbar, alle drei handeln mit Lotterie Losen. Ich habe R. B. angewiesen, seine beiden Geschwister in seine 5 ½ Zimmerwohnung aufzunehmen. Er spare dadurch die Miete und von dem Gelde können die Geschwister schon leben. Ausserdem habe ich R. B. anheim gestellt, Antrag auf U.[nterhalt] für seine Geschwister bei der Jüdischen Gemeinde zu stellen, da er damit rechnen müsse, dass die U. von der F'behörde eines Tages eingestellt wird.

R. B. erklärte mir Anfangs sein Geschäft bringe nichts ein usw. die üblichen Klagen. Als ich sagte seine Geschwister mit in seine Wohnung zu nehmen, sagte er, das könne er nicht, er brauche die Wohnung für sein Geschäft. Also einmal so – und dann wieder anders, je nach Lage der Sache. Typisch bei Juden.

M.[artin] B. kenne ich seit ca. 10 Jahren. Er hat öfter bei mir in der Grindelallee Lotterielose verkauft. Mit seiner Krankheit ist es auch nicht so schlimm, jedenfalls braucht er nicht nach Friedrichsberg.

Es geht nicht an, dass 3 ledige Geschwister 2 Haushaltungen in 2 Wohnungen führen, um dadurch von der F'behörde U. zu beziehen, wenn ein gemeinschaftlicher Haushalt geführt werden kann wozu die erforderlichen Mittel vorhanden sind.

Eine weitere U.[nterstützung] kann nicht befürwortet werden.“

Im Dezember 1935 wurde Martin trotz der Bemühungen seines Bruders, ihm einen Anstaltsaufenthalt zu ersparen, in die Staatskrankenanstalt Langenhorn eingeliefert. Wir wissen nicht, wie es ihm dort erging. Seine Krankenakte existiert nicht mehr.

Im Juni 1936 zog Richard Bragenheim zusammen mit seiner Schwester in eine Wohnung der ehemaligen Minkel Salomon David Kalker-Stiftung in der Straße Rutschbahn 25 a, Haus 1 I. Im Januar 1937 fand Richard Bragenheim eine neue Geldquelle, als er Mitglied des Hamburger Tempelchores in der Oberstraße wurde.

Nachdem Richard Bragenheim 1937 seine Verlobte Erna Blumenthal, geboren am 5. Januar 1892 in Hamburg, geheiratet hatte, löste er die gemeinsame Wohnung mit seiner Schwester auf. Das Ehepaar Bragenheim bekam eine Wohnung in der Isestraße 86. Richards Schwester Erna wohnte zur Untermiete in der Isestraße 91. Richard Bragenheim

und seine Frau Erna unterstützten Erna Bragenheim, so gut es eben ging. Alle drei lebten in sehr bescheidenen Verhältnissen.

1940 war Richard Bragenheim wegen angeblich illegaler Geschäfte für kurze Zeit im „Gewahrsam der Gestapo“. Das Verfahren gegen ihn wurde aber eingestellt, weil ihm nichts Verbotenes nachgewiesen werden konnte.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Martin Bragenheim. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Entsprechend enthält der Geburtsregistereintrag von Martin Bragenheim einen Vermerk, nach dem das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 425/1941 registriert hat.

Paul Bragenheim starb, wie sich aus dem Aufnahme- und Entlassungsbuch der Anstalt ergibt, am 12. Januar 1940 in Sachsenberg bei Schwerin.

Richard Bragenheim starb im Januar 1941 in Hamburg. Im Sterberegister wurde als Beruf Chorsänger vermerkt. Seine Witwe Erna Bragenheim lebte nun wohl allein in der Isestraße 86. Richards Schwester Erna hatte die Isestraße im Mai 1939 verlassen und war in eine Stiftswohnung am Großneumarkt 56 gezogen.

Beide Frauen wurden am 25. Oktober 1941 nach Łódź deportiert. Richard Bragenheims Witwe Erna wurde am 10. Mai 1942 in Chelmo ermordet. Über das weitere



Wohnhaus Isestraße 86

*Ingo Wille*

Schicksal von Richards Schwester ist nichts bekannt. Für beide liegen Stolpersteine in der Isestraße 86 neben dem für Martin Bragenheim.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 2; 4; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident FVg 4405 (2); 332-5 Standesämter 8093 Sterberegister Nr. 133/1928 Walli Bragenheim geb. Sachs, 8174 Sterberegister Nr. 37/1941 Richard Bragenheim; 351-14 Arbeits- und Sozialfürsorge – Sonderakten 1015 Erna Bragenheim; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 522-1 Jüdische Gemeinden Nr. 992 e 2 Bd. 1 Deportationslisten; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Martin Bragenheim der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Landeshauptarchiv Schwerin, 5.12\_7/11 Sgn. 13976, Aufnahme- und Entlassungsbuch Sachsenberg, Auskunft des LHA vom 19. 5. 2016; Stadtarchiv Güstrow, Geburtsregister Nr. 49/1882 Martin Bragenheim; Landesarchiv Berlin Geburtsregister Nr. 231/1888 Erna Blumenthal; Wilhelm Mosel, Wegweiser zu den ehemaligen jüdischen Stätten im Stadtteil Rotherbaum (II), Hamburg 1989, S. 73 f.; Auszüge aus den Volkszählungen 1900 und 1919 des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin, ancestry.de [14. 5. 2016].

## ■ Hedwig Buchthal,

**geb. 21. 7. 1874 in Hamburg, ermordet in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel am 23. 9. 1940**

Hedwig Buchthal wurde am 21. Juli 1874 in Hamburg-St. Pauli, Herrenweide 31d, geboren. Ihre jüdischen Eltern, der 1845 in dem kleinen Ort Wehdem (heute: Kreis Minden-Lübbecke, Nordrhein-Westfalen) geborene Salomon Buchthal und seine Ehefrau Bertha, geborene Meyer, geboren am 18. Oktober 1849 in Hamburg, hatten am 19. Juli 1872 in Hamburg geheiratet. Wenig später, am 9. Mai 1873, erhielt Salomon Buchthal das Hamburger Bürgerrecht.

Hedwig hatte drei Brüder, die alle nur wenige Tage nach der Geburt starben und zwei weitere Geschwister, die tot geboren wurden.

Über Hedwig Buchthals Kindheit und Jugend ist nichts überliefert. Erst mit der Übernahme des Handelsgeschäftes ihres Vaters nach dessen Tode im Jahr 1910 lässt sich etwas über ihr Leben erfahren. Sie war inzwischen 36 Jahre alt.

Die Familie Buchthal lebte von dem Lotteriegeschäft, das Salomon Buchthal an verschiedenen Orten St. Paulis betrieben hatte, zunächst ab 1872 in der 2. Erichstraße. 1873 wechselte das Ehepaar Buchthal den Wohn- und den Geschäftssitz in die Straße „Herrenweide, Pl. 25“. Ab 1874, Hedwigs Geburtsjahr, lautete die Familien- und die Geschäftsadresse Herrenweide 31d.

1876 erweiterte Salomon Buchthal sein Geschäftsfeld. Er bezeichnete sich nun als Lotterie- und Assecuranz-Agent. Nach drei weiteren Wohnungswechseln eröffnete er 1884 ein Agentur- und Commissionsgeschäft mit einem Lager für Zigaretten-Etiketten in der Straße Großer Burstah in der Hamburger Altstadt. Seit 1888, als Salomon Buchthal in das Handelsregister eingetragen worden war, arbeitete er als Vollkaufmann. 1896 verlegte er sein Geschäft in die Große Johannisstraße 2, ebenfalls in der Altstadt. Hier blieb die Familie elf Jahre, bis sie in die nahe gelegene Stadthausbrücke 37 in der Neustadt wechselte. Auch hier lebte und arbeitete Familie Buchthal mehrere Jahre. Wahrscheinlich hatte Hedwig Buchthal schon einige Zeit im väterlichen Betrieb gearbeitet, als sie am 18. November 1910 Prokura für das väterliche Unternehmen erhielt. Drei Tage später, am 21. November 1910, starb ihr Vater. Ihre Mutter war bereits 1906 gestorben. Hedwig, ledige Buchhalterin, übernahm mit dem Ableben des Vaters das Geschäft und führte es unter dem bisherigen Namen fort. Sie weitete den Zweck des Unternehmens und sein Tätigkeitsfeld erheblich aus, wie dem Adressbuch von 1913 zu entnehmen ist.

Im Hamburger Adressbuch war „Frl. Hedwig Buchthal“ als Inhaberin der Handelsvertretung S. Buchthal bis 1924 verzeichnet, seit 1904 mit dem Zusatz „HR“, der auf einen Eintrag der Firma im Handelsregister hinwies.

Hedwig Buchthal behielt die Adresse Stadthausbrücke 37 bis 1915 bei und wechselte dann in die Klosterallee 124 in Hoheluft-Ost. Bis 1921 sind zahlreiche weitere Wohn- und Firmensitze im Hamburger Adressbuch erfasst. Die vielen Wohnsitzänderungen deuten darauf hin, dass sich Hedwig Buchthals Geschäftstätigkeit rückläufig entwickelte. Der Niedergang der Firma wird mit der von 1922 bis 1924 im Hamburger Adressbuch ausgewiesenen Adresse, Rappstraße 9, Hinterhaus 1, zur Gewissheit.

Hedwig Buchthal behielt die Adresse Stadthausbrücke 37 bis 1915 bei und wechselte dann in die Klosterallee 124 in Hoheluft-Ost. Bis 1921 sind zahlreiche weitere Wohn- und Firmensitze im Hamburger Adressbuch erfasst. Die vielen Wohnsitzänderungen deuten darauf hin, dass sich Hedwig Buchthals Geschäftstätigkeit rückläufig entwickelte. Der Niedergang der Firma wird mit der von 1922 bis 1924 im Hamburger Adressbuch ausgewiesenen Adresse, Rappstraße 9, Hinterhaus 1, zur Gewissheit.

In der Rappstraße 9 wohnte zur selben Zeit die „Kochfrau“ (Hamburger Adressbuch) Bertha Nürnberg (siehe dort). Hedwig Buchthal und Bertha Nürnberg erlitten 1940 das gleiche Schicksal. Wir wissen nicht, ob sie sich bereits 1922 kannten.



Auszug aus dem Hamburger Adressbuch von 1913  
*Hamburger Adressbuch 1913*

Der weitere Lebensweg Hedwig Buchthals bleibt zunächst weitgehend im Dunkeln. Wir wissen nur, dass sie 1936 in der Hallerstraße 52 (Stadtteil Rotherbaum) zur Untermiete wohnte. Dies dürfte ihre letzte frei gewählte Adresse gewesen sein. Wahrscheinlich hatte sich ihr Gesundheitszustand im Laufe der Jahre allmählich verschlechtert und zur Aufnahme in psychiatrischen Einrichtungen und zuletzt im Versorgungsheim Farmsen geführt.

Aus einer Meldung des Versorgungsheims Hamburg vom 25. Mai 1940 über die in den Heimen Holstenhof und Farmsen lebenden Jüdinnen und Juden an die Staatsverwaltung Hamburg ergibt sich, dass Hedwig Buchthal im Versorgungsheim Farmsen lebte und dass sie an „Psychopathie mit paranoiden Zügen“ litt.

Hedwig Buchthal wurde am 18. September 1940 zusammen mit 14 Frauen und Männern jüdischer Herkunft aus dem Versorgungsheim Farmsen in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn gebracht. Diese Verlegung war Teil der seit Frühjahr/Sommer laufenden Vorbereitung einer Mordaktion der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4 („T4“). Das Reichsinnenministerium ließ die jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen. Am 23. September 1940 wurden die Menschen nach Brandenburg an der Havel gebracht und noch am selben Tag in der sogenannten Landes-Pflegeanstalt, einem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses, mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Auf dem Geburtsregistereintrag von Hedwig Buchthal wurde wahrheitswidrig notiert, dass sie laut „Standesamt Chelm II am 30. 4. 1941“ verstorben und ihr Tod unter der Nummer 487/1941 registriert worden sei.

Ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Hallerstraße 52, erinnert an Hedwig Buchthal.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 231-7 Staatsangehörigkeitsangelegenheiten A\_1\_Bd. 22 u. 5701; 331-7\_A I e 40 Bd. 5 (Bürgerbrief); 332-3 Zivilstandsaufsicht A 253 Geburtsregisterauszug Nr. 1261/1874 Hedwig Buchthal; A 48 Geburtsregisterauszug Nr. 2238/1868 Anna Buchthal, B 47 Heiratsregisterauszug Nr. 1725/1872 Salomon und Bertha Buchthal, A 245 Geburtsregisterauszug Nr. 787/1873 Buchthal ohne Vornamen; 332-5 Standesämter 14 Sterberegisterauszug Nr. 1206/1876 Aron Buchthal, 32 Geburtsregisterauszug Nr. 941/1877 James Buchthal, 125 Sterberegisterauszug Nr. 1465/1882 Arnold Edmund Buchthal, 125 Sterberegisterauszug 1465/1906 Arnold Edmund Buchthal, 567 Sterberegisterauszug Nr. 1562/1906 Bertha Buchthal, 1881 Geburtsregisterauszug Nr. 1971/1876 Aron Buchthal, 1906 Geburtsregisterauszug Nr. 1504/1877 James Buchthal, 2028 Geburtsregisterauszug Nr. 2022/1882 Arnold Edmund Buchthal; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 731-1 Handschriftensammlung; Kurt Markgraf, Aus der Geschichte des Pflegeheims Farmsen: Vom Werk- und Armenhaus zum Pflegeheim, Hamburg 1990.

■ **Julie Cahn, geb. Horwitz,**  
**geb. am 16. 4. 1904 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Am 22. April 1904 zeigte der Prokurist Samuel Philip Horwitz im Hamburger Standesamt 3 die Geburt seiner Tochter Julie an. Seine Ehefrau Hedwig Horwitz, geborene Friedheim, hatte Julie am 16. April 1904 geboren. Die Eltern gehörten der Jüdischen Gemeinde an.

Julie lebte die ersten sechs Jahre mit ihren Eltern in der Rentzelstraße 19 im Hamburger Stadtteil Rotherbaum. 1910 zog die Familie in die nahe gelegene Sedanstraße 7 um. Hier hatte sie ihren Wohnsitz bis 1922. Danach bezog sie eine Wohnung in der Oderfelderstraße 13 im wohlstuierten Stadtteil Hamburg-Harvestehude.

Julie Horwitz war noch nicht volljährig, als sie am 16. Oktober 1923 den etwa vier Jahre älteren, ebenfalls jüdischen Kaufmann Victor Cahn heiratete. Sie zog zu ihrem Ehemann nach Berlin, der in der dortigen Eisenbahnstraße 29 seinen Wohnsitz hatte. Das Ehepaar Cahn bekam drei Töchter, Eva, geboren am 4. Juli 1925 wahrscheinlich in Hamburg, Hanna, geboren am 8. September 1926 in Berlin, und Suse, geboren am 31. Juli 1928 ebenfalls in Berlin. Am 28. Mai 1930 wurde die Ehe geschieden. Victor Cahn ging noch im selben Jahr eine neue Ehe ein.

Wir wissen nicht, wann Julie Cahn mit ihren drei Töchtern nach Hamburg zurückkehrte. Sie muss aber spätestens 1937 wieder in Hamburg gelebt haben, denn im Hamburger Adressbuch von 1938 ist sie mit der Adresse Brahmsallee 23 im Stadtteil Harvestehude eingetragen. Hier bewohnte sie eine Kellerwohnung.

Für ihre Töchter hatte Julie Cahn nach der Scheidung die Vormundschaft zugesprochen bekommen. Sie war aber nicht in der Lage, für ihre Kinder zu sorgen. Das zeigt ein Schreiben des Jugendamtes des „Jüdischen Religionsverbandes“ vom 5. August 1938, nach dem Julie Cahn einen Monat vorher „in Berlin anscheinend wegen Geisteschwäche aufgegriffen“ worden war.



Wohnhaus Brahmsallee 23  
*Christina Igla*

Die Mädchen waren zu dieser Zeit auf öffentliche Kosten im Mädchenwaisenhaus „Paulinenstift“, Laufgraben 37, im Stadtteil Rotherbaum, untergebracht. Zurück in Hamburg wurde Julie Cahn am 11. August 1938 in das Versorgungsheim Hamburg–Farmsten eingewiesen. Sie verließ jedoch das Heim ohne Papiere, irrte in Hamburg umher und kam ab 20. September 1938 in die Psychiatrische und Nervenlinik der Hansischen Universität in Friedrichsberg. Hier wurde diagnostiziert, dass Julie Cahn unter einer schweren Depression litt. Sie galt als „geistig gebrechlich“ und wurde am 10. November 1938 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt. Wir wissen nicht, wie es ihr dort erging. Ihre Patientenakte existiert nicht mehr. Julie Cahn, die bei ihrer Aufnahme in Langenhorn 34 Jahre alt war, blieb bis zum September 1940 in der Anstalt.

Mit der nicht nur vorübergehenden Aufnahme Julie Cahns in Langenhorn stand außer Zweifel, dass sie nicht mehr für ihre Töchter würde sorgen können. Ein Onkel von Julie, Alfred Horwitz, vermutlich ein Bruder ihres Vaters, der in Malmö/Schweden lebte, war bereit, die Kinder bei sich aufzunehmen. Daraufhin verließen Eva, Hanna und Suse Cahn am 10. Januar 1939 Deutschland und reisten nach Schweden.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Julie Cahn. In dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Julie Cahns Tochter Eva Foiershtein hinterlegte 1988 bei Yad Vashem ein Zeugenblatt (Page of Testimony), in dem sie den Mord an ihrer Mutter festhielt. An Julie Cahn erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Harvestehude, Brahmsallee 23.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 232-5 Amtsgericht Hamburg – Vormundchaftswesen 191 Julie Cahn/Victor Cahn; 332-5 Standesämter 14185 Geburtsregister Nr. 1034/1904 Julie Horwitz, 8780 Heiratsregister Nr. 602/1923 Julie Horwitz; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Julie Cahn der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadtarchiv Leipzig, Geburtsregister Standesamt Leipzig I, Nr. 4876/1899 Victor Cahn.

■ **Sella Amalia Cohen,**

**geb. am 7. 10. 1893 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Sella Amalia Cohen war das zweitjüngste von fünf Kindern des jüdischen Ehepaares Joseph Hirsch Cohen und Bertha, geborene Simon.

Bertha Simon kam 1857 als Tochter des „Gold- und Silberarbeiters“ Isaac Behr Simon und seiner Ehefrau Sara, geborene Frank, in der Neustädter Neustraße 86 zur Welt. Berthas Vater war ein „bekannter Juwelier“ in der Wexstraße 1.

Berthas Ehemann, Joseph Hirsch Cohen, geboren am 12. September 1845, stammte aus Wesselburen, Kreis Dithmarschen. Wann sie den Geschäftsreisenden Joseph Hirsch Cohen, geboren am 12. September 1845, heiratete, ist nicht bekannt.

Bei der Geburt von Bertha und Joseph Hirsch Cohens Tochter Sella lebte die Familie Cohen in der Rosenhofstraße 10 im damaligen Stadtteil Hamburg-St. Pauli (heute Sternschanze). Ihr Bruder Henry Jire wurde am 12. September 1892 in der Altonaerstraße 60, ebenfalls St. Pauli, geboren. Die Schwestern Rosa Therese, geboren am 1. März 1896, Minna Lea, geboren am 14. Februar 1897, und Ella Wilhelmina, geboren am 22. Mai 1899, kamen in der Wohnung im Alten Steinweg 63 in der Hamburger Neustadt zur Welt. Minna Lea starb am 16. August 1897, Ella Wilhelmina am 9. Juli 1899.



Sella Amalia Cohen 1920  
*UKE/IGEM*



Sella Amalia Cohen, April 1936  
*StaH*

Joseph Hirsch Cohen war während seiner Militärzeit als „Gemeiner“ (d. h. ohne militärischen Rang) schwer verletzt worden. Nach einem Schenkel- und einem doppelten Leistenbruch wurde er 1876 aus dem aktiven Dienst entlassen. Er starb am 2. August 1915.

Sella und ihre Schwester Rosa erlernten nach ihrer Schulzeit den Beruf der Kontoristin. Beide lebten im Haushalt ihrer Mutter. Am 25. Oktober 1918 wurde die 25-jährige Sella wegen „Melancholie“ aus dem Israelitischen Krankenhaus in die „Irrenanstalt Friedrichsberg“ eingewiesen. Nach kurzzeitiger Entlassung auf Wunsch der Mutter erfolgte Anfang 1919 Sellas erneute Aufnahme mit der Begründung „einfache Seelenstörung“. Der Aufnahme war ein Gutachten des damaligen Ober- und späteren Chefarztes der psychiatrischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Altona, Walter Julius Otto Cimbald, beigelegt. Darin beschrieb er Sella wie folgt: „Untersetztes, am ganzen Körper und im Gesicht braungefärbtes, angeblich 25-jähriges Mädchen, von grazilem Körperbau, in mäßigem Ernährungszustand, ausgesprochener Zigeunertypus.“ Es ist nicht erkennbar, ob Cimbalds abfällige Beschreibung Einfluss auf Sellas Behandlung hatte. Cimbald trat im Mai 1933 der NSDAP bei und übernahm Funktionen in der gleichgeschalteten „Deutschen allgemeinen ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie“.

Sella Amalia Cohen blieb mit kurzen Urlaubsunterbrechungen in Friedrichsberg, bis am 30. April 1923 ihre Verlegung in die Staatskrankenanstalt Hamburg–Langenhorn erfolgte.

1928 stimmte ihre Mutter Bertha zu, Sellas diagnostizierte Schizophrenie mit einer „Fieberbehandlung“ zu therapieren. Nach damaligem Stand der Wissenschaft wurden Patientinnen und Patienten mit Malaria-Erregern infiziert, um durch eine hochfieberhafte Erkrankung eine „Umstimmung“, eine veränderte Reaktion, herbeizuführen. Sellas Zustand blieb jedoch unverändert. Weitere therapeutische Maßnahmen während ihres langjährigen Aufenthalts in Langenhorn wurden anscheinend nicht mehr unternommen. Am 28. Oktober 1937 kam Sella Cohen in das Versorgungsheim Oberaltenallee.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Sella Amalia Cohen. Die Menschen wurden noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses Brandenburg mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Sella Cohens Schwester Rosa Cohen und deren Ehemann Bernhard Weil, geboren am 23. Juli 1886, wurden am 8. November 1941 nach Minsk deportiert. Auch Bernhard Weils geschiedene Ehefrau, Fanny Weil, geborene Simons, geboren am 12. Dezember 1883 in

Köln, wurde deportiert, und zwar am 30. Oktober 1941 von Köln nach „Litzmannstadt“ (Łódź).

Henry Jire Cohen, Sellas Bruder, heiratete im Juni 1920 Karoline Michaelis, geboren am 24. Juni 1897 in Berlin-Adlerhof. Das Ehepaar Cohen bekam zwei Söhne, Joachim, geboren am 7. April 1922, und Norbert Nathan, geboren am 29. September 1924.

Am 15. Juni 1938 wurde das Ehepaar Henry Jire und Karoline Cohen im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel (bis 1936 KZ Fuhlsbüttel) inhaftiert. Nach einer kurzen Verhandlung im Strafjustizgebäude, die von einem Richter in SS-Uniform geleitet wurde, erhielt Henry Jire Cohen die Auflage, Deutschland so schnell wie möglich zu verlassen. Er flüchtete Ende Dezember 1938 aus Deutschland und fand in Shanghai Aufnahme.

Karoline Cohen, ihre Mutter Johanna Michaelis und ihre Schwiegermutter Bertha Cohen wurden am 19. Juli 1942 mit den Kindern Norbert Nathan und Joachim nach Theresienstadt deportiert. Bertha Cohen starb knapp drei Monate später am 13. Oktober 1942, laut offizieller Todesfallanzeige an einem Darmkatarrh und Altersschwäche.

Johanna Michaelis wurde am 15. Oktober 1944 von Theresienstadt nach Auschwitz deportiert. Joachim Cohen folgte ihr nur einen Tag später. Karoline Cohen und ihr jüngster Sohn Norbert Nathan befanden sich drei Tage später, am 19. Oktober, im nächsten Transport nach Auschwitz in den sicheren Tod.

Henry Jire Cohen, der sich in Shanghai als Schuhmacher durchschlug, überlebte als Einziger seiner Familie. Er starb am 30. Dezember 1967 in Amerika.

Die hier nur kurz angerissenen Schicksale von Bertha Cohen, geborene Simon, ihren Kindern, Schwiegerkindern und Enkeln Joseph Cohen, Henry Jire Cohen, Joachim Cohen, Karoline Cohen, Norbert Nathan Cohen, Bernhard Weil, Rosa Therese Weil, geborene Cohen, werden in einer gesonderten biografischen Darstellung beschrieben, die in dem Band „Stolpersteine in Hamburg-Neustadt“ der Reihe „Stolperstein in Hamburg. Biographische Spurensuche“ erscheint.

An Sella Amalia Cohen erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 56.

*Susanne Rosendahl*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 450 Sterberegister Nr. 1109/1899 Ella Wilhelmine Cohen, 2400 Geburtsregister Nr. 896/1896 Rosa Therese Cohen, 9082 Geburtsregister Nr. 2193/1892 Henry Jire Cohen, 9093 Geburtsregister Nr. 2470/1893 Sella Amalia Cohen, 13172 Geburtsregister Nr. 1722/1899 Ella Wilhelmine Cohen; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn 1995 Abl. 1 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941, 1995 Abl. 2 Nr. 14456 Patientenakte Sella Amalia Cohen; 351-14 Arbeits- und Sozialfürsorge – Sonderakten – 1066 (Bertha Cohen); UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Sella Amalia Cohen der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Sella Amalia Cohen der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Klee, Personenlexikon.

■ **Felix Cohn,**

**geb. am 2. 5. 1864 in Freienwalde, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Felix Cohn kam am 2. Mai 1864 in Freienwalde als Sohn von Moritz und Therese Cohn, geborene Cohn, zur Welt. Die Eltern gehörten dem jüdischen Glauben an. Freienwalde war eine kleine Stadt im damaligen Kreis Saatzig in Pommern (heute Chociwel Woiwodschaft Westpommern).

Es ist nicht bekannt, wie Felix' erste Lebensjahrzehnte verliefen. Im Jahr 1914 ist ein erster kurzer Aufenthalt in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ vermerkt. Von dort wurde er im Dezember 1914 in die „Irrenanstalt Langenhorn“ eingewiesen. Diese Anstalt wurde bald nach dem Ersten Weltkrieg in „Staatskrankenanstalt Langenhorn“ umbenannt. Hier blieb Felix Cohn, soweit nach den Akten erkennbar, mit einer kurzen Unterbrechung bis August 1935. Sein Krankheitsbild ist nicht überliefert.

Von Langenhorn kam Felix Cohn in die Ricklinger Anstalten und lebte dort, als deren Leiter Oskar Epha im Frühjahr 1938 vier jüdische Heimbewohner (Felix Cohn, Benjamin Engländer, Erland Walter Friedmann und Oscar Löwenthal, siehe jeweils dort) gegen nichtjüdische Patienten austauschen wollte. Angeblich befürchtete die Anstaltsleitung, den Status der Gemeinnützigkeit und damit verbundene Steuervergünstigungen zu verlieren, „wenn nicht ausnahmslos deutsche Patienten bei uns aufgenommen werden“. Ab 22. April 1938 befand sich Felix Cohn wieder in der Anstalt Langenhorn.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Felix Cohn. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Für Felix Cohn konnte eine persönliche Adresse in Hamburg nicht nachgewiesen werden, sodass bisher kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönin, Hamburg (Projektgruppe zur Erfor-

schung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Felix Cohn der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Peter Sutter, Der sinkende Petrus. Rickling 1933–1945, Rickling 1986, S. 173 f., 247.

■ **Max Isaak Daicz,**

**geb. am 30. 5. 1921 in Lübeck, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

■ **Julius Hermann Daicz,**

**geb. am 18. 1. 1923 in Lübeck, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Max Isaak und Julius Hermann Daicz (bisweilen auch Deicz geschrieben) wurden 1930 bzw. 1931 im Alter von neun und sechs Jahren in das Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk bei Lübeck aufgenommen. Bei beiden war eine geistige Behinderung diagnostiziert worden.

Die Eltern von Max und Julius, der Schneidermeister Albert Daicz, geboren am 20. Dezember 1894, und seine Frau Chana (Anna), geborene Finkelberg, geboren am 17. Oktober 1893, stammten aus dem galizischen Ort Brzeziny. 1920 siedelte das Ehepaar mit den älteren Töchtern Gisela, geboren am 20. Februar 1917, und Esther, geboren am 15. April 1919, nach Lübeck über. Hier wurden die beiden Söhne geboren: Max Isaak am 30. Mai 1921 und Julius am 18. Januar 1923. Am 13. September 1926 kam schließlich die jüngste Tochter Hanny Rosa zur Welt.

Max Isaak wurde zu Ostern 1928 in die Lübecker Marienschule eingeschult, die sich unweit des Elternhauses am Langen Lohberg befand. Inwieweit seine geistigen Einschränkungen vor der Einschulung sichtbar wurden, lässt sich nicht sagen. Mit anderthalb Jahren habe er laufen gelernt, mit drei Jahren zu sprechen begonnen, gab seine Mutter gegenüber dem Jugendamt im Mai 1928 an.

Seine Klassenlehrerin der Anfangsklasse 8b stellte ihre Beobachtungen in einem mehrseitigen Beobachtungsbogen zusammen. Sie beschrieb Max als einen Jungen, der „zwar von schwacher Körperbeschaffenheit, aber nicht kränklich“ sei, dessen „Nerven zerrüttet“ schienen. Er „arbeite in keiner Weise im Unterricht“, sei „ungeheuer passiv“, „leicht abgelenkt“ und „schnell ermüdet“. Sein Wille sei „schwach entwickelt“ und die „Erregbarkeit sehr gering“. Zu Gedächtnis und Phantasie hätten sich „keine Beobachtungen“ machen lassen, zu „sprachlichem Ausdruck“ sei er „nicht zu bewegen“. Mit dieser Beurteilung wurde Max Isaak zu Ostern 1929 „der Hilfsschule zugewiesen“. Dies war die Berend Schrödersche Schule, die damals ihr Gebäude in der Fleischhauerstraße 43 hatte. Max Isaak besuchte sie etwa ein Schuljahr.

Am 21. Januar 1930 wurde er vom Jugendamt Lübeck dem Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk zugewiesen. Sein jüngerer Bruder folgte ihm anderthalb Jahre später. Auch Julius war zunächst regulär in der Marienschule eingeschult worden, doch schon nach wenigen Wochen, am 27. Juni 1930, wandte sich der Schulleiter H. Drews an die Oberschulbehörde zu Lübeck: „Der Schüler Julius Daicz, Klasse 8c der Marienschule, ist seiner geistigen Veranlagung nach nicht befähigt, einem normalen Grundschulunterricht zu folgen. In seiner Auffassung ist er äußerst zerfahren und langsam, zu einer Antwort nur sehr schwer zu bringen, zu einer sonstigen Leistung in der Klasse überhaupt kaum. Er lächelt meistens, wenn er gefragt wird, stört durch dauernde Unruhe, läuft in der Klasse umher, klettert und schwatzt. Er ist bereits voriges Jahr nach halbjährigem Schulbesuch auf ärztliches Gutachten zurückgestellt. Da keine Aussicht besteht, daß er das Klassenziel erreicht, empfiehlt es sich, ihn einer besonderen Beschulung, etwa der Hilfsschule zuzuführen.“

Am 12. Juli 1931 wurde auch Julius Daicz im Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk aufgenommen.

Hatte das Ehepaar Daicz schon wegen seiner beiden Söhne erhebliche Sorgen, so erschwerten die nationalsozialistischen Machthaber nach ihrem Machtantritt im Januar 1933 die Lebensbedingungen der jüdischen Einwohner und damit auch dieser Familie zunehmend. Florierte vor 1933 der Schneiderbetrieb von Albert Daicz, der regelmäßig zwei bis drei Angestellte beschäftigte, so ging das Geschäft nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten rapide durch Boykott zurück. Ab 1934 konnte Albert Daicz seine Familie nicht mehr ernähren. Sie war nun auf die Einkünfte der beiden älteren Töchter angewiesen.

Die jüngste Tochter Hanny Rosa (Rosi) besuchte nach der Grundschulzeit in der Lübecker Burgschule ab März 1938 die Geibel-Mädchen-Mittelschule. Nach dem Erlass vom 15. November 1938 war jüdischen Kindern und Jugendlichen der Besuch „deutscher Schulen“ nicht länger gestattet. Am 13. Dezember 1938 teilte die Geibel-Mittelschule dem Schulamt mit, dass Rosi Daicz aus der Klasse 6b ausscheide.

Albert Daicz war am 9. November 1938 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht worden. Während seiner Abwesenheit traf ein Schreiben ein, das der Familie vollends die Existenzgrundlage raubte: Die Lübecker Handwerkskammer hatte den Schneider Albert Daicz aus der Handwerksrolle gelöscht.

Albert Daicz konnte Anfang 1939 mit anderen Männern aus Lübeck nach Shanghai emigrieren und so unter schweren und traurigen Bedingungen überleben. Seine Familie wollte er nachholen, was aber trotz vielfacher Bemühungen nicht gelang.

In den Briefen der Schwestern Bertha und Dora Lexandrowitz an ihre Verwandten in Shanghai ist einiges über Anna Daicz und ihre Kinder zu lesen. Im November 1939 schreibt Rosi einen Gruß unter den Brief: „Meine Lieben! Da ich gerade hier bin, möchte ich einen Gruss zuschreiben. Mir geht es gut. Dasselbe hoffe ich auch von Euch zu hören. Grüßen sie bitte Papa von mir, wenn Sie ihn sehen. Viele Grüsse Rosi.“

Aus den Briefen geht auch hervor, dass Anna Daicz' Mutter Malka Finkelberg lange im Krankenhaus liegen und schließlich in der Familie zu Hause über mehrere Monate bis zu ihrem Tod im Februar 1940 gepflegt werden musste.

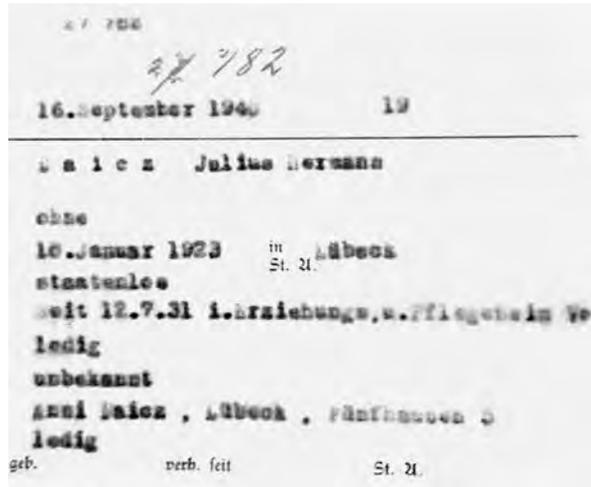
Im September 1940 traf die Familie ein weiterer Schicksalsschlag. Mit dem auf den 1. September zurückdatierten Erlass Adolf Hitlers, nach dem „nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann“,

begann ein beispielloses Mordprogramm, dem mehrere Hunderttausend Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung bzw. psychischer Erkrankung zum Opfer fielen. Nur diejenigen, die als Arbeitskräfte eingesetzt werden konnten, hatten eine geringe Überlebenschance. Diese Ausnahme galt nicht für Jüdinnen und Juden.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Max Isaak und Julius Hermann Daicz trafen am 16. September 1940 dort ein.

Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und dort noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion enthielten Sterbemitteilungen falsche Angaben, in denen behauptet wurde, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Entsprechend wurde auf dem Geburtsregistereintrag von Max Isaak Daicz notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 425f/1941 registriert hat. Auf dem von Julius Hermann wurde die Registernummer 466/1941 vermerkt.

Am 19. Februar 1941 schrieb Bertha Lexandrowitz nach Shanghai: „Am Sonntag bin ich dann allein zum Friedhof nach Moisling gefahren. (Gisela Daicz wollte mich begleiten,



Patienten-Karteikarte der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn für Julius Hermann Daicz  
*StaH*

aber konnte nicht, da sie gerade am Freitag vorher die Todesnachricht ihrer beiden Brüder bekommen hatte u. natürlich sehr kaputt war.) Infolge der Schneeschmelze stand das Wasser ½ m hoch u. ich konnte trotz der Gummistiefel von Rosi Daicz mich gar nicht an den Gräbern aufhalten. Mein Herz war mir ganz zerbrochen.“ Die Nachricht vom Tod der beiden Söhne wurde der Familie offenbar erst verspätet mitgeteilt.

Am 17. Oktober 1941 fand in Hamburg die Hochzeit von Esther Daicz mit Rudolf Bähr statt. Nur wenige Tage nach der Heirat wurde Esther mit ihrem Mann am 8. November 1941 von Hamburg nach Minsk deportiert und kehrte nie zurück. Einen Monat später, am 6. Dezember 1941, folgte für Anna Daicz und ihre Töchter Gisela und Rosi die sogenannte Evakuierung nach dem Osten, die Deportation nach Riga. Es ist nicht bekannt, ob sie bereits in den ersten Monaten im Lager Jungfernhof ums Leben kamen, ob sie zu den vielen Opfern der Erschießungen im Wald von Biķernieki im Februar und März 1942 gehören oder ob sie noch längere Zeit im Getto Riga oder einem der Konzentrationslager eingesperrt und zu harter Arbeit gezwungen waren.

Albert Daicz schlug sich als Flickschneider im Getto von Shanghai durch. Im Verzeichnis der Flüchtlinge in Hongkew findet sich seine Adresse: 302/5 Zang Yang Lu. Im Jahr 1947 heiratete er ein zweites Mal. Sein Versuch, in Israel heimisch zu werden, schlug fehl. 1953 ging er nach New York und starb dort nach zehn Jahren verzweifelten Existenzkampfes am 13. März 1963.

Für Anna Daicz, geborene Finkelberg, Gisela Daicz, Hanny Rosa Daicz und Esther Bähr, geborene Daicz sowie Max Isaak und Julius Hermann liegen Stolpersteine in Lübeck, Fünfhausen 5, für Max Isaak und Julius Hermann Daicz auch in Lübeck, Triftstraße 139–143.

*Heidemarie Kugler-Weimann*

**Quellen:** 6; 8; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 362-6/10 Talmud Tora; Adressbücher und Meldekartei der Hansestadt Lübeck; Archiv der Hansestadt Lübeck, Staatliche Polizeiverwaltung 109, 110, 121, 126, Schul- und Kultusverwaltung 375; Datenpool JSHD der Forschungsstelle „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg; Landesarchiv Schleswig, Abt. 352 Kiel, 9043, 8059 und Abt. 761, 17959, 8146, 8147, 8148; Albrecht Schreiber, Zwischen Davidstern und Doppeladler. Illustrierte Chronik der Juden in Moisling und Lübeck, Lübeck 1992; Ursula Randt, Die Talmud Tora Schule in Hamburg 1805 bis 1942, Hamburg 2005; Sabine Reh, Von der „Idioten-Anstalt“ zu den Vorwerker Heimen, Lübeck 1997; Heidemarie Kugler-Weimann/Hella Peperkorn, „Hoffentlich klappt alles zum Guten ...“. Die Briefe der jüdischen Schwestern Bertha und Dora Lexandrowitz, Neumünster 2000, S. 69, 121; Zeitzeugengespräche; [www.stolpersteine-luebeck.de](http://www.stolpersteine-luebeck.de).

## ■ Fritz Daltrop,

**geb. am 24. 2. 1915 in Harburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Fritz Daltrop stammte aus einer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Harburg eingewanderten Familie jüdischen Glaubens. Er wurde am 24. Februar 1915 als der Sohn der Eheleute Theodor und Else Daltrop, geborene Baruch, in Harburg geboren.

Sein Vater, Theodor Daltrop, geboren 13. Februar 1881 in Gütersloh, war eines von sieben Kindern des jüdischen Ehepaares Joseph, geboren am 17. März 1847, und Rosa Daltrop, geborene Galizien, geboren am 15. November 1850. Theodors Vater stammte aus einer Familie, die in der ostwestfälischen Kreisstadt Gütersloh in der Kirchstraße 2 ein Geschäft für Schreibwaren und Bürobedarf betrieb und hohes Ansehen genoss. Eine Straße der Stadt ist nach der Familie benannt. Das Ehepaar Rosa und Joseph Daltrop bekam in Gütersloh außer Theodor noch drei Söhne, Max, geboren 1876, Oskar, geboren 1878, und Hermann, geboren 1879. Oskar starb bereits im Alter von elf Monaten.

Im Juni 1883 verlegten Rosa und Joseph Daltrop mit ihren drei Kindern den Wohnsitz nach Harburg. Dort kamen die Kinder Else, geboren am 13. Dezember 1886, Henny, geboren am 3. Januar 1889, und Felix, geboren am 25. März 1894, zur Welt.

Noch im Jahr des Umzugs nach Harburg gründete Joseph Daltrop in der Straße Großer Schippsee die Firma „J. Daltrop, Buchdruckerei, Papierhandlung, Kontorbedarf, Schreibmaschinen“. Zu den Großkunden gehörte bald kein Geringerer als der Harburger Magistrat. Sehr schnell wurde der Neubürger zu einer prägenden Kraft in der Harburger Synagogengemeinde, in der er fast zwanzig Jahre lang als Kultusvorsteher wirkte und sich mit aller Kraft für die Anpassung seiner Glaubensbrüder und -schwestern an die nichtjüdische Umwelt einsetzte. Er starb am 20. September 1934 und wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Harburg auf dem Schwarzenberg neben seiner 1931 gestorbenen Frau Rosa begraben.

Theodor Daltrop, Fritz Daltrops Vater, hatte vor dem Ersten Weltkrieg Else Baruch geheiratet, die ebenfalls aus einem jüdischen Elternhaus stammte. Das Ehepaar wohnte in der Straße Großer Schippsee 34. Theodor Daltrop betrieb in der Lüneburger Straße 29a ein Geschäft für Lederwaren und Reiseartikel, das am 1. April 1933 ebenso wie die Firma seines Vaters von dem Boykott betroffen war, zu dem der Harburger Magistrat und die Ortsgruppe der NSDAP aufgerufen hatten. Schneller als gedacht musste auch Theodor Daltrop wie viele andere jüdische Kaufleute dem zunehmenden Verfolgungsdruck Tribut zollen und sich schon bald von seinem Lederwarengeschäft in der Lüneburger Straße trennen. 1935 zog er mit seiner Familie in die Schlüterstraße 12 in Hamburg-Rotherbaum und später in die Zesenstraße 12 in Hamburg-Winterhude. Am 29. Oktober 1935 trat er der Jüdischen Gemeinde in Hamburg bei.

Fritz Daltrop, Theodor und Else Daltrops einziges Kind, wuchs in Harburg auf. Er besuchte mit sechs Jahren die Volksschule und später das Stresemann-Realgymnasium am

Alten Postweg in Heimfeld. Fritz Daltrop empfand das Familienleben als harmonisch. In einer längeren Betrachtung über sein Leben aus dem Winter 1932/33 schrieb der damals 17-Jährige:

„Meine Eltern gaben mir viel! Es war bei uns immer üblich, jedes Thema gemeinsam zu besprechen, gleichviel, ob es sich um politische, religiöse, literarische oder geschäftliche Fragen handelte. Mit zunehmenden Alter wurde meine Beteiligung an diesen Unterhaltungen (Discussionen) naturgemäss stärker. Zunächst in Politik, dann in Literatur und Religion bildete sich bei mir eine eigene Ansicht, und ich erinnere mich noch mit Stolz des Augenblicks als ich zum ersten Mal einen Vortrag in rerum politicarum zu halten wagte und darum meinem hochofregreuten Vater entschieden widersprach. Die Politik war ja in der Tat eine Angelegenheit, die ich aus eigener Erfahrung zu kennen berechtigt war. Abgesehen von den Schimpfworten und Anpöbeleien, die alltäglich deshalb mit der Faust oder garnicht zu erwidern waren, gab es stets aufgeschnappte oder gar eingehämmerte Urteile über Blut, Rasse, Sitten und Religion im Kreise meiner Kameraden zu hören. Wer diese Argumente in ihrer Eindringlichkeit und Wirkung auf die kritiklose Jugend kennt, weiss, wie schwer es oft ist, im Augenblick Gegengründe zu finden. Er weiss auch, wie wichtig sofortiges Antworten ist. Für mich ergab sich daher die Notwendigkeit ‚Abwehrmaterial‘ zu studieren und so bewaffnet ‚Reden zu halten‘. Das war ‚meine‘ Politik: zunächst eine empörte und leidenschaftliche Abwehr; dann die Feststellung, dass Politik eine unglaublich nüchterne Sache ist, in der es um Vorteile geht, wo viel Ziele, aber keine Ideale sind und die Führer alles andere als gute Menschen zu sein pflegen; endlich die Ueberzeugung, dass Politik eine wesentlich wirtschaftliche Angelegenheit ist und sein muss.

Die Zeit meiner politischen war auch die Zeit meiner menschlichen Entwicklung, und ich habe der Politik da manches zu danken. Selbstsicherheit, Selbständigkeit und Selbstbewusstsein bekam ich, als ich mich allein gegen eine Uebermacht durchsetzen musste. Ferner: Ein dickes Fell, wachsende Unempfänglichkeit für Provokationen und das Gefühl: Du kannst mir mal. Kurz: Ich bin der Politik dankbar.

Man sieht: Das Judesein bringt so allerhand mit sich. Der Leser komme nicht zu kurz und erfahre: Wir sind Juden, leben aber nicht im Sinne des jüdischen Rituals. Mir sind Gebräuche und Sitten bekannt, da ich einen guten Religionsunterricht gehabt habe; doch treibt mich nichts dazu, diesen Sitten entsprechend zu leben.“

Sein Vater erzählte: „Fritz galt in der Schule als einer der Besten. Das Abitur bestand er 1933 mit ‚gut‘ und auch die zweijährige kaufmännische Lehre von Mai 1933 bis Februar 1935 bei der Import- und Exportfirma Hugo Knobloch & Co. in der Hamburger Esplanade 6 beendete er zur großen Zufriedenheit seines Lehrherrn.“ Seine Eltern schilderten ihn als fügsam, leicht lenkbar, offen, liebenswürdig, gefällig, gesprächig, fleißig, planmässig arbeitend und lernend, vielseitig interessiert, sprachbegabt und hilfsbereit. Er soll auch ein guter Gesellschafter gewesen sein, In seiner freien Zeit trieb er viel Sport, war ein guter Tennisspieler, Schwimmer, Hockey- und Fußballspieler.

Da die Studienmöglichkeiten für Fritz Daltrop in Deutschland begrenzt waren, ermöglichten seine Eltern ihrem hochbegabten Sohn 1935 ein Studium in den USA. Fritz traf mit dem Passagierdampfer „Washington“ am 8. März 1935 in New York ein. Dort hatte er schon bald einen Freund, Wm. Baruch, der wahrscheinlich zu dem Familienzweig seiner Mutter gehörte. Fritz' Eltern hegten die Hoffnung, dass ihre amerikanischen Verwandten ihn wohlwollend begleiten und tatkräftig unterstützen würden.

Doch der Aufenthalt verlief anders als gedacht. Fritz Daltrop arbeitete etwa zwei Jahre in mehreren Stellungen: in einer Reklameagentur, zwischendurch auch als Fabrikarbeiter, Bote, Packer, Büroangestellter und als Lagerist. Nach einem später in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg verfassten Lebenslauf will er Schüler des Teachers College der Columbia Universität sowie anderer Ausbildungsinstitute insbesondere auf den Gebieten Werbung, Vertrieb, Ökonomie gewesen sein.

Die ersten Anzeichen einer Erkrankung zeigten sich in Briefen, die Fritz Daltrop im Januar 1936 aus Amerika an seine Eltern schrieb. Darin spricht er davon, seine Briefe würden gelesen, seine Gespräche abgehört, man treibe um ihn Spionage. Im März 1936 schrieb er, er geniere sich, ins Geschäft oder in seinen Sportklub zu gehen, weil man ihn für einen Homosexuellen halte und man ihn überall daraufhin ansehe. Im Mai 1936 glaubte er sich von „K-Strahlen“ verfolgt und wandte sich hilfeschend an die Polizei. Darauf folgte ein vierzehntägiger Krankenhausaufenthalt. Ein Erholungsaufenthalt in Port Chester im Staate New York schloss sich an.

Schon bald geriet Fritz Daltrop in finanzielle Schwierigkeiten, die er trotz aller guten Vorsätze nicht aus eigener Kraft meistern konnte. Da er seine Eltern über seine finanzielle Situation und ihre Folgen anscheinend im Unklaren gelassen hatte, waren Theodor und Else Daltrop sehr bestürzt, als sie eines Tages erfuhren, dass ihr Sohn in den USA völlig orientierungslos beim Betteln auf der Straße aufgegriffen worden war. Sie wurden aufgefordert, ihn umgehend abzuholen.

Fritz Daltrop kehrte im Oktober 1936 aus den USA nach Hamburg zurück und arbeitete zwei Wochen bei seiner Lehrfirma Hugo Knobloch & Co. zur Aushilfe. Danach hielt er sich zu Hause bei seinen Eltern in der Schlüterstraße 12 auf, saß still herum, brütete vor sich hin und unternahm nur selten einen Spaziergang. Er hielt seine früheren Freunde für „Feinde“, die ihm schaden wollten. Oft las er Bücher oder Zeitungen, ohne nachher etwas über deren Inhalt zu wissen. Angebotenes Essen betrachtete er mit Misstrauen und fürchtete, es sei vergiftet.

Mit Zustimmung der Eltern wies der Nervenarzt Dr. Walter Zendig aus Eimsbüttel, Weidenstieg 7, Fritz Daltrop schließlich mit folgender Begründung in die Psychiatrische und Nervenklinik der Hansischen Universität in Friedrichsberg ein: „[...] bedarf wegen Geisteskrankheit (Schizophrenie) der Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Hat Beziehungsideen, abweisendes Verhalten, mangelnde Krankheitseinsicht und ist schutzbedürftig. Wird zur Insulinkur eingewiesen.“ Die Sanitätskolonne lieferte ihn am

2. Juni 1937 ein. Eine Sanitätskolonne war eine freiwillige organisierte Gruppe von Rettungshelfern, die in Kriegs- und Friedenszeiten Ersthelferdienste leisten konnte. Seine Mutter begleitete Fritz. Doch er wehrte sich. Der aufnehmende Arzt notierte: „Pat.[ient] will nicht krank sein, kommt auch nicht freiwillig, sondern ist hierhergebracht worden, gibt aber zu, dass er sich verfolgt fühle, gibt aber nicht an, wer und weshalb er verfolgt werde.“

Bei Fritz Daltrop wurde die Insulinschocktherapie vorgenommen. Diese Therapie, auch Insulinkur genannt, wurde in der Psychiatrie ab den 1930er-Jahren eingesetzt, um die Symptome von Krankheitsbildern wie Psychosen, Depressionen oder Drogensucht zu behandeln. Die Insulinschocktherapie ist heute aus dem psychiatrischen Alltag verschwunden. Nachdem kurz der Eindruck bestanden hatte, dass Fritz Daltrop freier und gelockerter wurde, stellte sich heraus, dass die Kur ohne Erfolg geblieben war.

Vier Monate später, am 10. November 1937, attestierte der Leiter der Psychiatrischen und Nervenlinik der Hansischen Universität, Professor Hans Bürger-Prinz, allerdings: „Eingeschlagene Therapiemaßnahmen haben den Gesundheitszustand so gefördert, das D. zu Garten- und Feldarbeit sehr gut verwendbar ist. Aus therapeutischen Gründen ist es dringlich zu empfehlen, D. in einen nach dieser Richtung hin geeigneten Arbeitskreis einzuordnen. D. macht in bezug auf seine soziale und gesellschaftliche Einordnung keine Schwierigkeiten. Er ist völlig geordnet, dabei zugänglich und in der äußeren Haltung diszipliniert.“ Es ist nicht bekannt, welche Therapiemaßnahmen zu der von Professor Bürger-Prinz festgestellten Besserung führten.

Möglicherweise führte Bürger-Prinz' Beurteilung zu Fritz Daltrops Entlassung aus Friedrichsberg. Doch bereits am 1. März 1938 kam Fritz freiwillig nach Friedrichsberg zurück und wurde am 10. Mai 1938 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Dort wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So enthält auch der Geburtsregistereintrag von Fritz Daltrop den Vermerk, dass das „Standesamt Chelm II“ Fritz Daltrops Tod unter der Nummer 373/1941 registriert hat.

Im März 1941 – ein halbes Jahr nach dem Tod seines Sohnes – beantragte Theodor Daltrop beim Hamburger Oberfinanzpräsidenten die Erteilung einer Genehmigung zur Überweisung eines Betrags von 446,- RM auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 17050, um die Kosten in Höhe von 381,- RM für die Pflege seines Sohnes vom 26. September

1940 – 30. Januar 1941 und in Höhe von 65,- RM für seine Einäscherung zu bezahlen. Der Hamburger Oberfinanzpräsident erteilte am 3. April 1941 seine Genehmigung. Dies zeigt, dass auch das Todesdatum von Fritz Daltrop, wie in allen anderen bekannten Fällen, fingiert und weit über sein tatsächliches Ableben hinausgeschoben worden war.

Bereits am 29. Dezember 1938 hatte Theodor Daltrop sein Grundstück in der Lüneburger Straße 29a unter Wert veräußern müssen. Über den Erlös konnte er nicht frei verfügen. Die Summe musste auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, auf das er nur mit Genehmigung des Hamburger Oberfinanzpräsidenten Zugriff hatte. Im April 1939 wurde sein gesamtes Vermögen einer „Sicherungsanordnung“ unterstellt. Während die zu zahlende „Judenvermögensabgabe“ in Höhe von 4650,- RM ohne seine Veranlassung

abgebucht wurde, musste er den Antrag auf Bewilligung des Betrags für seine monatlichen Lebenshaltungskosten detailliert begründen. Dafür wurde ihm zunächst ein Betrag von 800,- RM genehmigt, der fünf Monate später im September 1939 um 250,- RM gekürzt wurde. Auch die von Theodor Daltrop zu zahlenden Pflegekosten für seinen Sohn fielen unter die Verfügungsbeschränkung infolge der Sicherungsanordnung. Deshalb konnte er die benötigten Beträge jeweils nur auf besonderen Antrag entnehmen.

Im Oktober 1941 mussten Theodor und Else Daltrop ein detailliertes Vermögensverzeichnis erstellen, da sie inzwischen einen „Evakuierungsbefehl“ erhalten hatten, wie die Deportation mit nachfolgender Enteignung umschrieben wurde. Zwei Tage nach dem Auswanderungsverbot für Juden bestiegen sie den Zug, der am 25. Oktober 1941 mit 1032 anderen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs vom Hannoverschen Bahnhof in der heutigen Hafen-City nach Łódź fuhr. Für sie – wie für 1014 andere Hamburger Jüdinnen und Juden – war die Fahrt nach „Litzmannstadt“, wie die Stadt in der NS-Zeit hieß, eine Reise in den Tod.

Schon vor der Abfahrt hatte Else und Theodor Daltrops Schwägerin Thekla Daltrop ihrem Leben ein Ende gesetzt. An sie erinnert ein Stolperstein auf dem Großeumarkt 56



Fritz Daltrop, Mai 1937

*UKE/IGEM*

in der Hamburger Neustadt. Keine vier Wochen später wurde Theodor Daltrops Schwester Henny Hansen am 18. November 1941 im Alter von 52 Jahren von Hamburg nach Minsk deportiert. Auch sie gehört zu den Opfern des Holocaust. Für sie liegt ein Stolperstein in der Lüneburger Straße 35 in Hamburg-Harburg.

Neben dem Stolperstein für Fritz Daltrop liegen Stolpersteine in Hamburg-Harburg, Großer Schippsee 34, für seine Eltern Else und Theodor Daltrop. Für Theodor Daltrop liegt ein weiterer Stolperstein in Gütersloh, in der Kirchstraße 2.

*Klaus Möller/Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident R 3470/1938 Daltrop; 332-5 Standesämter 1139 Sterberegister Nr. 387/1941 Thekla Daltrop, 3533 Heiratsregister Nr. 719/1927 Hermann Daltrop/Thekla Fuchs, 9781 Sterberegister Nr. 931/1920 Max Daltrop, 11774 Sterberegister Nr. 1195/1915 Felix Daltrop, 11831 Sterberegister Nr. 692/1934 Joseph Daltrop, 12877 Geburtsregister Nr. 791/1886 Else Daltrop, 12883 Geburtsregister Nr. 11/1889 Henny Daltrop, 12898 Geburtsregister Nr. 449/1894 Felix Daltrop, 351-10 I Sozialbehörde I StW 30.11 Bd. 2; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 430-5 Dienststelle Harburg, Ausschaltung jüdischer Geschäfte und Konsumvereine, 1810-08, Bl. 89 ff.; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Fritz Daltrop der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Fritz Daltrop der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadtarchiv Volkmarsen, Geburtsregister Nr. 72/1887 Else Baruch; Stadtarchiv Gütersloh, Geburtsregister Nr. 15/1881 Theodor Daltrop, Geburtsregister Nr. 22/1879 Hermann Daltrop, Geburtsregister Nr. 93/1876 Max Daltrop, Sterberegister Nr. 9/1879 Oskar Daltrop; Werner Freitag (Hrsg.), Geschichte der Stadt Gütersloh, Bielefeld 2003, S. 285; Eberhard Kändler/Gil Hüttenmeister, Der jüdische Friedhof Harburg, Hamburg 2004; Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke, Hamburgische Biographie. Personenlexikon, Bd. 3, Göttingen 2006, S. 69–71; Anna von Villiez, Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung „nicht arischer“ Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945, Hamburg 2009, S. 426 (Walter Zendig); <https://de.wikipedia.org/wiki/Insulinschocktherapie> [25. 1. 2016]; <https://de.wikipedia.org/wiki/Sanit%C3%A4tskolonne> [25. 1. 2016]; [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Stolpersteine\\_in\\_G%C3%BCtersloh](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Stolpersteine_in_G%C3%BCtersloh) [25. 1. 2016].

### ■ **Regina Danciger, geb. Dawidowitz,**

**geb. am 8. 11. 1878 in Zloczew, Polen, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Regina (Rifka/Rivka/Rywka) Danciger wurde am 8. November 1878 in Zloczew in der Nähe von Łódź in Polen als Regina Dawidowitz geboren. Sie war verheiratet mit dem 1869 in Widawa, Polen, geborenen Kaufmann Wolf Danciger. Das Ehepaar hatte fünf Töchter: Sara Sonja, geboren am 22. April 1898, verheiratete Amstein, wohnhaft in Berlin, Frymetta (Fimetta), geboren am 21. Dezember 1899, Jochaweta, geboren am 13. November 1903,

Blima (Bluma), geboren am 25. Oktober 1906, und Dora (Dwora/Devora), geboren am 29. April 1910. Mit Ausnahme von Sara Sonja, die in Zloczew zur Welt kam, wurden alle anderen Töchter in Widawa geboren.

Die Familie besaß die polnische Staatsbürgerschaft und gehörte dem jüdischen Glauben an. Reginas Ehemann Wolf war tief religiös.

Als die Familie Danciger nach Deutschland einwanderte, lebte sie zunächst im liberalen Altona in der Straße Schulterblatt 35, ab etwa 1934 in der Heidestraße 18 (heute Heidestraße 8) in Hamburg.

Das Ehepaar Danciger betrieb ein Geschäft für Korsetts in der Hoheluftchaussee 127. Dieses Geschäft war auch am Sonnabend geöffnet. An diesem Tag stand Regina Danciger im Laden, weil eine Tätigkeit Wolf Dancigers am Shabath mit seinen religiösen Pflichten nicht zu vereinbaren war. Die Familie führte zusätzlich ein Schuhreparaturgeschäft unter derselben Adresse, jedoch unter dem Namen von Dwora Danciger. Im Hamburger Adressbuch und auf der Kultussteuerkarte werden auch Sonja und Regina Danciger für das Korsettgeschäft und Blima für das Schuhreparaturgeschäft als Inhaberinnen genannt.

Familie Danciger litt ab 1933 wie alle Menschen jüdischer Herkunft unter den ständig anwachsenden Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen durch die Nationalsozialisten. Dies dürfte Blima Danciger veranlasst haben, Hamburg zu verlassen. Sie emigrierte 1937 nach Belgien und heiratete dort am 27. Oktober desselben Jahres Aron Rosenblum. Das Ehepaar hatte eine Tochter, Judith. Die Familie überlebte, indem sie unter unwürdigen Bedingungen von Versteck zu Versteck wechselte.

Wolf Danciger gehörte zu den rund tausend Hamburger Jüdinnen und Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die am 28. Oktober 1938 von Kräften der Ordnungspolizei und der Gestapo verhaftet, mit der Eisenbahn vom Bahnhof Hamburg-Altona deportiert und nahe der polnischen Stadt Zbąszyń (deutsch: Bentschen) auf brutale Weise über die deutsch-polnische Grenze getrieben wurden. Das Schicksal der meisten von ihnen ist nicht dokumentiert. Eine Minderheit der Ausgewiesenen erhielt in der ersten Hälfte des Jahres 1939 die Erlaubnis zur Rückkehr nach Hamburg unter der Bedingung, innerhalb weniger Wochen zu emigrieren.

Wolf Dancigers Schicksal ist ungeklärt. Seine Tochter Frymeta erklärte in den 1960er-Jahren: „Mein Vater Wolf Danciger ist 1938 nach Polen abgeschoben worden und dort umgekommen.“ Dagegen könnte ein Ermittlungsbericht der Zollfahndungsstelle Hamburg vom 7. Februar 1939 sprechen. Darin wird zu einem Radio-Apparat, der in einem Verzeichnis aufgeführt war, vermerkt: „Es handelt sich um ein hochwertiges, neuzeitiges Radiogerät im Wert von RM 298,- welches nicht wie von D. am 28. 1. 1939 angegeben, vor 1 ½ Jahren beschafft wurde, sondern am 15. Mai 1938 gekauft worden ist.“ Wenn hier Wolf Danciger gemeint sein sollte, wäre er aus Zbąszyń vorübergehend zurückgekehrt. Weiter heißt es in dem Ermittlungsbericht, dass die Mitnahme eines Radiogerätes im Wert von 298,- RM zu versagen sei. „Danciger ist polnischer Staatsangehöriger. Sollte der Jude



**Transformatoren  
brennen im RÖF-Bad**  
HIERBERG, 2. Dezember. Die Transformatoren des RÖF-Bades sind am 2. Dezember im RÖF-Bad in Brand geraten. Die Ursache ist noch nicht bekannt. Die Transformatoren sind im RÖF-Bad in Brand geraten. Die Ursache ist noch nicht bekannt.

# Alle jüdischen Einzelhandelsgeschäfte Hamburgs werden geschlossen

**Bericht aus dem Amt des Gauwirtschaftsreferats über die Einladung der Hamburger Wirtschaft**

Am 2. Dezember hat das Amt des Gauwirtschaftsreferats die jüdischen Einzelhandelsgeschäfte in Hamburg zum 23. September 1940 zum Stillstand zu bringen. Die jüdischen Einzelhandelsgeschäfte sind zum 23. September 1940 zum Stillstand zu bringen. Die jüdischen Einzelhandelsgeschäfte sind zum 23. September 1940 zum Stillstand zu bringen.

**„Talgemeinschaft!“**  
Hamburg, 2. Dezember. Die jüdischen Einzelhandelsgeschäfte sind zum 23. September 1940 zum Stillstand zu bringen. Die jüdischen Einzelhandelsgeschäfte sind zum 23. September 1940 zum Stillstand zu bringen.

Auszug aus dem Hamburger Tageblatt vom 2. Dezember 1938  
StaH

Danciger auf die Mitnahme des Apparates besonderen Wert legen, und sich freiwillig bereit erklären, eine Dego-Abgabe in Höhe von RM 600,- zu entrichten, so ist gegen die Freigabe des Apparates nichts einzuwenden.“ Die Dego-Abgabe war zur Zeit des Nationalsozialismus bei „Auswanderungen“ an die Deutsche Golddiskontbank zu entrichten. Danach verliert sich Wolf Dancigers Spur.

Außer der Deportation Wolf Dancigers belasteten die Ereignisse des Pogroms vom 9. November 1938. Angriffe auf die beiden Geschäfte der Dancigers oder Zerstörungen sind nicht überliefert. Der durch die Pogromnacht entstandene psychische Druck wird in jedem Fall immens gewesen sein.

Familie Danciger traf ein weiterer Schlag, als mit der Verordnung über die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben vom 23. November 1938 die endgültige Schließung aller jüdischen Geschäfte und Firmen zum 1. Januar 1939 angeordnet wurde. Sie musste ihre beiden Geschäfte spätestens zum Jahresende 1938 schließen. Folglich fehlen im Hamburger Adressbuch von 1939 die Einträge über das Korsett- und das Schuhreparaturgeschäft.

Regina Danciger litt an einer psychischen Erkrankung, deren Einzelheiten nicht überliefert sind. Möglicherweise war sie durch die zunehmenden Diskriminierungsmaßnahmen gegen jüdische Menschen seit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ausgelöst worden. Nach einem kurzen Aufenthalt in der Staatskrankenanstalt Langenhorn Anfang 1935 wurde sie am 31. August desselben Jahres erneut in Langenhorn eingeliefert. Ihre Tochter Frymeta erinnerte sich im Rahmen des Wiedergutmachungsverfahrens: „[...]

meine Mutter ist durch die Verfolgung wahnsinnig geworden und sie wurde in der Anstalt Langenhorn eingeliefert, und wurde sie von dort aus nach Polen deportiert, und ist sie dort umgekommen.“

In Wirklichkeit ließ das Reichsinnenministerium alle Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion gegen jüdische Menschen zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt transportieren. Dort wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet, unter ihnen auch Regina Danciger. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. In Ermangelung zutreffender Informationen gingen die überlebenden Töchter von Regina Danciger noch Jahre später von der Täuschung über den Sterbeort ihrer Mutter aus.

Von Regina und Wolf Dancigers Töchtern Blima und Frymeta wissen wir, dass sie den Holocaust überlebt haben. Frymeta Danciger heiratete Hersch Slominsky und bekam mit ihm 1926 den Sohn Leon. Die Familie verließ Hamburg im Jahr 1933 und hoffte, sich in Belgien vor der nationalsozialistischen Verfolgung schützen zu können. Näheres ist nicht bekannt.

Jochaweta, die Nachemja Goldfluss geheiratet hatte, war nach eigenen Angaben gegenüber den belgischen Dienststellen ununterbrochen seit 1932 in Belgien ansässig. Demgegenüber wurde sie noch bis 1938 als Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Hamburg geführt. Über Internierungen oder Deportationen von Jochaweta und ihrem Ehemann aus Belgien haben wir keine Informationen. Auch im Gedenkbuch des Bundesarchivs befinden sich keine Einträge für Sara und Dora Danciger.

Für Regina Danciger ist ein Stolperstein in Hamburg-Hoheluft-Ost, Heider Straße 8 (früher Heidestraße) geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie-Maßnahmen“ ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident 3236 Wolf Danciger; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1498 (Danciger), 3851 (Danciger), 36299 (Rosenblum Danciger); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Dokumentationszentrum Kazerne Dossin, Belgien, Auskünfte über Szimeta und Jochaweta Danciger sowie Nachemja Goldfluss.

■ **Gertrud Dessau,**

**geb. am 8. 12. 1873 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Gertrud Dessau war das dritte von sieben Kindern des Handelsmannes David Dessau und seiner Ehefrau Rosalie, geborene Wagner. Die Eltern gehörten dem jüdischen Glauben an, und beide besaßen die hamburgische Staatsangehörigkeit. Sie heirateten am 26. Januar 1869 in Hamburg und wohnten zunächst in David Dessaus Junggesellenwohnung im Stadtteil St. Pauli, Karolinenstraße/Margarethenstraße 29. In dieser Wohnung wurde am 26. März 1870 der älteste Sohn Joseph geboren. Die noch kleine Familie zog wahrscheinlich 1872 in die Glashüttenstraße 6 um, ebenfalls in St. Pauli. Dort kamen die weiteren sechs Kinder zur Welt: Henriette Dessau, geboren am 27. Oktober 1872, Gertrud Dessau, geboren am 8. Dezember 1873, Dora Dessau, geboren am 7. Juni 1875, Martha Dessau, geboren am 2. August 1876, Edwin Dessau geboren am 2. November 1876, und Käthchen Dessau, geboren am 9. Dezember 1877.

Gertrud Dessaus Vater David verfügte über ein gutes Einkommen. Er arbeitete als Abteilungschef in der Firma „Hamburger Engros-Lager Gebr. Heilbuth“, die ein Warenhaus in der Dammtorstraße 7/9 mit Filialen in der Steinstraße 121/127 und in der Straße Steindamm 28 betrieb.

Gertrud war ledig und ohne Einkünfte, als sie 33-jährig am 25. Februar 1907 ihren Sohn Kurt in der städtischen Entbindungsanstalt (Allgemeines Krankenhaus Eppendorf) bekam. Aus ihrer Fürsorgeakte ergibt sich, dass ihr Vater sie „verstoßen“ hatte, weil sie schon früher, vor der Geburt ihres Sohnes Kurt, ein Kind geboren haben soll.

Die von Gertrud Dessau einem verheirateten Mann zugeschriebene Vaterschaft für Kurt wurde von diesem bestritten, der deshalb die Unterhaltszahlung verweigerte. Gertrud Dessau gab den Säugling in Pflege, um für ihren und für den Lebensunterhalt ihres Kindes sorgen zu können. Sie selbst wohnte in einem Mädchenheim. Im Mai 1907 arbeitete sie als Dienstmädchen in Hamburg-Winterhude, wenige Wochen später in Hamburg-St. Georg. Gertrud Dessau wechselte oft ihre Arbeitsstellen und verdiente so wenig, dass sie auf Fürsorgeleistungen angewiesen war. Ihr Lohn reichte weder für den Sohn noch für sie selbst. Unter diesen Bedingungen wird es ihr kaum möglich gewesen sein, eine enge emotionale Bindung zu ihrem Sohn zu entwickeln. Er befand sich im Oktober 1907 im Krankenhaus und starb kurz darauf im Alter von nur neun Monaten am 9. Dezember 1907. Die Todesursache ist in der Sterbeurkunde nicht vermerkt.

Nach dem Tod ihres Sohnes war Gertrud Dessau bis Mai 1909 in Dockenhuden gemeldet, damals eine Gemeinde westlich angrenzend an Blankenese. Wir wissen nicht, ob sie dort eine Arbeitsstelle hatte. Anschließend lebte sie ungeachtet des früheren Zerwürfnisses mit ihrem Vater fast zwei Jahre bei ihren Eltern in der Straße Rutschbahn 26, bis sie am 1. April 1911 in den damaligen Alsterdorfer Anstalten aufgenommen wurde. Nachdem Gertruds

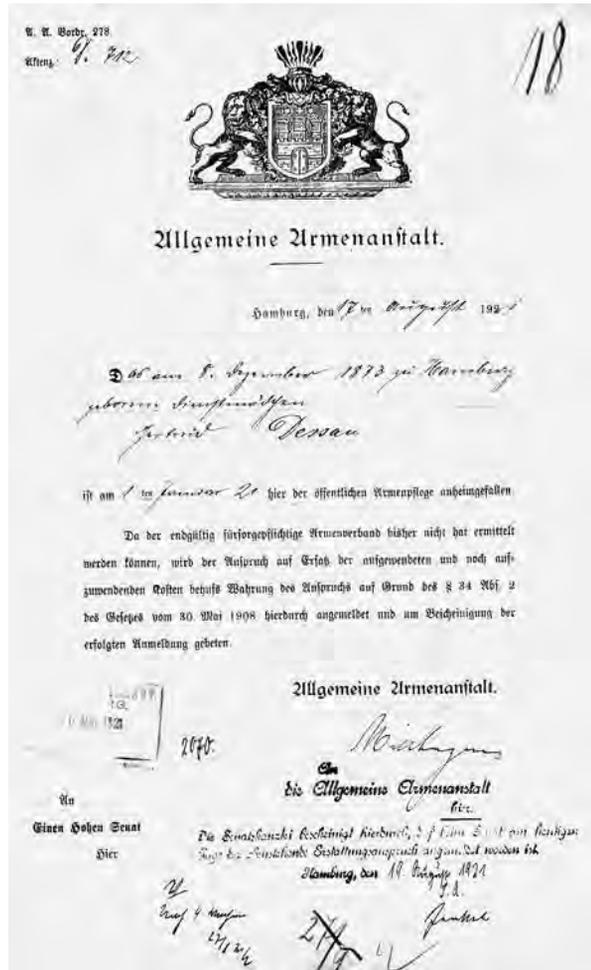
Vater nach langer schwerer Krankheit am 12. April 1919 gestorben war, zog ihre nun mittellose Mutter zu ihrem Schwiegersohn Friedrich Wilhelm Ladewig und ihrer Tochter Dora nach Berlin.

Gertrud Dessaus Eltern hatten bis zum Tod des Vaters zu Gertruds Unterhaltskosten beigetragen. Die alleinstehende Mutter sah sich außerstande, dafür weiterhin aufzukommen. Sie war selbst auf die Unterstützung von Verwandten angewiesen und konnte die von der Allgemeinen Armenanstalt in Hamburg eingeforderten Unterhaltsbeiträge nicht leisten.

Im Dezember 1920 diagnostizierte der Oberarzt der Alsterdorfer Anstalten Gertrud Dessaus dauernde Anstaltsbedürftigkeit aufgrund „einer hochgradigen geistigen Behinderung“ und eines schweren Augenleidens.

Als das Hamburger Wohlfahrtsamt im August 1921 feststellte, Gertrud Dessau sei der „öffentlichen Armenpflege anheimgefallen“, war die bis dahin immer wieder infrage gestellte Finanzierung der Pflegekosten in den Alsterdorfer Anstalten endlich geregelt. Nachdem Gertrud Dessaus Mutter im Dezember 1925 gestorben war, wurde Gertrud eine geringe Waisenrente zugebilligt, die die weitere Unterbringung in den Alsterdorfer Anstalten abzusichern half.

Nach 1933 entwickelten sich die Alsterdorfer Anstalten zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb, in dem eugenische Vorstellungen und damit einhergehend auch Zwangssterilisationen als „Verhütung unwerten Lebens“ unterstützt wurden. Es war nur eine Frage



Gertrud Dessau ist der „öffentlichen Armenpflege anheimgefallen“, Bescheid der Allgemeinen Armenanstalt von 1921

StaH

Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z

Da 3062

Hilfsheimverwaltung  
279 Hamburg 28. 11.

Fürsorgebehörde Hamburg

W.A. Personal-Akten. M10

für: Dessau Sara  
geb. am: 1. 12. 93 39  
Stand oder Beschäftigung: Hausfrau und Familie

Einmalige Unterhaltspflege für

Nr.	Nachname	geb.	Einmalige Unterhaltspflege für	Einmalige Unterhaltspflege für
1.	Dessau	geb. 1. 12. 93	12. 7. 37	21. 8. 37
2.	"	"	12. 8. 37	21. 8. 37
3.	"	"	"	"
4.	"	"	"	"
5.	"	"	"	"
6.	"	"	"	"
7.	"	"	"	"

Sonderstelle

Bemerkungen: 21a

Da 3062

Gertrud Dessaus Fürsorgeakte, gekennzeichnet mit einem „J“ und einem Zeichen für den Davidstern  
StaH

der Zeit, bis die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich auch zu entsprechenden Maßnahmen in den Alsterdorfer Anstalten führte. Ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 diente als Vorwand, die Entlassung aller Juden aus den Alsterdorfer Anstalten vorzubereiten. Pastor Friedrich Karl Lensch, der Leiter der Alsterdorfer Anstalten, sah in dem Urteil die Gefahr des Verlustes der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. Ein Schreiben vom 3. September 1937 an die Hamburger Fürsorgebehörde enthielt 18 Namen von „jüdischen Zöglinge[n], welche hier auf Kosten der Fürsorgebehörde untergebracht sind“, darunter auch den von Gertrud Dessau. Sie wurde am 31. Oktober 1938 mit 14 weiteren jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern aus Alsterdorf

zunächst in das Versorgungsheim Oberaltenallee verlegt und kam von dort in das Versorgungsheim Farmsen. Im April 1940 konnten sich die Alsterdorfer Anstalten schließlich des letzten jüdischen Anstaltsbewohners entledigen.

Wie alle jüdischen Frauen ohne „typisch jüdischen“ Vornamen musste Gertrud Dessau ab dem 1. Januar 1939 den zusätzlichen Vornamen „Sara“ führen. Ihre jüdische Herkunft war so für jedermann und jederzeit erkennbar. Gertrud Dessaus Fürsorgeakte wurde unübersehbar mit einem „J“ und einem hingekritzelteten Zeichen für den Davidstern versehen.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentli-

chen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Gertrud Dessau. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Gertruds Bruder Joseph Dessau hatte seinen Wohnsitz als Kaufmann nach Berlin verlegt. Er war verheiratet mit Martha Dub und verstarb am 19. Dezember 1918.

Gertrud Dessaus Schwester Käthchen, die 1902 Heinrich Emil Pierschel geheiratet hatte, lebte mit ihm in Thale im heutigen Sachsen-Anhalt. Sie starb dort am 12. März 1942.

Martha Dessau hatte 1897 Carlo Pasquale Somigli geheiratet. Edwin Dessau ging 1910 eine Ehe ein. Dora Dessau heiratete im Juli 1905 den kaufmännischen Abteilungschef Ludwig Samter aus Berlin. Er starb 1915 in Berlin. Dora Samter schloss 1919 eine zweite Ehe in Berlin mit dem Schilderfabrikanten Friedrich Wilhelm Ladewig, geboren 1870 in Meseritz und ebenfalls jüdischer Herkunft. Henriette Dessau heiratete 1897 in Berlin den Lehrer und Doktor der Philosophie Heinrich Samter. Die weiteren Schicksale dieser vier Geschwister von Gertrud Dessau kennen wir nicht.

Für Gertrud Dessau ist ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Rutschbahn 26, geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-03 Zivilstandsaufsicht A 231 Geburtsregister Nr. 416/1870 Joseph Dessau, A 242 Geburtsregister 1758/1872 Henriette Dessau, A 249 Geburtsregister Nr. 2071/1873 Gertrud Dessau, A 258 Geburtsregister Nr. 989/1875 Dora Dessau, B 23 Heiratsregister Nr. 3099/1868 David Rosalie Dessau; 332-5 Standesämter 595 Sterberegister Nr. 849/1907 Curt Dessau, 1885 Geburtsregister Nr. 3581/1876 Martha Dessau, 1888 Geburtsregister Nr. 5137/1876 Edwin Dessau, 1914 Geburtsregister Nr. 5780/1877 Käthchen Dessau, 8639 Heiratsregister Nr. 201/1905 Dora Dessau/Ludwig Samter; 351-14 Oberfinanzpräsident Nr. 1110 Gertrud Dessau; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Landesarchiv Berlin Sterberegister Nr. 1450/1915 Ludwig Samter, Heiratsregister Nr. 106/1897 Henriette Dessau/Heinrich Samter, Sterberegister Nr. 1498/1918 Joseph Dessau, Heiratsregister Nr. 976/1919 Dora Samter/Wilhelm Ladewig; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv, Erbgesundheitskarteikarte Gertrud Dessau und Aufnahmebuch; Standesamt Thale, Sterberegister Nr. 33/1942 Käthchen Pierschel geb. Dessau; Markgraf, Geschichte Farmsen, Dok. 21; Michael Wunder, Das Schicksal der jüdischen Bewohner der Alsterdorfer Anstalten, in: Wunder/Genkel/Jenner, Auf dieser schiefen Ebene, S. 155 ff.

■ **Alice Jeanette Elkeles,**

**geb. 8. 12. 1894 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg**

Alice Jeanette Elkeles wurde am 8. Dezember 1894 als Tochter des Kaufmanns Wilhelm Elkeles und seiner Ehefrau Johanna Paula, geborene Mendel, in der Kirchenallee 43 im Hamburger Stadtteil St. Georg geboren. Am 12. Dezember 1896 kam Alices Bruder Kurt August auf die Welt. Die Eltern gehörten dem jüdischen Glauben an.

Wilhelm Elkeles betrieb ein Im- und Export-Unternehmen im Nachbarhaus Kirchenallee 45. Im Jahr 1900 verlegte er den Wohnsitz in die Straße Pulverteich 25, ebenfalls im Hamburger Stadtteil St. Georg. Erstmals im Hamburger Adressbuch von 1905 gab er als Beruf nicht mehr „Kaufmann“, sondern als Unternehmenszweck „Heupresserei“ an. Er starb am 7. Januar 1913 im Alter von nicht einmal 49 Jahren.

Über die Kindheit und Jugendzeit oder die Ausbildung der Geschwister Alice und Kurt August wissen wir nichts. Der Kultussteuerkartei der Jüdischen Gemeinde Hamburg ist zu entnehmen, dass Alices Bruder Kurt August später als Angestellter in der Sedanstraße 21 arbeitete. Dort waren Handwerker, eine Brothandlung und ein Kolonialwarenhändler gemeldet. Es ist nicht bekannt, wer von ihnen sein Arbeitgeber war. Kurt August Elkeles hatte eine Wohnung in der Osterbekstraße 8 in Barmbek, in die er bald nach dem Tod des Vaters seine Mutter Johanna Paula aufnahm. Kurt August Elkeles verließ Deutschland im Sommer 1934 und emigrierte nach Sao Paulo in Brasilien. 1939 folgte Johanna Paula ihrem Sohn nach Brasilien.

Zum Zeitpunkt des Todes ihres Vaters war Alice Elkeles neunzehn Jahre alt. Über ihr Leben bis dahin ist nichts überliefert. Aus der Patientenkartei der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ wissen wir, dass Alice Elkeles dort ab etwa 1916 Patientin war. Ihre Patientenakte ist nicht mehr auffindbar, sodass über den Grund und die Dauer ihres Aufenthalts nichts übermittelt ist. Nach vielen Jahren in der inzwischen in Staatskrankenanstalt Friedrichsberg umbenannten Einrichtung wurde Alice Elkeles 1935 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn überwiesen.

Am 27. Oktober 1939 wurde Alice Elkeles von Langenhorn in das Gut Düssin in Westmecklenburg verlegt. Die Stadt Hamburg hatte das spätere Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme Ende 1938 gekauft. In Düssin waren 220 Menschen aus Langenhorn mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung untergebracht, die dort Landarbeit verrichten mussten. Unter ihnen befanden sich weitere sechs Frauen und Männer jüdischer Herkunft.

Als das Reichsinnenministerium alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, mussten auch die Personen

Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z

MODELO S.C. 139

REPÚBLICA DOS ESTADOS UNIDOS DO BRASIL  
FICHA CONSULAR DE QUALIFICAÇÃO

Esta ficha, expedida em duas vias, será entregue à Polícia Marítima e à Imigração no pórtio de destino

Nome por extenso Johanna Paule Sara Elkeles

Admitido em território nacional em caráter permanente

Nos termos do art. 24 letra 3010 do dec. n. 3010, de 1938 (temporária ou permanente)

Lugar e data de nascimento Elsdorf, 24.12 1888

Nacionalidade alemã Estado civil viuva

Filiação (nome do Pai e da Mãe) Philipp Mendel e Therese Mendel Profissão ./.

Residência no país de origem Hamburgo

	NOME	IDADE	SEXO
FILHOS MENORES DE 18 ANOS			

Passaporte n. 1192 expedido pelas autoridades de Hamburgo na data 25. I. 1939

visado sob n. 205

ASSINATURA DO PORTADOR:  
*Paula Elkeles*

Consulado Geral do Brasil em Hamburgo  
28 de Janeiro de 19 39  
O CONSUL:  
*J. Guimarães Neto*

NOTA—Esta ficha deve ser preenchida à máquina pela autoridade consular, sendo as duas vias em original.

Brasilianischer Ausweis von Alice Elkeles' Mutter Johanna Paula Elkeles  
*ancestry.de*

jüdischer Abstammung aus Dössin zurück nach Langenhorn. Alice Elkeles kam am 13. bzw. 14. September 1940 in Langenhorn an. Am 23. September 1940 wurden die Menschen nach Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

In diesem Todestransport befand sich auch Betty Elkeles (s. dort), eine entfernte Verwandte von Alice Elkeles. Wir wissen nicht, ob die beiden Frauen sich kannten und in den letzten Tagen in Langenhorn oder während des Transportes Kontakt miteinander hatten.

Zur Erinnerung an Alice Jeanette Elkeles liegt ein Stolperstein in Hamburg-St. Georg, Kirchenallee 43.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 682 Sterberegister Nr.

40/1913 Wilhelm Elkeles, 2338 Geburtsregister Nr. 2949/1894 Alice Jeanette Elkeles, 2397 Geburtsregister Nr. 2916/1896 Kurt August Elkeles, 314-15 Oberfinanzpräsident FVg 3095 Paula Johanna Elkeles; 522-1 Jüdische Gemeinden 696 f Heiratsregister Nr. 114/1864 Wilhelm Elkeles/Johanna Paula Mendel; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 1935; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Alice Elkeles der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadtverwaltung Eisdorf, Geburtsregister Nr. 158/1868 Johanna Paula Mendel.

## ■ **Betty Elkeles,**

**geb. am 3. 2. 1885 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Betty Elkeles kam am 3. Februar 1885 als zweites Kind des „Commis“ (Handlungsgehilfe) und Buchhalters Salomon (genannt Sigismund) Elkeles und seiner Ehefrau Clara, geborene Nossen, in der Hamburger Caffamacherreihe 38 zur Welt. Ihre Schwester Mary war bereits am 16. Dezember 1882 in Hamburg in der ABC-Straße 59, geboren worden.

Salomon Elkeles war 1852 in Posen zur Welt gekommen. Er ließ sich 1881 in Hamburg nieder und erhielt 1895 die Bürgerrechte. Clara Elkeles' ursprünglicher Vorname lautete Chawolesch. Sie stammte aus Gnesen (Gniezno/Polen). Bettys Eltern gehörten dem jüdischen Glauben an.

Betty Elkeles war zweieinhalb Jahre alt, als ihre Mutter am 29. August 1887 im Alter von nur knapp dreißig Jahren wahrscheinlich an Tuberkulose starb. Clara Elkeles wurde auf dem früheren Jüdischen Friedhof Neuer Steinweg in der Hamburger Neustadt beigesetzt.

Salomon Elkeles heiratete erneut, vermutlich die Schwester seiner verstorbenen Ehefrau. Mit Hannchen Elkeles, geborene Nossen, geboren am 25. Februar 1868 in Gnesen, bekam Salomon Elkeles noch zwei Kinder, Alphons, geboren am 6. Dezember 1896 in Hamburg, und Curt, geboren am 25. Oktober 1889 ebenfalls in Hamburg.

Mary, Salomon Elkeles' ältere Tochter aus der ersten Ehe, starb im Alter von kaum zwölf Jahren am 28. Juni 1894.

Nachdem die Familie Elkeles viele Jahre in der Hamburger Neustadt gewohnt hatte, verlegte Salomon Elkeles den Wohnsitz etwa 1913 in das seit einigen Jahren von den Hamburger Juden bevorzugte Grindelviertel. Die Adresse lautete nun zunächst Bornstraße 25 und ein Jahr später Bornstraße 4.

Gegen Ende seines Lebens stieg Salomon Elkeles auch beruflich auf. Nach Jahrzehnten, in denen er im Hamburger Adressbuch als Buchhalter vermerkt war, lautete seine Berufsbezeichnung in der Ausgabe von 1921 „Prokurist“. Lange konnte er sich jedoch des beruflichen Erfolges nicht erfreuen. Er starb am 2. Mai 1921 im Alter von 69 Jahren und wurde auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf an der Straße Ilandkoppel beerdigt.

Über Betty Elkeles' Kindheit und Jugendzeit ist uns nichts bekannt. Seit Juli 1915 soll Betty in Wedel gelebt haben, Nachweise dafür lassen sich jedoch nicht finden. Wedel, damals eine kleine an der Elbe gelegene Stadt westlich von Hamburg, zählt heute zu den bevorzugten Hamburger Stadtrandgemeinden. Belegt ist, dass Betty Elkeles seit dem 7. Januar 1927 im Alters- und Pflegeheim Wedel lebte. Dort blieb sie zunächst bis Februar 1936.

Das Alters- und Pflegeheim Wedel war aus dem 1854 in der Gärtnerstraße eingerichteten Werk- und Armenhaus hervorgegangen. Infolge der Umgestaltung des Fürsorgerechts entstand 1924 ein Fürsorgezweckverband für die Stadt Wedel mit der Gemeinde Holm. Die Verhältnisse im Heim

waren beengt und hygienisch mangelhaft. Noch 1931 musste das Wasser aus einem mit Keimen verunreinigten Brunnen entnommen werden. Unter den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern befanden sich auch Kinder, schwere Pflegefälle und Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen, die nur von dem „Hausvater“ und seiner Ehefrau betreut wurden.

Am 25. Februar 1936 brachte der „Hausvater“ Betty Elkeles in die Landesheilanstalt Neustadt/Holstein. Sie berichtete bei der Aufnahme, sie habe die Hilfsschule besucht und schon als kleines Kind an Krampfanfällen gelitten. Nach einer guten Eingewöhnungsphase erlitt Betty Elkeles im März mehrere dieser Anfälle, die zu zeitweiser Desorientiertheit führten. Schon bei der Aufnahme in Neustadt hatte Betty Elkeles geäußert, dass sie dort nicht sein wolle und nach Wedel zurück möchte. Einer Zwangssterilisation nach dem Gesetz über die „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 entging Betty Elkeles nur, weil sie als „zu alt“ beurteilt wurde. Das als „Sippentafel“ bezeichneten Blatt, das den angeblichen erbbiologischen Hintergrund erfassen sollte, enthielt auch ein Feld für den Eintrag des „Vorwiegenden Rasseanteils“. Für Betty Elkeles wurde „vorderasiatisch“ eingetragen. In Betty Elkeles' Beschreibung bei der Aufnahme in Neustadt „differenzierte“



Betty Elkeles, ohne Datum

LAS



Pflegeheim in Wedel, 1917  
*Stadtarchiv Wedel*

der Arzt diese Beurteilung, indem er schrieb: „Rassentyp: vorwiegend vorderasiatisch mit mediterranem Einschlag; nicht typisch jüdisches Aussehen.“

Am 2. April 1936 holte der Wedeler „Hausvater“ Betty Elkeles nach Wedel zurück, „ungeheilt“, wie es hieß. Anscheinend blieb sie in den folgenden drei Jahren in der Wedeler Einrichtung. Nach einem Gutachten des Staatlichen Gesundheitsamtes in Pinneberg vom 28. April 1939 bedurfte Betty Elkeles erneut der Aufnahme in die Landesheilanstalt Neustadt, in

die sie am 4. Mai 1939 mit einem Krankentransportauto eingeliefert wurde.

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen bestimmte, dass Jüdinnen ab 1. Januar 1939 als weiteren Vornamen den Namen „Sara“ anzunehmen hatten. Davon waren auch Bewohner von Anstalten betroffen. Betty Elkeles hieß nun „Betty Sara Elkeles“. Ihre Kennkarte mit der Kennnummer A. 000 002, ausgestellt in Wedel/Holstein, ist noch erhalten.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, kam Betty Elkeles am 13. September in Langenhorn an. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Betty Elkeles ist vermerkt, dass das „Standesamt Cholm II“ ihren Tod unter der Nummer 269/1941 registriert hat.

In dem Todestransport nach Brandenburg befand sich auch Alice Elkeles, eine entfernte Verwandte von Betty Elkeles (siehe dort). Ob die beiden Frauen sich kannten, in den letzten Tagen in Langenhorn oder während des Transportes Kontakt miteinander hatten, wissen wir nicht.



Betty Elkeles' Kennkarte, 1939

Landesarchiv Schleswig

Betty Elkeles' Stiefmutter Hannchen Elkeles, geborene Nossen, ihr Halbbruder Alphons und dessen Ehefrau Ida Elkeles, geborene Kaschmann, wurden am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Dort fanden Hannchen Elkeles am 27. November 1942 und Ida Elkeles am 20. September 1944 den Tod. Alphons Elkeles wurde am 6. Oktober 1944 nach Auschwitz weiter deportiert. Curt Elkeles überlebte die Zeit des Nationalsozialismus. Das Schicksal dieser Menschen wird ausführlich in dem Band „Stolpersteine in Hamburg“ und im Internet unter [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de) dargestellt. Für sie liegen Stolpersteine in Hamburg-Eimsbüttel, Flagentwief 5.

An Betty Elkeles soll ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 4, erinnern.

Ingo Wille

**Quellen:** 1; 3; 4; 5; 7; 8; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 2033

## **Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z**

Geburtsregister Nr. 4531/1882 Mary Elkeles, 2099 Geburtsregister Nr. 627/1885 Betty Elkeles, 8064 Sterberegister Nr. 237/1927 Salomon Elkeles, 324 Sterberegister Nr. 2800/1887 Clara Elkeles, 2193 Geburtsregister 3182/1889 Curt Elkeles, 9129 Geburtsregister Nr. 2830/1896 Alphons Elkeles, 889 Sterberegister Nr. 605/1894 Mary Elkeles, 227 Sterberegister Nr. 2800/1887 Clara Elkeles; 332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht A I e 40 Bd. 9 1876-1896 Nr. 22499; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/ Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; LAS Abt. 377 Nr. 8349 Patientenakte Landesheilstation Neustadt Betty Elkeles; Stadtarchiv Wedel, 854.2 Alters- und Pflegeheim Wedel, Insassen des Pflegeheimes, Pflegelinge des Landesfürsorgeverbandes 1936-1946; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.), Memorbuch zum Gedenken an die jüdischen in der Schoa umgekommenen Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen, Hamburg 1996; Anke Rannegger, Armen- und Altenversorgung in Wedel, Wedel 1989.

### **■ Benjamin (Benno) Engländer,**

**geb. am 2. 1. 1901 in Altona, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Benjamin (Benno) Engländer kam am 2. Januar 1901 in Altona als jüngstes von neun Kindern der Eheleute Juda Berl und Gela Rosa Engländer, geborene Mantel, zur Welt. Die Familie war einige Jahre zuvor aus Polen nach Altona gekommen. Der älteste Sohn Israel war am 11. August 1877 noch in Rzeszów, einer Kleinstadt in Galizien (im Südosten Polens), geboren worden, deren Bevölkerung fast zur Hälfte jüdisch war. Danach hatte die Familie einige Zeit in Brzeczkwice, in der Nähe von Katowice gelebt, wo am 3. Mai 1884 die Tochter Chane Neche, später Anna genannt, zur Welt kam. Die Tochter Feitsze wurde am 16. Dezember 1890 schon in Altona geboren, wo sich die Familie zunächst in der Stresemannstraße, später in der Lerchenstraße niedergelassen hatte. Feitsze nannte sich später Fanny.

Benjamin Engländer besuchte von 1907 bis 1916 die Talmud Tora Schule, wo ihm nach eigener Aussage das Lernen leichtfiel. Ob er anschließend eine Ausbildung begann oder einer regelmäßigen Arbeit nachging, ist unklar. Auf dem Abgangszeugnis der Talmud Tora Schule findet sich unter „Bemerkungen“ der Eintrag „Geschäft“ und in einer Krankenakte von 1938 wird als Beruf „Kaufmann“ angegeben. Benjamin Engländer hingegen trug auf dem „Autoanamnese-Bogen“ auf die Frage „Welchen Beruf haben Sie gewählt?“ die Bemerkung „Kein!“ ein. Vermutlich unterstützte Benjamin seine Mutter in ihrem Geschäft. Diese versuchte nach dem Tod ihres Mannes, der 1917 einem Magenleiden erlegen war, mit dem Verkauf von „Bijouteriewaren“ (Schmuckwaren) den Lebensunterhalt der Familie zu sichern. Zwei Brüder von Benjamin waren noch vor dem Vater verstorben, ein weiterer starb 1925.

Benjamin litt wahrscheinlich schon seit seiner Jugend an epileptischen Anfällen, die 1923 offiziell diagnostiziert wurden. Im August bescheinigte man ihm eine „psychische Veränderung“, weshalb er einige Wochen stationär in der Psychiatrischen Abteilung des Altonaer Krankenhauses betreut wurde. Von dort wurde Benjamin Engländer am 7. Oktober 1930

nicht nach Hause entlassen, sondern in die Landes- Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein eingewiesen, wo er fast vier Jahre verbrachte. Diese Einrichtung war 1893 als „Pflegeanstalt für Idioten“ in den Gebäuden einer in Konkurs gegangenen Zuckerfabrik geschaffen worden.

In den Jahren 1934/1935 führte der „Friedrichsberg-Langenhorn Plan“ zu Massenverlegungen von psychiatrischen Patientinnen und Patienten im Hamburger Raum. Wir wissen nicht, ob Benjamin Engländer aus Neustadt direkt oder aus Hamburg im September 1934 in die „Ricklinger Heilstätten für Nerven- und Alkoholranke“ im Kreis Segeberg überstellt wurde, wo er in verschiedenen Teileinrichtungen – zunächst in Falkenhorst, ein Jahr später in Thetmarshof – untergebracht war und wahrscheinlich, wie die meisten Patienten, in der Landwirtschaft arbeiten musste, soweit es seine Erkrankung zuließ. Denn laut Krankenakte traten in regelmäßigen Abständen epileptische Anfälle auf, die begleitet wurden von „zahlreichen Wahnvorstellungen“. Sein allgemeiner Zustand wurde als „geistig stark verlangsamt, gehemmt, ohne Kontakt und Antrieb, allgemein stumpf“ beschrieben.

1938 versuchte die Leitung der Ricklinger Anstalten, die dort lebenden jüdischen Patienten gegen nichtjüdische „auszutauschen“. Angeblich befürchtete die Anstaltsleitung, den Status der Gemeinnützigkeit und damit verbundene Steuervergünstigungen zu verlieren, „wenn nicht ausnahmslos deutsche Patienten bei uns aufgenommen werden“. Daraufhin wurden vier männliche Patienten in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt, unter ihnen Benjamin Engländer. Die – soweit bekannt – einzige jüdische Bewohnerin in Rickling, Paula Fraenkel, blieb von der Verlegungsaktion ausgenommen (siehe dort). Gründe dafür sind nicht bekannt.

Am 22. April 1938 erfolgte Benjamin Engländers Aufnahme in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn, doch auch an diesem Ort blieb er nur kurze Zeit. Bereits am 9. Mai 1938 wurde er in die Heilanstalt Strecknitz in Lübeck verlegt, wo aufgrund der überfüllten Hamburger Einrichtungen immer wieder Hamburger Patientinnen und Patienten untergebracht



Benjamin (Benno) Engländer um 1930

*StaH*

wurden. Der Bericht über ihn vom November 1938 fiel nicht gerade positiv aus, möglicherweise beeinflusst auch davon, dass Benjamin Engländer sich nicht in die auferlegte Ordnung einfügte: „Der Versuch, ihn in Arbeit zu bringen, misslang, weil der Kranke sich von dem Kolonnenführer nichts sagen liess und weil er untätig herumstand und nichts leistete. Er ist dauernd etwas gereizt und hat bei der Visite immer irgendwelche Klagen und Beschwerden über die Anstalt in nörgelndem und etwas ironischem Tone vorzubringen. Mit den anderen Kranken hat er wenig Kontakt, kommt aber gelegentlich durch seine Reizbarkeit und Reizhaberei, sowie durch seine pedantischen Gewohnheiten in Streitigkeiten.“

Es ist wenig darüber bekannt, ob Benjamin Engländer während seiner Zeit in den verschiedenen Anstalten in Verbindung mit seiner Familie stand oder sogar von ihr besucht werden durfte. Seine Mutter war 1935 verstorben, und seine Schwester Anna hatte seine Pflegschaft übernommen. Da diese jedoch die polnische Staatsangehörigkeit besaß, wurde sie am 28. Oktober 1938 mit etwa tausend anderen Hamburger Jüdinnen und Juden nach Bentschen/Zbąszyń abgeschoben und konnte nur noch brieflich Kontakt zu ihm halten. Seine Langenhorner Krankenakte enthält eine Freipostkarte, die er vermutlich Ende 1939 im Auftrag seiner Schwester an seine Familie schrieb und die seine Verbundenheit deutlich zum Ausdruck bringt: „Meine Lieben, vor allem hoffe ich, daß es Euch allen gut geht!! Bei mir ist alles beim alten! Ich wünsche Dir liebe Fanni zu deinem Geburtstag ein glückliches Geburtstagsfest!! Am besten schreibt ihr zu Willi (sein Bruder, Anm. die Verf.) nach Hbg ... Sonst schreibt ihr mir damit ich Bescheid weiß und beruhigt bin!! Ich weiß Euch sonst nichts zu schreiben als herzliche Grüße & Küsse an Alle, Benno Engländer.“

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Benjamin Engländer kam am 16. September 1940 aus Strecknitz „im Sammeltransport der jüdischen Patienten“ nach Langenhorn. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert. Unter ihnen befand sich Benjamin Engländer. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Benjamin Engländer wurde – versehen mit einem Fragezeichen – notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter Datum 31. Januar 1941 und der Nummer „303?“ registriert hat.

Die Schicksale der Geschwister von Benjamin Engländer sind nur teilweise bekannt. Sein ältester Bruder Israel, der in Leipzig lebte, war 1936 in die Niederlande emigriert und wurde am 21. Oktober 1942 in Auschwitz ermordet. Wolf Leib Engländer, geboren am

24. Mai 1893 in Altona, den Benjamin in dem oben zitierten Brief „Willi“ nannte, starb ebenfalls in Auschwitz.

Seine 17 Jahre ältere Schwester Anna Reiss, die zuletzt in der Kleinen Gärtnerstraße 134 in Hamburg wohnte, war im Oktober 1938 als polnische Staatsangehörige nach Zbąszyń (deutsch Bentschen) abgeschoben worden. Mit Anna Reiss wurden auch ihre Kinder, Cäcilie Kiczales, geboren am 1. Juli 1907, Gerda, geboren am 27. April 1900, und Jacob Reiss, geboren am 18. August 1912, zwangsweise an die polnische Grenze gebracht. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt. Anna Reiss' Ehemann Sender, später Jacob genannt, soll vor 1933 gestorben sein. Anna Reiss wurde später für tot erklärt. Feitsze, genannt Fanny, konnte rechtzeitig nach England flüchten. Sie starb 1967 in London als Fanny Brown. Über die Lebensläufe der Geschwister David, Hermann Marcus, Adolf Siegmund und Isaak Engländer ließen sich keine Informationen ermitteln.

Ein Stolperstein in Hamburg-Sternschanze, Lerchenstraße 115 (ehemals Nachtigallenstraße 2) erinnert an Benjamin Engländer.

*Gunhild Ohl-Hinz*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 6267 Geburtsregister Nr. 4076/1890 Engländer Feitsze, 6274 Geburtsregister Nr. 972/1892 Engländer Hermann Marcus, 6280 Geburtsregister Nr. 1583/1893 Engländer Wolf Leib, 6289 Geburtsregister Nr. 1323/1895 Engländer Adolf Siegmund, 6289 Geburtsregister Nr. 1324/1895 Engländer Isaak, 13676 Geburtsregister Nr. 107/1901 Engländer Benjamin, 1070 Sterberegister Nr. 66/1937 Engländer Wolff, 770 Sterberegister Nr. 362/1917 Engländer, Berl Juda, 5398 Sterberegister Nr. 159/1935 Engländer, Rosa Gelle (Gela); 351-11 Amt für Wiedergutmachung, Nr. 15447 Wolf Leib Engländer; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Nr. 24885 Benjamin Engländer; 362-6/10 Talmud Tora Schule, TT 12; Delius, Ende von Strecknitz; 424-111 Amtsgericht Altona 5068 Anna (Chane Neche) Reiss, Todeserklärung; Landesarchiv Schleswig, Abt. 377 Nr. 5587 Benjamin Engländer; Harald Jenner/Joachim Klieme (Hrsg.), Nationalsozialistische Euthanasieverbrechen und Einrichtungen der Inneren Mission, Reutlingen 1997, S. 201 f.; Peter Sutter, Der sinkende Petrus. Rickling 1933–1945, Rickling 1986, S. 173 f., 247.

## ■ **Hans Fabian,**

**geb. am 20. 6. 1893 in Berlin, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

„Hierdurch wird bescheinigt, dass laut den uns vorliegenden Unterlagen Herr Hans Fabian, geb. 20. 6. 1893 in Berlin, am 23. 9. 1940 unter der Nr. 24.587 mit einem Sammeltransport von Langenhorn aus Hamburg verlassen musste.

Jüdische Gemeinde in Hamburg, 13. März 1958“



Mutter Hermine Fabian mit Kindern Gertrud, Bruno und Hans (rechts.)

*Privatbesitz Alexander Watson*

den Monate fingierte Sterbeurkunden von einem angeblichen „Standesamt Chelm“ oder „Cholm“ bei Lublin mit ebenfalls fingierten Angaben zur Todesursache ausgestellt und den Angehörigen oder deren Vertretern zugeschickt. Hans Fabians Sterbeurkunde ist nicht erhalten, auch nicht seine Patientenakte. 1964 lag noch keine Todeserklärung vor.

Hans Fabian wurde am 20. Juni 1893 in Charlottenburg geboren. Seine Eltern, Meyer Fabian und Hermine, geborene Rosenberg, hatten bis 1885 in Neuwedell in Westpommern gelebt und waren dann nach Berlin gezogen. Meyer Fabian führte erfolgreich einen Großhandel mit „Produkten“ – also mit landwirtschaftlichen und handwerklichen Erzeugnissen –, den er um die Verwertung von losem Altpapier und das Einstampfen von Büchern erweiterte. In Neuwedell waren die älteren Kinder zur Welt gekommen –

1958 war amtlich noch nicht bekannt, was es mit diesem Transport auf sich hatte. Das Abgangsbuch der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn führte zwar unter dem Datum 23. September 1940 insgesamt 62 jüdische Patienten und 74 jüdische Patientinnen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg auf, jedoch ohne Zielangabe. Sie wurden in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel gebracht – eine Tötungsanstalt des „Euthanasie“-Programms der Nationalsozialisten, Aktion-„T4“ – und dort noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid ermordet. Nur Ilse Herta Zachmann entkam zunächst diesem Schicksal (s. dort). Weder die Anstaltsleitung in Langenhorn noch Angehörige erfuhren davon. Vielmehr wurden zur Verschleierung der Mordaktion im Laufe der folgenden

Max, Elsbeth-Recha, Siegfried, Alfred, Helka, Georg und Gertrud –, in Berlin Bruno, Martin, Margarete, Hans und Walter. Meyer Fabian starb am 11. November 1904 mit nur 62 Jahren. Da waren die vier jüngsten Kinder noch schulpflichtig. Hermine Fabian führte den Betrieb fort. Die Mehrzahl der Kinder, darunter zunächst auch Hans, blieb wie Hermine Fabian in Berlin. Sie starb dort 1936.

Hans' Bruder Martin, geboren am 1. Mai 1889, war nach Hamburg gezogen, wo er sich noch vor dem Ersten Weltkrieg als Kaufmann selbstständig machte. Einen Bezug dorthin stellte sein aus Hamburg stammender Schwager dar, der Schlachter John Hailbronner. Er hatte Martins und Hans' Schwester Helka geheiratet.

Nach Kindheitsjahren ohne besondere Erkrankungen erlitt Hans Fabian mit 17 und mit 18 Jahren erste Epilepsieanfälle. Anders als sein Bruder Martin schlug er nicht die kaufmännische Laufbahn ein, sondern ließ sich zum Bildhauer ausbilden. Trotz seiner gesundheitlichen Einschränkung galt er als heeresverwendungsfähig und wurde 1914 eingezogen. Seine Krankheit verschlimmerte sich durch die Kriegserfahrungen, zumal er in Frankreich verschüttet wurde und sein Bruder Georg 1915 als Soldat ums Leben kam. 1916 wurde Hans Fabian aus dem Heeresdienst entlassen und zog zu seinem Bruder Martin nach Hamburg. Dort trat er noch im selben Jahr, am 26. August, in die Deutsch-Israelitische Gemeinde ein.

Zunächst arbeitete er zusammen mit seinem Bruder in dessen Zigarren Großhandel am Steindamm 71, wo beide auch wohnten. Am 3. Mai 1919 erwarb er einen Gewerbeschein für den Handel mit Zigarren, Zigaretten, Tabak und Rauchutensilien. Am 27. März 1921 heiratete er Herta Herz, geboren am 17. November 1895 in Hamburg. Sie war die Älteste von vier Geschwistern. Ihr folgten die Brüder Manfred, geboren 1897, und Walter, geboren 1899, sowie die Schwester Berta, geboren 1900. Hertas Mutter Helene Herz, geborene Nathan, entstammte einer Kaufmannsfamilie (vgl. [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)). Helenes Bruder Neumann Nathan hatte einen Uhren- und Goldgroßhandel aufgebaut, der durch die Inflation in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war. Hertas Vater Henry Herz war von Beruf Tapezier und in seinem Metier nicht sehr erfolgreich. 1922 wurde die Ehe von Hertas Eltern geschieden. Schon 1919 hatte sich Hertas Mutter Helene mit einer



**PARK-HOTEL**

Einziges jüdisches Hotel an der Lübecker Bucht.  
Inh.: **Fabian-Weinberg**  
vorm. **Frau H. Herz.**

Der Neuzeit entsprechend eingerichtet, mit wunderbarer Aussicht auf See und Wald.

**Hohe luftige Fremdenzimmer,**  
größtenteils mit Seesicht.

**Elektrisches Licht.**

**Schöner Speisesaal.**  
Restaurant u. Lesezimmer,  
geschlossene Glasveranda,  
großer schattiger Garten.

**Vorzügliche Hamburger Küche.**

Stallungen, Auto-Garage.  
Telephon:  
Ami Travemünde Nr. 129.

Zeitungs-Anzeige für das Park-Hotel in Niendorf/Ostsee  
(ohne Datum)

Sommerpension, dem Park-Hotel in Niendorf an der Ostsee, selbstständig gemacht. Einen Wohnsitz in Hamburg hatte sie jedoch behalten, sie lebte ebenso wie ihr Sohn Manfred an der Kuhmühle 6 in der Wohnung ihrer Tochter Herta und ihres Schwiegersohnes Hans.

Nur wenig später überließ Helene Herz Hans Fabian die Pension und bereits am 30. Mai 1921 erhielt er die für den Betrieb nötige Konzession. Er führte das Hotel zusammen mit dem Mitinhaber Weinberg als „Einziges jüdisches Hotel an der Lübecker Bucht“, wie er annoncierte. Im November 1922 erwarb er außerdem einen Gewerbeschein für einen Groß- und Einzelhandel mit Stoffen. Der Stempelbetrag von 200 Reichsmark war an die Inflation angepasst. Auch Hans Fabians Bruder Martin wechselte die Branche. Zusammen mit seiner Frau Catharina eröffnete er um 1923 ein Herrenbekleidungsgeschäft am Stein-damm 102 in St. Georg, das in den folgenden Jahren immer besser lief. Catharina Fabian, geborene Rosener, geboren am 26. April 1890, stammte ebenfalls aus Berlin. Die gemeinsame Tochter Steffi wurde am 24. Mai 1919 in Hamburg geboren.

1924 verschlechterte sich Hans Fabians gesundheitlicher Zustand erheblich, woraufhin er 1925/26 einen Antrag auf Gewährung einer Versorgungsrente stellte. Die Gutachter erklärten, es handele sich um eine gemeine Epilepsie, deren Verschlimmerung nichts mit dem Kriegsgeschehen zu tun habe und deren gewöhnlicher Verlauf es sei, dass sie sich mit den Jahren verstärke. Damit erledigte sich der Rentenanspruch. Trotz seiner gesundheitlichen Einschränkungen und des Scheiterns seines Rentenanspruchs blieb Hans Fabian acht Jahre lang Pächter des Parkhotels, bis er im September 1929 aus dem Pachtverhältnis ausschied.

In der Zwischenzeit war Hans' Schwager Manfred Herz erst Mitinhaber der Firma seines Onkels Neumann Nathan geworden, 1926 hatte er sie ganz übernommen. Am 28. Juni 1928 hatte er zudem geheiratet und war aus der Wohnung an der Kuhmühle ausgezogen. Hans' Schwägerin Berta Herz hatte ihre Berufstätigkeit aus psychischen Gründen bereits 1925 aufgeben müssen. Sein Schwager Walter wiederum war von seiner Zeit auf See psychisch krank zurückgekehrt und wurde 1925 in der Hamburger Staatskrankenanstalt Friedrichsberg untergebracht. In dieser Situation hatte sich seine Schwiegermutter Helene Herz entschieden, die Jüdische Gemeinde zu verlassen und sich der „Ersten Kirche Christi, Wissenschaftler, Hamburg“ zuzuwenden.

Ob Hans Fabian nach seinem Ausscheiden aus dem Hotel überhaupt noch berufstätig war und wenn ja, ob er als Gastwirtsgehilfe oder selbstständiger Vertreter arbeitete, lässt sich anhand der vorhandenen Dokumente nicht mit Sicherheit feststellen. Jedenfalls verdiente er so wenig, dass er 1932 nicht einmal Kultussteuer zahlen musste. Erst gaben seine Frau Herta und er die Wohnung an der Kuhmühle auf, dann trennten sie sich. Hans Fabian fand eine Unterkunft zur Untermiete in Borgfelde, Herta Fabian wechselte auf die andere Seite der Alster.

Als sich Hans Fabian nicht mehr selbstständig versorgen konnte, zog er am 1. Januar 1936 in das Daniel-Wormser-Haus. Dieses Auswanderer- und Altersheim des Israelitischen Unterstützungsvereins für Obdachlose lag in der Nähe des Hauptbahnhofs in der Wester-

straße 27 am Klostertor. Nach rund einem Jahr Aufenthalt im Daniel-Wormser-Haus wurde Hans Fabian am 20. Januar 1937 im städtischen Versorgungsheim Farmsen untergebracht.

Nach der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 wurde Hans Fabians Bruder Martin im KZ Sachsenhausen inhaftiert und gezwungen, sein Herrenbekleidungsgeschäft aufzugeben, Manfred Herz' Uhrenhandel wurde „arisiert“. Gleichwohl unterstützte Martin Fabian noch einige Verwandte. So bezahlte er seinem Bruder Bruno die Fahrkarte nach Shanghai und schickte seiner Schwester Gertrud Fabian in Berlin, seiner Schwägerin Lucie Bleiweiss in Essen und seiner Schwiegermutter Fraenze Rosener in Aachen Geld. Zu Zahlungen für seinen Bruder Hans wurde er offenbar nicht aufgefordert. Als sich dessen Ehefrau Herta entschloss, die Scheidungsklage einzureichen, stellte sie beim Amtsgericht den Antrag, für das Scheidungsverfahren einen Pfleger für Hans zu beauftragen. Dieser bat daraufhin, seinen Bruder Martin mit der Pflegschaft für ihn zu betrauen. Das Amtsgericht entschied anders und beauftragte einen jüdischen „Konsulenten“. Dieser emigrierte jedoch ebenso wie Martin Fabian mit seiner Familie noch vor dem Scheidungsverfahren. Am 17. Mai 1939 wurde die Ehe zwischen Hans und Herta Fabian dennoch rechtskräftig geschieden.

Von den in Berlin und Stettin wohnenden Geschwistern Hans Fabians wurden 1942 und 1943 Elsbeth-Recha und ihr Ehemann Franz Ehrlich, Gertrud, Margarete und Walter Fabian sowie Max' Witwe Luise im Holocaust ermordet. Bruno starb 1943 in Shanghai. Herta Fabian wurde mit ihrem Bruder Manfred, dessen Frau Rosalie und deren gemeinsamen Kindern Ruth, geboren am 28. Juli 1931, und Herbert, geboren am 3. Dezember 1933, am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert. Ihre Mutter Helene Herz wurde am 15. Juli 1942 nach Theresienstadt verbracht. Von ihnen überlebte niemand. Die Schicksale der weiteren Geschwister von Hans Fabian liegen im Dunkeln.

An Hans Fabian, der am 23. 9. 1940 in Brandenburg/Havel ermordet wurde, erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Hohenfelde, Kuhmühle 6.

*Hildegard Thevs*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; 6; 7; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 232-5 Amtsgericht Hamburg – Aufgebotsachen 429; 314-15 Oberfinanzpräsident (Devisenstelle und Vermögensverwertungsstelle) R 1941/53; 332-5 Standesämter 1009 Geburtsregister Nr. 368/1933 Herbert Fabian, 1904 Nr. 857/1877, 2846 Nr. 49/1895, 3043 Nr. 755/1905, 6670 Heiratsregister Nr. 290/1928 Manfred Herz, 9112 Geburtsregister Nr. 2055/1895 Herta Herz, 9134 Geburtsregister Nr. 2359/1897 Manfred Herz, 13277 Geburtsregister Nr. 2547/1900 Berta Herz; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 11088; 376-3 Zentralgewerbekartei 10272/1919, 3428/22; Landesarchiv Berlin Geburtsregister Nr. 1621/1893 Hans Fabian, Geburtsregister Nr. 1760/1887 Bruno Fabian, Geburtsregister Nr. 1313/1889 Martin Fabian, Geburtsregister Nr. 1123/1890 Catharina Rosener, Geburtsregister Nr. 459/1891 Margarete Fabian, Geburtsregister Nr. 1925/1896 Walter Fabian, Sterberegister Nr. 1312/1904 Meyer Fabian; Dokumente und Mitteilungen von Alexander Watson, Januar 2015.

■ **Joel Falk,**

**geb. am 25. 3. 1923 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Joel Falk wurde am 25. März 1923 in Hamburg geboren. Er war das zweite Kind der Eheleute Louis Falk, geboren am 10. Juli 1885 in Hamburg, und Jente Falk, geborene Süsswein, geboren am 3. Juli 1893 in Lisko, Galizien.

Das dem jüdischen Glauben angehörende Ehepaar hatte im Oktober 1920 geheiratet und am 6. November 1921 den Sohn Joshua Fabian bekommen. Nach Joel wurden Henriette Friederike am 25. November 1925 und Hermann René am 22. März 1930 geboren. Alle vier Kinder kamen in Hamburg zur Welt. Zwei weitere Geschwister sollen früh gestorben sein.

Familie Falk lebte zunächst in der Agathenstraße 2, ab 1921 bis mindestens 1938 im Oppenheimerschen Wohnstift in der Kielortallee 22, jeweils in Hamburg-Eimsbüttel.

Joels Vater Louis war der Zwillingenbruder von Hermann Falk. Ihr Vater war Rechtsanwalt, ihre Mutter Lehrerin. Louis Falk verdiente den Lebensunterhalt zunächst als

selbstständiger Kaufmann in Gebrauchspapier en gros, ab 1924 als Handlungsreisender. Diesen Beruf übte er trotz körperlicher Behinderung infolge einer mit vier Jahren erlittenen Kinderlähmung und einer starken Verkrümmung der Wirbelsäule nach eigenen Angaben erfolgreich aus. Im Hamburger Adressbuch findet sich von 1920 bis 1931 die Bezeichnung „Kommissionsgeschäft“. Danach ist kein Gewerbe mehr vermerkt.

Außer den körperlichen Einschränkungen zeigten sich bei Louis Falk zunehmend Krankheitserscheinungen, die sich insbesondere in periodisch auftretenden Erregungsphasen äußerten. Dies wirkte sich dramatisch auf die Familie aus. Es kam zu Tätlichkeiten gegenüber der schwangeren Ehefrau. Die Kinder zeigten große Angst vor ihrem Vater. Schließlich



Wohnhaus Kielortallee 22

*Ingo Wille*

wurde Louis Falk 1926 und erneut 1929 im Allgemeinen Krankenhaus Eppendorf aufgenommen und 1930 in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg verlegt.

Jente Falk, Joels Mutter, litt stark unter den schwierigen Lebensumständen der Familie infolge der Krankheit ihres Mannes. 1930 kam auch sie als Patientin nach Friedrichsberg und wurde dort 1933 erneut in der Patientenkartei geführt. Es ist nicht bekannt, ob sie in diesen Jahren durchgängig oder nur zeitweise Patientin in Friedrichsberg war.

Ende 1930 wurde Louis Falk dauerhaft entmündigt. Am 19. Februar 1934 erfolgte seine Verlegung in die Staatskrankenanstalt Langenhorn, wahrscheinlich waren die Behandlungsmöglichkeiten in Friedrichsberg ausgeschöpft. Auf der Grundlage des am 1. Januar 1934 in Kraft gesetzten „Gesetz[es] zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erfolgte am 27. Mai 1935 Louis Falks Einweisung in die Universitäts-

klinik Eppendorf und dort seine Sterilisation. Sieben Tage später, am 3. Juni 1935, wurde er nach Langenhorn zurückgebracht, kurz darauf beurlaubt und am 12. Mai 1936 entlassen, ohne – wie sonst üblich – einen Grund festzuhalten. Nur zehn Tage später, am 22. Mai 1936, starb Louis Falk im Israelitischen Krankenhaus.

Über Joels Kindheit und frühe Jugend ist nichts überliefert. So fehlen auch Angaben über seine Unterbringung und die seiner Geschwister während der Zeit der Krankenhausaufenthalte der Eltern. In jedem Fall dürfte die problematische Situation der Familie die Entwicklung der Kinder erheblich beeinträchtigt haben, zumal auch die Großmutter Hermine Falk nicht helfen konnte. Sie war bereits 1928 gestorben.

Mit 16 Jahren, am 17. Dezember 1939, wurde Joel Falk landwirtschaftlicher Gehilfe auf dem jüdischen Lehrgut Gehringsdorf bei Hattenhof im Kreis Fulda. Dort war 1929 eine Hachschara-Stätte entstanden. Junge Menschen sollten in dem „Kibbutz Haddatih“ genannten Gut durch eine landwirtschaftliche Ausbildung auf die Emigration (Alija) nach Palästina vorbereitet werden.



Joels Vater Louis Falk, in den 1930er-Jahren  
*UKE/IGEM*

Ein Vierteljahr später, am 28. Februar 1940, wurde Joel Falk Patient in der Psychiatrischen Klinik/Landesheilanstalt Marburg. Der Arzt Dr. von Keitz aus Neuhoof, Kreis Fulda, hatte bei Joel eine beginnende Psychose diagnostiziert. Die Klinik richtete am 5. März 1940 ein Schreiben an Joels Mutter mit folgendem Inhalt: „Bei Ihrem Sohn Joel, der sich seit dem 28. 2. 40 in unserer Behandlung befindet, handelt es sich um eine geistige Störung, deren einzige Behandlung in einer Anzahl von Spritzen besteht. Wir wenden dabei ein Medikament an, dass bereits vielen unserer Patienten mit der ähnlichen Krankheit Besserung gebracht hat. Wir bitten, uns zu dieser Behandlung Ihre Erlaubnis zu geben. Heil Hitler, I. A. Oberarzt.“

Jente Falk antwortete: „Selbstverständlich verstehe ich zu wenig von dieser Behandlung, es steht für mich zu viel bezgl. für meinen Sohn auf dem Spiel, um als Mutter [...] meine Zusage zu dieser Behandlung zu versagen. Auch setze ich in Sie das größte Vertrauen, dass Sie meinem Sohn nur eine solche Behandlung zukommen lassen werden, die eine hoffentlich vollständige Besserung seines augenblicklichen Zustandes erhoffen lassen, und kann ich als unglückliche Mutter Sie nur innigst bitten, alles zu versuchen, um meinem Jungen, dass ja tatsächlich noch ein halbes Kind ist, seine Gesundheit zurück zu geben.“

Als sich Joels Befinden besserte, wurde auf die Spritzkur zunächst verzichtet. Schon Anfang April 1940 verschlimmerte sich sein Zustand jedoch wieder, sodass eine von seiner Mutter erbetene Entlassung auf „nicht absehbare Zeit“ aufgeschoben wurde.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Joel Falk. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Auch Joels Mutter Jente Falk, seine Schwester Henriette Falk und sein Bruder Hermann René Falk wurden im Holocaust ermordet. Sie wurden am 25. Oktober 1941 von Hamburg aus nach „Litzmannstadt“ (Łódź) deportiert. Henriette, erst 16 Jahre alt, kam dort am 25. April 1942 ums Leben. Hermann Falk wurde wahrscheinlich nach dem 15. Mai 1942 nach Chelmno weiter deportiert und dort ermordet. Das Todesdatum von Jente Falk ist unbekannt. Auch Joel Falks älterer Bruder Joshua Fabian Julius wurde am 25. Oktober 1941 nach Łódź deportiert. Laut Gedenkbuch des Bundesarchivs soll er im Zwangsarbeitslager Friedrichsweiler umgekommen sein. Für Joel Falk und seine im Holocaust ermordeten Verwandten sind Stolpersteine in Hamburg-Eimsbüttel, Kielortallee 22 geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 2104 Nr. 3253/1885 Geburtsregister Louis Falk, 2104 Nr. 3254/1885 Geburtsregister Hermann Falk, 6054 1425/1920 Heiratsregister Louis und Jente Falk, 1053 Sterberegister Nr. 182/1936 Louis Falk, 1905 Nr. 1467/1877 Geburtsregister Henriette Falk; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn 352-8/7 Langenhorn Abl. 2-1995 20503 Louis Falk; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Louis Falk der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Louis Falk der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; LWV-Archiv, Bestand 16 K 7739, Patientenakte Joel Falk; <https://de.wikipedia.org/wiki/Gehringshof> [20. 3. 2016].

## ■ **Moraka Farbstein,**

**geb. am 5. 12. 1898 in Ostrowo (Ostrów Wielkopolski), ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Moraka (auch Moroka oder Morcka) Farbstein wurde am 5. November 1898 in dem Ort Ostrowo in Polen geboren. Von ihrem Vater ist nur der Name bekannt: Benjamin Farbstein. Über ihre Mutter wissen wir nichts. Moraka war polnische Staatsangehörige. Dies ist auf der Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde in Hamburg vermerkt und wird durch den dort enthaltenen Hinweis „Nichtmitglied der Reichsvereinigung“ bestätigt.

Die im Sommer 1939 zwangsgegründete „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ übernahm anstelle der bis dahin selbstständigen jüdischen Interessenvertretung Verwaltungsaufgaben, die auf Weisung des NS-Regimes, später des Reichssicherheitshauptamtes auszuführen waren. Jüdische Menschen im Sinne der NS-Definition, soweit sie die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, mussten Mitglieder sein. Dies galt nicht für jüdische Menschen einer anderen Nationalität, sie wurden aber mit verwaltet.

Wir wissen nicht, wann und aus welchem Grunde Moraka nach Hamburg kam. Auch ein Wohnsitz ist weder für sie noch für ihre Eltern vermerkt. Auf der Kultussteuerkarte wurde als Familienstand „ledig“ vermerkt.

Sicher ist, dass Moraka Farbstein im Oktober 1918 Patientin der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ war. Dies beweist ihre Patienten-Karteikarte Nr. 43938. Als ihr Berufsstand wurde „Arbeiter“ angegeben.

Die Anstalt Friedrichsberg war die zentrale Aufnahmeeinrichtung für Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen in Hamburg. Von dort wurden viele Patientinnen und Patienten in die „Irrenanstalt Langenhorn“ verlegt. Auch Moraka Farbstein kam im Anschluss an ihren Aufenthalt in Friedrichsberg nach Langenhorn, und zwar am 21. Oktober 1918. Es ist nicht bekannt, ob sie sich ohne Unterbrechung bis 1940 in Langenhorn aufhielt.

Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A-Z

Farbstein Moraka ld		geboren 5.12. 1898 zu Ostrowo		223670		
eingetretener		A		SV. TV. NDS. 21368		
zuerst besteuert		Wohnung		Finanzamt u. Steuernummer		
Firma und Branche		Geschäfts-Adresse		Langenhorn		
Sole.		Nichtmitglied d. Reichsvereingung				
Eltern: Benjamin Farbstein	Jahr	Verzinsung	Gestattung bis	BEZUG		Bemerkungen
				Fol.	Det.	Betrag
Ehefrau:	193	19				
geb.						
Kinder:						
1. geb.						
2. "	193	19				
3. "						
4. "						
5. "						
6. "	193	19				
7. "						
8. "						
9. "	193	19				
ausgeschlossen den 25.9.40						1234444
durch: Verlegt in Langenhorn						

Moraka Farbsteins Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde, „Nichtmitglied der Reichsvereingung“  
StaH

Moraka Farbstein lebte in Langenhorn, als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Da für Moraka Farbstein keine persönliche Adresse in Hamburg gefunden wurde, kann kein individueller Ort bestimmt werden, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

Ingo Wille

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; AB; 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Moraka Farbstein der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Lorenz/Berkemann, Die Hamburger Juden, Bd. I, S. 89.

## ■ **Bertha Feld,**

**geb. am 25. 8. 1885 in Krojanke/Pommern (heute: Krajenka, Woiwodschaft Großpolen),  
ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Bertha Feld, Tochter jüdischer Eltern, geboren am 25. August 1885, gab als 57-jährige über sich selbst Auskunft: Ihr Vater, der Schuldiener Aron Feld, sei sechs Wochen, ihre Mutter Rosalie, geborene David, drei Monate nach ihrer Geburt gestorben. Von einer Stiefschwester sei sie oft geschlagen worden. Als kleines Kind habe sie schon um vier Uhr früh aufstehen müssen, um zu arbeiten. Noch bis zum fünften oder sechsten Lebensjahr sei sie Bettnässerin gewesen. Im Alter von sechs Jahren sei sie in die Volksschule gekommen und habe diese bis zur ersten Klasse besucht (zu der Zeit war die erste die höchste Klassenstufe). Besondere Neigungen in der Schule seien ihr nicht erinnerlich. Sie beschrieb sich als einen trotz allem sehr lustigen und freundlichen Menschen, nicht streitsüchtig, nicht erregt. Nach der Schulzeit sei sie in ein Geschäft eingetreten und habe mit einem eigenen Verkaufsstand gut verdient. Sie sei ledig geblieben. Über eigene Kinder oder Schwangerschaften wollte sie keine Auskunft geben.

Offensichtlich hatte Bertha Feld ihr Leben recht gut meistern können, obwohl sie seit ihrer Kindheit an Erstickenanfällen infolge einer Struma, einer Vergrößerung der Schilddrüse durch Jodmangel, litt, die 1931 operativ beseitigt wurde. Seit dieser Zeit bekam Bertha Feld Anfälle, die sie jedoch selbst nicht wahrnahm. Von Bekannten erfuhr sie, dass solche Anfälle zu Stürzen und Bewusstlosigkeit geführt hatten. Als Bertha Feld 1933 im Krankenhaus Eppendorf aufgenommen wurde, klagte sie darüber, dass neuerdings ihr Gedächtnis aussetze und sie deshalb begonnene Tätigkeiten oft nicht beenden könne.

Der Nervenarzt Dr. Leopold Koppel wies Bertha Feld im September 1933 in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg ein. Sie wohnte zu der Zeit in der Straße Blumenau 163 in Hamburg-Eilbek. In Friedrichsberg kam sie in die offene Nervenabteilung. Anscheinend waren die Ärzte dort nicht in der Lage, Bertha Feld zu helfen. Sie notierten in ihrer Patientenakte: „Da Pat. immer wieder mit neuen Klagen kommt, in ihrem Befinden angeblich keine Besserung eingetreten ist, wird ihr die Entlassung nahegelegt.“ Sie erfolgte am 9. Oktober 1933.

Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A-Z



Bertha Feld, 1933

UKE/IGEM

Im April 1934 verurteilte das Amtsgericht Bertha Feld zu drei Tagen Haft, die sie unmittelbar im Anschluss an das Urteil antreten musste. Es ist nicht überliefert, welchen Vergehens sie beschuldigt wurde. Auf ihrer Haftkarteikarte ist die Adresse Wandsbeker Chaussee 116 bei Siemers notiert.

Im Februar/März 1936 war Bertha Feld erneut Patientin in der Staatskrankeanstalt Friedrichsberg. Ihre Adresse lautete zu dieser Zeit Lübecker Straße 116 bei Wendt. Auch dieser Krankenhausaufenthalt führte nicht zur Klärung der Krankheitsursache. Ihr wurde indirekt Simulation unterstellt. Anlässlich ihrer Entlassung am 3. März 1936 wurde in der Patientenakte notiert: „Pat. läßt sich nichts anmerken, verabschiedet sich freundlich und [...] verbindlich vom Arzt.“

Personalbeschreibung		Vorbestraft	
Größe: <i>1,70</i>	Nase: <i>gut</i>	<input checked="" type="checkbox"/> Z wegen:	
Wuchs: <i>stark</i>	Mund: <i>1</i>	<input checked="" type="checkbox"/> G wegen:	
Gesicht: <i>ruhl</i>	Zähne: <i>gut</i>	<input checked="" type="checkbox"/> K wegen:	
Haar: <i>grün</i>	Bart: <i>1</i>	<input checked="" type="checkbox"/> Verwils wegen:	Geldstrafe:
Augen: <i>blau</i>			
Besondere Kennzeichen:		Letzte Strafe ist im Jahre: <i>1934</i> verbüßt in:	Untergebracht:
		Letzte Strafe von 6 Monaten und mehr ist im Jahre verbüßt in:	Kennziffer:
Name: <b>Feld</b>	Vorname: <b>Bertha</b>		<b>F 1999</b>

Haftkarteikarte  
StaH

Nach Aufhalten im Versorgungsheim Farmsen und wiederum in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg wurde Bertha Feld im Dezember 1937 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn eingewiesen, nun mit der Diagnose „Erregungszustand und Gewalttätigkeit“. Ein halbes Jahr später, am 9. Mai 1938, überwies man sie in die Heilanstalt Lübeck-Strecknitz. Hier blieb sie bis zum 16. September 1940.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Bertha Feld. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Ob Bertha Feld Angehörige hatte, die von ihrem Tod Kenntnis erhielten, wissen wir nicht.

Ein Stolperstein in Hamburg-Eilbek, Wandsbeker Chaussee 116, erinnert an Bertha Feld.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 242-1 II Gefängnisverwaltung II, Ablieferung 13, Journal Nr. 1126/1934; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/ Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Karteikarte Bertha Feld der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Bertha Feld der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; IMGWF, Patientenakte Bertha Feld der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz.

## ■ **Gisa (Golda) Feuerberg,**

**geb. am 17. 3. 1925 in Czortkow/Polen (heute: Ukraine), ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Am 17. März 1925 wurde Gisa Feuerberg in Czortkow geboren und beim Standesamt als „Golde Salzinger false Feuerberg“ registriert, was auf eine spätere Namensänderung hindeuten kann. Die Geburtsstadt lag damals in Polen. Heute heißt sie Tschortkiw und gehört zur Ukraine. Czortkow war eine Stadt mit einer großen jüdischen Bevölkerung. Auch die Familie Feuerberg gehörte dem jüdischen Glauben an. Angesichts großer wirtschaftlicher



Gisa Feuerberg

*Archiv Vorwerker Diakonie Lübeck*

Probleme entschloss sie sich, das Land zu verlassen und anderswo eine neue Existenz aufzubauen.

So kamen die Feuerbergs 1925, also in Gisas Geburtsjahr, nach Haifa in Palästina, heute Israel. Die Eltern gründeten einen Kolonialwarenhandel. Für die Kinder, also für Gisa und ihren etwas älteren Bruder, blieb nicht viel Zeit. 1929 stürzte Gisa in einem unbeobachteten Moment eine Außentreppe hinunter. Dabei verletzte sie sich schwer am Kopf. In Palästina konnte man Gisa nicht helfen, und so begaben sich die Eltern auf eine Odyssee zu Ärzten in Europa. Zunächst gingen sie nach Wien und Berlin. In Berlin gab man den Eltern den Rat, die

Tochter in London in einer Einrichtung für Kinder mit Behinderungen unterzubringen. Als diese 1930 geschlossen wurde, empfahl die Leiterin, Miss Gaster, den Eltern, die Tochter in „a famous Institute for handicapped children in Vorwerk – Lübeck by Dr. Burwick“ zu schicken. Am 4. März 1931 kam Gisa nach Lübeck. Dort befand sich das Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk, das 1906 als sogenannte „Idiotenanstalt“ vom „Verein zur Fürsorge für Geistesschwache“ gegründet worden war.

Einige Monate später reisten Bruder und Eltern ein letztes Mal nach Europa und besuchten ihre Schwester beziehungsweise Tochter in Lübeck. Der Bruder, Israel De-Noor, meinte später, Gisa habe die Familie nicht mehr erkannt; „we left brokenhearted“ – sie verließen sie tieftraurig und ohne genauere Information über ihren Gesundheitszustand.

Das vernachlässigte Geschäft, die hohen Unterbringungskosten für Gisa – all das machte der Familie in Palästina zu schaffen. Weitere Besuche in Lübeck waren nicht möglich. Ein geplantes Familientreffen in Danzig, von dem in Briefen um Weihnachten 1934 die Rede war, kam wohl nicht zustande. Dabei war von Vorwerker Seite die Reisefähigkeit attestiert worden. So sahen die Feuerbergs Gisa 1931 zum letzten Mal.

Nachdem Familie Feuerberg den Weg nach Lübeck nicht mehr finanzieren konnte, schaute in den Folgejahren die befreundete Familie Pohoryles aus Hamburg, Schäferkampsallee 22, zu der Dina Pohoryles, geborene Feuerberg, gehörte, ab und zu nach Gisa. Doch auch dieser Kontakt endete bald. Die Familie Pohoryles emigrierte 1937 bzw. 1939 nach England.

Es gab einen regen Briefwechsel zwischen Paul Burwick, dem Leiter des Vorwerker Heimes, und den Eltern, jedoch in erster Linie wegen ausbleibender Zahlungen für Gisas Unterbringung. Die Briefe dokumentieren die Verarmung der Familie Feuerberg. Über Monate und Jahre scheinen Hersch und Sara Feuerberg nicht in der Lage gewesen zu sein, das Geld für die Tochter aufzubringen. Im Februar 1938 spitzte sich die Situation zu. Die Anstalt schrieb: „Leider sind die Zuweisungen, die wir im Laufe des Jahres erhalten haben, verhältnismässig gering, zu gering, denn die Kostgelder decken nicht unsere Ausgaben. Darum bitten wir Sie, sehr geehrte Frau und Herr Feuerberg, sich baldigst über diese Angelegenheit zu äussern, da wir sonst Ihr Kind nicht lange mehr in dem jetzigen Heim behalten können.“ Hersch Feuerberg bat daraufhin, sich an seine Mutter in Czortkow mit der Bitte um Zahlung zu wenden. Er selbst könne nicht einmal mehr seine Familie ernähren. Aus Czortkow kam das Vorwerker Schreiben zurück mit dem Vermerk, dass die Unterschrift des polnischen Konsulats in Hamburg nötig sei. Dort wurde nach langer Verhandlung gefordert, zunächst eine polizeiliche Bescheinigung aus Lübeck über Gisas dortige Anwesenheit beizubringen. Über den Ausgang dieses Schriftwechsels ist nichts bekannt.

In Paul Burwicks Briefen an die Eltern finden sich immer wieder Hinweise auf Gisas Befinden, das regelmäßig als unverändert beschrieben wurde – „nach ruhigen Zeiten [folgt] größte Unruhe“, Gisa benötigte viel und intensive Betreuung. Die Korrespondenz wurde bis 1940 fortgeführt.

In Paul Burwicks Briefen an die Eltern finden sich immer wieder Hinweise auf Gisas Befinden, das regelmäßig als unverändert beschrieben wurde – „nach ruhigen Zeiten [folgt] größte Unruhe“, Gisa benötigte viel und intensive Betreuung. Die Korrespondenz wurde bis 1940 fortgeführt.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-



Gisa Feuerberg mit ihrer Betreuerin in Vorwerk  
*Archiv Vorwerker Diakonie Lübeck*

Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Gisa Feuerberg zusammen mit neun weiteren jungen jüdischen Menschen aus dem Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk am 16. September 1940 in Hamburg-Langenhorn ein. Die jüdischen Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid ermordet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Wie Gisas Bruder, Israel De-Noor, 1998 an das Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk schrieb, erhielten seine Eltern nie eine präzise Auskunft über den Verbleib der Tochter. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dem Vater mitgeteilt, dass „Gisa wie andere Menschen mit Behinderung von den Nazis umgebracht wurde“. Genauer erfuh die Familie nicht.

Die Geschichte von Gisa Feuerberg wurde in diesen Details erst 1998 bekannt, als die damalige Schule für Heilerziehungspflege einen einprägsameren Namen suchte. Gisa-Feuerberg-Schule sollte der neue Name sein. In der Folge wurde geforscht, es gab Rückschläge und Enttäuschungen, bis der Kontakt zu Israel De-Noor zustande kam.

Bei Weitem nicht alle Fragen der Schülerinnen und Schüler der Gisa-Feuerberg-Schule konnten geklärt werden. Viele blieben offen:

Woher kannte Miss Gaster in London das „Kinderheim Vorwerk“? Und wieso hatte es einen so guten Ruf, dass für sie nichts anderes infrage kam?

Wie haben die Eltern es ausgehalten, ihr Kind in Lübeck zurückzulassen?

Aber vor allem: Wer war eigentlich Gisa Feuerberg – wie war sie – was fühlte sie – wen vermisste sie?

Was für ein Mensch hätte aus ihr werden können?

An Gisa Feuerberg erinnert ein Stolperstein in Lübeck, Triftstraße 139-143.

*Ursula Häckermann*

**Quellen:** 5; 8; 9; 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-13 Landgericht Hamburg – Wiedergutmachung 1063 Dina Pohoryles; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Standesamt Warschau, Gisa Feuerberg Geburtsurkunde Abschrift vom 20. 10. 2014, Sign. ZB-2015/30/1925; Archiv Vorwerker Diakonie Lübeck, Akte Gisa Feuerberg; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Harald Jenner, Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk in der NS-Zeit, S. 169–204, in: Strohm/Thierfelder, Diakonie im „Dritten Reich“.

## ■ Paula Fraenkel,

geb. am 5. 3. 1903 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel

Paula Fraenkel wurde am 5. März 1903 in Hamburg als Tochter von Bernhard und Hulda Fraenkel geboren. Die Eltern gehörten dem jüdischen Glauben an und stammten aus dem heute polnischen Ort Ostrów Wielkopolski, der bis 1918 unter dem Namen Ostrowo zu Preußen gehörte. Bernhard Fraenkel war am 22. Januar 1858, Hulda am 3. März 1872 zur Welt gekommen. Um 1900 ließen sich die Eheleute in der Königstraße 43 (heute ein Teil der Poststraße) in Hamburg-Neustadt nieder. Sie bekamen vier Kinder: Erwin Horst, geboren am 12. Februar 1901, Paula, geboren am 5. März 1903, Walter, geboren am 22. Oktober 1904, gestorben am 2. Dezember 1904, und 13 Jahre später Lotte, geboren am 20. August 1917.

Das Ehepaar führte in der Königstraße 43 kurzzeitig eine Billardball-Fabrik. 1903 eröffnete es dann zwei Häuser weiter, in der Nummer 47, ein Manufacturwaren-Geschäft. Ab 1907 war dies auch die Wohnadresse der Familie. Zwei Jahre später mussten Hulda und Bernhard Fraenkel jedoch Geschäft und Wohnung aufgeben, als das Gebäude im Zuge einer Stadterweiterung abgerissen wurde. Sie zogen mit ihren Kindern in die Hartungstraße 18 in Hamburg-Rotherbaum, wo Bernhard Fraenkel nun als freiberuflicher „Rechercheur“ tätig war. Ab 1915 arbeitete er im Angestelltenverhältnis beim Finanzamt Schlump. Im Jahr darauf wechselte die Familie erneut den Wohnort und zog in die Kielortallee 6 im Stadtteil Eimsbüttel.

Am 1. April 1920 wurde Bernhard Fraenkel vom Hamburger Oberfinanzpräsidium übernommen. Doch die mit der Anstellung gewonnene Sicherheit stellte sich als trügerisch heraus. Bernhard Fraenkel durfte nur wenige Jahre in der Finanzverwaltung bleiben. Am 31. Dezember 1923 entließ man ihn zusammen mit vielen anderen Beschäftigten infolge der drei Monate



Wohnhaus Kielortallee 6

*Ingo Wille*

zuvor erlassenen „Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reichs“, kurz „Personal-Abbau-Verordnung“ genannt. Daraufhin versuchte Bernhard Fraenkel vergeblich, den Lebensunterhalt der Familie durch den Handel mit Brot, sogenannten Rheinlandklöben, zu sichern. Die Familie war bald auf Fürsorgeunterstützung angewiesen. Daran änderten auch die Kostgeldabgaben von Erwin und Paula Fraenkel nichts. Erwin Fraenkel arbeitete als Bote bei der Feinkostfirma Heimerdinger, wurde aber wegen zu geringen Umsatzes entlassen. Paula Fraenkel hatte den Beruf der Verkäuferin erlernt, war aber meist arbeitslos und nur jeweils kurze Zeit in hauswirtschaftlichen Stellungen tätig. Lotte Fraenkel stand vor der Einschulung in die Israelitische Mädchenschule in der Karolinenstraße. Der Fürsorgepfleger beschrieb Bernhard Fraenkel im Mai 1925 als körperlich „kümmerlich“ und Hulda Fraenkel als „kränklich“. Ihr Arzt, Dr. Kurt Neufeld, behandelte sie unentgeltlich. Über Paula Fraenkel wurde berichtet, sie sei krank und befinde „sich z. Zt. [1925] im Erholungsheim Segeberg.“ Am 12. Mai 1927 starb Bernhard Fraenkel im Israelitischen Krankenhaus im Alter von 69 Jahren. Lotte hatte inzwischen an der Israelitischen Mädchenschule einen Freiplatz erhalten. Infolge der extremen Armut erhielt die Familie Mahlzeiten aus der Volksküche der Jüdischen Gemeinde.

Hulda Fraenkel wohnte nach dem Tod ihres Mannes weiter in der Kielortallee.

In ihrer verzweifelten Lage fasste Hulda Fraenkel am 25. Oktober 1931 den Mut, sich an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zu wenden. Die Petition hatte folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Bei der jetzigen schweren Zeit werden Sie hochgeehrter Herr Reichspräsident wohl mit Bittgesuchen überhäuft, trotzdem wage ich es als Landsmännin. Da ich soviel von Ihrer Läutseligkeit und Mitgefühl gehört habe. Als Tochter eines in guten Verhältnissen lebenden Kaufmannes bin ich am 3. März 1872 in Ostrowo Pr. Posen geboren. Mein Mann, welcher vor 4 Jahren verstorben ist, war auch ein Ostrower, dessen Eltern daselbst eine Dampfmühle und Sägewerk besaßen und die größten Steuerzahler der Stadt waren. Der Bruder meines Mannes der Kommissionsrat war besaß den Kronenorden 2. Klasse, den er am 14 Oktober 1900 bei der Einweihung des Denkmals Kaiser-Wilhelms des 1ten erhielt, wozu er den größten Teil zusteuerte. Schlimm ist es aus solchen Verhältnissen und solch einer Jugend von Wohlfahrtsunterstützungen zu leben, die 13 Mark wöchentlich betragen. Ich habe noch meine eigene Wohnung muß 56 Mark monatlich bezahlen, wovon ich ein Zimmer vermietet habe. Mein ältester Sohn dreißig Jahre alt hat ein chronisches Asthmaleiden, meine 28-jährige Tochter ist leider durch den Ernst der Zeit und schlechte Stellungen nervenkrank geworden und ist seit 3 Jahren in Langenhorn bei Hamburg in einer Heilanstalt. Meine jüngste Tochter (ein Sonntagskind) verläßt jetzt die Schule und weiß auch nicht was werden soll, da sie nicht so recht gesund und blutarm ist.

Mein verstorbener Mann war die letzten 9 Jahre bei der Finanzbehörde und fehlte noch ein Jahr und ich hätte vielleicht eine kleine Pension, auch bei der Reichsversicherung hat er

16 Monate zu wenig eingezahlt und so habe ich auf nichts zu hoffen. Manch eine Mutter hätte den Kopf verloren meine Kinder können mich nicht missen. Die Kranke wartet auf meinen Besuch.

Mit der Bitte meine Lage zu verbessern, vielleicht dafür zu wirken, daß ich eine kleine Rente erhalte zeichne ich hochachtungsvoll ergebenst, Frau Hulda Fraenkel, Hamburg Kielortallee 6 II r.

Wie ich aus der Zeitung ersah, feierten Herr Reichspräsident seinen 84 Geburtstag. Nachträglich meine herzlichste Gratulation, verbunden den Wünschen für ein recht Langes, gesundes, ungetrübttes Alter. H. F.“

Der älteste Sohn, Erwin Fraenkel, hatte zunächst die Privatschule von Dr. Joseph Unna in der Wrangelstraße besucht und war dann zur Talmud Tora Schule gewechselt. Als seine jüngste Schwester Lotte 1917 zur Welt kam, befand er sich bereits in einer Lehre als Kellner bei der Firma Heimerdinger, „Hoflieferant, feine Lebensmittel, Stadtküche“, am Neuen Wall. Sie übernahm ihn anschließend als Mitarbeiter, und er blieb dort bis Mitte der zwanziger Jahre, zuletzt wie oben erwähnt als Bote. Schon von Jugend an war es Erwins größter Wunsch gewesen, Zauberkünstler zu werden. Parallel zu seiner Berufstätigkeit bildete er sich in den Fertigkeiten aus, die er dazu brauchte – als Autodidakt und immer wieder mit Lehrstunden bei János Bartl, einer renommierten Firma für „magische Apparate und Illusionen“ mit Sitz am Neuen Jungfernstieg. 1930 hatte er sein Ziel erreicht: Von nun an trat er hauptberuflich als Magier auf, seine Spezialität waren „Kartenmanipulationen“. Unter dem Künstlernamen Erwin Frankoni faszinierte er große und kleine Zuschauerinnen und Zuschauer mit seinen Zauberkunststücken – ob auf Bühnen und Märkten oder in Varietés. Er wurde auch Mitglied im „Magischen Zirkel Hamburg“, einem Zusammenschluss von Berufs- und Amateurzauberkünstlern, der noch heute existiert. Und er war befreundet mit Clara Benthien, Wirtin von „Benthien's Weinstuben“, der legendären Hamburger Künstlerkneipe Ecke Brandsende und Raboisen. Dort gab es nicht nur belegte Brote und „Tante Claras“ beliebte Bänkellieder, im Hinterzimmer half man jüdischen Verfolgten ab 1933 bei der Flucht aus Deutschland.

Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten Anfang 1933 sorgte dafür, dass Erwin Fraenkel nicht lange in seinem Traumberuf arbeiten konnte. Als „Volljude“ entzog man ihm gleich fast vollständig die Auftrittserlaubnis, nur kleine Märkte waren ihm noch erlaubt. Am 14. Juni 1933 heiratete er die drei Jahre jüngere, katholische Rosina Lindermeier aus Derching bei Augsburg. Ihre Eltern besaßen dort einen Bauernhof, auf dem sie schon als Kind hatte mitarbeiten müssen. Einen Beruf erlernte Rosina nicht. Um 1926 war sie nach Hamburg zu einer dort lebenden Schwester gezogen und hatte bis zu ihrer Heirat als Buffet- und Küchenhilfe gearbeitet. Da Rosina und Erwin Fraenkel keine Kinder bekamen, handelte es sich bei ihrer Ehe gemäß der Rassenideologie der Nationalsozialisten ab Dezember 1938 nicht um eine „privilegierte Mischehe“, die Erwin Fraenkel größeres Schutz geboten hätte. So musste er ab September 1941 den „Judenstern“ tragen und war

von Anbeginn an nicht vor der Deportation geschützt, wenn auch erst einmal zurückgestellt. Rosina erhielt mehrfach Vorladungen der Gestapo in die Rothenbaumchaussee. Sie wurde aufgefordert, sich von ihrem Ehemann scheiden zu lassen, was sie jedoch nicht tat. Da die Gestapo sie an anderer Stelle irrtümlicherweise als „Rosina Sara Fraenkel“ führte, erhielt sie zudem später einen „Evakuierungsbefehl“, d. h. den Deportationsbefehl. Als sie das Schreiben las, erlitt sie einen Herzanfall.

1938 wurde Erwin Fraenkel auch der Wandergewerbeschein entzogen, was einem vollständigen und endgültigen Berufsverbot gleichkam. In den folgenden Monaten arbeitete er als Hausmeister, Kellner und Zigarettenverkäufer, bis er zunächst von Oktober 1939 bis August 1941 Zwangsarbeit leisten musste. Willibald Schallert, Leiter der Sonderdienststelle für derartige Arbeitseinsätze beim Hamburger Arbeitsamt, teilte ihn nacheinander verschiedenen Unternehmen und einem Privathaushalt für Erd-, Garten- und Tiefbauarbeiten zu: unter anderem einer Aggregate-Fabrik in Borstel, einer Firma, die Schießplätze in Volksdorf errichtete, dem Erdarbeiten-Unternehmen Walter Bibow an der Schäferstraße in Eimsbüttel, der Pinselfabrik Hechter in Borgfelde und dem Bankdirektor Hermann Huth in Blankenese. Bei der Firma Bibow erfuhren die Zwangsarbeiter jeweils einen Tag vorher durch das Arbeitsamt von dem Arbeitseinsatz, mussten sich dann am nächsten Morgen um 5 oder 6 Uhr meist am Bahnhof Schlump einfinden und wurden von dort gemeinsam unter Bewachung, häufig durch Schallert persönlich, zum Arbeitsplatz geführt. Dort kontrollierte die Gestapo noch einmal, ob die angekündigten Männer auch wirklich erschienen waren.

Von Januar bis Juli 1942 erhielt Erwin Fraenkel Unterstützung von der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“: Er konnte als Aushilfskellner in ihrem Gemeinschaftshaus arbeiten. Anschließend musste er wieder Zwangsarbeit leisten, nun fast durchgehend bis Februar 1945. Erneut wurde er beim Bau von Schießplätzen in Volksdorf eingesetzt, hinzu kamen jetzt Arbeiten für die Gestapo. Während er bei Firmen und Privatpersonen zumindest einen minimalen Stundenlohn erhielt, der wie beim Bau der Schießplätze 73 Pfennig pro Stunde abzüglich 15 Prozent „Judenabgaben“ betragen hatte, zahlte die Gestapo nichts. Dafür musste er folgende Arbeiten ausführen: mehrmalige Umzugshilfe, von der Beneckestraße zur Rothenbaumchaussee, von dort zum Sievekingplatz und danach zum Johanniskollwerk; Transport großer Mengen Akten anfangs zur Sicherung in den Hochbunker auf dem Heiligengeistfeld, später zwecks Vernichtung, da nun belastend, in die Müllverbrennungsanlage Bahrenfeld.

Des Weiteren musste Erwin Fraenkel nach den schweren Bombenangriffen im Juli/August 1943 ausgebombten Gestapoangehörigen beim Umzug helfen und ihnen neue Möbel besorgen. Er musste bei den Deportationen helfen, für Gestapoangehörige Möbel aus den Wohnungen deportierter Jüdinnen und Juden holen und für die leeren Viehwagen der Deportationszüge zusammen mit anderen Juden Holz und sonstiges Material für den Bau von Bänken beschaffen. Letzteres geschah im Auftrag der Hamburger Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die seit Juli 1939 bis zu ihrer Auflösung

1943 dem Reichssicherheitshauptamt unterstand und von der Gestapo kontrolliert wurde.

Bereits 1936 waren Hulda und Lotte Fraenkel in den Kleinen Schäferkamp 32 gezogen. Das Gebäude wurde später zum „Judenhaus“ erklärt. Erwin und Rosina Fraenkel mussten 1941 in das „Judenhaus“ Bornstraße 22 überwechseln.

Anders als über Erwin Fraenkel ist über das Leben seiner beiden jüngeren Schwestern Paula und Lotte nur wenig bekannt. Lotte, die jüngste Tochter, arbeitete bis 1934 als Haushilfin, danach hatte sie kein zu versteuerndes Einkommen mehr.

Paula Fraenkel scheint psychisch krank gewesen zu sein. Sie lebte lange in ihrer Familie. In den Jahren 1927 und 1928 war sie mehrfach Patientin in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg und wurde schließlich in die Staatskrankenanstalt Langenhorn überwiesen. Am 31. August 1935 schloss die Stadt Hamburg einen Vertrag mit dem Landesverband der Inneren Mission von Schleswig-Holstein zur Übernahme Hamburger Anstaltspatienten nach Rickling. Verebart wurde zunächst die Verlegung von 30 Männern und 150 Frauen. So kam Paula Fraenkel am 5. Dezember 1935 in das Haus Lindenhof der in „Ricklinger Anstalten“ umbenannten „Holsteinischen Heilstätten für Nerven- und Alkoholkranke“.

1938 versuchte die Leitung der Ricklinger Anstalten, die dort lebenden jüdischen Patienten gegen andere „auszutauschen“. Angeblich befürchtete die Anstaltsleitung, den Status der Gemeinnützigkeit und damit verbundene Steuervergünstigungen zu verlieren, „wenn nicht ausnahmslos deutsche Patienten bei uns aufgenommen werden.“ Daraufhin wurden vier männliche Patienten in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt. Gründe dafür, dass Paula Fraenkel als Jüdin zunächst in Rickling blieb, sind nicht bekannt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die



Paula Fraenkel, 1931

*StaH*

sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Paula Fraenkel. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So wurde auf dem Geburtsregistereintrag von Paula Fraenkel notiert, dass das „Standesamt Cholm II“ ihren Tod unter der Nummer 276/41 registriert hat.

Erwin Fraenkel erhielt im Februar 1945 einen Deportationsbefehl. Umgehend flüchtete er mit seiner Frau zu Bekannten nach Wellingsbüttel, wo sie, so Rosina Fraenkel später, „3 Wochen in einem Hundezwinger hausen mussten“. Erwin Fraenkel überlebte den Holocaust. Nach dem Krieg wohnte er zusammen mit seiner Frau in einer Stiftswohnung der Jüdischen Gemeinde in der Bundesstraße 35 b. Auch versuchte er weiter als Zauberkünstler zu arbeiten. Die jahrelange Zwangsarbeit hatte jedoch seine Gesundheit so sehr beeinträchtigt, dass er bald nicht mehr die Kraft besaß, auf der Bühne zu stehen. Am 9. August 1965 starb er 64-jährig in Hamburg.

Erwins Mutter Hulda wurde zusammen mit seiner Schwester Lotte am 6. Dezember 1941 nach Riga-Jungfernhof deportiert, wo sich ihre Spur verliert. An Hulda, Lotte und Paula Fraenkel erinnern Stolpersteine in Hamburg-Eimsbüttel, Kielortallee 6.

*Frauke Steinhäuser*

**Quellen:** 1; 4; 5; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 926 Sterberegister Nr. 211/1927 Bernhard Fraenkel, 13558 Geburtsregister Nr. 681/1901 Erwin Horst, 10304 Sterberegister Nr. 751/1977 Rosina Fraenkel, 10172 Sterberegister Nr. 2080/1965 Erwin Fraenkel, 13925 Geburtsregister Nr. 616/1903 Paul Fraenkel, 14232 Geburtsregister Nr. 2419/1904 Walter Fraenkel; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 29086 Rosina Fraenkel, 24373 Erwin Fraenkel-Frankoni; 351-14 Arbeits- und Sozialfürsorge – Sonderakten 1155 Hulda Fraenkel, 1156 Lotte Fraenkel; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8-7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 2-1995 16811 (Patientenakte Paula Fraenkel); UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Paula Fraenkel der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; JSKD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Birgit Bartl-Engelhardt, Chronik „Zauber Bartl – Hamburg/Zauber-Familie Leichtmann; Guth, Bornstraße 22, S. 99; Friederike Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter; Rönn von, Wege in den Tod, 1993; S. 70 f.; Michael Wunder, Die Transporte in die Ricklinger Anstalten, in: Rönn von, Wege in den Tod, S. 256 ff.; Sammlung Jens-Uwe Günzel/Magisches Depot Günzel, Annaberg-Buchholz; Birgit Bartl-Engelhardt, Aus der Zauberhistorie des Magischen Zirkels Hamburg; Treffpunkt Tante Clara, „Hamburgs Sphinx“, Ausstellung von Nele Lipp (KoInziDance e. V.) in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, 18. 1.–3. 3. 2013, Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Ausst.-Heft Nr. 2. Landesverein für Innere Mission Rickling, Archiv.

## ■ Ludwig Frank,

**geb. am 25. 8. 1887 in Schotten/Hessen, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Ludwig Frank wurde am 25. August 1887 in Schotten geboren, einer Kleinstadt in der Nähe von Gießen. Er war der Sohn des jüdischen Religionslehrers Wolf (genannt William) Frank und seiner ebenfalls jüdischen Ehefrau Regina, geborene Simon, und hatte drei Geschwister: Agathe, geboren am 19. Januar 1885, Carl, geboren am 9. Mai 1886, gestorben am 20. Juli 1886, und Friedrich, geboren am 3. November 1888, gestorben am 4. November 1888.

Über Ludwig Franks Kindheit, Jugend und Ausbildung ist uns nichts bekannt. Seine Schwester Agathe Frank heiratete 1909 in Hamburg den Prokuristen Leopold Cohn, geboren am 6. März 1859 in Hamburg. Das Ehepaar wohnte viele Jahre in der Breitenfelder Straße 60 im Stadtteil Hoheluft-Ost. Ludwig Frank folgte seiner Schwester nach Hamburg. Bei seiner Aufnahme in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ im Jahr 1911 gab er als Beruf „Laufbursche“ an. Von Friedrichsberg wurde er in die „Irrenanstalt Langenhorn“ überwiesen.

Ludwig Franks Schicksal in den folgenden Jahrzehnten, die er in der Anstalt in Hamburg-Langenhorn oder einer anderen norddeutschen Einrichtung verbracht haben dürfte, liegt im Dunkeln. Er lebte jedenfalls noch oder wieder in Langenhorn, als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ. Nachdem alle Frauen und Männer aus den Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg in Langenhorn eingetroffen waren, wurden sie am 23. September 1940 gemeinsam mit den schon länger in Langenhorn lebenden Kranken – unter ihnen Ludwig Frank – nach Brandenburg an der Havel gebracht. Noch am selben Tag wurden die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

Wir wissen nicht, ob und ggf. wann Angehörige Ludwig Franks Kenntnis von seinem Tod erhielten. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Agathe Cohns Ehemann starb am 10. Juli 1934. Sie arbeitete nun als Buchhalterin. Wahrscheinlich hielt sie auch Kontakt zu ihrem Bruder. Um 1940 musste sie ihre Wohnung zwangsweise verlassen und in das „Judenhaus“ in der Frickestraße 24 einziehen. Agathe Cohn wurde am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert. Von ihr gab es nie wieder ein Lebenszeichen.

Für Agathe Cohn und Ludwig Frank sind Stolpersteine in der Breitenfelder Straße 60 in Hamburg-Hoheluft-Ost geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Ludwig Frank der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadt Schotten, Geburtsregister Nr. 28/1887 Ludwig Frank; Hanno Müller/Monica Kingreen/Frank Eckhardt, Juden in Schotten 1629–1945 und Einartshausen 1800–1942, Lich 2016, S. 29.

■ **Anna Frankfurter,**  
**geb. am 29. 9. 1872 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Anna Frankfurter war die Tochter des Fondsmaklers Sally Frankfurter und seiner Ehefrau Ernestine, geborene Marcus. Die Eheleute jüdischen Glaubens hatten 1863 in Hamburg geheiratet.

In den Hamburger Personenstandsverzeichnissen lassen sich für Anna Frankfurter acht Geschwister nachweisen: Max Sally, geboren am 21. März 1865, Manfred, geboren am 24. Dezember 1866, Ernst, geboren am 22. Januar 1868, Siegmund, geboren am 19. April 1869, Albert, geboren am 24. Oktober 1874, Clara, geboren am 29. Januar 1871, gestorben am 21. November 1908, Henriette (Henny), geboren am 5. November 1876, und Berthold, geboren am 28. März 1882.

Als Anna Frankfurter im Juni 1924 im Alter von fast 52 Jahren in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn aufgenommen wurde, sprach sie davon, dass von den acht Geschwistern vier bereits verstorben seien. Die Personenstandsregister weisen aus, dass Albert 1876, Max Sally 1905 und Clara, verheirate Rosenbaum, 1908 gestorben sind. Auch Anna Frankfurters Vater Sally starb 1905, ihre Mutter verstarb 1929.

Sie berichtete weiter, ihr Bruder Max Sally habe sich erschossen, ihr Bruder Ernst befinde sich in der Landesanstalt Brandenburg-Görden und ihre Schwester Henriette sei geistig nicht gesund. Sie selbst sei als Kind stets krank gewesen. Sie habe vier Schulen besucht. „Ich habe sehr schwer gelernt. Weil ich stets zurückblieb [habe ich] keinen Beruf gehabt.“ Anna war zeitweise Bewohnerin des ehemaligen Mädchenwaisenhauses Paulinenstift in der Straße Laufgraben 37. Nach ihren Angaben habe sie kein Geld verdienen müssen, ihre Eltern hätten sie immer gut versorgt. Sie sei von 1895 bis 1897 Patientin in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ gewesen und entmündigt worden.

Offenbar schien es möglich, Anna auf Wunsch eines Bruders im August 1925 auf Urlaub zu entlassen – wenn auch gegen Revers (auf Verantwortung des Bruders). Er wollte versuchen, seine Schwester in einer Privatanstalt oder Pension unterzubringen, hatte damit

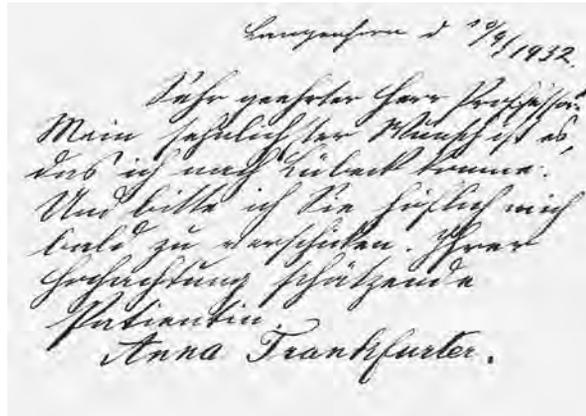
jedoch keinen Erfolg. Wenige Wochen später wurde Anna Frankfurter erneut in Langenhorn aufgenommen, von dort in das Versorgungsheim Hamburg-Farmsen überwiesen und nach einem Zwischenaufenthalt in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg wiederum nach Langenhorn gebracht.

Zwischen Anna und ihren Geschwistern bestand offenbar ein reger und zum Teil auch inniger Kontakt. Ihr Bruder Ernst, Patient in der Landesanstalt Görden bei Brandenburg an der Havel, schrieb ihr

im August 1932 einen Brief, der mit folgenden Worten begann: „Geliebte Geliebte! Monna Vanna bist du für mich, ich pfeife auf die Imitation im Pariser Louvre.“

In der Anstalt in Langenhorn scheint sich Anna Frankfurter sehr unwohl gefühlt zu haben. Sie wurde als eine unruhige und konfliktgeneigte Person beschrieben, die sich nur schwer in die Verhältnisse der Anstalt einpassen konnte. Nur einen Monat nach ihrer erneuten Einlieferung beantragte sie am 10. September 1932 gegenüber dem Ärztlichen Direktor von Langenhorn, Professor Dr. Gerhard Schäfer, schriftlich ihre Verlegung in die Heilanstalt Lübeck-Strecknitz, die am 22. September 1932 mit dem Vermerk „ungeheilt nach Lübeck verlegt“ stattfand. In der Lübschen Heilanstalt Strecknitz befand sich eine hamburgische Abteilung, die die Hansestadt Hamburg im Jahr 1930 für Hamburger Patientinnen und Patienten finanziert hatte.

In Lübeck scheint es Anna Frankfurter besser gegangen zu sein als in Langenhorn. Anfang 1935 wurde vermerkt, Frau Frankfurter sei schon einige Male in Begleitung einer zuverlässigen Schwester in der Stadt gewesen, „wo sie sich ganz manierlich benahm und vor allem auf Kuchen aus war.“ „Im Cafe strebte sie, sich möglichst dort nieder zu lassen, wo viel Herren' sind.“ Diese idyllisch wirkende Situationsbeschreibung steht im Widerspruch zu Annas körperlicher Entwicklung. Bei ihrer Aufnahme in Strecknitz im Jahr 1932 wog sie noch 62 kg und nahm danach fortlaufend ab. 1937 wog sie 56 kg, also 6 kg unter dem Anfangsgewicht bei ihrer Aufnahme in Strecknitz. Anfang 1937 wurde Anna Frankfurter zunächst noch als überwiegend heiter und vergnügt, nun jedoch zugleich als gereizt beschrieben: „Meist heiter, singt lautstehend Volkslieder usw. deklamiert laut. Redet wie ein Wasserfall, die lebhafteste Ausdrucksweise ihrer Rasse in hypomanischer Steigerung



Anna Frankfurters Antrag auf Verlegung nach Lübeck vom 10. September 1932

StaH

darbietend. Oft streitsüchtig, viel Konflikte mit anderen Patienten, da sie diese teilweise durch ihre eigene Lebhaftigkeit anregt oder reizt, andererseits selbst durch deren ablehnendes Verhalten (die Umgebung besteht fast ausnahmslos aus alten Schizophrenen) infolge ihrer affektiven Labilität gereizt wird. Erhält viel Paralal. [dehyd], auch Einpackungen.“ Das Medikament Paraldehyd wurde als Beruhigungsmittel verwendet. Als „Packungen“ oder „feuchte Packungen“ bezeichnete man kalte, nasse und um den ganzen Körper gewickelte Leinentücher, die sich beim Trocknen zusammenziehen oder mit denen Patienten in eine gefüllte Badewanne gelegt wurden. Sie sollten Patienten beruhigen.

1939 änderte sich ihre Beurteilung erneut. Nun wurde u. a. festgehalten.: „Bei längerer Betrachtung kann es keinem Zweifel unterliegen, dass Pat.[ientin] nicht allein und nicht einmal überwiegend als Schwachsinnige anzusehen ist, vielmehr als chronische Manie. Das Schulwissen ist gar nicht einmal so sehr gering, Pat. schreibt geordnete Briefe an ihre Angehörigen.“ Der für die Anfangsjahre festgehaltene Körpergewichtsverlust setzte sich in den Folgejahren fort. Im Frühjahr 1940 wog sie nur noch 49,5 kg. In Annas Krankenakte sind dafür keine besonderen Gründe notiert, sodass der Gewichtsverlust die Folge einer chronischen Unterernährung gewesen sein dürfte.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, kam Anna Frankfurter am 16. September nach Langenhorn. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Anna Frankfurter wurde wahrheitswidrig vermerkt, dass das „Standesamt Cholm II“ ihren Tod unter der Nummer 269/1941 registriert hat.

Henriette Frankfurter erkundigte sich 1941 in der Anstalt Strecknitz nach ihrer Schwester Anna. Sie schrieb: „Anna Frankfurter, welche nach Polen geschickt wurde einige Monate dort ist. Kein Lebenszeichen erhielt. Durch Ihre Güte bitte Sie erkundigen wollen wie es um meine Schwester steht. Im Voraus besten Dank zeichne ich hochachtungsvoll Henny Frankfurter Adresse lautet Polen Chelm Lublin Postschließfach 822“. Aus Strecknitz erhielt Henriette Frankfurter mit Datum vom 2. April 1941 folgende ausweichende Antwort:

„Ihre Schwester wurde am 16. 9. 1940 von hier nach Langenhorn verlegt. Die Verlegung erfolgte auf Anordnung des Herrn Oberpräsidenten. Über ihren weiteren Verbleib ist hier nichts bekannt geworden. Ich bin auch nicht befugt, über Kranke, die sich nicht mehr

hier befinden, Erkundigungen einzu- ziehen. Das muss Ihnen selbst über- lassen bleiben. Gez. Direktor“.

Annas Schwester Henriette Frank- furter, die zusammen mit ihrem Sohn (Name und Geburtsdatum nicht bekannt) und ihrer Mutter in der Bundesstraße 43 wohnte, arbeitete als Hausangestellte. Nach dem Tod ihrer Mutter Ernestine am 26. Januar 1929 wohnte Henny Frankfurter ab 1931 im Mädchenheim des Israelitischen Humanitären Frauenvereins in der Innocentiastraße 21 im Stadtteil Har- vestehude und kam nach 1 ½ Jahren im Versorgungsheim Oberaltenallee in das jüdische Altersheim Nordheim- Stift in der Schlachterstraße 40/42. Eine Fürsorgerin beschrieb sie nach einem Besuch: „Sie ist ein kümmerli- ches kleines Geschöpf, das an 2 Krücken geht.“

Ihren Deportationsbefehl erhielt Henriette Frankfurter im März 1943 in der Schäfer- kampsallee 25/27, dem jüdischen Siechenheim. Es war zum „Judenhaus“ bestimmt wor- den, in dem jüdische Menschen auf engstem Raum zusammenleben mussten. Henriette Frankfurter wurde am 10. März 1943 mit weiteren 49 Menschen jüdischer Herkunft in das Getto Theresienstadt deportiert. Dort kam sie am 22. August 1944 ums Leben. Das Schicksal ihres Sohnes ist unbekannt.

Auch Annas und Henriettes Bruder Manfred wurde im Holocaust ermordet. Manfred Frankfurter, der in Berlin-Steglitz lebte, wurde am 24. Oktober 1941 aus Berlin in das Getto „Litzmannstadt“ (Łódź) deportiert und kam am 9. Januar 1942 zu Tode.

Berthold Frankfurter soll sich als Kaufmann in Spanien niedergelassen haben und dort auch verheiratet gewesen sein. Er starb angeblich vor 1937.

Ernst Frankfurter arbeitete als Tapezier und Dekorateur. Er heiratete 1900 die protes- tantische Wirtschafterin Johanna Wilhelmine Julie Niese. Sein Bruder Siegmund nahm als Trauzeuge an der Zeremonie teil. Am 17. Dezember 1926 wurde Ernst Frankfurter in die Anstalt für Epilepsie in der Landesanstalt Brandenburg-Görden aufgenommen. Von dort wurde er am 31. August 1929 in die Heil- und Pflegeanstalt Wittstock (Dosse) verlegt und weiter in die Wittenauer Heilstätten in Berlin-Reinickendorf gebracht. Hier starb er am 7. Dezember 1933 und wurde auf dem Anstaltsfriedhof beerdigt (Grabstelle 28).



Anna Frankfurters Schwester Henriette Frankfurter, 1935  
*StaH*

Das Schicksal der Brüder Siegmund und Albert Frankfurter sowie von Samuel Rosenbaum, dem Ehemann von Clara, geborene Frankfurter, und deren beider Kinder kennen wir nicht.

Zur Erinnerung an Anna und Henriette Frankfurter sollen Stolpersteine in Hamburg-Rotherbaum, Bundesstraße 43, gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandaufsicht A 242 Geburtsregister 1585/1872 Anna Frankfurter, A 221 Geburtsregister Nr. 1213/1886 Manfred Frankfurter, A 228 Geburtsregister Nr. 500/1859 Siegmund Frankfurter; 332-5 Standesämter 954 Sterberegister Nr. 47/1929 Sterbeeintrag Ernestine Frankfurter, 2015 Geburtsregister Nr. 1375/1882 Geburt Berthold Frankfurter, 7982 Sterberegister Nr. 196/1905 Sally Frankfurter, 8632 Heiratsregister Nr. 384/1904 Clara Rosenbaum geb. Frankfurter, 8913 Geburtsregister Nr. 573/1876 Henriette Frankfurter, 9682 Sterberegister Nr. 2952/1908 Clara Rosenbaum; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/995 15090 Anna Frankfurter, Abl. 2/1995 21233 Henriette Frankfurter; 351-14 Arbeits- und Sozialfürsorge – Sonderakten 1188; 522-1 Jüdische Gemeinden 696 f Geburtsregister Nr. Nr. 49/1865 Manfred Frankfurter, 696 f Geburtsregister Nr. 49/1865 Max Sally Frankfurter, 702 d Heiratsregister Nr. 79/1863 Max Sally Frankfurter; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Anna Frankfurter der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Auskunft per E-Mail über Ernst Frankfurter vom 4. 5. 2016; Standesamt Berlin-Charlottenburg, Heiratsregister Nr. 197/1900 Ernst Frankfurter/Johanne Wilhelmine Julie Niese; Kristina Hübener (Hrsg.) Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, S. 79 ff.; <http://blog.gedenkort-t4u/2014/03/15/gedenken-am-anstaltsfriedhof-der-wittenauer-heilstaetten-am-27-3-2014/>.

## ■ **Erland Walter Friedmann,**

**geb. am 11. 4. 1908 in Halle an der Saale, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Erland Walter Friedmann kam am 11. April 1908 in Halle an der Saale zur Welt. Seine Eltern, der am 23. Oktober 1874 in Bernburg geborene Bankier Richard Friedmann und die am 12. Juli 1884 in Mainz geborene Minna Bertha, geborene Fischer, wohnten seit 1901 in der Merseburger Straße 12 in Halle. Das Haus gehörte Richard Friedmann seit 1906. Er war Mitinhaber des 1901 gegründeten Bankgeschäfts Friedmann & Weinstock. Obwohl das Bankunternehmen weiterarbeitete, verließ die Familie Friedmann Halle im Jahr 1917 und zog nach Mainz zu Minna Bertha Friedmanns Mutter in die Rheinallee 55.

Über die Kindheit und Jugend von Erland Walter Friedmann ist nichts überliefert. Seine Anwesenheit in Hamburg lässt sich ab 1928 nachweisen. Er war in diesem Jahr zunächst

Patient der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg und wurde von dort in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn verlegt. In der noch vorhandenen Friedrichsberger Patienten-Karteikarte wird als sein Beruf „Volontär“ angegeben. In den Jahren 1934/1935 führte der „Friedrichsberg-Langenhorner Plan“ zu Massenverlegungen von psychiatrischen Patientinnen und Patienten im Hamburger Raum. Ziel dieses Plans war insbesondere eine Verbilligung der sogenannten Irrenpflege. 1935 übernahmen die damaligen Ricklinger Anstalten 180 Patientinnen und Patienten aus der Staatskrankenanstalt Langenhorn, darunter wahrscheinlich auch Erland Walter Friedmann.

Im Frühjahr 1938 wollte Oskar Epha, der Leiter der Ricklinger Anstalten, die jüdischen Heimbewohner gegen nichtjüdische Patienten austauschen. Angeblich befürchtete er, den Status der Gemeinnützigkeit und damit verbundene Steuervergünstigungen zu verlieren, „wenn nicht ausnahmslos deutsche Patienten bei uns aufgenommen werden.“ Hier von waren vier Männer betroffen, Erland Walter Friedmann sowie Benjamin Engländer, Felix Cohn und Oscar Löwenthal (siehe dort). Ab 22. April 1938 verließen sie die Ricklinger Anstalten. Die ebenfalls jüdische Paula Fraenkel durfte bis September 1940 in Rickling bleiben (siehe dort). Für dieses widersprüchliche Verhalten der Anstaltsleitung konnte keine Erklärung gefunden werden.

Nach kurzem Zwischenaufenthalt in der Staatskrankenanstalt Langenhorn verbrachte Erland Walter Friedmann die nächsten zweieinhalb Jahre auf dem Gut Düssin in West-Mecklenburg. Die Stadt Hamburg hatte das spätere Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme Ende 1938 gekauft. In Düssin wurden 220 Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung aus Langenhorn untergebracht, die dort Landarbeit verrichten mussten. Unter ihm waren neben Erland Walter Friedmann weitere sechs Frauen und Männer jüdischer Herkunft.

Als das Reichsinnenministerium alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion gegen Juden zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, mussten die Personen jüdischer Abstammung aus Düssin zurück nach Langenhorn. Erland Walter Friedmann kam am 13. oder 14. September in Langenhorn an. Die Frauen und Männer wurden gemeinsam mit den dort bereits länger lebenden jüdischen Kranken am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel gebracht und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Auf dem Geburtsregistereintrag von Erland Walter Friedmann wurde wahrheitswidrig notiert, dass sein Tod am 30. Januar 1941 eingetreten sei. Das „Standesamt Chelm II“ habe seinen Tod unter der Nummer 377/1941 registriert.

Für Erland Walter Friedmann konnte eine persönliche Adresse in Hamburg nicht ermittelt werden, sodass bisher kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

Das Schicksal der Eltern von Erland Walter Friedmann kennen wir nicht.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönne, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Standesamt Halle a. d. Saale, Geburtsregister Nr. 1125/1908 Erland Walter Friedmann; Stadtarchiv Mainz, Nr. 1083/1884 Geburtsregister; Nr. 477/1905 Heiratsregister Richard Friedmann/Minna Berta Fischer; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Friedmann Erland Walter der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Friedmann Erland Walter der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Adressbuch Halle; Stadtarchiv Mainz, umfassende Erläuterungen zum Personenstandseinträgen für die Familie Friedland vom 20. 1. 2016; Ingo Köhler, Die „Arisierung“ der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung, München 2005, S. 588; Peter Sutter, Der sinkende Petrus, Rickling 1986, S. 173 f., 247; Ernst Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens, Frankfurt a. M., S. 391.

## ■ **Henry Gattel,**

**geb. am 7. 11. 1885 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Henry Gattel wurde am 7. November 1885 als Sohn von Elkan und Liebe (Lina) Gattel in Hamburg-Neustadt, 2. Marktstraße 16 und 18 (rechts ab von der Peterstraße) geboren. Die Eltern bekannten sich zum jüdischen Glauben. Elkan Gattel stammte aus Lissa (heute: Leszno, Polen) im Süden der früheren preußischen Provinz Posen. Auch seine Ehefrau Liebe (Lina) Gattel, geborene Wilde, geboren am 14. August 1853, kam aus der Provinz Posen. Sie war in der von Lissa 130 km entfernt gelegenen Kreisstadt Meseritz (heute: Miedrzyrzecz) zur Welt gekommen.

Elkan und Liebe Gattel zogen mit der am 27. Oktober 1881 in Leipzig geborenen Tochter Meta offenbar zwischen 1882 und 1885 nach Hamburg. Im Hamburger Adressbuch findet sich jedoch erstmals 1892 ein Eintrag für den Handelsmann Elkan Gattel mit der Adressangabe Peterstraße 28 in der Hamburger Neustadt. Dies deutet darauf hin, dass die Familie Gattel bis dahin zur Untermiete wohnte und nur über ein sehr begrenztes Einkommen verfügte.

Henry Gattel wuchs in der der 2. Marktstraße benachbarten Peterstraße 28 auf, in der die Wohnverhältnisse ebenfalls beengt waren. Die Familie teilte sich die Wohnung zeitweise mit dem Witwer Jeremias Pincus und seinen vier Kindern.

Henry Gattels Lebensgeschichte bis etwa 1930 kennen wir aus seinen Berichten, die bei seiner zweiten Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg am 1. November 1930 festgehalten wurden. Henry war bereits vom 14. Juni bis 7. Juli 1920 Patient in Friedrichsberg gewesen. Darüber finden sich keine Aufzeichnungen mehr. Am 19. Oktober 1930 wurde Henry zunächst in das Allgemeine Krankenhaus Barmbek eingeliefert und dann am 1. November 1930 in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg verlegt. Er berichtete, als Kind sei er, nachdem er Schläge erhalten habe, hingefallen. Bereits im Kleinkindalter habe er öfter Krämpfe

bekommen, später in der Schule Ohnmachtsanfälle. Er sei erst spät in die Schule gekommen und weder als Schüler noch später auf seinen Arbeitsstellen besonders leistungsfähig gewesen. Rechnen sei ihm besonders schwergefallen. Henry Gattel begann im Alter von vierzehn Jahren eine Buchbinderlehre, die er jedoch nach kurzer Zeit abbrach, weil er sich als „Hausdiener“ ausgenutzt fühlte. Auch eine Lehre in einer Mützenmacher- und Kürschnerfirma beendete er vorzeitig, weil er dazu nach eigenem Bekunden keine Lust hatte. Mit fünfzehn setzte er seinen Berufswunsch durch und arbeitete eineinhalb Jahre bei einem Barbier. Er besuchte eine Fachschule für Barbier und Friseur und las Bücher über Heilkunde. Obwohl das Barbier- bzw. Friseurhandwerk sein eigentlicher Berufswunsch war, konnte Henry Gattel auch in dieser Branche nicht Fuß fassen. In der Folgezeit übernahm er Anstellungen als Hausdiener, wechselte die Arbeitsverhältnisse aber oft. Ein Junge beschuldigte den 15-jährigen Henry Gattel, von ihm unsittlich berührt worden zu sein. Die daraufhin anberaumte Gerichtsverhandlung endete aufgrund eines ärztlichen Gutachtens mit Freispruch.



Henry Gattel in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, 1930

*UKE/IIGEM*

Als im August 1914 der Erste Weltkrieg begann, meldete Henry Gattel sich freiwillig, wurde aber als untauglich ausgemustert. Doch er wollte unbedingt Soldat werden und fälschte seinen Militärpass. Die Änderung von „dienstunfähig“ in „dienstfähig“ wurde schnell entdeckt. In dem anschließenden Strafverfahren wurde er freigesprochen. Vermutlich sprach ihm das Kriegsgericht die Zurechnungsfähigkeit ab. Nach kurzer Zeit, während er in Berlin als Packer arbeitete, wurde Henry Gattel doch noch zum Militär eingezogen. Er kam als Infanterist nach Frankfurt an der Oder. Lange vor Kriegsende, am 24. März 1916, entließ ihn das Heer „wegen seiner Nerven“ endgültig. Nach Tätigkeiten als Friseur und als Kontorbote in einem Ex- und Importgeschäft in Hamburg lebte er längere Zeit beschäftigungslos bei seiner Mutter am Großeumarkt 56 in Hamburg.

Henrys Mutter, Liebe Gattel, starb am 1. November 1927 im Hamburger Israelitischen Krankenhaus. Elkan Gattel, Henrys Vater, war bereits im Februar 1909 verstorben.

Meta Gattel, Henrys ältere Schwester und der aus Neustadt in Westpreußen stammende Kaufmann Max Rosendorf hatten am 11. Januar 1906 geheiratet. Laut Hamburger Adressbuch betrieb Max Rosendorf zunächst eine „Kunstanstalt“ in der Eiffestraße 25 in Hamburg-Hammerbrook. Später bezeichnet er sich als „Kunstarchitect“, schließlich nannte er sein Gewerbe „Photographische Vergrößerung“.

Das Ehepaar Rosendorf lebte nun (1919) in der Gärtnerstraße 105 in Hoheluft-West. Das Geschäft lag in der nicht weit entfernten Mansteinstraße 56. Anfang der 1920er-Jahre wechselte Max Rosendorf die Branche. Er betrieb nun ein Tuchlager am Steindamm 49 in St. Georg. Die Privatadresse in der Gärtnerstraße 105 wurde beibehalten. Vermutlich 1931 oder 1932 verließen Meta und Max Rosendorf Hamburg und ließen sich in Berlin nieder. Damit lebten keine Verwandten mehr in Hamburg, die sich um Henry Gattel hätten kümmern können.

Henry Gattel verbrachte die Jahre ab 1930 in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Einerseits wird berichtet, er habe anderen Patienten beim Rasieren geholfen und Gartenarbeit verrichtet. Andererseits soll er mit seinen Mitpatienten oft in heftigen Streit geraten sein, der teilweise zu Tötlichkeiten führte. Schließlich wurde Henry Gattel in die geschlossene Abteilung verlegt.



Grabmal Elkan und Liebe Gattel  
*Ingo Wille*

Eine von ihm Anfang 1932 an die „Irrenkommission“ gerichtete Bitte auf Entlassung blieb erfolglos. Ein am 8. November 1932 an die Gesundheitsbehörde adressiertes Entlassungsgesuch wurde ebenso abgelehnt wie ein weiteres vom 16 Januar 1934.

„Hamburg 16. 1. 1934

Ich, Henry Gattel, möchte hiermit gern eine höfliche Bitte von die Wohlfahrtspolizeibehörde senden und bitte ganz gehorsamst um meine Entlassung aus dieser StK.A. Friedrichsberg. Befinde mich seit 1. November 1930 hier in dieser Anstalt, bin geboren am 7. 11. 1885 in Hamburg, mein Beruf ist Friseurgehilfe, habe bei Kaffee Koch am Stein-damm als Barbier und Toilettenwärter gearbeitet. Ich denke immer noch, daß ich draußen eine Stellung finden werde, da ich hier in der Anstalt mich betätige und der Herr Oberarzt Dr. Glüh das bestätigen kann.

In der Hoffnung, daß meine Bitte gewährt wird, zeichnet ganz gehorsamst,

Henry Gattel“

Mit dem Erbgesundheitsgesetz vom 14. Juli 1933 war zusätzlich zu der bereits verlorenen Bewegungsfreiheit nun auch Henry Gattels körperliche Unversehrtheit bedroht. Das Gesetz diente im nationalsozialistischen Deutschen Reich der sogenannten Rassenhygiene durch „Unfruchtbarmachung“ vermeintlich Erbkranker und Alkoholiker. Auf seiner Grundlage wollten die Nationalsozialisten auch durch Zwangssterilisation den „Volkskörper“ längerfristig von sogenannten Erbkranken „befreien“. In Deutschland wurden bis 1945 ca. 350 000 bis 400 000 Menschen zwangssterilisiert. Henry Gattel fiel dem Gesetz am 27. November 1934 im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek zum Opfer.

Mit der Verlegung in das Allgemeine Krankenhaus Barmbek endete Henry Gattels Aufenthalt in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Er kam nicht mehr dorthin zurück, und wir wissen nicht, wo er in den folgenden fast sechs Jahren lebte. Es ist anzunehmen, dass er auch diese Jahre in einer Anstalt verbrachte, wahrscheinlich im Versorgungsheim in Hamburg-Farmsen. Unter dieser Adresse wurde er jedenfalls bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 erfasst.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Henry Gattel. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

Der Geburtsregistereintrag von Henry Gattel enthält einen Sterbehinweis, nach dem sein Tod unter der Registernummer 578/1940 in einem nicht existierenden „Standesamt

Chelm II“ beurkundet worden sei. Aus anderen Beischreibungen auf Geburtsurkunden von den in Brandenburg ermordeten Kranken aus Langenhorn wissen wir, dass die Registernummer 578/1940 für den 3. Dezember 1940 verwendet wurde. Mit den falschen Sterbeangaben sollte die Mordaktion verschleiert werden.

Auch Henry Gattels Schwester Meta und sein Schwager Max Rosendorf verloren im Holocaust ihr Leben. Beide wurden am 18. März 1943 aus Berlin nach Theresienstadt deportiert und von dort am 9. Oktober 1944 nach Auschwitz weiterdeportiert. Es ist sicher davon auszugehen, dass beide dort ermordet wurden.

In Hamburg-Hammerbrook, Gotenstraße 20, ist ein Stolperstein für Henry Gattel geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 2108 Geburtsregister Nr. 5467/1885 Henry Gattel, 3064 Heiratsregister Nr. 16/1906 Meta Gattel, 620 Sterberegister Nr. 133/1909 Elkan Gattel, 926 Sterberegister Nr. 424/1927 Liebe (Lina) Gattel; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Henry Gattel der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Henry Gattel der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e. V., Erbgesundheitsgeschichte. Dokumentation, Göttingen 1997, S. 11 f.

## ■ **Hannelore Gerstle,**

**geb. am 5. 5. 1924 in Nürnberg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Hannelore Gerstle wurde am 5. Mai 1924 in Nürnberg geboren. Ihre Eltern waren Julius Gerstle, geboren am 28. März 1894 in Georgensmünd (Mittelfranken), und Berta Gerstle, geborene Mansfeld, geboren am 12. Mai 1902 in Kirchhain in Hessen.

Bald nach ihrer Geburt wurde bei Hannelore Gerstle eine geistige Behinderung festgestellt. Vier Jahre später, am 20. Januar 1928, bekam das Ehepaar Gerstle noch in Nürnberg sein zweites Kind, Heinz Erich Gerstle.

Julius Gerstle stammte aus einer alteingesessenen Familie in Georgensmünd, die in der dortigen früheren Jüdischen Gemeinde eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Er verließ seinen Heimatort zusammen mit seiner Ehefrau und ließ sich in Nürnberg, Roonstraße, nieder. Hier arbeitete er als Prokurist für den Spielwarenproduzenten Heidecker, Keim & Co. Die Firma befand sich in jüdischem Eigentum und beschäftigte auch Julius' jüngeren Bruder Leo als Reisenden. Das Hamburger Adressbuch verzeichnet Julius Gerstle erstma-

lig in seiner Ausgabe von 1928, sodass er bereits 1927 in Hamburg ansässig gewesen sein dürfte. Wahrscheinlich zog er zunächst allein nach Hamburg und holte seine Familie nach der Geburt des Sohnes nach. Die Familie wohnte viele Jahre in der Straße Oben Borgfelde 41 im Stadtteil Borgfelde. Der Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde Hamburg für Julius Gerstle ist zu entnehmen, dass die Familie seit 1929 in Hamburg zur Zahlung von Kultussteuern herangezogen wurde. Julius Gerstle vertrat das Nürnberger Stammhaus von Heidecker, Keim & Co. in Hamburg. Das Unternehmen wurde im Januar 1938 durch Verkauf an die Firma Günther Wagner in Hannover „arisiert“.

Es ist nicht bekannt, ob Hannelore Gerstle in Hamburg eine Schule besuchte und was zu ihrer Unterbringung in dem Erziehungs- und Pflegeheim Lübeck-Vorwerk führte, in dem sie seit dem 18. November 1934 lebte. Aus welchem Grund die Eltern die Vorwerker Einrichtung wählten, wissen wir nicht. Die Vorwerker Akten geben hierzu keine Auskunft. Zu dieser Zeit gab es auffällig häufig Zugänge aus Hamburg. Offenbar hatte Vorwerk in der Hamburger Fürsorgebehörde, die für Einweisungen in Heime zuständig war, einen guten Ruf. Leiter der Einrichtung in Vorwerk war seit 1913 Paul Burwick.

Aus den Akten des Oberfinanzpräsidenten in Hamburg geht hervor, dass Julius Gerstle im Oktober 1935 für sich, seine Frau Berta und den Sohn Heinz die Übersiedlung nach Palästina plante. Von Hannelore ist hierbei zu keinem Zeitpunkt die Rede. Der Grund wird gewesen sein, dass für eine Person mit einer Behinderung keine Einwanderungsgenehmigung zu erhalten war. Julius Gerstle gab an, dort eine Fleischfabrik eröffnen zu wollen, und beantragte aus diesem Grund die Ausfuhrgenehmigung für 12 500 Reichsmark (der Betrag entsprach damals etwa 1000 £ Pal.). Sein Vermögen gab er wie folgt an:

- 9135,55 RM (Mitsgift Berta Gerstle)
- Wohnhaus mit Garten in Georgensgmünd/Bayern (elterliches Anwesen; die Nutznießung hat zu Lebzeiten Julius Gerstles Mutter)



Hannelore Gerstle

*Archiv Vorwerker Diakonie Lübeck*

- Lebensversicherungen im Wert von ca. 5650,- RM (Allianz; die Allianz überwies am 23. Februar 1937 7845,50 RM).

Die Auswanderungsbemühungen schleppten sich über zwei Jahre hin.

Im Jahr 1935 endeten die Kultussteuerzahlungen der Familie Gerstle an die Jüdische Gemeinde Hamburg. Anscheinend konnte sie sich die Wohnung in Borgfelde nicht mehr leisten. Sie zog in die Eppendorfer Landstraße 62. Am 25. März 1937 wechselten Hannelores Eltern und Bruder in die Armbruststraße 2/III. Stock in Eimsbüttel. Hier lebten sie zur Untermiete bei dem Vermieter Gröger.

Am 3. Juli 1937 meldete Julius Gerstle sich selbst, seine Frau und seinen Sohn offiziell in Hamburg ab, um nach Palästina auszuwandern. Offenbar reiste die Familie aber noch nicht endgültig ab, denn am 15. Juli 1937 teilte Julius Gerstle dem Finanzamt St. Pauli/ Eimsbüttel, in dessen Zuständigkeitsbereich die Armbruststraße lag, in einer letzten Vermögenserklärung mit, dass er sein Wohnhaus in Georgensgmünd seiner Mutter geschenkt habe. Vermutlich wollte er damit vermeiden, dass die Behörde dieses Haus konfiszieren würde, was wohl seine Mutter zum Verlassen des Hauses gezwungen hätte.

Unter dem Datum vom 12. November 1938 schließlich findet sich in den Finanzamtsakten der Hinweis, dass Julius Gerstle und seine Angehörigen inzwischen in Tel Aviv, Ben Jehudastraße 122 lebten.

Hannelore Gerstle befand sich zu dieser Zeit weiterhin im Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk in Lübeck.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Hannelore Gerstle am 16. September 1940 mit weiteren neun jungen Menschen aus dem Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurde sie zusammen mit 135 Patientinnen und Patienten aus den norddeutschen Anstalten nach Brandenburg an der Havel gebracht. Der Transport erreichte die märkische Stadt noch am selben Tag. In dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses trieb man die Menschen umgehend in die Gaskammer und tötete sie mit Kohlenmonoxid. Nur Ilse Herta Zachmann entkam zunächst diesem Schicksal (siehe dort).

Auf dem Geburtsregistereintrag von Hannelore Gerstle wurde notiert, dass ihr Tod laut „Standesamt Cholm II“ am 4. Februar 1941 eingetreten sein soll und unter der Nummer 483/1941 registriert wurde. Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch), einer Stadt östlich von Lublin. Die dort früher existierende polnische Heilanstalt bestand nicht mehr, nachdem SS-Einheiten am 12. Januar 1940 fast alle Patientinnen und Patienten ermordet hatten. Auch gab es in Chełm kein deutsches Standesamt. Dessen Erfindung und die Verwendung späterer als der tatsächli-

chen Sterbedaten dienten dazu, die Mordaktion zu verschleiern und zugleich entsprechend länger Verpflegungskosten einfordern zu können.

Am 20. März 1957 stellte der New Yorker Rechtsanwalt Karl Boehm beim Amt für Wiedergutmachung in Hamburg im Auftrag seines Mandanten Julius Gerstle, „Kaufmann, jetzt Arbeiter“, wohnhaft 736, Riverside Drive, New York 31, N. Y., USA, einen Antrag auf Wiedergutmachung. Die Begründung lautete, wie in solchen Fällen üblich: „Entschädigung wegen Schadens an Freiheit nach der Erblasserin“. Als Erblasserin galt die Tochter Hannelore. Auf der dafür erforderlichen Todeserklärung war als Sterbedatum der 8. Mai 1945 eingetragen.

Das festgelegte Todesdatum (8. Mai 1945) kam der Familie letztlich zugute, indem dadurch 55 Monate „Freiheitsschaden“ anerkannt wurden. Auf dieser Grundlage wurde die Entschädigungsleistung bestimmt. Am 7. Mai 1962 heißt es in einem Schlussvermerk: „Die in der Akte enthaltenen Ansprüche sind erledigt.“

Neben Hannelore Gerstle kamen weitere Verwandte der Familie im Holocaust ums Leben. Eine von ihnen, Hannelores Großmutter Rosalie Gerstle, wurde am 7. August 1942 von München aus zunächst nach Theresienstadt und von dort am 19. September 1942 nach Treblinka weiter deportiert und dort ermordet.

An Hannelore Gerstle erinnern Stolpersteine in Lübeck, Triftstraße 139–143 und Hamburg-Eppendorf, Eppendorfer Landstraße 62.

*Ursula Häckermann*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 351-11 Amt für Wiedergutmachung 25812 (Gerstle); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Archiv Vorwerker Diakonie Lübeck. Berghofer; Georg Berghofer, Die Anderen. Das fränkische Georgensgmünd und seine Juden vor und während des Dritten Reiches, Treuchtlingen 2013, S. 79, 95, 238; Jenner, Kinder- und Pflegeheim Vorwerk, S. 169–204; Reh, „Idioten-Anstalt“, S. 60; <http://www2.holocaust.cz/de/document/DOCUMENT.ITI.5776> [11. 2. 2016]; <http://www.geni.com/people/Heinz-Eric-Gerstle/6000000026629053684> [11. 2. 2016], <http://www.geni.com/people/Bertha-Gerstle/6000000026631294922> [11. 2. 2016].

■ **Kurt Glassmann,**

**geb. am 21. 11. 1900 in Ahlbeck in der Ueckermünder Heide, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Kurt Glassmann wurde am 21. November 1900 in Ahlbeck geboren. Sein Vater, Moses Hirsch Glassmann, genannt Max, stammte aus einer jüdischen Familie in Ahlbeck in der Ueckermünder Heide. Kurts Mutter Johanna Glassmann, geborene Manasse, kam in Dölitz im Kreis Pyritz in Pommern zur Welt. Auch sie bekannte sich zur jüdischen Religion. Moses Hirsch Glassmann und Johanna Manasse heirateten 1896 in Dölitz.

Als erstes Kind bekamen die Eheleute Glassmann den am 22. Oktober 1896 geborenen Herbert. Ihm folgte am 4. Februar 1898 Arno. Erna, das dritte Kind, starb nur vier Wochen nach seiner Geburt im Juli 1899. Kurt wurde am 21. November 1900 wie seine älteren Geschwister in Ahlbeck geboren. Das jüngste Kind, Edith, kam am 14. Januar 1904 in Arnswalde in der früheren Provinz Pommern (heute: Choszczno in der polnischen Woiwodschaft Westpommern) zur Welt. Die Familie Glassmann lebte von 1903 bis 1933 in

Arnswalde. Dem Kreisadressbuch dieses Ortes ist zu entnehmen, dass „Max Glaßmann“ 1925 dort in der Steintorstraße 8 Eigentümer eines Manufaktur- und Konfektionsgeschäfts war, in dem auch Kurz-, Putz- und Schuhwaren angeboten wurden. Max Glassmann gab das Geschäft 1930 auf, als es sich infolge starken Umsatzrückgangs nicht mehr rentierte. Auch Edith Glassmann war in der dortigen Steintorstraße 8 „ohne Beruf“ gemeldet. Wir wissen nicht, ob auch die anderen drei Kinder, unter ihnen Kurt Glassmann, in Arnswalde lebten.

Aus „politischen Hintergründen“, wie in Johanna Glassmanns Fürsorgeakte vermerkt ist, ließ sich die Familie Glassmann am 20. September 1933 in Hamburg, Grindelberg 33, nieder. Laut Max Glassmanns Kultussteuerkarte trat er der Jüdischen Gemeinde am 15. November 1935 bei. Im Ham-



Grabstein für Max und Johanna Glassmann, Friedhof Ohlsdorf-Ilandkoppel

*Ingo Wille*

## Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z

burger Adressbuch wurde er erstmalig im Jahr 1935 als Rentner unter der Adresse Grindelberg 33 verzeichnet. Die Familie lebte von den Ersparnissen aus der früheren Geschäftstätigkeit.

Über Kurt Glassmanns Lebensgeschichte ist wenig überliefert. Eine Fürsorgerin berichtete nach einem Besuch bei der Familie im Juli 1935, Kurt habe einen „erbärmlichen Eindruck“ gemacht. Die Familie sei mittellos. Sie habe ihr erspartes Vermögen aufgebraucht. Miete und Strom könnten nicht mehr bezahlt werden. Um nicht zu verhungern – so die schwer zuckerkrankte Johanna Glassmann –, müsse „die Fürsorge in Anspruch genommen werden“.

Max Glassmann starb völlig verarmt am 22. Dezember 1935. Kurz darauf zog Johanna Glassmann zu ihrer Tochter Edith nach Leipzig. Edith war dort mit dem Kaufmann Heinrich Seckel verheiratet und hatte zwei Kinder. Johanna Glassmann starb am 30. November 1937 in Leipzig im Alter von 66 Jahren. Max und Johanna Glassmann wurden nebeneinander auf dem Jüdischen Friedhof Ilandkoppel in Hamburg-Ohlsdorf beigesetzt.

Kurt Glassmann wurde am 15. Januar 1936 wegen einer psychischen Erkrankung in das Allgemeine Krankenhaus Eppendorf eingewiesen. In dem „Vertrauensärztlichen Gutachten“ zu dieser Einweisung wird er extrem negativ beschrieben: „Dem Gesichtsausdruck nach hinterlistiger und heimtückischer Pat.[ient]. Der so aussieht, als ob er sich jeden Augenblick auf den untersuchenden Arzt stürzen wollte.“ Dies dürfte auch damals schon nicht dem ärztlichen Standard entsprochen, sondern eher die Antipathie des Arztes ausgedrückt haben. Von Eppendorf kam Kurt Glassmann am 23. Januar 1936 in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn.

Dort erhielt er jeden Sonntag Besuch von Frau Poppenberg, der Vermieterin und Betreuerin seiner Mutter. Sie brachte ihm regelmäßig Pakete, wahrscheinlich mit Lebensmitteln. Auch Arno Glassmann besuchte seinen Bruder oft in der Anstalt. Am 30. März 1937 wurde Kurt in das Krankenhaus Eppendorf

Zuname:	Glassmann				
Vornamen	Kurt				
geb.	21. 11. 1900	zu:	Hilberke		
Ehegatte:	ledig				
Eltern oder Angehörige:	1. Carl Glassmann 2. Johanna geb. Heumann				
Krankheit:	Schwermüdigkeit Zahler.				
Aufnahme durch:	Eppendorf				
Akten-Nr.	I	II	III	IV	
aufgen.:	22. 7. 36				
entl. oder gestorb.:	1. 1. 37	1. 1. 37	1. 1. 37	1. 1. 37	1. 1. 37
III. A. 1. 2					Wenden

352-817  
STAATSARCHIV  
HAMBURG  
Nr. 1999/01 Karte

Patienten-Karteikarte der Staatskrankenanstalt Langenhorn für Kurt Glassmann

StaH

verlegt und am 5. April 1937 nach Langenhorn zurückverlegt. Während dieses Krankenhausaufenthaltes könnte Kurt Glassmann sterilisiert worden sein.

Kurt Glassmann lebte bereits in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn, als das Reichsinnenministerium dort Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion zum 18. September 1940 zusammenziehen ließ. Am 23. September 1940 wurden er und andere aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt nach Brandenburg an der Havel gebracht und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Auch Kurt Glassmanns Brüder kamen im Holocaust ums Leben. Arno Glassmann versuchte seinen Lebensunterhalt durch ambulanten Kleinhandel zu sichern. 1935 und 1936 leistete er Unterstützungsarbeit in Groß Borstel. In seinem Antrag auf Fürsorgeleistungen vom April 1939 bezeichnete er sich als Koch und Diener. Zeitweise wohnte er in der Haynstraße 5 in Hamburg-Eppendorf. Am 8. November 1941 wurde er nach Minsk deportiert und kam wahrscheinlich dort zu Tode. Herbert Glassmann lebte in Berlin-Wilmersdorf. Er wurde am 5. September 1942 von Berlin nach Riga deportiert und starb dort am 8. September 1942. Das Schicksal von Edith Seckel, geborene Glassmann, und ihrer Familie ist nicht bekannt.

An Kurt und Arno Glassmann erinnern Stolpersteine vor dem Wohnhaus Haynstraße 5. Dadurch wird das Gedenken an die ermordeten Mitglieder der Familie Glassmann an einem Ort ermöglicht.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 8131 Sterberegister Nr. 576/1935 Moses Hirsch (Max) Glassmann; 351-14 Arbeits- und Sozialfürsorge – Sonderakten – 1190 Johanna Glassmann, 1191 Arno Glassmann, 1192 Kurt Glassmann; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Stadtarchiv Leipzig, Standesamt Leipzig I, Sterberegister Nr. 5072/1937 Johanna Glassmann; Standesamt Eggesin, Nr. 82/1900 Geburtsregister Kurt Glassmann; [http://www.genealogienetz.de/reg/BRG/neumark/Arnswalde/kaba\\_001.htm](http://www.genealogienetz.de/reg/BRG/neumark/Arnswalde/kaba_001.htm) [18. 4. 2016].

## ■ Ilse Jeanette Goldschmidt,

geb. am 11. 9. 1902 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel

Ilse Jeanette Goldschmidt kam am 11. September 1902 als Tochter des Fonds- und Assekuranzmaklers Jacob Goldschmidt und seiner Ehefrau Thekla, geborene Seligmann, in Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 162, zur Welt. Das Ehepaar hatte am 12. März 1895 geheiratet und bekannte sich zum jüdischen Glauben. Bei Ilses Geburt hatte das Paar bereits drei Kinder: David Jacob, geboren am 9. Juli 1896 in Hamburg, Grindelallee 185, Helene Hannchen, geboren am 17. März 1898 in Hamburg, Grindelallee 110, und Rahel Ester, geboren am 23. Februar 1899 ebenfalls in Hamburg, Grindelallee 110. Nach Ilse Jeanette kamen noch zwei weitere Geschwister zur Welt: Siegmund Seligmann, geboren am 12. März 1904 in Hamburg, Grindelallee 162, und Hanna, geboren am 12. März 1908 in Hamburg, wahrscheinlich ebenfalls Grindelallee 162.

Ilse Goldschmidts Vater war Inhaber der in das Handelsregister eingetragenen Firma Kobbelt & Co. Er unterhielt als Assekuranzmakler ein bedeutendes Versicherungsgeschäft im Schiffahrtsbereich. Ein Zeuge erklärte im späteren Wiedergutmachungsverfahren, „dass Herr Goldschmidt noch im Jahr 1930 ein Haus führte, das einem gutgehenden Geschäft alle Ehre machte.“

Ilse Goldschmidt hatte offensichtlich erfolgreich die Schule und eine Ausbildung abgeschlossen. Sie arbeitete in den 1920er-Jahren als Kontoristin. 1924, einen Tag vor ihrem 22. Geburtstag starb ihre Mutter in der Privatklinik von Frau L. E. Wunsch, Mittelweg 144. Zu dieser Zeit wohnte Ilse noch in ihrem Geburtshaus in der Grindelallee 162. Sie blieb ledig. Im Februar 1930 kam sie wegen einer psychischen Erkrankung in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg und wurde dann im März 1933 in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn überwiesen. Dort verbrachte sie die nächsten Jahre.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18.

September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die so-



Falsche Sterbenotiz auf Ilse Jeanette Goldschmidts Geburtsurkunde  
StaH

nannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Ilse Goldschmidt. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf Ilse Goldschmidts Geburtsregistereintrag wurde wahrheitswidrig notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod am 7. Dezember 1940 unter der Nummer 562/1940 registriert hat.

Der Familienvater Jacob Goldschmidt starb am 10. Februar 1942 in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn an altersbedingter Arterienverkalkung.

Ilse Goldschmidts Bruder David Jacob flüchtete 1936 aus Deutschland nach Palästina. Helene Hannchen Goldschmidt heiratete Henry Eichelberg und lebte in den USA.

Rahel Ester Goldschmidt ging die Ehe mit Nathan Arthur Joelson, geboren am 26. Januar 1890 in Hamburg, ein. Der Rabbiner Nathan Arthur Joelson hatte als Soldat am Ersten Weltkrieg teilgenommen und eine ihn dauerhaft behindernde Verwundung davongetragen. Er wurde 1923 Teilhaber der Hamburger Lottereiannahmestelle I. Hildesheimer bis er 1929 eine eigene Lottereiannahmestelle gründete.

Siegmund Seligmann Goldschmidt wurde 1930 zum Doktor der Rechte promoviert und eröffnete eine Rechtsanwaltskanzlei in der Grindelallee 162. Nach der Rücknahme der Rechtsanwaltszulassung infolge der „Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 15. September 1938 gelang es ihm nicht, eine neue Beschäftigung in Hamburg zu finden. Er verließ Deutschland und lebte künftig in Palästina.

Hanna Goldschmidt, verheiratete Dodeles, verließ Deutschland mit ihrem Ehemann und lebte in den USA.

Die Erinnerung an Ilse Jeanette Goldschmidt wird ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 162, wachhalten.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 241-2 Justizverwaltung – Personalakten A 1389 Siegmund Goldschmidt; 332-5 Standesämter 2846 Heiratsregister Nr. 202 David Simon Goldschmidt und Thekla geb. Seligmann, 8087 Sterberegister Nr. 488/1924 Thekla Goldschmidt, 9121 Geburtsregister Nr. 1217/1896 David Jacob Goldschmidt, 9143 Geburtsregister Nr. 649/1898 Helene Hannchen Goldschmidt, 9933 Sterberegister Nr. 113/1942 Jacob Goldschmidt, 13086 Geburtsregister Nr. 434/1899 Ester Goldschmidt, 13786 Geburtsregister Nr. 2185/1902 Ilse Jeanette Goldschmidt, 14184 Geburtsregister Nr. 720/1904 Siegmund Seligmann Goldschmidt; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1034 Jacob Goldschmidt, 12728 Hanna Dodeles, Nathan Arthur Joelson, 22510 Rahel Joelson geb. Goldschmidt, Helene Hannchen Eichelberg, 28519 Dr. Siegmund Goldschmidt; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941.

**■ Selig Leiba Goldstein,**

**geb. am 16. 8. 1885 in Wilkawiski (Vilkaviskis), Litauen, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Der am 16. August 1885 in Wilkawiski im heutigen Litauen geborene Selig Leiba Goldstein war der Sohn jüdischer Eltern. Über sie ist außer ihren Namen, Isac (Isaac) und Ilisar Goldstein, nichts bekannt. Selig Leiba Goldstein muss spätestens 1919 nach Hamburg zugewandert sein, denn seit 1920 ist er im Hamburger Adressbuch zu finden. Er wohnte zunächst in der heute nicht mehr existierenden Hessenstraße 38 in Hammerbrook, dann in der Süderstraße 334 bei Schulz in Hamm und schließlich in der Wohldorfer Straße 14 in Barmbek-Süd.

Die folgenden Informationen über Selig (im folgenden Zitat Seelig) Leiba Goldstein sind dem Schreiben seiner damaligen nichtjüdischen Verlobten Marta Rother an die „Beratungsstelle für Entschädigungsansprüche“ in Hamburg aus dem Jahr 1945 entnommen. Sie schrieb:

<i>Goldstein Selig L.</i>		geboren 16.8.85		Nr. 10600			
<i>Goldstein</i>		eingetretener		G.G. 10600			
		zuerst besteuert		A K.B. für 10600			
Firma und Branche	Geschäfts-Adresse	Wohnung		Finanzamt u. Steuernummer			
<i>Firma Palimur</i>	<i>Langenhorn 11.4.78.35</i>	<i>Hessenstr. 38</i>		<i>H. Lang 8940</i>			
		<i>Süderstr. 334, Hamm</i>					
		<i>Wohldorferstr. 14, Barm.</i>					
Eltern: <i>Isac Goldstein</i>	Jahr Veranlagung	Bezahlt Fol. Dat. Betrag	Jahr Veranlagung	Bezahlt Fol. Dat. Betrag	Jahr Veranlagung	Bezahlt Fol. Dat. Betrag	Bemerkungen
<i>Isac geb.</i>	1921	3.-					
Ehefrau:	1926	2.60					
geb.	1927	6.90					
Kinder:	1928	7.-	1929	1.10			
1. geb.	1929	1.50					
2. "	1930	1.50					
3. "	1931	7.20					
4. "	1932	3.60					
5. "	1933	0					<i>7.000 W. Langenhorn 11.4.78.35</i>
6. "	1934	0					
7. "	1935	0					
8. "	1936	0					
9. "	1937	0					
ausgeschieden den <i>23.9.40</i>	1938						<i>12347678</i>
durch <i>erlegt in Langenhorn</i>	1939						

Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde von Selig Leiba Goldstein

StaH

„Seit dem Jahre 1924 bin ich mit Herrn Seelig Goldstein, geboren am 16. August 1885 in Litauen, wohnhaft in Hamburg 15, Hessenstraße 38 verlobt gewesen und habe mit ihm in häuslicher Gemeinschaft gelebt.

Mein Verlobter besaß eine im gleichen Hause befindliche Zahnpraxis mit einem anschließenden Friseurgeschäft.

Ich selbst war im Kaufhaus ‚Produktion‘ als Kassiererin beschäftigt. Wir gründeten uns im Laufe der Jahre einen gemeinsamen Hausstand, die Geschäftseinrichtung wurde erneuert und die Zahnpraxis mit modernen Gegenständen ausgestattet. All diese Neuanschaffungen waren uns nur durch gemeinsame Arbeit möglich.

Nachdem wir mit der Neugestaltung und Aufbesserung fertig waren, wurde ich im Jahre 1931 aus der ‚Produktion‘ wegen Doppelverdienens entlassen und war 4 ½ Jahre arbeitslos.

Bei dem Judenboykott im Jahre 1933 erlitt mein Verlobter einen Nervenzusammenbruch und mußte ich ihn einem Krankenhaus zuführen. Eine Weiterführung durch mich war infolge des Judenboykotts aller jüdischen Unternehmen nicht möglich; ferner auch aus dem Grunde, daß ich mich trotz des Verbotes durch die Nazi-Regierung auch weiterhin als Verlobte des Herrn Goldstein betrachtete. Ich mußte daher das Geschäft verkaufen. Der Erlös von RM 800,- wurde der Wohlfahrt zum Zwecke der Krankenhauskosten zugeführt. Ich möchte hierbei noch bemerken, daß ich damals sämtliche Sachen unter dem derzeitigen Druck zu Unterpreisen abgeben mußte.

Auf eigenen Wunsch übernahm ich die Vormundschaft über meinen Verlobten.

Mein Verlobter war im Krankenhaus St. Georg und, nachdem der Geschäftserlös verbraucht war, brachte man ihn ohne mein Befragen nach der Nervenheilanstalt Friedrichsberg. Nach Besserung seines Zustandes wurde mein Verlobter entlassen. Ich mietete ihm ein Zimmer, richtete es ein – Hamburg, Wohldorferstraße 14 bei Paul – und verpflegte ihn, da er keinerlei Unterstützung bekam.

Herr Goldstein besuchte öfters den neuen Besitzer seines Geschäftes (sein früherer Gehilfe) und hatte wahrscheinlich eine Auseinandersetzung wegen unrechtmäßigen Verkaufes seines Geschäftes mit dem neuen Inhaber. Dieser zeigte daraufhin meinen Verlobten an und Herr Goldstein wurde aus seinem von mir gemieteten Zimmer heraus ohne mein Wissen nach der Heilanstalt in Friedrichsberg gebracht.

Von dort wurde mein Verlobter nach der Nervenheilanstalt Langenhorn verlegt.

Bis zum Jahre 1940 besuchte ich dort meinen Verlobten ständig, und zwar 2- bis 3-mal in der Woche.

Dortselbst bekam er nie genügend Verpflegung, sodaß ich ihn selbstverständlich auch mit genügender Nahrung versorgte.

Mein letzter Besuchstag war am 22. September 1940, denn, als ich eine Woche nach diesem Datum wieder meinen Verlobten aufsuchte, wurde mir der Bescheid gegeben, daß der Patient Seelig Goldstein weggebracht worden ist. Auf mein ständiges Befragen warum

und wohin, bekam ich keine Antwort, trotzdem der Anstalt meine Adresse stets bekannt war.

Endlich im Dezember 1940 erhielt ich auf einer Postkarte von der Nervenheilanstalt in Langenhorn den Bescheid, daß mein Verlobter auf ‚Anordnung des Reichsministers nach Chelm bei Lublin, Postschließfach 822‘ verlegt worden ist. Ein Schriftwechsel mit meinem Verlobten zu führen war infolge des Krieges nicht möglich.

Nach dem Einmarsch der engl. Truppen in Hamburg begab ich mich sofort nach Langenhorn, um nach seinem Verbleib zu forschen. Dort erhielt ich zur Antwort, daß sich der verantwortliche Direktor erschossen habe und man mir infolge Fehlens von Beweismaterial keinen befriedigenden Bescheid erteilen konnte.

Ich habe deshalb über die jüdische Gemeinde einen Suchantrag nach Herr Seelig Goldstein gestellt.

Durch den Judenboykott verloren wir

- 1) das gutgehende Friseurgeschäft und die Zahnpraxis
- 2) verlor ich meine Stellung als Kassiererin,
- 3) “ “ “ Wohnung,
- 4) “ “ “ meinen Lebensunterhalt und
- 5) wurde meine ganze Zukunft vernichtet.

gez. Marta Rother“

Marta Rother's Schilderung des Schicksals von Selig Leiba Goldstein lässt sich durch einige Informationen ergänzen, die ihre Darstellung bestätigen oder verdeutlichen.

Das Branchenverzeichnis des Hamburger Adressbuches von 1921 weist Selig Leiba Goldstein als selbstständigen Friseur an der Wohnadresse Hessenstraße 38 aus. Er betrieb also schon im Jahr 1920 ein eigenes Friseurgeschäft. Wenige Jahre später, 1924, firmierte er nicht mehr als Friseur, sondern als Zahnbehandler. Er war nicht Zahnarzt, sondern anscheinend nichtapprobierter Zahnbehandler, ein Beruf, der nach Freigabe der Heilkunde im Norddeutschen Bund (1869) bzw. im Deutschen Reich (1872) starken Zulauf hatte. Bei seiner Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg nannte Selig Leiba Goldstein als Beruf „Friseur und Dentist“.

Selig Leiba Goldstein zahlte seit 1925 regelmäßig Kultussteuern an die Jüdische Gemeinde in Hamburg. Erst ab 1932/33 wurde er nicht mehr zur Steuer veranlagt. Das Finanzamt St. Georg informierte die Jüdische Gemeinde darüber, dass Selig Leiba Goldstein ab 1. Januar 1934 als Steuerpflichtiger gelöscht sei. Der Boykott jüdischer Geschäfte hatte auch Selig Leiba Goldsteins Existenz vernichtet.

Marta Rother's Entlassung bei der „Produktion“ wegen „Doppelverdienens“ im Jahr 1931 beschreibt eine Maßnahme, die in der damaligen Wirtschaftskrise viele traf. Der männliche Einkommensbezieher in der Familie sollte für deren Versorgung ausreichen. Dabei spielte es offenbar keine Rolle, ob die Angehörigen einer Hausgemeinschaft gegensei-

tig zu Unterhalt verpflichtet waren. Der Begriff „Doppelverdiener“ entwickelte sich zu einer Art sozialer Diskriminierung meist berufstätiger Frauen, die bis weit in die Zeit der Bundesrepublik im Bewusstsein der Bevölkerung nachwirkte.

Aus Selig Leiba Goldsteins noch existierender Patienten-Karteikarte der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg ergibt sich, dass er zweimal in der Krankenanstalt war, erstmalig 1933, wie Marta Rother schrieb. Nach der Krankenhauserlassung und dem Verlust seines Geschäftes wohnte Selig Leiba Goldstein zunächst in der Süderstraße 334 bei Schulz in Hamburg-Hamm und dann in der von Marta Rother erwähnten Wohldorferstraße 14 bei M. Paul in Barmbek-Süd. Die erneute Krankenhauseinweisung nach dem von Marta Rother beschriebenen Zusammenstoß zwischen Selig Leiba Goldstein und seinem früheren Friseurgehilfen und nunmehrigen Geschäftsinhaber Hermann Kunert fand am 9. April 1935 statt, wie sich aus der Friedrichsberger Karteikarte ableiten lässt.

Die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg war damals die zentrale Aufnahmeanstalt für psychisch kranke Menschen in Hamburg. Je nach Diagnose wurde dort über deren weitere Krankenbehandlung entschieden. Selig Leiba Goldstein wurde am 1. Juli 1935 aus Friedrichsberg in die Staatskrankenanstalt Langenhorn überführt und blieb dort in den nächsten Jahren.

Während Marta Rother ihren Verlobten in der Staatskrankenanstalt besuchte und half, seine dürftige Ernährung aufzubessern, plante die „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 eine Sonderaktion gegen Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten. Das Reichsinnenministerium ließ die in den Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg lebenden jüdischen Menschen zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen. Gemeinsam mit den bereits länger in Langenhorn lebenden jüdischen Frauen und Männern wurden sie am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

Die Angaben auf der von Marta Rother erwähnten Postkarte vom Dezember 1940 über den Verbleib ihres Verlobten in „Chelm“ entsprechen nicht den Tatsachen. Oft erhielten Angehörige Mitteilungen, in denen behauptet wurde, dass die Betroffenen in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) verstorben sei. Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chelm/Cholm, einer Stadt östlich von Lublin. Die falschen Sterbeangaben dienten der Verschleierung der Mordaktion.

Es ist geplant, zur Erinnerung an Selig Leiba Goldstein einen Stolperstein in den Fußweg in Hamburg-Hammerbrook, Grüner Deich 165 (ehemals Hessenstraße 38), einzulassen.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 351-11 Amt für Wiedergutmachung 25287 Marta Rother; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Selig Leiba Goldstein der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Dominik Groß, Beiträge zur Geschichte und Ethik der Zahnheilkunde, Würzburg 2006, S. 104.

## ■ **Richard Guth,**

**geb. am 9. 9. 1884 in Wien, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Richard Guth wurde am 9. September 1884 in Wien als Sohn jüdischer Eltern geboren. Bereits seit dem 5. Juli 1899, also seit seinem fünfzehnten Lebensjahr, lebte er in Hamburg in den damaligen Alsterdorfer Anstalten. Im Aufnahmebuch der Alsterdorfer Anstalten sind seine Eltern als „Agent“ (Handelsvertreter) Bernhard Guth und Clotilde, geborene Bachrich, Wien II, Förstergasse 7, notiert. Der Geburtseintrag der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde bezeichnet seinen Vater als Bernsteinfabrikanten. Wir wissen nicht, aus welchem Grunde Richard Guth nach Hamburg kam. Seine Eltern scheinen nicht in dieser Stadt gelebt zu haben, jedenfalls enthält das Hamburger Adressbuch keinen entsprechenden Hinweis. Ihnen muss es wirtschaftlich gut gegangen sein, denn Richard Guth wurde in Alsterdorf als Privatpatient geführt.

Nach 1933 entwickelten sich die Alsterdorfer Anstalten zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb, in dem eugenische Vorstellungen und damit einhergehend auch Zwangssterilisationen als „Verhütung unwerten Lebens“ unterstützt wurden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich auch zu entsprechenden Maßnahmen in den Alsterdorfer Anstalten führte. Ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 diente als Vorwand, die Entlassung aller Juden aus dieser Einrichtung zu betreiben. Ihr Leiter, Pastor Friedrich Karl Lensch, leitete aus dem Urteil die Gefahr des Verlustes der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit ab, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. Ein Schreiben vom 3. September 1937 an die Hamburger Fürsorgebehörde enthielt 18 Namen von „jüdischen Zöglinge[n], welche hier auf Kosten der Fürsorgebehörde untergebracht sind“, darunter auch den von Richard Guth. Anscheinend hatte er inzwischen seinen Status als Privatpatient verloren. Er wurde als einer der letzten jüdischen Patienten am 24. Januar 1939 aus Alsterdorf entlassen und in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn überführt.

Von Langenhorn kam Richard Guth am 28. August 1939 auf das Gut Düssin in Westmecklenburg. Die Stadt Hamburg hatte das Gut Ende 1938 gekauft, um dort eine Anstalt

für Menschen mit geistiger Behinderung oder geistiger Erkrankung als Entlastung für die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn zu errichten. In Düssin wurden zunächst 220 Menschen aus Langenhorn untergebracht, die dort Landarbeit verrichten mussten. Unter ihnen befanden sich neben Richard Guth sechs weitere Männer und Frauen jüdischer Herkunft.

Als das Reichsinnenministerium alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, mussten die Personen jüdischer Abstammung aus Düssin zurück nach Langenhorn. Richard Guth kam am 28. August 1940 in Langenhorn an. Die Frauen und Männer aus den norddeutschen Anstalten wurden gemeinsam mit den bereits länger in Langenhorn lebenden jüdischen Kranken am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt nach Brandenburg an der Havel gebracht und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Für Richard Guth konnte keine persönliche Adresse in Hamburg ermittelt werden, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 371-19\_2001 (Düssin) (2); Evang. Stiftung Alsterdorf, Archiv, Aufnahmebuch; Israelitische Kultusgemeinde (IKG) Wien, Matrikenamt, A/VIE/IKG/I/BUCH/MA/Geburtsbuch/36.

■ **Marianne Gutmann,**  
**geb. am 1. 10. 1865 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Marianne Gutmann war das zweitjüngste der acht uns bekannten Kinder des jüdischen Ehepaares Zadick Guttmann und seiner Ehefrau Elise, geborene Biesental. Zadick Guttmann war 1826 in Hamburg, Elise Biesental in Hagenow in Mecklenburg zur Welt gekommen. Sie heirateten am 30. Juli 1853 in Elises Geburtsort und ließen sich in Hamburg nieder. Zadick Guttmann betrieb, wie dem Adressbuch von 1851 zu entnehmen ist, in der

Neustadt seit mindestens 1850 eine Kleiderhandlung. Offiziell lautete sein Nachname zu dieser Zeit noch „Zadick Guttmann“, er schrieb sich aber u. a. im Adressbuch auch „Zadig Gutmann“. Den Wunschnamen „Gutmann“ erhielt er offiziell erst durch Verfügung des Hamburger Senats vom 26. November 1869. Kurz darauf, am 10. Dezember 1869, erlangte er das Hamburger Bürgerrecht. Zadig Gutmann entstammte einer weitverzweigten, in der Hamburger Neustadt ansässigen jüdischen Familie, in der viele Männer als Kleiderhändler oder als Schneider arbeiteten. Oft waren beide Tätigkeiten in einem Geschäft miteinander verbunden, so auch zeitweise bei Zadig Gutmann.

Die beiden ältesten Töchter, Bertha und Jenny, wurden am 25. Juni 1854 und am 8. Dezember 1855 in der heute nicht mehr bestehenden 1. Marienstraße in der Neustadt geboren. Otto, geboren am 10. September 1858, Ludwig, geboren am 21. August 1860, Rosa, geboren am 1. Oktober 1861, und Ferdinand, geboren am 14. Juni 1863, kamen am Alten Steinweg 16, ebenfalls Hamburg-Neustadt, zur Welt. 1865 verlegte Zadig Gutmann die Geschäftsadresse und den Wohnsitz seiner Familie ein paar Häuser weiter in den Alten Steinweg 5. Marianne Gutmann wird hier am 1. Oktober 1865 zur Welt gekommen sein, ebenso ihr jüngster Bruder Hellmuth Levy am 26. April 1867.

Wir wissen nichts über Marianne Gutmanns Kindheit, Jugend, Ausbildung oder Berufstätigkeit. Als sie im Februar 1927 in die inzwischen in „Staatskrankenanstalt Friedrichsberg“ umbenannte Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung eingewiesen wurde, war Marianne bereits siebenmal in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ gewesen. Sie war 61 Jahre alt und ledig. Wenig später nahm die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn Marianne Gutmann auf.

Schon bald nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten begannen intensive Untersuchungen, wie kostensenkende Unterbringungen und weitergehende Einschränkungen für Menschen mit einer geistigen Behinderung oder einer psychischen Erkrankung erreicht werden könnten.

„Der Gedanke, die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg mit ihren schönen Parkanlagen künftig nicht geisteskranken Menschen zur Verfügung zu halten, sondern sie solchen Volksgenossen zu eröffnen, die einen geistigen und körperlichen Gewinn von einem Aufenthalt in diesen schönen Anlagen haben würden, gab dem Herrn Reichsstatthalter Ende April 1934 Anlaß, die Gesundheits- und Fürsorgebehörde zu Überlegungen über eine entsprechende Umgestaltung zu veranlassen.“ Damit begründete Gesundheitssenator Ofterdinger im Dezember 1935 den sogenannten Friedrichsberg-Langenhorer Plan. Nachdem der Hamburger Senat am 7. Oktober 1934 beschlossen hatte,

1. Die heilbaren Kranken sollen unter größtmöglichem Einsatz ärztlicher Betreuung behandelt werden.
2. Die unheilbar Kranken sollen in erster Linie in Bewahrung genommen werden. Die ärztliche Betreuung soll auf ein vertretbares Mindestmaß herabgesetzt werden“,



Heutige Seniorenresidenz Pinneberg (ehemals Eichenkamp), Ortsteil Thesdorf, Rellinger Straße 37, 2015

*Ingo Wille*

setzten umfangreiche Patientenverlegungen zwischen Hamburger Anstalten und nach außerhalb Hamburgs ein.

Rund 450 Patientinnen und Patienten wurden aus Langenhorn in die staatlichen Wohlfahrtsanstalten oder private bzw. gemeinnützige Anstalten auch in Schleswig-Holstein verlegt, darunter auch in die 1928/1929 gegründete private Einrichtung für Alte, Kranke und Behinderte Eichenkamp in Thesdorf/Pinneberg.

Dorthin wurde Marianne Gutmann am 9. Juli 1935 mit anderen Kranken aus Langenhorn überführt und am 15. Juli 1939 wieder nach Langenhorn zurückverlegt.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen und am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportieren ließ, war Marianne Gutmann unter ihnen. Noch am selben Tag wurden die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Über die Schicksale von Marianne Gutmanns Geschwistern wissen wir nichts.

An Marianne Gutmann wird ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Alter Steinweg 5, erinnern.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4, 5; 6; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 7992 Nr. 412/1908 Sterberegister Zadig Gutmann; 332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht A I e 40 Bd. 5 Bürgerregister 1845–1875; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 522-1 Jüdische Gemeinden 696 b Geburtsregister Nr. 28/1826 Zadig Gutmann, 696 g Geburtsregister Nr. 42/1867 Hellmuth Levy Gutmann, Nr. 142/1863 Ferdinand Gutmann, Nr. 211/1865 Marianne Gutmann, 696 e Geburtsregister Nr. 106/1854 Bertha Gutmann, Nr. 164/1869 Ludwig Gutmann, Nr. 231/1855 Jenny Gutmann; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Marianne Gutmann der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadtarchiv Pinneberg, Auskünfte über die Geschichte des heutigen Pflegeheims Pinneberg, Ortsteil Thesdorf, Rellinger Straße 37; Böhme/Lohalm, Wege in den Tod, 1993; S. 14, 44 ff.; Hendrik van den Bussche (Hrsg.), Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“, Berlin 1989, S. S. 289 ff.; Lohalm, Innere Front, Göttingen 2005, S. 454 ff.; Wunder, Auflösung Friedrichsberg, S. 128–131.

■ **Rieckchen Hauptmann, geb. Blach,  
geb. am 26. 9. 1883 in Abterode/Hessen, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Rieckchen Hauptmann, geborene Blach, geboren am 26. September 1883 im hessischen Abterode, führte mit ihrem aus Lissa in Posen stammenden Ehemann Fabian ein Möbelgeschäft in der Bartelsstraße 34/36, in dem sie neue und gebrauchte Möbel anboten.

Fabian Hauptmann war schon einmal verheiratet gewesen. Aus seiner am 12. Juni 1892 geschlossenen Ehe mit Martha, geborene Salomon, gingen vier Söhne hervor: Siegmund, geboren am 21. März 1893, Rudolf, geboren am 27. Juni 1894, Kurt, geboren am 29. Oktober 1895, und Siegfried, geboren am 8. Februar 1897, alle in Hamburg geboren.

Martha Hauptmann starb am 1. Mai 1910 im Hamburger Israelitischen Krankenhaus. Ein halbes Jahr später, am 10. November, ging Fabian Hauptmann mit Rieckchen (auch Jenny genannt) die Ehe ein. Das Ehepaar bekam zwei Kinder, Ruth, geboren am 5. Oktober 1915, und Benno, geboren am 17. August 1917, beide geboren in Hamburg.

Die Möbelhandlung in der Bartelsstraße 34 war seit 1919 im Hamburger Adressbuch verzeichnet. Sie bestand mithin seit mindestens 1918, frühere Adressen lassen sich nicht nachweisen. Wahrscheinlich gehörte zu dem Geschäft auch eine Wohnung, denn auf einer Wählerliste der Jüdischen Gemeinde für das Jahr 1930 wird die Bartelsstraße 34 als Anschrift für Fabian, Jenny und Kurt Hauptmann genannt. Letztmalig findet sich die

Anschrift im Adressbuch von 1932. Rieckchen und Fabian wohnten nun mit ihren Kindern Ruth und Benno in der Marthastrasse 28/30 in Eimsbüttel und zogen 1937 in die heute nicht mehr existierende Schlachterstraße am Großneumarkt. Die Gebäude mit den Hausnummern 40/42, in denen Hauptmanns eine Wohnung mieteten, gehörten dem Marcus-Nordheim-Stift.

Am 29. August 1938 wurde Fabian Hauptmann 71-jährig in die Psychiatrische und Nervenklinik der Hansischen Universität Friedrichsberg aufgenommen. Dort wurden eine Altersdemenz und allgemeiner Kräfteschwund diagnostiziert. Am 6. Oktober 1938 wurde er in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn überstellt. Dort verstarb er am 17. Oktober.

Rieckchen lebte zu diesem Zeitpunkt bereits in Langenhorn. Nach kurzem Aufenthalt in Friedrichsberg war sie am 19. März 1938 nach Langenhorn gekommen. Bei der Volkszählung im Mai 1939 wurde sie dort registriert.

Als das Reichsinnenministerium alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen und am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt nach Brandenburg an der Havel transportieren ließ, war Rieckchen Hauptmann unter ihnen. Noch am selben Tag wurden die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Ruth, Rieckchen und Fabian Hauptmanns erste Tochter, eine gelernte Hausangestellte, arbeitete als Kindermädchen. Im August 1933 zog sie nach Altona in die Bergstraße 125, wenige Monate später in die Bartelsstraße 30 im heutigen Stadtteil Sternschanze. Ruth Hauptmann trat Ende Dezember 1933 in die Jüdische Gemeinde ein. Sie wohnte bei den Verwandten in der Marthastrasse, in der Schlachterstraße, in der Haynstraße 15 zur Untermiete und zuletzt im „Judenhaus“ in der Frickestraße 24. Am 25. Oktober 1941 wurde sie zusammen mit ihrem Bruder Benno in einem Transport von 1034 Menschen in das Getto Litzmannstadt (Łódź) deportiert.

Benno Hauptmann hatte die Talmud Tora Realschule besucht. Er trat dem „Jüdischen Religionsverband“, wie sich die Gemeinde nun nennen musste, 1936 bei. In den folgenden Jahren hatte er geringe Einkünfte. Auch er verließ die elterliche Wohnung 1938 und hatte Wohnadressen in der Klosterallee 33, in der Werderstraße 7 und in der Kaiser-Wilhelm-Straße 115. Er absolvierte eine kaufmännische Ausbildung bei Isaacsohn & Bühring, einem Im- und Exportgeschäft in der Kaiser-Wilhelm-Straße 20/26, die er im September 1939 abschloss. Noch im selben Jahr wechselte er seinen Wohnsitz in den Hegestieg 12, kurz darauf in den Grindelhof 95. Er arbeitete als kaufmännischer Angestellter bei der Im- und Exportfirma de Vivanco & Co. am Georgsplatz 8/10 in der Hamburger Altstadt. Am 16.



Ehemaliges Hospital im Getto Litzmannstadt (Łódź), 2015

*Ingo Wille*

März 1940 wurde auf der Kultussteuerkarte notiert: „Miete wird von der Fürsorge bezahlt. Arbeitet im Heim Rothenbaumchaussee gegen Verpflegung u. 10,- Taschengeld.“

Als seine Schwester Ruth den Deportationsbefehl erhielt, wohnte Benno in der Parkallee 12 bei Fränkel. Er meldete sich freiwillig für den Transport am 25. Oktober 1941 und begleitete seine Schwester.

Im Getto „Litzmannstadt“ (Łódź) war er in der Hausierergasse 1, Wohnung 11, untergebracht und arbeitete in der Bekleidungsfabrikation als „Konfektionist“. Das Getto „Litzmannstadt“ diente der SS als Produktionsgetto. Die Produktion diente in erster Linie der Wehrmacht, zu einem Teil wurden die Produkte auch an Privatfirmen verkauft. Der Judenälteste Chaim Rumkowski hoffte, über Arbeitsleistung Lebenszeit erkaufen zu können.

Seit Anfang Mai 1942 wurden Menschen für eine erneute Deportation bestimmt. Gettoinsassen, die nicht in Arbeit standen, erhielten Deportationskarten – im Gettojargon „Hochzeitskarten“.

Zwischen dem 4. und dem 15. Mai ermordeten die Nationalsozialisten mehr als 10 000 der Menschen, die im Herbst 1941 aus dem „Altreich“ in das jüdische Getto von Łódź „eingesiedelt“ worden waren, im Vernichtungslager Kulmhof/Chełmno in Gaswagen. Benno Hauptmann war einer von ihnen.

Ruth Hauptmann „wohnte“ in „Litzmannstadt“ zunächst in der Rembrandtstraße 12, Wohnung 32, später in der Kreuzstraße 2a. Wenige Wochen nach der Ermordung ihres Bruders Benno verlor auch Ruth das Leben. Sie starb im Gethtohospital, als Todesursache wurde „Unterernährung“ notiert.

Auch Siegfried, Fabian Hauptmanns Sohn aus erster Ehe, kam im Holocaust ums Leben. Er zog 1926 oder 1927 nach Berlin, wurde 1938 inhaftiert, ins Konzentrationslager Buchenwald verbracht und 1945 für tot erklärt.

Kurt Hauptmann, ebenfalls aus der ersten Ehe, überlebte den Nationalsozialismus. Nach dem Pogrom am 9. November 1938 war er vom 11. November bis 2. Dezember 1938 im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel inhaftiert. In sogenannter Mischehe verheiratet, leistete er mehr als fünf Jahre Zwangsarbeit bei verschiedenen Firmen. Er wurde am 14. Februar 1945 ins Getto Theresienstadt deportiert und dort im Mai befreit.

Rudolf Hauptmann, das älteste der Hauptmann-Kinder, kam im Ersten Weltkrieg ums Leben. Er starb im Alter von 22 Jahren in den Kämpfen bei Martinpuich in Frankreich, nachdem ihm ein Granatsplitter beide Hände abgerissen hatte.

Siegmund Hauptmann verließ 1926 seine Geburtsstadt Hamburg mit unbekanntem Ziel. Sein weiteres Schicksal kennen wir nicht.

Neben dem Stolperstein für Rieckchen Hauptmann liegen weitere für Benno und Ruth Hauptmann in der Bartelsstraße 30, Ecke Susannenstraße.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; 8; AB, StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 OFP, Abl. 1998/1, H 959; 332-5 Standesämter 638 Sterberegister Nr. 283/1910 Martha Hauptmann, 749 Sterberegister Nr. 861/1916 Rudolf Hauptmann, 2312 Geburtsregister Nr. 1166/1893 Siegmund Hauptmann, 2344 Geburtsregister Nr. 2418/1894 Rudolf Hauptmann, 2796 Heiratsregister Nr. 509/1892 Fabian Hauptmann/Martha Salomon, 8669 Heiratsregister Nr. 346/1910 Fabian Hauptmann/Rieckchen Blach, 9117 Geburtsregister Nr. 2470/1895 Kurt Hauptmann, 9136 Geburtsregister Nr. 337/1897 Siegfried Hauptmann, 9894 Sterberegister Nr. 208/1938 Fabian Hauptmann; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 18300 Hauptmann, Kurt; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 2/1995, 25298 Rieckchen Hauptmann; 362-6/10 Talmud Tora Schule, TT 19; 522-1 Jüd. Gemeinden, 992 e 1 Bd. 1, 922 e 2 Deportationslisten; Standesamt Abterode, jetzt Meißner, Geburtsregister Nr. 43/1883 Rieckchen Hauptmann; Fritz Neubauer, Universität Bielefeld; Sascha Feuchert/Erwin Leibfried/Jörg Riecke, Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, 1942, Göttingen 2007, S. 7 f., 142, 360; Andrea Löw, Juden im Getto Litzmannstadt, Göttingen 2006, S. 309; Michael Wunder, Anstaltsfürsorge, in: Ebbinghaus/Linne (Hrsg.), Kein abgeschlossenes Kapitel, S. 400; Christiane Jungblut, Benno Hauptmann, Rieckchen Hauptmann, Ruth Hauptmann, in: Christiane Jungblut/Gunhild Ohl-Hinz, Stolpersteine in Hamburg-St. Pauli, Hamburg 2009.

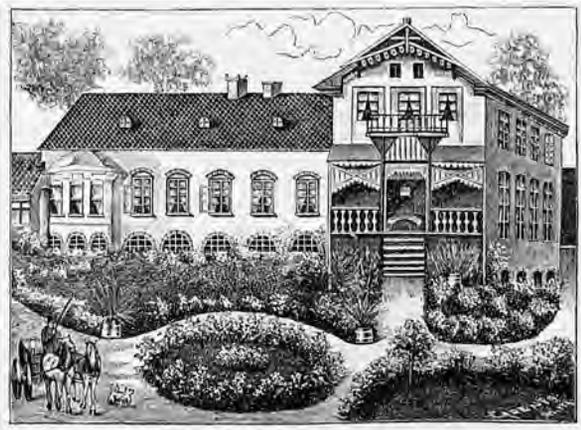
## ■ Martha Havelland,

**geb. am 4. 10. 1879 in Bleicherode (Kreis Nordhausen/Thüringen), ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Martha Havelland kam am 4. Oktober 1879 in Bleicherode als jüngstes der fünf Kinder des am 15. Juli 1839 in Nordhausen geborenen Kaufmanns Hermann Havelland und seiner Ehefrau Helene, geborene Adler, zur Welt. Das älteste der Kinder, Paul, wurde am 23. Dezember 1869 in Nordhausen geboren. 1871 zog die noch kleine Familie jüdischen Glaubens nach Bleicherode im heutigen Landkreis Nordhausen in Thüringen. Dort gab es eine große jüdische Gemeinde.

In Bleicherode kamen auch drei von Marthas Geschwistern zur Welt: Siegmund Havelland, geboren am 15. Dezember 1871, Nathan Havelland, geboren am 1. Januar 1873, und Elise Havelland, geboren am 19. Oktober 1874. Die Familie verließ Bleicherode 1891 mit unbekanntem Ziel.

Erst 1933 findet sich wieder eine Spur, als Martha Havelland am 11. Februar in der „Privatanstalt Fräulein Clausen“ in Friedrichsfeld in der Gemeinde Prinzenmoor in der Nähe von Rendsburg aufgenommen wurde. Dort war 1883 auf dem Gelände eines früheren Glashüttenwerks eine private „Anstalt für nerven- und gemütskranke Damen“ entstanden. Die Bewohnerinnen unterhielten den um das Hauptgebäude angelegten Park und versorgten den weitläufigen Obst- und Gemüsegarten. Die Kranken stammten zumeist aus „besseren“ Familien, die sich die gehobene Unterbringung leisten konnten. In einem Prospekt der Einrichtung hieß es: „Die Besitzung Friedrichsfeld, unweit der Eider gelegen, bietet nerven- und gemütskranken Damen, die nicht in eine grosse Anstalt wollen und doch in der Familie nicht bleiben können, einen ruhigen und gesunden Aufenthalt.“ Zwischen 1910 und 1942 leiteten die beiden Schwestern Margarethe und Cäcilie Clausen ihre Anstalt, die ca. 35 Bewohnerinnen aufnehmen konnte. Nach der Schließung der privaten Anstalt wurden die Patientinnen 1942 nach Schleswig, wahrscheinlich in die dortige psychiatrische Einrichtung in Schleswig-Stadtfeld, und in die diakonische Anstalt in Kropp verlegt. Friedrichsfeld wurde



Heim für nerven- und gemütskranke Damen, Friedrichsfeld  
*StaH*

von der Provinzialverwaltung übernommen und nach Umbauten als Erziehungsheim für 40 Kinder eingerichtet. Nach längerem Leerstand, Plünderungen und Verwüstungen brannten die Gebäude ab.

Martha Havelland wurde am 18. September 1940 aus Friedrichsfeld in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn aufgenommen. Dieser Verlegung war Folgendes vorausgegangen:

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel zu transportieren. Unter ihnen befand sich Martha Havelland. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurden in Sterbemitteilungen falsche Daten verwendet und wahrheitswidrig behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chel̨m (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Das Schicksal der anderen Mitglieder der Familie Havelland liegt weitgehend im Dunkel. Nur von Nathan Havelland wissen wir, dass er in Berlin lebte. Er hatte 1915 in der Kurstraße in Berlin-Mitte eine Knopffabrik gegründet, die 1939 zwangsliquidiert wurde. Er wurde am 14. September 1942 aus Berlin nach Theresienstadt deportiert und kam dort am 10. März 1944 ums Leben. Für Nathan Havelland liegt ein Stolperstein in Berlin-Wilmersdorf, Deidesheimer Straße 9.

Martha Havelland lebte abgesehen von dem fünftägigen unfreiwilligen Aufenthalt in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn nie in Hamburg. Deshalb konnte kein individueller Ort in Hamburg bestimmt werden, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 3; 5; 7; 8; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rön̨n, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Kreisarchiv Nordhausen, Mitteilung vom 10. 5. 2016; Gemeinde Friedrichsfeld, A/316 Alphabetisches Verzeichnis zum Melderegister, A/1549 Personenstandsregister; Standesamt Bleicherode, Geburtsregister Nr. 9/1874 Elise Havelland, Geburtsregister Nr. 102/1879 Martha Havelland; Gemeinde Prinzenmoor, Melderegisterauszug Friedrichsfeld 1933; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Jürgen Rust (Red.), Prinzenmoor in Geschichte und Gegenwart, Prinzenmoor 2008, S. 124 ff.

## ■ Bertha Hecht,

geb. am 28. 8. 1895 in Altona, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel

Bertha Hecht war das dritte von sieben Kinder des jüdischen Ehepaares Hermann Hersch und Rywka (Regine) Hecht, geborene Waldmann.

Das Ehepaar besaß die österreichische Staatsangehörigkeit. Es war um 1890 aus Lemberg nach Altona eingewandert. Hermann Hersch Hecht war von Beruf Buchhalter. In Altona arbeitete er in seinem Fach und als „Schuhwarenagent“, d. h. als Vertreter für Schuhwaren.

Vor Bertha wurden Josef Hecht am 10. Dezember 1887 wahrscheinlich in Lemberg und Charlotte Hecht am 8. Februar 1893 in der ersten Mühlenstraße 33 in Altona geboren. Nach ihr kamen Jacob Hecht am 18. Oktober 1896, Flora Hecht am 3. November 1897, Rosalie Hecht am 25. Februar 1899 und schließlich Lea Hecht am 23. August 1901 in der Palmaille 1 zur Welt. Lea starb bereits am Tag nach ihrer Geburt.

Bertha Hecht absolvierte die Schule bis zur ersten Klasse (damals die höchste Klassenstufe). Sie lernte gut. Anschließend war sie zunächst als Haustochter und dann einige Jahre als Kontoristin tätig. Mit der Einbürgerung ihres Vaters im November 1915 erlangte sie wie die gesamte Familie die preußische Staatsangehörigkeit.

Bis 1922 galt Bertha Hecht zwar als eigensinnig, jedoch als völlig gesund. Dann veränderte sie sich und wirkte auf ihre Verwandten zeitweise deprimiert. Sie erlebte Erregungszustände, die sich bis zu Gewalttätigkeiten gegen Familienangehörige steigerten. Als sie sich einbildete, verheiratet zu sein und viele Kinder zu haben, wurde sie am 4. Oktober 1925 in der psychiatrischen Abteilung des Krankenhauses Altona aufgenommen. Einen Monat später, am 4. November, kam sie in die Israelitische Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke (Jacoby'sche Anstalt) in Bendorf-Sayn bei Koblenz, weil – wie es hieß – das Krankenhaus sie nicht mehr verpflegen wollte. Nach fünf Monaten, am 16. April 1926, kehrte Bertha Hecht in das Krankenhaus Altona zurück. Mit der Diagnose „Einfache Seelenstörung“ begründete das Kran-



Bertha Hecht, etwa 1926

LAS

kenhaus die Notwendigkeit ihrer Aufnahme in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Neustadt in Holstein, die am 24. April 1926 vollzogen wurde.

Bertha Hechts Vater versuchte, den Kontakt zu seiner Tochter aufrecht zu erhalten und erkundigte sich nach ihrem Zustand. Auch die Geschwister sorgten sich um Berthas Wohlergehen. Im August 1927 wurde Bertha von Angehörigen auf Urlaub geholt und sechs Tage später wieder in die Anstalt zurückgebracht.

Am 17. Februar 1928 starb Berthas Mutter. Als auch Berthas Vater am 28. Januar 1936 im Israelitischen Altenhaus in der Blücherstraße 20 in Altona verschied, übernahm Jacob Hecht, einer der Brüder, die PflEGschaft für seine Schwester. Er beschwerte sich im März verärgert bei der Direktion der Anstalt in Neustadt über die ausgebliebene Antwort auf ein Schreiben vom 26. Februar 1936: „Ich darf es ruhig als das Elementarste bezeichnen, wenn ich verlange, dass man mir Aufschluss über das Leben sowie Treiben und Behandlung meiner Schwester in dem dortigen Heim gibt. Wenn sich Ihr Verhalten nicht ändert, dann kann ich auch die ungemütliche Seite zeigen und beissen Sie alsdann in jedem Falle bei mir auf Granit.“ Weitere Einträge fehlen in Bertha Hechts Neustädter Krankenakte. Sie lebte dort bis 1940.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, kam Bertha Hecht am 13. September nach Langenhorn. Sie wurde in einem Transport von insgesamt 136 jüdischen Frauen und Männern am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel gebracht. Mit einer Ausnahme (Ilse Herta Zachmann, s. dort) wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

Auf dem Geburtsregistereintrag von Bertha Hecht wurde wahrheitswidrig notiert, dass ihr Tod am 10. Februar 1941 eingetreten sei und das „Standesamt Chelm II“ ihn unter der Nummer 311/1941 registriert hat. Die in den Sterbemitteilungen verwendeten falschen Angaben sollten die Mordaktion verschleiern.

Weitere Mitglieder der Familie Hecht kamen im Holocaust ums Leben.

Charlotte Hecht arbeitete wie ihre Schwester Bertha als Kontoristin. Sie war seit dem 30. September 1937 erwerbslos und wechselte mehrmals ihre Wohnadresse. Zuletzt wohnte sie in der Isestraße 79 bei der Witwe H. Kuppermann. Hier erhielt sie den Deportationsbefehl und musste sich im Logengebäude an der Moorweidenstraße einfinden. Charlotte Hecht wurde am 25. Oktober 1941 mit insgesamt 1034 Jüdinnen und Juden in das Getto „Litzmannstadt“ (Łódź) verschleppt. Für Charlotte Hecht liegt ein Stolperstein in der Isestraße 79 in Hamburg.

Jacob Hecht arbeitete als Handelsvertreter. Die letzte von ihm bekannte Adresse lautet Beim Schlump 9. Er wurde während der „Juni-Aktion“ 1938 verhaftet und im Poli-

zeigefängnis Fuhlsbüttel eingesperrt. Vom 23. Juni bis 21. Dezember 1938 hielt man ihn im Konzentrationslager Sachsenhausen gefangen. Nach seiner Entlassung flüchtete er 1939 nach Belgien, befand sich aber ab dem 21. September 1940 erneut im Konzentrationslager Sachsenhausen in Gefangenschaft. Von dort brachte man ihn am 9. September 1941 in das Konzentrationslager Groß-Rosen, in dem er am 25. März 1942 ums Leben kam.

Flora Hecht heiratete am 12. August 1922 den Kaufmann und Protestanten Arthur Gaden. Die Ehe wurde 1936 geschieden. Die Scheidungsgründe sind nicht überliefert. Flora litt stark unter den Verfolgungsmaßnahmen der NS-Regierung. In ihrer Wohnung in der Bundesstraße 43 nahm sie eine Überdosis Schlafmittel und starb am frühen Morgen des 16. Juli 1942 im Jüdischen Krankenhaus Johnsallee 54.

Rosalie Hecht heiratete am 14. Januar 1933 den nichtjüdischen kaufmännischen Angestellten Walter Hansen. Die Ehe wurde bereits am 8. Januar 1934 geschieden – aus rassischen Gründen, wie Rosalie Hansen später erklärte. Sie wohnte zuletzt in der Straße Schulterblatt 84a bei Sasse und wurde am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert. Rosalie Hansen überlebte das Konzentrationslager und erklärte 1950 an Eides statt: „Ich war bis November 1944 im KZ Riga, dann gingen wir mit der SS auf Transport nach Thorn. Dort wurden wir in der Festung 13 untergebracht. Dort waren wir bis Dezember, dann kamen wir in die Vorstadt Thorn in ein Lager. Dort blieben wir bis ca. 22. Januar 1945. Dann wurden wir weitergetrieben zu Fuss über die Weichsel und waren ungefähr am 25. Januar in Bromberg. In einem Dorf bei Bromberg hat die SS uns sitzen lassen und wir wurden von den Russen befreit. Weil dies Kriegsgebiet war, konnten wir zunächst nicht abtransportiert werden und blieben 6 Wochen dort. Dann wurden wir mit einem russischen Lazarettzug nach Lublin gebracht, wo wir am 24. Februar ankamen. Von Lublin gings nach Kattowitz, von Kattowitz nach Prag, von Prag nach Karlsbad, von Karlsbad nach Leipzig, von dort nach Berlin und von Berlin, nach Durchschleusung in Segeberg, nach Hamburg, wo wir am 29. Oktober 1945 ankamen.“

Ihre Entschädigungsansprüche wurden zurückgewiesen, „da die Antragstellerin weder ihre Erbes legitimation nachgewiesen noch irgendwelche Angaben zur Begründung dieser Entschädigungsanträge gemacht hat“.

Bertha Hechts Bruder Josef war mit seinen Eltern nach Altona gekommen. Er nahm am Ersten Weltkrieg teil. Sein weiteres Schicksal kennen wir nicht.

Zur Erinnerung an Bertha Hecht ist ein Stolperstein in Hamburg-Altona-Altstadt, Palmaille 1 (ehemals Breitestraße 177), geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB, StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 5370

Sterberegister Nr. 278/1928 Rywka Hecht geb. Waldmann, 5247 Sterberegister Nr. 1802/1901 Lea Hecht, 5402 Sterberegister Nr. 318/1936 Hersch Hecht, 6290 Geburtsregister Nr. 2604/1895 Bertha Hecht, 6301 Geburtsregister 3274/1879 Anna Flora Hecht, 6279 Geburtsregister Nr. 489/1893 Charlotte Hecht, 6296 Geburtsregister Nr. 3198/1896 Jacob Hecht, 8180 Sterberegister Nr. 337/1942 Flora Gaden geb. Hecht, 13002 Geburtsregister 616/1899 Rosalie Hecht, 13678 Geburtsregister Nr. 2435/1901 Lea Hecht, 13953 Nr. 19/1933 Heiratsregister Hansen/Hecht; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 22608 Charlotte Hecht, 22513 Rosalie Hansen; K 4446 Meldekartei der Stadt Altona, hier: Hermann Hersch und Berta Hecht; LAS Abt. 377 Nr. 802 Patientenakte Bertha Hecht; Dietrich Schabow, Die Israelitische Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke (Jacoby'sche Anstalt 1869 – 1942), in: Die Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf, S. 55 ff.

### ■ **Erich Alexander Heilbut,**

**geb. am 17. 1. 1901 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Erich Alexander Heilbut war der Sohn des 1864 in Hamburg geborenen Vertreters für Textilwaren Michel Liepmann Heilbut und seiner 1875 ebenfalls in Hamburg geborenen Ehefrau Helene, geborene Samuel. Helene Heilbut nannte ihren Ehemann immer nur Martin. Das jüdische Ehepaar hatte am 16. März 1898 geheiratet und bekam als ersten Sohn Oswald, geboren am 8. April 1899. Ihm folgten Erich Alexander am 17. Januar 1901 und die Schwestern Thea am 27. Juni 1905 sowie Vera am 1. Mai 1909. Alle Kinder wurden in Hamburg geboren.

Über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie Heilbut ist nichts, über die Entwicklung der Kinder in ihrer Jugend ist nur wenig bekannt.

Auskunft über das Leben von Erich Alexander geben seine noch vorhandenen Krankenakten. Er wurde am 23. März 1923 in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen, veranlasst von dem Nervenarzt Dr. Ernst Kalmus, Colonnaden 9, mit folgender Diagnose: „Der 22-jährige Erich Heilbut, Bornstraße 4 III leidet an schizophrenen Störungen und bedarf der Aufnahme auf der Nervenabteilung in Friedrichsberg. gez. Dr. Kalmus“.

Der Vater Michel Liepmann Heilbut schilderte, Erich Alexander sei immer sehr verträumt und schwärmerisch gewesen. Er habe Schauspieler werden wollen, sei auch sehr begabt gewesen und habe gut deklamieren können, habe diesen Wunsch aber wegen eines Rachenkatarrhs aufgeben müssen. Er habe viel in Kreisen verkehrt, die sich mit Kunst und Wissenschaft beschäftigten, sein inhaltlicher Schwerpunkt sei Theosophie (mystisch-religiöse Welterklärung) gewesen. Er habe viel gelesen und selbst Gedichte verfasst. Seit Spätherbst 1922 sei eine Veränderung eingetreten. Erich Alexander sei nicht mehr fähig gewesen, sich zu konzentrieren, mochte sich nicht anziehen, saß stundenlang herum und sprach wenig. Häufig habe er sich über den Kopf gestrichen. Er habe nicht auf sein Äußeres geachtet, manchmal habe er sich beim Essen beschmutzt. Bei manuellen Tätigkeiten habe er

sich ungeschickt angestellt. Mit seiner Mutter habe ihn ein enges Verhältnis verbunden. Er sei ihr Liebling gewesen, weil er so sanftmütig und ruhig sein konnte. Nur selten habe er mit Jähzorn reagiert.

Erich Alexander selbst berichtete, er habe eine normale Kindheit erlebt und nach dem Besuch der Oberrealschule das Abitur bestanden. Die Schule sei ihm unnatürlich vorgekommen, „die Kameraden mit all ihren Witzen und all ihr Kram“. Mathematik und Naturwissenschaften hätten ihm mehr als Sprachen gelegen. Nach der Schule sei er in eine Buchhandlung eingetreten, vertrug sich aber nicht mit dem Chef. „Das war so ein alter, praktischer Herr und ich war so verträumt.“ Erich Alexander hatte bei drei Schauspielern Unterricht, bekam aber wiederholt Kehlkopfkatarrh, sodass er die Schauspielerei aufgeben

musste. Anschließend arbeitete er etwa zwei Jahre in der Buchhandlung des Kaufhauses Tietz, blieb aber eines Tages mit der Begründung fort, der Frau eines Freundes helfen zu müssen. Daraufhin wurde ihm gekündigt. Es schloss sich eine kurze Arbeitsphase in der Buchhandlung Max Löwenberg im Kaufmannshaus in der Bleichenbrücke 10 an. Erich Alexander Heilbut empfand selbst, dass er alles falsch mache.

Neben seinen psychischen Problemen litt Erich Alexander Heilbut auch unter starkem Übergewicht. Er wog bei seiner Aufnahme in Friedrichsberg 121 kg. Ein Jahr später hatte er zwar elf Kilogramm abgenommen, überschritt das Normalgewicht aber immer noch erheblich. Seinem Wunsch entsprechend, am liebsten leichte Gartenarbeit zu verrichten, arbeitete Erich Alexander in Friedrichsberg „zeitweise in der Kolonne“ (gemeint sind Gruppenarbeiten z. B. in den Gärten).

Fünf Jahre später, am 14. Juni 1928, endete Erich Alexanders Aufenthalt in Friedrichsberg. Er wurde zunächst in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn und am 30. Oktober 1930, wie viele Langenhorner Patienten, in die Heilanstalt Lübeck-Strecknitz überführt. Die Städte Hamburg und Lübeck hatten einen Vertrag geschlossen, auf dessen Grundlage mithilfe eines zinslosen Hamburger Darlehens zusätzlichen Bettenkapazi-



Erich Alexander Heilbut, 1923

*UKE/IGEM*



Erich Alexander Heilbut's Langenhorner Krankenakte  
StaH

täten in Strecknitz errichtet werden sollten, die zumindest zu 75 Prozent Hamburger Patientinnen und Patienten vorbehalten blieben.

Erich Alexander Heilbut lebte bis 16. September 1940 in Lübeck-Strecknitz. Seine Mutter Helene erkundigte sich oft bei der Anstaltsleitung nach seinem Befinden. Sie legte immer Briefmarken im Wert von einer Mark bei und bat, davon für Erich Alexander Kuchen zu kaufen. Sie kannte die Anstalt in Strecknitz aus eigener Erfahrung. Nach mehreren Jahren in der Staatskrankenanstalt Langenhorn, in die Helene Heilbut aus der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg wegen Depressionen eingewiesen worden war, war auch sie im Oktober 1930 nach Lübeck-Strecknitz verlegt worden. Über ein Zusammentreffen von Mutter und Sohn in Strecknitz finden sich aber keine Hinweise. Von dort wurde Helene Heilbut im Mai 1936 in Pri-

vatpflege nach Hamburg entlassen. Ab August 1938 konnte sie sich nicht mehr um ihren Sohn in Lübeck kümmern. Ein Motorradfahrer hatte sie in einen schweren Verkehrsunfall mit Schädel-, Rippen- und Beinbrüchen sowie einer Hirnblutung verwickelt, an deren Folge sie am 29. August 1938 im Israelitischen Krankenhaus in Hamburg starb. Nun übernahm Erich Alexanders Vater die Verantwortung. Insbesondere vor dessen Geburtstag bat er um Urlaub für seinen Sohn, jedoch ohne Erfolg.

Als das Reichsinnenministerium Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Erich Alexander Heilbut am 18. September in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die „Landes-Pflegeanstalt“ in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet.

In dem Geburtsregistereintrag von Erich Alexander Heilbut wurde notiert, dass er am 2. Februar 1941 starb und das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 421/1941 registriert hat. Mit solchen falschen Angaben in den Sterbemitteilungen sollte die Mordaktion in Brandenburg verschleiert werden.

Außer Erich Alexander kamen weitere Angehörige der Familie Heilbut im Holocaust ums Leben.

Erich Alexander Heilbuts Bruder Oswald, von Beruf Buchhändler, heiratete 1928 in Stuttgart die 1907 in Ostpreußen geborene Hilfsarbeiterin Helene Kühn. Die Ehe wurde bereits im Februar 1932 geschieden. Oswald Heilbut emigrierte 1934 nach Paris, muss aber nach Deutschland zurückgekehrt sein. Er gehörte zu den Menschen, die im Rahmen der frühen Deportationen aus Deutschland am 22. Oktober 1940 ab Baden nach Gurs nördlich der Pyrenäen in Frankreich verschleppt wurden. Ca. 2000 der aus Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg und Konstanz abtransportierten Menschen starben im Lager Gurs, unter ihnen Oswald Heilbut.

Erich Alexander Heilbuts Vater Michel Liepmann gehörte zu den 925 am 15. Juli 1942 aus Hamburg nach Theresienstadt deportierten Menschen. Zwei Monate später, am 21. September 1942, ging ein Transport von insgesamt 2002 Frauen und Männern von Theresienstadt nach Treblinka ab. Bis auf einen Menschen wurden alle ermordet. In diesem Transport befand sich auch Michel Liepmann Heilbut. Vera Heilbut ging davon aus, dass er am 23. September 1942 in der Vernichtungsstätte Malyj Trostenez bei Minsk ermordet wurde. Michel Liepmann Heilbut wurde auf den 8. Mai 1945 für tot erklärt. Vera Heilbut erlernte den Beruf der Gärtnerin und konnte nach Palästina fliehen. Thea Heilbut verließ Hamburg 1926. Ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt.

Zur Erinnerung an Erich Alexander, Oswald und Michel Liepmann Heilbut sollen Stolpersteine in Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 4, gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident FVg 3057 Vera Heilbut; 332-5 Standesämter 8589 Heiratsregister Nr. 95/1898 Michel und Helena Heilbut, 1089 Sterberegister Nr. 316/1938 Helene Heilbut, 13613 Geburtsurkunde Nr. 183/1901 Erich Alexander Heilbut; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 33971 Vera Heilbut; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 2/1995 Nr. 15064 Helene Heilbut, Nr. 17474 Erich Alexander Heilbut; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Erich Alexander Heilbut der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Erich Alexander Heilbut der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; IMGWF Lübeck, Patientenakte Erich Alexander Heilbut der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; Institut Theresienstädter Initiative; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Delius, Ende von Strecknitz, S. 28 f.; [https://de.wikipedia.org/wiki/Camp\\_de\\_Gurs#Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Camp_de_Gurs#Deutschland) [27. 4. 2016]; <http://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/14385-michael-heilbut/> [28. 4. 2016].

■ **Käthe Henschel,**

**geb. am 29. 9. 1923 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Käthe Henschel wurde am 29. September 1923 als Tochter der jüdischen Eheleute Leopold und Röschen Henschel geboren. Der gelernte Kaufmann Leopold Henschel, geboren am 30. Dezember 1872 in Sorau/Lausitz, ließ sich schon vor 1914 in Hamburg nieder. Er wurde im Ersten Weltkrieg verwundet und litt fortan unter den Nachwirkungen seiner Verletzung. Leopold Henschel war mit Röschen, geborene Oppenheim, geboren am 30. Januar 1890 in Hamburg, in zweiter Ehe verheiratet. Die Eheschließung fand am 23. Oktober 1919 statt. Seine erste Frau, Dora, geborene Nissensohn, geboren am 6. Juli 1870 in Hamburg, war am 7. Februar 1919 kinderlos gestorben.

Am 24. März 1919 notierte die Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg auf Leopold Henschels Steuerkarte „Steuern erlassen, hat nichts“. Der frühere Kriegsteilnehmer konnte infolge seiner Verwundung beruflich nie Fuß fassen. Abgesehen von gelegentlichen Beschäftigungen als Hilfsschreiber war Leopold Henschel arbeitslos. Seine Familie lebte weitgehend von Fürsorgeunterstützung.

Aus Leopold und Röschen Henschels Ehe gingen fünf Kinder hervor: Herbert, geboren am 30. März 1921, die Zwillinge Erwin und Käthe, geboren am 29. September 1923, Oscar, geboren am 5. März 1926, und Gerda, geboren am 10. November 1927, alle geboren in Hamburg. Erwin Henschel, Käthes Zwillingbruder, besuchte von April 1930 bis Ostern 1938 die Talmud Tora Schule und verließ sie mit dem Volksschulabschluss.

Käthe Henschel hatte die ersten 18 Monate in einem Säuglingsheim verbracht. Zurück bei den Eltern in der Schlachterstraße traf die Fürsorgerin der Jüdischen Gemeinde, Thekla Picard, Käthe nie ohne blaue Flecken an. Sie berichtete: „Die Geschwister, besonders der Zwillingbruder Erwin war nach dem Erscheinen von Käthe eifersüchtig auf sie, was die Eltern durch Bevorzugung des Knaben zu beheben versuchten.“ 1926 äußerte der Kinderarzt Max Schmidt seine Besorgnis über Käthe Henschels Gesundheitszustand und empfahl, das Kind den Winter über im Kindererholungsheim Wilhelminenhöhe unterzubringen. Käthe lebte dann vom 9. August 1926 bis 19. Januar 1927 in dieser Einrichtung in Blankenese. Das Kindererholungsheim Wilhelminenhöhe berichtete anschließend: „Sie war bei der Aufnahme ein stilles blasses Kind, neigte häufig zu Temperatursteigerungen, Husten u. Bettnässen. Sie hat einen ausgezeichneten Appetit entwickelt, ist lebhaft geworden, hat mindestens 2 Monate keine Erkältungserscheinungen mehr gehabt u. ist durch Höhensonnenbestrahlung in ihrem ganzen Habitus ausserordentlich gekräftigt. Bettnässen haben aufgehört. Ihr Gewicht bei der Aufnahme war 24 Pfund 100 gr. bei der Entlassung 27 Pfund 400 gr.“

Die positive Entwicklung setzte sich nach der Rückkehr in die Familie nicht fort. Thekla Picard schrieb im Mai 1927: „Das Kind [ ] ist jetzt eingeschüchtert, scheu und droht zu verwahrlosen.“

W. H. Forodr. III. 15. Jan 29 1927

**Aufnahmeschein**

Aktenz. Ke 527  
Bez. ....  
Nr. des Verzeichnisses .....

für die Warteschule Mühlenberg  
~~Krippe~~

Name des Kindes: Käthe Henschel geb. 29. 9. 22 in Berlin Henschel

geb. am ..... zu Berlin Wohnung: Altkönigsstr. 4

Namen der Eltern: Lepold Henschel geb. 30. 12. 22

Unterbringung für die Zeit vom 1. 9. 27 bis 1. 10. 1927 genehmigt

Hamburg, den 3. 9. 1927

Wohlfahrtsamt Wohlfahrtsstelle: I  
Wohlfahrtsstelle I W. Lbr. J. Fickens

Aufnahmeschein der Warteschule Mühlenberg für Käthe Henschel

StaH

Röschen Henschel erwartete gegen Ende 1927 ihr fünftes Kind. Wahrscheinlich zur Entlastung der Mutter wurden der eineinhalbjährige Oscar Henschel in das Kindererholungsheim Wilhelminenhöhe gegeben und die vierjährige Käthe Henschel sowie ein weiteres Geschwister in der „Warteschule“ Mühlenberg in Blankenese untergebracht, deren Ziele allgemein so umrissen wurden: „Der Zweck dieser Anstalten ist, den Eltern, welche Tages über ihrem Erwerbe außerhalb des Hauses nachgehen müssen, die Sorge für die noch nicht schulfähigen Kinder von 2 bis 7 Jahren abzunehmen, sie unter gute Obhut und Leitung zu bringen, sie dadurch vor dem körperlichen Nachtheile und geistig sittlichen Schaden zu bewahren, denen sie sonst auf den Gassen der Stadt und in den Wohnungen ihrer Eltern, sich selbst überlassen, ausgesetzt seyn würden ...“

Die Pädagogin Anna Warburg beschrieb die tatsächlichen Verhältnisse in der Warteschule Mühlenberg wie folgt: „Das Haus hatte unten zwei große Räume mit großen Schiebetüren, damit eine Person auf alle ca. 100 Kinder (Kleinkinder!) aufpassen konnte. Es waren nicht irgendwie ausgebildete Aufsichtspersonen, sondern z. B. eine alte Köchin ... Was taten die Kinder? Sie saßen! – Sie saßen in langen Reihen, mittags bekamen sie eine Suppe. Sie saßen stumpfsinnig auf lehnlosen, langen Bänken. Sie schliefen mittags an den Tischen mit den Köpfen auf den Armen. Wagte ein Kind den Kopf zu heben, kam ein kleines Schulmädchen (das als Belohnung ein Mittagessen bekam) mit einem Stock und

schlug das Kind auf den Kopf. Ab und zu wurde ein ‚Kreisspiel‘ am Tagesschluss ‚durchgeführt‘: Die Vorsteherin faßte das erste Kind auf der ersten Bank an der Hand, das mußte das nächste Kind anfassen und mitziehen. Das letzte Kind der ersten Reihe musste das erste Kind der zweiten Bankreihe anfassen usw. So wurden alle Kinder in einer großen Schlange spiralenförmig aufgestellt. Es waren so viele, daß die äußeren gewiß weder hören noch sehen konnten, was in der Mitte gespielt wurde...Daß alle Kinder gleichzeitig auf die Toilette geführt wurden, wo es entsetzlich roch, galt als Selbstverständlichkeit, – dazwischen durften die Kinder das nicht...Es waren schreckliche Eindrücke, die ich da bekam. Es waren wohl die ärmsten und verkommensten Kinder Hamburgs, die dorthin gebracht wurden.“

Am 10. November 1927 schließlich kam Gerda Henschel zur Welt. Die Verhältnisse der Familie blieben trostlos. 1927 und 1928 mussten viele Male Milchgutscheine bewilligt werden. Im März 1929 wurden Erwin und Käthe Henschel erneut der Warteschule Mühlenberg übergeben, im Juni jedoch wieder herausgenommen. Bei einem Hausbesuch erlebte ein Fürsorger, dass Käthes Mutter mit ihr in „unerhörter Weise“ schimpfte. Käthe hatte ein rotes Auge, ein Hämatom und eine geschwollene rechte Wange, angeblich hatte sie sich an einer Bettstelle gestoßen.

Für Käthe entwickelte sich die Situation in der Familie immer schwieriger. Mit ihrem Zwillingbruder besuchte sie auch im Jahr 1929 die Warteschule Mühlenberg. Dort bestand der Eindruck, „dass Käthe zu Hause in jeder Hinsicht der Sündenbock sein muss.“ Erwin und wohl auch die anderen Geschwister schoben eigenes Fehlverhalten auf Käthe ab. Unabhängig davon wird berichtet, dass Käthe deutliche Schwierigkeiten zeigte, die möglicherweise zu einer Unterbringung in einer geeigneten Anstalt führen sollten.

Während der Teilnahme an einer Ferienzeit in einer Tagesferienkolonie der Jüdischen Gemeinde im Sommer 1930 zeigte Käthe sich mehrmals äußerst schwierig. Ein von der Jüdischen Gemeinde veranlasstes ärztliches Gutachten der Schulärztin Dr. Gerda Lyon kam zu folgendem Ergebnis: „Es besteht der Eindruck, dass Käthe Henschel in dem häuslichen Milieu nicht zu ihrem Recht kommt und dass es sich bei ihr um ein nervöses Kind handelt, auf das Milieuschäden sehr bald ungünstig wirken. Bei dem Verbleib in der Häuslichkeit besteht die Gefahr einer Fehlentwicklung, die sich schon jetzt in einigen Zügen, z. B. in dem beginnenden Sprachfehler, andeutet.“

Um sie vor den ungünstigen Einflüssen ihrer Familie zu bewahren, wurde ein Aufenthalt in dem Raphael und Jeanette Ettlingerschen Kinderheim in Hofheim vorgeschlagen, das für schwierige Kinder besonders geeignet erschien. Dort hielt sich Käthe Henschel vom 7. September bis zum 20. Oktober 1930 auf. In dem von dem Heim über die Siebenjährige erstatteten Bericht wurde Käthe einerseits als frohes, vergnügtes und gutmütiges Kind, das auch folgsam sei, beschrieben. Andererseits wurde berichtet, Käthe leide an chronischer Bettnässerei und habe wegen starker Ausdünstungen nicht im gemeinsamen Schlafsaal bleiben können, sondern habe isoliert werden müssen. Sie sei so nervös, dass sie sich ständig

kratze und dadurch selbst infiziere. Es sei wünschenswert, das Kind zu beobachten oder in ein geeignetes Heim zu bringen, da es gefährdet sei.

Im Frühjahr 1933 berichtete die Fürsorgerin Thekla Picard, dass Käthe wieder besondere Schwierigkeiten in Schule und Hort bereite und bat um eine psychiatrische Untersuchung. Im Ergebnis wurde Käthe gegen den Willen der Eltern aus der Familie genommen. Sie soll im September 1933 im Waisenhaus für Mädchen, Paulinenstift am Laufgraben, gelebt haben und kam dann in das Israelitische Waisenhaus „Wilhelmspflege“ in Esslingen.

Anfang 1937 beantragten Käthes Eltern vergeblich, die Tochter wieder in elterliche Obhut nehmen zu dürfen. Sie wurden nicht für fähig gehalten, gegenüber Käthe die notwendigen Erziehungsmaßnahmen durchzusetzen. Als im Oktober 1938 versucht wurde, Leopold Henschels Zustimmung zur Sterilisation seiner Tochter zu erlangen, lehnte er, wenn auch zögerlich, ab. Das Staatliche Gesundheitsamt Hamburg wollte nun Käthes amtsärztliche Untersuchung mit dem Ziel ihrer Unfruchtbarmachung nach dem Erbgesundheitsgesetz von 1934 einleiten. Es ist nicht überliefert, ob es zu dem Eingriff kam.

Ab 2. Juni 1939 war die nun fast 16-jährige Käthe Henschel im Versorgungsheim Farmsen untergebracht. In den noch existierenden Dokumenten über sie findet sich keine Diagnose, die auf eine psychische Erkrankung abhebt. Die Einweisung in Farmsen lässt vermuten, dass Käthe, die in den Jahren davor mehrmals als „gefährdet“ bezeichnet wurde, dort mit minimalem Kostenaufwand „bewahrt“ werden sollte.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Käthe Henschel traf am 18. September 1940 in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurde sie, unmittelbar vor der Vollendung ihres siebzehnten Lebensjahres, mit den anderen jüdischen Menschen aus den norddeutschen Anstalten nach Brandenburg an der Havel gebracht und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Käthe Henschels Bruder Herbert begann im Mai 1936 eine Lehre bei der Firma Perutz & Co., Alter Wall, die er nicht beenden konnte. Im Herbst 1937 musste er dreimal pro Woche Unterstützungsarbeit auf Waltershof leisten, später bei der Firma Wohlerst bei Buxtehude im Straßenbau. 1939 beabsichtigte er nach Palästina zu emigrieren. Er bereitete sich in der Hachschara-Ausbildungsstätte für Landwirtschaft und später in der Gärtnerei in Polenzwerder bei Chorin/Eberswalde auf sein Leben in Palästina vor. Zu einer Emigration kam es jedoch nicht. Zusammen mit seinen Eltern Leopold und Röschen Henschel und den drei Geschwistern Erwin, Oscar und Gerda wurde er am 8. November 1941 nach Minsk deportiert.

Leopold Henschels älterer Bruder, der Händler Samuel David, geboren am 12. November 1871 in Sorau, und dessen Ehefrau Martha, geborene London, geboren am 21. November 1870 in Hamburg, lebten ebenfalls in Hamburg, und zwar viele Jahre in Eimsbüttel, ehe sie in die Schlachterstraße 46 umziehen mussten. Dort erhielten sie den Deportationsbefehl. Samuel David und Martha Henschel wurden am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt transportiert und kurz darauf, am 21. September, in das Vernichtungslager Treblinka weiterdeportiert.

Samuel und Martha Henschels Sohn Leopold, geboren am 28. Januar 1906 in Hamburg, wohnte wie sein gleichnamiger Onkel im Von-Hess-Weg 4, bevor er in den Chapeaurougeweg 27, ebenfalls in Hamm, zog. Leopold jun. verdiente bis 1935 als Handelsvertreter in der Häute-Branche gut. Mit seiner nichtjüdischen Frau Wilhelmina Anna, geboren am 3. Dezember 1904 in Hamburg, hatte er drei Kinder, die zwischen 1931 und 1936 zur Welt kamen: Ralph Jacob Henschel, geboren am 3. Dezember 1931, Eva Martha Henschel, geboren am 3. April 1934, Lilian Ursula Henschel, geboren am 14. Januar 1936. Eva Martha, die mittlere Tochter, starb im November 1934 im Alter von nur sieben Monaten. Die Jüdische Gemeinde vermerkte dazu, „gestorben November 1934 als Christin. Beerdigung von uns abgelehnt“.

Leopold jun. emigrierte 1936 nach einem gescheiterten Versuch, in Kopenhagen eine neue Existenz aufzubauen, nach Antwerpen. Dort meldete er sich am 10. Mai 1940 auf Aufforderung der Polizei und wurde interniert. Nach der Besetzung Belgiens und dem Waffenstillstand mit Frankreich wurde er in Gurs und in St. Cyprien festgesetzt, dann in das Sammellager Drancy überstellt und am 26. August 1942 nach Auschwitz deportiert. Seine Frau Wilhelmina Anna und die Kinder Ralph sowie Lilian Ursula Henschel überlebten.

Der dritte der aus Sorau stammenden Henschel-Brüder, Josef, geboren am 18. September 1879, lebte in Berlin, Prenzlauer Berg. Er war verheiratet mit Emma, geborene Melawer, geboren am 8. Mai 1877 in Neustadt Eberswalde. Das Ehepaar wurde am 15. August 1942 nach Riga deportiert und kam ums Leben.

Neben dem Stolperstein für Käthe Henschel im Von-Hess-Weg 4 in Hamburg-Hamm liegen dort auch Stolpersteine für ihren Vater Leopold Henschel, ihre Mutter Röschen Henschel, ihre Geschwister Herbert, Erwin, Oscar und Gerda, außerdem für ihren Cousin Leopold Henschel.

*Hildegard Thevs/Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 809 Sterberegister Nr. 111/1919 Dora Henschel, 870 Sterberegister Nr. 32/1923 Käthchen Oppenheim, 2123 Geburtsregister Nr. 213/1886 Martha Oppenheim, 2256 Sterberegister Nr. 2409 Käthchen Oppenheim, 3066 Heiratsregister Nr. 747/1906 Leopold Henschel/Dora Nissensohn, 7210 Sterberegister Nr. 673/1938 Ludwig Oppenheim, 8124

Sterberegister Nr. 483/1934 Martha Henschel, 8687 Heiratsregister Nr. 880/1912 Bernhard Hirsch/Martha Oppenheim, 8712 Heiratsregister Nr. 190/1916 Ludwig Oppenheim/Käthchen Oppenheim, 8734 Heiratsregister Nr. 623/1919 Leopold Henschel/Röschen Oppenheim; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 31413 Leopold Henschel jr.; 351-14 Arbeits- und Sozialbehörde – Sonderakten 1264 Leopold Henschel, 1265 Herbert Henschel; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 552-1 Jüdische Gemeinden, 390 Wählerverzeichnis 1930; 992 e 2 Deportationslisten Bd. 2 und 3; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 31413 Leopold Henschel; Landesarchiv Berlin, Heiratsregister Nr. 343/1906 Josef Henschel/Emma Melawer; Villiez von, Mit aller Kraft verdrängt, S. 346 f. (Erna Lyon); Klee, „Euthanasie“, S. 258 f.; Ebbinghaus/Kaupen-Haas/Roth, Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg, S. 55; <http://www.anna-warburg-schule.de/anna-warburg> [10. 12. 2016].

## ■ **Senta Henschel,**

**geb. am 22. 11. 1902 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Senta Henschel wurde am 22. November 1902 als Kind des jüdischen Ehepaares Moses und Doris Henschel, geborene Israel, in der Kaiser-Wilhelm-Straße 56 in Hamburg-Neustadt geboren. Das Ehepaar hatte 1892 in Hamburg geheiratet. Moses Henschel bezeichnete sich als Zigarrenhändler, seine Braut Doris nannte sich Artistin. In dem Geburtseintrag ihres ersten Kindes, der am 10. Februar 1887 geborenen Mathilde, wurde Doris Israels Beruf als Balletttänzerin vermerkt. Moses Henschel adoptierte die Tochter seiner Ehefrau Anfang 1900.

Als erstes gemeinsames Kind wurde am 3. Juli 1893 John geboren. Ihm folgten die Söhne Eduard am 20. März 1895 und Kurt am 2. März 1897. Ein weiteres Kind wurde 1907 tot geboren.

Moses Henschel behielt die Tätigkeit als Zigarrenhändler viele Jahre bei. Erst bei Senta Henschels Geburt 1902 wurde als Beruf des Vaters „Commissionär“ in die Geburtsurkunde eingetragen.

Senta Henschel war acht Jahr alt, als sie am 27. Juli 1911 in den damaligen Alsterdorfer Anstalten aufgenommen wurde. Ihre Krankenakte existiert nicht mehr, nur die nach 1933 angelegte „Erbgesundheitskarteikarte“. Daraus geht hervor, dass Senta unter einer geistigen Behinderung litt. Sie lebte 27 Jahre in den Alsterdorfer Anstalten. Einzelheiten über ihr Leben dort sind nicht überliefert.

Nach 1933 entwickelten sich die Alsterdorfer Anstalten zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb, in dem eugenische Vorstellungen und damit einhergehend auch Zwangssterilisationen als „Verhütung unwerten Lebens“ unterstützt wurden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich auch zu entsprechenden Maßnahmen in den Alsterdorfer Anstalten führen würde. Ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 diente als Vorwand, die Entlassung aller Juden aus den Alsterdorfer Anstalten

vorzubereiten. Pastor Friedrich Karl Lensch, der Leiter der Einrichtung, sah in dem Urteil die Gefahr des Verlustes der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. Ein Schreiben vom 3. September 1937 an die Hamburger Fürsorgebehörde enthielt 18 Namen von „jüdischen Zöglinge[n], welche hier auf Kosten der Fürsorgebehörde untergebracht sind“, darunter auch den von Senta Henschel. Sie wurde am 31. Oktober 1938 mit 14 weiteren jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern aus Alsterdorf zunächst in das Versorgungsheim Oberaltenallee abgeschoben. Von dort soll sie in das Versorgungsheim Averhoffstraße gebracht worden sein. Im April 1940 konnten sich die Alsterdorfer Anstalten schließlich des letzten jüdischen Bewohners entledigen.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Senta Henschel traf am 18. September 1940 in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurde sie mit den anderen jüdischen Menschen aus den norddeutschen Anstalten in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel gebracht und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien, so auch in Senta Henschels Geburtsregistereintrag. Dort wurde notiert, dass ihr Tod vom „Standesamt Chelm II“ unter der Nr. 382/1941 registriert sei.

Senta Henschels Vater Moses war bereits im Januar 1930 im Alter von 71 Jahren gestorben. Nach den Angaben auf Senta Henschels Erbgesundheitskarte heiratete ihre älteste Schwester Mathilde. Näheres ist nicht bekannt. Eduard, Senta Henschels Bruder, der als Geschäftsführer in der Firma Behr Nachfolger (Herrengarderobe, Seeausrüstung) tätig war, flüchtete 1938 mit seiner Ehefrau Emma, geboren am 7. Januar 1899, und seinem damals elf Jahre alten Sohn Edgar in die USA. Er starb am 18. Mai 1972 in Frankfurt a. M. Senta Henschels Bruder Kurt soll in Dänemark gelebt haben. Über sein weiteres Schicksal, das ihres Bruders John und das ihrer Mutter Doris konnte nichts gefunden werden.

Zur Erinnerung an Senta Henschel soll ein Stolperstein in der Kaiser-Wilhelm-Straße 56 in Hamburg-Neustadt verlegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 2370 Geburtsregister Nr. 995/1895 Eduard Henschel, 2314 Geburtsregister Nr. 2429/1893 John Henschel, 2428 Geburtsregister Nr. 826/1897 Kurt Henschel, 2149 Geburtsregister Nr. 912/1887 Mathilde Henschel, 2795 Heiratsregister Nr.

382/1892 Moses und Doris Henschel geb. Israel, 3103 Geburtsregister Nr. 3103/1902 Senta Henschel, 8102 Sterberegister Nr. 58/1930 Moses Henschel; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 17810 Eduard Henschel; 351-14 Arbeits- und Sozialbehörde – Sonderakten Nr. 1264; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv, Erbgesundheitskarteikarte Senta Henschel; Michael Wunder, Das Schicksal der jüdischen Bewohner der Alsterdorfer Anstalten, in: Wunder/Genkel/Jenner, Auf dieser schiefen Ebene, 2016, S. 248 ff.

■ **Berta Herz,**

**geb. am 26. 10. 1900 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

■ **Walter Herz,**

**geb. am 19. 5. 1899 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Am 8. Dezember 1925 erschien der Steward Walter Herz auf der Polizeiwache Dammtorstraße 10 in der Hamburger Neustadt und bat ausdrücklich darum, sich von Professor Dr. Max Nonne im Hinblick darauf, ob er „auf der Sternwarte fähig sein werde, Astronomie zu studieren, auf seinen Geisteszustand hin beobachten“ zu lassen. Ein weiterer Grund sei, dass seine Angehörigen ihn „in die Irrenanstalt“ bringen wollten. Er willigte ein, sich im Hafenkrankenhaus aufnehmen zu lassen, die Mutter, bei der er gemeldet war, wurde benachrichtigt. Walter Herz vertraute dem renommierten Neurologen Max Nonne aufgrund früherer Untersuchungen. Was Walter Herz nicht wusste: Nonne vertrat bereits Anfang der 1920er-Jahre extreme rassehygienische und sozialdarwinistische Standpunkte.

Walter Herz war am 19. Mai 1899 in eine aufstrebende Kaufmannsfamilie hineingeboren worden. Die Familien- und Geschäftsgeschichte begann 1895 mit der Gründung eines Uhren- und Goldwarenlagers in der Amelungstraße 13/14 in der Hamburger Neustadt durch seinen Onkel Neumann Nathan. Dieser war am 11. November 1871 als Sohn eines Schneiders in Hamburg geboren worden. Das Einkommen seines Vaters Gerson Nathan aus Rendsburg reichte aus, um 1887 mit seiner Familie in Hamburg eingebürgert zu werden. Zur Familie Nathan gehörten seine Ehefrau Recha, geborene Joseph, die älteste Tochter Helene, geboren am 1. Dezember 1870, der ein Jahr jüngere Bruder Neumann und zwei weitere Brüder, Julius, geboren am 25. September 1873, und Marcus, geboren am 14. Februar 1877.

Als erstes der Kinder heiratete Helene Nathan am 24. Januar 1895 den gleichaltrigen Tapezier und Dekorateur Henry Herz, geboren am 13. Juli 1870 in Hamburg. Sein Vater, Sander Levy Herz, führte ein Dekorations- und Möbelgeschäft in der Hermannstraße 27 in der Altstadt. Die Familie Herz, zu der die Mutter Selde, geborene Wolffsohn, und die

Schwestern Auguste, Jenni, Sophie und Franziska gehörten, wohnte in Harvestehude in der Eichenallee 3.

Bis zu ihrer Heirat hatte Helene Herz in der Hamburger Neustadt gewohnt. Die jungen Eheleute bezogen zunächst eine Wohnung im 2. Durchschnitt 10 im Grindelviertel, wo noch vor Jahresende, am 17. November 1895, ihr erstes Kind, Herta, zur Welt kam. Zwei Jahre später, sie waren in eine bessere Wohnung im Durchschnitt 11 gezogen, wurde am 25. November 1897 ihr zweites Kind geboren, Manfred. Ihm folgten am 19. Mai 1899 Walter und schließlich, am 26. Oktober 1900, Berta.

Zwei Jahre nach seiner Schwester heiratete Neumann Nathan die Tochter eines Schriftsetzers, Helene (Lenchen) Gumpel, die am 13. Oktober 1898 ihr erstes Kind zur Welt brachte, den Sohn Max, der jedoch nur neun Monate alt wurde. Am 11. Juli 1900 wurde ihr zweites Kind, Lilly, geboren. Lilly blieb das einzige Kind, sodass Neumann Nathan ohne leiblichen Nachfolger für sein Geschäft blieb.

Die Großeltern Recha und Gerson Nathan starben 1903 bzw. 1910, sodass sie den Werdegang ihrer Enkelkinder nicht mehr erlebten. Herta, Manfred und Berta Herz schlossen ihre Schulzeit erfolgreich ab. Manfred Herz erhielt eine handwerkliche Ausbildung als Tischler, Herta und Berta wurden Kontoristinnen. Demgegenüber war Walters Schul- und Ausbildungszeit voller Wechsel. Er besuchte die Talmud Tora Realschule Kohlhöfen 19 und machte deren Umzug in den Neubau Grindelhof 30 mit, verließ aber die Schule nach sieben Unterrichtsjahren. Seine Schulzeit beendete er in Albert Silberbergs „Israelitische[r] Erziehungsanstalt“ in Ahlem bei Hannover. Danach begann er eine kaufmännische Lehre, die er jedoch nach drei Monaten abbrach. Nach mehreren Stellen als Bote versuchte er sich in einer Schusterlehre, die er ebenfalls nicht beendete. Am 8. Oktober 1917 wurde er zum Heer eingezogen, jedoch nach drei Monaten wieder entlassen. Nach einer kurzen Zeit als Bote bei der Werft Blohm & Voss in Hamburg fuhr er als Steward zur See, wechselte in Mexiko das Schiff und die Tätigkeit. Er kehrte 1923 als Trimmer (Heizer) nach Hamburg zurück. Inzwischen war die Ehe seines Onkels Neumann Nathan geschieden und im Jahr 1922 auch die seiner Eltern. Seine Mutter Helene Herz hatte 1919 die Geschäftsführung einer Sommerpension in Niendorf an der Ostsee übernommen, die sie später ihrem Schwiegersohn Hans Fabian (siehe dort) übergab. Herta, die älteste Schwester, hatte den Kaufmann Hans Fabian, geboren am 20. Juni 1893 in Berlin, im März 1921 geheiratet. Er litt schon damals an vereinzelt auftretenden epileptischen Anfällen, die sich später verstärkten. Henry Herz, Walters Vater, ging eine zweite Ehe ein und spielte, wie die gesamte väterliche Familie, offenbar keine bedeutende Rolle mehr für seinen Sohn.

Neumann Nathan nahm seinen Neffen Manfred Herz in seiner Firma auf, zeitweilig auch Walter. Nach kurzer Zeit schied Walter wieder aus, und Manfred führte das Geschäft durch die Inflationszeit hindurch.

Walter Herz fuhr wieder zur See. Die Reise ging nach Kalifornien, wo er erkrankte. Die Chronologie seiner Tätigkeiten und Krankenhausaufenthalte sowie der diplomatischen

Hilfen, die er in Anspruch nahm, lässt sich nicht genau rekonstruieren. In San Francisco wurde er zunächst „in eine Irrenanstalt eingesperrt“, wie er später sagte, dann in ein Krankenhaus verlegt, aus dem er gesund genug entlassen wurde, um die Heimreise anzutreten. Im Oktober 1924 kam er in Bremen an und fuhr gleich weiter nach Berlin, um einem Regierungsrat Davidsen im Auswärtigen Amt über „bestimmte Vorkommnisse“ auf der Überfahrt zu berichten und um Aufnahme in die Berliner Universitätsklinik „wegen Nervenerrüttung“ zu bitten. Danach fuhr er wieder nach Südamerika, wo er sich in Buenos Aires als Küchenjunge und Tellerwäscher, aber auch als Reporter mühsam durchschlug und wieder in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Auf der Rückreise mit dem Dampfschiff „Antonio Delfino“ im Februar 1925 hielt er in einem Brief die „Vorkommnisse“ beider Reisen fest. Dabei handelte es sich um „merkwürdige astronomische Beobachtungen“: „Da ich während der Heimreise auf dem Dampfer, von Buenos Aires bis hinter Rio des Janeiro, derart von einer unsichtbaren Gewalt gezogen wurde des Nachts, mich ans Oberdeck begeben musste und mich unter die Sterne gelegt hatte. Solange keine Tropensonne schien, [habe] ich mich vollkommen unter der Macht der himmlischen Gestirne befunden, und wovon ich heute noch nicht von dem Einfluss der Sonne, Mond und Sterne frei bin.“ Diese Erfahrung sei der hauptsächliche Grund, weshalb er sich auf der Polizeiwache gemeldet habe. Zudem sei der schwarze Bart des „Judenkochs“ Mendel, seines Nachbarn im Zwischendeck, an einem Morgen plötzlich grau gewesen. Mendel habe ihm gesagt, er habe so schwerwiegende Prophezeiungen gemacht, dass ihm vor Schreck der Bart ergraut sei. Er, Walter Herz, habe den Kapitän gefragt, ob er sich von einem Astronomen beobachten lassen solle, damit, „falls ich in der Lage sein sollte, Sterne deuten zu können, [...] es mein höchster Wunsch [ist], mich der Regierung zur Verfügung zu stellen“. Er habe seine Beobachtungen auch fotografisch dokumentiert und benannte diplomatisches Personal als Zeugen. Die Berichte enthalten Assoziationen an die jüdischen Erzählungen vom Traumdeuter Joseph und dessen Aufstieg zum obersten Verwalter Ägyptens.

Walter Herz blieb im Dezember 1925 drei Tage im Hamburger Hafenkrankehaus. Von dort wurde er mit der Diagnose „manischer Erregungszustand eines Schizophrenen“ in die Staatskrankeanstalt Friedrichsberg überwiesen. In der fremden Umgebung erschien Walter Herz vieles zunächst verdächtig. Gleichwohl wirkte er auf den aufnehmenden Arzt erfreut und redete ununterbrochen, „mal zornig, mal heiter“. Der Arzt bescheinigte ihm Selbstüberschätzung und Illusionen und änderte die Diagnose in Imbezillität und Pfropfhephtenie, d. h. Schwachsinn mittleren Grades, auf den sich eine Schizophrenie „aufpfropft“ habe. Die körperliche Untersuchung ergab keinerlei krankhaften Befund, außer dass am linken Fuß die zweite Zehe fehlte; sie war 1917 amputiert worden. Walter Herz war 173 cm groß und wog 55,5 kg, war also ein hagerer Mann. Bis zu seiner Entlassung fünf Monate später nahm er 15 Pfund zu.

Berta Herz hatte nach Angaben ihres Bruders Walter mit siebzehn Jahren erstmals leichte epileptische Anfälle. Bis 1925 arbeitete sie als kaufmännische Angestellte, wurde



Walter Herz, etwa 1925

*UKE/IGEM*

dann jedoch erwerbsunfähig und erhielt eine monatliche Rente von 39 RM. Sie wohnte im Schlüterweg 3, der später in Rothenbaumchaussee 101/103, umbenannt wurde, wo auch Walter gemeldet war. Berta war schon einmal vor ihrem Bruder in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen, aber wieder nach Hause entlassen worden. Walter Herz wurde im April 1926 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt. Bei der Aufnahme dort machte er durch seine Lebendigkeit einen positiven Eindruck auf den Arzt, als er ausführlich und selbstkritisch sein bisheriges Leben schilderte. Die Folgerung daraus fasste dieser dann so zusammen: „[Der] Patient hat die seiner Rasse eigene geistige Beweglichkeit und sprudelt alles in unermüdlichem Tempo hervor; anscheinend ist er von seiner Wichtigkeit sehr überzeugt und sieht sein Hiersein als vor-

übergehend und nur zwecks ‚Feststellung seines Geisteszustandes‘ an.“

Finanziell unterstützt wurden Berta und Walter von Manfred Herz, dem Neumann Nathan inzwischen seine Firma überlassen und die dieser erfolgreich konsolidiert hatte.

Lilly Nathan (s. [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)) hatte nach der Scheidung ihrer Eltern Neumann und Lenchen bei ihrer Mutter gewohnt. Sie konnte nie selbstständig leben. Ihrer Mutter gegenüber verhielt sie sich zunehmend aggressiv, weshalb sie 1926 in einer psychiatrischen Privatklinik in Ülsby untergebracht wurde.

Für die Begleichung der Kosten standen offenbar genügend familiäre Mittel zur Verfügung, anders als bei Walter Herz, für dessen Unterbringung die Hamburger Sozialverwaltung aufkam. In Langenhorn wurde er in der Buchbinderei beschäftigt. Gegenüber seinen Mitpatienten benahm er sich zunehmend herausfordernd, was zu Reibereien führte. Um weitere Konflikte zu vermeiden, nahm er seine Mahlzeiten allein im Wachsaal ein.

Ein Vorfall am 3. Mai 1926 änderte seine Haltung gegenüber dem Personal nachhaltig: Seine Mutter hatte Stadturlaub für ihn erbeten, der ihm jedoch mit einer ihn kränkelnden Begründung abgeschlagen wurde. Daraufhin verweigerte er zunächst die Arbeit. Als

er sie wieder aufnahm, wurde er so ausfallend gegenüber dem Oberarzt, dass er zur Isolation in den Wachsaaal geschickt wurde. Ähnliche Vorfälle wiederholten sich, Walter Herz verbrachte viel Zeit im Wachsaaal oder ans Bett gebunden.

Er schrieb gern viele Briefe, von denen die Anstaltsleitung etliche zurückhielt. In einem Brief an seine Mutter drückte er die Hoffnung aus, „recht bald von dem auf mir lastenden Schwachsinn geheilt“ zu werden. „So G'tt will.“ 1927 wandte er sich an das Gesundheitsamt mit der Bitte, einen Arzt zu schicken, der seine Intelligenz prüfen möge. Das geschah zwar nicht, aber Intelligenztests in der Anstalt selbst ergaben, dass er nicht eindeutig als „schwachsinnig“ zu bezeichnen sei. Eine Zeitlang spielte Hypnose eine große Rolle für ihn, als Hypnotiseur wie als Hypnotisiertem. Die Klärung, ob er zum



Lilly Nathan

*Privatpflegeheim Ülsby*

Astronomen oder Astrologen taugte, beschäftigte ihn hin und wieder, blieb schließlich unentschieden. Über einige Jahre hinweg belastete ihn die Frage nach seiner geschlechtlichen Identität schwer. Seine Übergriffe auf Mitpatienten wurden mit den damals üblichen Mitteln von Dauerbädern und Wachsaaalaufenthalten geahndet, aber ihm wurde auch bei seinen Phantasien und Wünschen zugehört, z. B., warum er gern ein achtjähriges Mädchen wäre. „Ich müsste doch dann erst die Erziehung eines jungen Mädchens durchmachen.“ Nach solchen Gesprächen wurde Walter Herz ruhiger und äußerte erst einmal keine Wahnideen mehr. Zu anderen Zeiten betonte er, dass er Jude sei, machte kleine Witze darüber, zeichnete Davidsterne auf Briefränder.

Walter Herz' Mutter Helene, seine Schwester Berta und weitere Verwandte besuchten ihn. Sein Onkel Marcus Nathan versorgte ihn aus seinem Herrenbekleidungsgeschäft. Er war zugleich Walter Herz' Vermögenspfleger. Wenn Walter orthopädische Schuhe benötigte, erhielt er sie von seiner Familie, die auch Geld für die Tageszeitung und zu seiner freien Verfügung brachte.

Er brauchte wenig, da er weder rauchte noch Süßes liebte.

Häufig wechselte er die Tätigkeiten, so entsprach Sandtransport mit der Schubkarre nicht seinen Ansprüchen und war ihm körperlich zu anstrengend, aber die Weberei stellte ihn zunächst einmal zufrieden.

Helene Herz hatte sich inzwischen der Kirche Christi Wissenschafter zugewandt und 1927 die Jüdische Gemeinde verlassen. Als sich die geistig-seelischen Erkrankungen ihrer Kinder Walter und Berta sowie ihres Schwiegersohnes Hans Fabian verschlimmerten, fand Helene Herz Unterstützung bei „Ausübern“ der Christlichen Wissenschaft, bei Männern und Frauen, die nach der Lehre von Mary Baker Eddy heilten. Helene litt auch unter dem Tod ihrer Brüder Neumann und Julius 1932 und 1933, hinzu kam die allgemeine Bedrohung, die mit der Machtübergabe an Hitler einsetzte.

Die Chronologie der folgenden Ereignisse ist widersprüchlich. Am 7. Oktober 1936 wurde Berta Herz erneut in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen, nach einer anderen Quelle kam sie bereits am 3. November 1935 in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn. Über ihre Erkrankung sind keine Einzelheiten bekannt.

Zur Entlastung der Anstalt Langenhorn wurde Walter Herz am 21. September 1938 in die Heilanstalt Strecknitz bei Lübeck verlegt. Als körperlich und neurologisch gesunder Patient konnte er in der Landwirtschaft arbeiten. Wieder wurde seine Intelligenz geprüft, wieder war kein „Schwachsinn“ nachweisbar, aber „eine hochgradige Urteilsschwäche wegen Zerfahrenheit und Größenideen“. Er trug Ärzten und Pflegern immer wieder in sehr höflicher Form seine Wünsche vor, wirkte dabei sehr aufdringlich, was ihn als „Querulanten“ abstempelte. Mit seinen Mitpatienten kam es häufig zu Konflikten, die mit seiner Isolierung geahndet wurden.

Manfred Herz plante 1938, nach Palästina auszuwandern und seinen Bruder mitzunehmen, auf eigene Kosten und auf die Gefahr hin, ihn auch dort in Anstaltspflege geben zu müssen. Seitens der Hamburger Fürsorgebehörde und der Strecknitzer Anstalt stand dem nichts im Wege. Ob Walter Herz davon überhaupt wusste, ist nicht bekannt, auch nicht, woran die Auswanderung scheiterte.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen.

Als Walter Herz am 16. September 1940 mit einem Sammeltransport von Strecknitz in Langenhorn ankam, traf er seinen Schwager Hans Fabian und seine Schwester Berta wieder. Seine ebenfalls kranke Cousine Lilly Nathan in Ülsby blieb in der Privatklinik von dieser Sonderaktion verschont.

Am 23. September 1940 wurden Berta und Walter Herz sowie deren Schwager Hans Fabian mit den anderen Frauen und Männern in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt nach Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmord-

anstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid ermordet. Auf dem Geburtsregistereintrag von Berta Herz wurde notiert, dass das Standesamt „Chelm II“ ihren Tod am 30. Januar 1941 unter der Nummer 329/1941, auf dem von Walter Herz, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen angeblich am 8. Dezember 1940 eingetretenen Tod unter der Nummer 573/1940 registriert hat. Die falschen Angaben auf den Sterbemitteilungen sollten die Mordaktion verschleiern.

Die Angehörigen wurden ebenso wenig wie die Langenhorner Anstaltsleitung über das tatsächliche Schicksal ihrer Verwandten informiert. Helene Herz konsultierte noch einmal ihren Heiler Bruno Kempe „wegen ihrer kranken Kinder“, wie es im Ermittlungsprotokoll der Gestapo gegen ihn heißt. Bruno Kempe war wegen seiner fortgesetzten Tätigkeit als Ausübler der Kirche Christi Wissenschaftler denunziert worden. Da es sich bei Helene Herz um eine „Volljüdin“ handelte, wog das Vergehen besonders schwer. Sie erfuhr nie, dass ihre Kinder Walter und Berta sowie Hans Fabian zu dem Zeitpunkt nicht mehr lebten.

Lilly Nathan blieb bis zum Sommer 1942 in Ülsby und wurde von dort am 19. Juli 1942 über Kiel in das Getto von Theresienstadt deportiert, wo vier Tage zuvor ihre Tante Helene Herz eingetroffen war. Helene Herz überlebte nur die nächsten beiden Monate, Lilly fast ein Jahr. Beide starben im Getto. Für Lilly Nathan liegen Stolpersteine in Hamburg-Horn, Washingtonallee 50 und Hamburg-Harvestehude, Rotherbaum 128.

Manfred Herz und Herta Fabian wurden am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert. Sie kamen im Holocaust ums Leben. Für Manfred Herz liegt ein Stolperstein in Hamburg-Eilbek, Wandsbeker Chaussee 62, für Herta Fabian in Hamburg-Harvestehude, Parkallee 2. An Berta und Walter Herz erinnern Stolpersteine in Hamburg-Rotherbaum, Rothenbaumchaussee 101/103.

*Hildegard Thevs*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; 6; 7; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 NR.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident R 1941/53; 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht 1080/44; 232-5 Amtsgericht Hamburg, Vormundschaftswesen, 429; 332-5, 1009 Nr. 368/1933, 1904 Geburtsregister Nr. 857/1877, 2846 Heiratsregister Nr. 49/1895, 3043 Heiratsregister Nr. 755/1905, 6670 Heiratsregister Nr. 290/1928, 9112 Geburtsregister Nr. 2055/1895 Herta Herz, 9134 Geburtsregister Nr. 2359/1897 Manfred Herz, 13088 Geburtsregister Nr. 1068/1899 Walter Herz, 13277 Geburtsregister Nr. 2547/1900 Berta Herz, 13404 Geburtsregister Nr. 1946/1900 Lilly Nathan; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1645, 3292, 11088, 20158, 39776, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941, Abl. 1 Walter Herz 16190; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Berta Herz der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Berta Herz der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Privatpflegeheim Ülsby, Archiv, Patientenakte Lilly Nathan; Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat; Wunder/Genkel/Jenner, Auf dieser schiefen Ebene, 2016; Wille, Stolpersteine Eilbek (Biografie Manfred, Rosalie, Ruth und Herbert Herz sowie Bruno Kempe) (siehe auch stolpersteine-hamburg.de); persönliche Mitteilungen von Karla Malapert, 2008 bis 2014.

■ **Henriette Heymann, geb. Kahl,**

**geb. am 5. 10. 1878 in Aumund, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Henriette Heymann kam am 5. Oktober 1878 in Aumund (heute ein Stadtteil von Bremen) als Tochter des Kellners Carl Heinrich Theodor Kahl und seiner Ehefrau Friederike, geborene Rosenberg, zur Welt. Henriette heiratete am 25. August 1906 den am 30. März 1875 in Altona geborenen Jacob Heymann. Beide bekannten sich zum jüdischen Glauben. Jacob Heymann arbeitete als Redakteur. Das Ehepaar wohnte am Ottenser Marktplatz 13 in Altona. Hier wurde ihre Tochter Hanna Ilse am 29. Juni 1912 geboren. 1919 zog die Familie in die Husumer Straße 13 im Hamburger Stadtteil Hoheluft-Ost. Die Einträge im Hamburger Adressbuch bezeichneten Jacob Heymann nun als Schriftleiter. Es ist nicht überliefert, für welche Zeitung oder Zeitschrift er tätig war.

In Hamburg waren der Familie nur wenige Jahre gemeinsamen Lebens vergönnt. Jacob Heymann starb am 28. November 1921 im Alter von nur 46 Jahren.

Der Tod ihres Mannes belastete Henriette Heymann offenbar sehr. Sie wurde Ende 1921 in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen und hielt sich dann von Mai 1922 bis März 1923 in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn auf. Anscheinend war sie danach wieder so weit hergestellt, dass sie bis Mitte 1940 ein selbstständiges Leben führen und wohl auch für ihre Tochter sorgen konnte. Von 1928 bis 1938 arbeitete sie als Geschäftsführerin der Versicherungsabteilung in der Firma H. Heymann, Alter Wall 69, einem Handelsvertretungsunternehmen. Ludwig Heymann, der Mitinhaber, war Henriettes Schwager, der Bruder ihres verstorbenen Ehemannes Jacob Heymann. Am 30. November 1937 erklärte Henriette Heymann ihren Austritt aus der Jüdischen Gemeinde. Vermutlich hoffte sie, dadurch künftig Repressalien zu entgehen. Als jedoch 1939 die Reichsvereinigung



Wohnhaus Husumer Straße 13

*Ingo Wille*

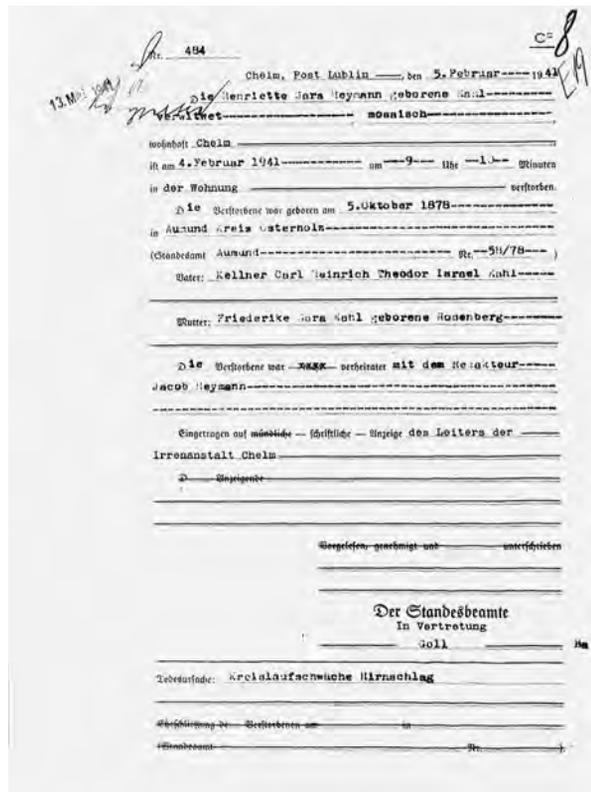
**Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A-Z**

der Juden in Deutschland geschaffen wurde, wurde ihre Mitgliedschaft zwangsweise wiederhergestellt.

Henriette Heymann strebte die Emigration an und hatte 1939 zu diesem Zweck ihre Habe bereits seefest verpackt. Die Ausreise zog sich hin. Dies belastete Henriette Heymann wohl so stark, dass sie am 6. Juli 1940 erneut Patientin in der inzwischen in Heil- und Pflegeanstalt umbenannten Anstalt in Langenhorn wurde.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Henriette Heymann. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien, so auch bei Henriette Heymann: In der Wiedergutmachungsakte von Henriette Heymanns Tochter Hanna Ilse, verheiratete Gabry, befindet sich eine Sterbeurkunde. Danach soll Henriette Heymann am 4. Februar 1941 um 9 Uhr 10 Minuten in „Chelm, Post Lublin“, an Kreislaufschwäche und Hirnschlag gestorben sein.

Hanna Ilse Gabry, Henriette Heymanns Tochter, war nach Paris emigriert und hatte den Holocaust überlebt. In ihrem Wiedergutmachungsverfahren behauptete die Oberfinanzdirektion Ham-



Fingierte Sterbeurkunde für Henriette Heymann  
Stah

burg, dass das 1940 vom Deutschen Reich beschlagnahmte Umzugsgut von Henriette Heymann, das in einem Lift Van, einer Seekiste, verpackt gewesen war und im Freihafen gelagert hatte, bei einem Luftangriff in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober verbrannt sei.

An Henriette Heymann erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Hoheluft-Ost, Husumer Straße 13.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 6185 Geburtsregister Nr. 976/1875 Jacob Heymann, 6196 Geburtsregister Nr. 1245/1877 Ludwig Heymann, 5969 Heiratsregister Nr. 891/1906 Henriette und Jakob Heymann, 9793 Sterberegister 2162/1921 Jacob Heymann; 351-11 Nr. 3699 Hanna Ilse Gabry; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Henriette Heymann der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Staatsarchiv Bremen, Standesamt Aumund, Geburtsregister Nr. 58/1878, Henriette Kahl.

■ **Albert Hirsch,**  
**geb. am 14. 12. 1907 in Mannheim, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Albert Hirsch wurde als Sohn des Kaufmanns Hermann Hirsch und seiner Ehefrau Emilchen, geborene Herz, am 14. Dezember 1907 in Mannheim geboren. Die Eheleute bekannten sich zum jüdischen Glauben.

Albert Hirschs Beruf war kaufmännischer Angestellter. Wir wissen nicht, wann und aus welchem Grunde er nach Hamburg kam und welche psychische Krankheit seine Einweisung in die Hamburger Anstalten auslöste. Albert Hirsch wurde im Herbst 1933 in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen und von dort in das Versorgungsheim Farmsen verlegt. Vom 18. Juni bis 4. August 1934 befand er sich in der Staatskrankenanstalt Langenhorn, wo auch seine Sterilisation veranlasst wurde. Es folgte die erneute Unterbringung im Versorgungsheim Farmsen vom 4. August bis 6. November 1935. In dieser Phase befand sich Albert Hirsch erneut in der Staatskrankenanstalt Langenhorn, und zwar etwa sechs Wochen für den Sterilisationseingriff. Weitere Verlegungen schlossen sich an, vom 6. November 1935 bis 15. September 1936 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn, vom 15. September 1936 bis 26. Februar 1937 in das Versorgungsheim Farmsen und vom 26. Februar 1937 bis 23. September 1940 wiederum nach Langenhorn.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffent-

lichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Albert Hirsch. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien, so auch bei Albert Hirsch: Auf seinem Mannheimer Geburtsregistereintrag wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm“ seinen angeblich am 2. Februar 1941 eingetretenen Tod unter der Nummer 431/1941 registriert hat.

Eine Adresse von Albert Hirsch in Hamburg ist nicht bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

Zuname: Hirsch  
 Vorname: Albert  
 geb.: 14.12.1907 zu: Mannheim  
 Mütterlicherseits: ledig Vater Hermann Hirsch, Mannheim, Mex Josephstr. 9a  
 Eltern oder Angehörige:  
 Krankheit: Sterilisation/Zähler: Fürsorgewesen  
 Aufnahme durch: Parmson

Akten-Nr.	I	II	III	IV
20677		22.5.41	25.7.41	
ausgen.:	18.6.34	6/11	25/2	34
erstl. oder gestorb.	4.8.34	25.	23.9.41	4.10.41

Wenden!

Albert Hirschs Patienten-Karteikarte in der Staatskrankenanstalt Langenhorn  
 StaH

Ingo Wille

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Patienten-Karteikarte Albert Hirsch; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Albert Hirsch der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Standesamt Mannheim, Geburtsregister Nr. 5001/1907 Albert Hirsch.

## ■ Marianne Hirsch,

geb. am 22. 6. 1887 in Prag, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel

Marianne Hirsch wurde als Tochter von Hermine und Maximilian Hirsch in Prag, damals dem k. u. k. Reich Österreich-Ungarn zugehörig, geboren.

Ihre Mutter Hermine, geborene Reich, geboren am 10. Oktober 1861 in Buchlau/Koritschau in Mähren, war die Tochter des Glasfabrikanten Samuel Reich und seiner Frau Charlotte, geborene Landesmann. Nach dem Tod des Vaters 1878 führte Hermine's älterer Bruder Julius Reich die Glasfabrik weiter. Ihre Mutter und ihr Bruder Emil Reich lebten in Wien.

Mariannes Vater Maximilian Hirsch, geboren am 3. Juni 1856 in Prag (Sohn von Veith Hirsch und Maria, geborene Wiener), hatte eine Ausbildung an der Handelsakademie in Prag erhalten und im Kolonialwarengeschäft seines Vaters gearbeitet. Nach einem einjährigen Aufenthalt als Volontär in Hamburg im Jahr 1877, den er mit seinem vier Jahre älteren Bruder Siegfried Salomon Hirsch dort verbrachte, war er nach Prag in die Firma

des Vaters zurückgekehrt, während sein Bruder in Hamburg blieb, ein „Kolonialwaren“-Geschäft gründete und 1882 die evangelische Caroline Friederike Elisabetha Schulz, geboren 1851 in Neustadt an der Aisch in Bayern, heiratete.

Mariannes Eltern hatten am 5. September 1886 in Wien zivilrechtlich und nach jüdischem Brauch im Leopoldstädter Gemeindetempel geheiratet. Sie lebten in Prag, wo ein Jahr darauf Marianne und am 22. Dezember 1888 Beatrice zur Welt kamen.

Um diese Zeit verstarb Mariannes Großvater Veith Hirsch, sodass ihr Vater die Firma „Veith Ph. Hirsch & Söhne“ zusammen mit seinem ältesten Bruder Willibald in Prag weiterführte.

Im November 1890 zog Mariannes Vater – zunächst ohne seine Familie – nach Hamburg, ließ sich



Marianne Hirschs Elternhaus Moltkestraße 50 b, Hamburg-Hoheluft-West, in dem sie vom 5. bis zum 39. Lebensjahr lebte

*Margot Löhr*

als selbstständiger Kaufmann nieder und gründete am 26. Januar 1891 mit seinem Bruder Willibald, der in Prag blieb und drei Jahre später aus dem Unternehmen ausstieg, das selbstständige Kaffee-Kommissionsgeschäft „Veith Ph. Hirsch & Söhne“, Sandthorquai 6.

1891 holte Mariannes Vater die Familie nach Hamburg, wo sie die neu erworbene Stadtvilla in der Moltkestraße 50 b in Hoheluft-West bezogen.

In Hamburg lebten bereits sechs Cousinsen und Cousins, die Kinder ihres Onkels Siegfried: Sieglinde Marie, Gottfried Wilhelm, die Zwillinge Walther und Willi, Wolfram und Brünnhilde. Als deren Mutter starb, heiratete Siegfried 1893 in zweiter Ehe die Münchenerin Betty Walter, geboren 1867. Weitere fünf Kinder kamen zur Welt: Edgar 1894, die Zwillinge Ilse Henriette (sie verstarb im Alter von einem Jahr) und Olga 1896, Lis Susanne 1898 und Kurt 1901. Die große Familie wohnte in ihrem Mehrfamilienhaus Schlüterstraße 64, nicht weit entfernt von Mariannes Zuhause im Stadtteil Rotherbaum. Marianne und ihre Schwester Beatrice besuchten Hamburger Schulen. Mariannes weitere Ausbildung ist nicht bekannt. Beatrice Hirsch besuchte das Realgymnasium Uhlenhorst und legte Ostern 1908 ihre Reifeprüfung am Realgymnasium Johanneum ab, die damals in Hamburg für Mädchen nur an diesem Jungengymnasium als „Fremdenprüfung“ zu erreichen war. Zusatzprüfungen in Griechisch und Latein bestand sie ein Jahr später am humanistischen Wilhelm-Gymnasium.

Am 21. Januar 1909 wurden Mariannes Vater und damit auch die Familienmitglieder in den Hamburger Staatsverband aufgenommen. Die Handelskammer in Hamburg bestätigte Maximilian Hirsch einen guten Leumund:

„Die Firma Veith Ph. Hirsch & Söhne besteht seit dem Jahre 1891 und alleiniger Inhaber ist Maximilian Hirsch. Derselbe betreibt ein Kaffee Geschäft in umfangreicher und lebhafter, aber äusserst vorsichtiger und solider Weise und gilt als persönlich für einen respektablen, strebsamen und tüchtigen Mann. In Branchenkreisen geniesst die Firma allgemein Vertrauen und ihre Mittel werden auf annähernd eine Million Mark geschätzt. Hier-nach scheinen der Handelskammer gegen die Gewährung des Naturalisationsgesuchs des Hirsch Bedenken nicht zu bestehen.“

Beatrice verließ 1909 Hamburg und studierte in Göttingen und Berlin Geschichte, Deutsch und Philosophie, in Heidelberg und Wien die Nebenfächer Nationalökonomie und Kunstgeschichte. An der Universität in Wien wurde Beatrice im Juni 1915 im Hauptfach Mittelalterliche und Neuere Geschichte mit den Nebenfächern Kunstgeschichte und Philosophie promoviert. In der Folgezeit veröffentlichte sie Aufsätze und Kritiken. Zurück in Hamburg gab sie Kurse am Volksheim Rothenburgsort und in Jugendbünden. Nach dem Ersten Weltkrieg unterrichtete sie jugendliche Erwerbslose in Lebenskunde und deutscher Literatur. Sie hielt Vorträge über den Vertrag von Versailles und gab im Auftrag des Allgemeinen Frauenvereins Kurse zur Politischen Aufklärung der Frau. In der Freien Studentenschaft der Universität Hamburg und in einem Harvestehuder Privatkreis veranstaltete sie Studierabende.

Währenddessen machte sich Marianne Hirsch am 23. Juni 1922 mit einem Gewerbe-schein als Inhaberin einer kunstgewerblichen Werkstatt in ihrem Elternhaus selbstständig. Am selben Tag meldete auch Beatrice dort ein Gewerbe an. Als Privatlehrerin in Geisteswissenschaften hielt sie Kurse in ihrem Elternhaus, an der Volkshochschule und in der jüdischen Henry-Jones Loge ab. Wie lange Marianne Hirsch ihr kunstgewerbliches Geschäft betrieb, ist nicht dokumentiert.

Im März 1924 ließen sich Marianne Hirsch und ihr Vater einen Pass ausstellen. Im Passprotokoll ist sie beschrieben als mittelgroß, mit braunen Augen und dunkelbraunen Haaren, ihr Vater war bereits graumeliert.

1926, im Alter von 38 Jahren, wurde Marianne Hirsch zusammen mit der 21-jährigen Eva Borchardt (siehe dort) in das „Sanatorium“ des Arztes Friedrich Kunz nach Allendorf an der Lumda in Hessen gebracht. Die Symptome bzw. ärztliche Diagnose Marianne Hirschs sind nicht bekannt. Ihr behandelnder Arzt Friedrich Kunz übte das Ehrenamt des „Gesundheitsverwalters“ aus. Er führte eine Arztpraxis in Allendorf mit angegliedertem Sanatorium, das seine zweite Ehefrau und zwei Töchter führten. Das Haus mit der Praxis war im Jahr 1924 ausgebaut worden. In eines der drei eingerichteten Dachgeschosszimmer mit Gaube zog Marianne Hirsch ein. Auf welche Empfehlung hin sie wie Eva Borchardt in diese private Betreuungsstelle kam, ist nicht bekannt. Ein Foto von einer geselligen Feier mit Akkordeonmusik der Familie Kunz gemeinsam mit ihren Sanatoriumsgästen, aufgenommen vor der Veranda des Hauses Anfang der 1930er-Jahre, lässt auf ein gutes Miteinander dort schließen.

Drei Jahre lebte Marianne bereits in dem „Sanatorium“ in Hessen, als in Hamburg am 10. Februar 1929 ihre Mutter Hermine Hirsch im Alter von 67 Jahren verstarb.

Noch im selben Jahr wurde Mariannes 40-jährige Schwester Beatrice von ihrem Onkel Emil Reich, dem jüngeren Bruder ihrer Mutter, adoptiert und führte nun den Doppelnamen Hirsch-Reich. Emil Reich, Professor für Ästhetik an der Universität Wien, war kinderlos und hatte Beatrice wohl maßgeblich in ihrem beruflichen Werdegang gefördert.

Mit Beginn der Judenverfolgungen durch die nationalsozialistischen Machthaber verschlechterte sich die materielle Situation für Mariannes Familie. Zudem verstarb ihr Vater am 29. Januar 1935. Er war 78 Jahre alt geworden. Seine letzte Ruhe fand er neben seiner Ehefrau auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf-Ilankoppel.

Ihre Schwester Beatrice zog zum Adoptivvater nach Wien. Als Deutschland Österreich annektierte, emigrierte Beatrice nach London, wo Verwandte lebten. Zuvor hatte sie das Elternhaus in Hamburg verkaufen müssen. Für Marianne wurde ein Vormund, der jüdische Rechtsanwalt Morris Samson, eingesetzt.

Auch in Allendorf hatte sich inzwischen einiges verändert. Im Frühjahr 1936 war Marianne Hirschs Arzt Friedrich Kunz, der im November 1933 in die NSDAP eingetreten war, verstorben und Wilhelm Fresenius hatte die Arztpraxis übernommen. Die Witwe Anna Kunz und die beiden Töchter, Mitglieder der NSDAP seit 1932, führten das „Sanatorium“ fort und betreuten Marianne Hirsch und Eva Borchardt weiter, obwohl sie mehrfach von



Familienfeier in der Pflegepension Kunz in Allendorf an der Lumda – Anfang 1930er-Jahre, Marianne Hirsch (zweite Reihe, erste von rechts) und Eva Borchartd (zweite Reihe, erste von links), ihre Betreuerin Anna Kunz (erste Reihe, von der Mitte erste links), die Töchter Dorothea und Gertrud Kunz (zweite Reihe, von der Mitte erste und zweite rechts)

*Archiv Arbeitsgemeinschaft Heimatgeschichte Allendorf/Lumda*

der örtlichen Parteiführung aufgefordert worden waren, sich von ihren jüdischen Mitbewohnerinnen zu trennen.

In ihrer Zeugenaussage im Entnazifizierungsverfahren 1946 beschrieb Anna Kunz die damalige Situation: „Die Drohungen wurden immer heftiger und ich fuhr nach Hamburg um die beiden Jüdinnen, welche Waisen waren, bei Judenfamilien unterzubringen. Es gelang mir aber nicht, und ich musste sie mit schwerem Herzen an die Heil- u. Pflegeanstalt übergeben. Ich versprach den beiden Mädels mich weiter um sie zu kümmern...“.

Marianne Hirsch und Eva Borchartd mussten nach über zwölf Jahren Aufenthalt im „Sanatorium“ am 26. Januar 1939 in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn übersiedeln.

Lediglich ein Ausschnitt des Aktendeckels ihrer Aufnahmeakte ist erhalten geblieben mit dem unvollständigen Vermerk „Sanatorium Dr. Fresenius Allendorf“ und „Schwacl“. Weder über Mariannes Krankheit noch über die Vormundschaft sind Akten erhalten.

Anna Kunz, so jedenfalls sie selbst, hielt weiterhin von Allendorf Kontakt zu den beiden Patientinnen: „Ich schrieb ihnen laufend und schickte auch Päckchen mit Lebensmittel. Ein Päckchen fiel unter Kontrolle und der beiliegende Brief wurde im Stürmerkasten veröffentlicht. 1940 wurde ich aus der Partei ausgestossen.“

Ein Jahr und acht Monate verbrachte Marianne Hirsch in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn. Als die jüdischen Patientinnen und Patienten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammengezogen werden sollten, um in der „Euthanasie“ ermordet zu werden, befanden sie und Eva Borchardt sich unter diesen. Am 23. September 1940 ging ihr Transport in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel, wo sie noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid getötet wurden.

Die „Euthanasie“-Zentrale in Berlin verschleierte die Mordaktion an den jüdischen Patienten. Laut amtlich gefälschter Sterbeurkunde soll Marianne wie die übrigen in die „Irrenanstalt“ nach „Chelm“ östlich von Lublin in Polen gebracht worden und dort angeblich am 30. Januar 1941 einer „Herz-Kranzader-Verhärtung“ erlegen sein.

Am 13. Dezember 1940 verstarb Mariannes Onkel Emil Reich in Wien – ausgegrenzt und vereinsamt. Sein Ehrengrab befindet sich auf dem Israelitischen Teil des Zentralfriedhofs Wien. Auch eine Wohnanlage, der „Emil-Reich-Hof“, ist nach ihm benannt. Eine Gedenktafel am Haus Döblinger Hauptstraße 93 in Wien erinnert an ihn: „Universitätsprofessor Dr. Emil Reich 1864–1940/Lehrer/Gelehrter/Freund des Volkes/Der Wissenschaft und Kunst/Die „Volkshochschule Wien Volksheim“ verdankt ihm Entstehung und Entwicklung“.

Die Kunst- und Literatur-Stiftungen zur Förderung junger Künstler und Schriftsteller des Onkels Julius Reich, der im Frühjahr 1922 verstorben war, verschwanden in der Zeit der Judenverfolgungen; auch nach dem Krieg sind sie nicht restituiert worden.

Mariannes Cousin Edgar Hirsch wurde am 8. November 1941 nach Minsk deportiert und ermordet. Ein Stolperstein erinnert an ihn im Brombeerweg 47, Hamburg-Fuhlsbüttel.

Mariannes Schwester Beatrice lebte in Oxford in England. Sie erfuhr erst im April 1941 über das Rote Kreuz und ihren Cousin Walther Hirsch, dass Marianne „nach Polen“ transportiert und dort „gestorben“ war. Einige Zeit nach Erhalt der Todesnachricht erkrankte sie schwer und wurde erwerbsunfähig. Am 17. Januar 1967 verstarb sie in Oxford im Alter von 78 Jahren.

Anna Kunz, die ehemalige Betreuerin von Marianne Hirsch, musste sich nach dem Krieg einem Entnazifizierungsverfahren unterziehen. Im Juli 1946 wurde sie von der Spruchkammer des Landeskreises Gießen in die „Gruppe der Entlasteten“ mit der Begründung eingereiht:

„Ausschluss aus der Partei im Jahre 1940. Widerstand gegen die Parteivorschriften durch nachweisbaren Verkehr mit Juden bis zum Jahre 1940. Die Betroffene wurde im Stürmerkasten öffentlich gebranntmarkt.“

Willi Hirsch hatte zusammen mit seinem Zwillingbruder Walther seine Cousine Marianne Hirsch mit einer eingetragenen Hypothek von 12 500 Goldmark finanziell abgesichert. Willi kam kurz vor Kriegsende um. Walther Hirsch überlebte und bewohnte auch nach dem Krieg sein Elternhaus in der Schlüterstraße 64 wieder. Er verstarb am 23. Oktober 1959. Seine Ehefrau und Alleinerbin Paula Hirsch gründete nach seinem Ableben die „Walther Hirsch Nachlaß Stiftung“. Mit dieser sollte die Jüdische Gemeinde Hamburgs Bedürftige, vorrangig Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, unterstützen – was bis heute geschieht.

An Marianne Hirsch erinnert ein Stolperstein in der Moltkestraße 50b in Hamburg-Hoheluft-West.

*Margot Löhr*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; 8; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 131-1 II Senatskanzlei – Gesamtregistratur 10455 Nachlass Walther Hirsch Nachlaß Stiftung; 231-3 Handelsregister, A 1 Bd. 45 Nr. 11010 Veith Ph. Hirsch & Söhne, A 12 Bd. 4 Nr. 16636 Siegfried Hirsch, A 13 Bd. 13 Nr. 27838 Veith Ph. Hirsch & Söhne, A 12 Bd. 31 Nr. 31406 Veith Ph. Hirsch & Söhne; 231-7 Amtsgericht Hamburg – Handels- und Genossenschaftsregister, A 1 Bd. 45 Nr. 11010 Veith Ph. Hirsch & Söhne; 232-5 Amtsgericht Vormundschaftswesen, 94 Eva Borchardt; 232-5 Amtsgericht Vormundschaftswesen 775 Willi Hirsch; 332-5 Standesämter 2148 Geburtsregister Nr. 104/1887 Wolfram Hirsch, 2177 Geburtsregister Nr. 2515/1888 Brünnhilde Hirsch, 2636 Heiratsregister Nr. 915/1882 Siegfried Hirsch/Caroline Schulz, 7799 Sterberegister Nr. 3047/1884 Gottfried Hirsch, 8085 Sterberegister Nr. 156/1926 Sieglinde Hirsch, 8101 Sterberegister Nr. 77/1929 Hermine Hirsch, 8102 Sterberegister Nr. 54/1930 Siegfried Hirsch, 8136 Sterberegister Nr. 15/1935 Maximilian Hirsch, 8168 Sterberegister Nr. 82/1940 Wolfram Hirsch, 8243 Sterberegister Nr. 1018/1959 Walther Hirsch, 8806 Heiratsregister Nr. 190/1926 Bruno Weichmann/Olga Hirsch, 8973 Geburtsregister Nr. 84/1883 Sieglinde Hirsch, 8986 Geburtsregister Nr. 1765/1884 Gottfried Hirsch, 9002 Geburtsregister Nr. 4246/1885 Walther Hirsch, Nr. 4247/1885 Willi Hirsch, 9098 Geburtsregister Nr. 1203/1894 Edgar Hirsch, 9121 Geburtsregister Nr. 1081/1896 Ilse Hirsch, Nr. 1082/1896 Olga Hirsch, 9144 Geburtsregister Nr. 1365/1898 Susanna Hirsch; 332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht B III 2294 Siegfried Hirsch, B III 95654 Maximilian Hirsch; 332-8 Reisepassprotokolle A 24 Bd. 122 Nr. 3693 Maximilian Hirsch, A 24 Bd. 309 Nr. 7691 Marianne Hirsch, A 24 Bd. 337 Nr. 9563 Maximilian Hirsch, A 24 Bd. 365 Nr. 14960 Beatrice Hirsch; 351-11, Amt für Wiedergutmachung 8148 Walther Hirsch, 10861 Dr. Beatrice Reich-Hirsch, 16438 Brünnhilde Mielziner, 16439 Wyman Olga (fr. Weichmann), 16440 Susanne Lis, 16441 Ruth Hilton (fr. Hirsch), 28078 Paula Hirsch, geb. Förster, 30074 Eva Leonore Borchardt; 352-5 Zivilstandsregister-Todesbescheinigung 1926 Sta 3 Nr. 156 Sieglinde Hirsch, 1929 Sta 20a Nr. 77 Hermine Hirsch, geb. Reich, 1930 Sta 3 Nr. 54 Siegfried Hirsch, 1935 Sta 20b Nr. 15 Maximilian Hirsch, 1940 Sta 2a Nr. 82 Wolfram Hirsch; 352-8/7, Abl. 1999/01 (Kartei); 376-2 Gewerbe-polizei Spz VII, C 14 Nr. 3209 Siegfried Hirsch; 741-4 Fotoarchiv K 3845 Zentralgewerbekartei Marianne Hirsch, Beatrice Hirsch, Edgar Hirsch; 741-4 Fotoarchiv Meldekartei K 6261 Olga Hirsch; Datenbankprojekt des Eduard-Duckesz-Fellow und der Hamburger Gesellschaft für jüdische Genealogie, Ohlsdorf 1896–1901 Ilse Hirsch ZZ 12-2a, Ohlsdorf 1922–1930 Sieglinde Hirsch A 9-272, Siegfried Salomon Hirsch N 2-32, Hermine Hirsch, geb. Reich S 4-127, Ohlsdorf 1931–1939 Maximilian Hirsch S 4-127; Staatsarchiv Wien Beatrice Hirsch Inskriptionsblätter, PH RH 4117 Rigorosenakt, PH 59.24, Nr. 4117 Rigorosenprotokoll, M 34.4, Nr. 286 Promotionsprotokoll; BA (ehem. BDC) NSDAP-Gaukartei; HHStA WI Abt. 520/Gi Nr. GI 238, Entnazifizierung, Abt. 520 Gi/Nr. 238; HStAD Bestand N 1 in Nr. 3036; Arbeitsgemeinschaft Heimatgeschichte

Allendorf/Lumda (Auskünfte Werner Heibertshausen), Informationen, Zeitzeugenaussagen und Fotos; Bibliotheca Johannei, Realgymnasium des Johanneums zu Hamburg (Auskünfte Ines Domeyer), Bericht über das 74. Schuljahr 1907–1908 von Direktor Prof. Dr. F. Tendering, Hamburg 1908, S. 8; In conformity with the ITS Archives, Copy of 2.2.2.1/72595274/ 72595275/ 72595276, Bad Arolsen, 16. 10. 2014, Archivnummer 2247; England and Wales Death Registration Index 1837-2007 FamilySearch. <http://FamilySearch.org>: accessed 2012; <http://www.wienerwohnen.at/hof/25/Emil-Reich-Hof.html%7C>, <https://www.wien.gv.at/wiki/index.php?title=Emil-Reich-Hof>, [https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Emil\\_Reich](https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Emil_Reich) [17. 7. 2014]; Margot Löhr, Stolpersteine in Hamburg-Fuhlsbüttel, Biografie Edgar Hirsch, voraussichtlich 2018.

## ■ Ludwig Heinz Hirschfeld,

**geb. am 16. 6. 1915 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel**

Ludwig Heinz Hirschfeld kam als Sohn des jüdischen Ehepaares Siegfried und Jenny Hirschfeld, geborene Tannenbaum, am 16. Juni 1915 in Hamburg zur Welt. Siegfried Hirschfeld war 1880 in Kassel, Jenny Hirschfeld 1879 in Wanfried, einer Kleinstadt in Hessen unmittelbar an der heutigen Landesgrenze zu Thüringen, geboren worden. Am 15. Januar 1921 kam Ludwig Heinz' Bruder Herbert ebenfalls in Hamburg zur Welt.

Das Ehepaar war schon Jahre vor Ludwig Heinz Hirschfelds Geburt nach Hamburg eingewandert. Der genaue Zeitpunkt ist nicht überliefert. Es lebte zunächst in der Wendenstraße 43 im Stadtteil Hammerbrook. Siegfried Hirschfeld war anfangs als Handlungsgehilfe, später als selbstständiger mit Wäsche handelnder Kaufmann tätig, während Jenny Hirschfeld die Familie als Hausfrau versorgte. Etwa 1917 zog die Familie in die Heidestraße

21 (heute Heider Straße) in Hoheluft-Ost und etwa 1927 in die Husumer Straße 18. Ludwig Heinz Hirschfeld besuchte die Talmud Tora Schule in der Straße Grindelhof. Er bezeichnete sich später selbst als nur leidlich guter Schüler und verließ die Schule nach der zehnten Jahrgangsstufe.

1928 stand ein erneuter Wohnungswechsel der Familie an, diesmal in die Straße Lämmersieth in Barmbek-Nord. Ludwig Heinz'



Husumer Straße in Hoheluft-Ost  
*Bildarchiv Hamburg*

Vater Siegfried Hirschfeld betrieb sein Geschäft nun unter der Adresse Adlerstraße 18 in Barmbek-Süd.

Nach der Schulzeit versuchte sich Ludwig Heinz Hirschfeld in mehreren Berufen als Lehrling, z. B. bei einer Weinimportfirma, in einer Gärtnerei und im Elektrofeinmechaniker-Handwerk. Er empfand sich selbst als lustlos und träge. Nirgendwo hielt es ihn lange, sodass er schließlich ohne Berufsabschluss blieb. Bei seiner Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg im März 1935 berichtete er, dass er niemals richtige Freunde gehabt habe oder eine Mädchenbekanntschaft. Ludwig Heinz Hirschfeld, der bei seinen Eltern wohnte, hatte ein eher gespanntes Verhältnis zu seiner als recht resolut beschriebenen Mutter.

Der Friedrichsberger Arzt Hermann Josephy hatte Ludwig Heinz Hirschfeld wegen „nervöser Beschwerden“ in der Staatskrankenanstalt aufgenommen. Während der Anamnese wurde über Ludwig Heinz' Vater notiert: „Leicht vom Ziel abschwenkender Mann mit allen unangenehmen Eigenschaften seiner Rasse“. Auslöser der Einweisung war wohl, dass Ludwig Heinz wieder eine Lehrstelle verlassen, sich in einem Park mit Erwerbslosen „herumgetrieben“ und Schach gespielt habe. Wie Siegfried Hirschfeld bei der Aufnahme über seinen Sohn berichtete, war dieser nie ernstlich krank gewesen. Er soll sich aber kaum anderen Menschen angeschlossen haben und stets für sich allein geblieben sein. Jenny Hirschfeld erzählte von vielen „sinnlosen Handlungen“ ihres Sohnes. Er „schief am Tage bzw. blieb im Bett, rannte nachts durch alle Zimmer, hämmerte an Schränken herum, in deren Wände er Holzpflocke hineintrieb, strich Konservendosen schwarz an, experimentierte – aber ohne Sinn und Verstand – mit Gas- und Lichtleitungen herum, bekam gelegentlich sogar kleine Tobsuchtsanfälle, besuchte dann mit einer ihm bekannten Dame einen Heilpraktiker am Steindamm, dessen Medizin er jedoch nicht einnahm.“ Für den aufnehmenden Arzt ging aus den Schilderungen der Mutter hervor, „daß diese ihn auch für geistig nicht gesund ansieht“.



Ludwig Heinz Hirschfeld, 1935

*UKE/IIGEM*

Die Berichte der Eltern und Ludwig Heinz' eigene Darstellung reichten für folgende Beurteilung aus: „Sterilisationsnotwendigkeit, die vorliegen dürfte, wird vor der Entlassung zu prüfen sein.“

Ludwig Heinz Hirschfeld war etwas mehr als vier Monate in Friedrichsberg, als er am 4. August 1935 einen verzweifelten Brief an seinen Vater richtete und ihn bat, für seine Verlegung in die Israelitische Heil- und Pflegeanstalt in Bendorf-Sayn zu sorgen. Der Brief liegt noch heute in Ludwig Heinz Hirschfelds Krankenakte und dürfte seinen Vater nie erreicht haben. Dennoch wurde von Amts wegen geprüft, ob eine Verlegung möglich war. Angeblich war in Bendorf-Sayn kein Platz frei.

Anscheinend war Ludwig Heinz Hirschfeld ein religiöser Mensch. Dafür spricht neben seinem Wunsch, nach Bendorf-Sayn verlegt zu werden, auch die Verweigerung nichtkoscherer Nahrung mit der Folge, dass ihm Sonderernährung mit einer Sonde eingeflößt wurde.

Im November 1935 betrachteten die Friedrichsberger Ärzte Ludwig Heinz Hirschfeld als nicht mehr therapiefähig und verlegten ihn am 5. November in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn. Von dort schickte man ihn am 10. Januar 1936 in das Versorgungsheim Oberaltenallee. Doch auch in dem Versorgungsheim wollte man ihn möglichst schnell wieder loswerden. Eine Verlegung in das Versorgungsheim Farmsen verbot sich aber, weil Ludwig Heinz Hirschfeld mit einer Sonde ernährt werden musste. Es fand sich auch keine andere Lösung, sodass er im Versorgungsheim Oberaltenallee bleiben musste.

Im September 1937 betrieb das Versorgungsheim Oberaltenallee Ludwig Heinz Hirschfelds Sterilisierung. Nach einer entsprechenden Entscheidung des sogenannten Erbgesundheitsgerichts wurde der Eingriff zwischen dem 4. und dem 11. September 1937 im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek vorgenommen.

Ludwig Heinz Hirschfeld wollte dem Versorgungsheim entfliehen und machte sich am 18. Oktober 1938 mit einem gestohlenen Fahrrad auf den Weg zu Verwandten in Hannover. Dort nahm die Polizei ihn fest und überstellte ihn in das Hamburger Polizeigefängnis.

Zurück im Versorgungsheim Oberaltenallee griff Ludwig Heinz Hirschfeld am 24. Oktober das Pflegepersonal und seine Mutter während ihres Besuches an. Das Verhältnis zu seiner Mutter war offenbar weiterhin stark belastet. Noch am selben Tag entledigte sich das Versorgungsheim seiner und lieferte ihn in die inzwischen in Heil- und Pflegeanstalt umbenannte Einrichtung in Langenhorn ein.

Fünf Monate später, am 24. Januar 1940, wurde Ludwig Heinz Hirschfeld in die Heilanstalt Strecknitz in Lübeck verlegt. Hier erhielt er zweimal Besuch von seinem Vater, zuletzt am 8. August 1940. Am 12. September deutete sich eine baldige Entlassung aus der Anstalt an. Die Anstalt in Strecknitz schrieb an den Jüdischen Religionsverband Hamburg, „dass Heinz Hirschfeld nicht einer dauernden Anstaltsbehandlung bedarf.“

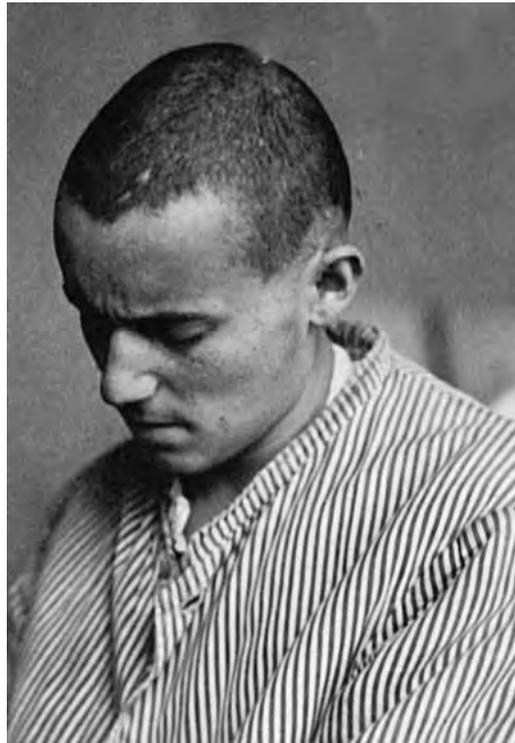
Doch war Ludwig Heinz Hirschfelds Schicksal bereits besiegelt. Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ord-

nete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Ludwig Heinz Hirschfeld. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Auch Ludwig Heinz Hirschfelds Eltern kamen im Holocaust ums Leben. Als Siegfried Hirschfeld 1940 seinen Sohn ein letztes Mal in Strecknitz besuchte, lebten er und seine Ehefrau bereits mehrere Jahre sehr beengt zusammen mit einer weiteren Familie in einer Wohnung im Samuel-Levy-Stift in der Bundesstraße 35, einem „Judenhaus“. Dort erhielt das Ehepaar Hirschfeld den Deportationsbefehl. Siegfried und Jenny Hirschfeld wurden in den Transport mit insgesamt 968 Menschen am 8. November 1941 nach Minsk befohlen. Von ihnen gab es nie wieder ein Lebenszeichen.

Herbert Hirschfeld, der jüngere der beiden Hirschfeld-Söhne, wurde am 13. Februar 1937 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert und am 23. September 1938 in das Konzentrationslager Buchenwald überstellt. Die Haftgründe sowie sein weiteres Schicksal sind nicht bekannt.

An Ludwig Heinz Hirschfeld erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Hoheluft-Ost, Husumer Straße 18.



Ludwig Heinz Hirschfeld in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn, Oktober 1938

*StaH*

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; StaH 351-12 I Amt für Wohlfahrtsanstalten I 19 Israelitische Insassen, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Nr. 22502 Heinz Hirschfeld; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Heinz Hirschfeld der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Heinz Hirschfeld der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; IMGWF Lübeck, Heinz Hirschfeld der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; Standesamt Kassel, Geburtsregister Nr. 681/1880 Simon Siegfried Hirschfeld; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Villiez von, Mit aller Kraft verdrängt, S. 308 f.

■ **Auguste Hirschowitz (Hirschowitz, Hirshowitz),  
geb. am 12. 11. 1891 in Orlau (heute: Orlova, Tschechien), ermordet am 23. 9. 1940 in der  
Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Auguste Hirschowitz wurde am 12. November 1891 in Orlau geboren und bekannte sich zum jüdischen Glauben. Wir wissen nichts über ihr Elternhaus, ihre Kindheit und Jugend oder wann und warum es sie nach Norddeutschland verschlug.

Sie soll im August 1939 aus der Landesheilanstalt Schleswig-Stadtfeld in die Diakonissenanstalt in Kropp im heutigen Kreis Schleswig-Flensburg verlegt worden sein. Wahrscheinlich wurde sie am 7. Juli 1940 nach Schleswig zurückgebracht.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Auguste Hirschowitz. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Eine Wohnadresse von Auguste Hirschowitz in Hamburg ist nicht bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Harald Jenner, Die Geschichte einer psychiatrischen Klinik Schleswig-Stadtfeld, Schleswig 1995, S. 102 ff.; Harald Jenner, ... ein langer Weg. Kropper Anstalten. Diakonissenanstalt. Diakoniewerk Kropp, Kropp 1990, S. 74 f.

■ **Wanda Hoffmann, geb. Malinowski,**  
**geb. am 24. 5. 1894 (1890) in Leibitsch (heute Lubicz Dolny/Polen), ermordet am**  
**23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Wanda Hoffmann kam am 24. Mai 1894 (nach anderen Quellen 1890) als Tochter des Landwirts und Sägewerkbesitzers Joachim Malinowski und seiner Ehefrau Monika, geborene Geschanske, in Leibitsch bei Thorn zur Welt. Die Eltern bekannten sich zum jüdischen Glauben.

Wanda Hoffmanns Schulbildung endete mit dem Besuch der dritten Klasse (damals war die erste Klasse die höchste). Im Alter von 17 Jahren heiratete sie den um 34 Jahre älteren evangelischen Streckenarbeiter (Bauarbeiter) Emil Hoffmann, der angeblich gut verdiente. Mit ihm hatte Wanda zwei Kinder. Als sie 22 Jahre alt war, verließ sie ihren Ehemann und die Kinder. Sie soll dann auf Märkten umhergezogen und mit einem Händler fünf Jahre zusammengelebt haben. Wanda Hoffmann kam wiederholt mit dem Gesetz in Konflikt. Zwischen 1910 und 1937 wurde sie mehr als 50mal verurteilt, unter anderem wegen Unzucht, Betrugs, Unterschlagung, Diebstahls, Beleidigung, Widerstand, Körperverletzung, Sachbeschädigung und unerlaubten Verkaufs in Wirtschaften. Sie infizierte sich mit Geschlechtskrankheiten und wurde alkoholkrank. Infolge einer Alkoholvergiftung kam sie 1929 in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

1931 betrieb Käthe Petersen von der Hamburger Wohlfahrtsbehörde Wanda Hoffmanns Entmündigung, die am 24. Juni 1931 vom Amtsgericht mit der Begründung „Geistesschwäche“ während einer Strafhaft im Frauengefängnis Fuhlsbüttel beschlossen wurde. Bis zum Ende des NS-Regimes brachte Käthe Petersen, die schon vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten in der Hamburger Sozialverwaltung arbeitete, „geistig gebrechliche“ bzw. „gemeinschaftswidrige“ Frauen und Mädchen in geschlossenen Anstalten unter. Sie betrieb in mehr als 600 Fällen deren Zwangssterilisierung nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933.

Nach Verbüßung der Strafe wurde Wanda Hoffmann am 9. September 1931 in das Versorgungsheim Hamburg-Farmsen überführt. Im April 1933 kam sie nach einem Aufenthalt in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn. Von dort wurde sie bereits am 16. Juni 1933 wieder entlassen. Über ihr Leben bis zur späteren Wiederaufnahme in Langenhorn im September 1937 ist nichts bekannt. Am 22. November 1937 verlegte man Wanda Hoffmann in die Heilanstalt Lübeck-Strecknitz. Anscheinend machte sie sich in Strecknitz so nützlich, dass man auf die Arbeitsleistung der „arbeitende[n] Kranke[n]“ nicht verzichten mochte. Die Anstalt in Strecknitz richtete am 12. April 1938 folgendes Gesuch an die Staatskrankenanstalt Langenhorn:

„Die Pat.[ientin] hat eine Zahnbrücke, die sämtlich fehlenden unteren Schneidezähne ersetzt und die sich im Laufe der letzten Zeit stark gelockert hat. Es handelt sich um eine arbeitende Kranke. Da die Nahrungsaufnahme infolgedessen erheblich erschwert ist, hal-

ten wir eine Reparatur der Brücke für notwendig und bitten um Übernahme der Kosten.“ Nach einigem Hin und Her lehnte Langenhorn den Antrag ab.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Wanda Hoffmann. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Für Wanda Hoffmann ist keine frei gewählte Adresse in Hamburg bekannt. Ihr Stolperstein ist deshalb im Bereich des ehemaligen Versorgungsheimes Farmsen, August-Krogmann-Straße 100, geplant, in dem sie mehrere Jahre verbrachte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 242-4 Kriminalbiologische Sammelstelle 427 Wanda Hoffmann; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Abl. 1/1995 18971 Wanda Hoffmann; IMGWF Lübeck, Archiv, Patientenakte Wanda Hoffmann; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig.

## ■ **Paul Eduard Horwitz,**

**geb. am 1. 1. 1876 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Paul Eduard Horwitz kam am 1. Januar 1876 als Sohn des Kaufmanns Abraham Albert Siegmund Horwitz und seiner Ehefrau Ottilie, geborene Lasker, in Hamburg-Neustadt, Hohe Bleichen 39, zur Welt. Er hatte fünf ältere Geschwister, die ebenfalls in Hamburg geboren wurden: Friedrich Joseph, geboren am 21. März 1857, und Elise Zipora, geboren am 1. Juni 1858, beide geboren am Hopfenmarkt, sowie Siegmund Wilhelm, geboren am 17. Juni 1860, und Anna Friederike, geboren am 20. April 1862, beide geboren in der Straße Neuer Wall, und schließlich Antonie Louise, geboren am 26. Oktober 1864 in der Straße Neuer Jungfernstieg.

Paul Eduards Vater war am 7. Februar 1821 in Hamburg, seine Ehefrau Ottilie Lasker 1835 in Breslau geboren worden. Das dem jüdischen Glauben angehörende Brautpaar hatte am 11. Mai 1856 in Ottilies Geburtsstadt geheiratet. Am 20. Juni 1856 erhielt Abraham Albert Siegmund Horwitz den Hamburger Bürgerbrief.

Er handelte an verschiedenen Firmensitzen in der Hamburger Alt- und später in der Neustadt mit Farbwaren. Ab 1893 wechselten Wohn- und Firmensitz nach Harvestehude in den Mittelweg 34. Paul Eduards Vater war offenbar bis 1892/1893 beruflich tätig. Dann übernahm ein Verwandter, Albert Horwitz, das Unternehmen und führte es bis etwa 1900 fort. Friedrich Horwitz, der älteste Sohn, leitete inzwischen ein eigenes Unternehmen. Er handelte mit Rohgummi, wohnte aber weiterhin unter der elterlichen Adresse. Abraham Albert Siegmund Horwitz starb am 13. Juni 1900 in seiner Wohnung am Mittelweg 34. In seinem Testament hatte er Paul Eduard, der zu diesem Zeitpunkt 24 Jahre alt war, gut bedacht.

Über Paul Eduards Kindheit, Schulzeit, Jugend und Berufsausbildung wissen wir nichts. Als seine Mutter, Ottilie Horwitz, am 15. August 1914 starb, lebte Paul Eduard bereits acht Jahre in der privaten Nervenheilanstalt „Eichenhain“, damals in einem Park zwischen der Eichenstraße und der Straße Am Weiher in Eimsbüttel gelegen. Der Leiter der Anstalt „Eichenhain“ attestierte Paul Eduard im Jahr 1914, er sei „völlig geisteskrank“. Mitte 1921 wurde er in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen und blieb dort bis 11. Juni 1926. Der anschließende Aufenthalt in der Staatskrankenanstalt Langenhorn dauerte bis 11. Dezember 1929.

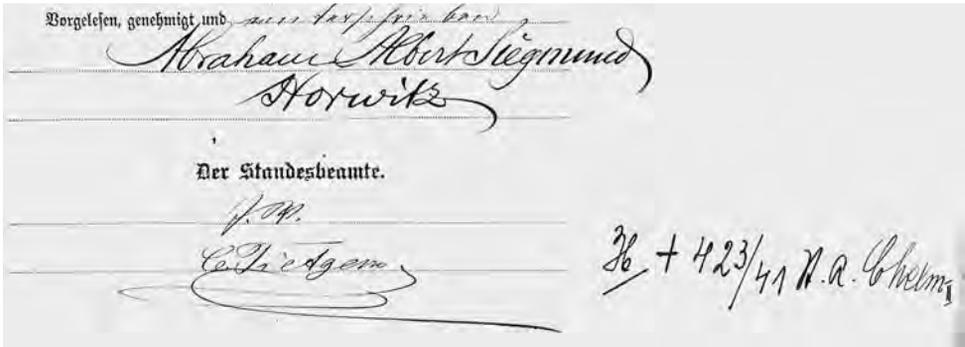
Es schloss sich ein viermonatiger Aufenthalt in Friedrichsberg an, dem die erneute Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Langenhorn folgte. Nach weiteren zwei Jahren wurde Paul Eduard Horwitz am 15. Juli 1935 in das Versorgungsheim Oberaltenallee verlegt. Dort lebte er in den folgenden Jahren.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tier-



Grabstein Albert und Ottilie Horwitz auf dem Friedhof Ohlsdorf-Ilandkoppel

*Ingo Wille*



Auszug aus Paul Horwitz' Geburtsurkunde mit wahrheitswidriger Notiz „† 423/41 St.A. Chelm“  
StaH

gartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Paul Eduard Horwitz. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde aufgrund der falschen Sterbemitteilung im Geburtsregistereintrag von Paul Eduard Horwitz notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 423/1941 registriert hat. Paul Eduard Horwitz war jedoch wie die anderen in Brandenburg Ermordeten nie in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch), einer Stadt östlich von Lublin.

Paul Eduard Horwitz' Schwester, Elise Zipora, heiratete Benjamin Radlauer und bekam mit ihm vier Kinder. Die Familie konnte nach Uruguay flüchten.

Seine Schwester Anna Friederike heiratete Hugo Levy. Aus dieser Ehe ging der Sohn Albert Bruno Ernst hervor. Weitere Informationen über diese Familie haben wir nicht. Ebenso fehlen Hinweise auf die Schicksale von Friedrich Joseph und Siegmund Wilhelm Horwitz. Ihre Namen erscheinen weder im Hamburger noch im Gedenkbuch des Bundesarchivs.

Antonie Louise Horwitz blieb unverheiratet. Sie lebte in den 1930er-Jahren unter verschiedenen Adressen in Hamburg, zuletzt in einer Stiftswohnung in der Schlachterstraße in Hamburg-Neustadt. Sie wurde am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Dort kam sie am 12. August 1942 ums Leben.

Zur Erinnerung an Paul Eduard Horwitz liegt ein Stolperstein in Hamburg-Harvestehude, Mittelweg 34. Auch für seine Schwester Antonie Louise soll hier ein Stolperstein gelegt werden.

Ingo Wille

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-13 Landgericht Hamburg Wiedergutmachung Nr. 3464, 3466, 6482, 3465 Gertrud Werther, 6408 Ottilie Brann; 6408 Elise Zipora Radlauer; 6409 Ottilie Brann; 232-1 Vormundschaftsbehörde D 205 Bd. 1 Paul Eduard Horwitz; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1008 Antonie Luise Horwitz; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1-1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 2-1995 Patientenakte Nr. 14341 Paul Eduard Horwitz; 522-1 Jüdische Gemeinden 696 a Nr. 17/1821 Geburtsregister Abraham Albert Siegmund Horwitz, 696 e Geburtsregister Nr. 56/1857 Friedrich Joseph Horwitz, 696 e Geburtsregister Nr. 103/1858 Elise Zipora Horwitz, 696 e Geburtsregister Nr. 110/1860 Siegmund Wilhelm Horwitz, 696 f Geburtsregister Nr. 86/1862 Anna Friederike Horwitz, 696 f Geburtsregister Nr. 281/1864 Antonie Louise Horwitz; 332-5 Standesämter 1878 Nr. Geburtsregister 155/1876 Paul Eduard Horwitz, 7935 Sterberegister Nr. 1517/1900 Abraham Albert Siegmund, 8020 Sterberegister Nr. 379/1914 Ottilie Horwitz; A 834 0077 Kapsel 01; Baumbach u. a., „Wo Wurzeln waren ...“, S. 80 ff.; Hygiene und soziale Hygiene in Hamburg, Hamburg 1928., S. 298 f.; <http://www.holocaust.cz/databaze-obeti/obeti/16373-antonie-louise-horwitz/> [9. 6. 2016].

■ **Alice Gertrud Insel, geb. Münzer,  
geb. am 19. 3. 1882 in Frankfurt a. M., ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Alice Münzer, später verheiratete Insel, kam am 19. März 1882 als älteste der vier Töchter von Eugen und Adele Münzer, geborene Nahm, zur Welt. Die Eltern bekannten sich zum jüdischen Glauben. Nach Alice wurde Marianne am 24. Februar 1883 geboren. Adele und Eugen Münzer heirateten erst 1888. Am 26. Juni 1889 kamen Erna und am 5. Januar 1897 Lucie Frieda zur Welt. Alle Kinder wurden in Frankfurt a. M. geboren.

Adele Münzer, Alices Mutter, war am 19. Oktober 1865 in Frankfurt geboren worden. Alices Vater, der Kaufmann Eugen Münzer, starb bereits am 29. Januar 1902. Nach dem Tod ihres Mannes ließ sich Adele Münzer mit ihren Töchtern in Hamburg nieder. Sie wohnte in der Husumer Straße 21 in Hoheluft-Ost.

Alice Münzer heiratete den schon viele Jahre in Hamburg ansässigen, 1866 geborenen Tuchhändler Adolph Insel aus Berne im heutigen Landkreis Oldenburg. 1916 oder 1917 wurde Alice Insel zweimal in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ aufgenommen. 1918 kam sie in die Villa Wilhelma in Ülsby bei Schleswig, ein privates „Heim für gemüts- und nervenranke und aufsichtsbedürftige Frauen“, dessen Aufnahmemöglichkeit auf 12 Heimbewohnerinnen begrenzt war. Die Art der Unterbringung deutet auf ihren Gesundheitszustand hin. Anscheinend ging es ihrer Familie bzw. ihrem Ehemann materiell so gut, dass der Aufenthalt in dieser gehobenen Einrichtung finanziert werden konnte.



Villa Wilhelma in Ülsby (Vorkriegszeit)  
*Privatpflegeheim Ülsby*

Über die Ehe von Adolph und Alice Insel ist nur bekannt, dass sie kinderlos blieb. Adolph Insel starb am 25. August 1922 in Hamburg, Husumer Straße 7. 1926 verließ Alice Insel das durchaus privilegierte Heim in Ülsby. Finanzielle Gründe dürften dafür nicht maßgeblich gewesen sein, denn Alice Insel besaß aus der Erbschaft ihres verstorbenen Ehemannes noch Vermögen. Nach dem Ableben von Adolph Insel über-

nahm Alices Schwager Raphael Cohn die PflEGSchaft für sie.

Alice wurde nun erneut in Friedrichsberg, inzwischen in Staatskrankenanstalt umbenannt, aufgenommen. Von Dezember 1930 bis Mai 1934 hielt sie sich in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn auf. Anschließend wurde sie in das Versorgungsheim Oberaltenallee und im Oktober 1938 in das Versorgungsheim Averhoffstraße verlegt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Alice Insel. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Adele Münzer musste den Abtransport ihrer Tochter nicht mehr erleben. Sie starb am 1. Januar 1935. Ihre letzte Adresse lautete Oderfelderstraße 8 bei Simon.

Alices Schwester Erna Münzer heiratete den Kaufmann Raphael Cohn, geboren am 25. März 1873 in Znin im damaligen preußischen Regierungsbezirk Bromberg der Provinz Posen (heute Polen). Raphael Cohn war Inhaber der Firma Wilhelm Sonnenberg am Großneumarkt 24–26, einer Kurzwaren-Handlung. Neben dem Haupthaus in Hamburg bestanden Filialen in Lübeck und Harburg. Raphael Cohn beschäftigte in Hamburg etwa zehn Angestellte. Zu dem Hamburger Geschäft gehörte ein großes Warenlager mit vielen Nebenräumen, wertvollem Inventar und sehr viel Ware. Nachdem die Fenster während des

Novemberpogroms eingeschlagen und die Warenbestände beschädigt worden waren, wurden die beiden Filialen am 10. November 1938 geschlossen. Sechs Gestapobeamte sperren das Hamburger Hauptgeschäft zu, verbunden mit Drohungen für Gesundheit und Leben des Eigentümers. Sie verhafteten Raphael Cohn für mehrere Stunden. Ein sogenannter Treuhänder, Buchprüfer Friedrich Greve, wickelte das Unternehmen im Auftrag der Verwaltung für Handel, Schiffart und Gewerbe ab. Das Ehepaar Cohn wohnte zuletzt in der Eppendorfer Landstraße 48. Es flüchtete mit den beiden Töchtern Vera und Ilse am 30. Juli 1939 in die USA.

Lucie Frieda Münzer heiratete den 1893 in Gadebusch/Mecklenburg geborenen Kurt Hermann Lichtenstein. Das Ehepaar lebte in Hamburg. Hermann Lichtenstein betrieb eine Textilvertretung in der Straße Stadthausbrücke 15, ab etwa 1930 am Neuen Wall 50. Die Familie, zu der auch die 1927 geborene Tochter Marion Hanna gehörte, wohnte viele Jahre in der Beneckestraße 2. Die Familie Lichtenstein verließ Deutschland im Jahr 1935 und lebte dann in den USA.

Marianne Münzer heiratete den am 1. Dezember 1882 in Wien geborenen Kaufmann Josef Grossmann. Er handelte wie sein Schwager Raphael Cohn mit Kurzwaren am Großneumarkt 20, später betrieb er eine Parfümeriefabrik in der Dorotheenstraße 10. Aus dieser Ehe stammten der getaufte Heinz Eugen Grossmann, geboren am 22. Juli 1913, und Gert Grossmann, geboren am 4. August 1918, beide geboren in Hamburg. Die Familie lebte viele Jahre in der Andreasstraße 16 in Winterhude. Hier hatte auch Mariannes Mutter Adele zeitweise gewohnt.

Josef Grossmann war Anfang der 1930er-Jahre wegen „betrügerischen Bankrotts“ zu einer Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, die er im Juni 1934 verbüßt hatte. Es schloss sich eine Bewährungsfrist bis 15. Juni 1938 an. Nun übernahm seine Ehefrau Marianne das Unternehmen. Das Hamburger Adressbuch von 1939 weist Marianne Grossmann erstmals als Eigentümerin der Parfümeriefabrik ihres Ehemannes aus. Dieser war im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel inhaftiert und wurde 1941 aus der Haft entlassen. Beginn und Grund der Haft sind nicht bekannt. Josef Grossmann half anderen Juden bei der Auswanderung aus Deutschland. Die Flucht seines Sohnes Gert in die USA, die für den 19. November 1939 schon auf dessen Kultussteuerkarte vermerkt war, scheiterte jedoch. Marianne und Josef Grossmann sowie ihre Söhne Heinz Eugen und Gert Grossmann wurden am 25. Oktober 1941 in das Getto „Litzmannstadt“ (Łódź) deportiert, Josef am 15. Mai 1942 weiter nach Chełmno. Keiner überlebte. Zur Erinnerung an diese vier Menschen und an Alice Insel liegen Stolpersteine in Hamburg-Winterhude, Andreasstraße 16.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer

„Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident R 61/1940 (Alice Insel), R 616/1940 Alice Insel; 332-5 Standesämter 8130 Sterberegister Nr. 5/1935 Adele Münzer, 9797 Sterberegister Nr. 1938/1922 Adolph Aron Münzer; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 2080 Erna Cohn, 2979 Bertha Erna Cohn, 6589 Marianne Grossmann, 11904 Bertha Cohn, 19403 Lucie Lichtenstein; 351-12 I Amt für Wohlfahrtsanstalten 19 Juden in Anstalten; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M., Geburtsregister Nr. 939/1882 Alice Münzer; Auskünfte des Sanatoriums Dr. Schulze, Ülsby.

## ■ **Harry Jacob,**

**geb. am 29. 9. 1899 in Hannover, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Harry Jacob kam am 29. September 1899 in Hannover als Sohn des jüdischen Händlers Moritz Jacob und seiner Ehefrau Rosalie, geborene Moses, zur Welt. Er besuchte die Realschule bis zur Untersekunda und soll ein guter Schüler gewesen sein. Anschließend begann er eine kaufmännische Lehre. Harry Jacob nahm ab 1916 als Soldat beim Infanterie Regiment 73 am Ersten Weltkrieg in Russland und in Frankreich teil. Zeitweise war er als Sanitäter tätig. Zur Überwindung dauernder Müdigkeit erhielt er von einem Stabsarzt Morphium. Da er zu dieser Droge ohne Probleme Zugang hatte, entwickelte sich eine Rauschgiftsucht.

Nach der Entlassung aus der Wehrmacht im Frühjahr 1919 arbeitete Harry Jacob im Geschäft seines Vaters, wo er diesem 1000 Mark stahl, um sich Morphium kaufen zu können. Zwischen 1920 und 1922 unterzog er sich auf Kosten seines Vaters in Anstalten in Ilten und Langenhagen im Raum Hannover sowie in Göttingen und in Hildesheim mehreren Entziehungskuren, jedoch ohne Erfolg. Daraufhin verwies Harrys Vater seinen Sohn aus der elterlichen Wohnung. Harry Jacob war nun auf sich allein gestellt und beging wiederholt Diebstähle zur Finanzierung seines Rauschgiftkonsums. Bis September 1933 erhielt er insgesamt vierzehn Gefängnis- oder Zuchthausstrafen wegen Beschaffungsdiebstahls. Zwischen den Haftstrafen arbeitete er als Bauarbeiter. Nach seiner letzten Haftentlassung fand er von 1936 bis September 1937 Arbeit zunächst bei der Gartenbaudirektion in Hannover, danach bei der Hoch- und Tiefbaufirma Häntzsche & Klingenhöfer, die Staatsaufträge ausführte. Sie entließ Harry Jacob, weil er „Nichtarier“ war. Am 11. November 1937 fuhr Harry Jacob nach Hamburg, weil er fürchtete, wegen eines Diebstahls zu Lasten seines Mitbewohners in Hannover gesucht zu werden. Er übernachtete unter falschem Namen in verschiedenen Hotels am Hauptbahnhof und auf St. Pauli. Die Unterkünfte und das mehrfach von Ärzten verschriebene Morphium finanzierte er durch den Verkauf von Diebesgut. Vom 19. bis 21. November 1937 kam Harry Jacob im Daniel-Wormser-Haus

unter, einer jüdischen Hilfs-einrichtung für Obdachlose in der Westerstraße 27 in Hamburg-St. Georg. Kurz darauf, am 29. November 1937, entwendete er einem Dentisten in Eimsbüttel den Mantel, wurde von dem Geschädigten gestellt und in das Polizeigefängnis Hütten eingeliefert. Harry Jacob erklärte auf der Polizeiwache: „Ich habe aus Not gehandelt, da ich seit 2 Tagen nichts gegessen habe.“

In einem zur Vorbereitung des Strafprozesses vor dem Hamburger Landgericht eingeholten Gutachten über Harry Jacobs Schuldfähigkeit wird ausgeführt: „Unter Anerkennung einer seit Jahren bestehenden Rauschgiftsucht glaube ich annehmen zu müssen, daß für die hier in Frage stehenden Vorfälle, die in engem Zusammenhange mit der Rauschmittelsucht stehen, die Voraussetzungen des Abs. 2 des § 51 bejaht werden müssen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Rauschgiftsüchtige dem Drange, sich Rauschmittel zu verschaffen, im allgemeinen nicht zu widerstehen vermögen und daß sie unter einem solchen Zwange auch vor verbrecherischen Handlungen nicht zurückschrecken. Ich kann mich aber nicht entschließen, die Voraussetzungen des § 51 zu bejahen, besonders deshalb nicht, weil offenbar das Quantum, das J. an Rauschmitteln in der letzten Zeit genommen hat und das er nicht mehr wie früher intracutan [Injektion unter die Lederhaut], sondern per os [orale Einnahme] nahm, nicht erheblich gewesen ist.

Ich halte die Unterbringung des J. in einer Anstalt für nötig. Ich halte es für am zweckmäßigsten, ihn in einer Entziehungsanstalt unterzubringen. [...] Die Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt halte ich [...] nicht für zweckmäßig. Gez. Unterschrift“.



Mitteilung über Harry Jacobs angebliche Verlegung nach „Chelm“  
StaH

Das Amtsgericht Hamburg verurteilte Harry Jacob am 5. April 1938 „wegen fortgesetzten Diebstahls im Rückfall zu 2 (zwei) Jahren Gefängnis. [...] Die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt wird angeordnet.“ Die Urteilsbegründung enthielt die Androhung der Sicherungsverwahrung für den erneuten Rückfall bzw. eine Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt „wegen einer möglichen geistigen Erkrankung infolge ‚ewigen‘ Genusses von Rauschmitteln“.

Harry Jacob trat die Haftstrafe am 19. August 1938 an. Er verbüßte sie teilweise in der Strafanstalt Wolfenbüttel und wurde am 30. Juli 1940 aus dem Zuchthaus Fuhlsbüttel entlassen. Die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn teilte der Staatsanwaltschaft Hamburg mit, „Harry Jacob Israel wurde hier am 9. 8. 1940 eingeliefert. Von diesem Tage ab wird die endgültige Unterbringung an Jacob vollstreckt.“

Am 6. August 1942 teilte die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn der Oberstaatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg lapidar mit:

„Harry Jacob wurde am 23. 9. 1940 auf Anordnung des Reichsinnenministers nach Chelm b. Lublin verlegt“.

Dieser angeblichen Verlegung war folgendes vorausgegangen: Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion gegen Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten hatte das Reichsinnenministerium angeordnet, solche aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Langenhorner Anstalt beantragte mit Schreiben vom 18. September 1940 das Einverständnis der Hamburger Staatsanwaltschaft: „Auf Veranlassung des Reichsministers des Innern vom 30. 8. 1940 sollen geistesranke Juden in eine Sammelanstalt verlegt werden. Für die Verlegung kommen nur Volljuden deutscher oder polnischer Staatsangehörigkeit sowie staatenlose Juden in Frage. Der Abtransport erfolgt am 23. 9. 1940. Für den Transport kommt auch Harry Israel Jacob, geb. 29. 9. 1899 zu Hannover, in Frage. Um Kenntnisnahme und Zustimmung zu dieser Verlegung wird gebeten.“ Das Einverständnis kam postwendend.

Nachdem alle jüdischen Frauen und Männer aus den norddeutschen Anstalten in Langenhorn eingetroffen waren, wurden sie gemeinsam mit den dort bereits länger lebenden jüdischen Menschen am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt nach Brandenburg an der Havel gebracht und am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Harry Jacob wurde auf Beschluss des Amtsgerichts Hannover auf den 31. Dezember 1945 für tot erklärt. Auch seine Mutter Rosalie kam im Holocaust ums Leben. Sie wurde am 15. Dezember 1941 von Hannover nach Riga deportiert. Sein Vater war schon früher gestorben.

Für Harry Jacob soll ein Stolperstein in Hamburg-St. Georg, Westerstraße 27, gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht 03886-38 Harry Jacob; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abt. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Niedersächsisches Landesarchiv, Hannover, Nds. 725 Hannover Acc. 103/96 Nr. 236 Todeserklärungsverfahren Harry Jacob; Stadtarchiv Hannover, I 6053-Geburtsregister Nr. 5733/1899 Harry Jacob.

### ■ **Karl Jelenkiewicz,**

**geb. am 27. 6. 1896 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Karl Jelenkiewicz wurde am 27. Juni 1896 in der Klosterallee 25 in Hamburg-Harvestehude geboren. Seine Eltern, der Kaufmann Max Jelenkiewicz und dessen Ehefrau Rosa, geborene Rothschild, bekannten sich zum jüdischen Glauben. Sie hatten außer Karl noch drei Kinder: Recha Lisbeth, geboren am 3. Oktober 1869, Gertrud, geboren am 15. November 1891, und Margot, geboren am 25. August 1899, alle geboren in Hamburg.

Karls Vater gehörte die Getränkefabrik J. G. Wright, die sich mit der Herstellung von Brauselimonade befasste und englische Biere anbot. Er hatte das Unternehmen von Karls Großvater Lemmel, genannt Kaskel, übernommen, der 1884 gestorben war. Dieses Unternehmen bildete die Grundlage für ein materiell sehr gutes Leben der Familie. Nach den Eintragungen im Hamburger Adressbuch zog Karl Jelenkiewicz' Familie 1908 von der Klosterallee in die Parkallee 7.

Nach der Volksschule besuchte Karl Jelenkiewicz ab Oktober 1908 das Heinrich-Hertz-Realgymnasium und beendete den Schulbesuch 1916 mit der Mittleren Reife. Wenig später, am 4. November 1916, wurde Karl in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ aufgenommen. Sein Vater hielt ihn für unfähig, die mit dessen Mitte 1918 eintretender Volljährigkeit verbundene vollständige Geschäftsfähigkeit eigenverantwortlich wahrzunehmen. Er beantragte am 8. Mai 1917 die Entmündigung seines Sohnes und die Einrichtung einer vorläufigen Vormundschaft wegen „geistiger Entartung und Minderwertigkeit“. Zwar äußerte die „Irrenanstalt Friedrichsberg“ gegenüber der Vormundschaftsbehörde am 18. Mai 1917, Karl Jelenkiewicz leide an einer „psychischen Degeneration“, meinte aber wenige Tage später (am 4. Juni 1917), „daß der Zustand des Karl Jelenkiewicz nicht ein derartiger ist, dass er noch über seine Volljährigkeit hinaus gegen seinen Willen hier festgehalten werden muß.“



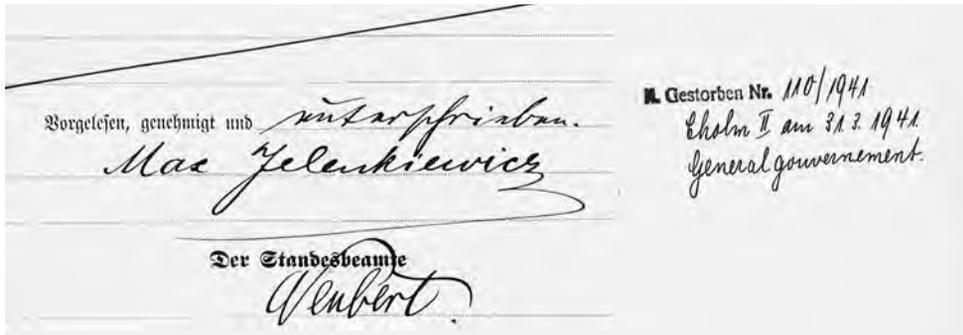
Grabstein von Max Jelenkiewicz, Karls Vater, auf dem Friedhof Ohlsdorf-Iländkoppel

*Ingo Wille*

umbenannten ehemaligen „Irrenanstalt Friedrichsberg“ am 7. Januar 1920 für einige Tage auf. Noch im Januar 1920 übersiedelte Karl Jelenkiewicz nach Hohenhorn im heutigen Kreis Herzogtum Lauenburg zu dem Hufner (Kleinbauer) Eggers. Er lebte sich dort nach dem Bericht seines Vormundes gut ein, sodass das Amtsgericht Hamburg Karls Entmündigung am 6. Mai 1922 aufhob. Ein halbes Jahr später, am 23. Dezember 1922, heiratete er die Christin Sophia Elisabeth Johanna Stemwede aus Hamburg. Das gefestigte Leben hielt jedoch nur kurze Zeit an. Karl erschoss Anfang des Jahres 1923 den Landmann Willms und beging zudem Brandstiftung. Es ist nicht überliefert, ob beide Taten miteinander in Verbindung standen und welche Motive ihnen zugrunde lagen. Die folgende im Februar 1923 begonnene Untersuchungshaft wurde Ende März durch einen Aufenthalt in Friedrichsberg wahrscheinlich zur Klärung seiner Schuldfähigkeit unterbrochen. Ende August 1923 setzte das Landgericht Altona Karl Jelenkiewicz wegen fehlender Zurechnungsfähigkeit „außer Verfolgung“. Für Karl schloss sich beginnend mit dem 11. September 1923 ein

Mit der Begründung, Karl neige infolge seiner Geistesschwäche zu Abenteuern, zu dummen Streichen und zum Schuldenmachen, leitete die Vormundschaftsbehörde „zur Abwendung einer erheblichen Gefährdung der Person und des Vermögens des Karl J.“ die Anordnung einer vorläufigen Vormundschaft ein. Am 1. August 1917 beschloss das Amtsgericht Hamburg Karl Jelenkiewicz' Entmündigung „wegen Geistesschwäche“. Karls Vater übernahm die Vormundschaft über seinen inzwischen volljährigen Sohn. Als Max Jelenkiewicz am 19. Dezember 1918 starb, lebte Karl noch in Friedrichsberg. Die Vormundschaft ging auf einen Großvetter aus Berlin über, mit dem Karl aus Kindertagen befreundet war.

Karls Mutter war nach dem Tod ihres Ehemannes in die Curschmannstraße 6 umgezogen. Dort nahm sie Karl bei dessen Entlassung aus der in „Staatskrankenanstalt“



Falsche Sterbenotiz auf Karl Jelenkiewicz' Geburtsurkunde

StGH

bis zu seinem Lebensende andauernder Anstaltsaufenthalt an, bis zum 16. September 1940 in der Landesheilanstalt Neustadt (Holstein), danach wenige Tage in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn.

Karl war in Neustadt nicht völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Der Besuch seiner Ehefrau im März 1936 ist in seiner Neustädter Akte dokumentiert. Obwohl die Ehe zwischen Karl und Sophia Jelenkiewicz am 13. Januar 1940 rechtskräftig geschieden worden war, besuchte Sophia ihren früheren Ehemann mindestens noch einmal im Juni 1940 in Neustadt. Sie hatte inzwischen wieder ihren früheren Familiennamen „Stemwede“ angenommen.

Wir kennen nur die für jedermann sichtbaren Ereignisse in Karl Jelenkiewicz' Leben, wissen aber nicht, welche (Schuld-) Gefühle auf ihm lasteten. Einen Hinweis auf schwere innere Auseinandersetzungen mag Karl Jelenkiewicz' Versuch vom 12. September 1940 geben, sich mit einer Rasierklinge die Pulsader der rechten Hand aufzuschneiden.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Karl Jelenkiewicz am 16. September in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die jüdischen Menschen nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt transportiert. Karl Jelenkiewicz wurde dem Transport zugeordnet. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion enthielten die Sterbemitteilungen falsche Angaben und es wurde behauptet, der oder die Betroffene sei in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben. So wurde auf dem

Geburtsregistereintrag von Karl Jelenkiewicz wahrheitswidrig notiert, dass das „Standesamt Cholm II“ seinen angeblich am 31. März 1941 eingetretenen Tod unter der Nummer 110/1941 registriert hat.

Rosa Jelenkiewicz, Karls Mutter, wohnte viele Jahre in einer Dreizimmer-Eigentumswohnung in der Lenhartzstraße 15. Sie sah sich 1936 oder 1937 aufgrund der Verfolgungsmaßnahmen gezwungen, die Wohnung und die darin enthaltenen Gegenstände weit unter ihrem Wert zu verkaufen und wohnte nun in der Unnastraße 14 in Hoheluft-West und zur Untermiete in der Alten Rabenstraße 9 bei Lippstadt in Rotherbaum. Im Juli 1942 musste sie in das jüdische Altersheim in der Schäferkampsallee 27, eine der Zwangsunterkünfte für Juden, umziehen. Noch in demselben Monat erhielt Rosa Jelenkiewicz den Deportationsbefehl. Sie wurde am 15. Juli 1942 mit 924 weiteren Jüdinnen und Juden nach Theresienstadt deportiert. Am 21. September 1942 wurde sie von Theresienstadt nach Treblinka weiterdeportiert und ermordet. Das Amtsgericht Hamburg erklärte sie mit Beschluss vom 21. Dezember 1964 „auf das Ende des Jahres 1945“ für tot.

Karl Jelenkiewicz' drei Schwestern hatten geheiratet und auch Kinder bekommen. Zwei – Margot, verheiratete Kaiser, und Gertrud, verheiratete Selig – verließen Deutschland und emigrierten rechtzeitig mit ihren Familien in die USA.

Recha Lisbeth, verheiratete Borchardt, floh mit ihrem Ehemann Sigmund und ihrem Sohn Otto nach Belgien. Recha und Sigmund Borchardt versteckten sich in einem Hinterzimmer der Wohnung der nichtjüdischen belgischen Familie Joseph Pauwels, 121 Avenue des Statuaires, Uccle, in der Nähe von Brüssel. Sigmund Borchardt starb in dem Versteck, seine Ehefrau Recha Lisbeth überlebte. Ihr Sohn Otto berichtete später: „Bei mehrfachen Eindringen von Nazis (wahrscheinlich Gestapo) in die Wohnung von Herrn Pauwels, hatte dieser immer auf eigene Lebensgefahr erklärt, dass bei ihm keine Juden wohnen. Dafür ist ihm von der Belgischen Regierung eine Auszeichnung, la medaille de la resistance, La Commemorative etc., verliehen worden. Die Furcht vor der Entdeckung, die Selbstinhaftierung in dem Hinterzimmer, das Fehlen von Arznei, ausreichender Lebensmittel und Kohle etc. etc. sind derartig ungeheuer und menschenunwürdig fuer meine bis dahin sehr wohlhabenden Eltern gewesen, dass mein Vater im August 1944 in diesem Zimmer ohne Arznei oder Betreuung durch einen Arzt verkommen ist. Seine Leiche musste mehrere Tage im Zimmer mit meiner Mutter bleiben, bis man ihn in der Nacht mit falschen Papieren auf einen katholischen Friedhof bringen konnte; meine Mutter durfte wegen der Gefahr der Entdeckung die Leiche meines Vaters nicht begleiten.“ Wie es Otto Borchardt gelungen war, der Verfolgung zu entkommen, ist nicht überliefert.

Für Rosa Jelenkiewicz liegt ein Stolperstein in der Alten Rabenstraße 9 in Hamburg-Rotherbaum. Neben dem für seine Mutter liegt auch der Stolperstein für Karl Jelenkiewicz, obwohl er dort nie wohnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident R 1940\_293 Jelenkiewicz; 332-03 Zivilstandsaufsicht A 4 Geburtsregister Nr. 1157/1866 Rosa Rothschild, A 177 Geburtsregister Nr. 3350/1874 Minna Philippine Jelenkiewicz; 332-5 Standesämter 2203 Nr. 4097/1889 (1) Geburtsregister Recha Lisbeth Jelenkiewicz; 980 Sterberegister Nr. 332/1931 Ivan Selig, 6332 Geburtsregister Nr. 2112/1893 Sophia Elisabeth Stemwede, 8741 Heiratsregister Nr. 390/1920 Margot Jelenkiewicz, 9066 Geburtsregister Nr. 1625/1891 Gertrud Jelenkiewicz, 9121 Geburtsregister Nr. 1140/1896 Karl Jelenkiewicz, 9769 Sterberegister Nr. 4246/1918 Max Jelenkiewicz, 9939 Sterberegister Nr. 545/1943 Sophia Elisabeth Johanna Stemwede, 13089 Geburtsregister Nr. 1746/1899 Margot Jelenkiewicz. 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1027 Jelenkiewicz, 351-11 Amt für Wiedergutmachung 13552 Gertrud Selig geb. Jelenkiewicz, 22705 Jelenkiewicz Margot verh. Kaiser; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 522-1 Jüdische Gemeinden 922 e 2 Deportationslisten; LAS Abt. 377 Nr. 801 Neustadt; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Karl Jelenkiewicz der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig.

### ■ **Mathilde Jordan, geb. Lehmann,**

**geb. am 17. 1. 1880 in Speyer, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Mathilde Jordan wurde am 17. Januar 1880 als Tochter des Viehhändlers Jakob, genannt Gerson Lehmann I., und seiner Ehefrau Karoline, geborene Mayer, in Speyer geboren. Mathildes Eltern bekannten sich zum jüdischen Glauben. Jakob Lehmann hatte Karoline Mayer etwa 1878 in zweiter Ehe geheiratet. Seine erste Ehefrau Susanna, geborene Berg, geboren 1842, war am 1. September 1877 in Speyer gestorben. Mit ihr hatte er sechs Kinder: Flora, geboren am 6. Juni 1864, Samuel, geboren am 18. März 1866, Ludwig, geboren am 22. Januar 1869, Isaak, geboren am 22. Dezember 1870, gestorben am 2. November 1893, Markus, geboren am 9. März 1872, und Karolina, geboren am 11. Oktober 1874. Mit Ausnahme der in Speyer geborenen Karolina kamen alle Kinder in Gommersheim, einem kleinen Ort im Gebiet der südlichen Weinstraße, zur Welt.

Als Jacob Lehmanns erst 35 Jahre alte Ehefrau Susanna gestorben war, heiratete er wenig später erneut. Mit seiner zweiten Frau Karoline, geborene Mayer, geboren am 19. November 1845 (1843), bekam er weitere vier Kinder: Arnold, geboren am 10. Januar 1879, Mathilde, geboren am 17. Januar 1880, Melanie, geboren am 21. Januar 1882, und Paula, geboren am 26. Januar 1885. Alle vier Kinder kamen in Speyer zur Welt.

Für die Lebensgeschichte von Mathilde Jordan, geborene Lehmann, stehen nur sehr wenige Informationen zur Verfügung. So ist nichts bekannt über ihre Kindheit und Jugend, über ihren Ehemann und über den Zeitpunkt der Eheschließung.



Falsche Sterbenotiz auf Mathilde Jordans Geburtsregistereintrag

StaH

Wann Mathilde Jordan im Versorgungsheim Oberaltenallee aufgenommen wurde, wissen wir nicht. Als Grund für die Aufnahme findet sich der Hinweis, dass sie an einer „Geisteskrankheit“ litt. Am 16. Oktober 1939 wurde sie von dort in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn verlegt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Mathilde Jordan. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Auf dem Geburtsregistereintrag von Mathilde Jordan wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 446/1941 registriert hat.

Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch), einer Stadt östlich von Lublin. Auch gab es in Chelm kein deutsches Standesamt. Dessen Erfindung und die Verwendung späterer als der tatsächlichen Sterbedaten dienten dazu, die Mordaktion zu verschleiern und zugleich entsprechend länger Verpflegungskosten einfordern zu können.

Die Schicksale von Mathilde Jordans Geschwistern liegen weitgehend im Dunkeln. Isaak Lehmann, der wie sein Vater als Handelsmann tätig war, starb bereits am 2. November 1893. Melanie ging 1909 die Ehe mit Gustav Bauer ein, von dem nicht bekannt ist, ob er jüdischer Abstammung war. Paula heiratete 1913 Siegmund Strauss aus Hahnheim im heutigen Landkreis Mainz-Bingen. Für Mathilde Jordan ist ein Stolperstein in Hamburg-Uhlenhorst, Oberaltenallee 60 (chem. Versorgungsheim Oberaltenallee) vorgesehen.

Ingo Wille

**Quellen:** 1; 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Stadtarchiv Speyer, Sterberegister Nr. 333/1877 Susanne Lehmann, Geburtsregister Nr. 8/1879 Arnold Lehmann, Geburtsregister Nr. 23/1880 Mathilde Lehmann, Geburtsregister Melanie Lehmann Nr. 25/1882, Geburtsregister Nr. 44/1885 Paula Lehmann, Sterberegister Nr. 406/1893 Isaak Lehmann, Heiratsregister Nr. 198/1913 Siegmund Strauss/Paula Lehmann; Johannes Bruno, Schicksale Speyerer Juden 1800 bis 1980, Speyer 2000, S. 297 f.; Bernhard Kukatzki, Die Juden im Gäudorf Gommersheim. Eine historische Skizze, Landau 1995.

■ **Hermann Jurmann,**  
**geb. am 6. 11. 1908 in Lübeck, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Hermann Jurmann wurde am 6. November 1908 in Lübeck geboren als jüngstes Kind von Simmel Jurmann, geboren 1864, und seiner Frau Ethel, geborene Lichtenthal, geboren 1865. Das Ehepaar stammte aus der Stadt Horodenska, damals zu Österreich-Ungarn, später zu Polen und heute zur Ukraine gehörend, und war 1898 mit seinen drei Töchtern Libe, Chana und Marianne sowie den drei Söhnen Lucyas (Leiser, Eliezer), Itzig Isaak und Abraham Wolf nach Lübeck gekommen. Hier wurden 1902 Salomon und schließlich 1908 Hermann geboren. Auch die beiden in Lübeck geborenen Kinder galten wie die Eltern und Geschwister zunächst als österreichische, später als polnische Staatsangehörige.

Nach mehreren Wohnungswechseln fand die Familie ihr Zuhause in der Marlesgrube 46, wo sie eine Wohnung im ersten Stock bewohnte. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte der Kaufmann



Wohnhaus der Familie Jurmann in Lübeck,  
Marlesgrube 46  
*Ingo Wille*

Simmel Jurmann das Haus erwerben. Im Erdgeschoss befand sich sein Geschäft für An- und Verkauf gebrauchter Kleidung. Über Hermann Jurmanns Kindheit und Jugend lässt sich bisher wenig sagen. Am 7. Juli 1925, also mit annähernd 17 Jahren, wurde er im Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk in Lübeck-Moisling aufgenommen, das 1906 als sogenannte „Idiotenanstalt“ vom „Verein zur Fürsorge für Geistesschwache“ gegründet worden war.

Das Heim Vorwerk wird als „offen“ beschrieben. Besuche im Elternhaus waren einmal pro Vierteljahr möglich, und sicher wird Hermann Jurmann auch von seinen Eltern und Geschwistern besucht worden sein. Wie aber die stark christlich geprägte Einrichtung auf die Bedürfnisse ihrer kleinen Anzahl von Zöglingen aus jüdischen Elternhäusern einging, darüber lässt sich nichts sagen.

Mit dem 1. Januar 1934 trat das 1933 erlassene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Kraft. Paul Burwick, der Leiter des Heimes Vorwerk, war ein entschiedener Befürworter der Maßnahme. So schrieb er im Jahresbericht 1934: „In diesem Jahre wirkte sich das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses aus – wir wiesen seit Jahren auf den Segen dieser und die Notwendigkeit dieser zwingenden Maßnahmen hin. Aus dem Vorwerker Heim wurde bei 47 Insassen der Eingriff gemacht.“

Die Namen der Betroffenen lassen sich nicht feststellen, aber der nunmehr 26-jährige Hermann Jurmann dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit dabei gewesen sein. Akten des zuständigen „Erbgesundheitsgerichts“, in diesem Fall beim Lübecker Amtsgericht, könnten Auskunft geben, sind jedoch noch verschlossen.

Hermanns Eltern flüchteten 1935 in die Tschechoslowakei. Auch Hermanns vier Brüder lebten längst nicht mehr in Lübeck. Lucyas war schon 1920 nach Kopenhagen gegangen, Abraham Wolf nach Dresden und Salomon nach Ostfriesland gezogen; Isaak lebte mit seiner Frau und den drei Kindern in Hannover. Hermann Jurmanns ältere Schwestern Libe und Chana waren schon vor seiner Geburt in die USA ausgewandert.

Lediglich Hermanns Schwester Marianne (Marjam) war noch mit ihrem Ehemann in Lübeck geblieben. Doch nachdem er, der Uhrmacher Oskar Zipper, von einem Trupp Nazis überfallen, misshandelt und anschließend verhaftet worden war, flüchteten auch sie im Mai 1936, und zwar nach New York.

Es ist nicht überliefert, wie es Hermann Jurmann im Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk, insbesondere nach der Ausreise seiner Angehörigen aus Deutschland, erging. Als der Staat die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden polnischer Staatsangehörigkeit im Herbst 1938 nach Polen abschieben wollte, sollte zunächst auch Hermann Jurmann in diese Aktion einbezogen werden. Er blieb davon aber verschont, weil seine Staatsangehörigkeit ungeklärt war. Schon wenig später brach erneutes Unheil über Hermann Jurmann herein. Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langen-

horn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Hermann Jurmann traf am 16. September 1940 zusammen mit neun weiteren jüdischen Kindern und Jugendlichen aus dem Heim Vorwerk in Langenhorn ein und wurde dem Transport zugeordnet. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet.

Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurden in den Sterbemitteilungen falsche Angaben verwendet und behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So wurde auf dem Geburtsregistereintrag von Hermann Jurmann notiert, dass das „Standesamt Chełm II“ seinen Tod unter der Nummer 406/1941 registriert hat. Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chełm/Cholm.

Das weitere Schicksal von Hermann Jurmanns Eltern nach ihrer Flucht ist nicht bekannt. Sie wurden auf den 8. Mai 1945 für tot erklärt.

Die Spuren von Hermanns Bruder Isaak und dessen Frau Dora verlieren sich wie die ihrer beiden Söhne Felix und Philip im Warschauer Getto. Hermanns Bruder Abraham Wolf, der zuletzt mit seiner Familie in Dresden gelebt hatte, gelang 1939 die Flucht nach England. Seine Frau und die beiden Söhne Manfred, geboren am 31. Oktober 1926, und Esra, geboren am 20. September 1929, wurden nach Riga deportiert, wo Bertha Jurmann am 3. August 1944 im Außenlager Stradsdenhof des KZ Riga-Kaiserwald ums Leben kam. Manfred Jurmann starb am 2. Februar 1945 auf einem Todesmarsch. Nur Esra Jurmann kam mit dem Leben davon und lebte nach dem Krieg mit seinem Vater zusammen in England. In seinen Erinnerungen „Vor allen Dingen war ich ein Kind“ hat er das Schicksal seiner Familie sehr eindrücklich beschrieben. Hermanns Bruder Lucyas (Leiser, Eliezer) konnte mit seiner aus Kopenhagen stammenden Frau Miriam Jurmann, geborene Grün, nach Palästina entkommen, sein Bruder Salomon in die USA. Mit dem Dampfer „Manhattan“ kam er im Juli 1936 in New York an und ließ sich später als Sol Yurman in Chicago nieder.

Für Hermann Jurmann liegt ein Stolperstein im Eingangsbereich der Vorwerker Diakonie in Lübeck, Triftstraße 139–143.

*Heidemarie Kugler-Weimann*

**Quellen:** 5; 8; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn, Patienten-Karteikarte Hermann Jurmann; Stadtarchiv Lübeck, Geburtsurkunde Hermann Jurmann Nr. 2351/1908; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; www.ancestry.de über Salomon Jurmann, Jenner, Kinder- und Pflegeheim Vorwerk, S. 187; Esra Jurmann, Vor allen Dingen war ich ein Kind. Erinnerungen eines jüdischen Jungen aus Pirna, Dresden 2008; www.stolpersteine-luebeck.de [24. 1. 2017].

■ **Sophie Kasarnowsky,**

**geb. 1894 (?) in Brovari/Brovary (heute Ukraine), ermordet am 23. September 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Sophie Kasarnowsky stammt wahrscheinlich aus Brovary, damals zu Russland gehörend. Sie wurde etwa 1894 geboren und gehörte wahrscheinlich dem jüdischen Glauben an. Im April/Mai 1923 wurde sie wegen einer „Geisteskrankheit“ in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen. Das Aufnahmedatum ergibt sich aus der noch vorhandenen Patienten-Karteikarte, auf der als Vorname „Schifre“ notiert wurde.

Anscheinend hatte Sophie Kasarnowsky Anfang der 1920er-Jahre versucht, von Hamburg aus in die USA auszuwandern. Hamburg war neben Bremen im 19. und im 20. Jahrhundert einer der großen Auswandererhäfen. Die Emigranten kamen aus Deutschland und vielen Ländern Osteuropas. Die meisten wollten die USA in New York betreten. Sie mussten aber zunächst auf Ellis Island eine Kontrollprozedur ertragen, mit der ihre Eignung für das neue Land geprüft wurde.

Die Einwanderungsbeamten ließen nur leistungsfähige Menschen ins Land, die voraussichtlich ihren Lebensunterhalt würden selbst verdienen können. Zu diesem Zweck wurden die Einwanderer einer „Muskelpfprüfung“ unterzogen. Wer den Beamten als psychisch oder physisch ungeeignet erschien, wurde zurückgewiesen. Menschen, die diese Einreisekontrollen nicht bestanden, wurden rigoros an der Einreise gehindert und in den Herkunftshafen zurückgeschickt. Der Reeder musste die Rückreisekosten für die fast immer mittellosen Menschen übernehmen. In Hamburg angekommen, wurden die „Rückwanderer“ zunächst meistens im Hafenkrankenhaus aufgenommen und bei geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ (ab 1918/1919 „Staatskrankenanstalt Friedrichsberg“) zugeführt. Zu ihnen gehörte wahrscheinlich auch Sophie Kasarnowsky. Die Hapag hatte ihre Rückreisekosten übernommen und musste ihren Klinikaufenthalt in Hamburg finanzieren. Anscheinend fanden die Behörden keinen Heimatort, in den man Sophie Kasarnowsky hätte abschieben können, denn sie wurde am 4. September 1926 in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn verlegt und blieb dort bis zum 23. September 1940.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Am 23. September 1940 wurden die jüdischen Menschen nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt, einem für Tötungszwecke abgetrennten Teil des früheren Zuchthauses mitten in der Stadt, transportiert. Unter ihnen befand sich Sophie Kasarnowsky. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbe-

mitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Sophie Kasarnowsky hatte nach den Recherchen keine persönliche Adresse in Hamburg, sodass kein individueller Ort besteht, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Sophie Kasarnowsky der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Volker Hess/Heinz-Peter Schmiedebach (Hrsg.), Am Rande des Wahnsinns. Schwellenräume einer urbanen Moderne, Wien 2012; <http://www.european-emigration.com/de/hamburger-passagierlisten.html> [5. 6. 2016].

## ■ **Bertha Kaufmann,**

**geb. am 20. 9. 1878 in Stuttgart, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Bertha Kaufmann wurde am 20. September 1878 in Stuttgart als sechstes und jüngstes Kind einer dort ansässigen jüdischen Kaufmannsfamilie geboren. Der Vater, Wilhelm Kaufmann, starb 1895 an Typhus. Bertha Kaufmanns Mutter Henriette zeigte stark wechselnde Stimmungen, mal zärtlich, mal gereizt und heftig. Sie drohte mit Selbsttötung. Gegen ihre Dienstboten war sie gewalttätig. 1907 kam sie in die „Flamm’sche Privat-Heilanstalt“ im Schloss Pfullingen am Rande von Reutlingen, weil sie Wahnvorstellungen äußerte. Ende Juli 1908 hatte sich ihr Zustand soweit gebessert, dass sie entlassen werden konnte. Kurz darauf wurde sie auf eigenen Wunsch erneut aufgenommen und blieb bis zu ihrem Tode am 17. März 1913 in der Anstalt.

Bertha Kaufmann entwickelte sich schon in frühen Jahren zu einem Problemkind. In der Schule soll sie wenig aktiv bis faul gewesen sein und negativ über Lehrer geredet haben. Später bezeichnete sie sich selbst als schlechte Schülerin und sah die Ursache dafür bei den Brüdern, die sie sehr verwöhnt hätten. Mit zwölf Jahren musste sie eine höhere Töchter-schule verlassen. Danach besuchte sie drei Jahre eine andere und schließlich 18 Monate eine Stickschule. Privat erhielt sie Musikstunden und von einer nach Berthas Erzählung „sehr frommen Pastorentochter“ Malunterricht.

Bertha Kaufmann konnte es nach Angaben ihres Bruders Karl nie lange an einem Ort aushalten. Sie bekam überall Konflikte mit ihrer Umgebung, wusste nicht mit Geld



Bertha Kaufmann, 1931  
*IMGWF*

umzugehen und war außerstande, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie hielt sich von jeher für eine bedeutende Person, für eine sehr begabte Sängerin und Malerin. Sie las schwerverständliche Abhandlungen, suchte den Anschluss an „christliche Damen“. Sie kleidete sich so auffällig, dass die Kinder spottend hinter ihr herliefen.

Am 15. Mai 1906, Bertha Kaufmann war 27 Jahre alt, wurde sie zum ersten Mal in eine „Irrenanstalt“ aufgenommen, und zwar in die Psychiatrische Universitätsklinik Tübingen. Bei ihrer Einlieferung berichtete die von Bertha als „Missionarin“ bezeichnete Begleiterin, Bertha sei von jeher eine Schwärmerin gewesen, ihr Kopf sei angefüllt mit Kunst und Literatur. Sie beschäftige sich mit Heiratsgedanken, richte ihre Aussteuer her, zerschneide dabei aber die schönsten Kleider in sinnloser Weise. Sie sei reizbar, vertrage keinen Widerspruch und werde sogar gewalttätig gegen ihre Mutter.

Als Bertha während eines Verhältnisses mit einem Maler schwanger geworden sei, habe sie Tobsuchtsanfälle bekommen und alles zertrümmert. Bertha selbst behauptete aber noch Jahre später, nicht zu wissen, wie sie schwanger geworden war. Als die Schwangerschaft bemerkt wurde, habe die Familie sie nach Berlin geschickt. Dort sei das Kind zur Welt gekommen, aber nach wenigen Tagen an „Lebensschwäche“ gestorben.

Auf öffentlichen Straßen fühlte sich Bertha Kaufmann beobachtet und verfolgt. Sie meinte, jedermann sähe ihr ihre Vergangenheit an. Vermutlich bezog sich dies auf ihre nichteheliche Schwangerschaft. In Tübingen wechselten Stimmung und Verhalten. Manchmal war sie still und gedrückt, dann schimpfte sie mit unflätigen Ausdrücken auf die Pflegerinnen und unterstellte, dass Essen sei vergiftet. Auf Wunsch ihrer Mutter wurde Bertha Kaufmann am 13. Juli 1906 „ungeheilt“ entlassen.

Nach Aufhalten in der Heilanstalt Rottenmünster bei Rottweil, in der Heil- und Pflegeanstalt Pfullingen und in der „Kranken- und Irrenabteilung“ des Bürgerhospitals

Stuttgart lebte Bertha Kaufmann von Mai 1914 bis Juli 1920 in Freiheit. Sie wechselte sehr oft ihren Aufenthaltsort, bis sie schließlich nach Hamburg kam. Hier lebte ihr Bruder Karl, von dem sie sich Unterstützung erhoffte.

In der Zeit vor ihrer ersten Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg am 8. Juli 1920 wohnte sie im Christlich-Sozialen Frauenseminar des Vereins für Christliche Privat-Seminare e. V. in der Straße Wartenau 7a. Auch hier nahm die Leiterin sie als in ihren Stimmungen schwankend wahr. Bei ihrer Ankunft war sie erregt und völlig ruhelos. Am liebsten saß sie in einem Zimmer allein, auch wenn es ungeheizt war. Eine Anstellung in einem Stickereigeschäft gab sie nach wenigen Tagen auf, weil ihr der Umgang nicht zusagte. Im Haus des Frauenseminars fühlte Bertha Kaufmann sich immer zurückgesetzt, missverstanden und benachteiligt. Die Mitarbeiterinnen dort empfanden sie als sehr schwierig.

Aufgrund eines Attestes des Leiters der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, Professor Wilhelm Weygandt, wurde Bertha Kaufmann am 8. Juli 1920 dort aufgenommen. Sie gab bei der Aufnahme über ihre Familienverhältnisse laut Patientenakte zutreffend Auskunft, berichtete jedoch stark überzeichnet über ihren eigenen Werdegang. Ihre erste Aufnahme in einer „Irrenanstalt“ sei auf ihr eigenes Betreiben erfolgt. Sie habe sich absichtlich „immer gemeiner“ benommen, um einer geplanten Ehe mit einem ungebildeten Manne zu entgehen. Einen Mann habe sie sehr geliebt, wolle darüber aber nicht sprechen. Sie sei immer in die Anstalten gelaufen, wenn ihr etwas nicht passte. Nach dem Tod ihrer Mutter (März 1913) sei sie viel umhergereist, habe auch mal in ein katholisches Kloster gewollt. Schließlich sei sie in Hamburg gelandet, nachdem sie in Stuttgart „grässlich viele Schulden“ (1000 RM) zurückgelassen habe. Sie empfinde es als selbstverständlich, dass ihre Brüder für sie sorgten.

Als Bertha Kaufmann am 16. Oktober 1920 aus der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg entwich, wurde sie nach einigen Stunden von ihrem Bruder Karl Kaufmann zurückgebracht. Am 18. April 1921 schließlich wurde Bertha Kaufmann mit Einwilligung ihres Vormunds, Pastor Herdmüller, „gebessert“ aus Friedrichsberg entlassen. Ihre Adresse lautete nun Siechenheim Elim in Hamburg-Eppendorf. Am 10. Dezember 1921 kam es zur zweiten Aufnahme in Friedrichsberg. Die Berichte über ihren Krankheitszustand lesen sich wie die während des ersten Aufenthalts. Viereinhalb Jahre später, am 13. Juli 1926, durfte sie Friedrichsberg wiederum verlassen, und zwar mit der Beurteilung „gebessert“.

Bertha Kaufmann lebte nun in verschiedenen Pensionen und bei Privatpersonen. Nach einer Zwischenstation in einer Anstalt in Schleswig-Holstein will sie zwangsweise „in Tücher gewickelt“ mit 80 anderen Kranken in die Anstalt Kropp bei Schleswig überstellt worden sein. Ein Rabbiner (Dr. Benjamin Cohen, von 1928 bis 1938 Bezirksrabbiner von Friedrichstadt) habe sie aus der Anstalt gerettet. Sie habe dann bei ihm wohnen dürfen. Nach einem Streit, in dem sie dem Rabbiner erklärte, „Jetzt hab’ ich Eure Frömmigkeit aber satt, adieu!“, kehrte sie nach Hamburg zurück. Sie wohnte kurzzeitig bei ihrem Bru-

der, danach in einem jüdischen Mädchenpensionat. Hier wollte sie sich ein Klavier kaufen, um mit Gesang großartig aufzutreten. Doch weil ihr die Noten fehlten, kam es nicht zu der Darbietung, sondern zu einem heftigen Streit, in dessen Folge der herbeigerufene Vormund für ihre zwangsweise Einweisung in das Krankenhaus Eppendorf sorgte.

Seit dem 22. Juni 1930 befand sich Bertha Kaufmann wiederum in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. In den beiden Folgejahren bis zu ihrer Entlassung am 11. März 1932 wurde ihr Verhalten wie schon bei ihren früheren Aufenthalten dort beschrieben. Anschließend wohnte Bertha Kaufmann in der Pension der Witwe Regina Bachrach in der Klosterallee 14 zum letzten Mal außerhalb von Anstalten. Am 30. August 1933 wurde sie wiederum in Friedrichsberg aufgenommen und von dort am 13. Juli 1934 mit der Diagnose „Schizophrenie“ in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn verlegt.

Über Bertha Kaufmanns Verhalten bzw. ihr Krankheitsbild in Langenhorn mag die in ihrer Krankenakte vom Oktober 1934 enthaltene Notiz einen Eindruck vermitteln:

„Hat noch viel Reibungen mit Mitpatientinnen, über deren derbe Ausdrucksweise oder ‚Antisemitismus‘ sie wehklagend pathetische Beschwerden vorbringt. Schimpft auf der Abt. dauernd auf die Ärzte und Schwestern, alles ist ihr nicht gut genug. Sie verlangt dauernd Garderobestücke, die gar nicht mehr vorhanden sind. Sucht die Schwestern zu überreden, für sie feine Kleider, Lackschuhe usw. zu kaufen. ‚Mein Bruder wird schon alles bezahlen‘. Schimpft tüchtig auf die Christen.“

Nach knapp einem Jahr, am 3. April 1935, wurde Bertha Kaufmann in die Heilanstalt Strecknitz in Lübeck verlegt, wo aufgrund der überfüllten Hamburger Einrichtungen immer wieder Hamburger Patienten untergebracht wurden. Die Berichte über Bertha Kaufmanns Verhalten gleichen vorhergehenden, sind nun jedoch in deutlich diskriminierender Tendenz abgefasst: „Überschüttet den Arzt immer noch mit ihrem gleichzeitig konfusen und stereotypen Redeschwall, hat dauernd zu querulieren, zu nörgeln, sich zu beklagen und zu beschweren, erinnert oft an das wohlbekannte Zustandsbild der ‚jüdischen Quengelpsychose‘. Unbeeinflussbar und unbelehrbar, ganz einsichtslos. Stereotyp hoheitsvoll-herablassend in ihrem Wesen. Schreibt konfuse Briefe voller dringender Wünsche.“

Nach einer längeren Phase relativer Ruhe wechselte Bertha Kaufmann am 5. Juni 1936 in eine private Pflegestelle in Lübeck. Schon elf Tage später musste dieser Versuch wieder aufgegeben werden. Bei ihrer Wiederaufnahme in Strecknitz schimpfte sie wieder über ihre Unterbringung, redete unaufhaltsam und zeigte laut Aktennotiz einen lebhaften und „ganz gleichbleibenden Affekt (expansiv, reizbar-empfindlich mit querulatorischer Färbung), jüdische Quengelpsychose“. Ein weiterer Versuch, Bertha Kaufmann in Familienpflege zu geben, wurde trotz einer Anregung ihres neuen Vormunds, Dr. N. M. Nathan, Syndikus der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg, nicht mehr unternommen. Sie blieb nun in der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffent-

lichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Bertha Kaufmann traf am 16. September 1940 in Langenhorn ein und wurde diesem Transport zugeordnet.

In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung der Mordaktion enthielten Sterbemitteilungen falsche Angaben, und es wurde behauptet, der oder die Betroffene sei in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben.

Bertha Kaufmanns Bruder Karl, geboren am 17. März 1872 in Stuttgart, war mit Amalie Bodenheimer, geboren am 3. Mai 1873, verheiratet. Das Ehepaar lebte am Woldsenweg 14 in Hamburg-Eppendorf, später in der Straße Vogelreth 9a im Stadtteil Steinwerder. Karl und Amalie Kaufmann verließen Hamburg 1933 und zogen nach Prag. Ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt. Ein weiterer Bruder soll sich infolge finanzieller Probleme das Leben genommen haben. Das Schicksal der beiden anderen Brüder ist unbekannt. Berthas einzige Schwester war in Amerika verheiratet.

Für Bertha Kaufmann ist ein Stolperstein in Hamburg-Harvestehude, Oberstraße 18 (ehemals Klosterallee 14), vorgesehen.

**Heilanstalt Strecknitz Lübeck**

**Attenvermerk**

(3.4.1935)

Dev. 144 hier am 16.7.1936 aufgenommen  
 Bertha Kaufmann geb. 20.9.1878 in Stuttgart

ist am 16. September 1940  eingeliefert  aus der bisherigen Anstalt entlassen  
 nach vorheriger Kenntnis, Hamburg-Langenhorn, Heil- u. Pflegeanstalt.

Kaufmann (14) Minder. bei 16. September 1940.

Ufg.

1. Ausstragen a)  Rührloch  
 b)  Tageloch  
 c)  Sanität  
 d)  Metallloch

2. Malsicht an a)  Gehirnhirnsaum  
 b)  vergrößerte Mittelohrdrüse  
 c)  Metallloch MS

Lübeck, den 16. September 1940.

63

Vermerk über Bertha Kaufmanns „Verlegung“ nach Langenhorn  
 IMGWF

**Quellen:** 1; 4; 5; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Bertha Kaufmann der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Bertha Kaufmann der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; IMGWF Lübeck, Patientenakte Bertha Kaufmann der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; Stadtarchiv Stuttgart, Geburtenbuch Stuttgart-Mitte Geburtsregister Nr. 3277/1878 Bertha Kaufmann; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“; Datenpool Erich Koch, Schleswig.

## ■ **Max Kaufmann,**

**geb. am 25. 3. 1888 in Altona, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Max Kaufmann, geboren am 25. März 1888, war der Sohn des Kaufmanns Josef Kaufmann, geboren 1846 in Goch im Kreis Kleve, und seiner Ehefrau, der 1875 geborenen Male Lewie aus Altona. Das sich zum jüdischen Glauben bekennende Ehepaar hatte drei weitere Söhne: Iwan, geboren am 6. November 1886, Hans, geboren am 17. Juni 1889, und Carl, geboren am 12. Mai 1892. Alle Kinder kamen in Altona zur Welt.

Elf Monate nach der Geburt seines jüngsten Sohnes starb Josef Kaufmann am 9. April 1893 im Alter von 46 Jahren in seiner Wohnung am Waterloohain 8 in Eimsbüttel. In der Sterbeurkunde wurde sein Beruf als „Agent“ (Vertreter) angegeben.

Max Kaufmann arbeitete in den Jahren 1921 bis 1923 als Bürogehilfe bei der Buch- und Zeitschriftenhandlung H. Langmaak in der Marcusstraße 19 in Hamburg-Neustadt. Er blieb ledig. Auf seiner Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde sind vier unterschiedliche Adressen notiert. Danach wohnte er in der Eimsbütteler Straße 45 im Stadtteil Eimsbüttel bei dem Künstleragenten William Fontheim, der hier seit 1917 gemeldet war. Es folgten Untermietverhältnisse am Paulinenplatz 5 auf St. Pauli, in der Speckstraße 5 in der Hamburger Neustadt und schließlich in der Rendsburger Straße 7 wieder auf St. Pauli bei der Witwe Emma Falkendahl. Deren Mann war im August 1923 gestorben, sodass Max Kaufmann frühestens seit dieser Zeit hier gewohnt haben dürfte.

Am 12. Februar 1929 wurde Max Kaufmann wegen einer psychischen Erkrankung in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn aufgenommen. Weitere Einzelheiten sind nicht bekannt. Anscheinend blieb er in den folgenden Jahren in Langenhorn.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langen-



Falsche Sterbenotiz auf Max Kaufmanns Geburtsurkunde  
 StaH

horn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Max Kaufmann. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gas-mordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) verstorben seien. So wurde auf Max Kaufmanns Geburtsregistereintrag notiert: „Gestorben am 30/1.41. Nr. 375/41 Chelm II“. Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chelm/Cholm, einer Stadt östlich von Lublin.

Über den Lebensweg und das Schicksal von Max Kaufmanns Mutter Male ist nichts bekannt. Auch über seine Brüder Iwan, Hans und Carl wissen wir nichts.

Für Max Kaufmann soll ein Stolperstein in Hamburg-St. Pauli, Rendsburger Straße 7, gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 2200 Geburtsregister Nr. 2606/1889 Hans Kaufmann, 5221 Sterberegister Nr. 818/1893 Josef Kaufmann, 5892 Heiratsregister Nr. 902 Josef Kaufmann/Male Lewie, 6244 Geburtsregister Nr. 3159/1886 Iwan Kaufmann, 6252 Geburtsregister Nr. 1049/1888 Max Kaufmann, 6275 Geburtsregister Nr. 1640/1892 Carl Kaufmann, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941.

■ **Maximilian (Max) Kaufmann,**

**geb. am 30. 9. 1906 in Essen, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Karl (Carl) Kaufmann, der Vater des am 30. September 1906 in Essen geborenen Maximilian Kaufmann, wuchs im linksrheinisch gelegenen Münstermaifeld auf, einer kleinen Stadt zwischen Trier und Koblenz. Seine weitverzweigte Familie war dort schon vor 1800 ansässig. Nach der französischen Besetzung konnten Jüdinnen und Juden gleichberechtigt in Münstermaifeld sesshaft werden, und so kaufte Samuel Kaufmann 1801 von dem verarmten Strumpfweber Mathias Wagner ein Haus in der Severusgasse 1. Die große Familie Kaufmann lebte vom Viehhandel, dem Handel mit Viehprodukten und einer Metzgerei. Nur der Großvater von Karl Kaufmann hatte als Sattler diesen Berufszweig verlassen.

Auch Karl Kaufmanns Vater betrieb mit seiner Frau Rosalie, geborene Franck, eine Sattlerei in Münstermaifeld. Karl gehörte schon einer Generation an, die die staatliche Schule im Ort besuchte. Er machte Abitur und studierte Ingenieurwissenschaften. Wann er Else Lehmann heiratete, wissen wir nicht. Als 1906 ihr Sohn Maximilian zur Welt kam, lebte die Familie in Essen, wo Else Kaufmann vermutlich auch starb.

Karl und Maximilian zogen nach Hamburg, wo Karl Kaufmann bei der Eisenbahn-

direktion Altona als „Civilingenieur“ arbeitete. Anscheinend hatte er inzwischen promoviert, denn seine von der Jüdischen Gemeinde angelegte Kultussteuerkarte enthält den Namen „Dr. Karl Kaufmann“. 1923 heiratete er die Witwe Anna Bergmann, geborene Borchardt, aus Schönberg in Mecklenburg. Sie war Volksschullehrerin und hatte nach dem Tod ihres ersten Mannes, Adolf Bergmann, in der Mädchenschule Kielortallee 20 gearbeitet. Mit ihrer Heirat im Juni 1923 schied sie aus dem Schuldienst aus, da nur unverheiratete Lehrerinnen in staatlichen Schulen arbeiten durften.

Maximilian Kaufmann war psychisch krank. Mit 19 Jahren wurde er am 2. Oktober 1925 in die Staatskrankeanstalt Langenhorn aufgenommen. In den folgenden Jahren lebte er in der



Wohnhaus Abendrothsweg 23

*Ingo Wille*

Anstalt, ohne seine Familie besuchen oder die Feiertage im Daniel-Wormser-Haus in der Westerstraße 27 verbringen zu dürfen. Dort bot die Jüdische Gemeinde an, Patienten und Patientinnen über die Feiertage zu verpflegen, die keine andere Möglichkeit hatten, die Klinik zu verlassen. Gemeindemitglieder, die in der Klinik bleiben mussten, wurden jedes Jahr gefragt, ob sie Mazzoth, das ungesäuerte Osterbrot, essen wollten. Die Klinik sandte dann eine Liste an die Jüdische Gemeinde mit den Namen derer, die darauf Wert legten. Maximilian Kaufmanns Name stand darauf. Sein Name war auch unter denen zu finden, für die galt: „Beurlaubungen zur Teilnahme der jüdischen Feiertage in Hamburg kommen nicht in Frage“.

Der Jüdischen Gemeinde teilte der Verwaltungsdirektor der Staatskrankenanstalt Langenhorn, Gerhard Hanko, 1934 mit, dass die Belieferung mit dem Osterbrot nun auf Gemeindekosten erfolgen solle, „da die Anstalt Mittel zur Bezahlung dieser Sonderausgaben nicht besitzt“.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Unter ihnen befand sich Maximilian Kaufmann. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Maximilian Kaufmanns Vater Karl und seine Stiefmutter Anna mussten aus dem Haus Abendrothsweg 23, in dem zeitweise auch Maximilian gewohnt hatte, in das „Judenhaus“ in der Agathenstraße 3 in Eimsbüttel umziehen.

Hier bekamen sie im Juli 1942 den Deportationsbefehl. Sie wurden in das Getto Theresienstadt verschleppt, wo Karl Kaufmann einen Monat später, am 12. August 1942, im Alter von 73 Jahren starb. Anna Kaufmann überlebte ihn um ein halbes Jahr. Sie starb am 16. Januar 1943, angeblich an einer Lungenembolie.

Für Maximilian und Karl Kaufmann liegen Stolpersteine am Abendrothsweg 23 in Hoheluft-Ost. Für Anna Kaufmann ist dort ebenfalls ein Stolperstein geplant.

*Maria Koser*

**Quellen:** 1; 3; 4; 5; 7; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe

zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt 158 1917–1939 Verpflegungslisten der Kranken jüdischen Glaubens, 166; 522-1 Jüdische Gemeinden 992e2 Bd. 4; 213-12 Staatsanwaltschaft Landgericht-NSG- 0013-053, Blatt 7; 213-12 Staatsanwaltschaft Landgericht-NSG- 0013-052 Beiakte Gesundheitsbehörde 1; 332-5 Standesämter 8782 Heiratsregister Nr. 394/1923 Carl Kaufmann/Anna verw. Bergmann geb. Borchardt; Bundesarchiv R 1509 Reichssippenamt; Recherche und Auskunft Ulrike Elz-Eichler, Münstermaifeld vom 14. 3. 2010; Recherche und Auskunft Walburga Stelzen, Verbandsgemeinde Maifeld vom 12. 3. 2010; Auskunft Dr. Bernhard Koll vom 14. 3. 2010; Recherche und Auskunft Martina Strehlen, ALTE SYNAGOGE Essen, vom 9. 3. 2010; Recherche und Auskunft Jutta Vonruden-Ferner, Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv vom 17. 5. und 7. 6. 2010; Auskunft Einwohneramt Essen, Urkundenstelle vom 20. 5. 2010; Recherche und Auskunft Frau Schulz, Standesamt Schönberg vom 20. 4. 2010; Recherche und Auskunft Brigitta Steinbruch, Landesamt für Kultur und Denkmalpflege und Landeshauptarchiv Schwerin vom 3. 5. 2010; Recherche und Auskunft Marie Rümelin, KZ-Gedenkstätte Neuengamme vom 15., 22., 26. 3. 2010; Recherche und Auskunft von Beatrice Falk vom 30. 3. 2010; Recherche und Auskunft von Nicolai M. Zimmermann; Bundesarchiv vom 20. 4. 2010; Bernhard Koll (Hrsg.), Münstermaifeld – die Stadt auf dem Berge – chescat – floreat, Münstermaifeld 2003; Böhme/Lohalm, Wege in den Tod; Wunder/Genkel/Jenner, Auf dieser schiefen Ebene, 1987, S. 155 ff.; Annette Hinz-Wessels, Das Schicksal jüdischer Patienten in brandenburgischen Heil- und Pflegeanstalten im Nationalsozialismus, in: Christina Hübener, Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, Berlin-Brandenburg 2002, S. 259 ff.



Hauptlehrer Jakob Carsch in Emmerich  
*Auszug aus „Juden in Emmerich“*

■ **Johanna Koppel, geb. Carsch,  
geb. am 15. 9. 1883 in Emmerich am  
Rhein, ermordet am 23. 9. 1940 in der  
Tötungsanstalt Brandenburg an der  
Havel**

Johanna Koppel, geborene Carsch, wurde am 15. September 1883 als Tochter der jüdischen Eheleute Jacob Carsch und Julie, geborene Rhée, in Emmerich am Rhein geboren. Jacob Carsch, geboren am 8. September 1838 in Mühlheim an der Ruhr, bekleidete das Amt des Hauptlehrers und Kantors in Emmerich. Er war ein angesehenener Mann in seiner Gemeinde. Seine Ehefrau Julie war am 9. Februar 1847 in Preußisch Oldendorf, einer Kleinstadt im heutigen Regierungsbezirk Detmold in Nordrhein-Westfalen, zur Welt gekommen.

Julie und Jacob Carsch bekamen außer Johanna noch weitere acht Kinder: Helene

Carsch, geboren am 13. Februar 1872 in Borgentreich in der Nähe von Höxter in Ostwestfalen, Bertha Carsch, geboren am 14. Juni 1876, Hermann Carsch, geboren am 23. Dezember 1877, Emma Carsch, geboren am 1. Mai 1879, Max Carsch, geboren am 19. November 1880, Simon Carsch, geboren am 3. März

1882, Frieda Carsch, geboren am 13. Juni 1887, und Hugo Carsch, geboren am 26. November 1890, alle in Emmerich. Hermann, Simon und Frieda starben im Kleinkindalter.

Johanna Carsch verließ ihren Heimatort erstmals im Oktober 1900. Sie meldete sich damals im Alter von siebzehn Jahren nach Barmen ab, heute ein Stadtteil von Wuppertal. Ende Januar 1901 kehrte sie zurück, verließ Emmerich jedoch erneut am 4. Februar. Nach vielen Ortswechseln kam sie schließlich 1909, sie war inzwischen 26 Jahre alt, nach Wilhelmshaven. Ihre Meldekarte der Stadt Emmerich bezeichnete sie als Modistin (alt für Putzmacherin).

Wir wissen nicht, ob sie den 1887 geborenen Hamburger Kaufmann Oscar Koppel bereits kannte oder wie und wann sie ihn kennengelernt hatte. Oscar Koppel, Sohn des jüdischen Ehepaars Meyer Koppel und Emma, geborene Blogg, war am 11. März 1887 in Hamburg-Neustadt, 1. Elbstraße 28, geboren worden. Er hatte eine ältere Schwester, Sophie, geboren am 25. Dezember 1891. Oscar Koppel und Johanna Carsch heirateten am 12. April 1912 in Hamburg. Laut Heiratsregistereintrag war Johanna Carsch bei ihrer Heirat berufslos.

Das kinderlose Ehepaar wohnte in der Hamburger Neustadt, danach viele Jahre in der Gneisenaustraße 17 in Hoheluft-Ost. Dort hatte auch Johannes Bruder Max Carsch mehrere Jahre seinen Wohnsitz. Max Carsch lebte in Hamburg zunächst als Geschäftsreisender für Schneiderbedarfsartikel. Er war seit 1909 mit Gertrud, geborene Sollmar, geboren am 25. April



Johanna Koppels Unterschrift auf ihrer Heiratsurkunde  
*StaH*



Die Gneisenaustraße in Hamburg-Hoheluft-West  
*Bildarchiv Hamburg*

1884 in Hamburg, verheiratet. 1910, als die Tochter Edith zur Welt kam, bezog das Ehepaar eine Wohnung in der Gneisenaustraße 35. Neben der glücklichen familiären Entwicklung verlief auch Max Carschs beruflicher Werdegang vielversprechend. Er stieg vom Geschäftsreisenden zum Großhändler für Schneiderbedarfsartikel auf. Mitte der zwanziger Jahre verlegte Familie Carsch ihren Wohnsitz in das Grindelviertel, zunächst in die Isestraße 30 und später in die Grindelallee 100.

Die anfängliche Wohnnähe der Familien Koppel und Carsch lässt vermuten, dass zwischen ihnen ein enger Zusammenhalt bestand. Dies war für Johanna Koppel wichtig, als ihr Ehemann am 2. Oktober 1937 im Alter von nur 50 Jahren starb. Nur vier Monate später wurde sie am 10. Januar 1938 in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Friedrichsberg aufgenommen. Bereits am 18. Januar 1938 wurde Johanna Koppel von Friedrichsberg in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn verlegt. Dort blieb sie bis zum 23. September 1940.

Auf Veranlassung der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, wurden in Langenhorn zum 18. September 1940 alle Jüdinnen und Juden aus öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zusammengezogen und am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert. Unter ihnen befand sich Johanna Koppel. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Auf dem Geburtsregistereintrag von Johanna Koppel wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren angeblich am 30. Januar 1941 eingetretenen Tod unter der Nummer 331/1941 registriert hat.

Johannas Geschwister Hermann, Simon, Frieda und Hugo starben eines natürlichen Todes. Helene Carsch heiratete den niederländischen Bäcker Meyer de Zoete und zog zu ihm nach Arnheim. Sie wurde am 3. Dezember 1942 in Auschwitz ermordet. Emma Carsch wurde die Ehefrau des Bürstenfabrikanten Ernst Kirner aus Bollschweil im Schwarzwälder Hexental unweit Freiburg. Ihr weiteres Schicksal kennen wir nicht. Bertha Carsch lebte in Berlin. Sie wurde am 5. August 1942 nach Theresienstadt deportiert. Dort verstarb sie am 27. Januar 1943.

Johanna Koppels Bruder Max Carsch und seine Frau Gertrud, geborene Sollmar, mussten 1941 ihre Wohnung in der Haynstraße 20 in Hamburg-Eppendorf, die sie 1938 bezogen hatten, verlassen und in sehr beengten Verhältnissen in dem sogenannten Judenhaus Haynstraße 7 leben. Dort erreichte sie im November 1941 der Deportationsbefehl. Sie gehörten zu den 968 jüdischen Menschen, die am 8. November 1941 nach Minsk deportiert wurden. Max und Gertrud Carsch kamen dort ums Leben.

Johanna Koppels Schwägerin Sophie Cohn, Oscar Koppels ältere, 1891 geborene Schwester, heiratete 1919 den Schneider Samuel Cohn aus Adelnau (heute: Odolanow), 120 km südlich von Posen (heute Polen). Ihre Adresse zum Zeitpunkt ihrer Eheschließung lautete Glashüttenstraße 36 im Stadtteil St. Pauli. Das Ehepaar wohnte lange Jahre im Lazarus-Gumpel-Stift in der Schlachterstraße 46 in der Hamburger Neustadt. Samuel Cohn starb am 26. März 1942 im Alter von 68 Jahren. Die nun alleinstehende Sophie Cohn erhielt den Befehl für den Transport nach Theresienstadt, der Hamburg am 15. Juli 1942 verließ. Am 12. Oktober 1944 wurde sie nach Auschwitz weiterdeportiert und kam dort ums Leben.

Für Johanna Koppel soll ein Stolperstein in der Gneisenaustraße 17, für Gertrud und Max Carsch sollen Stolpersteine in der Gneisenaustraße 35 gelegt werden. Für Sophie Cohn ist ein Stolperstein am Großneumarkt 38 (ehemals Schlachterstraße 46) vorgesehen.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 2150 Geburtsregister Nr. 1261/1887 Oscar Koppel, 2261 Geburtsregister Nr. 5233/1891 Sophie Koppel, 3132 Heiratsregister Nr. 717/1909 Max Carsch/Gertrud Sollmar, 8151 Sterberegister Nr. 90/1937 Oscar Koppel, 9545 Heiratsregister Nr. 190/1912 Oscar Koppel/Johanna Carsch; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 36203 Edith Carsch, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Johanna Koppel der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadtarchiv Emmerich a. Rh.; Standesamt Emmerich Geburtsregister 219/1883 Johanna Carsch; Stadtarchiv Emmerich a. Rh., Meldekartei Emmerich Mikrofilm 2/78, Meldekarten der Familie Carsch; Brocke/Pelzer/Schüürmann, Juden in Emmerich, S. 234 f.; Böhme/Lohalm, Wege in den Tod, S. 14, 44 ff.

■ **Amalie Malka Langsner,**  
**geb. November 1901 in Brzezany (heute Ukraine), ermordet am 23. 9. 1940 in der**  
**Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Amalie Malka Langsner wurde Ende November 1901 in der Stadt Brzezany in Galizien geboren. Über ihren Geburtstag gibt es unterschiedliche Angaben: 24., 29. oder 30. November. Außer dem genauen Tag ihrer Geburt bestehen viele weitere Ungewissheiten über ihr Leben.

Amalies Vater war der jüdische Händler und Kaufmann Baruch Langsner, 1873 im galizischen Nadworna geboren. Als seine kleine Tochter zur Welt kam, war er 28 Jahre alt

und schon seit 1898 zeitweise in der Freien und Hansestadt Lübeck gemeldet, wo er seine berufliche Existenz aufbauen wollte und wo bereits ein Verwandter mit seiner Familie lebte.

Wer aber war Amalies Mutter? Den bisher einzigen Hinweis gibt der Durchschlag eines kurzen Schreibens vom 22. August 1939, abgelegt in der Akte von Amalie Malka Langsner des einstigen Erziehungs- und Pflegeheimes Vorwerk in Lübeck:

„Sehr geehrte Frau Schneid!

Auf Ihre Anfrage teilen wir Ihnen gern mit, dass Ihre Tochter Amalie noch in unserem Heim ist. Der Pass liegt aber bereit, und Sie können damit rechnen, dass Ihr Kind bald in das Heimatland überführt wird. Die Frau Langsner befindet sich unseres Wissens noch in Lübeck. Amalie geht es unverändert, und sie grüßt durch mich ihre Mutter.

Hochachtungsvoll“

Verfasst hatte diese Mitteilung Paul Burwick, der langjährige Leiter der Einrichtung für geistig behinderte Menschen in Lübeck-Vorwerk. Obwohl Amalie Malka Langsner mehr als sechs Jahre dort gelebt hat, enthält ihre Akte außer diesem Schreiben nur eine einzige

weitere Mitteilung. Alle sonst üblichen Unterlagen sind nicht mehr vorhanden, so auch nicht die erwähnte Anfrage der Mutter „Frau Schneid“.

Wer war diese Frau? Wo lebte sie? Und warum lebte ihre Tochter nicht mit ihr zusammen?

Baruch Langsner war nach den Angaben seiner Lübecker Meldekarte in erster Ehe mit Golde Ast aus Bozova, geboren 1880, verheiratet gewesen; ihr Sohn Juda Hirsch wurde dort am 5. Januar 1903 geboren, also anderthalb Jahre nach Amalie. Doch schon kurz nach dessen Geburt schloss Langsner in Brzezany am 31. Mai 1903 seine zweite Ehe mit Laura Feige Liebe Freibig, geboren 1882, die aus dem polnischen Potokzloty stammte.

Laura Langsner war es, die ihrem Mann mit der kleinen Amalie nach Lübeck folgte, wo dann am



Wohnhaus Marlesgrube 52

*Ingo Wille*

7. Februar 1907 ihre gemeinsame Tochter Sophie Minna geboren wurde. Sie war die „Frau Langsner“, die sich 1939 noch in Lübeck befunden hatte.

Warum hatte Amalies leibliche Mutter das kleine Mädchen dem Vater und dessen Ehefrau mitgegeben? War sie nicht in der Lage, das Kind selbst zu versorgen? War das uneheliche Kind ein zu großes Problem für sie?

Im Gedenkbuch des Bundesarchivs werden vier Menschen mit dem Familiennamen Schneid genannt, darunter Marie Schneid, geborene Beer. Sie wurde am 4. September 1888 in Brody in Galizien geboren und lebte später mit ihrem 1884 in Opryszuke/Galizien geborenen Ehemann Max Mendel Schneid in Leipzig, wo am 3. Januar 1931 ihre Tochter Rosel Regina geboren wurde. Angenommen, diese Marie Beer wäre die leibliche Mutter von Amalie Malka gewesen, dann wäre sie zum Zeitpunkt der Geburt gerade erst 13 Jahre alt gewesen, Grund genug, die Verantwortung für das Kind dem erwachsenen Vater zu übergeben. Auch Amalies Behinderung könnte eine Rolle gespielt haben, wobei es bislang keinerlei Anhaltspunkte gibt, wann diese bemerkt wurde, wie sie sichtbar wurde und worin sie bestand.

In Lübeck lebte Amalie Malka Langsner über lange Jahre (mit einigen Unterbrechungen) in der Familie des Vaters, zunächst in der Huxstraße 81, dann ab 1913 in der Marlesgrube 52. Spuren ihrer Kindheit und Jugend ließen sich allerdings bisher in den Akten nicht entdecken.

Langsners gehörten außer dem Haus Marlesgrube 52 neun weitere Grundstücke und Häuser in der Stadt, ein Zeichen, dass die Geschäfte des Kaufmanns erfolgreich gelaufen sein müssen. Gleichzeitig aber geriet Baruch Langsner häufig mit dem Gesetz in Konflikt: Etliche Verurteilungen hauptsächlich wegen Übertretung der Gewerbeordnung, wegen eines Konkursvergehens, aber auch wegen illegaler Wetten und Körperverletzung sowie überhöhter Mieten ließen ein langes Register an Strafen zusammenkommen. Bereits 1912 war eine Ausweisungsverfügung gegen ihn erlassen worden, die jedoch zurückgezogen wurde. Unter der Voraussetzung „einwandfreien Verhaltens“ wurde ihm der weitere Aufenthalt erlaubt. Während des Ersten Weltkriegs war Baruch Langsner zwei Jahre Frontsoldat.

1925 wurde für die mittlerweile 24-jährige Amalie Malka Langsner eine eigene Meldekarte angelegt, als sie am 25. Februar 1925 aus Berlin zur Familie in die Marlesgrube zurückkehrte. Eine zweite kurze Reise nach Berlin folgte Ende Juli 1926. Was waren die Anlässe für die Aufenthalte in Berlin? Fanden besondere Untersuchungen in einer Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung statt?

In der Kultussteuerkartei der Jüdischen Gemeinde in Hamburg findet sich eine Karteikarte von Amalie Langsner, angelegt während eines Aufenthaltes in Hamburg 1932. Außer der Anschrift „Königstraße 221, zweiter Stock“ gibt es den Vermerk „Langenhorn“. So ist anzunehmen, dass Amalie in der Heil- und Pflegeanstalt zu Untersuchungen gewesen ist, vielleicht auch einige Monate dort als Patientin gelebt hat. Aber bei wem hatte sie in der Altonaer Königstraße gewohnt? Die alten Hamburger Adressbücher liefern keinen Anhalts-

punkt, es sei denn, ein dort wohnhafter „Obergerichtsvollzieher“ spielte bei ihrem Aufenthalt eine Rolle.

Amalie kehrte 1932 wieder zurück in die Familie nach Lübeck.

Ab dem 18. Januar 1934 war sie dann in der Triftstraße 139/41 gemeldet, also im Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk dauerhaft untergebracht. Hatte sich ihr Zustand so verschlechtert, dass sie nicht mehr Zuhause leben konnte? Oder war mit dem Beginn der NS-Herrschaft der Druck auf die Familie gewachsen, die geistig behinderte Tochter in eine Anstalt zu geben?

Als sogenannte Idiotenanstalt war die Vorwerker Einrichtung 1906 vom „Verein zur Fürsorge für Geistesschwache“ gegründet worden, zunächst in der Klosterstraße 10 und ab 1914 außerhalb der Stadt im Ortsteil Vorwerk. Im „Erziehungs- und Pflegeheim für Schwachsinnige“ Vorwerk wurden Menschen mit geistiger Behinderung nicht als medizinische Pflegefälle gesehen, sondern ihre Persönlichkeit sollte durch pädagogische Maßnahmen soweit wie möglich entwickelt werden. Einer der Mitbegründer, der Pädagoge Johann C. H. Strakerjahn beschrieb 1902 die Grundgedanken: „Aufgabe der Anstalt ist es, alles, was in dem Kinde noch entwicklungsfähig ist, zu erforschen und soweit als möglich zu fördern und auszubilden; die komplizierten Willens- und Gefühlsregungen zu beaufsichtigen und zu stärken; durch Aneignung einfacher manueller, technischer und praktischer Fertigkeiten den Grundstock für eine spätere nutzbringende Beschäftigung zu legen und dem idiotischen Kinde bestimmte elementare Kenntnisse beizubringen. Gleichzeitig soll das Kind an Ordnung, Reinlichkeit, Anstand, gute Sitte sowie an Selbsthilfe bei seinen persönlichen Bedürfnissen (aus- und ankleiden, essen und trinken, waschen, kämmen und dergl.) gewöhnt werden.“ Um diese Gedanken umzusetzen, wurde als Leiter ein Pädagoge eingesetzt; ab 1913 war es Paul Burwick, der bis 1950 die Arbeit des Heimes Vorwerk entscheidend prägte.

Vor allem lebten Kinder und Jugendliche in Vorwerk; Erwachsene wie Amalie Malka Langsner blieben Ausnahmen. Unterricht dürfte sie in Vorwerk wohl nicht erhalten haben; sie wird im Sinne Burwicks als „Stiefkind der Natur“ eine „Beschäftigung in unserem Hause“ erhalten haben, deren Ziel es durchaus war, „ihren Unterhalt im Anstaltsbetrieb zu verdienen“, aber in einer „Umgebung, die ihre Eigenart versteht, die versucht, Sonne in dieses arme und lichtlose Leben zu bringen, die aber in energischer Weise alle Kräfte zu sammeln und anzuspannen weiß, in einer Tätigkeit, die Befriedigung schafft und die ein bescheidenes Auskommen sichert“ (Zitate aus dem Jahresbericht 1917 nach Jenner).

In der Küche oder der Wäscherei, vielleicht auch in der Gärtnerei dürfte Amalie Langsner ihren Arbeitsplatz gehabt haben. Es stellt sich die Frage, wie sie behandelt und untergebracht wurde, denn auch in Vorwerk musste einem Erlass des Reichsinnenministers vom 22. Juni 1938 gemäß darauf geachtet werden, jüdische Menschen gesondert unterzubringen, um „Rassenschande“ auszuschließen.

Anzunehmen ist, dass die junge Frau bald nach ihrer Aufnahme in Vorwerk zwangsweise sterilisiert wurde. Mit dem 1. Januar 1934 war das 1933 erlassene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Kraft getreten. Der Pädagoge Paul Burwick war ein entschiedener Befürworter der Maßnahme. So schrieb er im Jahresbericht 1934: „In diesem Jahre wirkte sich das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses aus – wir wiesen seit Jahren auf den Segen dieser und die Notwendigkeit dieser zwingenden Maßnahmen hin. Aus dem Vorwerker Heim wurde bei 47 Insassen der Eingriff gemacht.“ (Zitiert nach Jenner).

Die Namen der Betroffenen lassen sich nicht feststellen, aber die nunmehr 33-jährige Amalie Malka Langsner dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit dabei gewesen sein. Akten des zuständigen „Erbgesundheitsgerichts“, in diesem Fall beim Lübecker Amtsgericht, könnten Auskunft geben, sind jedoch verschlossen.

Amalies Vater Baruch Langsner war ab 1933 schnell ins Visier der Nationalsozialisten geraten. Sein Geschäft war massiv betroffen von Boykottmaßnahmen, und am 24. Mai 1935 wurde er wegen „Rassenschande“ verhaftet, weil er ein Gespräch mit einer jungen Lübeckerin begonnen hatte, die auf der Straße für den Deutschen Caritasverband sammelte. Langsner wurde von SA-Leuten abgeholt, in einen kleinen Handwagen gesetzt und durch die Straßen gezogen, ehe man ihn bei der Geheimen Staatspolizei ablieferte. Über den Prozess Anfang Oktober 1935 berichteten die Zeitungen in ausführlichen Artikeln.

„Der Stürmer“ bezeichnete Baruch Langsner als „übel beleumundete Erscheinung“ und als „Scheusal von Lübeck“. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt; gleichzeitig wurde für den polnischen Staatsangehörigen seine sofortige Ausweisung aus Deutschland verfügt und vollzogen. Sein weiterer Aufenthalt in Polen lässt sich über Kattowice und Sosnowiec bis Łódź verfolgen, dort verliert sich die Spur. Er soll am 7. Februar 1942 ums Leben gekommen sein.

Hat seine Tochter Amalie im Heim Vorwerk von all diesen Geschehnissen erfahren? Wusste sie, dass ihr Vater verurteilt und aus Deutschland ausgewiesen wurde?

Laura Langsner führte nach der Verhaftung ihres Mannes den Altwarenhandel in der Marlesgrube und die Vermietungen fort, so gut es ging. Wir wissen nicht, ob sie weiter Kontakt zu Amalie hatte, sie im Heim Vorwerk besuchte oder zu besonderen Anlässen nach Hause holte.

Ende Oktober 1938 wurde Amalie Malka Langsner zusammen mit Laura und Sophie Minna Langsner im Rahmen der sogenannten Polenaktion aus Lübeck abtransportiert, zusammen mit etwa zwanzig weiteren jüdischen Menschen polnischer Staatsangehörigkeit.

Etwa 15 000 Menschen waren in Deutschland von dieser Abschiebung auf Anordnung des Auswärtigen Amtes betroffen. Von deutscher Seite wurden die Menschen aus den Zügen über die Grenze nach Polen getrieben, dort aber vom Militär zurückgedrängt. Im „Niemandland“ harrten sie verzweifelt aus, manche wochenlang. Die höchst dramatische Situation an den Grenzübergängen war der Grund, dass der Zug aus Lübeck zunächst

in Berlin gestoppt und später zurück nach Lübeck geschickt wurde, sodass die betroffenen Lübecker nach Hause und Amalie Malka Langsner ins Heim Vorwerk zurückkehren konnte.

In den kommenden Monaten wurden alle jüdischen Menschen, die polnischer Abstammung waren oder als staatenlos galten, von der Gestapo unter besonderen Druck gesetzt, Deutschland schleunigst zu verlassen.

Im Dezember 1938 war Laura Langsner gezwungen worden, ihr Geschäft zu schließen. Überdies beauftragte die Devisenstelle einen Lübecker Rechtsanwalt mit der Verwaltung ihrer Häuser und Grundstücke, sodass auch die Mieteinkünfte für den Lebensunterhalt entfielen.

In diesem Zusammenhang ist das zweite kurze Schreiben aus der Patientenakte Amalie Malka Langsners zu sehen. Hier schrieb Paul Burwick am 18. Februar 1939:

„Sehr geehrter Herr Piper!

Auf die Anfrage betr. Verpflichtung der Amalie Langsner, Tochter des Langsners, teile ich Ihnen gern mit, dass das monatliche Kostgeld von RM 48,- am Monatsanfang auf unser Bankkonto eingezahlt wurde. Wir bitten, es wie bisher bei Monatsbeginn bei der Spar- und Anleihekasse in Lübeck auf Konto Heim Vorwerk einzuzahlen. Heil Hitler!“

Ernst Ulrich Piper war der von der Devisenstelle zum Verwalter bestellte Rechtsanwalt und übernahm als solcher die Zahlungen für die Unterbringung Amalie Langsners aus dem vom Staat beschlagnahmten Vermögen ihres Vaters. Möglicherweise war er es auch, der Amalies leibliche Mutter „Frau Schneid“ angeschrieben hatte, die daraufhin Paul Burwick um Auskünfte bat.

Sollte die Annahme richtig sein, dass Marie Schneid, geborene Beer, Amalies leibliche Mutter war, so dürfte ihr Brief an das Heim Vorwerk entweder noch aus Leipzig gekommen sein oder nach ihrer Abschiebung am 5. Juni 1939 schon aus Lemberg im damaligen Polen.

„Sie können damit rechnen, dass Ihr Kind bald in das Heimatland überführt wird.“ – so schrieb Paul Burwick am 22. August 1939. (Marie Schneids Mann Max Mendel und ihre Tochter Rosel Regina waren während der „Polenaktion“ am 28. Oktober 1938 von Leipzig nach Polen abgeschoben worden.) Auch Laura Langsner könnte sich an Marie Schneid gewandt haben, um in ihrer verzweifelten Situation Hilfe für Amalie zu finden und die Verantwortung abzugeben. Oder Marie Schneid selbst hätte die Initiative ergriffen haben können, um ihre Tochter aus NS-Deutschland heraus nach Polen in vermeintliche Sicherheit zu bringen.

Laura Langsner und ihre Tochter Sophie wurden 1939 wiederholt zur Gestapo vorgeladen und zur Ausreise aus Deutschland gedrängt. In den Vermerken der Polizei heißt es: „Die Tochter Sophie versucht, als Hausangestellte die Einwanderungs-Erlaubnis nach England zu bekommen und denkt daran, sobald sie festen Fuß gefasst hat, ihre Mutter nachkommen zu lassen.“ (24. Juni 1939). Ihre Bemühungen um eine Auswanderung blieben

erfolglos. Eine kurze Notiz in einem Brief zweier jüdischer Frauen aus dem Nachbarhaus in der Marlesgrube an Verwandte in Shanghai sagt darüber: „Sofie L. ist mit der Prüfung durchgefallen u. muss 6 Wochen einen Kursus machen. Sie hat es abgelehnt u. wird wohl keine Aussicht auf ein Permit haben.“ Demnach hätte Sophie Langsner einen Kurs absolvieren müssen, um das „Permit“ des britischen Arbeitsministeriums, also eine Arbeitserlaubnis für Großbritannien zu bekommen.

Mit dem Beginn des Krieges am 1. September 1939 wurden alle diese Bemühungen hinfällig, und auch die „Überführung“ von Amalie Malka Langsner „in das Heimatland“ fand nicht mehr statt. Sie blieb im Heim Vorwerk bis Anfang September 1940.

Der damalige Leiter Paul Burwick sagte 1959 in einem Entschädigungsverfahren dazu Folgendes aus: „Wenige Tage vor dem 15. September 1940 wurde mir vom hiesigen Rathaus aus fernmündlich mitgeteilt, ich hätte die 15 jüdischen Kinder zum Abtransport bereitzuhalten. [...] Möglicherweise kam der Anruf auch von der Jugendbehörde. Einige Zeit später, wieviele Tage dazwischen lagen, kann ich nicht angeben, wurden die jüdischen Kinder in großen Autobussen abgeholt. Zu dem Transport gehörten Männer und Frauen; sie trugen m. E. Pflegertracht. Jedenfalls waren es keine SS- oder SA-Leute.

Gerüchteweise hörten wir, dass die Kinder nach Langenhorn kommen sollten. [...] Es fällt mir jetzt ein, dass der Transport durch die sogenannte Transportgesellschaft durchgeführt wurde. Näheres über diese Transportgesellschaft weiß ich nicht. [...]“

Tatsächlich waren es zehn jüdische Menschen, acht Kinder und zwei Erwachsene, darunter Amalie Malka Langsner, die am 16. September 1940 aus dem Heim Vorwerk abtransportiert wurden. Ihre Namen hatte Paul Burwick zuvor nach Berlin gemeldet, nachdem der für die Koordination von „Euthanasie“-Maßnahmen zuständige Ministerialdirigent Herbert Linden am 15. April 1940 angeordnet hatte, alle jüdischen Insassen von öffentlichen und privaten Heimen zu erfassen und zu registrieren: „Hierdurch ersuche ich mir als in Frage kommend gemeldeten Anstalten Nachfrage zu halten, wieviel Juden (getrennt nach Männern und Frauen), die an Schwachsinn oder einer Geisteskrankheit leiden, dort untergebracht sind. Das Feststellungsergebnis ist mir binnen 3 Wochen vorzulegen.“ (zitiert nach Jenner). Eine Erklärung für die Differenz zwischen den von Burwick genannten 15 Kindern und den abtransportierten 10 Menschen lässt sich nicht finden.

Am 30. August 1940 ordnete ein Erlass des Reichsinnenministeriums an, alle jüdischen Menschen mit Behinderung in wenigen öffentlichen Anstalten zu konzentrieren, um sie von dort aus in eine Sammelanstalt zu verlegen. Aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg sollten alle Betroffenen bis zum 18. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn gebracht werden. „Auf die Innehaltung dieses Termins muß ich besonderen Wert legen, da ein Abtransport verspätet eingelieferter geisteskranker Juden mit großen Mühen und Ausgaben verbunden ist“, so heißt es in diesem Erlass wörtlich. Aus verschiedenen kleinen privaten Einrichtungen in den Kreisen Segeberg, Rendsburg, Plön und Pinneberg sowie den großen Heilanstalten in kirchlicher oder öffentlicher Trägerschaft

Rickling, Neustadt, Schleswig-Stadtfeld, Lübeck-Strecknitz und Lübeck-Vorwerk wurden 56 Menschen nach Langenhorn transportiert.

So stieg auch Amalie Langsner am 16. September 1940 in einen der Busse der „Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft m.b.H.“ (GeKraT) und wurde in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn gebracht, wo sie etwa eine Woche blieb.

Paul Burwick konnte sich in seiner Aussage 1959 weiterhin daran erinnern, dass ihn die Mutter zweier Jungen, die ebenfalls am 16. September 1940 nach Langenhorn transportiert worden waren, später aufgesucht und von einem Besuch bei ihren Söhnen in Langenhorn berichtet hatte. Hatte diese Frau Burwicks Hilfe gesucht, um ihre Söhne zu retten?

Am 23. September 1940 wurden die jüdischen Menschen aus den norddeutschen Anstalten nach Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Amalie Malka Langsner war 39 Jahre alt, als sie auf diese grausame Weise ihr Leben verlor. Der Leiter der sogenannte Landes-Pflegeanstalt Brandenburg, Irmfried Eberl, notierte in seinem Taschenkalender unter dem 23. September 1940: „Hamburg-Langenhorn, J.“. Eberl wurde später der erste Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka.

Der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die seit November 1939 alle Kosten von jüdischen Anstaltspatienten zu tragen hatte, war zur Verschleierung der Mordaktion nicht Brandenburg als Ziel des Transportes genannt worden, sondern eine Heilanstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm(deutsch) im besetzten Polen. Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chełm/Cholm, einer Stadt östlich von Lublin. Die dort früher existierende polnische Heilanstalt bestand nicht mehr. Auch gab es in Chełm kein deutsches Standesamt. Die Angehörigen und Fürsorgeträger erhielten angeblich dort ausgestellte amtliche Sterbeurkunden mit fiktiven Todesdaten und Todesursachen. Für Rechnung dieser nichtexistierenden Einrichtung kassierte die Zentrale der „Euthanasie“-Maßnahmen weiterhin Pflegegelder, zum Teil noch mehrere Monate.

Hatten Laura Langsner und Sophie Minna vom Tode Amalies erfahren, bevor sie selbst am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert wurden? Laura Feige Langsner war zu diesem Zeitpunkt 59, ihre Tochter Sophie Minna 34 Jahre alt. Es ist nicht bekannt, ob sie bereits während der ersten Wintermonate im Lager Jungfernhof ihr Leben verloren, ob sie zu den vielen Opfern der beiden Massenerschießungen im Februar und März 1942 im Wald von Biłkernieki gehören oder ob sie zunächst, als arbeitsfähig eingestuft, Zwangsarbeit zu leisten hatten und später ermordet wurden.

Ende Januar 1952 wurde der Lübecker Oberfürsorger i. R. Georg Nupnau zum Nachlasspfleger der Familie Langsner bestellt, galt es doch die Erbansprüche eines Verwandten Baruch Langsners auf die Häuser und Grundstücke zu prüfen. Am 14. März 1952 schreibt er in der „Wiedergutmachungssache Langsner“ an das Lübecker Landgericht:

„Ich habe inzwischen ermittelt, daß noch eine Tochter Amalie Langsner, geboren am 24. 11. 01 in Brzany/Polen vorhanden gewesen ist. Amalie Langsner war vom 8. 1. 1934

bis 16. 9. 1940 im Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk untergebracht. Von dort wurde sie am 16. 9. 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn übergeführt. Auf eine von mir dorthin gerichtete Anfrage nach dem Verbleib derselben wurde mir mitgeteilt, daß Amalie Langsner auf Anordnung des Reichsinnenministers am 23. September 1940 mit einem Sammeltransport weiterverlegt worden ist, vermutlich nach Chelm bei Lublin. Hier fehlt der Nachweis des Todes. Es ist durchaus möglich, daß sie noch lebt. Weitere Ermittlungen schweben.“ Weiter heißt es: „Ich erhielt ein Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Sternfeld vom 26. 2. 1952, von dem ich eine Abschrift anschließe. Darin steht: Amalie Langsner war körperlich und geistig verkrüppelt. Woher weiß man dies heute und weshalb ist von Amalie Langsner vorher nichts bekannt geworden? Wollte man sie verschweigen?“

In dieser Mischung aus Ignoranz, Pedanterie und Unterstellungen nahm der Nachlasspfleger seine Aufgabe wahr. Er prüfte auch akribisch, welches Gericht für eine Todeserklärung Amalie Malka Langsners zuständig war, sodass schließlich erst 1956 dem in Israel lebenden Verwandten das Erbe zugesprochen werden konnte.

An Amalie Langsner erinnern Stolpersteine in Lübeck, Triftstraße 139–143, und Marlesgrube 52.

*Heidmarie Kugler-Weimann*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident 23 Amalie Langsner; Adressbücher und Meldekartei der Hansestadt Lübeck; Archiv der Hansestadt Lübeck, Staatliche Polizeiverwaltung 8, 25, 109, 110, 124, 126; NSA XXII, 14c; Archiv der Hansestadt Lübeck, Personenstandsregister der Israelitischen Gemeinde Bd. 6; Amtsgericht Lübeck, Erbgesundheitsgericht, Erw. 38/2009, 1-7; LAS Entschädigungsakten, Abt. 352 Kiel, 6312 und 8470, Abt. 510, 5115, 8720 und 8722, außerdem: Entschädigungsakten Daicz, Abt. 761, 17959, 8146, 8147, 8148; Archiv Vorwerker Diakonie Lübeck, Patientenakte Amalie Malka Langsner und weitere Unterlagen; Datenpool JSHD der Forschungsstelle „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg; DGPPN, „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus, Heidelberg 2014, Ausstellungskatalog; Herbert Diercks, „Euthanasie“, Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus, Hamburg 2014; Peter Guttkuhn, Kleine deutsch-jüdische Geschichte in Lübeck, von den Anfängen bis zur Gegenwart, Lübeck 2004; Peter Guttkuhn, Kleine deutsch-jüdische Geschichte in Lübeck, von den Anfängen bis zur Gegenwart, Lübeck 2004; Kugler-Weimann/Peperkorn, „Hoffentlich klappt alles zum Guten ...“ u. a. S. 61; Jenner, Kinder- und Pflegeheim Vorwerk, S. 169–204; Ley/Hinz-Wessels, Euthanasie-Anstalt in Brandenburg; Lilienthal, Jüdische Patienten; Lübecker Volksbote 1935; Gillis-Carlebach, Memorbuch; Reh, „Idioten-Anstalt“; Yad Vashem, The Central Database of Shoah Victims' Names; Zeitzeugengespräche; www.stolpersteine-luebeck.de [ 24. 1. 2017].

■ **Carl Reinhard Laski,**

**geb. am 11. 5. 1887 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Carl Reinhard Laski war das jüngste von fünf Kindern einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Hamburg. In seiner Geburtsurkunde lautete sein Vorname zunächst Carl Reinhold, wurde dann aber in Carl Reinhard korrigiert. Sein Großvater Arnold (Abram Blum) Laski kam aus Lubraniec in Polen (bis 1942 Lubranitz, dann bis 1945 Lutbrandau) und gründete etwa um 1855 am Valentinskamp 81 eine Firma als Haus- und Versicherungsmakler. Auch Carl Reinhard's Vater Harry Laski, geboren am 5. Juli 1850 in Hamburg, der zunächst in verschiedenen Firmen der Getreidebranche als Prokurist tätig war, machte sich 1876 als „Haus- und Assekuranzmakler“ selbstständig. Im darauffolgenden Jahr heiratete er die am 22. November 1854 ebenfalls in Hamburg geborene Ida Wulffsohn. Der Firmensitz befand sich an den Straßen Neß 1 (1881), an den Brodschragen 15, in der Großen Reichenstraße 44 (1900) und später, als „Harry Laski & Sohn“, in der Kleinen Johannisstraße 9.

Die Familie Laski wohnte 1881 in der Osterstraße 26, dann im Heußweg 60 in Eimsbüttel, Anfang der 1920er-Jahre in der Maria-Louisen-Straße 90 in Hamburg-Winterhude und zuletzt in der Alsterchaussee 28 im Stadtteil Harvestehude. Der Familie ging es wirtschaftlich offensichtlich gut.

Carl Reinhard Laski kam am 11. Mai 1887 eine halbe Stunde nach seiner Zwillingsschwester Wera zur Welt. Wera starb fünfjährig am 1. September 1892. Ihr Grab befindet sich auf dem Jüdischen Friedhof an der Straße Ilandkoppel in Hamburg-Ohlsdorf.

In Carl Reinhard Laskis späterer Krankenakte wurde ihm „cerebrale Kinderlähmung, Enzephalitis (Gehirnentzündung) im Kindesalter, wahrscheinlich nach [einem] Fall einige Wochen nach der Geburt“ und „traumatische Epilepsie (als Folge einer Hirnverletzung)“ diagnostiziert. Erschwerend kam für ihn hinzu, dass er bereits als Sechsjähriger eine Brille benötigte und nach einer missglückten Operation in seiner Jugend früh erblindete. Nach eigenen Angaben hatte er die private, von liberalen jüdischen Familien bevorzugte Wahnschaff-Schule in der Neuen Rabenstraße 15 besucht.

Wann genau Carl Reinhard Laskis Odyssee durch verschiedene Anstalten begann, ist nicht belegt. Bis 1913 war er in der Silberbergschen Anstalt in Shelm, einem jüdischen „Landheim für geistig behinderte Knaben“ bei Elberfeld-Barmen, untergebracht. Anschließend kam er in das Hilfsschulinternat im Albertushof in Bremen. Am 4. Juli 1922 wurde Carl Reinhard in den damaligen Alsterdorfer Anstalten (heute Evangelische Stiftung Alsterdorf) aufgenommen. Er wurde als ruhiger und verträglicher Mensch beschrieben, der sich in seine Umgebung und die Hausordnung einfügte und zu leichter Haus- und Gartenarbeit befähigt war. Sechzehn Jahre seines Lebens verbrachte Carl Reinhard Laski in Alsterdorf, bis er am 28. Oktober 1938 auf Veranlassung des Anstaltsleiters Pastor Friedrich Karl Lensch in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn verlegt wurde. Pastor Lensch befürchtete

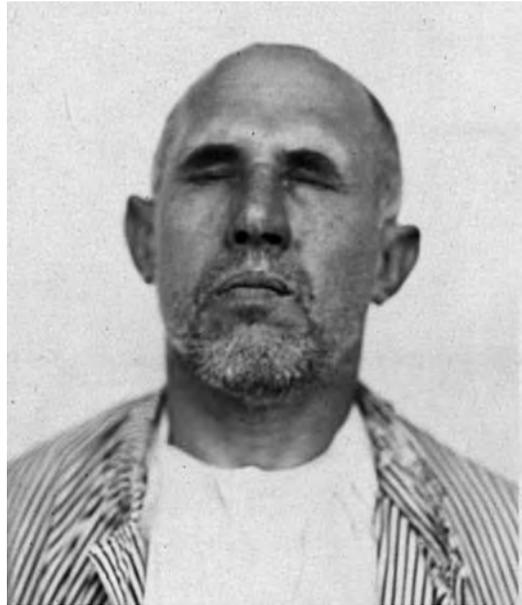
angeblich, durch die jüdischen „Zöglinge“ die Anerkennung als gemeinnützige Anstalt zu verlieren.

Eine Beurteilung Carl Reinhard Laskis in Langenhorn lautete: „Freut sich darüber, dass er die Toilette alleine finden kann, kommt von den Alsterdorfer Anstalten, da er Jude sei. Spaziert im Saal, tastet an den Betten entlang. Am Tage im Wachsaal im Korbstuhl, verhält sich ruhig, nimmt am Vorgang im Saal Anteil, in dem er, wenn was gesagt wird, lacht oder den Kopf schüttelt. Findet sich recht gut zurecht. Hört aufmerksam den Gesprächen der Umgebung zu. Spielt mit Mitpatienten ‚Mensch ärgere Dich nicht‘. Auch der Besuch eines Neffen ist in den Akten vermerkt, „mit dem er lacht und viel erzählt“.

Am 24. Januar 1940 wurde Carl Reinhard Laski erneut verlegt, diesmal in die Heilanstalt Strecknitz in Lübeck. Dort wurde in seiner Krankenakte vermerkt: „Zwei Tage im Bett, dann Stuhl im Wachsaal, harmlos und ruhiger Patient, bereitet in pflegerischer Hinsicht keine Schwierigkeiten. Immer in gleicher Weise gut ansprechbar. Findet sich trotz Blindheit gut zurecht.“ Aber auch: „Setzt sich vorlaut für andere Kranke ein. Wird auch von anderen Patienten betreut. Arzt gegenüber aufdringlich.“

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Carl Reinhard Laski traf am 16. September 1940 in Langenhorn ein. Er wurde in den Transport eingeordnet. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet.

Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurden in den Sterbemitteilungen falsche Angaben verwendet und behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Carl Reinhard Laskis Geburts-



Carl Reinhard Laski  
*StaH*

registereintrag enthält die Notiz „Gestorben Nr. 359/1941 Chelm II am 31. 1. 1941 Generalgouvernement“.

Auch die anderen Mitglieder der Familie Laski verloren aufgrund der Verfolgung durch den nationalsozialistischen Staat ihr Leben oder mussten aus Deutschland fliehen.

Carl Reinhard's Bruder Johann Walter Laski, geboren am 8. Oktober 1882, übernahm 1925 nach dem Tod des Vaters die Firma „Harry Laski & Sohn“. Die Mutter war bereits 1918 verstorben. Im Sommer 1938 wurde Walter Laski verhaftet, man bezichtigte ihn der „Rassenschande“. Das Landgericht Hamburg verurteilte ihn am 21. Oktober zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe. Mit dieser oft praktizierten Vorgehensweise wurden jüdische Geschäftsinhaber aus dem Berufsleben verdrängt und die „Arisierung“ eingeleitet. Walter Laski vermutete später, dass seine Angestellte von ihrem Freund, einem Mitglied der NSDAP, überredet wurde ihn anzuzeigen. Schon bei seinem ersten Verhör sagte ein höherer Gestapobeamte: „Auch wenn wir Dir keine Rassenschande oder Devisenschieberei nachweisen und Dich daraufhin verurteilen können, schicken wir Dich in ein KZ.“

Mithilfe seines Freundes und Geschäftspartners Albert Kruse gelang es Walter Laski

im April 1940 eine Strafunterbrechung zu erwirken, allerdings unter der Bedingung, das Deutsche Reichsgebiet spätestens bis zum 10. Mai zu verlassen. Um zu verhindern, dass seine Firma doch noch in „nationalsozialistische Hände“ geriet, ließ Walter Laski sie im November 1938 aus dem Handelsregister löschen. Der vor seiner Abreise noch unternommene Versuch, seiner Schwester Elsa, geboren am 19. August 1878, und ihrem Ehemann, dem Kaufmann Hermann Philipp, geboren am 15. Juni 1870 in Anklam, die keinerlei Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten mehr hatten, eine Leibrente zu zahlen, scheiterte an der fehlenden Genehmigung des Oberfinanzpräsidenten. Walter Laski konnte über sein Vermögen nicht mehr frei verfügen.

Elsa und Hermann Philipp nahmen sich am 2. November 1941 in ihrer Wohnung in der Wandsbeker



Grabstein für Carl Reinhard Laskis Eltern, Ida und Harry Laski, auf dem Friedhof Ohlsdorf-Ilandkoppel

*Ingo Wille*

Chaussee 71/73 in Hamburg-Eilbek gemeinsam das Leben. Ihr Sohn Herbert, geboren am 16. Februar 1903, der zunächst wiederbelebt werden konnte, starb zwei Tage später an den Folgen seiner Kohlenmonoxidvergiftung.

Nach der Entrichtung der „Reichsfluchtsteuer“ und einer „Sicherungshinterlegung“, erhielt Walter Laski eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ und entkam in das damals nicht visapflichtige Shanghai. Seine Kinder hatten Deutschland zu diesem Zeitpunkt bereits verlassen. Johann Arnold, geboren am 9. Juli 1917, flüchtete über England und die Niederlande nach Argentinien. Annemarie, geboren am 18. Februar 1913, befand sich seit 1939 in den USA.

Walter Laski konnte seine seit einigen Jahren psychisch labile Ehefrau Mathilde, geborene Kallmes, geboren am 16. November 1888 in Wandsbek, nicht mit ins Ausland nehmen. Sie hatte nach der Verhaftung ihres Ehemannes einen Zusammenbruch erlitten und wurde in die „Psychiatrische und Nervenlinik der Hansischen Universität“ Friedrichsberg eingeliefert. Am 31. März 1939 kam sie mit einem Sammeltransport in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn. Von dort konnte ihre Familie am 4. Mai ihre Entlassung erwirken. Seitdem wurde sie privat von einer jüdischen Pflegerin betreut. Zusammen mit ihrer Pflegerin Henriette Cohen, geborene Behrens, geboren am 17. Februar 1885, wurde Mathilde Laski am 25. Oktober 1941 nach Łódź in das Getto Litzmannstadt deportiert. Im Gedenkbuch „Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus“ wird Mathilde Laskis Todesdatum mit dem 12. Juli 1942 angegeben. Ihrer Familie wurde allerdings durch eine Krankenschwester berichtet, dass sie bereits kurz nach ihrer Deportation Ende November 1941 im „Lager“ verstarb.

An Mathilde Laski und an Henriette Cohen erinnern Stolpersteine im Woldsenweg 13. (s. Stolpersteine in Hamburg-Eppendorf und Hamburg-Hoheluft-Ost S. 240). Für das Ehepaar Philipp und dessen Sohn Herbert wurden Stolpersteine in der Wandsbeker Chaussee 81 in Hamburg-Eilbek verlegt. An Carl Reinhard (Reinhold) Laski erinnert ein Stolperstein in der Kleinen Johannisstraße 9 in Hamburg-Altstadt.

*Susanne Rosendahl*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident FVG 8045 Laski, Walter; 331-5 Polizeibehörde-Unnatürliche Sterbefälle 3 Akte 1941/1718; 3 Akte 1941/1733; 332-5 Standesämter 9022 Geburtsregister Nr. 2123/1887 Carl Reinhard Laski; 9022 Geburtsregister Nr. 2122/1887 Wera Laski, 7873 Sterberegister Nr. 1357/1892 Wera Laski, 7253 Sterberegister Nr. 1067/1941 Hermann Philipp, 7245 Sterberegister Nr. 793/1941 Herbert Philipp, 1922 Geburtsregister Nr. 3364/1878 Elsa Laski, 2578 Heiratsregister Nr. 1361/1877 Harry Laski/ Ida Wolffsohn, 9768 Sterberegister Nr. 3578/1918 Ida Laski, 8970 Geburtsregister Nr. 3753/1882 Johann Walter Laski; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Abl. 1/1995, 25351 Laski, Reinhard; Abl.

2/1995, 25862 Laski, Mathilde; 522-1 Jüdische Gemeinden 922 e 2 Deportationslisten; Auskunft des Standesamtes Hamburg-Mitte über die Beischreibung auf dem Geburtsregistereintrag von Carl Reinhard Laski; Wunder/Genkel/Jenner, Auf dieser schiefen Ebene (1987); Das Buch der alten Firmen der Freien und Hansestadt Hamburg, Leipzig ca. 1928, S. X15; Regina Marien-Lunderup, Die Verlegung in die Lübecker Heilanstalt Strecknitz, in: Böhme/Lohalm, Wege in den Tod, 1993, S. 233 ff.; IGdJ (Hrsg.)/Kirsten Heinsohn (Redaktion), Das jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk, Göttingen 2006, S. 226; Britta L. Behm/Gesa Heinrichs/Holger Tiedemann (Hrsg.), Das Geschlecht der Bildung – Die Bildung der Geschlechter, Opladen 1999, S. 74.

### ■ **Luise Franziska (Lilly) Lehmann,**

**geb. am 3. 5. 1896 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Luise Franziska Lehmann, von allen Lilly genannt, war eines von vier Kindern der jüdischen Eheleute Samuel Lehmann und Rosa, geborene Pincus. Der Kaufmann Samuel Lehmann, genannt Sally, war am 6. Mai 1856 in Oschersleben im heutigen Landkreis Börde (Sachsen-Anhalt) zur Welt gekommen. Rosa Pincus, seine spätere Ehefrau, wurde am 22. Februar 1870 in Posen geboren.

Luise Franziska war das zweitjüngste Kind von Samuel und Rosa Lehmann. Sie war am 3. Mai 1896 in Hamburg-Harvestehude in der Straße Schlump 3 geboren worden. Hier kamen auch ihre ältere Schwester Ruth Rosalie Amalie am 4. Oktober 1894 und ihr Bruder Ludwig am 28. Dezember 1897 zur Welt. Der jüngste Bruder, Hans Max Siegfried, wurde am 27. August 1900 in der Straße Rutschbahn 17 im Stadtteil Rotherbaum geboren. Die Familie lebte viele Jahre in der Rutschbahn, die längste Zeit im Haus Nr. 11, auch noch, als Samuel Lehmann 1929 im Allgemeinen Krankenhaus Eppendorf starb. Tochter Ruth Rosalie Amalie Lehmann hatte die elterliche Wohnung bereits 1928 verlassen und war nach Berlin gezogen. Sie war dort mit Georg Arnheim verheiratet.

Über Luise Franziska Lehmanns Kindheit und Jugend ist uns nichts bekannt. Anfang der 1930er-Jahre arbeitete sie als Sprechstundenhilfe.

1933 wurde sie zum ersten Mal in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen. Über die Ursache und die Umstände ihrer Aufnahme in die Krankenanstalt wissen wir nichts. Sie wohnte zu dieser Zeit zur Untermiete bei dem Kaufmann L. Brach in der Grindelallee 45. 1936 befand sich Luise Franziska Lehmann einige Monate in einem Versorgungsheim, bevor sie am 18. August erneut in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg kam. Am 3. November 1936 wurde sie in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn verlegt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Meck-

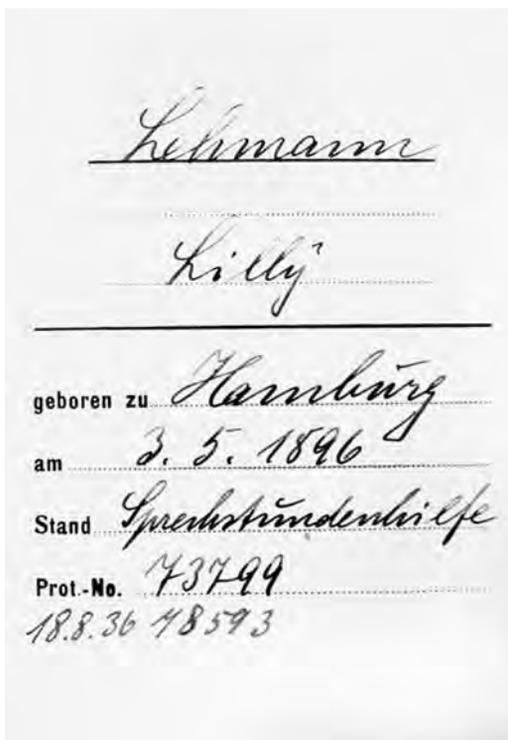
lenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Luise Franziska Lehmann. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Auch Luise Franziskas Mutter und ihre Schwester Ruth Rosalie Amalie Arnheim wurden im Holocaust ermordet. Sie wurden am 13. Januar 1942 zusammen mit Ruths Ehemann Georg Arnheim von Berlin nach Riga deportiert und kamen dort ums Leben.

Ludwig Lehmann emigrierte 1934 nach Lissabon und heiratete dort. Im April/Mai 1937 zog das Ehepaar weiter nach Montevideo in Uruguay. Ludwig Lehmann nahm sich am 4. Dezember 1950 das Leben, weil – wie seine Ehefrau gegenüber der Hamburger Wiedergutmachungsbehörde erklärte – er den Tod seiner nach Riga deportierten und ermordeten Mutter nicht verwinden konnte.

Hans Lehmann, das jüngste der Lehmann-Kinder, verließ Hamburg 1926 mit unbekanntem Ziel. Er starb 1991 in Bad Soden im Taunus.

In der Grindelallee 45 in Hamburg-Rotherbaum hilft ein Stolperstein, Luise Franziska (genannt Lilly) Lehmann nicht zu vergessen.



Patienten-Karteikarte der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg für Luise Franziska (Lilly) Lehmann  
UKE/IGMW

Ingo Wille

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer

„Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 9099 Geburtsregister Nr. 1796/1894 Ruth Rosa Amalie Lehmann, 9120 Geburtsregister Nr. 790/1896 Luise Franziska Lehmann, 9135 Geburtsregister Nr. 2581/1897 Ludwig Lehmann, 9840 Sterberegister Nr. 603/1929 Samuel Lehmann, 13275 Geburtsregister Nr. 1996/1900 Hans Max Siegfried Lehmann; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 20244 Ludwig Lehmann; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Lilly Lehmann der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

## ■ Emma Levi,

**geb. am 29. 5. 1892 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Emma Levi war die jüngste Tochter des Schlachters und Pferdehändlers Saly Levi, geboren am 14. März 1864 in Altenstädt, heute ein Stadtteil von Naumburg in Nordhessen. Seine Ehefrau Jette, geborene Fränkel, geboren am 27. Januar 1862, stammte aus Ehrenberg. Es ließ sich nicht klären, um welches Ehrenberg es sich handelt. Das Ehepaar Levi muss im Laufe der 1880er-Jahre nach Hamburg eingewandert sein. Es bekannte sich zum jüdischen Glauben.

Emmas ältere Schwestern Julchen, genannt Frieda, geboren am 12. November 1888 und Giedchen, geboren am 30. März 1890, kamen in der Glashüttenstraße 4 im Hamburger Stadtteil St. Pauli zur Welt. Ihnen folgte Selma, geboren am 4. Juni 1891 in der Glashüttenstraße 105. Die Familie verlegte bald darauf ihren Wohnsitz aus der Hamburger Neustadt in die Straße Koppel 85 im Stadtteil St. Georg, einem Arbeiterquartier. Hier wurde Emma Levi am 29. Mai 1892 in der Bremerstraße 16 geboren. Drei Monate später starb ihre Schwester Selma im Alter von einem Jahr und drei Monaten.

Im Juli 1910 verlegte die Familie den Wohnsitz in die Bremer Reihe 24, ebenfalls in St. Georg. Eineinhalb Jahre später, am 4. Oktober 1911, die drei Levi-Mädchen waren gerade bzw. wurden volljährig, starb ihr Vater Saly im Alter von 47 Jahren. Sals Witwe Jette behielt die Wohnung in der Bremer Reihe bis zu ihrem Lebensende am 9. Oktober 1920 bei.

Emma Levi war zeitlebens kränklich.

Wir verfügen über keine Informationen über Emmas Schulzeit. In der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg wurde bescheinigt, sie sei intelligent gewesen. Emma erlernte den Beruf der Hutmacherin.

Emma Levi entwickelte sich zunehmend zum „Sorgenkind“. Im Dezember 1914 musste sie sich einer gynäkologischen Operation unterziehen. 1915 klagte sie über das Gefühl „abgestorbener Finger“. 1917 wurde sie wegen einer über den ganzen Körper verbreiteten Hautkrankheit im Allgemeinen Krankenhaus St. Georg behandelt. Ein weiterer Kran-

kenhausaufenthalt schloss sich wenig später wegen des Verdachts auf eine Geschlechtskrankheit an, der sich 1919 bestätigte. Emma hatte, wie ihre Schwester Julchen später im Staatskrankenhaus Friedrichsberg berichtete, eine längere Beziehung mit einem Mann, der sie wohl angesteckt habe.

Am 9. Oktober 1920 starb Jette Levi im Alter von 58 Jahren. Julchen und Emma Levi behielten die Wohnung in der Bremer Reihe auch nach dem Tod ihrer Mutter. Julchen blieb unverheiratet. Sie arbeitete als Kassiererin, später als Privatsekretärin. Giedchen, die dritte Levi-Tochter, heiratete 1923 den nichtjüdischen Kapellmeister Karl Stoppauer aus Wien. Wahrscheinlich verließ sie ihre Geburtsstadt nach der Eheschließung.

Emma Levis Gesundheitszustand besserte sich in den Jahren nach dem Tod ihrer Mutter nicht. Sie litt unter den Folgen der 1919 erfolgten Infektion. Im Krankenhaus wurden verschiedene Behandlungsansätze versucht, die teilweise zu vorübergehenden Erfolgen führten, sodass sich Emma im Februar 1928 im Genesungsheim Kollow, zwischen Geesthacht und Schwarzenbek gelegen, erholen konnte.

Wegen starker Erregungszustände wurde Emma Levi im November 1928 in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen. Sie war dauernd gereizt und gegenüber den Mitpatienten unfreundlich bis „sehr gehässig“. Anfang 1930 litt sie unter diversen Fieberschüben, die Monate andauerten. Der Leiter der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, Professor Wilhelm Weygandt, war im Juli 1933 der Auffassung, dass „Die Patientin Emma Levi [...] für nicht absehbare Zeit anstaltspflegebedürftig [ist]; sie kann nicht entlassen werden.“

Anfang 1935 waren die Therapiemöglichkeiten der bei Emma Levi diagnostizierten chronischen Entzündung des Nervengewebes erschöpft. Sie wurde in das Versorgungsheim Farmsen überstellt, in dem sie in den nächsten Jahren lebte.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen



Emma Levi, etwa 1928  
*UKE/IGMW*

und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Emma Levi traf am 18. September 1940 in Langenhorn ein und wurde dem Transport zugeordnet. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung der Mordaktion enthielten Sterbemitteilungen falsche Angaben, und es wurde behauptet, der oder die Betroffene sei in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben.

Auch Emmas Schwester Julchen kam im Holocaust ums Leben. Sie gehörte im Dezember 1941 zu den 753 Hamburger Jüdinnen und Juden, die nach Riga deportiert wurden und nicht wieder von dort zurückkehrten. Ein Stolperstein erinnert an sie an der Stelle ihres letzten Wohnortes in der Bremer Reihe 24. Dort soll künftig auch ein Stolperstein an Emma Levi erinnern.

Emmas Schwester Giedchen überlebte den Holocaust offenbar geschützt durch die Ehe mit ihrem nichtjüdischen Ehepartner. Sie starb am 11. Januar 1980 im Alter von 90 Jahren in Prien am Chiemsee.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-13 Landgericht Hamburg Wiedergutmachung 3144 Julchen Levi, 3145 Giedchen Stoppauer geb. Levi; 332-5 Standesämter 314 Sterberegister Nr. 3190/1892 Selma Levi, 821 Sterberegister Nr. 1388/1920 Lette Levi, 2182 Geburtsregister Nr. 5386/1888 Julchen Levi, 2278 Geburtsregister Nr. 1571/1892 Emma Levi, 3455 Heiratsregister Nr. 596/1923 Giedchen Levi/Karl Stoppauer, 6902 Sterberegister Nr. 1104/1911 Saly Levi, 9058 Geburtsregister Nr. 726/1890 Giedchen Levi; 9069 Geburtsregister Nr. 1435/1891 Selma Levi; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 54712 Giedchen Stoppauer; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Emma Levi der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Emma Levi der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Standesamt Prien am Chiemsee, Sterberegister Nr. 18/1980 Giedchen Stoppauer.

## ■ Adele Levy,

**geb. am 7. 12. 1875 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Adele Levys Vater, der Lotteriellecteur (Losverkäufer) Benjamin Samuel Levy, geboren 1829, stammte aus Gelliehausen in der Nähe von Göttingen. Er war in zweiter Ehe mit der 1844 geborenen Friederika Rothstein aus dem damals preußischen Sudheim (heute ein

Ortsteil von Northeim/Niedersachsen) verheiratet. Das Paar ließ die Eheschließung am 14. August 1874 in Hamburg und am 1. September 1874 in Hannover registrieren. Benjamin Samuel hatte sich schon Jahre früher in Hamburg niedergelassen und bereits am 16. September 1859 den Bürgerbrief erhalten.

Das Ehepaar Levy bekam zwei Töchter, Adele, geboren am 7. Dezember 1875, und Sabine, geboren am 18. Oktober 1876, beide in Hamburg geboren. Die Familie lebte bei Adeles Geburt in der Hamburger Neustadt am Großen Neumarkt, Hof 57, bei Sabines Geburt in der Straße Kleine Drehbahn 8. Als Friederika Levy im Mai 1879 im Alter von 34 Jahren starb, war Adele noch nicht vier Jahre, Sabine drei Jahre alt.

Benjamin Samuel Levy heiratete erneut. Seine dritte Ehefrau, Helene Schломann, geboren 1845, stammte aus Malchow in Mecklenburg. Die Eheleute Levy müssen in äußerst beschränkten Verhältnissen gelebt haben. Darauf deutet Helene Levys letzte Adresse hin: Schlachterstraße 40/41, Haus 3, einem von Marcus Nordheim zu seinem siebzigsten Geburtstag errichteten Wohnstift mit 27 Freiwohnungen für arme jüdische Familien.

Adele Levy wurde 1886 im Alter von zehn Jahren in den damaligen Alsterdorfer Anstalten aufgenommen. Vermutlich war sie schon damals stark sehbehindert. Während ihrer Zeit in Alsterdorf starben am 3. Februar 1895 ihre Stiefmutter Helene und am 18. Februar 1900 ihr Vater Benjamin Samuel Levy. Sie hatte nun nur noch ihre Schwester Sabine, die inzwischen Lehrerin geworden war.

Adele Levy blieb bis Mai 1919 in Alsterdorf. Auf Wunsch der Jüdischen Gemeinde wurde sie dann im Israelitischen Siechenheim der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in der Schäferkampsallee 29 einquartiert. Als sie am 5. Dezember 1925 versuchte, sich das Leben zu nehmen, wurde sie in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg eingeliefert. Das Siechenheim verweigerte ihre Wiederaufnahme, sodass sie bis zum 26. Januar 1927 in Friedrichsberg blieb. Es schloss sich ein zweimonatiger Aufenthalt in einem Versorgungsheim (vermutlich Oberaltenallee) an, aus dem sie auf eigenen Wunsch mit Unterstützung der Jüdischen Gemeinde entlassen und in private Pflege gegeben wurde.

Adele Levys Sehbehinderung hatte sich verstärkt, bis 1932 das linke Auge völlig erblindet war. Am rechten Auge erfolgte eine Staroperation. Adele galt nun als hochgradig schwach-sichtig. Sie lebte weiterhin in privaten Pflegestellen, in denen es zu Zwistigkeiten kam. Adele behauptete, geschlagen und mit Wasser übergossen worden zu sein. Eine Fürsorgerin berichtete nach einem Hausbesuch im Oktober 1932, Adele Levy werde als unverträglich und böswillig geschildert. Ihre Beschwerden seien unbegründet, und Adele Levy sei für eine Unterbringung in einer Familie nicht geeignet. Auf Fürsprache der Jüdischen Gemeinde wurde dennoch von einer Anstaltseinweisung abgesehen. 1935 erfolgte erneut eine Augenoperation, über deren Erfolg nichts überliefert ist. In den folgenden Jahren lebte Adele Levy anscheinend weiterhin in verschiedenen Pflegefamilien, bis Anfang 1939 erneut über eine Heimunterbringung verhandelt wurde. Adele wollte gern bei ihrer Wirtin bleiben, bei der sie seit drei Monaten wohnte. Sie fühlte sich in dem jüdischen Haushalt gut aufgehoben, benötigte

jedoch Hilfe im Straßenverkehr. Adeles Wirtin, Gertrud Levin, Heinrich-Barth-Straße 10, äußerte sich positiv über sie. Sie könne „Fräulein Levy“ durchaus bei sich behalten, Adele sei ruhig und geordnet, störe in keiner Weise und mache ihr auch sonst keine wesentliche Mühe. Von Unruhe habe sie nichts bemerkt, auch nicht von Wahnvorstellungen. Adele lebte im Haushalt von Gertrud und Meta Levin, möglicherweise Schwestern.

Das Untermiet- und Betreuungsverhältnis endete 1939, nachdem Meta Levin im Februar 1939 nach England geflüchtet war und Gertrud ihr im Juni folgte. Damit stellte sich erneut die Frage nach Adele Levys Unterbringung. Am 3. August 1939 wurde sie in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn aufgenommen.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich auch Adele Levy. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So wurde auf Adele Levys Geburtsregistereintrag als Sterbedatum der 30. Januar 1941 notiert. Ihr Tod sei vom „Standesamt Cholm II“ im Generalgouvernement unter der Nummer 333/1941 registriert worden.

Auch Sabine Levy, Adeles Schwester, kam im Holocaust ums Leben. Sie wurde am 11. Juli 1942 in einem Transport von 300 jüdischen Menschen nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Für sie liegt ein Stolperstein in der Isestraße 21 in Hamburg-Harvestehude.

An Adele Levy soll ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Heinrich-Barth-Straße 10, erinnern.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandsaufsicht A 217 Geburtsregister Nr. 9202/1875 Adele Levy, B 63 Heiratsregister Nr. 1929/74 Benjamin Samuel Levy/Friederika Rothstein; 332-5 Standesämter 377 Sterberegister Nr. 192/1895 Helene Levy, 465 Sterberegister Nr. 283/1900 Samuel Levy, 1887 Geburtsregister Nr. 4927/1876 Sabine Levy, 7764 Sterberegister Nr. 903/1879 Friederika Levy; 351-14 Arbeits- und Sozialbehörde – Sonderakten 1470 Adele Levy; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Adele Levy der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadtarchiv Hannover, Neue Abteilung Bücher (NAB) Nr. 20566 aus 1974, Heiratsregister Benjamin Samuel Levy/Friederike Rothstein.

■ **Ernestine Levy, geb. Hirsch,**

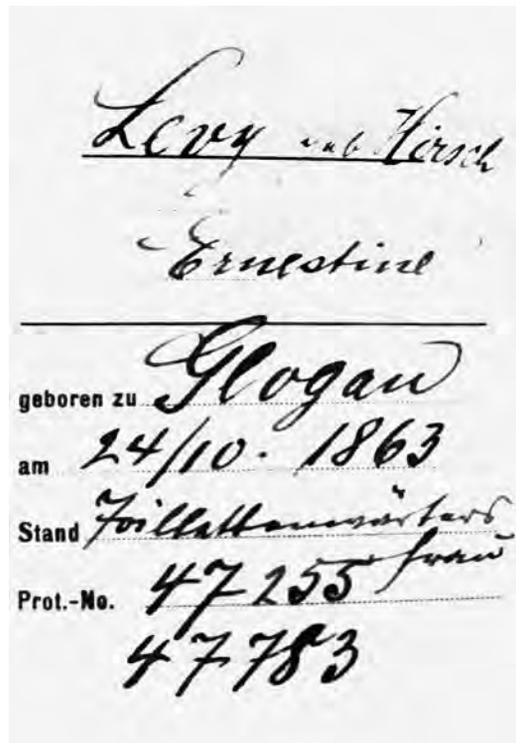
**geb. am 24. 10. 1863 in Glogau, ermordet in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel am 23. 9. 1940**

Über Ernestine Levy lassen sich außer ihrem Geburtsdatum keine Informationen finden. Weder über ihre Eltern oder andere Verwandte, über ihre Lebensumstände in Hamburg noch über ihre Heirat oder ihren Ehemann wissen wir etwas.

Ernestine Levy wurde als Ernestine Hirsch am 24. Oktober 1863 in Glogau rund 100 km nordwestlich von Breslau (heute Wrocław) geboren. 1920 oder 1921 kam sie zweimal in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Ein Eintrag auf ihrer Patienten-Karteikarte nennt als ihren Stand „Toilettenswärtersfrau“. Damit könnte die Berufsbezeichnung ihres Ehemannes gemeint sein, über den Weiteres nicht bekannt ist. Aus ihrer Anwesenheit in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg lässt sich schließen, dass sie psychisch krank war. Die Standesangabe deutet darauf hin, dass sie in armen Verhältnissen lebte.

Am 31. Januar 1925 kam Ernestine Levy von Friedrichsberg in die Staatskrankenanstalt Langenhorn. Wir wissen nicht, ob sie dort in den folgenden Jahren Patientin war. Ihrer Kultussteuerkarte ist zu entnehmen, dass sie im Sommer 1935 etwa zwei Monate in der diakonischen Anstalt Anscharhöhe, Tarpenbekstraße 107, lebte, damals im preußischen Lokstedt, heute Hamburg-Eppendorf. Ernestine Levy kam im Oktober 1935 erneut nach Langenhorn. Es ist anzunehmen, dass sie bis 1940 ohne Unterbrechung in der Staatskrankenanstalt Langenhorn blieb.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der



Ernestine Levys Patienten-Karteikarte in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg  
UKE/IIGEM

Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Ernestine Levy. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Eine Adresse von Ernestine Levy in Hamburg ist nicht bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Ernestine Levy der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

■ **Josef Levy,**  
**geb. am 12. oder 15. 4. 1872 in Rodenberg (Landkreis Schaumburg/Niedersachsen),**  
**ermordet in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel am 23. 9. 1940**

Josef Levy wurde am 12. oder am 15. April 1872 als ältestes von sechs Kindern in Rodenberg (Landkreis Schaumburg/Niedersachsen) geboren. Die Eltern waren der Holzhändler Benjamin Levy, geboren am 13. April 1839 in Rodenberg, und seine Ehefrau Händel, genannt Helene, geborene Goldschmidt, geboren am 26. August 1841 in Gehrden im Calenberger Land in der Region Hannover.

Ebenfalls in Rodenberg kamen die Schwestern Friederike, geboren am 14. August 1873, Clara, geboren am 7. Mai 1875, Selma, geboren am 25. März 1877, und Berta, geboren am 16. März 1879, zur Welt.

In den 1880er-Jahren übersiedelte die Familie Levy aus Rodenberg nach Hannover. Dort wurde am 20. Juni 1883 das sechste Kind, Sophie, geboren.

Josef Levy besuchte das Gymnasium, musste die Schule in der Tertia jedoch wegen nicht ausreichender Leistungen verlassen. Möglicherweise wirkte eine mehrwöchige fieberhafte Erkrankung in der Kindheit nach, die zu einer Beeinträchtigung seiner Lernfähigkeit geführt haben könnte. Während des Militärdienstes, den er im Elsass ableistete, stellten die Ärzte eine „Geistesschwäche“ fest, die zu seiner Militärentlassung und um die

Jahrhundertwende in Hannover zur Entmündigung führte. Josef Levy hatte keinen Beruf erlernt. Er soll gelegentlich von Verwandten als Schreiber beschäftigt worden sein. Im Jahr 1900 verließ er die elterliche Wohnung in Hannover und zog nach Bad Rehburg im Süden des heutigen Landkreises Nienburg/Weser.

Am 27. April 1900 starb der Familienvater Benjamin Levy. In diesem Jahr heiratete die Tochter Selma Levy den Kaufmann Julius Horwitz und übersiedelte zu ihrem Ehemann nach Hamburg, wo dieser Inhaber einer Handelsvertretung war.

Der Haushalt Levy in Hannover bestand nach Selmas Übersiedlung nach Hamburg nur noch aus Helene Levy und ihren Töchtern Berta und Sophie. Auch Berta verließ Hannover, nachdem sie 1908 den Kaufmann Salo Bloch aus Osnabrück geheiratet hatte. Friederike hatte den 1867 in Wolkowischki geborenen Neumann Freidberg geheiratet. Nach mehreren Umzügen hatten sich Mutter Helene und ihre Tochter Sophie in der Rambergstraße 16 niedergelassen. Dort kam auch Joseph Levy im Jahr 1917 für eine Woche unter. Es ist nicht bekannt, wo er sich bis dahin und in den Folgejahren aufhielt.

Am 7. September 1921 wurde Josef Levy auf Veranlassung seines Hannoveraner Vormunds erstmalig in einer Anstalt aufgenommen, und zwar in der Psychiatrie Eckardtsheim bei Bielefeld, die zu den „von Bodelschwingschen Anstalten Bethel“ (heute: v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel) gehörte. Den Grund für seine Entmündigung und seine Unterbringung in einer Anstalt kennen wir nicht. Wie Josef Levy in Eckardtsheim angab, hatte er in der Zeit vor seiner Aufnahme in Hamburg gelebt, also in der Nähe seiner Schwester Selma Horwitz. Diese Information sollte für die spätere Auseinandersetzung über die Übernahme der Heimkosten für Josef Levy bedeutsam werden. Die Heimleitung wollte Josef Levy möglichst bald wieder entlassen, denn das Haus Ophra der Anstalt Eckardtsheim sollte seiner ursprünglichen Bestimmung, der Pflege „schwacher Epileptiker“, vorbehalten werden.

Die Anstaltsleitung strebte für Josef Levy die Aufnahme in einer „Anstalt für Schwachsinnige“ außerhalb Bethels an. Die Jahre in Eckardtsheim waren deshalb ständig von schriftlichen Erörterungen zwischen der Heimleitung und Josef Levys Vormund über die



Bethel Eckhardtsheim

*Wikipedia*

Höhe der Anstaltskosten und die Frage geprägt, wer dafür aufkommen sollte. Josef Levy hatte zwar 1922 Wertpapiere im Werte von 16 700 Reichsmark besessen, doch dieses kleine Vermögen war im Zuge der Inflation von 1923 wertlos geworden. Josef Levys Mutter, die als einzige Angehörige auch zur Zahlung hätte herangezogen werden können, war selbst von Zuwendungen ihrer Töchter abhängig.

Die für die Kostenübernahme in Frage kommenden Fürsorgeverbände Hannover und Hamburg versuchten jahrelang, die evtl. zusätzliche Belastung ihrer Etats zu verhindern. Schließlich drohte die Anstalt Eckardtsheim mehrmals mit Josef Levys Entlassung. Am 4. Juni 1925 kam endlich aus Hamburg die Nachricht, dass Josef Levy in eine Hamburger Anstalt überführt werden könne.

Einen Tag später, am 5. Juni 1925, fuhr Josef Levy in Begleitung eines Pflegers nach Hamburg und wurde in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen. Dort blieb er bis 1928. Am 7. August desselben Jahres wurde er in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt. Im Februar 1935 – vermutlich im Zuge der Umstrukturierung der Hamburger Anstaltslandschaft im Rahmen des Friedrichsberg-Langenhorners Plans – wurde er in den folgenden fünf Jahren im Versorgungsheim Hamburg-Farmsen untergebracht.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Josef Levy traf am 18. September 1940 in Langenhorn ein und wurde dem Transport zugeordnet. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion enthielten Sterbemitteilungen falsche Angaben und behauptet, der oder die Betroffene sei in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben.

Joseph Levys Mutter Helene war am 14. Dezember 1925 mit 84 Jahren in Hannover gestorben. Ihre Tochter Sophie blieb noch bis 1939 in der bisherigen Wohnung in der Rambergstraße 16 und zog dann für etwa zwei Jahre in die Waldstraße 39. Sie war nun die letzte der Familie Levy in Hannover und musste allein auf sich gestellt die zunehmenden Diskriminierungen der jüdischen Bevölkerung erdulden. Dies mag sie bewogen haben, am 25. Juli 1941 zu ihrer Schwester Selma Horwitz nach Hamburg überzusiedeln.

Selma und Julius Horwitz hatten lange Jahre in der Haynstraße 32 gelebt. Sie hatten zwei Söhne, den 1903 geborenen Werner Berthold und den 1908 geborenen Hans Horwitz. Nach Julius Horwitz' Tod im Jahr 1923 führte Selma das Handelsvertretungs-Geschäft ihres Mannes weiter. Im Hamburger Adressbuch sind als Inhaber des Unternehmens über mehrere Jahre „Selma Horwitz Wwe. u. Kinder“ genannt. 1936 traf sie ein weiterer Schicksalsschlag. Ihr älterer Sohn, Werner Berthold Horwitz, starb am 25. Juni 1936 in der Staats-

krankenanstalt Langenhorn an Lungentuberkulose. Als Sophie Levy zu ihrer Schwester Selma Horwitz nach Hamburg zog, wohnte diese zur Untermiete bei Charlotte und Robert Salomon Borchardt in der HansasträÙe 79. Dort wohnte auch Selmas Schwester Berta Strauß, die nach dem Ende ihrer ersten Ehe 1938 mit Salo Bloch den Kaufmann Alfred Strauß aus Elberfeld geheiratet hatte. Vermutlich aufgrund der beengten Wohnverhältnisse kehrte Sophie bereits nach zehn Tagen nach Hannover zurück. Dort wohnte sie in der Ellernstraße 16 in einem sogenannten Judenhaus und traf hier mit ihrer verwitweten Schwester Friederike (Frieda) Freidberg zusammen.

Josef Levys in Hamburg lebende Schwestern, Selma Horwitz und Berta Strauß, erhielten im Oktober 1941 den Deportationsbefehl. Sie mussten sich in den Transport von 1034 Hamburgerinnen und Hamburger jüdischer Herkunft einreihen, der am 25. Oktober 1941 in das Getto „Litzmannstadt“ (Łódź) führte. Dort starb Selma Horwitz unter nicht bekannten Umständen am 13. Juli 1942. Auch Berta kam wahrscheinlich dort ums Leben. Selma Horwitz' zweiter Sohn Hans kam angeblich am 27. November 1944 im Alter von 36 Jahren im KZ Neuengamme zu Tode. Doch finden sich dafür keine Nachweise mehr.

Josefs Schwestern Sophie Levy und Frieda Freidberg wurden am 15. Dezember 1941 von Hannover nach Riga deportiert und ermordet.

Berta Strauß' geschiedener Ehemann Alfred wurde, nachdem er nach Belgien emigriert war, am 15. September 1942 von Mechelen aus nach Auschwitz deportiert und ermordet.

Über Clara Levys Lebensgeschichte ist nichts bekannt. Die Theresienstadt-Opferdatenbank verzeichnet eine Klara Levy, geboren am 7. September 1873 in Rodenberg, die am 20. Juli 1942 von Berlin nach Theresienstadt deportiert und am 16. Mai 1944 nach Auschwitz weiter deportiert wurde. Diese Person könnte mit Clara Levy identisch sein, sodass angenommen werden kann, dass Clara Levy in Auschwitz ermordet wurde.

Robert Salomon Borchardt, bei dem Selma Horwitz die letzten zwei Jahre einquartiert war, wurde am 15. Juli 1942 in das Getto Theresienstadt deportiert. Er starb dort am 2. Oktober 1943 im Alter von 74 Jahren. Für ihn liegt ein Stolperstein in der Eppendorfer Landstraße 14.

Für Josef Levy lässt sich der letzte frei gewählte Wohnsitz, der in der Regel der Verle-gort eines Stolpersteins sein soll, nicht ermitteln. Da er vor 1921 zeitweise in Hamburg wohnte und seine Schwester Selma Horwitz besuchte, sind für Joseph Levy und seine Schwester Selma Horwitz Stolpersteine in der Haynstraße 32 geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 9800 Sterberegister Nr. 57/1923 Julius Horwitz, 9882 Sterberegister Nr. 157/1936 Werner Berthold Horwitz; 351-10 I\_Sozialbehörde I StW 30.11 Bd. II; 351-12 I Amt für Wohlfahrtsanstalten 19; 352-8/7 Staatskran-

kenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 2 1995 Nr. 20051 Werner Horwitz; 522-1 Jüdische Gemeinden 992 e 2 Bd. 1, 922 e 2 Bd. 4 Deportationslisten; 731-1 (Handschriftensammlung), Marggraf Kurt, Aus der Geschichte des Pflegeheims Farmsen: Vom Werk- und Armenhaus zum Pflegeheim, Anhang Dk. 21; Landesarchiv Berlin, Standesamt Charlottenburg I, Nr. 1216/1917; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Josef Levy der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Josef Levy der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Niedersächsisches Landesarchiv Bückeburg, H 179 Nr. 3, Beschneidungsregister der jüdischen Synagoge zu Rodenberg, BS SI 2 Rod 151, Juden in Rodenberg, Auswertung der Register der Synagogengemeinde Rodenberg, darin enthalten: Geburtsregistereintrag vom 15. 4. 1872 Joseph Levy, Geburtsregistereintrag vom 14. 8. 1873 Friederike Levy, Geburtsregistereintrag vom 7. 5. 1875 Clara Levy, Geburtsregistereintrag vom 25. 3. 1877 Selma Levy, Geburtsregistereintrag vom 16. 3. 1879 Berta Levy; Standesamt Gemeinde Rodenberg Schbg. Des, H 179 Geburtsregister Nr. 29/1875 Clara Levy, Geburtsregister Nr. 21/1877 Selma Levy, Geburtsregister Nr. 18/1879 Berta Levy; Stadtarchiv Hannover, STA Geburtsregisterauszug Nr. 64\_2034/1883 Sophie Levy, STA Heiratsregister Nr. 376\_1812/1901 Heiratsurk. Selma Levy/Julius Horwitz, STA Heiratsregister Nr. 433\_2215/1908 Berta Levy/Salo Bloch, STA Sterberegister Nr. 1026\_2592/1925 Händel, genannt Helene Levy, STA Sterberegister Nr. 1461/1900 Benjamin Levy, HAB (Hauptarchiv der v. Bodelschwingschen Stiftung Bethel), Einzelakte Eckardsheim, 3985 (Josef Levy); Landesarchiv Berlin, Standesamt Charlottenburg I, Sterberegister Nr. 1216/1917 Neumann Freidberg; Stadtarchiv Wuppertal, Heiratsregister Elberfeld Nr. 64/1929 Berta Bloch geb. Levy/Alfred Strauß; Hans-Walter Schmuhl, Bethel – Eckartsheim. Von der Gründung der ersten deutschen Arbeiterkolonie bis zur Auflösung als Teilanstalt (1882–2001), Stuttgart 2006.

### ■ **Richard Levy,**

**geb. am 2. 2. 1885 oder 2. 11. 1885 in Wolsztyn, früher Wollstein (heute Polen), ermordet in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel am 23. 9. 1940**

Bei seiner Aufnahme in der damaligen Großherzoglichen Irrenanstalt Gehlsheim bei Rostock am 23. August 1915 erzählte Richard Levy, er habe seine Familie und seinen Geburtsort Wollstein nach Schulbesuch und Friseurlehre schon mit jungen Jahren verlassen.

Die Eltern, der Händler Isidor Levy und Caroline, geborene Cohn, lebten in Richards Geburtsort. Der Vater soll 1898, die Mutter 1908 verstorben sein. Richard Levy berichtete von drei Schwestern und einem Bruder, deren Namen und Geburtsdaten wir nicht kennen.

Richard Levy wandte sich nach seinen Aussagen zunächst nach Doberlug, einem sorbischen Ort am Fuße des Zisterzienserklosters Dobrilugk im heutigen Bundesland Brandenburg. Dort arbeitete er als Friseurgehilfe, bis er 1900 nach Dresden übersiedelte. Später war er ein Jahr in Hamburg tätig, dann in Berlin und in der damals noch selbstständigen Stadt Spandau (1920 nach Groß-Berlin eingemeindet).

1909 wanderte Richard Levy nach Amerika aus. Er verdiente seinen Lebensunterhalt anfangs als Friseur, dann in einem Bekleidungsgeschäft in Chicago. Schon 1913 kehrte er nach Europa zurück, zunächst nach Kopenhagen und anschließend nach Lübeck. Anscheinend waren seine finanziellen Mittel sehr knapp, denn er war darauf angewiesen, dass eine

seiner Schwestern, die in Posen lebte, ihn bei einem Besuch mit etwas Geld unterstützte. Nach einem erneuten Aufenthalt in Dresden blieb Richard Levy bis 1915 im Arbeitsasyl Wilhelmsthal bei Spremberg im heute brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße.

Die unter dem Namen „Brandenburgisches Arbeitsasyl Wilhelmsthal“ geführte Einrichtung nahm ab 1912 Arbeits- und Obdachlose auf, die von sich aus um Aufnahme baten, noch arbeitsfähig waren und sich „kontraktlich zu einem dreimonatlichen Aufenthalt gemäß der Hausordnung“ verpflichteten. Sie erhielten Unterkunft, Verpflegung und Wäsche sowie 20 bis 50 Pfennige (heute etwa zwei bis fünf Euro) Arbeitslohn pro Tag.

1915 „glückte“ es ihm, wie Richard Levy formulierte, über Berlin nach Hamburg zu fahren. Hier habe er sich einen Pass nach Dänemark „gekauft“. Ein Passantrag ist in Hamburg nicht auffindbar.

In Kopenhagen schlug der Versuch fehl, erneut nach Amerika auszuwandern. Richard Levy wurde mittellos festgenommen und auf Veranlassung des Deutschen Konsulats im August nach Warnemünde ausgewiesen. Hier überstellte die Kriminalpolizei ihn dem militärischen Bezirkskommando, um seine Wehrdienstpflicht zu prüfen. Es bestand die Vermutung, dass er sich der Dienstpflicht entziehen wollte. Die Tauglichkeitsuntersuchung für den Militärdienst führte jedoch zu der Feststellung, er sei „geistig erkrankt“.

Am 23. August 1915 wurde Richard Levy in die „Irrenanstalt Gehlsheim“ im heutigen Rostocker Stadtteil Gehlsdorf eingeliefert. Seitdem hielt er sich bis zu seinem Lebensende in „Anstaltsbewahrung“ auf, bis 7. April 1916 in Gehlsheim und danach bis September 1940 in der Heilanstalt Sachsenberg bei Schwerin. Richard Levy galt als ein meist ruhiger, im Laufe der Jahre zunehmend in sich zurückgezogener Patient. Er übte auch in der Anstalt seinen Lehrberuf aus. Seinen Mitpatienten schnitt er die Haare und rasierte sie.

Auf Antrag der Anstalt Sachsenberg beschloss das Amtsgericht Schwerin am 30. August 1940 Richard Levys Entmündigung. Warum gerade zu diesem Zeitpunkt seine Entmündigung betrieben wurde, ist nicht ersichtlich, denn Richard Levy befand sich schon 25 Jahre in einer Heilanstalt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Richard Levy kam am 17. September 1940 aus Schwerin-Sachsenberg in Langenhorn an. Er war völlig in sein Schicksal ergeben und ging ruhig auf den Transport. Die Menschen, unter ihnen Richard Levy, wurden am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt gebracht und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurden in den Sterbemitteilungen falsche Angaben verwendet und behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Richard Levy hatte in Hamburg keine frei gewählte Adresse, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Landeshauptarchiv Schwerin 5.12-7/11; Haack/Kasten/Pink, Heil- und Pflegeanstalt Sachsenberg-Lewenberg 1939–1945; <http://www.lr-online.de/regionen/spremberg/Was-wird-aus-Wilhelmsthal;art1050,3904070> [22. 5. 2015].

### ■ **Robert Martin Levy,**

**geb. am 1. 8. 1891 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Robert Martin Levy wurde am 1. August 1891 in der Straße Bei den Hütten 46 in der Hamburger Neustadt geboren. Sein Vater Martin Levy, geboren am 7. November 1864 in Hamburg, und seine Mutter Rosa, geborene Cohn, geboren am 30. Juni 1862 in Altona, hatten am 19. Dezember 1889 geheiratet. Das Ehepaar bekannte sich zur jüdischen Religion. Es hatte außer Robert Martin zwei weitere Söhne: Louis, geboren am 23. Juli 1890, gestorben am 24. Februar 1891, und Bernhard, geboren am 6. April 1893.

Martin Levy arbeitete um 1890 als Hausknecht, später als Butterhändler. Seine Ehefrau Rosa starb am 17. Oktober 1904 im Israelitischen Krankenhaus in Hamburg. Im Juli 1905 ging Martin Levy erneut eine Ehe ein mit Therese Wagener, geboren am 22. Juli 1875. Er wohnte zu dieser Zeit am Großneumarkt 56.

Robert Martin war dreizehn, als er seine Mutter verlor. Er hatte als Schüler Probleme, dem Unterricht zu folgen. Während der Pubertät neigte er, wie es in der Patientenakte heißt, zu „sexuellen Triebhandlungen“, die 1906 – er war fünfzehn Jahre alt – zu seiner Einweisung in die „Irrenanstalt Friedrichsberg“ führten. Hier arbeitete er als Maleranlernling fleißig und willig. Gelegentlich soll er streitsüchtig gewesen sein. Insgesamt entwickelte sich Robert so günstig, dass er ab 1921 regelmäßig Stadturlaub erhielt.

Die mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 zur Staatsdoktrin erhobene Erbgesundheitspolitik hatte für Robert Martin schwerwiegende Konsequenzen. Durch das am 14. Juli 1933 beschlossene und am 1. Januar 1934 in Kraft getretene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ konnte durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, „wer erbkrank ist, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen

Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden“. Bei Robert Martins Aufnahme in Friedrichsberg war festgehalten worden, dass seine Mutter „nicht normal, deren Vater im Irrenhaus verstorben“ sei. Das reichte aus, um ihn am 7. März 1935 im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek zu sterilisieren. Nach diesem Eingriff wurde Robert Martin Levy entlassen, im Frühjahr 1936 jedoch erneut Patient der Anstalt Friedrichsberg. Der Grund dafür ist nicht bekannt. Zwei Jahre später, am 13. Juli 1937, wurde Robert Martin Levy „im Sammeltransport“ in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt. Bei seiner Aufnahme konnte er Wissensfragen logisch und richtig beantworten. Er arbeitete auch dort in den Malerwerkstätten. Man schilderte ihn als ruhig, fleißig und anständig, sodass er auch in Langenhorn regelmäßig auf Stadturlaub gehen durfte.

Wahrscheinlich führte die Bewertung als fleißiger und anständiger Arbeiter am 18. August 1939 zu Robert Martins Verlegung in das Gut Düssin. Die Stadt Hamburg hatte das spätere Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme Ende 1938 gekauft. Dort wurden vorübergehend 220 Menschen mit einer geistigen Behinderung oder psychischen Erkrankung untergebracht. Die zunächst geplante Einrichtung einer großen Anstalt für Menschen mit einer geistigen Behinderung oder psychischen Erkrankung wurde nicht verwirklicht. Wie die anderen Frauen und Männer aus Langenhorn wurden neben Robert Martin Levy auch zwei Frauen und vier Männer jüdischer Abstammung in Düssin zur Landarbeit herangezogen.

Die Rückführung der jüdischen Patientinnen und Patienten aus Düssin geschah auf Weisung des Reichsinnenministeriums. Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion gegen Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten hatte das Reichsinnenministerium angeordnet, alle jüdische Patientinnen und Patienten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Robert Martin Levy kam am 14. September 1940 in Langenhorn an und wurde dem Transport zugeordnet. In



Falsche Sterbenotiz auf der Geburtsurkunde von Robert Martin Levy  
StaH

Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurden in den Sterbemitteilungen falsche Angaben verwendet und behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf Robert Martin Levys Geburtsregistereintrag wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 574/1940 registriert hat.

Robert Martin Levys Vater starb am 28. Mai 1941 im Krankenhaus Johnsallee 68. Seine zweite Ehefrau Therese war bereits am 11. Februar 1939 verstorben. Bernhard, der jüngste der drei Levy-Brüder, war mit der evangelischen Martha Drögmöller verheiratet. Diese Ehe mit einer nichtjüdischen Frau rettete ihm das Leben. Zunächst vor der Deportation geschützt, musste er ab April 1940 bei fünf verschiedenen Unternehmen Zwangsarbeit leisten und war gezwungen, den „Judenstern“ zu tragen. Am 14. Februar 1945 gehörte er dann zu der letzten Gruppe jüdischer Menschen in noch existierenden Mischehen, die nach Theresienstadt deportiert wurden. Am 5. Mai 1945 übergab die SS dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz die Verantwortung für Theresienstadt. Die Rote Armee erreichte das Getto am 8. Mai 1945. Bernhard Levy gehörte zu den Überlebenden. Er kehrte nach Hamburg zurück und starb am 2. Januar 1963 in seiner Heimatstadt.

Zur Erinnerung an Robert Martin Levy soll ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 56 in den Fußweg eingelassen werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn), 332-5 Standesämter 293 Sterberegister 476/1891 Louis Levy, 966 Sterberegister Nr. 52/1930 Therese Levy, 2228 Geburtsregister Nr. 2725 Louis Levy, 2258 Geburtsregister Nr. 3273/1891 Robert Martin Levy, 2312 Geburtsregister Nr. 1443/1893 Bernhard Levy, 2745 Heiratsregister Nr. 1467/1889 Martin Levy/Rosa Cohn, 3402 Heiratsregister Nr. 1054/1921 Bernhard Levy/Martha Drögmöller, 8174 Sterberegister Nr. 188/1941 Martin Levy, 8639 Heiratsregister Nr. 200/1905 Martin Levy/Therese Wagener, 10145 Sterberegister Nr. 15/1963 Bernhard Levy; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 14870 Bernhard Levy; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 2/1995 Krankenakte 24174 Robert Martin Levy; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Robert Martin Levy der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; RGBl. I, S. 529, Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. 7. 1933.

## ■ Hannchen Lewin,

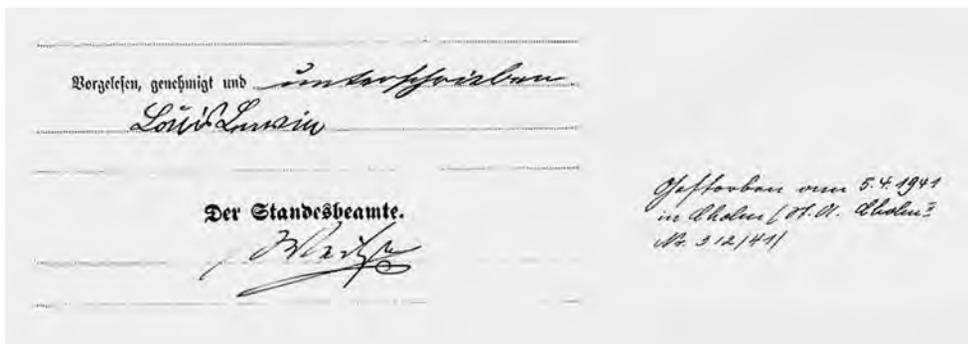
geb. am 8. 5. 1879 in Rogasen (Rogozno, Polen), ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel

Hannchen Lewin kam als Tochter des Mützenmachers Louis Lewin und seiner Ehefrau Bertha, geborene Zastrow, am 8. Mai 1879 in Rogasen (heute Rogozno), 30 km nördlich von Posen zur Welt. Die Eltern gehörten dem jüdischen Glauben an.

Über Hannchen Lewins Kindheit und Jugend sowie über die Gründe für ihren Aufenthalt in einer psychiatrischen Anstalt stehen keinerlei Informationen zur Verfügung. Wir wissen nicht, wie Hannchen Lewin nach Hamburg kam, ob allein oder mit ihren Eltern, und wo sie in Hamburg lebte. Sicher ist, dass sie im März/April 1923 wegen einer psychischen Erkrankung in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen wurde. Auf ihrer Patienten-Karteikarte findet sich der Eintrag „Stand ohne“. Dies deutet darauf hin, dass sie keinen Beruf hatte.

Von Friedrichsberg wurde Hannchen Lewin am 10. Dezember 1923 in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn verlegt. Dort lebte sie in den folgenden fast zwölf Jahren, bis sie im Zuge der zahlreichen Patientenverlegungen als Folge des sogenannten Friedrichsberg-Langenhorners Plans am 9. Juli 1935 mit anderen Patientinnen und Patienten aus Langenhorn nach Eichenkamp, einer 1928/1929 gegründeten privaten Einrichtung für Alte, Kranke und Behinderte in Thesdorf/Pinneberg, überführt wurde. Am 15. Juli 1939 wurden diese jüdischen Patienten wieder nach Langenhorn zurückgebracht.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die



Falsche Sterbenotiz auf der Geburtsurkunde von Hannchen Lewin

StaH

sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. In Brandenburg wurden die Menschen, unter ihnen Hannchen Lewin, noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf Hannchen Lewins Geburtsurkunde findet sich wahrheitswidrig die Notiz „gestorben am 5. 4. 1941 in Cholm (St.A. Cholm II Nr. 312/41)“.

Eine Adresse von Hannchen Lewin in Hamburg ist nicht bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönin, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Hannchen Lewin der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Archiwum Panstwowe w Poznaniu, Standesamt Rogasen, Geburtsregister Nr. 72/1879 Hannchen Lewin; Stadtarchiv Pinneberg, Auskünfte über die Geschichte des heutigen Pflegeheims Pinneberg, Ortsteil Thesdorf, Rellinger Straße 37; Wunder, Auflösung Friedrichsberg, S. 128–131.

## ■ **Bernhard Liepmann,**

**geb. am 24. 7. 1905 in Altona, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Bernhard Liepmanns Mutter Hannchen (lt. Geburtsregistereintrag: Hanchen), Henriette Liepmann sowie ihre Schwester Flora Samuel wurden in eine kinderreiche Familie in der Hamburger Neustadt hineingeboren. Ihr Vater Nathan Liepmann, geboren am 8. Mai 1844, und Rebecka Mathilde, geborene Kussel, geboren am 14. September 1847, heirateten am 20. Juni 1869. Das Ehepaar bekam zwischen 1869 und 1889 elf Kinder. Bei der Geburt der ältesten Tochter Henriette im Jahr 1872 wohnte die Familie in der 2. Marktstraße 16 (später Marcusstraße). Nathan Liepmann war „Kommis“, eine ältere Bezeichnung für Handlungsgehilfe oder auch Kontorist. Später war er als Händler tätig. Als Flora 1877 geboren wurde, waren die Eltern in den Neuen Steinweg 91 gezogen, Hannchen kam dann in der Wohnung Neuer Steinweg 60 zur Welt. 1891 verzeichnet das Hamburger Adressbuch die Familie Liepmann in der ehemaligen Schlachterstraße 47, Haus 4. Im dortigen Lazarus-Gumpel-Stift bewohnte die Familie eine 4-Zimmer-Wohnung. Außer Hannchen,

Henriette und Flora gehörten diese Kinder zur Familie: John Liepmann, geboren am 25. Oktober 1881, David Liepmann, geboren am 16. Dezember 1869, Ferdinand Liepmann, geboren am 15. Juli 1874, Frieda Liepmann, geboren am 12. Februar 1879, Siegmund Liepmann, geboren am 15. September 1880.

Siegmund Liepmann, geboren am 24. Juli 1876, Max Liepmann, geboren am 6. Januar 1883 und Sam Liepmann, geboren am 14. März 1889, waren bereits im frühen Kindesalter gestorben. Siegmund Liepmann, geboren 1880, starb 1916 im Ersten Weltkrieg.

Henriette Liepmann absolvierte nach der „Bürgerrealschule mit Fremdsprachen als Lehrfach“ eine Ausbildung als kaufmännische Angestellte in der Firma Oppenheim & Rappolt in der Admiralitätsstraße 71/72 (ab 1897: Rappold & Söhne). In späteren Dokumenten wurde Henriette dort als Lageristin geführt. Ihr jüngerer Bruder, John Liepmann, berichtete, dass seine Schwester immer in ihrer Lehrfirma tätig war. Nach dem Umzug des Unternehmens in die Mönckebergstraße 11 war sie als leitende Angestellte bis zu ihrer Pensionierung im März 1937 für den Textilwareneinkauf in London und Paris zuständig. Während ihrer Berufstätigkeit hatte Henriette wesentlich zum Lebensunterhalt ihrer Familie beigetragen, weil ihr Vater Nathan Liepmann schon mit 56 Jahren aufgrund gesundheitlicher Probleme erwerbslos geworden war.

Hannchen Liepmann hatte eine Ausbildung als Verkäuferin absolviert. Von Mai bis Oktober 1904 arbeitete sie in Berlin, wo auch ihre älteren Brüder David und Ferdinand lebten. In Berlin lernte sie den Kaufmann Jacob Müller kennen. Als sie von ihm schwanger wurde, gab sie ihre Stellung auf und kehrte in den Haushalt ihrer Eltern nach Hamburg zurück. Sohn Bernhard wurde am 24. Juli 1905 in Altona, Schulterblatt 139, geboren. Hannchen Liepmann arbeitete viele Jahre in der Hosenträgerfabrik Alexander & Magnus, Pickhuben 4. Im Jahr 1920, vermutlich durch Vermittlung ihrer Schwester Henriette, war sie dann in der Fabrikation bei Rappold & Söhne als „Gummimantelkleberin“ beschäftigt. Infolge einer Erkrankung war ihr Verdienst allerdings sehr gering. Sie litt zeitweise an Lähmungen der Arme und Beine. Auch ein verkrüppelter Daumen hinderte sie an manchen Tätigkeiten. Alle zwei Jahre wurde ihr eine Kur nach Waldesruh in Lüneburg genehmigt. 1935 wurde auf ihrer Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde Hamburg vermerkt: „seit neun Jahren erwerbslos“. Zu diesem Zeitpunkt führte sie den Haushalt ihrer mittlerweile 88-jährigen Mutter und ihrer Schwester Henriette. Hannchen Liepmanns Vater Nathan war am 20. März 1926 im Alter von 82 Jahren verstorben.

Flora Samuel, geborene Liepmann, hatte im Lazarus-Gumpel-Stift in der Schlachterstraße 47, Haus 4, ihre eigene Wohnung. Sie arbeitete ebenfalls als „Kleberin“ bei Rappold & Söhne. Eine Zeitlang lebte sie in England und wohl auch in Berlin, wo ihr Ehemann Heinrich Samuel gestorben war. Seit 1921 wurde sie als Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Hamburg geführt.

Aus dem Lazarus-Gumpel-Stift war bereits ein „Judenhaus“ geworden, als die drei Schwestern Hannchen und Henriette Liepmann sowie Flora Samuel per Einschreiben ihren

„Evakuierungsbefehl“ für die Deportation am 6. Dezember 1941 in den Osten erhielten. Vermutlich befanden sie sich bereits in der Sammelstelle im Gebäude der ehemaligen „Provinzialloge für Niedersachsen“ in der Moorweidenstraße, wo sie sich vor ihrem Abtransport einzufinden hatten, als sie ihren Bruder John Liepmann, der mit seiner Frau Adele in Dortmund lebte, über ihre bevorstehende „Abreise“ benachrichtigten. Eine wohl eilig geschriebene Postkarte, datiert vom 5. Dezember 1941, erreichte ihn mit folgendem Inhalt: „Meine Lieben! Teile ich Euch mit, dass wir morgen Sonnabend, den 6. Dezember 1941, 11 Uhr fahren, sind hier noch zwei Tage schön gepflegt worden. Hoffe euch recht gesund. Ich halte im Laufenden. Mit herzlichen Gruß und Kuss. Euer ‚Dreimäderlhaus.‘“ Und auf der anderen Seite der Karte: „Meine Lieben, noch ein Lebewohl und haltet euch Gesund, Grüß Adele noch von uns. Ihr hört von uns. Euer Dreimäderlhaus.“

Der Transport, der anderntags mit 753 Hamburger Jüdinnen und Juden die Hansestadt vom ehemaligen Hannoverschen Bahnhof, dem Gelände des heutigen Lohseplatzes, verließ, sollte ursprünglich nach Minsk gehen. Er wurde dann aber nach Riga umgeleitet und endete außerhalb von Riga, im sechs Kilometer entfernten, leerstehenden Gut Jungfernhof. Ob die Schwestern dort, wo katastrophale Lebensbedingungen herrschten, zu Tode kamen oder im März 1942 zu den 1700 bis 1800 Personen gehörten, die in der „Aktion Dünamünde“ im Wald von Biķernieki erschossen wurden, ist nicht bekannt.

John Liepmann überlebte den Holocaust und starb 1964 in Dortmund. Er hat nie wieder etwas von seinen Schwestern gehört.

Hannchen Liepmanns Bruder Ferdinand wurde am 17. März 1943 von Berlin nach Theresienstadt und am 16. Mai 1944 weiter nach Auschwitz deportiert.

Bernhard, Hannchen Liepmanns Sohn, war durch eine Infektionskrankheit seiner Mutter während der Schwangerschaft gesundheitlich stark belastet. Nach seiner Geburt war er zunächst bei seiner Hebamme in Altona geblieben und wurde später bei einer Pflegefamilie in Hamburg-Hamm untergebracht. Bereits als Säugling musste Bernhard oft im Krankenhaus behandelt werden. Nach einem erneuten Aufenthalt 1906 im Allgemeinen Krankenhaus St. Georg holten ihn seine Pflegeeltern von dort nicht mehr ab. Vermutlich waren sie mit dem kranken Kind überfordert.

Bernhard kam zunächst in ein Waisenhaus. Da er sich dort nicht altersgemäß entwickelte, wurde er am 13. April 1907, knapp zweijährig, in den damaligen Alsterdorfer Anstalten (heute Evangelische Stiftung Alsterdorf) untergebracht.

Michael Wunder beschreibt Bernhard Liepmanns Schicksal: „Bernhard gilt ‚als unehehlich geboren‘. Belastet durch die Syphilis-Erkrankung der Mutter, muss der Säugling häufig im Allgemeinen Krankenhaus St. Georg behandelt werden. Insgesamt elf Monate liegt das Kind dort auf der Station. Bevor Bernhard zwei Jahre alt ist, wird er in die Alsterdorfer Anstalten verlegt; die Diagnose lautet: ‚Idiot.‘“

Bernhard Liepmann musste während seiner ganzen Kindheit und Jugendzeit häufig in Krankenhäusern behandelt werden. Er hatte Hautkrankheiten, Ekzeme, Furunkel und

häufig Erkältungen. Er entwickelte sich nur sehr zögernd. Der Arzt urteilte: „Machte in den ersten Jahren einen völlig idiotischen Eindruck.“ Bernhard lernte erst mit fünf Jahren laufen. Noch später erlernte er, selbstständig zur Toilette zu gehen. Er litt an fortwährendem Speichelfluss. An vielen Dingen konnte er nicht teilnehmen, da er an den Armen gelähmt war. Er hatte häufig Erregungszustände, wenn, wie es in den Aufzeichnungen heißt, „etwas nicht nach seinem Willen ging.“ Trotzdem versuchte er, sich nützlich zu machen. Er half beim Geschirrabräumen und transportierte auch die Kessel zur Küche. Beim Sitzen machte er jedoch ständig Bewegungen mit dem Oberkörper. Trotzdem lernte er mit den Jahren, sich zu melden, wenn er zur Toilette gebracht werden musste. Er lernte sogar, nachts trocken zu bleiben. Für die Pflegerinnen war Bernhard aber aufwendig. Er konnte nur breiige Kost zu sich nehmen, da er aufgrund seiner Behinderung nicht richtig kauen konnte und sprach nur „einige verstümmelte, unverständliche Worte.“

Nach 1933 entwickelten sich die Alsterdorfer Anstalten zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb, in dem eugenische Vorstellungen und damit einhergehend auch Zwangssterilisationen als „Verhütung unwerten Lebens“ unterstützt wurden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich auch zu entsprechenden Maßnahmen in den Alsterdorfer Anstalten führen würde. Ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 diente als Vorwand, die Entlassung aller Jüdinnen und Juden aus dieser Einrichtung vorzubereiten. Der Leiter der Alsterdorfer Anstalten, Pastor Friedrich Karl Lensch, leitete aus dem Urteil die Gefahr des Verlustes der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit ab, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. Ein Schreiben vom 3. September 1937 an die Hamburger Fürsorgebehörde enthielt 18 Namen von „jüdischen Zöglinge[n], welche hier auf Kosten der Fürsorgebehörde untergebracht sind“, darunter auch den von Bernhard Liepmann. Er wurde am 31. Oktober 1938 mit vierzehn weiteren jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern aus Alsterdorf in das Versorgungsheim Oberaltenallee abgeschoben. Anders als die meisten der aus Alsterdorf abgeschobenen jüdischen Menschen blieb Bernhard Liepmann wahrscheinlich in den nächsten zwei Jahren im Versorgungsheim Oberaltenallee.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Bernhard Liepmann traf am 18. September 1940 in Langenhorn ein und wurde diesem Transport zugeordnet. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion enthielten die Sterbemitteilungen falsche Angaben und es wurde behauptet, der oder die Betroffene sei in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) öst-

lich von Lublin verstorben. Bernhard Liepmanns Geburtsregistereintrag enthält den wahrheitswidrigen Hinweis, sein Tod sei am 31. 1. 1941 eingetreten und unter der Registernummer 358 im Jahr 1941 im „Standesamt Chelm II“ beurkundet worden.

Über die Schicksale von Hannchen Liepmanns Geschwistern David und Frieda Liepmann ist nichts überliefert. An Bernhard Liepmann, seine Mutter Hannchen Liepmann und deren Schwestern Henriette Liepmann und Flora Samuel erinnern Stolpersteine in Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 38.

*Susanne Rosendahl*

**Quellen:** 1; 4; 6; 7; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 14579 Geburtsregister Nr. 1829/1905 Liepmann Bernhard, 16 Sterberegister Nr. 2096/1876 Siegmund Liepmann, 144 Sterberegister Nr. 1914/1883 Max Liepmann, 257 Sterberegister Nr. 959/1889 Sam Liepmann, 1912 Geburtsregister Nr. 4548/1877 Flora Liepmann, 1951 Geburtsregister Nr. 854/1897 Frieda Liepmann, 2050 Geburtsregister Nr. 203/1883 Max Liepmann, 2062 Geburtsregister Nr. 6013/1883 Hanchen Liepmann, 2009 Geburtsregister Nr. 5032/1881 Lohn Liepmann, 2050 Geburtsregister Nr. 203/1883 Max Liepmann, 2197 Geburtsregister Nr. 1221/1889 Sam Liepmann, 14579 Geburtsregister Nr. 1829/1905 Bernhard Liepmann, 1884 Geburtsregister Nr. 3448/1876 Siegmund Liepmann, 1982 Geburtsregister Nr. 4346/1876 Siegmund Liepmann, 9818 Sterberegister Nr. 620/1926 Nathan Liepmann; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 5629 John Liepmann; 351-14 Arbeits- und Sozialfürsorge, Abl. 1999/2 Hannchen Liepmann; 522-1 Jüdische Gemeinden 922 e 2 Bd. 3, Deportationslisten; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv: Erbgesundheitskarteikarte Bernhard Liepmann; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv: Aufnahmebuch; Wunder/Genkel/Jenner, Auf dieser schiefen Ebene (2016), S. 23; Beate Meyer, Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945. Geschichte. Zeugnis. Erinnerung, S. 64 ff.

## ■ **Betty Lippmann,**

**geb. am 6. 1. 1878 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Betty Lippmann war eines von fünf Kindern der jüdischen Eheleute Leffmann Mendel Lippmann, geboren 1844 in Hamburg, und Hanna, geborene Beer. Bettys Mutter Hanna stammte aus einer weit verzweigten Hamburger Familie. Sie hatte elf Geschwister, zwei Halbschwwestern, Julie und Emma, aus der ersten Ehe ihres Vaters Beer Mendel Beer (später Hirsch Mendel Beer) und neun Geschwister aus dessen zweiter Ehe.

Beer Mendel Beer war etwa 1812 zur Welt gekommen. Er war in erster Ehe mit Berta Beer, geborene Marcus, geboren am 7. Januar 1826 in Hamburg, verheiratet. Nach der Scheidung heiratete Beer Mendel Beer 1851 Röschen, geborene Prag, geboren 1827 in Hamburg. Zu den zehn Kindern dieses Ehepaares gehörte Hanna, Betty Lippmanns Mut-

ter. Beer Mendel Beer starb 1893, Röschen Beer 1895. Berta Beer, Beer Mendels erste Ehefrau, überlebte beide. Sie starb mit 82 Jahren am 28. Juli 1908 in der Bornstraße 8 im Grindelviertel im Stadtteil Rotherbaum. In ihrer Sterbeurkunde wird sie als Witwe des verstorbenen früheren Schlachters Beer Mendel Beer bezeichnet.

Hanna Beer, geboren am 13. Juni 1853 in Hamburg, und der Kaufmann Leffmann Mendel Lippmann heirateten am 22. Oktober 1872. Aus dieser Ehe stammten Siegfried Lippmann, geboren am 25. April 1876, Betty Lippmann, geboren am 6. Januar 1878, Clara Lippmann, geboren am 19. November 1880, Emma Lippmann, geboren am 6. April 1882, und Hedwig Lippmann, geboren am 1. Februar 1885. Zwei weitere Kinder wurden 1878 und 1883 tot geboren. Die Familie lebte zunächst in der Hamburger Neustadt, verlegte ihren Wohnsitz dann jedoch nach Kiel.

Betty Lippmann, deren Mutter 1900 oder 1901 in der Fördestadt starb, galt in der Kindheit als exzentrisch, soll aber in der Schule gut gelernt haben. Sie war als Verkäuferin und Kassiererin berufstätig.

Mit 23 Jahren kam Betty Lippmann am 11. März 1901 zum ersten Mal wegen psychischer Probleme in die Psychiatrische Klinik des Universitätskrankenhauses in Kiel. Nach der Entlassung folgten wenig später weitere mehrmonatige Klinikaufenthalte in Kiel, bis Betty Lippmann schließlich 1906 für vierzehn Jahre in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt/Holstein aufgenommen wurde, unterbrochen von gelegentlichen Urlauben bei Verwandten in Kiel und Hamburg.

In der Familie bestand Anfang 1920 der Eindruck, dass Betty, die Stadtgänge unternehmen durfte, eine Tätigkeit außerhalb der Anstalt aufnehmen könnte. Der Landeshauptmann der Provinz Schleswig-Holstein äußerte sich aber ablehnend: „[...] erwidere ich Ihnen ergebenst, dass Ihrer Schwester Betty zu einer Stellung von hier aus leider nicht verholffen



Betty Lippmann in jungen Jahren  
*LAS*



Betty Lippmann in späteren Jahren  
LAS

werden kann, weil sie nach dem von mir eingeforderten ärztlichen Gutachten zur Aufnahme einer Tätigkeit außerhalb der Anstalt bei der großen Labilität ihres psychischen Gleichgewichts nicht geeignet erscheint.“

Anfang März 1920 setzte Hedwig Kloot, Bettys inzwischen verheiratete jüngste Schwester, auf Bettys Wunsch und gegen den Rat der Anstaltsleitung die Verlegung in die Provinzial-Heilanstalt Schleswig-Stadtfeld durch. Bereits vorher war Betty Lippmann zum Christentum konvertiert. Ihre Patientenakte enthält eine kurze Notiz über ihre Religionszugehörigkeit, vermerkt bei der Aufnahme in Schleswig: „mosaisch, jetzt evangelisch“. Ein Religionsübertritt ist jedoch nicht dokumentiert. Der Ortswechsel nach Schleswig erwies sich schon drei Monate später als Fehlentscheidung. Betty vermisste

die von ihr in Neustadt empfundene Ruhe und das Meeresklima. Während eines Urlaubs in Kiel wandte sie sich mit einem eindringlichen Brief an den Landeshauptmann der preussischen Provinz Schleswig-Holstein, Karl Graf von Platen-Hallermund. Sie bat nachdrücklich und schließlich erfolgreich um ihre Rückverlegung nach Neustadt. Dort scheint sich Betty Lippmann mit den Verhältnissen eingerichtet zu haben. Im Vorfeld einer Untersuchung in der Universitätsfrauenklinik Kiel beschrieb die Neustädter Anstalt sie 1930 wie folgt: „Frl. B. Lippmann ist eine besinnliche Debile mit reichlichen psychogenen Zügen. Sie genießt hier volle Stadtfreiheit und führt Besorgungen gern und zuverlässig aus.“

1932 stellte sich bei Betty Lippmann ein Augenleiden ein, das in der Augenklinik des Hamburger Universitätskrankenhauses kuriert werden sollte. Aus dem Schriftwechsel um die Übernahme der Kosten für diese Behandlung wissen wir, dass Betty Lippmann für die Zeit der Augenbehandlung im Emiliienstift der diakonischen Anstalt Anscharhöhe in Lokstedt (heute Hamburg-Eppendorf), Tarpenbekstraße 107, lebte. Anschließend kehrte sie nach Neustadt zurück.

Im April 1937 unternahm Betty Lippmann einen Versuch, aus Neustadt entlassen zu werden. Sie war nun 59 Jahre alt und strebte eine Unterkunft in einer christlichen Alten-

einrichtung in Hamburg an. Der Versuch blieb erfolglos. Sie blieb noch mehrere Jahre in Neustadt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Betty Lippmann traf am 13. September 1940 in Langenhorn ein und wurde dem Transport nach Brandenburg zugeordnet. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet, unter ihnen Betty Lippmann. Zur Verschleierung dieser Mordaktion enthielten Sterbemitteilungen falsche Angaben und es wurde behauptet, der oder die Betroffene sei in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben. Auch der Geburtsregistereintrag von Betty Lippmann enthält den wahrheitswidrigen Vermerk, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 280/1941 registriert hat.

Hedwig Kloot, geborene Lippmann, die sich intensiv um ihre Schwester Betty gekümmert hatte, starb am 21. September 1922, ihr Ehemann Hans Kloot am 6. Mai 1923, beide im Alter von nur 37 Jahren.

Clara Lippmann lebte in Wien, wahrscheinlich war sie dort verheiratet. Sie starb am 15. August 1969 im Wiener Krankenhaus Mariahilf.

Über Emma und Siegfried Lippmanns Schicksal ist nichts bekannt.

Ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Neuer Steinweg Ecke Ludwig-Erhard-Straße (ehemals Neuer Steinweg 51), soll an Betty Lippmann erinnern.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 4; 5; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandsaufsicht B 49 Heiratsregister Lippmann/Beer Nr. 2438/1872; 332-5 Standesämter 872 Sterberegister Nr. 381/1923 Hans Kloot, 347 Sterberegister Nr. 1158/1893 Beer Mendel Beer, 851 Sterberegister Nr. 1432/1922 Hedwig Kloot, 1882 Geburtsregister Nr. 2122/1876 Siegfried Lippmann, 1927 Geburtsregister Nr. 83/1878 Betty Lippmann, 1985 Geburtsregister Nr. 5529/1880 Clara Lippmann, 2027 Geburtsregister Nr. 1709/1882 Emma Lippmann, 2099 Geburtsregister Nr. 603/1885 Hedwig Beer, 2058 Geburtsregister Nr. 4350/1883 Lippmann ohne Namen, 7897 Sterberegister Nr. 510/1895 Röschen Beer, 7992 Sterberegister Nr. 360/1908 Berta Beer, 8937 Geburtsregister Nr. 1152/1879 Lippmann ohne Namen; LAS Abt. 377 Nr. 3810 Patiententakte Betty Lippmann; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; JSKD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Adressbuch der Stadt Kiel 1914.

■ **Oscar Löwenthal,**

**geb. am 24. 3. 1873 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Oscar Löwenthals Eltern stammten aus Mecklenburg. Sein Vater Emil Löwenthal war im April 1831 in Bützow, seine Mutter Minna, geborene Arnheim, war 1841 in Grabow geboren worden. Der Kaufmann Emil Löwenthal erhielt das Hamburger Bürgerrecht am 27. September 1861. Die Eheleute hatten nach der Hochzeit 1862 ihre erste Wohnung im Graskeller 12 in der Hamburger Altstadt bezogen. Keiner von beiden war vorher im Hamburger Adressbuch verzeichnet.

Emil Löwenthal betrieb in Hamburg zunächst zusammen mit einem Partner ein Manufakturwaren-Lager im Graskeller 12, dann im Großen Burstah 47. Ab 1865 arbeitete er allein. Seine Lager befanden sich in den nächsten Jahren in der Admiralitätsstraße 39, am Alten Wall 47, am Rödingsmarkt 7 mit Zweiglager in Ottensen und in der Bahrenfelder Straße 44. Auch die Wohnadressen wechselten oft. Ab 1871 hatte sich das Ehepaar Löwenthal für mehrere Jahre in der Spaldingstraße 12 in Hammerbrook niedergelassen. Hier kam 1873 ihr Sohn Oscar zur Welt. Anscheinend trennten sich Oscars Eltern später, denn sein Vater starb 1882 im Alter von 51 Jahren in Berlin. Zu dieser Zeit war Oscar neun Jahre alt. Oscars Mutter blieb in Hamburg. Sie starb im Jahr 1910 im Alter von 69 Jahren.

Über Oscar Löwenthals Lebensweg ist nur wenig bekannt. Aus einem Schreiben der „Ricklinger Anstalten“ an die Hamburger Fürsorgebehörde wissen wir, dass er 1938 Patient dieser Einrichtung war. In diesem Brief ging es darum, die in den Ricklinger Anstalten lebenden jüdischen Frauen und Männer gegen andere „auszutauschen“. Angeblich befürchtete die Anstaltsleitung, den Status der Gemeinnützigkeit und damit verbundene Steuervergünstigungen zu verlieren, „wenn nicht ausnahmslos deutsche Patienten bei uns aufgenommen werden“.

Hiervon waren mindestens vier Patienten betroffen: Oscar Löwenthal, Erland Walter Friedland, Benjamin Engländer und Felix Cohn (siehe jeweils dort). Ab 22. April 1938 verließen Oscar Löwenthal und die anderen drei jüdischen Patienten die Ricklinger Anstalten. Oscar lebte nun in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Oscar Löwenthal. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betrof-

fenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Für Oscar Löwenthal ist ein Stolperstein in Hamburg-Hammerbrook, Spaldingstraße 12, geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandsaufsicht A 151 Geburtsregister Nr. 2042/1873 Oscar Löwenthal; 332-5 Standesämter 8002 Sterberegister Nr. 276/1910 Minna Löwenthal; 332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht A I e 40 Bd. 7 Bürgerregister 1845–1875 L-R; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Landesarchiv Berlin, Standesamt Berlin IV Nr. 1987/1882 Sterberegister Emil Löwenthal; Sutter, Petrus, S. 173 f., 247.

## ■ Ella Lübeck,

**geb. am 28. 7. 1883 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

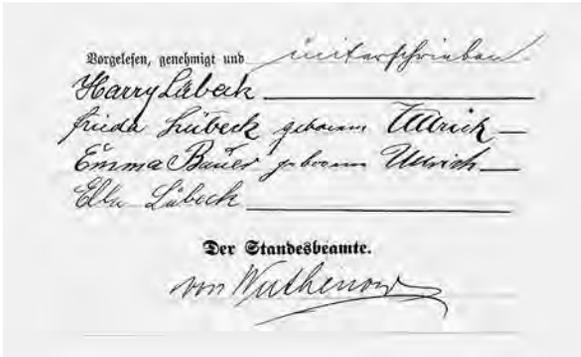
Ella Lübeck wurde am 28. Juli 1883 im Neuen Steinweg 65 in der Hamburger Neustadt geboren. Ihre Eltern waren Wulf Levin Lübeck und Emma, geborene Puschke. Der Vater arbeitete als Maler. Er war 1848 in Glückstadt an der Unterelbe als Sohn von Levin und Leonore Lübeck, geborene Hinsch, geboren worden.

Wulf Levin Lübeck und seine Ehefrau Emma lebten an verschiedenen Orten der Hamburger Neustadt. Sie bekamen außer Ella noch vier Kinder: Leopold, geboren am 3. November 1876, Martha Mathilde, geboren am 10. Februar 1878, Harry, geboren am 1. September 1887 und Max, geboren am 11. September 1880.

Als Harry Lübeck und die Protestantin Frieda Ullrich aus Havelberg am 4. Oktober 1915 in Altona heirateten, übernahm Ella Lübeck zusammen mit Frieda Ullrichs Schwester Emma Bauer die Trauzeugenschaft. Laut Urkunde war Ella damals Stickerin und wohnte in der Schlachterstraße 47 im jüdischen Lazarus-Gumpel-Stift in der Hamburger Neustadt.

Das nächste noch aufgefundene Dokument aus Ellas Leben ist eine Patienten-Karteikarte, die bei ihrer Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg mit der Nummer 66 205 angelegt wurde und erkennen lässt, dass sie 1929 in diese Anstalt kam.

Ella Lübecks Krankenakte steht nicht mehr zur Verfügung. Deshalb kennen wir den Grund ihrer Krankenhausaufnahme nicht. Sie blieb dort bis 1935 und wurde am 5. April in das Versorgungsheim Hamburg-Farmsen eingeliefert. Der Direktor der Staatlichen



Heiratsurkunde Harry Lübeck, Ella Lübeck unterschrieb als  
Trauzeugin  
StaH

Hierzu ist es nötig, daß über alle Volljuden die Anstalten eine kurze Charakteristik einreichen, aus der Pflegegrad, Arbeitsleistung, Kircheng Zugehörigkeit, Einordnung in das Anstaltsleben u. s. w. hervorgehen.“ Farmsen meldete daraufhin 22 Frauen und Männer. Ella Lübeck galt in dieser Liste als „geisteskrank, ruhig, sauber“. Sie arbeitete im Stopfsaal. Das Ergebnis der Untersuchung fiel offenbar so aus, dass die Überlegungen, eine „Abteilung für wohlfahrtsunterstützte Juden“ einzurichten, nicht weiterverfolgt wurden. Ella Lübecks Situation blieb somit unverändert. Sie verbrachte die nächsten Jahre im Versorgungsheim Farmsen. In der am 17. Mai 1939 im Deutschen Reich durchgeführten Volkszählung wurde sie dort erfasst.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt zu transportieren. Ella Lübeck traf am 18. September 1940 in Langenhorn ein und wurde dem Transport zugeordnet. In Brandenburg wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet, unter ihnen Ella Lübeck. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Ella Lübeck wurde notiert, dass das „Standesamt Cholm II“ ihren Tod unter der Nummer 280/1941 registriert hat.

Ella Lübecks Bruder Harry übte den Beruf des Dekorateurs aus. Er wohnte mit seiner Ehefrau Frieda 25 Jahre in der Straße Mesterkamp in Barmbek-Süd, bis das Ehepaar

Wohlfahrtsanstalten, Georg Steigerthal, richtete im Oktober 1935 eine Anfrage folgenden Inhalts an die ihm unterstehenden Anstalten: „In den nächsten Wochen soll nochmals die Frage geprüft werden, ob in den Staatlichen Wohlfahrtsanstalten eine Abteilung für wohlfahrtsunterstützte Juden einzurichten ist oder ob wohlfahrtsunterstützte Juden als Familienpfleglinge bzw. als Insassen jüdischer Heime abgegeben werden können.

1940 gezwungen wurde, die Wohnung aufzugeben und in das „Judenhaus“ Bundesstraße 43 zu ziehen. Harry Lübeck musste zwangsweise bei einer Tiefbaufirma in Otterndorf arbeiten und kam von dort krank zurück. Harry und Frieda Lübeck erlebten mit, wie ihre Mitbewohner nach und nach deportiert wurden. Nachdem 1942 die letzten älteren Bewohnerinnen und Bewohner „in den Osten verschickt“ worden waren,

mussten Harry und Frieda Lübeck erneut umziehen, diesmal in die Bornstraße 6. Auch dieses Haus wurde durch die „Evakuierungen“ leergeräumt. Harry und Frieda Lübeck wurden in die Rutschbahn 25a Haus 3 eingewiesen. Dort wurden sie in den letzten Julitagen 1943 ausgebombt. Sie fanden wegen des „Judensterns“ auf Harry Lübecks Brust zunächst keine neue Unterkunft und lebten auf der Straße, bis sie in der Rutschbahn 25a Haus 4 in einer Wohnung mit drei Ehepaaren unterkamen. Harry Lübecks Ehe mit der evangelischen Frieda Lübeck, eine sogenannte privilegierte Mischehe, rettete ihn vor Deportation und möglichem Tod. Er starb am 5. Januar 1954 in Hamburg. Das Schicksal der anderen Geschwister von Ella Lübeck kennen wir nicht.

Ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Neuer Steinweg 26 (ehemals Neuer Steinweg 65), wird an Ella Lübeck erinnern.

*Ingo Wille*



Falsche Sterbeangabe auf der Geburtsurkunde von Ella Lübeck  
*StaH*

**Quellen:** 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 323-3 Zivilstandsaufsicht B 73 Heiratsregister Nr. 2873/1875 Wulf Levin/Emma Puschke; 332-5 Standesämter 1888 Geburtsregister Nr. 5129/1876 Leopold Lübeck, 1928 Geburtsregister Nr. 775/1878 Martha Mathilde Lübeck, 2156 Geburtsregister Nr. 4251/1887 Harry Lübeck, 1977 Geburtsregister Nr. 1826/1880 Max Lübeck, 1888 Geburtsregister Nr. 5129/1876 Leopold Lübeck, 2057 Geburtsregister Nr. 3585 Ella Lübeck, 5816 Heiratsregister Nr. 251/1915 Harry Lübeck/ Frieda Ullrich; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 9370 Harry Lübeck; 351-12 I Amt für Wohlfahrtsanstalten I 19 Versorgungsheim Farmsen, Juden in Wohlfahrtsanstalten; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 522-1 jüdische Gemeinden 696d Geburtsregister Nr. 183/1847 John Puschke (Busch), 696d Geburtsregister Nr. 202/1848 Emma Puschke.

## ■ Therese Maier,

**geb. am 19. 7. 1921 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg**

Therese Maier wurde am 19. Juli 1921 als Tochter des Arbeiters Josef Maier und seiner Ehefrau Emma, geborene Renner, im Israelitischen Krankenhaus in Hamburg geboren. Die Familie wohnte zu der Zeit in der Reimerstwiete 3/4 in Hamburg-Altstadt. Das Ehepaar hatte am 22. Januar 1921 geheiratet. In der Heiratsurkunde wurde der Vorname des 1917 nach Hamburg zugewanderten Josef Maier noch „Joseph“ geschrieben.

In Thereses Geburtsurkunde wurde ihr Nachname „Mayer“ geschrieben. Durch eine Entscheidung des Amtsgerichts Hamburg vom 25. Mai 1956 wurde die Schreibweise ihres Familiennamens, der ihrer Geschwister und der ihrer Eltern in „Maier“ geändert. Der Vorname ihres Vaters wurde mit derselben Entscheidung von „Joseph“ in „Josef“ abgewandelt. Damit wurde die Schreibweise wiederhergestellt, die sich schon in der Geburtsurkunde von Josef Maier findet.

Thereses Mutter Emma, geboren am 19. März 1891, stammte aus Krummendeich in der Nähe von Stade, ihr Vater Josef, geboren am 13. März 1890, aus Pflaumheim in der Nähe von Aschaffenburg. In Thereses Geburtsurkunde ist keine Religionsangabe des Vaters und der Mutter enthalten. Das mag dadurch begründet sein, dass sich Josefs Mutter, die von jüdischen Eltern abstammte, zum Katholizismus, sein Vater sich zum jüdischen Glauben bekannte. Gleichwohl sah sich das Ehepaar Josef und Emma Maier der Jüdischen Gemeinde zugehörig. Josef Maier zahlte 1923 auch Kultussteuern.

Zwei Jahre nach Thereses Geburt kam am 15. September 1923 ihr Bruder Hugo zur Welt. Zu dieser Zeit wohnte die Familie im nicht mehr bestehenden Tatengang 6 (heute Teil der Straße Pinnasberg) auf St. Pauli. Die Straße erhielt ihren Namen, weil sie – so das Hamburger Adressbuch von 1925 – ein „häufig von Zigeunern (Tatern) begangener Fußweg“ war. Am 21. Juni 1926 folgte die Geburt von Ella Maier.

1931 verlegte die Familie ihren Wohnsitz in die Eimsbütteler Chaussee 45 Haus 3 im Stadtteil Eimsbüttel. Dort lebte sie bis 1941.

Aus der noch vorhandenen Fürsorgeakte wissen wir, dass es der Familie ab Ende 1933 immer schlechter ging. Josef Maier war infolge einer halbseitigen Lähmung arbeitsunfähig. Die Familie war auf staatliche Fürsorgeunterstützung angewiesen. Sie erhielt gelegentlich Zuwendungen von der Jüdischen Gemeinde.

Ungeachtet seiner körperlichen Einschränkung musste Josef Maier 1937 an verschiedenen Orten sogenannte Unterstützungsarbeit leisten, darunter im Stadtteil Waltershof. Unterstützungs- oder Pflichtarbeit wurde erwerbslosen Männern und Frauen auferlegt, die Arbeitslosen- oder Fürsorgeunterstützung erhielten. Insbesondere Juden wurden zu schwersten Erdarbeiten herangezogen. In Waltershof mussten die Männer auf einem

Schlickfeld Sport- und Spielplätze für die dortige Kindertageskolonie und ein Kleingartengelände anlegen.

Ella Maier, das jüngste Kind des Ehepaares Maier, besuchte die Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde. Hugo Maier, der eine Gärtnerlehre anstrebte, fand als Jude keinen Ausbildungsplatz. So erhielt er 1938 von der Jüdischen Gemeinde eine Ausbildungsstelle in der Siedlerschule Wilhelminenhöhe in Blankenese, einem Hachschara-Camp.

Therese Maier war das „Sorgenkind“ der Familie. Sie konnte weder sprechen noch hören und litt zudem an einem operationsbedürftigen Augenfehler. 1937 verlor sie ihre Arbeitsstelle als Hausangestellte. Die Hoffnung der Mutter auf eine neue Anstellung erfüllte sich nicht. Seit dem Frühjahr 1938 hatte Emma Maier große Schwierigkeiten mit der als „schwer erziehbar“ charakterisierten Tochter. Angeblich entwickelte sich Therese zu einer „Herumtreiberin“. Das Verhalten der Siebzehnjährigen spitzte sich derart zu, dass Emma Maier sich hilfesuchend an das Jugendamt wandte. Therese wurde aus der Familie herausgenommen und im Versorgungsheim Farmsen untergebracht. Dort blieb sie in den nächsten zwei Jahren.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Therese Maier traf am 18. September 1940 aus Farmsen in Langenhorn ein. Die Menschen wurden am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet, unter ihnen Therese Maier. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Josef und Emma Maier sowie ihre Kinder Hugo und Ella erhielten im November 1941 den Deportationsbefehl. Sie wurden am 8. November 1941 nach Minsk deportiert. Mit dem Mord an Therese in Brandenburg und dem an ihren Eltern und Geschwistern war eine ganze Familie ausgelöscht.

Für Therese, Josef, Emma, Hugo und Ella Maier sind Stolpersteine Hamburg-Eimsbüttel, Eimsbütteler Chaussee 45 geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter Nr. 33/1921 Heirats-

register Joseph Mayer/Emma Renner; 351-14 Arbeits- und Sozialbehörde – Sonderakten – 47 UA3 Nr. 1515 Joseph Mayer; 351-12 I Amt für Wohlfahrtsanstalten (1871–1946) 19; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 522-1 Jüdische Gemeinden 992 e 2 Deportationslisten; Niedersächsisches Landesarchiv, Standort Stade, Geburtsregister Krummendeich Nr. 122/1891 Emma Remmer; Standesamt Hmb.-Mitte Geburtsregister Nr. 457/1921 Therese Mayer (Maier); Standesamt Markt Großostheim/Pflaumheim (Bayern), Geburtsregister Nr. 5/1890 Joseph Mayer; Standesamt Markt Großostheim/Pflaumheim: Beschluss Amtsgericht Hamburg Az. 54 II 706-710-/52 vom 30. 4. 1954, Todeserklärung der Mitglieder der Familie Maier; Uwe Lohalm, Fürsorge und Verfolgung, Öffentliche Wohlfahrtsverwaltung und nationalsozialistische Judenpolitik in Hamburg 1933 bis 1942, Hamburg 1998, S. 35, 52.

### ■ **Betty Mannheim,**

**geb. am 27. 2. 1887 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Betty Mannheim war das älteste der vier Kinder von Ernst August Mannheim, geboren am 18. Februar 1839 in Eldagsen (heute Stadtteil von Springe in Niedersachsen), und seiner Ehefrau Friederike, geborene Deitelzweig, geboren am 21. März 1854 in Hildesheim. Das jüdische Paar heiratete am 21. März 1884 in Hamburg und wohnte viele Jahre in der Bornstraße 12 im Stadtteil Rotherbaum. Hier kam Betty Mannheim am 27. Februar 1887 zur Welt, ebenso ihre Geschwister: Johanne, am 1. Februar 1888, Emma am 2. November 1889 und Otto am 15. Oktober 1891. Emma starb im Alter von zwei Jahren am 2. November 1891.

Ernst August Mannheim handelte bis ins hohe Alter mit Maschinenbedarfsartikeln. Die Familie verlegte ihren Wohnsitz etwa 1898 nach Hohenfelde, lebte mehrere Jahre in St. Georg, dann mehr als zehn Jahre im Erenkamp im Stadtteil Uhlenhorst und schließlich in der Stammannstraße 31 in Winterhude. Betty und Johanne Mannheim wohnten bei ihren Eltern, bis diese 1933 ihr letztes Domizil im Altenhaus der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in der Sedanstraße 23 in Rotherbaum fanden. Während Johanne Mannheim dann ein Zimmer in der Isestraße 27 bei dem Arztehepaar Frida und Martin Braunschweiger bezog, ließ Betty Mannheim sich in der Semperstraße 87 in Winterhude nieder. Von ihrem Einkommen als Kontoristin und Sekretärin zahlte sie von 1924 bis 1936 regelmäßig Kultussteuer an die Jüdische Gemeinde.

Am 25. Januar 1934 starb Bettys Mutter, Friederike (Frieda) Mannheim. Ihre Beerdigung fand am 29. Januar auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf-Ilandkoppel statt.

1935/1936 erkrankte Betty Mannheim. Sie wurde in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Friedrichsberg aufgenommen und am 14. Oktober 1936 mit einem Sammeltransport in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn eingeliefert. Die Diagnose lautete „Schizophrenie“. Ihre Einweisung geschah auf der Grundlage des Paragraphen 22 des Ham-

burger Verhältnissesgesetz. Diese Vorschrift ermöglichte den Polizeibehörden, „Personen in Verwahrung zu nehmen, wenn der eigene Schutz dieser Personen oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe oder die Abwendung von Gefahren für andere Personen“ dies erforderlich machten. Betty Mannheim hatte im Sommer 1936 aus Angst vor einem Arbeitsplatzverlust versucht, sich das Leben zu nehmen. Sie sprach in den Jahren, in denen sie in Langenhorn war, wiederholt von einem schrecklichen Verbrechen, das sie begangen habe. Sie war von Schuldgefühlen beherrscht, es wurde jedoch nie deutlich, seit wann die Schuldgefühle bestanden und wodurch sie ausgelöst worden waren.

Am 22. November 1937 wurde Betty Mannheim in die Heilanstalt Strecknitz in Lübeck verlegt. Dort wurden aufgrund der überfüllten Hamburger Einrichtungen immer wieder Patientinnen und Patienten aus Hamburg untergebracht. Zudem entstanden in Strecknitz infolge des niedrigeren Pflegesatzes geringere Kosten. Johanne Mannheim besuchte ihre Schwester Betty mehrmals in Strecknitz und kümmerte sich sehr um ihr Wohlergehen. So war es nur folgerichtig, dass das Hamburger Amtsgericht Johanne Mitte 1938 zu Bettys Vermögenspflegerin bestellte. Gegen Ende 1938 sah Johanne jedoch keine Zukunft mehr für sich in Deutschland und bereitete die Ausreise vor. An Johanne Mannheims Stelle als Vermögenspflegerin trat nun die Mitarbeiterin der Wohlfahrtsstelle des Jüdischen Religionsverbandes in Hamburg, Martha Samson. Im November 1938 besuchte Johanne Mannheim ihre Schwester ein letztes Mal. Sie schiffte sich am 8. Dezember 1938 nach Peru ein. Auch von dort war sie um Betty besorgt. Johanne hatte den Eindruck gewonnen, dass sich die Ärzte und besonders eine Krankenschwester in Strecknitz fürsorglich um Betty bemühten und brachte gegenüber der Hausleitung wiederholt ihren Dank an die Ärzte und an Schwester Maria Jacobson zum Ausdruck.

In einem Schreiben an die Anstaltsleitung machte sie zudem darauf aufmerksam, dass auf dem Jüdischen Friedhof an der Straße Ilandkoppel in Hamburg-Ohlsdorf eine Grabstätte neben der der Eltern für Betty reserviert sei.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichs-



Grabstein für Frieda Mannheim auf dem Friedhof Ohlsdorf-Ilandkoppel

*Ingo Wille*

innenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Betty Mannheim traf am 16. September 1940 in Langenhorn ein. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet, unter ihnen Betty Mannheim. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Betty Mannheim wurde wahrheitswidrig notiert, dass sie am 7. Dezember 1940 gestorben sei und das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 599/1940 registriert hat.

Ernst August Mannheim, Bettys Vater, lebte zu dieser Zeit noch im Altenhaus in der Sedanstraße 23. Er starb mit 102 Jahren am 17. April 1941. Über Otto Mannheim, Bettys Bruder, geben die Hamburger Archive keine Auskunft. Möglicherweise verließ er seine Geburtsstadt schon in jungen Jahren.

Martha Samson, die zuletzt auch Bettys Vormund war, erhielt den Deportationsbefehl für den Transport am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt. Von dort wurde sie am 9. Oktober 1944 nach Auschwitz weiterdeportiert. Für sie liegt ein Stolperstein in der Hartungstraße 12 in Hamburg-Rotherbaum. Für Betty Mannheim ist ein Stolperstein in Hamburg-Winterhude, Semperstraße 87, geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 3; 5; 7; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönne, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 232-5 Amtsgericht Hamburg – Vormundschafswesen 1057; 332-5 Standesämter 1024 Sterberegister Nr. 43/1934 Friederike Mannheim, 2665 Heiratsregister Nr. 1379/1884 Ernst August Mannheim/Friederike Deitelzweig, 7858 Sterberegister Nr. 2270/1891 Emma Mannheim, 8174 Sterberegister Nr. 138/1941 Ernst August Mannheim, 9019 Geburtsregister Nr. 883/1887 Betty Mannheim, 9031 Geburtsregister Nr. 665/1888 Johanne Mannheim, 9046 Geburtsregister Nr. 1157/1889 Emma Mannheim, 9065 Geburtsregister Nr. 1462/1891 Otto Mannheim; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 2/1995 Krankenakte 23564 Betty Mannheim; IMGWF Lübeck, Patientenakte Betty Mannheim der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch; Schleswig; Villiez von, Mit aller Kraft verdrängt, S. 235 (Martin Braunschweiger); Peter Delius, Das Ende von Strecknitz. Die Lübecker Heilanstalt und ihre Auflösung 1941, Kiel 1988, S. 71.

■ **Friederike Marmorek, geb. Baruch,**  
**geb. am 10. 1. 1858 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Friederike Marmorek, geborene Baruch, kam am 10. Januar 1858 in der 2. Marienstraße in der Hamburger Neustadt zur Welt. Friederikes Vater, der 1819 in Hamburg geborene Zigarrenmacher Marcus Baruch, und ihre Mutter, die 1820 ebenfalls in Hamburg geborene Klärchen Friedländer, hatten im Dezember 1844 geheiratet. Die Eltern bekannten sich zum jüdischen Glauben.

Friederike hatte sieben Geschwister: Thelesia, verheiratete Meyer, geboren am 23. August 1846 in Hamburg, Zeughausmarkt, Auguste, verheiratete Scheier, geboren am 7. Juni 1848 in Hamburg, Zeughausmarkt, Isaac, geboren am 8. April 1852 in Hamburg, Mühlenstraße, Bernhard, geboren am 15. April 1854 in Hamburg, Mühlenstraße, Jacob, geboren am 4. September 1856 in Hamburg, Mühlenstraße, Meier, geboren am 18. September 1859 in Hamburg, 1. Marktstraße und Raphael, geboren am 14. November 1861 in Hamburg, 1. Marktstraße.

Friederike Baruch heiratete am 12. April 1893 in Hamburg den Kaufmann Berl Marmorek. Er und seine Zwillingsschwester, deren Namen und deren Schicksal wir nicht kennen, waren am 8. September 1854 in Tarnopol (Galizien) im damaligen Österreich-Ungarn zur Welt gekommen, er war also österreichischer Staatsbürger. Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Untergang der k. u. k.-Monarchie hatte er die polnische Staatsangehörigkeit erhalten. Berl Marmorek war am 20. Juni 1890 nach Hamburg gekommen und hier als Fonds- und Warencommissionär tätig.

Das jung vermählte Paar, Friederike war damals 35 Jahre und Berl 39 Jahre alt, bezog zunächst eine Wohnung in der Steinwegpassage 5. Es lebte dann etwa drei Jahre in der Wexstraße 29, beides Adressen in der Hamburger Neustadt. Wie so viele Jüdinnen und Juden übersiedelte auch das Ehepaar Marmorek gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus der Neustadt in den „besseren“ Stadtteil Rotherbaum. In der Rutschbahn 36 fanden sie im Mai 1897 ihren neuen Wohnsitz. Hier wurde am 18. September der Sohn Herbert geboren. Ein Jahr später, am 28. Oktober 1898, erhielt Berl Marmorek die Ausweisungsverfügung aus Hamburg. Er meldete sich nach Galizien ab. Ob Friederike und der Sohn ihn begleiteten oder in Deutschland blieben, wissen wir nicht.

Ab 1907 erschien Berl Marmoreks Name im Adressbuch von Altona. Die Familie war in der Friedenstraße 1 gemeldet. Berl Marmoreks Aufenthaltsstatus war offenbar weiter unsicher. Wahrscheinlich heuerte der frühere Kaufmann für etwa zehn Jahre als Schiffskoch an. Er entzog sich so einer ständigen Anwesenheit in Deutschland und vermied zugleich Personenkontrollen. Seine Frau Friederike und Sohn Herbert mussten in dieser Zeit lange ohne den Ehemann und Vater auskommen. Über eine Änderung seines Aufenthaltsstatus ist nichts überliefert, dennoch scheint sich Berl Marmorek 1917/1918 sicherer

gefühlt zu haben. Er arbeitete nicht mehr auf einem Schiff, sondern nahm laut Adressbuch wieder seine ursprüngliche Tätigkeit als Kaufmann wieder auf. 1919 bezog die Familie eine Wohnung in der Friedenstraße 18. Dort wohnte auch Friederikes Bruder, der Friseur Jacob Baruch. Vor seinem Tode im Jahr 1919 hatte hier auch Isaac Baruch, ein weiterer Bruder von Friederike Marmorek, gelebt.

Am 30. September 1926 starb Berl Marmorek im Alter von 72 Jahren im Israelitischen Krankenhaus in der Hamburger Heinestraße, die während des Nationalsozialismus 1938 in Hamburger Berg umbenannt wurde. Er wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Langenfelde beigesetzt. Seine Witwe war zum Zeitpunkt des Ablebens ihres Ehemannes 68 Jahre alt.

Friederike Marmorek hatte seit Beginn ihrer Ehe Depressionsphasen durchlebt, die in späteren Jahren von Zeiten extrem guter Stimmung abgelöst worden waren. Wie sich aus ihrer Patientenakte der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg weiter entnehmen lässt, befiel sie des Nachts regelmäßig eine Unruhe, die zu Konflikten mit den Nachbarn und schließlich zum Verlust ihrer Wohnung führte, sodass ihr Sohn Herbert sie etwa 1929 in seine Familie in der Breitenfelder Straße 8 aufnahm.

Herbert Marmorek hatte 1922 Caroline Lichtenstädter, eine der drei Töchter des Oberlehrers an der Talmud Tora Schule, Jacob Lichtenstädter, geheiratet. Er betrieb einen Roh-tabak-Großhandel und war als Vollkaufmann im Handelsregister eingetragen. Sein Unternehmen residierte an verschiedenen Adressen im früheren Freihafen in der Hamburger Altstadt (heute Hafen-City), u. a. am Kehrwieger 4. Herbert Marmorek wohnte mit seiner Familie im Stadtteil Rotherbaum, in Altona und schließlich in der Breitenfelder Straße 8 in Eppendorf. Kurz nach der Eheschließung bekamen Herbert und Caroline Marmorek ihre Söhne Kurt Markus Alexander, geboren am 13. August 1923, und Julius Karl, geboren am 14. Oktober 1925. Beide Söhne besuchten bis zu ihrer Emigration die Talmud Tora Schule.

Auch in der Familie ihres Sohnes fand Friederike Marmorek keine Ruhe. Im August 1933 erfasste sie eine andauernde Rastlosigkeit verbunden mit unaufhörlichem Redefluss. Friederike wollte dauernd unterwegs sein, stand nachts auf und weckte die Familie ihres Sohnes. Sie litt in der Folgezeit erneut an Depressionen, ihr konnte aber durch Medikamente geholfen werden. Doch in Anbetracht der beiden noch sehr jungen Enkelsöhne (zehn und sieben Jahre) erschien Friederikes Arzt, Siegfried Baruch, ihr Verbleiben in der häuslichen Gemeinschaft des Sohnes nicht vertretbar. Er wies sie mit Wirkung vom 4. September 1933 in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg ein.

Die langen Jahre der Unsicherheit des Aufenthaltsstatus ihres Mannes müssen Friederike Marmorek sehr belastet haben. Ihr Leben war immer überschattet von Angst und Ungewissheit. Ein gesichertes Familienleben konnte sie kaum jemals führen. Der Tod des Ehemannes und ihrer Schwester Thelesia, der Verlust ihrer Wohnung und das nicht immer konfliktfreie Zusammenleben mit der Familie ihres Sohnes könnten zur krisenhaften Zuspitzung geführt haben.

Friederike Marmorek wehrte sich gegen ihren stationären Aufenthalt in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg und versuchte eine Entlassung zu erreichen. Dies gelang zunächst nicht, Ende Oktober 1933 befand sie sich noch in Friedrichsberg. Auf eine entsprechende Frage von Friederikes Arzt erklärte die Staatskrankenanstalt, dass eine Prognose für den Krankheitsverlauf nicht möglich sei. Zwar sei eine Besserung nicht ausgeschlossen, doch könne von einer Herausnahme aus der Anstalt nur abgeraten werden. Dennoch muss Friederike Marmorek ihre Entlassung durchgesetzt haben. Aus ihrer Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde ergibt sich, dass sie am 7. Juni 1934 in die Gemeinde eintrat. Sie wohnte nicht wieder bei ihrem Sohn, sondern zur Untermiete in der Rutschbahn 10 und in der Rappstraße 15 bei dem Schiffskoch S. Kramer, der ein Bekannter aus Berl Marmoreks



Friederike Marmorek  
*UKE/IGMW*

Seefahrerzeit gewesen sein könnte. Danach fand Friederike Marmorek eine Unterkunft im Marcus-Nordheim-Stift in der Schlachterstraße 40 in Hamburg-Neustadt und schließlich 1939 im Alters- und Pflegeheim des Jüdischen Religionsverbandes (Isaac Hartwigs Vermächtnis) in Altona, Grüne Straße 5.

Friederike Marmorek, die zu dieser Zeit bereits das hohe Alter von 81 Jahren erreicht hatte, war weitgehend auf sich allein gestellt. Ihre Schwester Auguste, verheiratete Scheier, war 1894 verstorben, ihre Brüder Jacob 1900, Raphael 1916, Isaac 1919 und Bernhard 1924. Über das Schicksal von Meier Baruch liegen uns keine Informationen vor.

Friederike Marmorek war schließlich ohne jeden verwandtschaftlichen Anschluss, nachdem ihr Sohn Herbert und seine Familie am 8. Dezember 1936 aus Hamburg geflohen waren. Sie hatten sich am 9. Dezember 1936 in Cherbourg auf der S.S. Queen Mary nach New York eingeschifft.

Wir wissen nicht, wie sich Friederike Marmoreks psychische Krankheit weiterentwickelte und wann sie in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn aufgenommen wurde. Sie

könnte bereits in Langenhorn gewesen sein, als das Reichsinnenministerium alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ.

Nachdem alle jüdischen Frauen und Männer aus den norddeutschen Anstalten in Langenhorn eingetroffen waren, wurden sie gemeinsam mit den dort bereits länger lebenden jüdischen Kranken am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt nach Brandenburg an der Havel transportiert. Noch am selben Tag wurden die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Friederike Marmorek, im Alter von 82 Jahren und acht Monaten die älteste der Gruppe. Nur eine Frau, Ilse Herta Zachmann, entkam diesem Schicksal zunächst (siehe dort).

Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So enthält auch Friederike Marmoreks Geburtsregistereintrag folgende Notiz: „Verstorben 7. 12. 40 Standesamt Cholm II Nr. 600/1940“.

Für Friederike Marmorek soll ein Stolperstein in den Fußweg in Hamburg-Hoheluft-Ost, Breitenfelder Straße 8, gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 361 Sterberegisterauszug Nr. 493/1894 Auguste Scheier, 807 Sterberegisterauszug Nr. 439/1919 Isaac Baruch, 913 Sterberegisterauszug Nr. 325/1926 Berl Marmorek, 2812 Heiratsregisterauszug Nr. 352/1893 Berl Marmorek/Friederike Baruch, 7933 Sterberegisterauszug Nr. 627/1900 Jacob Baruch, 8032 Sterberegisterauszug Nr. 445/1916 Raphael Baruch, 8078 Sterberegisterauszug Nr. 587/1924 Bernhard Baruch, 8085 Sterberegisterauszug Nr. 352/1926 Thelesia Meyer geb. Baruch, 8766 Heiratsregisterauszug Nr. 291/1920 Herbert Marmorek/Caroline Lichtenstaedter, 9133 Geburtsregisterauszug Nr. 1889/1897 Herbert Marmorek; 332-8 Meldewesen K 6563 Meldekarte Marmorek; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 45793 Marmorek, 47360 Julius Marmorek; 522-1 Jüdische Gemeinden 696 d Geburtsregisterauszug Nr. 149/1846 Thelesia Baruch, 696 d Geburtsregisterauszug Nr. 247/1848 Auguste Baruch, 696 e Geburtsregisterauszug Nr. 65/1852 Isaac Baruch, Nr. 58/1854 Bernhard Baruch, Nr. 163/1856 Jacob Baruch, Nr. 9/1858 Friederike Baruch, Nr. 202/1859 Meier Baruch, 696 f Geburtsregisterauszug Nr. 265/1861 Raphael Baruch, 702 b Heiratsregisterauszug Nr. 71/1844 Baruch Marcus/Friedländer Klärchen; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Friederike Marmorek der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Friederike Marmorek der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Hinz-Wessels, Antisemitismus und Krankenmord, in: VfZ (2013) 1, S. 81; Randt, Talmud Tora Schule, S. 251; Villiez von, Mit aller Kraft verdrängt, S. 220 (Siegfried Baruch); Ancestry.de, Passagierliste der S.S. Queen Mary vom 9. 12. 1936, Auszug [29. 6. 2016].

## ■ Leopold Massenbacher,

geb. am 1. 1. 1896 in Burghaslach (Mittelfranken), ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel

In Burghaslach, einem Dorf in Mittelfranken, lassen sich 1525 erste Spuren von „Israeliten“ nachweisen. Nach der völligen rechtlichen Gleichstellung der Juden in Bayern im Jahr 1868 entwickelte sich in Burghaslach ein vielfältiges kulturelles Gemeindeleben, das von den Aktivitäten des Synagogenvereins, der Vereinigung für fromme Studien Talmud Tora und einer Hilfskasse geprägt war. Es bestanden Ortsgruppen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Agudat Israel, einem streng religiösen Bund jüdischer Orthodoxie. Die Jüdische Gemeinde unterhielt eine jüdische Volksschule mit einem eigenen Lehrer.

Hier lebte die Familie Massenbacher seit mehreren Generationen. Leopold Massenbachers Vater, der Weinhändler Maier Massenbacher, und seine Mutter Helena Massenbacher, geborene Blum, bekamen zwischen 1881 und 1901 zwölf Kinder: Seligman Moshe Chaim Massenbacher, geboren am 21. Dezember 1881, Jette Massenbacher, verheiratete Lieber, geboren am 8. August 1883, Moshe Chaim Massenbacher, geboren wahrscheinlich 1884, Selma Massenbacher, verheiratete Sichel, geboren am 16. August 1884, Jakob Massenbacher, geboren am 15. März 1886, gestorben am 30. August 1886, Salomon Massenbacher, geboren am 21. Juni 1887, Laura Massenbacher, verheiratete Levi, geboren am 2. Mai 1890, Rosa Massenbacher, geboren 17. August 1892, Bella Massenbacher, verheiratete Wallach, geboren am 29. Mai 1894, Leopold Massenbacher, geboren am 1. Januar 1896, Lia Massenbacher, geboren am 6. Juli 1897, und Max Massenbacher, geboren am 8. August 1901.

Die Eltern dieser großen Familie blieben bis an ihr Lebensende in dem mittelfränkischen Ort. Helena starb 1924, Maier Massenbacher 1929. Sein Grabstein steht auf dem Jüdischen Friedhof in Burghaslach.



Grabstein für Maier Massenbacher, Leopolds Vater, auf dem Jüdischen Friedhof von Burghaslach

*Alfred Schäfer*

Leopold Massenbacher lebte seit 1922 in Hamburg und war als Handlungsgehilfe tätig. Seine Adresse lautete Wohldorfer Straße 3 bei Schirmer im Stadtteil Bramfeld-Süd. Wahrscheinlich machten die in Hamburg lebenden Verwandten die Stadt für Leopold anziehend. Seine Schwester Jette war mit dem Kantor und Schächter des Deutsch-Israelitischen Synagogenverbandes in Hamburg, Hermann Lieber, verheiratet. Das Ehepaar wohnte seit 1912 in der Glashüttenstraße 89 im Stadtteil St. Pauli. Dort hatten sich zeitweise auch Bella und Rosa Massenbacher niedergelassen. Auch Salomon Massenbacher lebte 1909/1910 etwa ein Jahr in Hamburg. Leopolds Schwester Selma Sichel, geborene Massenbacher, wohnte ebenfalls in Hamburg.

Am 5. August 1924 wurde Leopold Massenbacher auf Veranlassung der Polizeibehörde Hamburg in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg eingewiesen. Richard Löwenberg, später Assistenzarzt in Friedrichsberg, hatte die Aufnahme wegen „dringenden Suizidverdachts“ für erforderlich erklärt. Seine stationäre Behandlung in Friedrichsberg wurde später mit der Diagnose „Sinnestäuschungen“ begründet. Von Friedrichsberg wurde Leopold Massenbacher am 15. Januar 1926 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt und kam am 9. Oktober 1930 in die Heilanstalt Strecknitz bei Lübeck.

Dort verbrachte Leopold Massenbacher die folgenden zehn Jahre. Hermann Lieber, Jette Massenbachers Ehemann, hatte während dieser Zeit für mehrere Jahre die PflEGschaft für Leopold übernommen. Auch andere Verwandte waren um Leopold besorgt. So erkundigte sich seine in Berlin lebende Schwester Bella, verheiratete Wallach, im Juli 1940 nach dem Zustand ihres Bruders. Sie erhielt sinngemäß als Antwort, dass es Leopold körperlich gut gehe, er aber für seinen Zustand und seine Umgebung kein Interesse zeige. Unter Anleitung verrichtete er kleinere Stationsarbeiten.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und PflEGanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und PflEGanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Leopold Massenbacher traf am 16. September 1940 in Langenhorn ein. Die nun dort versammelten jüdischen Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-PflEGanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Leopold Massenbacher. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen wahrheitswidrig behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So wurde auf dem Geburtsregistereintrag von Leopold Massenbacher notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 418/1941 registriert hat.

Wahrscheinlich erhielten Leopolds Angehörige keine Kenntnis von seinem Tod. Sonst hätte sich die in Würzburg lebende Schwester von Leopold, Rosa Massenbacher, nicht am 5. Februar 1941 schriftlich in Strecknitz nach seinem Befinden erkundigt. Sie erhielt unter

dem 8. Februar 1941 nur die Antwort, dass ihr Bruder bereits am 16. September 1940 nach Langenhorn zurückverlegt worden sei.

Acht von Leopold Massenbachers Geschwistern starben eines natürlichen Todes, einige nachdem sie aus Deutschland emigriert waren. Salomon Massenbacher, Soldat im Ersten Weltkrieg, galt als vermisst. Bella Massenbacher, verheiratete Wallach, wurde am 18. Oktober 1941 von Berlin aus nach „Litzmannstadt“ (Łódź) und von dort am 8. Mai 1942 nach Kulmhof (Chełmno) deportiert. Dort wurde sie am selben Tag ermordet. Rosa Massenbacher soll wie Gitta Sichel, Leopolds Nichte, in Auschwitz ermordet worden sein.

Für Leopold Massenbacher wird ein Stolperstein in Hamburg-Bramfeld, Wohldorfer Straße 3, gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 1024 Sterberegister Nr. 305/1934 Jacob (Jacob) Massenbacher; 332-8 Meldewesen K 6571 Massenbacher; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 6667 Jette Lieber, 34341 Selma Sichel; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn 1995/2 16089 Leopold Massenbacher; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Leopold Massenbacher der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Markt Burghaslach, Geburtsregister Nr. 20/1883 Jette Massenbacher, Geburtsregister Nr. 8/1886 Jakob Massenbacher, Markt Burghaslach, Geburtsregister Nr. 10/1890 Laura Massenbacher, Geburtsregister Nr. 12/1894 Bella Massenbacher, Geburtsregister Nr. 1/1896 Leopold Massenbacher; IMGWF Lübeck, Patientenakte Leopold Massenbacher der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Hinz-Wessels, Antisemitismus und Krankenmord, in: VfZ (2013) 1, S. 81; Fleischmann, Johann, Burghaslach 1828–1834, S. 99 ff.; Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Burghaslach, S. 109 ff., in: Johann Fleischmann, Mesusa 4, Mühlhausen 2004; Villiez von, Mit aller Kraft verdrängt, S. 343 (Richard Löwenberg).

## ■ **Bronislawa Luise Dorothea Mattersdorf,**

**geb. am 11. 2. 1899 in Berlin, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Luise Mattersdorf kam am 11. Februar 1899 in Berlin, Friedrichstraße 106, als Tochter des Rechtsanwalts Franz August Mattersdorf, geboren am 29. September 1863 in Breslau, und Gitel, geborene Natansohn, zur Welt. Luises Eltern bekannten sich zum jüdischen Glauben. Für die Lebensgeschichte von Luise Mattersdorf stehen keine Informationen über ihre Kindheit, ihre Jugend und die Gründe für ihren Aufenthalt in einer psychiatrischen Einrichtung zur Verfügung. Wahrscheinlich starb ihre Mutter zu Beginn des 20. Jahrhunderts, denn Franz August Mattersdorf, nun Justizrat, heiratete am 19. Dezember 1916 die Geschäftsleiterin Selma Michaelis, geboren am 31. März 1864 in Berlin.

Ghetto Theresienstadt  
Der Altstadtrat  
**TODESFALLANZEIGE**

No. *109* Sterbematrik. *19.9.40*

Name (bei Frauen mit Mädchennamen) *Mattersdorf* Vorname *Franz* Tr. Nr. *800-56*

Geburtsdatum *29.7.1863* in *Breslau* Bezirk *Weststadt*

Stadt *ohne* Beruf *ohne* Religion *evang.* Geschl. *M.*

Staatsangehörigkeit *D. R.* Heimatgemeinde *Breslau*

Letzter Wohnort (Adresse) *Berlin Charlottenburg, Propststr. 18*

Wohnort in Theresienstadt Gebäude No. *2 500* Zimmer No. *3*

Name des Vaters *Albert* Beruf *ohne* Letzter Wohnort *ohne*

Name der Mutter (Mädchennamen) *Julia* Letzter Wohnort *ohne*

Sterbetag *10.9.40* Sterbestunde *16* Sterbeort: Theresienstadt

Genauere Ortsbezeichnung (Gebäude, Zimmer) *2 500 3*

in Theresienstadt	Name	Tr. Nr.	Verwandtschaftsbeziehung	Wohnadresse (St. Gassen u. Kinderen auch Geburtsort)
in				
in				
in				

Tag der letzt. Erbschließung *10.9.40* Ort der letzt. Erbschließung *10.9.40* Zahl d. Kinder aus letzt. Ehe *10*

Art des Personalantrags *M.H.* No. *741163* Ausgestellt von *H. Baber*

Behandelnder Arzt *Dr. Julius Zekau*

Krankheit (in Blockschrift) *PNEMONIA*

Todesursache (in Blockschrift) *AKUTER ENZEPHALITIS*

Totenbescheinigung führte durch *Dr. Albert Kasper* Tag u. Stunde der Totenbescheinigung *10.9.40 10*

Ort der Beisetzung *Langhorn* Tag u. Stunde der Beisetzung *10.9.40 10*

Theresienstadt, am *10.9.40*

Der Totenbescheiniger: *Spitzer* Der Anzeiger: *fuc* Der Cholerarzt: *Spindler*

Todesfallanzeige für Franz August Mattersdorf  
Institut Theresienstädter Initiative/Nationalarchiv Prag,  
Jüdische Matriken

Luise Mattersdorf lebte in den 1930er-Jahren in der „Privatanstalt Fräulein Clausen“ in Friedrichsfeld in der Gemeinde Prinzenmoor in der Nähe von Rendsburg. Im Meldeverzeichnis von Friedrichsfeld ist Luise Mattersdorf ohne Angabe des genauen Aufnahmedatums aufgeführt.

In Friedrichsfeld war 1883 auf dem Gelände eines früheren Glashüttenwerks eine private Einrichtung für „nerven- und gemütskranke Damen“ entstanden. Die Kranken stammten zumeist aus „besseren“ Familien, die sich die gehobene Unterbringung leisten konnten. In einem Prospekt der Einrichtung hieß es: „Die Besetzung Friedrichsfeld, unweit der Eider gelegen, bietet nerven- und gemütskranken Damen, die nicht in eine grosse Anstalt wollen und doch in der Familie nicht bleiben können, einen ruhigen und gesunden Aufenthalt.“ Zwischen 1910 und 1942 leiteten die beiden Schwestern Margarethe und Cäcilie Clausen ihre Einrichtung, deren Kapazität auf ca. 35 Bewohnerinnen begrenzt war. Die Verwandten der ledigen Luise Mattersdorf waren offenbar in der Lage, die Kosten dieser gehobenen Unterbringung zu übernehmen.

Luise Mattersdorf wurde am 18. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn verlegt. Dem war Folgendes vorausgegangen:

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn

zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Luise Mattersdorf. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Auch Luise Mattersdorfs Vater Franz August kam im Holocaust ums Leben. Er wurde am 24. September 1942 aus Berlin nach Theresienstadt deportiert und starb dort am 4. Oktober 1942. Seine zweite Ehefrau war bereits Ende der 1930er-Jahre gestorben.

Von Luise Mattersdorf ist keine persönliche Adresse in Hamburg bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 3; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-3 Medizinalkollegium I H 13 Friedrichsfeld 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941 Landesarchiv Berlin, Geburtsregister Nr. 257/1899 Luise Mattersdorf, Nr. 399/1916 Heiratsregistereintrag Franz August Mattersdorf/Selma Michaelis; Gemeinde Prinzenmoor, Melderegisterauszug Friedrichsmoor 1931–1933; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Jürgen Rust (Red.), Prinzenmoor in Geschichte und Gegenwart, Prinzenmoor 2008, S. 124 ff.

## ■ **Arthur Samuel Meier,**

**geb. 14. 12. 1905 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Arthur Samuel Meier (Rufname Arthur) wurde in Hamburg als Sohn von Emilie, geborene Lewie, und Salomon Meyer/später Meier geboren. Beide gehörten der jüdischen Gemeinde an. Seinen zweiten Vornamen erhielt er traditionsgemäß nach seinem Großvater väterlicherseits.

Dieser Großvater, geboren am 4. Dezember 1833 in Segeberg, war neun Monate vor Arthurs Geburt am 22. Februar 1905 in Harburg, Lüneburgerstraße 25, verstorben und wurde auf dem dortigen Jüdischen Friedhof neben seiner Ehefrau Henriette, geborene Heilbronn bestattet. Sie stammte aus Segeberg, wo auch Arthurs Vater Salomon Meyer am 18. September 1864 und dessen Brüder Joseph am 1. November 1861 und Gumpel, genannt Gustav, 1866 zur Welt gekommen waren.



Arthur Salomon Meiers Vater Salomon  
*Privatarchiv*



Arthur Meiers Mutter Emilie mit den Geschwistern  
Hermann und Alice  
*Privatarchiv*

Arthurs Großvater hatte sich 1886 in Harburg mit einem „Lager von fertigen, Herren- und Knabengarderoben, Damen-confection und Schuhwaaren“ in der 1. Wilstorferstraße 81 niedergelassen. Zwei Jahre später folgte die Erweiterung mit einer Tuch-Manufactur.

Arthur Meiers Eltern hatten am 22. Oktober 1889 in Altona geheiratet. Seine Mutter Emilie, geborene Lewie, geboren am 28. August 1870, stammte von dort. Sie war die Tochter von Kitty, geborene Isaacs, und Hermann Lewie.

Zu dieser Zeit führte Arthurs Vater Salomon Meyer, genannt Sally, in Harburg ein eigenes Geschäft unter der Firma „S. Meier, Herren- und Damenkonfektionshaus, Lager v. Schuhen und Stiefeln“ in der 1. Wilstorferstraße 2. Auch seine Brüder Joseph und Gumpel Meier waren in Harburg in der Bekleidungsbranche erfolgreich tätig.

In Harburg kamen Arthur Meiers ältere Geschwister Hermann, geboren am 10. September 1890, Käthe, geboren am 21. September 1891, Leon, genannt Hans, geboren am 29. September 1892, und Max, geboren am 1. Oktober 1893, zur Welt. Drei Jahre später folgte Clara, genannt Cläre, geboren am 13. September 1896 in Hammerbrook, Münzplatz 11. Am 2. November 1902 wurde die jüngste Tochter Alice geboren.

Salomon Meyer zog mit seiner Familie nach Hamburg und ließ sich am 2. März 1898 als Inhaber eines Konfektionsgeschäfts im Handelsregister Hamburg eintragen.

Ab 26. März 1904 durfte Salomon Meyer offiziell statt Meyer den Namen Meier führen, am 29. August 1904 erhielten er und damit seine Familie die Hamburger Staatsbürgerschaft. So wurde Arthur Samuel Meier 1905 als Hamburger Bürger geboren. Am 20. Mai 1909 kam seine jüngste Schwester Martha zur Welt. Arthur wuchs mit seinen sieben Geschwistern in Hamburg auf. Als er fünf Jahre alt war, wechselte die Familie in die Rothenbaumchaussee Nr. 7 in Hamburg-Rotherbaum, zwei Jahre später für einige Jahre in das Haus Nr. 30. In den nächsten Jahren heiratete seine Schwester Käthe, sein Bruder Max trat nach dem sogenannten Einjährigen

(Mittlere Reife) eine kaufmännische Ausbildung an und kämpfte als Frontsoldat bei der Artillerie von 1914–1918. Der Bruder Hermann kehrte als Kriegsbeschädigter (60 Prozent) zurück. Auf seine Rente verzichtete er zugunsten von Kriegsblinden.

1919 heiratete seine Schwester Clara, die mit ihrem Ehemann nach Berlin zog, wo die beiden Söhne zur Welt kamen. Ein halbes Jahr später heiratete sein Bruder Max.

Einen Monat später, während eines Aufenthaltes am Timmendorfer Strand, verstarb plötzlich und unerwartet am 2. August 1920 der 56-jährige Vater Salomon Meier bei einem Badeunfall in der Ostsee. Er wurde in Hamburg auf dem Jüdischen Friedhof Ilandkoppel in Ohlsdorf beigesetzt. Nach dem Tod des Vaters führten Arthurs ältere Brüder Hermann und Leon Meier das Familiengeschäft „S. Meier, Herrengarderoben“ im Levantehaus, Mönkebergstraße 7, gemeinsam weiter.

Mit seiner Mutter und den unverheirateten Geschwistern wohnte Arthur inzwischen in der Bieberstraße 99, 2. Stock. Er besuchte die Schule bis zur Sekunda und begann anschließend eine Banklehre. In den nächsten Jahren gründeten auch seine älteren Geschwister Hermann und Leon ihre eigenen Familien. Sie ließen sich in Hamburg-Eppendorf nieder.

Nach neun Jahren in der Wohnung Bieberstraße zog Arthur Meier im März 1925 mit seiner Mutter und seinen Schwestern Alice und Martha nach Hamburg-Eppendorf, Nis-



Wohnhaus Bieberstraße 9

*Ingo Wille*

Nr. **20668** 192 **7.**

Name: *Meier*

Chefrau: *Kolpitz Konrad*

geb.: \_\_\_\_\_

Beruf: *R.M.* | Chefrau: \_\_\_\_\_

Geburtsort: \_\_\_\_\_

Kreis: *Hamburg*

Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_

Geburtsdag: *14. 12. 95.*

Gestalt: *mittel*

Gesicht: *normal*

Farbe der Augen: *blau*

Farbe des Haares: *schwarz*

Befondere Kennzeichen: \_\_\_\_\_

Familienstand: ledig — verheiratet —

Wohnung: *Miffmstr. 11*

Unterschrift des Reisenden: *Arthur Meier*

Bei Unselbständigen, falls schriftliche Einwilligung nicht vorliegt, Unterschrift des Vaters oder des Vormundes als Einwilligung zu der beantragten Paßerteilung: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: *Holland*

Gültigkeit des Passes bis: *29. Dez 1932*

Der Paßnehmer wies sich aus durch: \_\_\_\_\_

Paßatzeß \_\_\_\_\_

1ste Tgb.-Nr. \_\_\_\_\_ /2\_\_\_\_\_ P. A. 2. e.

Hamburg, den *80. Dez. 1927* 192 *7.*

senstraße 11, 2. Stock, in die Nähe seiner älteren Geschwister Hermann, Käthe, Leon und Max.

Am 30. September 1925 heiratete auch seine Schwester Alice und zog in den Schrammsweg 1, wo ihr Mann sich als praktischer Arzt niedergelassen hatte.

Nach Abschluss seiner Banklehre unternahm Arthur Meier als Kaufmann Reisen ins Ausland, u. a. als „Reisevertreter“ nach Holland. Am 30. Dezember 1927 ließ er sich dafür einen Pass ausstellen. Aus dem Passprotokoll ist zu erfahren, dass er mittelgroß war, dunkelblonde Haare und blaue Augen hatte.

In dieser Zeit der Reisen müssen sich Arthur Meier und Martha König, geboren am 10. Juli 1910 in Sonneberg, Schanzstraße 14 in Thüringen, begegnet sein. Mit ihr zusammen bekam er seinen unehelichen Sohn Wolfgang Günter König, geboren am 29. August 1929 in Sonneberg. Dies führte zu Konflikten mit seiner Familie.

Am 20. Februar 1930 verstarb Arthurs Mutter mit 59 Jahren. Ihre letzte Ruhe fand sie neben ihrem Ehemann auf dem Jüdischen Friedhof Ilandkoppel in Ohlsdorf.

1932 verzog Arthurs Bruder Max Meier, Bankier und Teilhaber des Bankgeschäfts Lewandowski, seit 1918 Mitglied des „Verein der Mitglieder der Wertpapierbörse“, nach Amsterdam, um sich einem devisenrechtlichen Strafverfahren zu entziehen. Später erwiesen sich diese Vorwürfe als unbegründet, und er wurde rehabilitiert. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten Anfang 1933 kehrte er jedoch nicht mehr nach Hamburg zurück

Arthur Samuel Meiers Passprotokoll  
StaH

und seine Mitgliedschaft im Verein der Wertpapierbörse wurde aufgehoben. Zu dieser Zeit soll Arthur Meier von einer Reise aus Holland verstört zurückgekehrt sein. Er litt zum ersten Mal unter Halluzinationen und wurde daraufhin in die „Staatskrankenanstalt Friedrichsberg“ eingeliefert. Über seinen Aufenthalt und seine Behandlung dort können keine Angaben gemacht werden. Am 4. Juli 1935 kam Arthur Meier im Alter von 30 Jahren in die damaligen Alsterdorfer Anstalten. Die aufnehmenden Ärzte stellten die Diagnose „Schizophrenie“. In der dort für ihn angelegten „Erbgesundheitskarte“ geben wenige Protokollaufzeichnungen Einblick in seinen Anstaltsalltag: So „wurde er mit Kolonnenarbeiten beschäftigt, die er zeitweilig zufriedenstellend gelegentlich widerwillig ausführte. Später Hausarbeiten: Äußerte Wahnideen: ‚Die Leute, die hierher gehören, lassen sich selten sehen, diese sind Zellstoffkatzen.‘ Verhielt sich seiner Umwelt gegenüber gleichgültig. Sauberkeit zufriedenstellend.“

Seine Großnichte überlieferte: „Er war immer ausgeglichen und ruhig, wenn mein Opa ihn besuchte und er zeigte ihm stolz die Gartenarbeiten, die er gemacht hatte...“

Inwieweit die Bedrohung und Verfolgung in dieser Zeit mit Arthur Meiers Krankheit in Zusammenhang stehen, ihn als jungen Menschen verletzlich gemacht und ihm seine innere Stabilität genommen haben, wissen wir nicht.

Im Zuge der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden, mit den Boykotten gegen jüdische Geschäfte ab 1. April 1933, geriet auch das Familiengeschäft „S. Meier, Herrengarderoben“ in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Auch Arthurs Schwager war die Kassenzulassung als Arzt entzogen worden.

Ob Arthur Meier um die großen Umbrüche und schicksalhaften Veränderungen wusste, die in der Folgezeit in seiner Familie stattfanden, ist nicht bekannt.

Als erstes seiner Geschwister emigrierte Schwester Alice, verheiratete Baender, die 1936 mit ihrem Ehemann nach New York ging. Schwester Martha, unverheiratet und von Beruf Stenotypistin, blieb zunächst allein in Hamburg in Alices Wohnung im Schrammsweg 1 zurück und folgte dieser Ende Dezember 1937 von Rotterdam aus in die USA.

Hermann und Leon Meier mussten das Familiengeschäft „S. Meier, Herrengarderoben“, in der Mönckebergstraße 7 aufgeben, es wurde am 28. August 1938 von einem Hermann Thoms „arisiert“. Hermann Meier musste auch sein Haus in der Erikastraße weit unter Wert verkaufen, sein Sohn und seine Tochter wurden von der Schule gewiesen. Hermann Meier und seine Familie konnten sich am 24. November 1938 nach Montevideo/Uruguay retten.

Leon Meier, Textilkaufmann und Makler, war seiner Existenzgrundlage beraubt, auch seine Kinder mussten Schule und Ausbildung aufgeben.

Währenddessen verbrachte Arthur Meier vier Jahre in den damaligen Alsterdorfer Anstalten. Am 16. Januar 1939 wurde er zu seinem Bruder Leon entlassen, der als einziger noch in Hamburg, in der Isestraße 55, wohnte. Doch dort konnte er nur für kurze Zeit unterkommen, denn auch Leon Meier bereitete für seine Familie die Emigration vor, an die

für Menschen mit psychischer Erkrankung wie Arthur Meier nicht zu denken war. Er hätte keine Einwanderungserlaubnis eines Landes bekommen. Als Leon Meier und seine Familie im März 1939 nach San Francisco emigrierten, kam Arthur Meier in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn.

Als die „Euthanasie“-Zentrale in Berlin veranlasste, alle Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen, stand auch Arthur Meiers Name auf der Liste des Transports, der am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt führte. Dort wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid vergiftet.

In amtlich gefälschten Sterbemitteilungen hieß es, er sei – wie die anderen Betroffenen auch – in einer Anstalt in „Chelm“ (polnisch) oder „Cholm“ (deutsch) östlich von Lublin verstorben.

An Arthur Samuel Meier erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Bieberstraße 9.

Das Schicksal der Familienangehörigen:

Käthe Nathan, geborene Meier, und ihr Ehemann, der Kaufmann Benny Nathan, wurden am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert und ermordet. Stolpersteine erinnern an sie in der Haynstraße 15. Ihre in Hamburg geborenen Kinder Hertha, später verheiratete Max, und Hans Arno Nathan waren nach Neuseeland entkommen.

Clara Eisenstädt, geborene Meier, lebte mit ihrer Familie in Berlin. Am 26. Oktober 1942 wurden sie und Ehemann Siegfried nach Riga deportiert und am 29. Oktober 1942 ermordet. Ihre Söhne Gerhard und Heinz überlebten in den USA.

Max Meier hatte in Amsterdam mühsam eine Existenz als Inhaber der Firma „Commercial Trust en Handelskontoor“ in der Kaisergracht 445 aufgebaut, sie aber infolge der Besetzung der Niederlande durch die deutsche Wehrmacht verloren. Am 10. Mai 1940 flüchtete er mit Ehefrau Alice und den Söhnen Wolfgang und Frank unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe nach England. Dort wurde die Familie getrennt. Ehefrau Alice wurde zusammen mit dem jüngeren Sohn Frank als „enemy alien“ (feindliche Ausländer) verhaftet, im Hollow-Prison interniert und auf die Isle of Man gebracht. Max Meier kam zusammen mit Sohn Wolfgang für zwei Jahre in ein Internierungslager nach Kanada. Erst 1945 konnten Alice und Frank Meier nach Kanada folgen.

Arthur Meiers unehelicher Sohn Wolfgang Günter König verstarb im Alter von 18 Jahren am 24. Mai 1948 in Mürschnitz/Sonneberg in Thüringen. Seine Mutter hatte im Januar 1940 in Sonneberg geheiratet. Sie starb dort im Alter von 66 Jahren am 6. Januar 1977.

*Margot Löhr*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer

## **Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z**

„Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 231-3 Handelsregister A 12 Bd. 37 Nr. F 33797 Salomon Meier; 231-7 Amtsgericht Hamburg Handels- und Genossenschaftsregister A 1 Bd. 42 Nr. A 10334 Salomon Meier; 332-3 Zivilstandsaufsicht A 95 Heiratsregistereintrag Nr. 5285 Hermann Lewie/Kitty Isaacs; 332-5 Standesämter, 2392 Geburtsregistereintrag Nr. 203/1896 Alice Porges, 5910 Heiratsregistereintrag Nr. 961/1889 Salomon Meier/Emilie Lewie, 8675 Heiratsregistereintrag Nr. 78/1911 Benny Nathan/Käthe Meier, 8730 Heiratsregistereintrag Nr. 735/1919 Siegfried Eisenstaedt/Clara Meier, 8741 Heiratsregistereintrag Nr. 443/1920 Max Meier/Alice Porges, 9605 Heiratsregistereintrag Nr. 660/1925 Erich Baender/Alice Meier, 9846 Sterberegistereintrag Nr. 390/1930 Alice Meier, geb. Lewie; 11730 Sterberegistereintrag Nr. 704/1897 Gumpel Meier, 11736 Sterberegistereintrag Nr. 940/1900 Henriette Meier, 11745 Sterberegistereintrag Nr. 169/1905 Samuel Meier, 11811 Sterberegistereintrag Nr. 133/1928 Joseph Meier, 12887 Geburtsregistereintrag Nr. 989 /1890 Hermann Meier, 12890 Geburtsregistereintrag Nr. 1148/1891 Käthe Meier, 12894 Geburtsregistereintrag Nr. 1189/1892 Leon Meier, 12897 Geburtsregistereintrag Nr. 12893/1893 Max Meier, 12906 Geburtsregistereintrag Nr. 1334/1896 Clara Meier, 332-7 Staatsbürgerschaft, B III 77689 Salomon Meier; 13818 Geburtsregistereintrag Nr. 2231/1902 Alice Meier, 332-8 Reisepassprotokolle A 24 Bd. 336 Nr. 8590 Leon Meier, Bd. 347 Nr. 636 Max Meier, Bd. 357 Nr. 20668 Arthur Meier; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1207 Johanna Meier, 12381 Hermann Meier, 12382 Alice Lewy verw. Meier, 12383 Claus-Günther Meier, 12384 Annelore Fabian, 14392 Leon Meier, 18710 Alice Meier geb. Porges, 19350 Meier, Richard, 46154 Frederick Richard Maitland (fr. Wolfgang Meier), 46368 Inge Baracker, 47020 Benny Nathan, 47102 Käthe Nathan; 352-5 Todesbescheinigung 1930 Sta 3a Nr. 390 Alice Meier geb. Lewie; 741-4 Fotoarchiv Meldekartei K 6580 Alice Meier; Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, HHStA WI Abt. 631a Nr. 210; Taschenkalender Irmfried Eberl; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv; Standesamt Sonneberg, Auskünfte; Diercks, „Euthanasie“; Koser/Brunotte, Stolpersteine in Hamburg-Eppendorf und Hoheluft-Ost, Hamburg 2011, Bd. 2, S. 322 f.; Ley/Hinz-Wessels, Euthanasie-Anstalt Brandenburg; Günter/Markert/Meyer/Möller, Stolpersteine in Hamburg-Harburg und Hamburg-Wilhelmsburg, Hamburg 2012, S. 196–200; Böhme/Lohalm, Wege in den Tod, 1993, S. 14, 44 ff.; Villiez von, Mit aller Kraft verdrängt; Michael Wunder, Judenverfolgung in Alsterdorf, Rede zum 9. November 2013. Wunder, letzte Kriegsjahre; Wunder, schiefe Ebene, 1987; <http://jüdischer-friedhof-altona.de/datenbank.html>, Ohlsdorf 1915–1921 Salomon Meier B 9-273, Ohlsdorf 1922–1930 Emilie Meier, geb. Lewie, B 9-274.

### **Berta Mendel,**

**geb. 6. 7. 1903 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Berta Mendel, geboren am 6. Juli 1903 in Hamburg, war die jüngste Tochter des Kohlenhändlers Nathan Seligmann Mendel und seiner Ehefrau Julie, geborene Leers.

Nathan Seligmann Mendel kam am 17. September 1853 in Altona zur Welt. Julie Leers wurde am 11. August 1860 ebenfalls dort geboren. Sie heirateten am 27. März 1885 in ihrer Geburtsstadt. Beide gehörten dem jüdischen Glauben an

Mit drei Kindern, Franziska, geboren am 18. November 1885, Clara, geboren am 9. Juli 1887, und Moses, geboren am 31. August 1888, zog die Familie im Mai 1890 in die Straße Herrengraben 39 in der Hamburger Neustadt, wo Nathan Seligmann Mendel bis zu seinem Lebensende einen Kohlenhandel betrieb. Der Kohlenhandel scheint erfolgreich verlau-

fen zu sein, denn Nathan Seligmann Mendel erweiterte den Geschäftsbetrieb und erwarb das Haus Herrengraben 39 hinzu. Die Adresse der Familie lautete nun Herrengraben 37/39. Hier setzte sich der Familienzuwachs mit der Geburt von acht Kindern fort: Gertha wurde am 8. Oktober 1890 geboren, Wolf am 16. März 1892, Minna am 20. Januar 1894, Philipp am 1. Juni 1895, Marianne am 11. Oktober 1896, Harry am 20. September 1898, Rosa am 12. Februar 1900 und Berta am 6. Juli 1903. Mit Ausnahme von Berta entwickelten sich alle Kinder unauffällig.

Der Vater Nathan Seligmann verstarb am 19. Februar 1911, die Mutter Julie am 18. März 1921 in einem Sanatorium in Oberneuland bei Bremen. Beide wurden auf dem Jüdischen Friedhof Ilandkoppel in Hamburg-Ohlsdorf beigesetzt.

Berta Mendel blieb unverheiratet. Sie arbeitete als Hausangestellte in Reinfeld im Kreis Stormarn. Ein dort ansässiger praktischer Arzt wies sie am 1. März 1937 in die Landesheilanstalt Neustadt in Holstein ein. Seine Diagnose ist nicht überliefert. Laut ihrer Krankenakte, bestehend aus nur sechs Blättern, soll sie an „Wahnideen“ und „Personenverkennungen“ gelitten haben. Aus der Landesheilanstalt Neustadt wurde Berta Mendel am 12. oder 13. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn gebracht.

Als die „Euthanasie“-Zentrale in Berlin veranlasste, alle jüdischen Patientinnen und Patienten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen, befand sie sich bereits dort. Ihr Name stand auf der Liste derer, die am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch

am selben Tag dort mit Kohlenmonoxid getötet wurden. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurden in den amtlichen Sterbemitteilungen falsche Angaben verwendet und behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Die Lebensgeschichten von Berta Mendels zahlreichen Geschwistern und deren Familienangehörigen werden ausführlich in dem Buch „Stolpersteine in Hamburg-Neustadt“ unter „Julie, Minna, Rosa Heilbut“ beschrieben und auch im Internet unter [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de) veröffentlicht. Deshalb folgt hier nur ein kurzer Überblick:



Grabstein für Julie und Nathan Seligmann Mendel auf dem Friedhof Ohlsdorf-Ilandkoppel

Ingo Wille

Franziska, Bertas älteste Schwester, verheiratet mit dem evangelisch-lutherischen Max Robert Rüdiger, wurde am 14. Februar 1945 nach Theresienstadt deportiert und erlebte dort ihre Befreiung.

Clara Mendel heiratete 1920 den ebenfalls jüdischen Möbelhändler Julius Nathan. Das Ehepaar bekam am 30. Mai 1924 einen Sohn, Henry. Die Familie wurde am 25. Oktober 1941 in das Getto Litzmannstadt (Łódź) deportiert, wo Julius Nathan am 21. Mai 1944 ums Leben kam. Clara Nathan wurde am 23. Juni 1944 ins Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno) weiterdeportiert und dort am selben Tag ermordet. Henry Nathan überlebte als einziger seiner Familie.

Moses Mendel blieb ledig. Er fiel als Soldat im Ersten Weltkrieg am 24. April 1915 bei St. Remy in der Provence in Frankreich.

Bertas Schwester Gertha heiratete Ludwig Seligsohn und bekam mit ihm fünf Kinder, von denen drei im Säuglingsalter starben. Ludwig und Gertha Seligsohn, die zuletzt in das „Judenhaus“ in der ehemaligen Kleinen Papagoyenstraße 11 in Hamburg-Altona eingewiesen worden waren, kamen mit ihrem dreizehnjährigen Sohn Walter am 8. November 1941 in einem Transport in das Getto von Minsk und wurden wahrscheinlich dort ermordet. Hermann Seligsohn, Berta Mendels Neffe, wurde wie sie am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel verschleppt und dort am selben Tag mit Kohlenmonoxid ermordet. Ob sich Berta Mendel und Hermann Seligsohn kannten, ist nicht überliefert. Hermann Seligsohns Biografie findet sich in diesem Band.

Wolf Mendel war mit Wanda Gonsiorowski verheiratet. Über gemeinsame Kinder ist nichts bekannt. Er starb am 24. April 1937 im Israelitischen Krankenhaus. Wanda Mendels Schicksal ist nicht bekannt.

Minna Mendel hatte 1925 den ebenfalls jüdischen Jacob Gottschalk Simon Heilbut geheiratet. Das Ehepaar hatte zwei Töchter, die am 12. August 1934 geborene Julie Elfriede und die am 12. Dezember 1935 geborene Rosa Charlotte. Minna Heilbut und ihre Töch-



Berta Mendel, 1937

LAS

ter wurden am 8. Dezember 1941 nach Riga deportiert und kamen dort ums Leben. Jacob Gottschalk Simon Heilbut war während der sogenannten Juni-Aktion 1938 in „Schutzhaft“ genommen worden. Er kam frei mit der Auflage, Deutschland umgehend zu verlassen. Ihm gelang die Flucht nach England.

Marianne Mendel lebte bei ihrer Schwester Gertha Seligsohn und deren Familie in der Straße Cremon 24. Sie starb am 8. Mai 1923 im Israelitischen Krankenhaus.

Rosa Mendel emigrierte in die USA. Ihre Brüder Harry und Philipp Mendel waren am 9. November 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert und mit der Auflage freigelassen worden, Deutschland zu verlassen. Ihre Schwester Rosa ermöglichte Harry und Philipp sowie dessen Ehefrau Auguste, geborene Stein, und deren Sohn die Einreise in die Vereinigten Staaten.

An Berta Mendel erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Herrengraben 37.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 6; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 13927 Geburtsregister Nr. 164/1903 Berta Mendel; LAS Abt. 377 Nr. 9067; schriftliche Auskunft des ehemaligen Arztes der Heilanstalt Neustadt Dr. Friedrich Ernst Struwe, vom 31. 1. 2017; Christian Faludi, Die Juni-Aktion 1938, Frankfurt 2013; Friedrich Ernst Struwe, Landesheilanstalt Neustadt in Holstein. Berichte aus den Jahren 1918–1945, Heiligenhafen 2013; (Quellenangaben zu Berta Mendels Geschwistern siehe Stolpersteine in Hamburg-Neustadt, Julie Heilbut und andere).

■ **Adolph (genannt Adolph Theodor) Meyer,**  
**geb. am 11. 1. 1891 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Am 11. Januar 1891 wurde Adolph Theodor Meyer als unehelicher Sohn der Jüdin Bertha (Betty) Bloch, geborene Meyer, in Hamburg geboren. Der Name Adolph entspricht dem Eintrag in seiner Geburtsurkunde. Später wurde er meistens Adolph Theodor genannt. Seinen Vater scheint er nie kennengelernt zu haben. Er wuchs in der Familie seiner Mutter und seines Stiefvaters Reinhold Bloch zusammen mit zwei älteren Halbgeschwistern auf, mit Pauline (Paula), geboren am 10. Mai 1881, und Theodor, geboren am 16. April 1864.

Adolph Theodor Meyer besuchte die Talmud Tora Schule und anschließend die Volksschule Papendamm 5 nur bis zur 5. Klasse (alter Zählung). 1905 veranlasste das jüdische Waisenhaus am Papendamm 3 Adolph Theodors Unterbringung in einer jüdischen Erziehungsanstalt, aus der er 1906 wieder entlassen wurde. Vor dem Ersten Weltkrieg absolvierte

er eine Ausbildung zum Kellner und arbeitete auch in dem Beruf. Adolph Theodor gelang es aber nicht, in einer Anstellung länger Fuß zu fassen. In den vier Jahren bis 1910 soll es zu mindestens 20 Anstellungen gekommen sein, die Adolph Theodor jeweils nach kurzer Dauer wieder verlor.

Schon früh geriet er in die Zwänge staatlicher Aufsicht. Sein Leben blieb bis zu seiner Ermordung im September 1940 fremdbestimmt und lässt sich heute nur anhand seiner Kranken- und Straftakten rekonstruieren.

Er kam wiederholt mit dem Strafrecht u. a. wegen Diebstahls in Konflikt. In jeweils mehrmonatigen Aufenthalten in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ in den Jahren 1911 und 1912 sollte seine Schuldfähigkeit im Zusammenhang mit einem Strafverfahren geklärt werden. Weitere Straftaten in den Folgejahren schlossen sich an, sodass Adolph Theodor Meyer 1915 im Alter von 24 Jahren entmündigt wurde. In diesem Jahr, am 20. Juli 1915, starb Adolph Theodor Meyers Mutter. Er war nun ohne unmittelbare Verwandte und weitgehend auf sich allein gestellt.

Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete er bei unterschiedlichen Arbeitgebern als Bote, zuletzt bei einem Stoffhändler in Schnelsen, der im Juni 1935 den Verlust von zwei Stoffen zur Anzeige brachte. Als Adolph Theodor Meyer als dringend Tatverdächtiger vernommen wurde, gestand er den Diebstahl und erklärte nicht nur sein Motiv, sondern auch seine Zukunftspläne: „Frl. Will kenne ich seit einem Jahr. Wir sind verlobt und wohnen zusammen in der Wohnlaube in Schnelsen, Weidestraße 3 bei Schulz. Ich soll sterilisiert werden und sobald dieses erfolgt ist und meine Papiere zurück sind, will ich mich mit Frl. Will verheiraten. Den heute vorgekommenen Diebstahl gebe ich zu [...], weil ich noch kleine Schulden zu zahlen habe und nur einen geringen Verdienst habe ...“ Laut Erkennungsblatt der Polizeibehörde wurde seine Personenbeschreibung wie folgt festgehalten: „Größe 1,50 m – Gestalt schlank – Gesichtsform schmal – Haar dunkelblond – Augen grau – ...“.

Ab 1931/1932 gehörte Adolph Theodor Meyer der Jüdischen Gemeinde in Hamburg an. Nach den Angaben auf seiner Kultussteuerkarte wohnte er in den 1930er-Jahren in der Kiemerstraße 44 (heute Clemens-Schultz-Straße 43–45) in St. Pauli, in der Kolbergstraße 56 in St. Georg zur Untermiete bei Rückleben und in der Kastanienallee 38 in St. Pauli zur Untermiete bei Hildebrandt.

Mit der am 17. Oktober 1935 erfolgten Inhaftierung im Hamburger Untersuchungsgefängnis wurden nicht nur Adolph Theodor Meyers Heiratspläne zunichtegemacht; zu diesem Zeitpunkt endete sein selbstbestimmtes Leben. Bereits im September hatte die Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht beantragt, „die Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt anzuordnen, weil er eine mit Strafe bedrohte Handlung im Zustande der Zurechnungsunfähigkeit begangen hat“. Adolph Theodor Meyers Anwalt beantragte Revision gegen diese Anordnung und plädierte für eine Haftstrafe.

Am 5. November 1935 – sechs Wochen bevor die Revision als unbegründet abgelehnt und die Anordnung zur Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt rechtskräftig

## Das Erbgesundheitsgericht in Hamburg

Stanzzeichen :

XIII **090** / 193 **9.**

Sl. Nr. **4209/1083.**

### Beschluß

In der Sache **Adolf-Israel Meyer**,  
vertreten durch seinen Vormund **Hermann-Israel Frank**, Hamburg,  
Heidestraße 20,

hat das Erbgesundheitsgericht in Hamburg am 15. Dez. 1939 durch  
1. den Amtsgerichtsrat **Dr. Deutsch** als Vorsitzenden,  
2. den **Medizinrat Dr. Kunst**  
3. den **Oberarzt Prof. Dr. Dönne**

beflossen : Herr **Adolf-Israel Theodor Meyer**,  
geboren am 11. Januar 1894 zu Hamburg, zur Zeit in  
der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn,  
ist unfruchtbar zu machen.

Die Unfruchtbarmachung ist gegebenenfalls auch gegen **seinen**  
**oder seines Vormundes**

Willen auszuführen.

Die Kosten des gerichtlichen Verfahrens trägt die Reichskasse.

#### Gründe :

Herr Meyer befindet sich zur Zeit in der Heil- und  
Pflegeanstalt Langenhorn in Hamburg-Langenhorn.

Er ist auf Veranlassung des benannten Arztes einer  
eingehenden ärztlichen Untersuchung unterzogen worden. Nach  
dem Ergebnis dieser Untersuchung hält der benannte Arzt es  
für erforderlich, die Unfruchtbarmachung zu erwägen, und  
legt

wurde – wurde Adolph Theodor Meyer in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn „ausgeliefert“. Die ärztlichen Berichte, die in regelmäßigen Abständen über ihn angefertigt wurden, geben wenig Aufschluss über seine Person und sein tatsächliches Verhalten oder seinen Gesundheitszustand, zeigen aber umso deutlicher die rassenideologisch geprägte Denkweise dieser Beurteilungen: „Adolf Meyer hat sich während der 2 3/4-jährigen Anstaltsunterbringung im allgemeinen sichtlich Mühe gegeben, nicht durch eine undisziplinierte Handlung aufzufallen. Er hat bei regelmässiger Beschäftigung auch Brauchbares geleistet. Nach aussen hin zeigte er – seiner rassischen Eigenart entsprechend – stets ein augendienersches Wesen. Er war aber keineswegs immer so harmlos und gesittet, wie er bei jeder Gelegenheit zu sein vorgab.“

Mit Beschluss des Erbgesundheitsgerichtes Hamburg vom 15. Dezember 1939 wurde verfügt, dass Adolph Theodor Meyer, gegebenenfalls auch gegen seinen oder seines Vormundes Willen, unfruchtbar zu machen sei.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen sollten am 23. September 1940 in eine „Sammelanstalt“ verlegt werden. Da Adolph Theodor Meyer unter Vormundschaft stand, erbat die Langenhorner Anstalt am 19. September beim Landgericht als Vormundschaftsgericht „Zustimmung zur Verlegung“ von Adolph Theodor Meyer. Sie wurde am 24. September erteilt, als der Abtransport bereits vollzogen war.

Der Transport hatte die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel zum Ziel. Dort wurden die Menschen noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung der Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Adolph Theodor Meyers Geburtsregistereintrag enthält die ergänzende Notiz, „verstorben Nr. 433/41 St.A. Chelm II Gener. Gouvernement“.

In einem Schreiben der angeblichen Irrenanstalt Cholm, Post Lublin, Postschließfach 822 vom 8. Juli 1941 an das Landgericht Hamburg wurde mitgeteilt, dass „der seinerzeit auf Veranlassung des Herrn Reichsverteidigungskommissars in unsere Anstalt verlegte Patient Adolph Theodor Meyer, geb. 11. 1. 91 in Hamburg, am 2. Februar 1941 hier verstorben ist“. Das Schreiben enthält das Geschäftszeichen X 1330/Ly. Die römische Ziffer X wurde für den Schriftverkehr mit Angehörigen jüdischer Patientinnen und Patienten verwendet. Die Tarnbuchstaben A, B, Be, C, D und E wiesen auf eine der sechs Tötungsanstalten hin.

Mit dem für Adolph Theodor Meyer angegebenen falschen Todestag konnten unberechtigte Pflegekosten für etwa vier Monate für den längst Ermordeten eingefordert werden. Auf dem Schreiben der „Irrenanstalt Cholm“ brachte die Hamburger Staatsanwalt-

# Irrenanstalt Cholm, Post Lublin

Sprechstunde und Besuche nur nach vorheriger Anmeldung

Gesch.-Z.: X 1330 /Ly

(Ohne Angabe dieses Geschäftszeichens können Zuschriften nicht beantwortet werden.)

Cholm, den 8. Juli 1941  
Post Lublin  
Postschließfach 622

An den  
Herrn Oberstaatsanwalt  
bei dem Landgericht



H a m b u r g 36  
Strafjustizgebäude, Sievekingplatz

Betr.: Dort.Aktenzeichen: 6 Kls. 58/35.

In Erledigung des dortigen Schreibens vom 16.6.41 wird erwidert, daß der seinerzeit auf Veranlassung des Herrn Reichsverteidigungskommissars in unsere Anstalt verlegte Patient Adolf Israel Meyer, geb. am 11.1.91 in Hamburg, am 2. Februar 1941 hier verstorben ist.

**Verfg.**

- ✓ I) Der Gesch. Stelle f. Strafnachrichten überlegen.
- ✓ II) Zum Vollstreckungsregister.
- ✓ III) Hand- u. Gerichtsakten an das Archiv zurück.
- IV) Als Forschungssache weglegen.

Hbg., d. 12.7.1941.

*[Signature]*  
Just. Inspektor.

*Ableben*  
Mitt. v. d. Bezugsgef. am:  
1. Reg. Beh. *[Signature]*  
2. Pol. Beh. *[Signature]*  
3. Pol. Beh. *[Signature]*  
17.5. Juli 1941

Fingierter Brief aus „Cholm“

Stah

schaft eine interne Verfügung mit vier Handlungsanweisungen an. Ziffer IV der Verfügung lautet: „Als Forschungssache weglegen.“ War sich die Justizverwaltung schon damals der tiefgreifenden Bedeutung des „Verwaltungsvorgangs“ bewusst?

Auch Adolph Theodors Halbbruder Theodor Bloch und seine Halbschwester Pauline (Paula) Bloch, verwitwete Dratwa, kamen im Holocaust zu Tode. Theodor Bloch wurde nach Auschwitz deportiert und dort am 28. Januar 1943 ermordet. Pauline (Paula) Dratwa wurde am 25. Oktober 1941 in das Getto „Litzmannstadt“ (Łódź) deportiert, am 10. Mai 1942 nach Kulmhof (Chełmno) weiterdeportiert und dort ermordet. Ihre Lebensgeschichten werden ausführlich in dem sich in Vorbereitung befindenden Band „Stolpersteine in Hamburg-Neustadt“ beschrieben werden.

An Adolph Theodor Meyer erinnert ein Stolperstein in Hamburg-St. Pauli, Clemens-Schultz-Straße 43–45 (früher: Kielerstraße 44).

*Gunhild Ohl-Hinz*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht – Strafsachen, 935/36; 224-2 Erbgesundheitsgericht Beschlüsse 1939 Nr. 6 (Adolph Theodor Meyer); 332-5 Standesämter 723 Sterberegister Nr. 720/1915 Betty Meyer, 2253 Geburtsregister Nr. 928/1891 Adolph Theodor Meyer; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Adolph Theodor Meyer der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Staatsarchiv Hamburg (Hrsg.), Jüdische Opfer, 1965 (Gedenkbuch); Hinz-Wessels, Antisemitismus und Krankenmord, in: VfZ (2013) 1; Wunder/Genkel/Jenner, Auf dieser schiefen Ebene (2016).

## ■ **Betty Meyer,**

**geb. am 15. 10. 1875 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Betty Meyer kam am 15. Oktober 1875 als Tochter des Kaufmanns Adolph Meyer, geboren am 21. Mai 1849, und seiner Ehefrau Mathilde, geborene Wolffsohn, geboren am 8. September 1843, zur Welt. Die Eltern stammten aus Hamburg, sie hatten dort am 5. Mai 1874 geheiratet und bekannten sich zum jüdischen Glauben. Bei Bettys Geburt wohnte das Ehepaar Meyer in der Wexstraße 29 in der Hamburger Neustadt.

Betty Meyer erhielt ihren Vornamen nach ihrer Großmutter mütterlicherseits. Über Bettys Leben sind nur spärliche Informationen zugänglich. Ihr Vater starb, als sie vier Jahre alt war, am 17. November 1879 in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“. Er hatte seine Ehefrau für den Fall seines Todes aufgefordert, für Betty Vormünder bestellen zu lassen. Bettys

Mutter war damit einverstanden, zumal sie nicht selbst Vormund ihrer Tochter werden wollte. So übernahmen die am Alten Wall 48 residierenden Kaufleute Hermann Simonsen und Julius Cronheim 1882 die Vormundschaft für Betty Meyer. Mutter und Tochter verfügten über keinerlei Vermögen. Mathilde Meyer handelte mit Lotterielosen. Doch brachte dies so wenig ein, dass beide von ihrer Familie unterhalten werden mussten. Das Vormundschaftsverhältnis endete 1896 mit Bettys Volljährigkeit.

Mathilde Meyer, Bettys Mutter, starb am 23. Juli 1914 in ihrer Wohnung in der Grindelallee 110, in der sie seit etwa 1905 gelebt hatte.

14 Jahre später, im Juni 1928, wurde Betty Meyer Patientin der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Ihre Patienten-Karteikarte enthält den Hinweis „Stand ohne“. Damit war gemeint, dass sie keinen Beruf hatte bzw. nicht berufstätig war. Grund und Dauer des Aufenthalts in dieser Anstalt kennen wir nicht. Wir wissen auch nicht, wo sie seit dem Tod ihrer Mutter bis zur Einweisung in Friedrichsberg gewohnt hatte.

Sieben Jahre blieb Betty Meyer in Friedrichsberg, bis sie am 7. Juni 1935 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn wechseln musste. Hier lebte sie in den folgenden fünf Jahren.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Betty Meyer. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf Betty Meyers Geburtsregistereintrag wurde notiert, dass ihr Tod am 11. Februar 1941 eingetreten sei.

Zur Erinnerung an Betty Meyer wurde ein Stolperstein vor dem Haus Wexstraße 29 in Hamburg-Neustadt in den Fußweg eingelassen.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 232-1 Vormundschaftsbehörde Serie III\_1206 Betty Meyer; 332-3 Zivilstandsaufsicht A 213 Geburtsregister Nr. 7818/1875 Betty Meyer; 332-5 Standesämter 8020 Sterberegister Nr. 336/1914 Mathilde Meyer geb. Wolffsohn; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Betty Meyer der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

■ **Henriette Jetta (Henny) Meyer,**

**geb. am 20. 3. 1906 in Hildesheim, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

David Meyer, geboren am 14. Juli 1874 in Hamburg, heiratete 1905 die am 14. Februar 1879 in Halberstadt geborene Golda Baumgarten. Beide Eheleute entstammten jüdischen Familien. Das Ehepaar lebte zunächst in Hildesheim und bekam dort seine drei Kinder Henriette Jetta (Henny) am 30. März 1906, Julius Noah am 15. Mai 1907 und Angela (Anni) am 2. August 1908.

David Meyer hatte nach der Beendigung der Volksschule das Tapezier- und Dekorateurhandwerk erlernt. Er arbeitete als „Tapezierermeister, Polsterer, Dekorateur und Möbelschneider“ in Hildesheim, bevor die Familie 1910 nach Hamburg in die Wrangelstraße 65a in Hoheluft-West umzog. David Meyer betrieb in Hamburg gegenüber der Wohnung eine Werkstatt als Tapezierer und Dekorateur. Die Geschäfte müssen in den ersten Jahren gut gelaufen sein, denn Bekannte der Familie beschrieben die Lebensverhältnisse als „gutbürgerlich“ und „die Kinder als immer gut gekleidet“. Seit Juli 1914 gehörte David Meyer der jüdischen Gemeinde in Hamburg an.

In den 1920er-Jahren war David Meyer in Hamburg als Tapeziermeister tätig. Er übte sein Handwerk überwiegend allein aus, nur vorübergehend beschäftigte er auch Hilfskräfte. 1923 blieben die Aufträge infolge der Wirtschaftskrise und der Hyperinflation aus. Die Familie war nun zeitweise auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Als David Meyer 1932 erneut Fürsorgeunterstützung wegen Mietrückständen beantragen musste, vermerkte die Fürsorgerin: „Es handelt sich hier um ordentliche Leute und ist es M. sehr schwer geworden, sich an die W. [Wohlfahrt] zu wenden!“ David Meyer musste 1933 sein Geschäft und seine Werkstatt aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Er konnte aber später seine Berufstätigkeit wieder aufnehmen, bis ihm Ende 1938 die Fortführung seines Gewerbes verboten wurde.

Die beiden Töchter Henriette und Angela Meyer besuchten die Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in der Karolinenstraße 35, Julius, der einzige Sohn, bis 1922 die Talmud Tora Schule. Er erlernte das Feinmechaniker-Handwerk. Zur Zeit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten im Januar 1933 arbeitete er beim Telegraphenzeugamt in Lokstedt. Er verlor seine Arbeit unter Berufung auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Nach verschiedenen Aushilfstätigkeiten bekam er schließlich im November 1935 eine Anstellung als Schulwart in der Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in der Karolinenstraße 35, wo er dann auch mit seiner Ehefrau Gerda, geborene Cohen, geboren am 31. März 1909 in Düsseldorf, und seiner am 19. November 1935 geborenen Tochter Ruth wohnte.

Angela Meyer wohnte bei ihren Eltern, bis sie Hamburg im Jahr 1928 verließ und aus beruflichen Gründen nach Königsberg übersiedelte. Sie verließ Deutschland 1933 und lebte fortan in Palästina. Angela Meyer heiratete und führte dann den Nachnamen Böhm.

Auch Henriette Meyer wohnte bei ihren Eltern. Sie war nach Beendigung des Schulbesuchs als Kontoristin bei einer Bank tätig. 1923 verlor sie ihre Anstellung. Sie hoffte auf eine neue Arbeitsstelle, wurde aber von der Fürsorgedienststelle aufgrund einer „Nervenkrankheit“ als erwerbsunfähig eingestuft. 1930/31 wurde sie zweimal in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen. Einer Notiz in der Fürsorgeakte ihres Vaters zufolge scheint sie sich auch kurzzeitig in der Israelitischen Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf-Sayn bei Koblenz aufgehalten zu haben.

Henriette Meyers Friedrichsberger Patienten-Karteikarte weist aus, dass ihr letzter Aufenthalt in dieser Anstalt am 8. Oktober 1936 begann. Wahrscheinlich wurde Henriette Meyer später wieder in einer Anstalt außerhalb Hamburgs untergebracht. Darauf deutet hin, dass ihr Name in den Hamburger Unterlagen zur Volkszählung vom Mai 1939 nicht zu finden ist.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Henriette Meyer. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Mit Ausnahme ihrer Schwester Angela Böhm kam Henriette Meyers Familie im Holocaust um Leben. Henriettes Eltern, David und Golda Meyer, erhielten den Deportationsbefehl für den Transport am 6. Dezember 1941 nach Riga/Jungfernhof. Von ihnen gab es nie wieder ein Lebenszeichen. Für beide liegen Stolpersteine in der Wrangelstraße 65 in Hoheluft-West. Hier liegt auch ein Stolperstein für Henriette Jetta (Henny) Meyer.

Henriettes Bruder Julius Meyer, seine Ehefrau Gerda und deren Tochter Ruth wurden am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Dort starb Gerda Meyer am 30. April 1944. Julius wurde am 28. September 1944 nach Auschwitz weiterdeportiert, die neunjährige Tochter Ruth am 9. Oktober 1944. Beide wurden in Auschwitz ermordet. Für alle drei liegen Stolpersteine in der Karolinenstraße 35 vor dem Gebäude der ehemaligen Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde. Die Lebensgeschichten dieser Menschen finden sich im Internet unter [www.stolperstein-hamburg.de](http://www.stolperstein-hamburg.de).

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 3; 4; 5; 7; 8; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 314-15 Oberfinanzpräsident Abl. 1998/1 J7/517/19; 332-3 Zivilstandsaufsicht A 181 Geburtsregistereintrag Nr. 5044/1874 David Meyer; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 32948 Anni Böhm geb. Meyer, 32949 Golda Meyer, 351-14 Arbeits- und Sozialbehörde, Sonderakten 1548 David Meyer; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Stadtarchiv Halberstadt, Heiratsregister Nr. 125/1905 David Meyer/Golda Baumgarten; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Henriette Meyer der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

## ■ Thorwald Meyer,

**geb. am 24. 10. 1919 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Der Kaufmann Max Meyer, geboren am 7. Januar 1888 in Hamburg, Sohn eines Dekorationsmalers, und Caecilie Haase, geboren am 12. Mai 1884 in Znin bei Posen, hatten im Dezember 1906 in London geheiratet. Beide Eheleute bekannten sich zur jüdischen Religion. Caecilie Haase, verheiratete Meyer, hatte schon vor ihrer Ehe in Hamburg gelebt und hier am 30. Oktober 1903 ihren Sohn Martin geboren, dessen Vater wir nicht kennen.

Das Ehepaar Meyer ließ sich in Hamburg nieder und bekam hier seine fünf gemeinsamen Kinder: Margot, geboren am 13. August 1907, Isidora, geboren am 8. März 1910, Sophie, geboren am 13. Januar 1913, Ursel, geboren am 24. Oktober 1919, und Thorwald, geboren am 24. Oktober 1919.

Im Jahr 1917 stimmte Max Meyer zu, dass sein Stiefsohn Martin Haase künftig seinen Familiennamen tragen durfte. Diese Möglichkeit war durch § 1706 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches eröffnet worden, um „den Makel der unehelichen Geburt zu verdecken“.

Die Familie Meyer konnte zunächst ein „gutes bürgerliches“ Leben führen und sich Sommerreisen leisten. Max Meyer war einige Jahre als selbstständiger Reisender und Mitinhaber der Firma Bernfeld & Meyer tätig. Die Familie bewohnte eine Vier-Zimmer-Wohnung am Grindelberg 5/7, seit 1913 in der Vereinsstraße 5 im Stadtteil St. Pauli. Dies änderte sich, als die Firma im Jahr 1924 aufgelöst wurde. Danach gelang es Max Meyer trotz zahlreicher Bewerbungen nicht mehr, beruflich Fuß zu fassen. Die Familie lebte nun zunehmend von öffentlicher Fürsorge und Zuwendungen der Jüdischen Gemeinde.

Martin, der älteste Sohn, lebte in der Familie, bis er 1926 Hamburg mit unbekanntem Ziel verließ. Die anderen Kinder besuchten allgemeinbildende Schulen, von Thorwald ist bekannt, dass er eine „Hilfsschulklasse“ der Talmud Tora Schule besuchte.

1930/1931 erhielt Max Meyer noch einmal kurzzeitig eine Beschäftigung als Schreiber beim Statistischen Landesamt der Stadt Hamburg. 1931 übersiedelte die Familie von der

	<b>Universitäts-Krankenhaus Eppendorf.</b>	Befristung: <b>89</b>
	Aufnahmeakte <b>13879</b> Jahrgang: <b>1936</b>	
Hamburg,	<b>14. Oktbr. 1936</b>	<b>10. 30</b> Uhr. <b>III</b> Klasse Haus <b>C.</b>
Vor- u. Zuname:	<b>Thorwald</b>	<b>Meyer</b>
Geboren am	<b>24. 10. 19.</b>	in <b>Hbg.</b>
Familienstand, Beruf:	<b>Der Vat: Reisender</b>	
Wohnung:	<b>Eidelstedterweg No 62 I b. d. Eltern.</b>	
Name, Stand, Wohnung:	<b>Fernspr. 53 20 04 ( Marquardt.)</b>	
des Vaters	<b>Max Meyer geb. 7.1. 88. Hbg.</b>	
der Mutter	<b>Cäcilie geb. Haase</b>	
des Ehegatten	<b>Erbges. Ger. XIII</b>	dessen <b>Unfruchtbarmachung.</b>
Artzt des	<b>No 910/36</b>	Diagnose:
Wohnung:	<b>z. P.</b>	Betriebs- oder Straßenunfall?
Einlieferung	<b>ohne Besch.</b>	
durch:		
Letztes Arbeits-		
verhältnis d.		
(Mu. oder Frau?)		

Thorwald Meyers Aufnahmebogen des Universtitäts-Krankenhauses Eppendorf vom 14. Oktober 1936 (obere Hälfte)

StaH

Veinsstraße 5, in der sie 18 Jahre gewohnt hatte, in eine Vier-Zimmer-Wohnung in der Fruchtallee 121. Die Miete überstieg ihre finanziellen Möglichkeiten bei weitem, sodass der Eigentümer, Bürgermeister Carl Petersen, im März 1932 auf Zahlung des Mietrückstandes und Aufhebung des Mietverhältnisses klagte.

Max Meyer hatte weiterhin keine Beschäftigung, und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie verschlechterten sich zunehmend, sodass die Familie aus der zu teuren Wohnung in der Fruchtallee in den Eidelstedter Weg 62 umziehen musste.

Zu der wirtschaftlichen Misere kam eine weitere Belastung hinzu. In Max Meyers Fürsorgeakte ist vermerkt, Thorwald sei schwachsichtig und schiele, eine Augenoperation sei notwendig. Es findet sich jedoch kein Hinweis auf einen entsprechenden Eingriff. Wahrscheinlich musste Thorwald mit dieser Behinderung leben. Nun war er aber in den Blick der Gesundheitsverwaltung geraten. Der Siebzehnjährige, der noch bei seinen Eltern wohnte, kam am 14. Oktober 1936 in das Universitätskrankenhaus Eppendorf, wo er aufgrund des sogenannten Erbgesundheitsgesetzes unfruchtbar gemacht wurde. Die näheren

Gründe und Umstände dieser Zwangsmaßnahme sind nicht überliefert. In Max Meyers Fürsorgeakte findet sich lediglich Thorwalds Aufnahmebogen des Universitätskrankenhauses Eppendorf zum Zweck der Sterilisation.

Max Meyer war ab Mitte 1937 zu sogenannten Unterstützungsarbeiten in Waltershof und an verschiedenen anderen Orten zwangsverpflichtet worden. Unterstützungs- oder Pflichtarbeit wurde erwerbslosen Männern und Frauen auferlegt, die Arbeitslosen- und Fürsorgeunterstützung erhielten. Juden wurden zu schwersten Erdarbeiten herangezogen. In Waltershof mussten die Männer auf einem Schlickfeld Sport- und Spielplätze für die dortige Kindertageskolonie und ein Kleingartengelände anlegen.

Im Februar 1939 stand ein erneuter Wohnungswechsel für die Familie Meyer an. Die neue Adresse lautete jetzt Lutterothstraße 6, zwei Monate später am 24. April 1939 erfolgte ein weiterer Umzug in die Breite Straße 56 in Altona. Max Meyer versuchte, einen Ausweg aus den Diskriminierungen sowie der wirtschaftlichen Misere zu finden und beantragte im Juni 1939 eine Ausreiseerlaubnis nach Alexandrette in Syrien. Obwohl für seine Ehefrau Caecilie und für seinen Sohn Thorwald die steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Oberfinanzpräsidenten vorlag, kam es nicht zu der Flucht. 1940 unternahm Max Meyer einen zweiten Auswanderungsversuch, nun mit dem Ziel Shanghai. Diesmal hatte er Erfolg, jedoch konnte er Deutschland nur allein verlassen und lebte dort nach seiner Ausreise im Juli 1940 unter elenden Bedingungen bis August 1945.

Zum Zeitpunkt der Ausreise seines Vaters befand sich Thorwald Meyer im Versorgungsheim Farmsen, nachdem er Mitte 1939 aus seiner Familie genommen und dort eingewiesen worden war. Über die Gründe für diese Maßnahme ist nichts bekannt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Thorwald Meyer traf am 18. September 1940 in Langenhorn ein. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Thorwald Meyer. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Nur wenige Angehörige der Familie Meyer überlebten den Holocaust.

Thorwald Meyers Mutter Caecilie wurde zusammen mit ihren Töchtern Ursel und Isidora, verheiratete Franken, sowie deren Kindern Joachim, geboren am 4. August 1932, und Berta, geboren am 19. September 1936, am 18. November 1941 nach Minsk deportiert und ermordet. Isidora Frankens Ehemann, der Schlachter Salomon Franken, geboren am 21. Juni 1903 in Hackenbroich (heute ein Stadtteil von Dormagen), wurde bereits am

8. November 1941 nach Minsk deportiert. Die Familie Franken hatte mehrere Jahre im Scheideweg 35, Hs. 2, im Stadtteil Hoheluft-West, und in der Treskowstraße 10 in Eimsbüttel gewohnt. Sie hatte kaum eigenes Einkommen und musste in den 1930er-Jahren von Wohlfahrtsunterstützung leben. Salomon Franken wurde zur Pflichtarbeit herangezogen. Ihre letzte Adresse lautete Breite Straße 56 bei Meyer in Altona-Altstadt. Hier sollen Stolpersteine an Salomon, Isidora, Berta und Joachim Franken erinnern.

Sophie Meyer, ihr Ehemann Werner Behrens und die beiden Söhne Alfred, geboren am 7. September 1935 in Hamburg, und Uri, geboren am 22. November 1938 ebenfalls in Hamburg, kamen ums Leben, nachdem sie am 25. Oktober 1941 von Hamburg nach „Litzmannstadt“ (Łódź) deportiert worden waren. Für Sophie, Werner, Uri und Alfred Behrens liegen Stolpersteine in der Rappstraße 10 in Hamburg-Rotherbaum.

Margot Meyer hatte Siegbert Salomon Wehl, geboren am 24. Mai 1905 in Hamburg, geheiratet. Sie wanderten mit ihren beiden Söhnen Heinz, geboren am 29. Juli 1933, und Hans-Ulrich, geboren am 17. Februar 1938, im Januar 1939 in die Niederlande aus. Ihr weiteres Schicksal kennen wir nicht. Siegbert Salomon Wehl war der Sohn von Lina Wehl, die ebenfalls am 23. September 1940 aus Langenhorn nach Brandenburg transportiert und dort ermordet wurde (siehe dort).

Über das Schicksal von Martin Meyer, dem ältesten Sohn des Ehepaares Meyer, der Hamburg 1926 verlassen hatte, ist nichts bekannt.

An Thorwald Meyer erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Altona-Altstadt, Breite Straße 56.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 6; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht – Strafsachen 1749-37 Salomon Franken; 332-5 Standesämter 1038 Sterberegister Nr. 221/1935 Joseph Meyer, 14010 Geburtsregister Nr. 2804/1903 Martin Meyer; 314-15 Oberfinanzpräsident FVg 8726 Max Meyer; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 10300 Max Meyer; 351-14 Arbeits- und Sozialfürsorge – Sonderakten 1170 Salomon Franken, 1560 Max Meyer; 351-15 Sozialverwaltung – Personalakte 1560 Thorwald Meyer, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 424-111 Amtsgericht Altona 64389 Todeserklärungen; Steffen Baumgarten, Die Entstehung des Unehelichenrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch, Köln 2007, S. 101; Lohalm, Fürsorge und Verfolgung, S. 35, 52.

■ **Karl Friedrich Michael,**

**geb. am 24. 7. 1910 in Mannheim, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Karl Friedrich Michael kam am 24. Juli 1910 im katholischen Wöchnerinnenasylheim „Luisenheim“ in Mannheim zur Welt. Seine Mutter war die ledige Verkäuferin Klara Michael aus Halle an der Saale, die Tochter des Bauunternehmers Friedrich Karl Michael. Sie bekannte sich laut der Geburtsurkunde ihres Sohnes zum evangelischen Glauben. Es ist nicht ersichtlich, warum Karl Friedrich Michael in den Transport von jüdischen Frauen und Männern am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel eingeteilt wurde. Für einen Glaubensübertritt seiner Mutter vom Judentum zum Protestantismus haben wir keine Anhaltspunkte.

Wir wissen nicht, wann und aus welchem Grunde Karl Friedrich Michael nach Hamburg kam und ob er hier allein lebte. Im Mai 1931 kam er mit der Polizei in Konflikt, als er mit einer Gruppe junger Leute auf der Wiese des Bornparks lagerte und spielende Kinder belästigte. Die Gruppe folgte der Aufforderung des herbeigerufenen Polizeibeamten, die Wiese zu verlassen. Nur Karl Friedrich weigerte sich. Er versuchte, sich von dem Polizisten, der ihn gewaltsam entfernen wollte, loszureißen und beschimpfte ihn mit derben Ausdrücken. Erst als Passanten beruhigend auf Karl Friedrich einredeten, folgte er dem Beamten zur Wache. Das Gericht verurteilte ihn am 21. Mai 1931 wegen Beamtenbeleidigung und Verstoßes gegen die Straßenordnung zu „zwei Wochen Gefängnis und zwei Wochen Haft“. Bei der Strafzumessung berücksichtigte das Gericht, dass Karl Friedrich als „offensichtlicher Psychopath“ als vermindert zurechnungsfähig anzusehen war. Es gewährte einen Strafaufschub bis zum 21. Mai 1934. Zwei Monate nach seiner Verurteilung, im Juli 1931, verwirkte Karl Friedrich diese Bewährungsfrist. Er war beim Betteln aufgegriffen worden und musste am 21. Juli 1931 seine Strafe antreten. Nach weniger als einem Monat, am 17. August 1931, kam er wieder frei. Danach muss es wieder zu Problemen mit der Polizei gekommen sein, denn Karl Friedrich wurde erneut in Untersuchungshaft genommen und am 3. November 1931 in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn eingewiesen. Weitere Einzelheiten über diese Inhaftierung wie auch über seinen Aufenthalt in Langenhorn sind nicht bekannt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Karl-Friedrich Michael. Auf seinem Geburts-

registereintrag wurde notiert, dass er am 2. Februar 1941 in Cholm verstorben sei. Das „Standesamt Cholm II (Generalgouvernement)“ hat den angeblich am 2. Februar 1941 eingetretenen Tod unter der Nr. 467/1941 registriert. Diese unwahren Angaben wurden verwendet, um die Mordaktion zu verschleiern.

Eine Adresse von Karl Friedrich Michael in Hamburg ist nicht bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönne, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht A10998/31 Karl Friedrich Michael; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Standesamt Mannheim, Geburtsregister Nr. 2744/1910 Karl Friedrich Michael.

■ **Lili Michelson,**  
**geb. am 10. 11. 1900 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Der Witwer Simon Arje Michelsohn, geboren am 22. November 1858 in Hamburg, heiratete am 25. Januar 1900 zum zweiten Mal. Seine erste Frau Adele, geborene Lilienfeld, geboren am 7. August 1859 in Hamburg, mit der er die Ehe 1888 eingegangen war, war am 24. Oktober 1898 gestorben. Aus dieser Ehe war Waldemar Michelsohn, geboren am 25. Januar 1891 in Hamburg, hervorgegangen. Simon Arje Michelsohn bekannte sich ebenso wie seine beiden Ehefrauen zum jüdischen Glauben.

Simon Arje Michelsohn führte im Jahr 1929 einen Beschluss des Amtsgerichts Hamburg herbei, mit dem sein Nachname von Michelsohn in Michelson geändert wurde. In der Folge führten auch seine Kinder aus der zweiten Ehe den Namen Michelson.

Mit seiner zweiten Ehefrau Margarethe, geborene Leeser, geboren am 18. Juni 1877 in Stadtoldendorf, bekam Simon Arje Michelson vier Kinder: Lili, geboren am 10. November 1900, Fritz, geboren am 2. August 1902, Hildegard Alice, geboren am 10. Januar 1904, und Erika, geboren am 24. Dezember 1907.

Simon Arje Michelson lebte zunächst von der Produktion von Malzextraktfabrikaten. Sein Unternehmen lag in der heute nicht mehr existierenden Brauerstraße 5 in der Hamburger Altstadt. Anscheinend gab er die Fabrik bald auf und lebte dann als Kaufmann von Handelsgeschäften, in fortgeschrittenem Alter als Handelsvertreter. Die Familie wohnte an

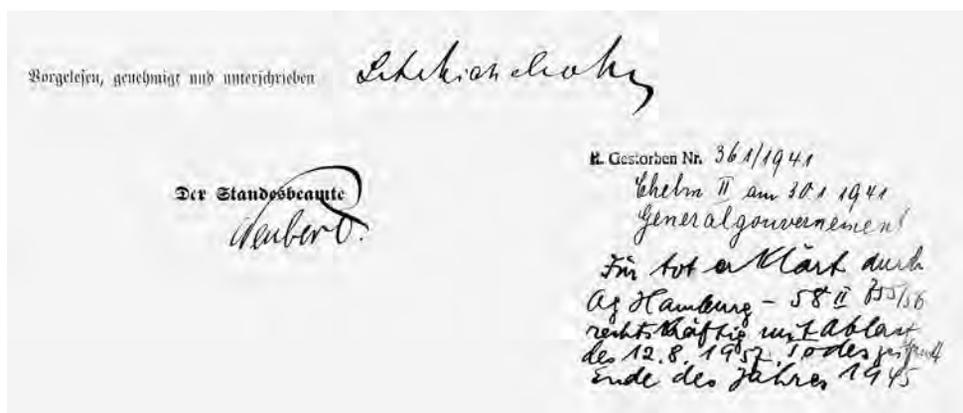
## Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A-Z

mehreren Adressen in St. Georg und Hammerbrook. Um die Jahrhundertwende zog sie in die Fröbelstraße 14 im Stadtteil Rotherbaum. Hier kam Lili Michelson am 10. November 1900 zur Welt.

Schon 1902 zog die Familie Michelson wieder nach St. Georg. Ab 1912 lebte Simon Arje mit seiner Familie in der Von-Essen-Straße 5 in Eilbek. Er starb am 10. November 1932 im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek. Seine Witwe Margarethe verließ Eilbek und bezog 1933 zusammen mit ihrem Sohn Fritz und ihrer Tochter Erika eine Wohnung in der Rothenbaumchaussee 99 im Stadtteil Rotherbaum. Zu dieser Zeit lebte Tochter Lili nicht mehr bei der Familie. Wir wissen nichts über ihre Kindheit, Jugend und eine eventuelle Berufsausbildung.

Lili Michelson wurde Ende 1924/Anfang 1925 in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen. Die Krankenakte ist nicht mehr auffindbar, sodass wir nichts über den Grund ihres Aufenthalts dort erfahren können. Von Friedrichsberg kam Lili am 18. Juli 1925 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn, in der sie bis 1940 blieb.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Lili Michelson. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So wurde auf Lili



Falsche Sterbenotiz auf Lili Michelsons Geburtsurkunde

StaH

Michelsons Geburtsregistereintrag notiert, dass sie am 30. Januar 1941 verstorben sei. Das „Standesamt Chelm II“ habe ihren Tod unter der Nummer 361/1941 registriert.

Auch Lili Michelsons Mutter Margarethe kam im Holocaust ums Leben. Ihre letzte Hamburger Adresse lautete Rutschbahn 25, ein sogenanntes Judenhaus. Sie wurde am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Dort kann sie ihre Schwester Antonie Leeser, geboren am 29. Januar 1882, getroffen haben, die vier Tage nach ihr, am 23. Juli 1942, von Hannover nach Theresienstadt deportiert wurde. Margarethe Michelson starb dort am 18. Oktober 1942, angeblich an Grippe. Antonie Leeser wurde am 12. Oktober 1944 nach Auschwitz weiter deportiert und kam wahrscheinlich dort ums Leben.

Lili Michelsons Schwester Hildegard flüchtete nach Frankreich und wurde in dem 20 km nordöstlich von Paris gelegenen Sammel- und Durchgangslager Drancy interniert. Von dort wurde sie am 28. Oktober 1943 nach Auschwitz deportiert und ermordet.

Fritz Michelson starb am 21. Februar 1942 im Versorgungsheim Oberaltenallee. Er lebte bis dahin bei seinen Eltern bzw. bei seiner Mutter. Bei der Jüdischen Gemeinde galt er als leidend und war mittellos. Es kann als sicher angenommen werden, dass er erst nach dem 23. September 1940 im Versorgungsheim aufgenommen wurde, weil er sonst dem Todestransport vom 23. September 1940 zugeordnet worden wäre.

Erika Michelson (Künstlername Milee), die sich zur Tänzerin und Gymnastiklehrerin hatte ausbilden lassen, emigrierte im Oktober 1939 über Italien und Portugal nach Paraguay. Trotz der Ermordung ihrer Mutter und Schwestern während der Zeit des Nationalsozialismus kam Erika Milee 1959 in ihre Geburtsstadt zurück. In einem eigenen Tanzstudio bot sie fortan klassischen und modernen Tanz, Folklore, Jazztanz und Gymnastik an. 1976/77 gründete sie gemeinsam mit anderen den Kreis Hamburger Ballettfreunde und hatte bis zu ihrem Tod im Juni 1996 dessen Ehrenvorsitz inne.

Das Schicksal von Waldemar Michelsohn, Simon Arjes Sohn aus der ersten Ehe, liegt im Dunkeln.

An Lili Michelson soll ein Stolperstein in Hamburg-Eilbek, von-Essen-Straße 5, erinnern.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 3; 4; 5; 7; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 428 Sterberegister Nr. 1930/1898 Adele Michelsohn, 2245 Geburtsregister Nr. 279/1891 Waldemar Michelsohn, 2731 Heiratsregister Nr. 1609/1888 Simon Arje Michelson und Adele Lilienfeld, 7139 Sterberegister Nr. 1227/1932 Simon Arje Michelson, 7256 Sterberegister Nr. 187/1942 Fritz Michelson, 8602 Heiratsregister Nr. 16/1900 Simon Arje Michelsohn und Margarethe Leeser, 13277 Geburtsregister Nr. 2631/1900 Lili Michelson, 13817 Geburtsregister Nr. 1587 Fritz Michelson, 14223 Geburtsregister Nr. 106/1904 Hildegard Alice Michelson; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Lili Michelson der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Landkreis Holzminden, Innerer Service, Geburtsregister Stadtoldendorf Nr. 56/1877 Margarethe Leeser, Nr. 10/1882 Antonie Leeser.

## ■ Martin Moses,

**geb. am 9. 7. 1891 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Martin Moses, geboren am 9. Juli 1891 in Hamburg, war das sechste von zehn Kindern der jüdischen Eheleute Joseph Moses und Jenni, geborene Levi. Joseph Moses betrieb bis etwa 1886 eine Gastwirtschaft, danach arbeitete er als Händler. Die Familie wohnte immer in der Hamburger Neustadt, in der 2. Elbstraße, in der Schlachterstraße und ab 1892 bis etwa 1904 in der Straße Bei den Hütten 109, zuletzt Hütten 109 genannt.

Die Geschwister von Martin hießen Max, geboren am 28. Juni 1884, Iwan, geboren am 4. Oktober 1888, Hanna, geboren am 27. März 1896, Salo, geboren am 30. Juni 1901. Fünf weitere Kinder starben als Säuglinge. Ihr Vater Joseph Moses starb am 16. April 1904 im Israelitischen Krankenhaus im Alter von 54 Jahren.

Über Martin Moses' Kindheit, Schulzeit, Jugend und eine eventuelle Berufsausbildung ist uns nichts bekannt. Mit achtzehn Jahren wurde er 1909/10 Patient der „Irrenanstalt Friedrichsberg“. Von dort kam Martin Moses in die ehemaligen Alsterdorfer Anstalten und wurde wenig später, im September 1910, in der „Irrenanstalt Langenhorn“ aufgenommen.

Auf der Grundlage eines Abkommens der Hansestädte Lübeck und Hamburg von 1927 kam Martin Moses am 3. Oktober 1930 von Langenhorn in die Heilanstalt Strecknitz. Dort blieb er, bis die „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 eine Sonderaktion vorbereitete. Das Reichsinnenministerium ordnete an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Martin Moses traf am 16. September 1940 in Langenhorn ein und wurde zusammen mit den anderen jüdischen Menschen am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert. In dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses wurden die Menschen noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid ermordet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) verstorben seien. Auf Martin Moses' Geburtsregistereintrag wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 457/1941 registriert hat. Die in Brandenburg Ermordeten waren nie in Chelm oder Cholm, einer Stadt östlich von Lublin.

Die Schicksale von Martins Mutter und seinen Geschwistern sind nur bruchstückhaft überliefert. Ob Jenni Moses nach dem Tod ihres Ehemannes Hamburg verlassen hat, ist nicht sicher. Auch über Hanna Moses haben wir keine Informationen. Auf Max Moses' Geburtsregistereintrag ist vermerkt, dass er am 8. Dezember 1951 in Mannheim verstorben ist.

Iwan Moses hatte den Beruf des Buchbinders ergriffen. Er heiratete am 27. Oktober 1910 Luise Martha Kracht, geboren am 22. Januar 1890 in Bielefeld. Die Ehe blieb kinderlos und wurde im Juli 1921 geschieden. Iwan Moses ging eine zweite Ehe mit Rifka (Riwka) Grünberg ein. Zwei ihrer drei Kinder sollen mit einem der Kindertransporte rechtzeitig nach England geflüchtet sein. Iwan und Rifka sowie ihr drittes Kind Ruth, geboren am 1. Mai 1925, wohnten zuletzt in der Grindelallee 116. Dort erhielten sie den Befehl zur Deportation nach Minsk am 8. November 1941. Für Iwan, Rifka und Ruth Moses liegen Stolpersteine in der Grindelallee 116 (s. Biografie unter [www.hamburg-stolpersteine.de](http://www.hamburg-stolpersteine.de)).

Salo Moses heiratete die am 24. Oktober 1903 in Hamburg geborene Matilde Cohen. Das Ehepaar bekam zwei Töchter, Alice, geboren am 12. März 1926, und Edith, geboren am 6. September 1932. Die Familie emigrierte im Juni 1937 in die Niederlande. Sie lebte zunächst in Den Haag und ab Januar 1939 in Amsterdam. Dort arbeitete Salo Moses als Vertreter und als Angestellter im Büro des Judenrats.

Am 3. September 1942 wurde die Familie in Westerbork interniert und von dort am 4. September 1942 nach Auschwitz deportiert. Dort wurden Matilde und Alice Moses am 7. September 1942, Salo Moses am 31. März 1944 und Edith an einem nicht bekannten Tag ermordet. Für diese vier Menschen liegen Stolpersteine in der Grindelallee 129 in Hamburg-Rotherbaum. Für Martin Moses soll ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 38 (vormals Schlachterstraße 7/8), gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 135-1\_IV Staatliche Pressestelle 3062 Strecknitz Vertrag, 314-15 Oberfinanzpräsident FVg 5554 Abraham Leers wegen Iwan Moses; 332-5 Standesämter 204 Sterberegister Nr. 1592/1886 Isidor Moses, 229 Sterberegister Nr. 3919/1887 Louis Moses, 274 Sterberegister Nr. 585/1890 Adolph Moses, 378 Sterberegister Nr. 860/1895 Hanna Moses, 535 Sterberegister Nr. 531/1904 Joseph Moses, 2080 Geburtsregister Nr. 3017/1884 Max Moses, 2104 Geburtsregister Nr. 3428/1885 Isidor Moses, 2152 Geburtsregister Nr. 2333/1887 Louis Moses, 2181 Geburtsregister Nr. 4755/1888 Iwan Moses, 2204 Geburtsregister Nr. 4784 Adolph Moses, 2258 Geburtsregister Nr. 3156/1891 Martin Moses, 2369 Geburtsregister Nr. 228/1895 Hanna Moses, 2401 Geburtsregister Nr. 1163 Hanna Moses, 2666 Heiratsregister Nr. 33/1884 Joseph Moses/Jenni Levy, 3173 Heiratsregister Nr. 635/1911 Iwan Moses/Luise Martha Kracht, 8778 Heiratsregister Nr. 130/1923 Iwan Moses, Rifka Becky Grünberg, 8798 Heiratsregister Nr. 147/1925 Salo Moses/Matilde Cohen, 13560 Geburtsregister Nr. 1756/1901 Salo Moses, 13715 Geburtsregister Nr. 3052 James Moses, 14010 Geburtsregister Nr. 2756/1903 Matilde Cohen; 332-8 Meldewesen (Alte Einwohnermeldekartei 1892–1925); 351-11 Amt für Wiedergutmachung 38212 Lotte Degner nach Salo Moses; 311-3\_I Finanzbehörde I Abl. 1959\_302-1-8\_106 Strecknitz Vertrag; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Martin Moses der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Kamp Westerbork, Archiv, Auskunft per email von José Martin zur Familie von Salo Moses vom 8. 8. 2016; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig.

■ **Anton Müller,**

**geb. am 1. 7. 1908 in Wiesbaden, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Anton Müllers Eltern ließen sich 1915 in Hamburg nieder. Seine Mutter Emma, geborene Singer, geboren am 18. Oktober 1878, stammte aus Obererlenbach, heute ein Stadtteil von Bad Homburg. Bis zu ihrer Heirat 1896 mit dem zehn Jahre älteren Adolf Müller, geboren am 17. April 1868 in Limbach bei Chemnitz, lebte sie bei ihren Eltern in Wiesbaden in der Ober-Erlenbogengasse.

In Wiesbaden kam am 12. Juni 1897 als ältestes Kind Erna zur Welt, dann folgten Hertha am 25. Oktober 1898 und Anton am 1. Juli 1908. Etwa um 1912 zog die Familie Müller nach Hollerich/Luxemburg. Kurz nach der Geburt von Kurt am 6. Juni 1913 erfolgte die Übersiedlung nach Hamburg-St. Pauli in die Jägerstraße 52 (heute Wohlwillstraße). Unter dieser Adresse betrieb Adolf Müller einen Handel für „Warenhausartikel“ bzw. einen Großhandel für Korbmöbel. Durch den Ersten Weltkrieg hatte er viel Geld im Ausland verloren. Er litt unter schweren Depressionen und setzte seinem Leben am 6. Mai 1923 ein Ende. Der Eintrag „Emma Müller, Jägerstraße 52, Vertreterin“ im Hamburger Fernsprechbuch von 1931 kann darauf hindeuten, dass Adolf Müllers Witwe nun den Lebensunterhalt der Familie als „Abonentensammlerin“ verdiente. Zum Familieneinkommen trug auch die Untervermietung von zwei Zimmern an ein junges Ehepaar mit einem Kind bei.

Anton Müller beendete zu Ostern 1923 seine Schulausbildung in der Wahnschaffschen Privatschule in der Alten Rabenstraße im Stadtteil Rotherbaum. Sein Abschlusszeugnis enthielt durchschnittliche Zensuren. Er wollte einen Beruf erlernen, musste aber mehrere Lehrstellen wieder verlassen, weil die Lehrherren seine Anfälle von Jähzorn nicht tolerierten. 1924/1925 besuchte er die Allgemeine Fortbildungsschule in der Fuhrentwiete 34 in der Neustadt. Schließlich arbeitete er eine Zeitlang als Bote. Während dieser Zeit lebte Anton Müller im Haushalt seiner Mutter.

Im Juni 1926 fiel Anton Müller der Polizei auf, als er exhibitionistische Handlungen gegenüber einem Jungen beging. Er wurde nun ein Fall für die Öffentliche Jugendfürsorge, die ihn im August 1926 in die Erziehungsanstalt für Knaben in Ohlsdorf, Alsterdorfer Straße 502, einwies. Dort entwickelte sich der schwächliche Anton Müller so positiv, dass er im Juni 1927 probeweise auf einen Bauernhof in Wunstorf gegeben wurde. Doch nach wenigen Wochen musste der Versuch abgebrochen werden. Es folgten verschiedene Arbeitsstellen auf Bauernhöfen, von denen er sich öfter entfernte und wo er wegen seines Jähzorns nicht verträglich mit anderen arbeiten konnte. Schließlich kam er auf das Gut Wulfsdorf. Dort versuchte die Stadt Hamburg, Jugendliche „nutzbringend und in erzieherisch günstigem Sinne“ in der Landwirtschaft zu beschäftigen.

Nachdem für Anton die Empfehlung ausgesprochen worden war, ihn zeitlebens in Anstaltsfürsorge unterzubringen, kam er Mitte 1928 in die Jugendfürsorgestelle Calmen-

hof bei Idstein (Rheingau/Hessen). Auch dort leistete er landwirtschaftliche Arbeit, überwiegend im Kuhstall. Die eher positiven Berichte über Antons Entwicklung standen im Widerspruch zu seinen eigenen Empfindungen. Am 6. November 1929, Anton war inzwischen volljährig, versuchte er sich das Leben zu nehmen. Einen Tag später wurde er in die geschlossene Anstalt Eichberg (unweit Eltville bei Wiesbaden) überstellt. Im Juni 1930 kam er wieder nach Hamburg. Er wurde in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg mit der Diagnose „angeborener Schwachsinn“ eingewiesen.

Der Mitte 1932 erneut unternommene Versuch, Anton bei einem Bauern arbeiten zu lassen, wurde nach wenigen Tagen abgebrochen. Trotz problematischer Diagnosen insbesondere wegen seines Jähzorns unternahm die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg nichts, um ihn wieder in die Anstalt zurückzuholen, sondern betrachtete ihn als entlassen. Anton Müller lebte nun bei seiner Mutter, die inzwischen in die Schanzenstraße 6 umgezogen war. Am 22 April 1933 erfolgte die erneute Einlieferung in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, diesmal mit einem Krankenwagen vom Stadthaus, der Hamburger Polizeizentrale. Wie Anton Müller selbst sagte, hatte er sich einem Mädchen unsittlich genähert, um wieder nach Friedrichsberg zu kommen.

Eine strafrechtliche Verurteilung kam nicht in Betracht, weil Anton Müller sich zum Zeitpunkt der Tat in einem Zustand „krankhafter Störung der Geistestätigkeit“ befand (Paragraf 51 Strafgesetzbuch alter Fassung). Unter Bezugnahme auf Paragraf 22 des Hamburger Verhältnisgesetzes, der eine Anstaltseinweisung durch die Polizei zum eigenen Schutz oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ermöglichte, wurde Anton Müller noch am selben Tag in die Staatskrankenanstalt Langenhorn überführt. Hier wurde ihm im Januar 1935 nahegelegt, seine Kastration zu beantragen, um aus seinen seelischen Nöten infolge des „überstarken Geschlechtstrieb[s]“ heraus zu kommen und sich dann „in der Freiheit wieder halten zu können“. Laut amtsärztlichem Gutachten vom 27. November 1934 sei die Kastration „unbedingt zu rechtfertigen, zumal ja im Hinblick auf die wiederholten ernsten Suicidversuche des Müller durch die Entfernung der Keimdrüsen die Möglichkeit gegeben ist, ernste Gefahren für das Leben und für die Gesundheit des Müller abzuwenden.“ Der Eingriff fand am 11. Januar 1935 im Hamburger Hafenkrankehaus statt.

Obwohl Anton Müller eine Entlassung aus der Anstalt nach dem Eingriff in Aussicht gestellt worden war, wurde er nicht wieder auf freien Fuß gesetzt, sondern blieb in den nächsten Jahren in Langenhorn, bis er am 9. Februar 1939 in die Heilanstalt Strecknitz in Lübeck überstellt wurde. Dorthin wurden aufgrund der überfüllten Hamburger Einrichtungen immer wieder Patientinnen und Patienten verlegt. Emma Müller konnte ihren Sohn noch mehrmals in Strecknitz besuchen. Ihr wurde auch genehmigt, Anton für einen kurzen Urlaub vom 7. bis zum 12. April 1939 nach Hause zu holen.

Am 16. September 1940 wurde Anton Müller zusammen mit anderen Frauen und Männern jüdischer Abstammung wieder in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn zurückverlegt. Die Rückführung der jüdischen Menschen aus Strecknitz nach Langenhorn

war Teil einer von der „Euthanasie“-Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4 und dem Reichsinnenministerium im April 1940 begonnenen reichsweiten Aktion. Das Reichsinnenministerium ordnete an, solche aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet, unter ihnen Anton Müller. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.



Anton Müller, 1930  
*UKE/IGEM*

Auf dem Geburtsregistereintrag von Anton Müller wurde wahrheitswidrig notiert, dass sein Tod am 4. Dezember 1940 eingetreten sei und das „Standesamt Chelm II“ ihn unter der Nummer 579/1940 registriert hat.

Auch Emma Müller, ihre Tochter Erna Cohn und deren Ehemann, der am 17. Juli 1900 in Altona geborene Pianist Egmont Max Cohn, kamen im Holocaust ums Leben. Emma Müller erhielt den Deportationsbefehl für den Transport am 8. November 1941 nach Minsk. Erna und Egmont Max Cohn wurden dem Transport vom 6. Dezember 1941 nach Riga zugewiesen. Ihr Sohn Walter Adolf Cohn, geboren am 16. Juni 1924 überlebte in England. Wahrscheinlich hatte er Deutschland rechtzeitig mit einem der Kindertransporte verlassen.

Kurt Müller, Emma Müllers jüngerer Sohn, überlebte. Er ließ sich nach seiner Emigration in den USA nieder.

Emma Müllers jüngste Tochter Hertha heiratete den am 1. September 1899 in Hamburg geborenen Siegbert Gumpel. Das Ehepaar siedelte sich 1932 in Berlin an. Mit seinem Sohn Werner, geboren am 5. September 1923 in Hamburg, überlebte die Familie in Ecu-

ador. Siegbert Gumpel remigrierte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Er starb am 16. Februar 1969 in Berlin.

Für Emma Müller liegt ein Stolperstein in der Otzenstraße 3 (früher Paulstraße 3) im Stadtteil St. Pauli. Hier sollen auch Stolpersteine an Anton Müller, seine Schwester Erna Cohn und deren Ehemann Edmund Cohn erinnern.

*Susanne Rosendahl/Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 6; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 5351 Sterberegister Nr. 787/1923 Adolf Müller, 13460 Geburtsregister Nr. 2070 Siegbert Gumpel; 332-8 Meldewesen (Alte Einwohnermeldekartei 1892–1925), 351-11 Amt für Wiedergutmachung 3805 Emma Müller, 6613 Kurt Müller, 181078 Emma Müller; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn, Abl. 1/1995, 20285 Anton Müller; Standesamt Wiesbaden, Geburtsregister Nr. 1277/1908 Anton Müller; Stadtarchiv Bad Homburg, Geburtsregister Obererlenbach Nr. 18/1878 Emma Singer; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Anton Müller der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; IMGWF Lübeck, Patientenakte Anton Müller der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; Stadt Ahrensburg (Hrsg.), 750 Jahre Wulfsdorf, Ahrensburg 1988.

### ■ **Carl Hertz Müller,**

**geb. am 11. 8. 1891 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Carl Hertz Müller war eines von neun Kindern des jüdischen Ehepaares Siegmund Müller und Emilie, geborene Haarburger. Die Eheleute, beide gebürtige Hamburger, hatten am 16. Januar 1885 geheiratet. Siegmund Müller verdiente wie sein Vater seinen Lebensunterhalt als Zigarrenarbeiter. Emilie Haarburger lebte bis zu ihrer Heirat bei den Eltern. Ihr Vater war Friedhofsaufseher, laut Hamburger Adressbuch „Inspector d. israelit. Begräbnisplatzes“. Schon ein Jahr nach der Heirat wandte sich auch Siegmund Müller der Verwaltung des Jüdischen Friedhofes zu. Seine Berufsbezeichnung lautete nun Friedhofsverwalter oder Friedhofsaufseher.

Die Familie wohnte in der Fuhlsbüttler Straße 605 im Hamburger Stadtteil Ohlsdorf unweit des Jüdischen Friedhofs an der Ilandkoppel. Hier kamen alle neun Kinder zur Welt: Ernst Aron Müller, geboren am 3. Februar 1886, Alice Mathilde Müller, geboren am 18. Februar 1887, Jeanette Hedwig Müller, geboren am 22. Februar 1888, Gertrud Flora Müller, geboren am 4. Mai 1889, Margaretha Emmi Müller, geboren am 27. Juni 1890, Carl Hertz Müller, geboren am 11. August 1891, Hans Josef Müller, geboren am 2. Januar 1893,

Paul Edgar Müller, geboren am 27. Mai 1894, Willi Leopold Müller, geboren am 5. Oktober 1897.

Über die Kindheit und Jugend von Carl Hertz Müller ist wenig überliefert. Wir wissen nur, dass er als Gelegenheitsarbeiter auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf von 1920 bis Januar 1938 Kultussteuern an die Jüdische Gemeinde zahlte. Bei seinem Eintritt in die Jüdische Gemeinde im Jahr 1920 wohnte er nicht mehr bei seinen Eltern, sondern zur Untermiete in der Fuhlsbüttler Straße 145.

Carl Hertz' Vater starb am 7. Juli 1923, seine Mutter vierzehn Jahre später am 9. Dezember 1937. Einen Monat darauf, am 14. Januar 1938, wurde Carl Hertz Müller in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen. Der Grund hierfür ist nicht bekannt. Seine Patienten-Karteikarte enthält nur seine Patientenummer und als Berufsstand „Arbeiter“. Von Friedrichsberg kam Carl Hertz Müller am 25. Januar 1938 in das Versorgungsheim Farmsen.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Sonderaktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Carl Hertz Müller am 20. September in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Auch Carl Hertz Müller war unter ihnen. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Drei weitere Geschwister von Carl Hertz kamen im Holocaust ums Leben.

Alice Mathilde Müller hatte am 22. Dezember 1907 den Geschäftsführer Heinrich Sochaczewski geheiratet. Er war am 1. September 1869 in Breslau als Sohn jüdischer Eltern geboren worden. Aus dieser Ehe gingen zwei Töchter sowie der am 16. Februar 1914 geborene Sohn Werner hervor. Heinrich Sochaczewski starb am 5. August 1929. 1938 bekam Alice Sochaczewski eine Wohnung im Lazarus Gumpel Stift in der Schlachterstraße 47. Kurze Zeit später gelang beiden Töchtern die Flucht ins Ausland, sodass sie die NS-Zeit überlebten. In dem Wohnstift lebte auch der Witwer Leopold Graff, geboren am 23. August 1874 in Altona. Mit ihm ging Alice Sochaczewski 1939 eine zweite Ehe ein. Ihr neuer Ehemann war wie Alice verwitwet. Alice und Leopold Graff bekamen eine Wohnung in der Schlachterstraße 47 Haus 6 in der Hamburger Neustadt. Werner, Alices Sohn aus der ersten Ehe, lebte zeitweise bei ihnen in der Wohnung. Dort erhielt das Ehepaar den Befehl, sich zur „Evakuierung“ im Logengebäude in der Moorweidenstraße einzufinden. Alice Mathilde und Leopold Graff wurden am 18. November 1941 mit einem Transport von 407 Menschen nach Minsk verschleppt. Werner Sochaczewski war bereits mit dem

ersten Transport am 8. November 1941 nach Minsk deportiert worden. Alle drei wurden ermordet. Für sie liegen Stolpersteine in der Neustadt, Großneumarkt 38 (s. [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)).

Hans Josef Müller hatte den Beruf des Friseurs ergriffen. Nach Haftzeiten in den Zuchthäusern Bremen-Oslebshausen und Hamburg-Fuhlsbüttel wurde er am 10. Dezember 1942 nach Auschwitz deportiert und dort am 6. Januar 1943 ermordet. Als Todesursache wurde „Herz- und Kreislaufschwäche“ angegeben.

Gertrud Flora Müller heiratete am 28. Februar 1909 den am 17. September 1882 geborenen evangelischen Nikolaus Konrad Horn, Sohn eines Zigarrenarbeiters und von Beruf Kontorist. Aus dieser 1921 geschiedenen Ehe entstammte die Tochter Margarethe Emilie. Gertrud heiratete 1923 erneut. Sie hieß nun Gertrud Flora Dawartz und wurde nach der Ausbombung 1943 mit ihrem Mann von Hamburg nach Regensburg evakuiert. Die Regensburger Gendarmerie nahm sie am 2. Dezember 1943 aufgrund einer Denunziation in Haft und hielt sie fast fünf Monate im Untersuchungsgefängnis Regensburg fest. Von dort wurde sie am 24. April 1943 nach Auschwitz deportiert und starb angeblich am 12. August 1944. Sie wurde vom Amtsgericht Parsberg, einer Stadt im Oberpfälzer Landkreis Neumarkt, auf den 31. Dezember 1945 für tot erklärt. Ihrer Tochter war rechtzeitig die Flucht ins Ausland gelungen.

Paul Edgar Müller hatte die Oberrealschule in Hamburg-Eppendorf bis zur Quarta und anschließend die Talmud Tora Realschule bis zur Prima besucht. Danach erlernte er den Beruf des Kaufmanns und arbeitete anschließend als kaufmännischer Angestellter bei seiner Lehrfirma Erich Eduard Bintz, Agentur und Commission, Ferdinandstraße 29. Ab Mai 1915 bis Kriegsende leistete er Militärdienst als Infanterist. 1925 gründete er das Unternehmen „Paul Edgar Müller & Co., Hausmakelei und Versicherungen“. 1937 wurde ihm die Leitung seiner Firma entzogen. Er konnte die Miete für seine Wohnung in der Rothenbaumchaussee 60 nicht mehr aufbringen und fand nach langem Suchen eine andere in der Hammer Landstraße 233. Wegen des Verdachts „Geldschmuggel ins Ausland“ wurde er verhaftet, konnte den Vorwurf aber widerlegen und wurde wieder frei gelassen. Daraufhin floh er in die USA.

Willi Leopold Müller heiratete 1926 die Nichtjüdin Minna Ida Kock. Das Ehepaar bekam am 6. April 1928 die Tochter Hildegard Karoline. Sie wurde nichtjüdisch erzogen, Willi Leopold lebte in „privilegierter Mischehe“. Er wurde jedoch „infolge nichtarischer Abstammung“ am 9. Oktober 1935 „mit Gehaltszahlung bis Juni 1936“ nach vierzehnjähriger Tätigkeit aus seiner Stellung als Krankenpfleger in der Staatskrankenanstalt Langenhorn entlassen.

Ab Juni 1939 wurde Willi Leopold Müller durch die beim Arbeitsamt eingerichtete Vermittlungsstelle für Juden zwangsverpflichtet, sogenannte Unterstützungsarbeit zu leisten. Bis 1945 musste er bei fünf verschiedenen Firmen körperlich schwer arbeiten, wurde aber nicht deportiert. Er, seine Ehefrau Minna Ida und seine Tochter Hildegard mussten

Ende 1943 in das „Judenhaus“ Dillstraße 15 ziehen. Willi Leopold überlebte die NS-Zeit. Er starb 1964 in Hamburg.

Margaretha Emmi Müller heiratete am 30. August 1912 den am 30. November 1881 in Hamburg geborenen, evangelisch-lutherischen Handlungsgehilfen Martin Anton Gach. Das Ehepaar bekam am 17. September 1913 einen Sohn, Karl Siegmund. Ihr Sohn Karl Siegmund wurde nicht im jüdischen Sinne erzogen, sodass Margaretha Emmi Gach in sogenannter privilegierter Mischehe lebte und dadurch zunächst vor einer Deportation geschützt war. Ab Anfang 1945 galt auch dieser relative Schutz nicht mehr. Margaretha Emmi Gach wurde am 14. Februar 1945 mit dem letzten Transport aus Hamburg zusammen mit weiteren 193 jüdischen Menschen nach Theresienstadt deportiert. Am 5. Mai 1945 übergab die SS dem IKRK die Verantwortung für Theresienstadt. Am 8. Mai 1945 traf die Rote Armee dort ein. Margaretha Emmi Gach überlebte die Gefangenschaft und kehrte nach Hamburg zurück. Ihr Ehemann starb am 29. Juni 1966 im Alter von 84 Jahren. Sie selbst verschied am 8. Mai 1976.

Jeanette Hedwig Müller heiratete am 5. April 1910 den Hamburger Kommis (Handlungsgehilfen) Hugo Ludwig Kauffmann. Dem Umstand, dass ihr Ehemann der evangelisch-lutherischen Konfession angehörte, dürfte es zu verdanken sein, dass sie die NS-Zeit überlebte. Sie starb am 15. Juli 1963 in ihrer Geburtsstadt.

Ernst Aron Müller wurde Buchhalter. Er wanderte Anfang des 20. Jahrhunderts in die USA aus, wo er eine Familie gründete. Dort starb er 1963.

Für Carl Hertz Müller ist ein Stolperstein in Hamburg-Ohlsdorf, Fuhlsbüttler Straße 605 vorgesehen.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 332-5 Standesämter 952 Sterberegister Nr. 469/1929 Heinrich Sochaczewski, 1070 Sterberegister Nr. 462/1937 Emilie Müller 2009 Geburtsregister Nr. 5313 Martin Anton Gach, 3089 Heiratsregister Nr. 844/1907 Alice Müller/Heinrich Sochaczewski, 6469 Geburtsregister Nr. 74/1909 Gertrud Flora Müller/Nikolaus Konrad Horn, 6475 Heiratsregister Nr. 187/1910 Ludwig Hugo Kauffmann/Jeanette Hedwig Müller, 7035 Sterberegister Nr. 898/1923 Siegmund Müller, 8517 Heiratsregister Nr. 36/1885 Siegmund Müller/Emilie Haarburger, 9507 Geburtsregister Nr. 12/1886 Ernst Aaron; 9507 Geburtsregister Nr. 23/1887 Alice Mathilde, 9508 Geburtsregister Nr. 15/1888 Jeanette Hedwig, 9508 Geburtsregister Nr. 49/1889 Gertrud Flora, 9509 Geburtsregister Nr. 64/1890 Margaretha Emmi, 9509 Geburtsregister Nr. 92/1891 Carl Hertz Müller, 9510 Geburtsregister Nr. 3/1897 Hans Josef Müller, 9511 Geburtsregister Nr. 70/1894 Paul Edgar Müller, 9549 Heiratsregister Nr. 40/1912 Müller Margarethe/Gach Martin, 10158 Sterberegister Nr. 807/1964 Willi Leopold Müller, 13228 Geburtsregister Nr. 141/1899 Willi Leopold Müller; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 16838 Paul Edgar Müller, 22011 Willi Leopold Müller; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 522-1 Jüdische Gemeinden 992 e 2 Bd. 2, Bd. 3, Bd. 5 Deportationslisten; 731-1 (Handschriften-

sammlung) Markgraf, Aus der Geschichte des Pflegeheims Farmsen, Dokument 23; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Carl Hertz Müller der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadtarchiv Norderstedt, Heiratsregister Garstedt, Nr. 14/1926 Willi Leopold Müller/Minna Ida Kock; Copy of 1.1.2.1/603621 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen, Auszug aus dem Sterbezweibuch des Standesamtes Auschwitz; Copy of 1.2.2.1/11759239 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen, Auszug aus dem Gefangenenbuch des Landgerichtsgefängnisses Regensburg; Copy of 1.2.2.1/11767626 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen, Karteikarte des Gerichtsgefängnisses Regensburg; Copy of 1.1.42.2/5027765 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen, Kartei Getto Theresienstadt; Copy of 6.3.3.2/102139646 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen, Korrespondenzakte T/D – 571 415; Copy of 6.3.3.2/102139647 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen Korrespondenzakte T/D – 571 415; Copy of 6.3.3.2/102139648 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen Korrespondenzakte T/D – 571 415; Copy of 6.3.3.2/102139650 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen Korrespondenzakte T/D – 571 415; Copy of 1.1.2.1/603621 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen, Auszug aus dem Sterbezweibuch des Standesamtes Auschwitz wegen Hans Müller; Copy of 1.2.2.1/11688044, 11688058, 11688059 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen, Listenmaterial Gruppe PP; Brunotte, Sabine, schriftliche Auskunft, E-Mail vom 28. August 2016.

## ■ Julius Nehemias,

**geb. am 24. 1. 1895 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Julius Nehemias kam als das jüngste von drei Kindern der sich zum jüdischen Glauben bekennenden Eltern Bernhard Nehemias und Johanna, geborene Rothgießer, am 24. Januar 1895 in Hamburg-Harvestehude, Grindelberg 41, zur Welt. Seine älteste Schwester, Marianne Martha, war am 2. März 1889, die zweite Schwester, Julchen Jenny, war am 29. Januar 1890 geboren worden, beide in Billwerder-Ausschlag, Billhorner Röhrendamm 2/4.

Die gebürtigen Hamburger Bernhard und Johanna Nehemias hatten am 5. Juni 1888 geheiratet. Bernhard Nehemias handelte um 1888 mit Herrengarderoben. Zu dieser Zeit finden sich im Hamburger Adressbuch mehrere im Kleiderhandel tätige Geschäfte mit dem Namen Nehemias. Anscheinend waren die Inhaber verwandtschaftlich verbunden. Wie viele andere jüdische Familien in dieser Zeit zog auch Familie Nehemias 1893 in das neu entstandene Grindelviertel. Als Julius Nehemias 1895 in der Straße Grindelberg 41 zur Welt kam, nannte sich sein Vater nicht mehr Kleiderhändler, sondern „Agent“ (Vertreter). Ab etwa 1902 wohnte die nun fünfköpfige Familie in der Gärtnerstraße 121 im Stadtteil Hoheluft-West. Bernhard Nehemias arbeitete jetzt als Reisender (Handelsvertreter). Nach weiteren Wohnungswechseln in die Hoheluftchaussee 82 (Stadtteil Hoheluft-Ost) und den Krohnskamp 5 (Stadtteil Winterhude) fand die Familie Nehemias laut Hamburger Adressbuch 1917 oder 1918 schließlich für viele Jahre eine Wohnung in der Dorotheenstraße 59 in Hamburg-Winterhude.

Julius Nehemias war zwischen 1911 und 1916 dreimal Patient der „Irrenanstalt Friedrichsberg“. Vermutlich litt er an einer psychischen Krankheit. Am 3. Juni 1916 wurde er in der „Irrenanstalt Langenhorn“ aufgenommen und am 31. Dezember desselben Jahres wieder entlassen. 1919 befand sich Julius erneut zweimal in Friedrichsberg und anschließend ab 4. Februar 1920 wieder in Langenhorn, diesmal für etwa sieben Monate. Es folgten weitere Krankenhausaufenthalte in Friedrichsberg in den Jahren 1923 und 1925 und schließlich am 1. April 1926 die dauerhafte Aufnahme in der nach dem Ersten Weltkrieg in „Staatskrankenanstalt“ umbenannten Langenhorner Einrichtung.

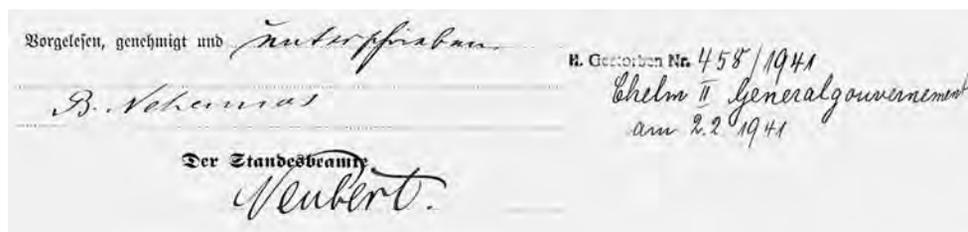
Julius' Vater fiel es mit zunehmendem Alter immer schwerer, den Unterhalt für seine Familie sicherzustellen. Im Frühsommer 1925 musste er Fürsorgeunterstützung beantragen. In dem Bericht des Fürsorgers heißt es: „Herr N. ist schon 70 Jahre alt, er verdient kümmerlich seinen Lebensunterhalt durch Verkauf von Schokoladen, seine Frau ist schon jahrelang ohrenleidend, ausserdem hat er noch einen Sohn, der keine Stellung hat, er ist nervenleidend und bezieht 8.– M. Unterstützung vom W.A. [Wohlfahrtsamt]. Ausserdem wohnt seine Tochter mit dem Sohn bei ihm.[...] Es sind wirklich trostlose wirtschaftliche Verhältnisse bei Nehemias.“

Julchen Jenny Nehemias, Julius' Schwester, hatte am 7. Oktober 1910 den „Correspondenten“ Johann Hamm aus Rothau in Böhmen geheiratet und mit ihm den Sohn Werner bekommen. Die Ehe wurde im Juli 1913 geschieden. Julchen Jenny erhielt zwar Unterhalt vom Vater ihres Sohnes, musste aber für ihren eigenen Unterhalt sorgen. Als sie ihre Stelle im Studentenheim am Grindelhof wegen Arbeitsmangels verlor, zog sie bei ihren Eltern ein, die bereits Julius' Zimmer an einen Untermieter abgegeben hatten. Die Wohnverhältnisse waren sehr beengt. Julius musste in den Zeiten, in denen er nicht im Krankenhaus war, auf einer alten Matratze auf dem Boden schlafen.

Am 13. November 1925 starb Bernhard Nehemias im Israelitischen Krankenhaus an den Folgen eines Schlaganfalls. Nun versuchte seine Witwe Johanna, die Familie, nämlich ihre Tochter Julchen Jenny, das Enkelkind Werner und zeitweise ihren Sohn Julius, „über Wasser“ zu halten. 1929 zog sie in eine kleinere Wohnung in der Schinkelstraße 13 in Winterhude. Bei ihr entwickelte sich ein Nierenleiden, das sie stark beeinträchtigte. Nach dem Tod ihrer Tochter Jenny am 14. Dezember 1933 wechselte Johanna Nehemias zur Senkung der Mietkosten abermals die Wohnung. Sie wohnte nun in der Preystraße 4 in Winterhude und ab Januar 1939 in der Straße Sechslingspforte 16 in Hamburg-Hohenfelde. Sie war völlig abhängig von der Unterstützung durch ihren Enkelsohn Werner, der all die Jahre bei ihr wohnte.

Wir wissen nicht, ob der in der Staatskrankenanstalt Langenhorn lebende Julius Nehemias Kontakt zu seiner Familie, insbesondere zu seiner Mutter hatte. Seine Patientenakte, die darüber hätte Auskunft geben können, existiert nicht mehr.

Julius Nehemias war bereits in Langenhorn, als das Reichsinnenministerium alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im



Falsche Sterbenotiz auf Julius Nehemias Geburtsurkunde

Stah

Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen und am 23. September 1940 in die angebliche Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel transportieren ließ. Noch am selben Tag wurden die Menschen, unter ihnen auch Julius Nehemias, in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung der Mordaktion erhielt Julius Nehemias’ Geburtsstandesamt falsche Angaben, nach denen er am 2. Februar 1941 gestorben sei und das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 458/1941 registriert hat.

Johanna Nehemias, eine 75 Jahre alte kranke Frau, erhielt den Deportationsbefehl für den Transport am 15. Juli 1942 nach Theresienstadt. Dort kam sie am 5. April 1943 ums Leben.

Über Marianne Martha Nehemias und ihren Neffen Werner Hamm finden sich keine Hinweise in den Gedenkbüchern und Opferdatenbanken.

An Julius und Johanna Nehemias erinnern Stolpersteine in der Dorotheenstraße 59 in Winterhude.

Ingo Wille

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; 9; Stah 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 898 Sterberegister Nr. 456/1925 Bernhard Nehemias, 2210 Geburtsregister Nr. 411/1889 Marianne Martha Nehemias, 2239 Geburtsregister Nr. 243/1890 Julchen Jenny Nehemias, 9108 Geburtsregister Nr. 168/1895 Julius Nehemias, 9538 Heiratsregister Nr. 510/1910 Julchen Jenny Nehemias/Johann Hamm, 9813 Sterberegister Nr. 582 1925 Recha Rothgiesser, 8535 Heiratsregister Nr. 510/1888 Bernhard Nehemias/Johanna Rothgiesser; 351-14 Arbeits- und Sozialfürsorge – Sonderakten 1615 Bernhard Nehemias; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Julius Nehemias der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

## ■ Esther Neukorn,

**geb. am 16. 3. 1886 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Esther Neukorns Geburtsurkunde aus dem Jahre 1886 weist ihre beiden Eltern als Eheleute jüdischen Glaubens aus. An der Rechtmäßigkeit dieser Ehe kamen von staatlicher Seite Zweifel auf. Die Ehe war rituell geschlossen worden und wurde deshalb von staatlicher Seite nicht anerkannt. Esther Neukorns Geburtsurkunde erhielt am 3. April 1900 folgende Ergänzung:

„Auf Anordnung des Amtsgerichts Hamburg wird berichtend vermerkt:

1. die Mutter des in der Eintragung bezeichneten Kindes ist nicht des Anzeigenden Ehefrau, die nach der vorgezeigten ‚Trauakte‘ zwischen ihr und dem Anzeigenden am 6. Februar 1871 geschlossene rituelle Ehe ist als ein rechtlich nicht in Betracht kommender Vorgang anzusehen.
2. dieselbe war zur Zeit des Geburtsfalles Händlerin und ihre Namen lauteten richtig: Beila, geb. Berkner, verw. Spitzel“.

Daraufhin schlossen der schon einmal verheiratete Salomon Neukorn und die verwitwete Beila Spitzel, geborene Berkner, am 6. April 1900 die Ehe auch vor einem staatlichen Standesbeamten. Am selben Tag erklärte Salomon Neukorn auf dem Standesamt, „Ich erkenne das nebenbezeichnete Kind mit Vornamen Esther [...] als das meinige an.“ Damit war Esther Neukorn ab dem 6. April 1900 auch formal das eheliche Kind des Handelsmannes Salomon Neukorn und seiner Ehefrau Beila.

Esther Neukorn hatte drei Schwestern: Anna Neukorn, geboren am 25. Juni 1877, Carolina Neukorn, geboren am 5. Mai 1879, und Maria Neukorn, geboren am 17. Oktober 1881. Salomon Neukorn legitimierte Maria und Carolina in gleicher Weise wie Esther. Die vierte Tochter, Anna, war 1879 im Alter von zwei Jahren gestorben. Damit stellte sich die Frage ihrer Legitimierung im Jahr 1900 nicht mehr.

Salomon und Beila Neukorn waren beide in Krakau zur Welt gekommen. Sie besaßen die österreichische Staatsangehörigkeit, als sie im November 1885 nach Hamburg einwanderten und in den nächsten acht Jahren im Keller des damaligen Hauses Herrengaben 91 in der Hamburger Neustadt wohnten. Laut Meldekarte aus dieser Zeit war Salomon Neukorn als Handelsmann tätig. Die Familie lebte danach an mehreren Stellen der Neustadt, zuletzt einige Jahre in der Straße Eichholz 48. Salomon Neukorn starb am 26. Mai 1904 im Alter von 71 Jahren.

Über die Kindheit und Jugend von Esther Neukorn und ihren Schwestern wissen wir nichts. Seit dem Jahre 1927 lebte Esther wahrscheinlich mehrere Jahre in der Staatskran-



Blick in die Straße Herrengaben (links)

*Bildarchiv Hamburg*

kenanstalt Friedrichsberg, bis sie Anfang 1935 in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt wurde. Von dort kam sie am 27. August 1939 auf das Gut Düssin in Mecklenburg, auf dem die Stadt Hamburg Menschen mit einer geistigen Behinderung oder psychischen Erkrankung mit landwirtschaftlichen Tätigkeiten beschäftigte. Neben Esther Neukorn arbeiteten dort eine weitere Frau und sechs Männer jüdischer Abstammung. Am 13./14. September 1940 wurden Esther Neukorn, ihre Leidensgenossin Alice Elkeles und die sechs jüdischen Männer in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zurückgebracht.

Einer, Richard Guth, war bereits am 28. August 1940 zurück nach Langenhorn gekommen (siehe dort).

Die Rückführung der jüdischen Patienten aus Düssin nach Langenhorn war Teil einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, und dem Reichsinnenministerium im April 1940 begonnenen reichsweiten Sonderaktion gegen Juden. Zunächst wurden alle jüdischen Patientinnen und Patienten aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil-



Stolperstein für Esther Neukorn

*Johannes Grossmann*

und Pflegeanstalt Hamburg–Langenhorn zusammengeführt. Sie wurden am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die angebliche Landes-Pflegeanstalt transportiert und dort in einem dafür umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid getötet. Esther Neukorn war unter ihnen. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So wurde in dem Geburtsregistereintrag von Esther Neukorn wahrheitswidrig notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 354/1941 registriert hat.

An Esther Neukorn erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Herrengraben 4, (früher Herrengraben 91).

Die Schicksale von Beila, Carolina und Maria Neukorn liegen im Dunkeln.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 6; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 69 Sterberegister Nr. 1811/1879 Neukorn Anna, 535 Sterberegister Nr. 720/1904 Neukorn Salomon, 1907 Geburtsregister Nr. 2476/1877 Falck Julius, 1909 Geburtsregister Nr. 3035/1877 Neukorn Anna, 1954 Geburtsregister Nr. 2234/1879 Neukorn Carolina, 2008 Geburtsregister Nr. 4929/1881 Neukorn Maria, 2125 Geburtsregister Nr. 1424/1886 Esther Neukorn, 2943 Heiratsregister Nr. 265/1900 Neukorn Salomon/Spitzel Beila, 3087 Heiratsregister Nr. 372/1990 Falck Julius/Neukorn Carolina, 8137 Sterberegister Nr. 130/1936 Julius Falck; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Esther Neukorn der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

## ■ **Rosa Neumann,**

**geb. am 23. 12. 1903 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Die Geschwister Ursula und Werner Geistlich sowie ihre Halbschwester Rosa Neumann stammten aus einer kinderreichen Hamburger Arbeiterfamilie. Ihre Mutter Elcka (genannt Ella) war am 15. Juni 1884 in Kiel als Tochter des jüdischen Kaufmanns und Weinküfers Lewin Neumann und seiner Ehefrau Mathilde, geborene Lohde, zur Welt gekommen. Wann genau die Eltern Kiel verließen, ist nicht bekannt.

Als Ellas jüngerer Bruder Siegfried am 26. Januar 1900 geboren wurde, lebte die Familie bereits in Hamburg. Lewin Neumann betrieb am Großneumarkt in einer sogenannten Bude, die heute als Nachbau noch existiert, einen Obsthandel. Paul Geistlich, der Vater von Ursula und Werner, wurde am 19. Juli 1885 in Hagenow-Heide in Mecklenburg geboren und kam aus einem nichtjüdischen Elternhaus. Als sein Vater, der Eisenbahner Fried-

rich Johann Geistlich, bei einem Betriebsunfall starb, zog Paul Geistlich nach Beendigung seiner Schulzeit zu einer Tante nach Hamburg. 1906 wurde der Bäckergehilfe zur Marine eingezogen und in Kiel stationiert. Mit der „SMS Fürst Bismarck“ fuhr er bis nach China. Nach seiner Dienstzeit arbeitete er eine Zeitlang am Bau des Hamburger Elbtunnels mit und fuhr dann wieder zur See. Seit 1910 war er als Feuerwehrmann auf der Werft von Blohm & Voss beschäftigt. Kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges arbeitete Paul Geistlich als Schaueremann (Hafenarbeiter), bis er 1914 erneut zur Marine eingezogen wurde.

Das Ehepaar Ella und Paul Geistlich heiratete am 14. Dezember 1912 und bekam zwischen 1913 und 1926 neun Kinder. Mit Ellas vorehelich geborener Tochter Rosa, deren Vater nicht bekannt ist, und ihrem 1908 in Kiel geborenen Sohn Max Wysocki aus ihrer ersten Ehe mit Casimir Leo Wysocki waren zeitweise elf Kinder zu ernähren. Zwei Schwestern, Margot Paula, geboren 1917, und Carmen Ruth, geboren 1921, waren bereits als Kleinkinder verstorben.

Am 15. Mai 1928, die Familie wohnte zu der Zeit in der Elbstraße 41 (heute Neanderstraße), wurde Ellas älteste Tochter, die 25-jährige Rosa Neumann, in die damaligen Alsterdorfer Anstalten eingewiesen. Rosa litt aufgrund einer Mangelernährung in frühester Kindheit an „Rachitischem Zwergwuchs“, d. h. an einer schweren Wachstumsstörung mit Verformung der Knochen. Zu diesem Zeitpunkt war Rosas Sohn Hermann, geboren 1922, sechs Jahre alt. Sein weiteres Schicksal kennen wir nicht.

Etwa um 1938 zog die Familie Geistlich über die Straßen Hütten 99, Norderstraße 49 und Taubenstraße 21 in Hamburg-St-Pauli wieder in die Neustadt in eine 3 ½ Zimmerwohnung des Hauses Wexstraße 6.

Obwohl Ella und Paul Geistlich in einer sogenannten Mischehe lebten, galt diese nach nationalsozialistischer Terminologie als „nichtprivilegiert“, da drei ihrer Kinder eine jüdische Schule besuchten: Werner und sein älterer Bruder Kurt, geboren am 24. Juni 1914, gingen in die Talmud Tora Schule, ihre Schwester Ursula besuchte die Israelitische Töchterschule in der Carolinenstraße 35. Werner hätte 1937 nach Beendigung seiner Schulzeit gerne das Feinmechanikerhandwerk erlernt, erhielt aber wegen seiner jüdischen Abstammung keinen Ausbildungsplatz. Seine Schwester Lieselotte, geboren am 18. Januar 1920, erinnerte sich später, dass ihr Bruder in verschiedenen, hauptsächlich kleinen Handwerksbetrieben Beschäftigungen fand. Eine Zeitlang arbeitete er nachts als Packer beim Hamburger Fremdenblatt. Anfang 1940 wurde er in einen Betrieb im Hafen zwangsverpflichtet.

Auch Ursula konnte im Frühjahr 1938, nach Beendigung ihrer Schulzeit an der Israelitischen Töchterschule ihren ursprünglichen Plan, Kindergärtnerin oder Kinderpflegerin zu werden, nicht realisieren. Eine Ausbildung war ihr ebenfalls wegen ihrer jüdischen Abstammung verwehrt. Im Herbst 1938 nahm sie eine Stelle als Botin in einer Druckerei an, später arbeitete sie in einem Industriebetrieb in Altona. Mitte 1941 musste sie auf Anordnung der Gestapo in der Seifenfabrik Georg Dralle in Altona-Ottensen als Packerin Zwangsarbeit leisten.



Rosa Neumanns Bruder Werner Geistlich  
*Susanne Rosendahl*



Rosa Neumanns Schwester Ursula Geistlich  
*Susanne Rosendahl*

Die Tätigkeit von Ursulas Schwester Esther, geboren am 13. Juni 1923, in einer Jutefabrik wurde 1941 in Zwangsarbeit umgewandelt. Ihre Schwester Asta, geboren am 13. März 1913, die ihre Ausbildung als Kindergärtnerin in Bad Segeberg und Altona 1934 noch mit Staatsexamen beenden konnte, durfte seit 1938 keine privaten Stellen mehr im Haushalt annehmen und wurde ebenfalls zur Zwangsarbeit in einer Fischfabrik und in einer Wollspinnerei herangezogen. Nur Ursulas Schwester Lieselotte durfte aufgrund ihrer in jungen Jahren erlittenen Kinderlähmung Heimarbeit verrichten.

Als die Familie Geistlich am 28. September 1942 gezwungen wurde, ihre Wohnung in der Wexstraße 6 aufzugeben und in die Bornstraße 22 in ein „Judenhaus“ umzuziehen, war Sohn Werner bereits mit dem ersten Hamburger Transport am 8. November 1941 nach Minsk deportiert worden.

Bruder Kurt befand sich seit dem 1. September 1937 in Haft. Er hatte 1933 seine Lehre als Schlosser bei der Firma Schneider & Sohn im Hohlerweg in Hamburg-Neustadt noch beenden können. In Danzig arbeitete er auf einer Werft und besuchte dort bis 1935 eine

Schiffsingenieurschule. Nach bestandener Prüfung fuhr er als Assistent bei der Reederei Arnold Bernstein zur See. Im August 1937 wurde er in Cuxhaven vom Schiff geholt und wegen seiner nichtjüdischen Freundin der „Rassenschande“ bezichtigt. Am 17. August 1938 vom Landgericht Hamburg zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde Kurt Geistlich am 17. November 1939 aus dem KZ Fuhlsbüttel in das Zuchthaus nach Celle verlegt.

Kurz vor dem Umzug der Familie Geistlich in die Bornstraße kam Enkelin Ruth, geboren am 12. Januar 1928, das älteste Kind von Asta Geistlich, das im Jüdischen Waisenhaus lebte, auf besondere Weise wieder zurück zu ihrer Familie. Ihr Großvater Paul Geistlich, der zuletzt bis 1942 im Hafen am Sandtorkai 1 einen „Fahr- und Motorradbewachungsstand mit Reparatur“ betrieb, muss ein entschlossener Mann gewesen sein. Als Ruth zusammen mit den anderen Kindern auf Anordnung der Gestapo aus dem Mädchenwaisenhaus Paulinenstift am Laufgraben 37 in das Waiseninstitut für Knaben am Papendamm 3 umziehen musste, unterrichtete ihn eine Erzieherin über ihre bevorstehende Deportation am 11. Juli 1942 nach Auschwitz. Daraufhin holte er seine Enkelin nach Einbruch der Dunkelheit aus dem Waisenhaus ab, lud ihre Sachen samt Bettgestell auf eine Schottsche Karre und rettete somit ihr Leben. Weder die verbliebenen dreizehn Kinder noch die letzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Waisenhauses überlebten die Deportation.

Einquartiert in einer Ladenwohnung in der Bornstraße mussten Ella und Paul Geistlich mit ihrer Tochter Lieselotte und den Enkelkindern Ruth und Dorrit, geboren am 27. März 1935, die jüngste Tochter von Asta, für die Firma Max Ludwig Waschpulver in Päckchen abfüllen.

Am 10. März 1943 erhielten Lieselotte, Esther und auch Asta Geistlich mit ihren beiden Töchtern Ruth und Dorrit ihre Deportationsbefehle nach Theresienstadt. Ihre Schwester Ursula war bereits am 8. Januar 1943 an ihrem Arbeitsplatz in der Seifenfabrik Dralle aus unbekanntem Gründen verhaftet worden. Sie musste ihren Schwestern und Nichten knapp zwei Monate später, am 5. Mai 1943, nach Theresienstadt folgen.

Um wenigstens die jüngste, die am 28. Mai 1926 geborene Tochter Vera, vor der Deportation zu schützen, wurde sie in der St. Michaeliskirche getauft. Als ihr Name trotzdem auf die Deportationsliste gesetzt wurde, ließ sich ihre Mutter Ella am 28. Mai 1943 scheiden. Sie gab den Schutz einer „Mischehe“ auf, nur so konnte sie ihre Tochter am 9. Juni 1943 nach Theresienstadt begleiten, wo es ihr gelang die Familie zusammen zu halten. Paul Geistlich blieb in Hamburg zurück, musste als „Arier“ aus dem „Judenhaus“ ausziehen und fand eine Unterkunft in der Roonstraße.

Ella Geistlich und vier ihrer Töchter, Asta, Lieselotte, Esther und Vera, sowie die beiden Enkelkinder Ruth und Dorrit überlebten das Kriegsende in Theresienstadt. Sie kehrten im Juni 1945 nach Hamburg zurück. Ursula soll die Befreiung des Lagers durch die Alliierten am 10. Mai 1945 ebenfalls erlebt haben. Ihre Familie erinnert sich dagegen, dass sie kurz vor der Befreiung von Theresienstadt in ein anderes Lager weiterdeportiert wurde. Nach dem Krieg wurde ihnen erzählt, dass Ursula nach Auflösung des KZ Ravensbrück während

eines Todesmarsches Richtung Osten von der Begleitmannschaft am Straßenrand durch einen Genickschuss getötet worden wäre. Ihren Aufenthalt im KZ Ravensbrück konnte die dortige Gedenkstätte nicht bestätigen.

Rosa Neumann, Ella Geistlichs älteste Tochter, die seit 1928 in den Alsterdorfer Anstalten lebte, war ebenso wie ihre Familie von den Zwangsmaßnahmen der Nationalsozialisten gegen die jüdische Bevölkerung betroffen.

Die Alsterdorfer Anstalten entwickelten sich nach 1933 zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb, in dem eugenische Vorstellungen und damit einhergehend auch Zwangssterilisationen als „Verhütung unwerten Lebens“ unterstützt wurden. So war es nur eine Frage der Zeit, bis die Verfolgung der Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich auch zu entsprechenden Maßnahmen in den Alsterdorfer Anstalten führen würden. Ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 diente als Vorwand, die Entlassung aller Juden aus den Alsterdorfer Anstalten vorzubereiten. Pastor Friedrich Karl Lensch, der Leiter der Einrichtung, sah in dem Urteil die Gefahr des Verlustes der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. Ein Schreiben vom 3. September 1937 an die Hamburger Fürsorgebehörde enthielt 18 Namen von „jüdischen Zöglinge[n], welche hier auf Kosten der Fürsorgebehörde untergebracht sind“, darunter auch den von Rosa Neumann. Sie wurde am 31. Oktober 1938 mit vierzehn weiteren jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern aus Alsterdorf zunächst in das Versorgungsheim Oberaltenallee verlegt und dann in das Versorgungsheim Farmsen gebracht. Im April 1940 konnten sich die Alsterdorfer Anstalten schließlich des letzten jüdischen Anstaltsbewohners entledigen.

Als das Reichsinnenministerium alle jüdischen Menschen aus Anstalten Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Rosa Neumann am 18. September in Langenhorn ein. Die Menschen wurden am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Rosa Neumann war unter ihnen. Ihr Geburtsregistereintrag enthält eine Ergänzung mit folgendem Wortlaut: „ Gestorben Nr. 303/1941 Cholm II am 10. 2. 1941 Generalgouvernement“. Die falschen Sterbeangaben dienten der Verschleierung der Mordaktion.

Rosa Neumanns Halbbruder Kurt Geistlich überlebte zwei Jahre Haft im Zuchthaus und sechs Jahre unmenschliche Lebensbedingungen in verschiedenen Konzentrationslagern wie Sachsenhausen, Groß-Rosen und Auschwitz-Birkenau. Nach dem Krieg fuhr er wieder als Ingenieur zur See und gründete in Augsburg eine Familie. Seine Tochter erhielt in Erinnerung an seine Schwester den Namen Ursula, sein Sohn den Namen seines Bruders Werner. Schwester Asta verließ 1949 Deutschland und wanderte mit ihrer jüngsten Tochter Dorrit nach Amerika aus. Tochter Ruth blieb in Hamburg.

Paul und Ella Geistlich heirateten am 2. Februar 1946 ein zweites Mal und lebten zuletzt in der Kielortallee 24. Paul Geistlich starb am 27. Juli 1954, Ella Geistlich am 5. August 1955. Esther Geistlich überlebte ihre Mutter nur um sieben Jahre. Sie war aufgrund der Kräfte zehrenden Arbeit, die sie bei Kälte und mit nasser Kleidung in Theresienstadt an einem Bewässerungsgraben hatte leisten müssen, schwer erkrankt. Ihre Schwester Lieselotte, verheiratete Himmel (siehe [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)) pflegte sie bis zu ihrem Lebensende 1962. Max Wysocki, der Sohn aus Ellas erster Ehe, entzog sich seiner Verhaftung durch die Gestapo, indem er 1939 in Kiel den Freitod wählte.

An Ursula Geistlich, Werner Geistlich und Rosa Neumann erinnern Stolpersteine in Hamburg-Neustadt, Wexstraße 4, vor dem Parkplatz/Axel-Springer-Platz (vormals Wexstraße 6). Für Ursula Geistlich liegt ein weiterer Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 22.

*Susanne Rosendahl*

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht-Strafsachen 1804/41; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 7370 Ella Geistlich, Asta Still, 8103 Paul Geistlich, 45073 Werner Geistlich, Werner, 46689 Ursula Geistlich, 28526 Vera Geistlich; 332-5 Standesämter 788 Sterberegister Nr. 891/1918 Margot Paula Geistlich, 884 Sterberegister Nr. 243/1924 Carmen Ruth Geistlich, 3090 Heiratsregister Nr. 217/1907 Ella Elcka Neumann/Casimir Leo Wysocki, 3195 Heiratsregister Nr. 746/1912 Paul Geistlich/Ella Elcka Wysocki, 13401 Geburtsregister Nr. 273/1900 Siegfried Neumann; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 621-1/84 Firmenarchive, Firma Ernst Kaufmann 19; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv: Erbgesundheitskarteikarte Rosa Neumann; Gespräche mit Ursula Geistlich und Ruth Dräger, 2010 und 2011; Karin Guth, Bornstraße 22. Ein Erinnerungsbuch, Hamburg 2001.

■ **Edgar Neumark,**

**geb. am 1. 9. 1886, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

■ **Karl-Heinz Neumark,**

**geb. am 15. 4. 1913, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

■ **Richard Neumark,**

**geb. am 1. 8. 1918, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

■ **Walter Neumark,**

**geb. am 1. 8. 1918, 1942 deportiert nach Izbica, Todesdatum unbekannt**

Das Schicksal der Familie Neumark ist dadurch gekennzeichnet, dass hier die Verfolgung von Juden, von „Erbkranken“ und von Homosexuellen ineinandergriffen.

Edgar Neumark kam am 1. September 1886 als jüngstes Kind von Meyer Neumark, geboren am 1. Mai 1849 in Wittmund, und dessen Frau Hanna, geborene Berwin, in Hamburg zur Welt. Meyer Neumark, der einer alteingesessenen großen Familie in Wittmund/Ostfriesland entstammte, war 1878 mit seiner Frau nach Hamburg gezogen. Er war laut Kultussteuerkartei im Bereich „Agentur und Commission“ tätig, er war also Händler. Das Ehepaar wohnte mit Edgar und dessen älteren Schwestern in der Rappstraße 10. Fanny Neumark, geboren am 30. Januar 1882, von Beruf Kontoristin, heiratete am 4. April 1919 den Kaufmann Max Levinson. Sie verstarb am 5. August 1934 in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Bertha Neumark, geboren am 20. Juni 1883, war von Beruf Buchhalterin. Sie heiratete am 4. November 1919 den Kaufmann Ernst Hauptmann.

Noch vor Beginn des Ersten Weltkrieges heiratete Edgar Neumark die etwa gleichaltrige Anna Levy, Tochter von Louis und Julie Levy, geborene Hesse. Das Ehepaar hatte drei gemeinsame Söhne, Karl-Heinz, geboren am 15. April 1913, sowie die Zwillinge Richard und Walter, geboren am 1. August 1918, alle in Hamburg.

Die Familie wohnte zunächst für längere Zeit in der Borgfelder Straße 67 im Hamburger Stadtteil Borgfelde. Borgfelde war ein recht junger Stadtteil, in dem erst in den 1870er-Jahren nach der Anlegung neuer Straßenzüge eine rege Bautätigkeit eingesetzt hatte. Es entstanden große Mietshäuser in Blockrandbebauung. Während Oben-Borgfelde eher bürgerlich strukturiert war, fanden in Unten-Borgfelde eher sozial schwächer gestellte Familien Unterkunft. Die Hausnummer 67 befand sich etwa in der Mitte, und die Neumarks lebten demnach genau an der Grenze zwischen den beiden Teilen der Borgfelder Straße, was auch ihrem sozialen Status zu dieser Zeit entsprach. Edgar Neumark handelte in der Claus-

Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A-Z

Name: <i>Neumark Edgar</i>		geboren den <i>1.9.1876</i> zu <i>Hamburg</i>		Nr. <b>2867</b>	
Firma und Branche <i>Raffinerie</i>		Geschäfts-Adresse <i>Klaus Nachstr. 7A/25</i>		Wohnung <i>Borgfelderstr. 67</i> <i>H. J. 4/100</i> <i>4 D. 3.</i>	
eingetretten am <i>30.5.13</i> Lit. <i>B.S. 3</i> zuerst besteuert		Wohnung <i>3970</i>			

Eltern: <i>Meyer Joseph H. v. Stammgeh. Bremen</i>	Jahr	Vortrag	Veranlagung	Bezahl			Rückstand	Bezahl			Bemerkungen
				Fol.	Datum	Betrag		Fol.	Datum	Betrag	
Ehefrau: <i>Anna</i>	1913										
	1914		<i>25</i>	<i>20.12</i>	<i>200</i>	<i>200</i>					
geb. <i>Levy</i> <i>27.12.06.</i>	1915		<i>25</i>	<i>23.12</i>	<i>200</i>	<i>200</i>					
	1916		<i>25</i>	<i>23.12</i>	<i>170</i>	<i>25</i>					
Kinder:	1917		<i>40</i>	<i>0.12</i>	<i>245</i>	<i>40</i>					
	1918		<i>48</i>	<i>5.12</i>	<i>180</i>	<i>48</i>					
<i>1. Karl Ludwig</i> geb. <i>15.4.13</i>	1919		<i>50</i>	<i>20</i>	<i>245</i>	<i>50</i>					
<i>2. Reinhold</i> " <i>17.18</i>	1920		<i>700</i>	<i>1.1</i>	<i>240</i>	<i>100</i>					
<i>3. Walter</i> " <i>4</i>	1921		<i>900</i>	<i>2.7</i>	<i>45</i>	<i>200</i>					
<i>4.</i> " " "	1922		<i>500</i>	<i>7</i>	<i>200</i>	<i>500</i>		<i>24</i>	<i>10/10</i>	<i>500</i>	
<i>5.</i> " " "	1923		<i>5900</i>	<i>2.7</i>	<i>1814</i>	<i>5000</i>					
<i>6.</i> " " "	1924			<i>1.1</i>	<i>5.7</i>	<i>730</i>	<i>730</i>				
<i>7.</i> " " "	1925					<i>40.86</i>					
<i>8.</i> " " "	1926										
ausgeschieden den <i>11. Karte</i>	1927										
durch: — Tod — Erklärung — Portzug — Verheiratung — Religionswechsel.	1928										
	1929										

Edgar Neumarks Kultussteuerkarte

StAH

Groth-Straße 35, einer Parallelstraße zur Borgfelder Straße, mit Altmaterialien (auch „Rohprodukte“ genannt), d. h., er war Schrotthändler. Ob ihm der Betrieb gehörte, ist nicht sicher. Aus der Kultussteuerkarte von Fannys Ehemann, Max Levinson, geht jedoch hervor, dass dieser bei seinem Schwager Edgar als Rohproduktenhändler arbeitete. Seit 1914 zahlte Edgar als Familienoberhaupt über Jahre Steuern an die Jüdische Gemeinde, was darauf schließen lässt, dass die Familie in diesem Zeitraum über ein gutes Einkommen verfügte. Die Inflationszeit ging jedoch nicht spurlos an der Familie Neumark vorüber. Im Gegenteil: Edgar erlitt wegen dieses finanziellen Desasters eine akute depressive Psychose, von der er sich Zeit seines Lebens nicht mehr erholte. Ab 1925 verbrachte er etwa ein Jahr in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

Wahrscheinlich begann Edgar Neumarks Frau Anna zu dieser Zeit als Schuhverkäuferin in einem Geschäft namens M. Rieder zu arbeiten, denn sie bezahlte ab 1931 ebenfalls Kultussteuern an die Jüdische Gemeinde. Der Inhaber des Geschäftes, Joseph Levy, war möglicherweise ein Verwandter. Anna Neumark arbeitete dort bis zur „Arisierung“ des Geschäftes und ihrer darauffolgenden Entlassung am 30. September 1938. Ab 1938 trug auch sie den Zwangsnamen Sara.

Von 1935 an lebten die Neumarks in der Grindelallee 23. Die fünfköpfige Familie wohnte hier jedoch vermutlich zu keiner Zeit gemeinsam.

Edgar arbeitete noch bis mindestens 1938 als „Altmaterialgroßhändler“. Der dreifache Vater war zu diesem Zeitpunkt 51 Jahre alt. Am 29. Dezember 1939 nahm ihn die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg erneut auf. Von dort wurde er am 26. Februar 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn verlegt. Wie es hieß, war Edgar Neumark an einer „depressiven Schizophrenie“ erkrankt, mit der auch seine Sterilisation im Jahr 1935 begründet worden sein könnte.

Der älteste Sohn von Edgar und Anna, Karl-Heinz Neumark, galt schon früh als „schwachsinnig“. Er kam als Kind wegen Lernschwierigkeiten in die „Heilerziehungsanstalt Calmenhof zu Idstein im Taunus“, ein Heim für „bildungsfähige“ Kinder mit Behinderung. Am 25. Oktober 1928 wurde er nach Hamburg zurückgeschickt und mit der Diagnose „angeborener Schwachsinn“ in die damaligen Alsterdorfer Anstalten eingewiesen. Zu diesem Zeitpunkt war er fünfzehn Jahre alt. Er galt als „gut führbar“, gut integriert und konnte sogar kleine Maurer- und Hilfsarbeiten durchführen. Die Diagnose „angeborener Schwachsinn“ führte zu einem späteren Zeitpunkt zu seiner Entmündigung. Nachdem die Nationalsozialisten das Erbgesundheitsgesetz erlassen hatten, beschloss das Erbgesundheitsgericht am 17. April 1935 „die Unfruchtbarmachung des Patienten Karl-Heinz Neumark“. Der operative Eingriff der Sterilisation wurde im Juni 1935 im Universitätsklinikum Eppendorf vorgenommen. Anschließend kam Karl-Heinz Neumark zurück nach Alsterdorf.

Die Zwillinge Richard und Walter absolvierten die ersten Schuljahre in der Volksschule am Ausschläger Weg. Weil der Unterricht dort beide überforderte, wechselten sie auf die Hilfsschule in der Bülastraße 38. Am 21. Juni 1932, mit 14 Jahren, mussten Walter und Richard ihre Familie verlassen und kamen in die Hilfsschule „Landheim Besenhorst“ bei Geesthacht zur Fürsorgeerziehung. Besenhorst war 1918 als Ledigenheim der Pulverfabrik Dünaberg gebaut worden und wurde dann als Hilfsschülerabteilung des Hamburger Waisenhauses genutzt. Dort blieb Richard bis zum 13. Juli 1935. Walter wurde in der Zwischenzeit in das Landheim Ochsenzoll weiterverlegt, ebenfalls eine Außenstelle des Hamburger Waisenhauses. Am 3. Mai 1935 beschloss das Erbgesundheitsgericht Richards Sterilisation, auch Walter wurde sterilisiert.

In dem neuen Jugendheim der Stadt Hamburg in Wulfsdorf bei Ahrensburg trafen sich die beiden Zwillingbrüder wieder. Die Stadt Hamburg hatte das Gut Wulfsdorf 1922 mit dem Ziel erworben, dort außerhalb der Stadt ihre sämtlichen Jugendheime unterzubringen. Wegen fehlender finanzieller Mittel wurden schließlich nur die Erziehungsanstalten des Jugendamtes dorthin verlegt. Innerhalb des Gutsbetriebes hoffte man, die Zöglinge „nutzbringend und in erzieherisch günstigem Sinne“ in Werkstätten, Viehställen und einer Gärtnerei einsetzen zu können. Von 1926 bis nach dem 2. Weltkrieg arbeiteten bis zu 70 Jugendliche auf dem Gut. Die Unterbringung war kasernenähnlich und entsprach den Vorstellungen der Zeit. 1936 wurden Walter und Richard als Arbeiter auf verschiedenen Bauernhöfen eingesetzt. 1937 musste Walter diese Stellung aufgeben und wurde nach kur-

zum Aufenthalt in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg von der Fürsorgebehörde in die Alsterdorfer Anstalten eingewiesen. Ein Gutachten diagnostizierte „angeborenen Schwachsinn“, was schließlich auch zu seiner Entmündigung führte. In seiner Akte heißt es: „In seinen Arbeitsleistungen anfangs wenig zufrieden stellend, in letzter Zeit gemäßigt, williger, tat jedoch nicht mehr als unbedingt nötig war. [...] Versuchte, einen tiefstehenden Zögling unter Anbieten einer Scheibe Brot zu homosexuellen Handlungen zu verleiten.“

Die Alsterdorfer Anstalten hatten sich seit 1933 zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb entwickelt, in dem eugenische Vorstellungen und damit einhergehend auch Zwangssterilisationen als „Verhütung unwerten Lebens“ unterstützt wurden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Verfolgung der Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich auch zu entsprechenden Maßnahmen in den Alsterdorfer Anstalten führte. Ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 diente als Vorwand, die Entlassung aller Jüdinnen und Juden aus den Alsterdorfer Anstalten vorzubereiten. Pastor Friedrich Karl Lensch, der Leiter der Einrichtung, sah in dem Urteil die Gefahr des Verlustes der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. Ein Schreiben vom 3. September 1937 an die Hamburger Fürsorgebehörde enthielt 18 Namen von „jüdischen Zöglinge[n], welche hier auf Kosten der Fürsorgebehörde untergebracht sind“, darunter auch die von Karl-Heinz und Walter Neumark. Sie wurden am 31. Oktober 1938 mit 13 weiteren jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern aus Alsterdorf zunächst in das Versorgungsheim Oberaltenallee eingewiesen. Walter wurde dann am 31. Oktober 1938, Karl-Heinz am 20. Mai 1940 in das Versorgungsheim Farmsen weiterverlegt. Im April 1940 konnten sich die Alsterdorfer Anstalten schließlich des letzten jüdischen Anstaltsbewohners entledigen.

Richard Neumark war bei dem Bauern Johannes Schlüter in Tornesch-Ahrenlohe bei Pinneberg eingesetzt, wo er bis zum 26. Juli 1937 blieb. Nachdem er den Bauernhof laut eigener Aussage wegen der Rassengesetzgebung verlassen musste, zog er zurück zu seinen Eltern in die Grindelallee 23 II.

Durch Richard Neumarks lange Abwesenheit und unterschiedliche religiöse Vorstellungen war seine Stellung in der Familie schwierig. Als er 1938 wegen des Vorwurfs der tätlichen Beleidigung vor Gericht stand, gab er zu Protokoll: „Ich sehe gar nicht aus wie ein Jude. Wenn ich das zu Hause mal sage, dann ist der große Krach. Das sind gar nicht meine Eltern. [...] Ich bin als Christ erzogen und fühle mich als solcher. Als ich noch in den Anstalten war, habe ich mich aus eigener Initiative umtaufen lassen. Dies wird ja heute nicht mehr anerkannt.“ Dennoch unterstützten ihn seine Eltern und ließen das Gericht durch den jüdischen Rechtsanwalt Max Heinemann wissen, dass die geistigen Fähigkeiten ihres Sohnes zwar beschränkt seien, er aber sonst ordentlich und häuslich sei. Offenbar wollten sie damit ein mildes Urteil erreichen. Der Ausgang des Verfahrens ist nicht bekannt.

Richard Neumark arbeitete danach als Rohproduktenarbeiter bei mehreren Arbeitgebern und schließlich bis zu seiner Verhaftung bei Höppner („der das Altpapier im Alsterhaus sammelt“). Dort verdiente er, wie er selbst angab, wöchentlich 10 RM. Am 9. August

1938 wurde er verhaftet, verbrachte eine Woche im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel und kam am 18. August in Untersuchungshaft.

Das Aufnahmeformular gibt Hinweise auf sein Aussehen: Richard war 1,56 m groß, hatte blonde Haare und graue Augen, als besondere Kennzeichen galten eine Blinddarmnarbe und seine Sterilisation. Er führte nur eine Armbanduhr, eine Anmeldebescheinigung zur Wehrpflicht und 65 Pfennige bei sich. Festgenommen worden war er, weil er einen 15-jährigen Schüler wiederholt angesprochen und in sexueller Absicht berührt haben sollte. Der Gutachter, Medizinalrat Dr. Pecht, bescheinigte der Familie Neumark „drei mehr oder weniger defekte Söhne“ und diagnostizierte bei Richard Intelligenzmängel. Bei der Hauptverhandlung am 22. November 1938 wurde Richard Neumark wegen Beleidigung nach § 185 StGB zu fünf Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Er verbrachte die restlichen drei Monate im Gefängnis Hamburg-Harburg, aus dem er am 22. Februar 1939 entlassen wurde. Seine Mutter besuchte ihn einmal am 2. Dezember 1938 in der Haft. Zu ihr hatte der Sohn ein inniges Verhältnis; in einem Brief aus der Untersuchungshaft an seine Eltern schrieb er: „Schreibt bitte wieder. Ich denke so vihl an Mutti hofendlich gehd es ihr gans gut.“

Nach seiner Entlassung arbeitete Richard als Erdarbeiter „in einer Juden-Kolonie bei dem Unternehmer Karl Vogt“, bis er am 29. Mai 1939 wieder festgenommen wurde. Er sollte einen 13-jährigen Schüler an den Landungsbrücken angesprochen, ihn in intime Gespräche verwickelt und schließlich am Fortgehen gehindert haben, indem er ihn von hinten umfasste. Diesmal wurde er eines Sittlichkeitsverbrechens nach § 176 Abs. 1 Ziff. 3 II StGB angeklagt und am 18. Dezember 1939 zu einem Jahr Haft verurteilt, da man die „wollüstige Absicht“ seiner Handlungen als erwiesen ansah. Durch seine „triebhafter Hemmungslosigkeit“ sei zudem die öffentliche Sicherheit gefährdet, sodass die Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt angeordnet wurde. Die Unterlagen wiederholen die Aussagen aus dem ersten Prozess über den Angeklagten Neumark, doch die Formulierungen waren nun deutlich schärfer. So wurden ihm „Charakterzüge eines Psychopathen“ bescheinigt, er sei „faul, unbeherrscht, streitsüchtig, nur auf seinen Vorteil bedacht und unsauber“, „Zurechtweisungen konnte er nicht vertragen“. Gezeichnet wurde das Bild des asozialen, schwachsinnigen, jüdischen „Volksschädlings“, „der aus einer erbbiologisch unterwertigen Familie“ stamme und an „Schwachsinn mittleren Grades“ leide.

Die Haft verbrachte Richard Neumark bis zum 29. Mai 1940 im Gefängnis Altona, dann folgte die Einweisung in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn. Dort befand sich bereits sein Vater.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Zu diesem Termin kam auch Karl-Heinz Neumark aus dem Versor-



Mitteilung der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn über Richard Neumarks „Verlegung nach Chelm“

*StAH*

gungsheim Farmsen nach Langenhorn.

Am 23. September 1940 wurden Karl-Heinz, sein Bruder Richard und ihr Vater Edgar Neumark mit den anderen Patientinnen und Patienten aus den norddeutschen Anstalten in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel gebracht und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbe-

mitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. So war es auch bei Edgar Neumark und seinen Söhnen. Darauf deutet folgende Notiz in Richards Strafakte hin: „Laut Mitteilung der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn ist Neumark auf Anordnung des Reichsinnenministeriums am 23. September 1940 nach Chelm bei Lublin, Schließfach 822, verlegt worden. Hamburg, den 5. März 1943. Der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht.“

Im März 1943 machte sich die Staatsanwaltschaft Hamburg Gedanken, ob der Zweck von Richard Neumarks Unterbringung (in Langenhorn) erreicht worden sei. In einem Vermerk wurde notiert:

„Nachdem N. bereits am 23/9. 40 einem Sammellager in Chelm b/Lublin zugeführt ist, kann hier von weiteren Maßnahmen hins. Feststellung, ob der Zweck der Unterbringung erreicht ist, Abstand genommen werden.“

Anders als sein Vater und seine beiden Brüder war Walter Neumark nicht von der Deportation vom 23. September 1940 nach Brandenburg betroffen. Im Zuge der Verlegung aus Alsterdorf kam Walter Neumark über das Versorgungsheim Oberaltenallee schließlich in das Versorgungsheim Farmsen. Von dort wurde er am 15. Mai 1939 nach Hause entlassen und arbeitete bis 1940 nach seinen Angaben in einem Rohproduktenlager und danach in Schnelsen. Am 29. November 1940 wurde er mit einem Krankentransportwagen in die Alsterdorfer Anstalten eingeliefert, wo er bis zu seiner Überführung in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn und dem Weitertransport in die Jüdische Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn bei Koblenz am 21. April 1941 blieb.

In Bendorf-Sayn wurden jüdische Menschen mit psychischer Erkrankung oder geistiger Behinderung, die bisher überlebt hatten, infolge einer Verfügung des Reichsinnenministeriums vom 12. Dezember 1940 zentral von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland aufgenommen und betreut. Die Patienten dieser Anstalt wurden im Frühjahr 1942 nach Osten deportiert, darunter auch Walter Neumark, der am 22. März 1942 in das Durchgangslager Izbica gebracht und entweder dort oder in einer der Mordanstalten (z. B. Sobibór) ermordet wurde.

Noch am 16. September 1940 hatte sich die Abteilung für Zwillingsforschung des Universitätskrankenhauses Eppendorf für Richard und Walter Neumark interessiert, doch da war das Schicksal der beiden

Brüder schon besiegelt, und die Anfrage wurde nicht mehr berücksichtigt.

Anna Neumark lebte noch bis zu ihrer Deportation nach Minsk in der Grindelallee 23, zuletzt vermutlich allein. Sie kam mit dem zweiten Deportationszug, der am 18. November 1941 von Hamburg nach Minsk fuhr, am 23. November 1941 dort an. In Minsk existierte ein „Sondergetto“ für die deutschen Jüdinnen und Juden. Jeder Person standen dort nur 1,5 qm zur Verfügung, die sanitären und hygienischen Verhältnisse waren katastrophal. Im Minsker Getto wurden die arbeitsfähigen Jüdinnen und Juden zu schwerer körperlicher Arbeit herangezogen. Zum Zeitpunkt ihrer Ankunft in Minsk war Anna Neumark fast 55 Jahre alt. Ob sie zum Arbeitsdienst herangezogen wurde, wissen wir nicht. Sie ist vermutlich spätestens bei der Erschießungsaktion am 8. März 1943 umgekommen, bei der ein Großteil der Hamburger Jüdinnen und Juden getötet wurde. Bereits zehn Tage vor Anna Neumark, am 8. November 1941, wurden ihre Schwägerin Bertha und deren Ehemann Ernst Hauptman nach Minsk deportiert. Sie kamen wahrscheinlich dort ums Leben.

Das Ehepaar Anna und Edgar Neumark ist gemeinsam mit seinen drei Söhnen, Karl-Heinz, Richard und Walter, im Hamburger Gedenkbuch aufgeführt. Zu ihren Lebzeiten hatten sie nur kurze Zeitspannen zusammen verbracht.



Walter Neumark, März 1941

*Stah*

Von Edgar Neumark wissen wir, dass er wegen psychischer Probleme behandelt wurde, noch bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Auch seine Söhne, die in den 1910er-Jahren geboren wurden, waren offenbar in ihrer geistigen Entwicklung beeinträchtigt. Mit dem Aufstieg der NSDAP veränderte sich der Blick der Behörden auf die Familienmitglieder: Sie sahen nicht mehr hilfsbedürftige Personen, sondern Juden, die aus der deutschen Volksgemeinschaft ausgeschlossen werden sollten, und psychisch Kranke, die „unnütze Esser“ waren und einen Homosexuellen, der aus Sicht der Machthaber eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellte. Diese Familie hatte im nationalsozialistisch geführten Deutschland keine Überlebenschance. Die geistige Behinderung der drei Söhne, die einer besonderen Unterstützung bedurft hätten, wurde als „volksgefährdend“ bezeichnet und für „unheilbar“ erklärt, bewusst überspitzt und maßlos übertrieben. Auch Richards Verurteilungen sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Generell ist festzuhalten, dass keine noch so schwere „Krankheit“ irgendjemandem das Recht gegeben hätte, die Familie Neumark zu deportieren und zu ermorden.

Für Anna, Edgar, Karl-Heinz, Richard und Walter Neumark liegen Stolpersteine in Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 21–23.

*Nelly Birgmeier/Sigurd Brieler/Anika Reineke/Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht Strafsachen 10611/38 Richard Neumark, 238/40 Richard Neumark; 242-1 II Strafvollzugsanstalten 22594 Richard Neumark; 332-5 Standesämter 2025 Geburtsregister Nr. 509/1882 Fanny Neumark, 2055 Geburtsregister Nr. 2931/1883 Bertha Neumark, 2131 Geburtsregister Nr. 4254/1886 Neumark Richard, 2592 Heiratsregister Nr. 1391/1878 Meyer Joseph Meyer Neumark/Hanna Berwin, 7156 Sterberegister Nr. 790/1934 Fanny Levinson, 8059 Geburtsregister Nr. 349/1920 tot geboren, Eltern Max und Fanny Levinson, 8728 Heiratsregister Nr. 111/1919 Max Levinson/Fanny Neumark, 8730 Heiratsregister Nr. 619/1919 Ernst Hauptmann/Bertha Neumark; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Nr. 28013 Walter Neumark; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Edgar Neumark der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Patienten-Karteikarte Walter Neumark der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, Patientenakte Walter Neumark der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv, Aufnahme- und Abgangsbücher, Patientenakten V 316, Walter Neumark, Erbgesundheitskarteikarte Karl-Heinz Neumark, Erbgesundheitskarteikarte Walter Neumark; Pers. Mitteilungen Michael Wunder vom 18. 1. 2008; Auskunft E-Mail vom 26. 1. 2008 Hildegard Thevs; Henry Friedlander, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997; Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz von 1800 bis 1945, S. 265 ff.; Michael Wunder, Die Auflösung von Friedrichsberg-Hintergründe und Folgen, in: HÄB (1990) 44; Landeswohlfahrtsverband Hessen, Erinnern und Gedenken, Kassel 2008, S. 30; <http://www.stgeorg-borgfelde.de/seiten/geschichte/der-stadtteil-borgfelde.php> [20. 1. 2008].

■ **Bertha Nürnberg, geb. Heinemann,**  
**geb. am 24. 10. 1874 in Oberwaldbehrungen (Unterfranken), ermordet am 23. 9. 1940 in**  
**der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Die in dem unterfränkischen Oberwaldbehrungen am 24. Oktober 1874 geborene Bertha Heinemann war mit dem am 5. Dezember 1880 in Bukarest geborenen Elektrotechniker Osias Nürnberg verheiratet.

Berthas jüdischstämmige Eltern hatten am 10. Dezember 1872 im ebenfalls unterfränkischen Mellrichstadt geheiratet. Ihr erstes Kind wurde am 22. September 1873 tot geboren. Nach Bertha kam als drittes Kind der Sohn Simon Heinemann zur Welt.

Über Berthas Lebensweg bis zu ihrer Heirat wissen wir nichts.

Bertha Nürnbergs Ehemann bekannte sich ebenfalls zum jüdischen Glauben. Er besaß die rumänische Staatsangehörigkeit. Das kinderlos gebliebene Ehepaar lebte seit 1911 in Hamburg. Die Meldekartei weist viele wechselnde Adressen aus. Zeitweise lebte Osias Nürnberg in Berlin und kehrte über Altona nach Hamburg zurück. Vom November 1923 bis August 1924 befand er sich in Strafhaft im Gefängnis Fuhlsbüttel. 1926 schließlich verließ er Hamburg auf Dauer. Wahrscheinlich war Bertha Nürnbergs Ehemann für sie schon während seiner Hamburger Jahre keine verlässliche Stütze. Nach seinem Fortzug war sie endgültig auf sich allein gestellt.



Bertha Nürnberg, 1932  
*UKE/IGEM*



Bertha Nürnbergs Wohnhaus Grindelhof 83 Haus 5  
*Ingo Wille*

Bertha Nürnberg, deren Beruf als Köchin angegeben wurde, wohnte in der Straße Grindelhof 83 Haus 5 zur Untermiete bei Reimers.

Am 29. August 1932 wurde sie wegen einer von ihrem Hausarzt, Ernst Kalmus, diagnostizierten psychischen Erkrankung in das Allgemeine Krankenhaus Eppendorf eingewiesen. Bertha akzeptierte die Notwendigkeit des Krankenhausaufenthalts nicht. Sie hielt sich für gesund und wollte nach Hause entlassen werden. Am 9. Dezember 1932 wurde sie in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg verlegt. Sie konnte sich räumlich und zeitlich nur unzureichend orientieren, war aber weiterhin davon überzeugt nicht krank zu sein.

Am 16. April 1935 wurde Bertha Nürnberg zunächst im Versorgungsheim Oberaltenallee und anschließend im Versorgungsheim Averhoffstraße untergebracht. Kurze Zeit später, am 22. August 1935, kam sie in die Staatskrankenanstalt Langenhorn und blieb dort in den nächsten fünf Jahren.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Bertha Nürnberg. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Über das Schicksal von Bertha Nürnbergs Angehörigen ist nichts bekannt. Für sie soll ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Grindelhof 83, gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönne, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-8 Meldewesen (Einwohnermeldekartei 1892–1925); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Bertha Nürnberg der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Bertha Nürnberg der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Staatsarchiv Würzburg, Jüdisches Standesregister Oberwaldbehrungen 102, Geburt Bertha Heinemann; Villiez von, Mit aller Kraft verdrängt, S. 314 (Ernst Kalmus).

■ **Gertha Pincus,**

**geb. am 5. 1. 1872 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Jenny, Gertha, Rosalie und Leo Pincus waren Kinder des Hamburger Auktionators und Kaufmanns Jeremias Pincus, geboren 1838, gestorben 1896, und seiner ebenfalls aus Hamburg stammenden Ehefrau und Cousine Fanny Pincus, geborene Jacobsohn, geboren 1841, gestorben 1891. Die Eheleute hatten am 1. Februar 1868 in Hamburg standesamtlich geheiratet und wurden am 23. Februar 1868 von Oberrabbiner Stern in der Synagoge getraut. Auch die Großeltern, der aus Moisling bei Lübeck gebürtige Schneidermeister, Mützenmacher bzw. Kürschner Pincus Levin Pincus, geboren 1808, gestorben 1884, und die Hamburgerin Betty Pincus, geborene Mathias, geboren 1807, gestorben 1890, sowie der Handelsmann Jermann Jacobsohn, geboren 1804, gestorben 1876, und Philippine Jacobsohn, geborene Philip, geboren 1805, gestorben 1892, hatten in Hamburg gelebt.

Nach Jenny Pincus, die in der 1. Elbstraße 45 geboren worden war, kamen die Geschwister Gertha am 5. Januar 1872, Rosalie am 24. Dezember 1872 und Leo am 14. Februar 1877 zur Welt. Die Familie wohnte von 1867 bis 1880 am Großneumarkt 42 in Hamburg-Neustadt. Die Mutter Fanny Pincus starb 1891. Jeremias Pincus ging 1893 eine zweite Ehe ein mit Dora Unna, geboren am 22. Mai 1849 in Rendsburg. Die Familie wechselte in den 1890er-Jahren in die Annenstraße 5 im Stadtteil St. Pauli, wo sie in einfachen Verhältnissen im Keller lebte. Später wohnte sie nach mehreren Wohnungswechseln in der Peterstraße 28 I. Stock in Hamburg-Neustadt zur Untermiete beim Handelsmann Elkan Gattel. Zur Familie Gattel gehörte der 1885 geborene Sohn Henry, der wie Gertha am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordet wurde (siehe dort).

In fußläufiger Nähe zur Peterstraße 28 befand sich in der Hausnummer 17a von 1853 bis 1919 die Synagoge der Vereinigten Alten und Neuen Klaus; in der nahegelegenen Straße Kohlhöfen 17/18 war seit 1859 die Hauptsynagoge der Deutsch-Israelitischen Gemeinde.

Jeremias Pincus, Gerthas Vater, starb im März 1896 im Israelitischen Krankenhaus und wurde auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf neben seiner ersten Ehefrau Fanny beigesetzt. Seine zweite Ehefrau Dora Pincus, von der er zuletzt getrennt gelebt hatte, starb 1900 in Hamburg.

Jenny Pincus besuchte die Israelitische Töchterchule bis zum 14. Lebensjahr (also bis 1885). Sie erlebte die Einweihung des Schulneubaus im April 1884 in der Karolinenstraße 35 noch als Schülerin. 1886 begann sie eine Lehre bei der Firma Gebr. Heilbut. Danach war sie zunächst als Verkäuferin und später als Einkäuferin und Leiterin der Haushaltsabteilung beim Kaufhaus Tietz (ab 1897 am Großen Burstah und ab 1912 am Jungfernstieg) tätig, wo sie 28 Jahre lang blieb. Sie erhielt ein für Frauen stattliches Gehalt von monatlich 450 RM zuzüglich Tantiemen. Befreundet war sie mit der alleinstehenden Buchhalterin Emma Cohn, geboren am 2. Oktober 1874 in Hamburg.



Emma Cohn und Jenny Pincus um 1937/39

*Nishiura-Cohn*

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurde auch das im jüdischen Besitz befindliche Kaufhaus Tietz zur Zielscheibe der ersten großen antisemitischen Aktionen, nicht nur, weil es in jüdischem Besitz war, sondern auch, weil sich die nationalsozialistische Kampagne gegen Warenhäuser insgesamt richtete. Am 11. März 1933 sperrten Angehörige der SA den Zugang zum Warenhaus Tietz ab, die Polizei schritt nicht ein. Am 1. April 1933 gab es auch in Hamburg zentral gelenkte Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Anwälte, deren Einrichtungen mit Parolen wie „Kauft nicht beim Juden“ beschriftet wurden. Ab dem 1. April 1933 wurde den Hamburger Warenhäusern Tietz, Karstadt, Woolworth und EPA (Einheitspreis-AG) vom Hamburger Senat ein 20prozentiger Strafaufschlag zur Gewerbesteuer auferlegt („Warenhaussteuer“). Die im Zuge der Wirtschaftskrise ab 1929 stark rückläufige Nachfrage hatte auch beim Warenhaus Tietz zu massiven Umsatzeinbrüchen und daraus resultierend zu Liquiditätsengpässen geführt. Der Entschuldungsplan von März 1933 war bereits klar nationalsozialistisch ausgerichtet und zielte auf die Verdrängung der jüdischen Geschäftsführer und Mehrheitseigentümer Georg Tietz (Berlin), Martin Tietz (Berlin) und Hugo Zwillenberg (Berlin) ab: Am 8. September 1933 wurde den leitenden jüdischen Mitarbeitern die Prokura entzogen und „arischen“ Mitarbeitern übertragen. Die ersten langjährigen jüdischen Angestellten wurden entlassen. Dresdner Bank, Deutsche Bank sowie Commerz- u. Privat Bank AG erwarben die Aktien der Familie Tietz. Die im staatlichen Besitz befindliche Dresdner Bank, die gute Kontakte zur NSDAP unterhielt, übernahm federführend die „Gleichschaltung der Zentralverwaltung“ des 1897 gegründeten Berliner Kaufhauskonzerns Tietz mit seinen Niederlassungen in Hamburg, München, Stuttgart, Karlsruhe, Straßburg, Gera und Weimar mit insgesamt rund 18 000 Beschäftigten. In der Folge verließen die ehemaligen jüdischen Mehrheitseigentümer den Konzern und auch Deutschland. 1935 wurde allen jüdischen Beschäftigten gekündigt, darunter in der Hamburger Niederlassung auch Jenny Pincus.

Nun arbeitslos geworden, zog die alleinstehende Jenny Pincus im Oktober 1935 mit ihrer Freundin Emma Cohn, mit der sie zusammenwohnte, aus der Isestraße 98 (Harvestehude) in die Lenhartzstraße 3 I. Stock (Eppendorf). Aufgrund ihrer langjährigen Betriebs-

zugehörigkeit bezog Jenny Pincus ab März 1938 ein Ruhegeld von knapp 90 Reichsmark, das ab Juni 1941 auf 95,60 RM erhöht wurde. Ebenfalls im ersten Stock dieses Hauses hatte der Kaufmann Carl Löwenberg, geboren 1869, gestorben 1942, seine Wohnung, ein Stolperstein vor dem Haus erinnert an ihn.

Ab 15. September 1938 wohnte Jenny Pincus in der Bornstraße 16 (einem zum „Judenhaus“ erklärten Gebäude) im Hochparterre mit bzw. bei ihrer Freundin Emma Cohn.

Von hier aus wurden beide Frauen am 18. November 1941 ins Getto Minsk deportiert. Der Deportationszug verließ den Hannoverschen Bahnhof in Hamburg und erreichte zwei Tage später die besetzte weißrussische Hauptstadt Minsk. Von den rund 7000 deutsch-jüdischen Häftlingen im Getto Minsk überlebte nicht einmal ein Dutzend den Hunger, die Infektionskrankheiten und die Erschießungsaktionen der SS. Die genauen Umstände und das Datum des Todes von Jenny Pincus sind nicht bekannt. Jenny Pincus war vermutlich längst gestorben oder ermordet worden, als ihr Name noch 1942 im Hamburger Adressbuch unter der Anschrift Bornstraße 16 wie folgt zu finden war: „Jenny Sara Pincus“. Sie wurde vom Amtsgericht Hamburg auf den 31. Dezember 1945 für tot erklärt.

Gertha Pincus, geboren am 5. Januar 1872 in Hamburg, das zweite Kind von Jeremias und Fanny Pincus, litt an einer psychischen Erkrankung oder an einer geistigen Behinderung. Als das Amt für Wohlfahrtsanstalten die Namen der im Versorgungsheim Farmsen lebenden Männer und Frauen jüdischer Abstammung der Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg mitteilte, befand sich der von Gertha Pincus unter ihnen. Diese Meldung war veranlasst durch eine im Frühjahr/Sommer 1940 begonnene, gegen Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten gerichtete Sonderaktion der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4.

Auf Anordnung des Reichsinnenministeriums wurden alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in Langenhorn zusammengezogen und am 23. September 1940 nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt transportiert. Gertha Pincus war am 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn eingetroffen und befand sich in dem Transport. Noch am selben Tag wurden die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid ermordet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Jenny und Gertha Pincus' Schwester Rosalie (Rosa) Pincus, geboren am 24. Dezember 1872 in Hamburg, die ebenfalls als Verkäuferin arbeitete, heiratete 1901 Isaac Siegmund Cohen, geboren am 2. Januar 1872 in Altona, und lebte mit ihm in Hamburg. Dort wurden auch die Töchter Hedwig im Jahr 1904 und Ruth im Jahr 1909 geboren. Die Familie emigrierte nach Palästina, wo Rosalie Cohen 1950 in Tel Aviv starb.

Der Bruder der drei Schwestern, Leo Pincus, geboren am 14. Februar 1877 in Hamburg, war u. a. von 1896 bis 1910 als Handlungscommis (Handlungsgehilfe), später als Einkäufer und ab 1920 in eigener Firma als Agent mit Textilwaren-Vertretungen tätig (u. a. für die Bandweberei H. A. Nierhaus). Er heiratete 1906 Mathilde Hübener, geboren 1880, gestorben 1965. Die Eheleute lebten u. a. von 1910 bis 1928 in der Gosslerstraße 65 in Eppendorf und ab 1929 in der Innocentiastraße 47 in Harvestehude. Leo Pincus war 1915 als Soldat eingezogen worden. Er gehörte seit 1913 der Deutsch-Israelitischen Gemeinde sowie dem orthodoxen Synagogenverband an. Die von den Nationalsozialisten gegenüber jüdischen Gewerbetreibenden verfügten wirtschaftlichen Einschränkungen führten bei Leo Pincus zu einem spürbaren Geschäftsrückgang. Er zog nun mit seiner Ehefrau aus der 4 ½-Zimmer-Wohnung in der Innocentiastraße 47 in eine 3 ½-Zimmer-Wohnung in der Bornstraße 28 im Stadtteil Rotherbaum. Im Zuge des Novemberpogroms („Reichskristallnacht“) wurde er am 9. November 1938 ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt und misshandelt. Ende Dezember 1938 wurde er entlassen. Am 29. November 1939 emigrierten Mathilde und Leo Pincus mit einer italienischen Schiffslinie von Genua nach Valparaíso/Chile. In Santiago de Chile lebte ein Cousin der Ehefrau, der sie aufnahm. Sie lebten in finanzieller Not, erst ab 1941 fand Leo Pincus eine gering bezahlte Inkassotätigkeit. Das Klima und die traumatischen Erlebnisse im NS-Deutschland machten sich bei ihm in Form von gesundheitlichen Beschwerden bemerkbar; Leo Pincus starb 1946 in Santiago de Chile an einem verfolgungsbedingten Herzinfarkt. Seine Witwe Mathilde Pincus kehrte 1951 nach Hamburg zurück, auch sie vertrug das Klima in Chile nicht und litt unter asthmatischen Beschwerden.

Eine weitläufige Verwandtschaft zu den vier Geschwistern Martin Pincus (siehe [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)), Selma Pincus, Ella Valk, geborene Pincus und Rieckchen Weil, geborene Pincus ist denkbar, da beide Familienzweige aus Moisling bei Lübeck stammten.

Für Gertha Pincus ist ein Stolperstein neben dem von Jenny Pincus in Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 16, geplant. Dort liegt auch der Stolperstein für Jenny Pincus' Freundin Emma Cohn.

*Beate Meyer/Björn Eggert/Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 231-7 Amtsgericht Hamburg, Handels- u. Genossenschaftsregister B 1995–76 (Zweigniederlassung Hermann Tietz, 1896–1935); 332-3 Zivilstandsaufsicht 1866–1875 B 16 Heiratsregister Nr. 150/1868 Jeremias Pincus/Fanny Jacobsohn, A 103 Geburtsregister Nr. 380/1871 Jenny Pincus, A 123 Geburtsregister Nr. 145/1872 Gertha Pincus, 332-5 Standesämter 17 Sterberegister Nr. 2649/1876 Jermann Jacobsohn, 161 Sterberegister Nr. 524/1884 Pincus Lewin Pincus, 275 Sterberegister Nr. 1300/1890 Betty Pincus geb. Mathias, 297 Sterberegister Nr. 2130/1891 Fanny Pincus geb. Jacobsohn, 327 Sterberegister Nr. 3602/1892 Philippine Jacobsohn geb. Philip, 395 Sterberegister Nr. 444/1896 Jeremias Pincus, 466 Sterberegister Nr. 893/1900 Dora Pincus geb. Unna, 1904 Geburts-

register Nr. 847/1877 Leo Pincus, 8610 Heiratsregister Nr. 490/1901 Rosalie Pincus/Isaac Siegmund Cohen, 8644 Heiratsregister Nr. 50/1906 Leo Pincus/Mathilde Hübener; 332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht, Bürger-Register 1855 (Schneidermeister Pincus Levin Pincus); 332-8 Alte Einwohnermeldekartei 1892–1925 Jeremias Pincus, Rosalie Pincus; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1391 Jenny Pincus, 5007 Mathilde Pincus geb. Hübener, 3422 Leopold Bernstein, Tietz-Angestellter; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Jüdischer Friedhof Ohlsdorf, Gräberkartei (Jeremias Pincus, Fanny Pincus geb. Jacobsohn, Pincus Lewin Pincus, Betty Pincus geb. Mathias); Stadtarchiv Gera, Auskunft vom 31. 3. 2014 zur Namensänderung des Tietz-Kaufhauses; Stadtarchiv Weimar, Auskunft vom 22. 4. 2014 zur Namensänderung des Tietz-Kaufhauses; Meyer, Verfolgung und Ermordung, S. 62–64 (Deportationsziel Minsk), S. 174 (Kurzbiografie Jenny Pincus); Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg, Hamburg 1997, S. 55–57 (Kaufhaus Tietz); Omgus: Ermittlungen gegen die Dresdner Bank 1946, Verlag Zweitausendeins, ohne Jahresangabe, S. XXXV (Tietz-Konzern); Hamburger Börsenfirmen, Hamburg 1935, S. 663 (Leo Pincus, Agent für Textilwaren, Lange Mühren 9), S. 852 (Hermann Tietz & Co.).

## ■ Margot Bertha Posner,

**geb. am 11. 10. 1920 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Margot Posner war das ältere der beiden Kinder von Max Eduard Posner, geboren am 3. Februar 1889 in Altona, und Käthe Sidonie (genannt Hede), geborene Frensdorff, geboren am 31. Dezember 1889. Margot wurde am 11. Oktober 1920 in Hamburg geboren. Ihr Bruder Edgar Harald Paul kam am 15. Mai 1927 zur Welt. Die Eltern bekannten sich zum jüdischen Glauben.

Max Eduard arbeitete in dem Unternehmen seines Vaters Eduard Posner, geboren am 12. September 1855, der einen bedeutenden Putzgroßhandel betrieb, d. h., er handelte mit Damenhüten, Blumen und Federn. Die Firma beschäftigte 200 Angestellte und 18 Reisende.

Das Ehepaar Posner hatte 1919 geheiratet und bei seiner Hochzeit von Max Eduards Vater ein Haus in der HansasträÙe 28 geschenkt bekommen sowie von Käthe Sidonies Vater eine beträchtliche Mitgift erhalten. Zudem übernahm Max Eduard zu dieser Zeit das Geschäft von seinem Vater. Der Familie ging es materiell sehr gut.

Margot war am 10. September 1930 im Alter von zehn Jahren in den damaligen Alsterdorfer Anstalten aufgenommen worden, weil sie an einer geistigen Behinderung litt und einer vollständigen Betreuung bedurfte.

Nach 1933 entwickelten sich die Alsterdorfer Anstalten zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb, in dem eugenische Vorstellungen und damit einhergehend auch Zwangssterilisationen als „Verhütung unwerten Lebens“ unterstützt wurden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Verfolgung der Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich auch zu entsprechenden Maßnahmen in den Alsterdorfer Anstalten führte. Ein Urteil des Reichsfinanz-

hofs vom 18. März 1937 diente als Vorwand, die Entlassung aller Juden aus den Alsterdorfer Anstalten vorzubereiten. Pastor Friedrich Karl Lensch, der Leiter dieser Einrichtung, sah in dem Urteil die Gefahr des Verlustes der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. Ein Schreiben vom 3. September 1937 an die Hamburger Fürsorgebehörde enthielt 18 Namen von „jüdischen Zöglinge[n], welche hier auf Kosten der Fürsorgebehörde untergebracht sind.“ Darunter befand sich auch der Name von Margot Posner. Sie wurde laut Eintrag auf ihrer „Erbgesundheitskarteikarte“ am 31. Oktober 1938 aus Alsterdorf zunächst in das Versorgungsheim Oberaltenallee verlegt. So wie ihr erging es 14 weiteren Bewohnerinnen und Bewohnern aus Alsterdorf. Fast alle wurden dann in das Versorgungsheim Farmsen weiter verlegt. Margot Posner hingegen blieb wahrscheinlich in der Oberaltenallee. Im April 1940 konnten sich die Alsterdorfer Anstalten schließlich des letzten jüdischen Anstaltsbewohners entledigen.

Margots Eltern sahen ihre Tochter zum letzten Mal 1939 im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek. Es ist nicht auszuschließen, dass ihr Aufenthalt dort im Zusammenhang mit dem Erbgesundheitsgesetz stand, nach dem zwangsweise unfruchtbar gemacht werden konnte, wer als „erbkrank“ galt.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Margot Posner am 18. September in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid ermordet. Unter ihnen befand sich Margot Posner. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Margot Posner wurde vermerkt, dass das „Standesamt Cholm II“ ihren Tod unter der Nummer 468/1941 registriert hat.

Margot Posners Eltern wurden über den Tod ihrer Tochter anscheinend nicht informiert. Seinen Antrag aus dem Jahr 1955, Margot für tot zu erklären, begründete Max Eduard Posner, inzwischen nannte er sich Max Parrey, damit, dass seine Tochter „unbekannten Ortes“ deportiert worden und von ihr seitdem kein Lebenszeichen eingegangen sei.

Als 1933 die Macht an die Nationalsozialisten übergeben worden war, verkaufte Max Eduard Posner das Haus in der Hansastraße 28 und zog in die Isestraße 49. Wie er später berichtete, wurde er gezwungen, seine Ehrenämter im Bereich der Kinderfürsorge und als Meister der Freimaurerloge Bruderkette Elbe, Welkerstraße, niederzulegen.

Aus seinem Unternehmen wurde er hinausgedrängt. Zuletzt musste er als Reisender in seinem früheren Unternehmen arbeiten. Der neue Eigentümer, Emil Meier, früher

selbst Reisender in Max Eduard Posners Firma, betrieb das Unternehmen noch bis 1953. Auch sein Versuch, in Lokstedt eine Blechwarenfabrik aufzubauen, scheiterte aufgrund betrügerischer Handlungen des Geschäftsführers mit Namen Mohr.

Anfang 1939 verhaftete die Gestapo Max Eduard Posner und sperrte ihn für eine Nacht im Gefängnis Hütten in der Hamburger Neustadt ein. Am folgenden Tag wurde er im Stadthaus, der Hamburger Gestapo-Zentrale, geschlagen und gefoltert. Max Eduard Posner berichtete später: „Drei Beamte bearbeiteten mich, bis ich zusammenbrach. Alles was ich erinnere, das ich nach ca. 30 Tagen von zwei Beamten nach dem Freihafen gefahren wurde, wo ein weiterer Verhoer stattfand. Ich war sehr schwach u. wurde noch am selben Tage entlassen. Beim Fortgehen sagte man mir, dass mein Vater auf mich in einem anderen Raum wartet. Man hatte meinen alten Vater (85 Jahre) von meiner Privatwohnung abgeholt, ferner teilte man mir mit, dass meine Angelegenheit erledigt sei, dass eine Namensverwechslung vorlag.“ Es spielte keine Rolle, dass Max Eduard Posner als Soldat am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte und ausgezeichnet worden war. Seine Auszeichnungen und Ehrenurkunden wurden ihm bei seiner Verhaftung von der Gestapo abgenommen.

Max Eduard, seine Ehefrau Käthe Sidonie und deren Sohn Edgar Harald Paul konnten Deutschland am 19. November 1939 verlassen. Sie flüchteten in die USA.

In der Hansastrasse 28 in Hamburg-Harvestehude liegt ein Stolperstein zur Erinnerung an Margot Posner.



Gedenktafel für die Holocaust-Opfer der Familie Posner/Frensdorff, unter ihnen Margot Posner auf dem Friedhof Ohlsdorf-Ilandkoppel vor dem Grab der Familie Posner  
*Ingo Wille*

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer

„Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 6256 Geburtsregister Nr. 505/1889 Max Eduard Posner, 8735 Heiratsregister Nr. 798/1919 Posner/Frensdorff; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 43574 Posner, 11070 M. Parrey; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv, Aufnahmebuch, Erbgesundheitskarteikarte Margot Posner; Auskunft des Standesamts Hamburg-Mitte über Beischreibungen auf dem Geburtsregistereintrag von Margot Posner; Wunder/Genkel/Jenner, Auf dieser schiefen Ebene (2016), S. 247 ff.

■ **Gerda Pumpianski,**  
**geb. am 22. 10. 1921 in Königsberg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Gerda Pumpianskis Aufenthalt in Hamburg lässt sich seit März 1937 nachweisen. Wir wissen nicht, wann und aus welchem Grunde sie nach Hamburg gekommen war. Einer Entscheidung des Hamburger Erbgesundheitsgerichts von 3. August 1939 ist zu entnehmen, dass Gerda Pumpianski schon vorher einige Zeit in Hamburg gelebt hatte. In dieser Entscheidung werden eine Akte des Jugendamts Hamburg von 1929, eine Krankengeschichte des Universitätskrankenhauses Eppendorf von 1935 sowie Akten der Staatlichen Wohlfahrtsanstalten und ein Aufenthalt in der Hamburgischen Kinderheilstätte Sülzhayn (Thüringen) erwähnt. Diese Unterlagen sind leider nicht mehr verfügbar.

Gerdas Eltern, der Tischler Meyer Pumpianski aus Wilna und dessen Ehefrau Bussa, geborene Plaschzen oder Plachzun, galten schon damals als verschollen. Ihre Mutter war möglicherweise in Russland verstorben. Bis auf die Betreuung durch eine Vormundin, die in der Schröderstiftstraße 30 im Stadtteil Rotherbaum wohnte, war Gerda Pumpianski in Hamburg anscheinend auf sich allein gestellt. Wir wissen nicht, bei wem bzw. in welcher Unterbringung Gerda Pumpianski lebte und ob bzw. wie lange sie eine Schule besuchte.

Gerda Pumpianski wurde am 9. März 1937 in den Anstalten des Jugendamtes und am 17. März 1937 in den damaligen Alsterdorfer Anstalten aufgenommen. Dort stellte man ihr die Diagnose „Imbezillität“, mit der damals ein mittlerer Grad geistiger Behinderung bezeichnet wurde. Für die im ganzen Deutschen Reich eingeführte sogenannte Erbgesundheitskartei mit dem Ziel der erbbiologischen Bestandsaufnahme des Volkes wurden auch in Alsterdorf für alle Bewohnerinnen und Bewohner Karteikarten erstellt. Die Karteikarte für Gerda Pumpianski existiert noch. Außer ihren persönlichen Daten enthält sie unübersehbar den Vermerk „Jüdin“ und den Hinweis, dass die damals Sechzehnjährige in der Lage sei, unter Anleitung leichte Hausarbeiten zu verrichten. Sie soll „sich und ihre Sachen sauber und ordentlich“ gehalten und die Anstaltsschule mit geringen Lernerfolgen besucht haben.

Die Alsterdorfer Anstalten hatten sich nach 1933 zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb entwickelt, in dem eugenische Vorstellungen und damit einhergehend auch Zwangs-

sterilisationen als „Verhütung unwerten Lebens“ unterstützt wurden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich auch zu entsprechenden Maßnahmen in den Alsterdorfer Anstalten führen würde. Ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 diente als Vorwand, die Entlassung aller Juden aus den Alsterdorfer Anstalten vorzubereiten. Pastor Friedrich Karl Lensch, Leiter der Einrichtung, gab vor, in dem Urteil die Gefahr des Verlustes der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit zu sehen, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. Ein Schreiben vom 3. September 1937 an die Hamburger Fürsorgebehörde enthielt die 18 Namen von „jüdischen Zöglinge[n], welche hier auf Kosten der Fürsorgebehörde untergebracht sind“, darunter auch den von Gerda Pumpianski. Am 31. Oktober 1938 verlegten die Alsterdorfer Anstalten 15 jüdische Bewohnerinnen und Bewohner in das Versorgungsheim Oberaltenallee. Am 23. Januar 1939 kam auch Gerda Pumpianski, die sich zur Abklärung einer Krankheitsvermutung seit 21. September 1938 auf der Alsterdorfer Krankenstation befunden hatte, in das Versorgungsheim Oberaltenallee. Im April 1940 konnten sich die Alsterdorfer Anstalten schließlich des letzten jüdischen Anstaltsbewohners entledigen.

1939 leitete das Versorgungsheim Oberaltenallee Gerda Pumpianskis Sterilisation nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 ein. Das Erbgesundheitsgericht entschied am 3. August 1939, dass Gerda Pumpianski unfruchtbar zu machen sei.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion zum 18. Septem-



Entscheidung des Erbgesundheitsgerichts (1. Seite)

StaH

ber 1940 Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Gerda Pumpianski wie die anderen Jüdinnen und Juden aus Versorgungsheimen am 18. September 1940 in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Gerda Pumpianski. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Der für Gerda Pumpianski geplante Stolperstein soll in Hamburg-Rotherbaum, Schröderstiftstraße 30, gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 242-2 Strafvollzugsanstalten 6 Beschlüsse des Erbgesundheitsgerichts 1939; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Patienten-Karteikarte Gerda Pumpianski; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv: Erbgesundheitskarteikarte Gerda Pumpianski; Petra Fuchs/Maike Rotzoll/Uwe Müller/Paul Richter/Gerriet Hohendorf (Hrsg.), „Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“. Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“, Göttingen 2014, Glossar, S. 380.

■ **Rosa Rehfeldt, geb. Goldberger,  
geb. am 9. 12. 1870 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Rosa Goldbergers Eltern heirateten am 18. März 1870 in Hamburg vor einem Rabbiner der Deutsch-Israelitischen Gemeinde. Rosas Vater, der „Lotterierecollecteur“ (Losverkäufer) Moises (genannt Moritz) Goldberger stammte aus Böhmen. Er war in Willimow geboren und besaß die österreichische Staatsbürgerschaft. Rosas Mutter Jette, geborene Friedburg, war Hamburgerin von Geburt. Neun Monate nach der Eheschließung kam Rosa zur Welt. Am 22. September 1872 folgte ihr Bruder Isidor, am 30. April 1874 der zweite Bruder Gotthelf. Rosas Schwester Martha kam am 3. Oktober 1875 zur Welt. Eduard, geboren am 8. September 1877, das jüngste Kind von Jette und Moises Goldberger, starb schon nach drei Monaten am 29. Dezember 1877. Die Familie lebte an verschiedenen Adressen in der Hamburger Neustadt, bis sie 1896 in das Gebäude der Samuel-Levy-Stiftung in der

Bundesstraße 35 im Stadtteil Rotherbaum einzog. Der Zweck dieser Stiftung war – verkürzt gesagt – die Gewährung von freien Wohnungen an „rechtschaffene“, „friedliebende“ und bedürftige Israeliten. Hier lebte die Familie und später nur noch das Ehepaar Goldberger viele Jahre.

1907 feierte es die Heirat seiner beiden Töchter. Rosa Goldberger ging am 11. Juni die Ehe mit dem Geschäftsreisenden Marcus Rehfeldt

ein. Er war am 1. Juni 1866 in Tuchel (früher Westpreußen) geboren worden und bekannte sich wie Rosa Goldberger zum jüdischen Glauben. Marcus Rehfeldt hatte mit seinen Eltern in Berlin gelebt. Wie sich aus dem Hamburger Adressbuch der Jahre ab 1912 ergibt, hatte er sich inzwischen in Hamburg niedergelassen.

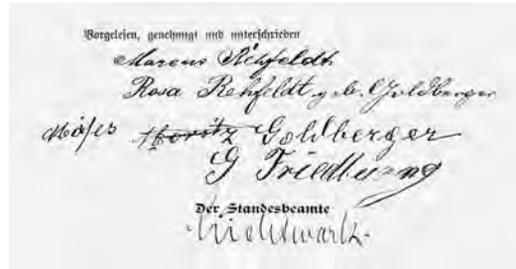
Am 1. Oktober 1907 ging auch Martha Goldberger die Ehe ein. Sie heiratete den Reisenden Löb (Leopold) Graff, der 1874 in Altona geboren worden war und sich ebenfalls zum jüdischen Glauben bekannte. Martha und ihr Ehemann wohnten in der Schlachterstraße 47 in Hamburg-Neustadt.

Rosa und Marcus Rehfeldt bekamen am 31. Mai 1908 eine Tochter, Philippine. Die Ehe von Martha und Löb Graff blieb anscheinend kinderlos.

Am 5. Mai 1910 starb Moises Goldberger. Seine Witwe Jette blieb bis zu ihrem Tod am 13. Dezember 1914 Bewohnerin des Samuel Levy Stifts.

Rosa Rehfeldt lebte mit ihrer kleinen Familie viele Jahre – mindestens bis 1933 – in der Straße Grindelberg 5–7 (Hinterhaus). Am 1. Januar 1935 starb ihre Schwester Martha im Alter von 69 Jahren. Rosa selbst war 66 Jahre alt, als sich bei ihr ab etwa 1936 Symptome einer psychischen Krankheit zeigten, die Anfang 1937 zu ihrer ersten vorübergehenden Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg führten. Nach ihrem zweiten Aufenthalt in Friedrichsberg wurde sie am 16. September 1938 Patientin der Staatskrankenanstalt Langenhorn. Marcus Rehfeldt starb wenige Monate später, am 22. Mai 1939, im Israelitischen Krankenhaus in Hamburg.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmo-



Rosa Rehfeldts Unterschrift auf ihrer Heiratsurkunde  
StaH

noxid getötet. Unter ihnen befand sich Rosa Rehfeldt. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Rosa Rehfeldts Tochter, Philippine, blieb unverheiratet. Als sie den Tod ihres Vaters Marcus beim Standesamt meldete, wohnte sie in der Rappstraße 22 in Hamburg-Rotherbaum. Sie gehörte zu den 1034 jüdischen Menschen, die am 25. Oktober 1941 auf Anordnung der Gestapo von Hamburg in das Getto „Litzmannstadt“ (Łódź) deportiert wurden. Ihr weiteres Schicksal ist unklar. Im Gedenkbuch des Bundesarchivs ist vermerkt, dass sie dort am 25. April 1942 ums Leben kam. Anderen Quellen zufolge wurde sie an diesem Tag ohne Angabe des Ziels weiter deportiert.

Leopold, Rosa Rehfeldts Schwager, und seine zweite Ehefrau, Alice Graff, geborene Müller, wurden am 18. November 1941 nach Minsk deportiert und kamen dort ums Leben. Für sie liegen Stolpersteine am Großneumarkt 38. Für Rosa Rehfeldt ist ein Stolperstein in Hamburg-Harvestehude, Grindelberg 5-7, geplant.

Die Schicksale von Rosa Rehfeldts Brüdern Gotthelf und Isidor Goldberger sind nicht bekannt.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandsaufsicht A 100 Geburtsregister Nr. 7593/1870 Rosa Goldberger, A 138 Geburtsregister Nr. 6211/1872 Isidor Goldberger, A 176 Geburtsregister Nr. 3068/1874 Gotthelf Goldberger, A 212 Geburtsregister Nr. 7453/1875 Martha Goldberger, B 31 Heiratsregister Nr. 287/1870 Moises Goldberger/Jette Friedburg, 332-5 Standesämter 38 Sterberegister Nr. 3695/1877 Louis Eduard Goldberger, 1103 Sterberegister Nr. 327/1939 Marcus Rehfeldt, 1911 Geburtsregister Nr. 4162/1877 Louis Eduard Goldberger, 8021 Sterberegister Nr. 602/1914 Jette Goldberger, 8650 Heiratsregister Nr. 172/1907 Marcus Rehfeldt/Rosa Goldberger, 8651 Heiratsregister Nr. 275/1907 Löb (Leopold) Graff/Martha Goldberger, 332-8 Meldewesen (Alte Einwohnermeldekartei 1892–1925); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Rosa Rehfeldt der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

■ **Anna Reichenbach,**  
**geb. am 25. 4. 1868 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Anna Reichenbachs Mutter, Amalie Koppel, geboren am 23. Juli 1840 in Hamburg, heiratete am 14. November 1858 den Kürschner Bernhard Reichenbach, geboren im April 1833 in Borbeck (heute ein Stadtteil von Essen). Beide bekannten sich zum jüdischen Glauben.

Das Ehepaar wohnte zunächst in der Fuhlentwiete im Hamburger Stadtteil Neustadt und wechselte mehrmals den Wohnsitz, bis es schließlich viele Jahre in der ABC-Straße 2 lebte und dort auch elf seiner achtzehn Kinder bekam. Vier der Kinder wurden tot geboren bzw. starben bei oder kurz nach der Geburt, sieben im Säuglingsalter.

Das Schicksal von vier Nachkommen, nämlich von Bertha Reichenbach, geboren am 8. November 1862, Bruno Reichenbach, geboren am 4. Februar 1864, und Alfred Reichenbach, geboren am 2. Februar 1870, und Gretchen Reichenbach, geboren 19. Juni 1874, ist ungewiss.

Von drei Kindern wissen wir, dass sie das Erwachsenenalter erreichten: Anna Reichenbach, geboren am 25. April 1868, Mary Reichenbach, geboren am 2. Februar 1867, Carl Reichenbach, geboren am 3. Oktober 1881.

Bernhard und Amalie Reichenbach, die viele Schicksalsschläge durch die Todgeburten und das frühe Ableben mehrerer Kinder hinnehmen mussten, erlebten weder das Schicksal ihrer Tochter Anna noch das ihrer Tochter Mary. Beide Eltern waren noch im 19. Jahrhundert gestorben, Bernhard am 23. August 1884, Amalie am 3. Juni 1899.

Anna Reichenbach, von deren Kindheit, Jugend oder Ausbildung wir nichts wissen, wurde bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts erstmalig in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ aufgenommen. Auf der noch vorhandenen Patienten-Karteikarte lassen sich sieben Aufnahmen in Friedrichsberg nachvollziehen. Die letzte Aufnahme in der nach dem Ersten Weltkrieg in „Staatskrankenanstalt“ umbenannten Einrichtung wegen einer „Geisteskrankheit“ datiert vom 16. Juli 1930. Anna Reichenbach blieb hier bis Juni 1935 und wurde dann für die nächsten Jahre in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Anna Reichenbach gehörte zu den Männern und Frauen, die schon vor dem Stichtag in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn lebten. Am 23. September 1940 wurde sie mit den anderen Männern und Frauen aus den norddeutschen Anstalten in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel transportiert. Noch am selben Tag töteten man die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Anna Reichenbachs Schwester Mary heiratete am 12. Januar 1894 den aus einer Klempnerfamilie stammenden jüdischen Mechaniker Feodor Stern, geboren am 1. Dezember 1871 in Borbeck. Marys Bruder Carl Reichenbach war als Trauzeuge anwesend. Aus der Heiratsurkunde wissen wir, dass er in Manchester lebte. Die Ehe mit Feodor Stern wurde nach nur zwei Jahren „vom Bande“ geschieden. Die Scheidung „vom Bande“ erlaubte eine Wie-

derverheiratung. Die Klausel „vom Bande“ wurde dann ausgesprochen, wenn im Heimatstaat des einen Partners das Recht der katholischen Kirche galt und damit eine Wiederverheiratung nach einer Ehescheidung eigentlich ausgeschlossen war. Aus der Ehe ging die am 22. November 1894 geborene Tochter Käthe hervor. Sie ergriff den Beruf der Kontoristin, starb aber schon am 22. Oktober 1918 mit kaum 24 Jahren. Am 15. Juli 1942 erhielt Mary Stern den Befehl für die Deportation nach Theresienstadt. Zwei Monate später, am 21. September 1942, wurde sie nach Treblinka weitertransportiert und vermutlich dort ermordet. Die Hamburger Deportationsliste vom 15. Juli 1942 enthält auch die Namen ihres früheren Ehemannes Feodor Stern und dessen zweiter Ehefrau Johanna, geborene Jüdel, geboren am 1. Januar 1865 in Altona. Johanna Stern kam am 8. Februar 1943 in Theresienstadt ums Leben. Feodor Stern, der abweichend von der Schreibweise in seiner Heiratsurkunde, auf seiner Kennkarte und in der Deportationsliste Fedor geschrieben wurde, gehörte zu den Wenigen, deren Gefangenschaft durch die Rote Armee beendet wurde.

Für Mary Stern liegt ein Stolperstein in der Isestraße 21. Dort wohnte sie zuletzt als Untermieterin bei Carl Richard Sohn, der ebenfalls nach Theresienstadt deportiert wurde (siehe [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)). Für Johanna Stern liegt der Stolperstein in der Gertigstraße 22 in Hamburg Winterhude (siehe [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)). An Anna Reichenbach erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, ABC-Straße 2.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1;2; 3; 4; 5; 7; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandsaufsicht A4 Geburtsregister Nr. 1068/1866 Reichenbach ohne Namen, A 25 Geburtsregister Nr. 581/1867 Carl Reichenbach, A 48 Geburtsregister Nr. 2238/1868 Anna Reichenbach, A 65 Geburtsregister Nr. 1307/1869 Herman Reichenbach, A 83 Geburtsregister Nr. 697/1870 Alfred Reichenbach, A 151 Geburtsregister Nr. 2114/1873 Kind ohne Namen Reichenbach, A 179 Geburtsregister Nr. 4395/1874 Gretchen Reichenbach; 332-5 Standesämter 16 Sterberegister Nr. 2065/1876 Frieda Reichenbach, 37 Sterberegister Nr. 3036/1877 Martin Reichenbach, 69 Sterberegister Nr. 1907/1879 Betsy Reichenbach, 165 Sterberegister Nr. 2552/1884 Bernhard Reichenbach, 1884 Geburtsregister Nr. 3434/1876 Frieda Reichenbach, 1912 Geburtsregister Nr. 4911/1877 Martin Reichenbach, 1934 Geburtsregister Nr. 3790/1878 Reichenbach ohne Namen, 1955 Geburtsregister Nr. 2820/1879 Betsy Reichenbach, 2029 Geburtsregister Nr. 2173/1882 Reichenbach ohne Namen, 2005 Geburtsregister Nr. 3443/1881 Reichenbach ohne Namen, 7925 Sterberegister Nr. 1119/1899 Amalie Reichenbach, 8047 Sterberegister Nr. 697/1918 Käthe Stern, 8565 Heiratsregister Nr. 13/1894 Feodor Stern/Mary Reichenbach, 8778 Heiratsregister Br. 130/1923 Iwan Reichenbach/Rifka Becky Grünberg, 9100 Geburtsregister Nr. 2093/1894 Käthe Stern; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1834 Feodor Stern; 522-1 Jüdische Gemeinden 696e Geburtsregister Nr. 70/1859 Caroline Reichenbach, Nr. 50/1860 Caecilie Reichenbach, 696f Geburtsregister Nr. 246/1862 Bertha Reichenbach, Nr. 14/1865 Selma Reichenbach, 702d Heiratsregister Nr. 56/1858 Bernhard Reichenbach/Amalie Koppel, 725i Sterberegister Nr. 124/1869 Caecilie Reichenbach, 725k Sterberegister Nr. 233/1865 Selma Reichenbach; 332-8 Meldewesen (Alte Einwohnermeldekartei 1892–1925); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941.

## ■ Bernhard Reiss,

**geb. am 31. 10. 1871 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Bernhard Reiss' Vater, der am 25. März 1840 geborene bayerische Staatsangehörige Michael Reiss aus Alsheim bei Worms, heiratete im Dezember 1865 die Hamburgerin Adele Lewin, geboren 1843, und ließ sich in der Heimatstadt seiner Ehefrau nieder. Beide Eheleute bekannten sich zur jüdischen Religion.

Am 28. Februar 1866 kam der erste Sohn, Alexander, zur Welt. Ihm folgten am 5. August 1869 Theodor und am 31. Oktober 1871 Henry, der im Mai 1872 in Bernhard umbenannt wurde. Am 21. Mai 1876 kam das vierte Kind, Henry, zur Welt. Schließlich bekamen Michael und Adele Reiss am 25. Februar 1880 noch eine Tochter, Hanchen.

Die Familie wohnte zunächst in der Peterstraße, wahrscheinlich ab 1869 in der Straße Krayenkamp 18, beide in der Hamburger Neustadt gelegen. Michael Reiss gab bei der Geburt seiner Kinder als Beruf Handelsmann an. Im Hamburger Adressbuch wurde er regelmäßig als Zigarrenarbeiter bezeichnet.

Adele Reiss starb bereits am 5. Februar 1882 im Alter von 39 Jahren. Bernhard war erst zehn Jahre, Hanchen noch nicht ganz zwei Jahre alt. Michael Reiss ging am 14. November 1882 eine zweite Ehe ein, und zwar mit der ebenfalls jüdischen Regina Katz, geboren am 10. November 1843 in Eiterfeld nordöstlich von Frankfurt a. M. Die Ehe blieb kinderlos.

Bernhard Reiss, als Handlungsgehilfe tätig, lebte auch als junger Erwachsener im Haushalt seines Vaters und seiner Stiefmutter. Bernhard war 24 Jahre alt, als sein Arzt ihn als „maniakalisch erregt“ beurteilte und am 26. Mai 1895 in die „Irrenanstalt Friedrichsberg“ einwies. Da sich Bernhard Reiss' Krankheitszustand über längere Zeit nicht veränderte, wurde er am 19. September 1902 in die „Irrenanstalt Langenhorn“ verlegt. Auch hier zeigten sich laut der Krankenakte keine Verbesserungen seines Krankheitsbildes.

Aufgrund dauernder Überbelegung der inzwischen in „Staatskrankenanstalt“ umbenannten Einrichtung in Langenhorn hatte Hamburg in der Lübecker Heilanstalt Strecknitz neue Gebäude darlehensweise finanziert und sich dafür weitgehende Belegungsrechte für diese „Hamburger Häuser“ gesichert. Aufgrund dieses



Hof im Hamburger Gängeviertel vom Krayenkamp 18 aus gesehen  
*Hamburg-Bildarchiv*

Heilanstalt Strecknitz  
Lübeck

## Aktenvermerk

Zer - Akt - hier am 3.10.1930 aufgenommen  
Bernhard Reiss geb. 31.10.1871 in Hamburg

ist am 16. September 1940 aus der Heilanstalt entlassen aus der Heilanstalt entlassen  
und woher (ist, soweit bekannt, Hamburg-Langenhorn, Heil- u. Pflegeanstalt.

Lübeck, den 16. September 1940.

(174)

*Handwritten:* Ufg.

1. Auslagen a) Reisebuch ✓  
b) Zugsbuch ✓  
c) Staufisch ✓  
d) Reisbuch ✓

2. Nachricht an a) Gefühlsheimat ✓  
b) polizeiliche Meldebüro ✓  
c) Hollenreicher *Handwritten:* Handwritten: ✓

Lübeck, den 16. September 1940.

*Handwritten:* Handwritten:

Aktenvermerk über Bernhard Reiss' Überführung aus Strecknitz nach Langenhorn  
*StaH*

Abkommens wurde Bernhard Reiss am 3. Oktober 1930 nach Strecknitz überstellt und blieb dort bis 1940.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Bernhard Reiss am 16. September 1940 in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich auch Bernhard Reiss. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Bernhard Reiss' Vater Michael war 1910 im Alter von 70 Jahren verstorben, seine Stiefmutter Regina Reiss, geborene Katz, 1916 im Alter von 72 Jahren. Die Schicksale von Bernhards Geschwistern Alexander, Henry, Theodor und Hanchen sind nicht bekannt. Sie sind weder im Hamburger noch im Gedenkbuch des Bundesarchivs genannt.

An Bernhard Reiss soll ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Kraysenkamp – vor dem Park (ehemals Kraysenkamp 18), erinnern.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-03 Zivilstandsaufsicht A 3 Geburtsregister Nr. 874/1866 Alexander Reiss, A 119 Geburtsregister Nr. 6501/1871 Henry (Bernhard) Reiss, 332-5 Standesämter 123 Sterberegister Nr. 384/1882 Adele Reiss, 749 Sterberegister Nr. 558/1916 Regina Reiss, 1882 Geburtsregister Nr. 2437 Henry Reiss, 1975 Geburtsregister Nr. 975/1880 Hanchen Reiss, 2644 Heiratsregister Nr. 1303 Michael Reiss/Regina Katz, 8005 Sterberegister Nr. 805/1910 Michael Reiss; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn 1991/1 1154 Bernhard Reiss; 522-1 Jüdische Gemeinden 702 d Heiratsregister Nr. 85/1865 Michael Reiss/Adele Lewin; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datapool Erich Koch, Schleswig.

### ■ **Ella Esther Rosenblum,**

**geb. am 14. 9. 1882 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Der am 7. Juli 1849 geborene Kaufmann Ascher Rosenblum und seine Ehefrau Johanna, geborene Simon, geboren am 28. September 1842, beide jüdischen Glaubens, bekamen ihre ersten Kinder in Aschers Geburtsstadt Salzwedel: Max, geboren am 16. Juni 1875, Moritz, geboren am 14. September 1876, und Betti, geboren am 1. August 1878, deren Name später abweichend von dem Geburtsregistereintrag immer Betty geschrieben wurde.

Die Eheleute ließen sich kurz vor der Geburt ihres vierten Kindes in Hamburg nieder. Ella Esther kam am 14. September 1882 in der Admiralitätsstraße 30 in der Hamburger Neustadt zur Welt. Das jüngste Kind, Henriette, wurde am 22. Mai 1884 in der Wilhelminenstraße 35 im Stadtteil St. Pauli geboren.

Ascher Rosenblum nannte sich nun Adolf. Er betrieb ab 1884 ein Lager für Wagnereisen, weitere Geschäftsaktivitäten ließen sich nicht ermitteln. Die Familie verlegte ihren Wohnsitz mehrmals, bis sie sich im Mai 1899 in der Straße Schulterblatt 78 im Stadtteil Sternschanze niederließ. Hier starben Ascher und Johanna Rosenblum 1915 bzw. 1916. Betty, Ella Esther und Henriette, die bis zuletzt bei ihren Eltern gewohnt hatten, mieteten gemeinsam eine Wohnung in der Straße Durchschnitt 8 im Stadtteil Harvestehude. Ella Esther trug als Kassiererin und Henriette als Schneiderin zum Haushaltseinkommen bei. Ob Betty berufstätig war und über ein Einkommen verfügte, ist nicht überliefert. Die Brüder Max und Moritz hatten schon früher den elterlichen Haushalt verlassen.

Bei Ella Esther müssen sich im Laufe der zwanziger Jahre Krankheitssymptome gezeigt haben, die zu ihrer Aufnahme in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg vom 17. September 1928 bis zum 30. Januar 1929 führten. Wir wissen nicht, ob sie danach wieder in ihre häusliche Umgebung zurückkehren konnte. Am 18. April 1936 kam sie in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn und blieb dort bis 1940.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen und am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportieren ließ, war Ella Esther Rosenblum unter ihnen. Noch am selben Tag wurden die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurden in den Sterbemitteilungen falsche Angaben verwendet und behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregister eintrag von Ella Esther Rosenblum wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II (Generalgouvernement)“ ihren Tod unter der Nummer 447/1941 registriert hat.

Auch Ella Esther Rosenblums Geschwister wurden im Holocaust ermordet: Max Rosenblum hatte Jenny Jacob, geboren am 27. August 1874, in Bühl (Baden) geheiratet. Das Ehepaar bekam am 9. Dezember 1913 einen Sohn, Erich. Die Familie wohnte in der Straße Grindelhof 9 im Stadtteil Rotherbaum. Max und Jenny Rosenblum wurden am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert, am 21. September 1942 nach Treblinka weiterdeportiert und dort ermordet. Ihr Sohn Erich Rosenblum hatte an einer Hamburger Handelsschule eine Ausbildung als Buchhalter abgeschlossen. Er wurde am 15. Dezember 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Nach seiner Freilassung flüchtete er in die Niederlande. Aus Amsterdam sind zwei Adressen bekannt: die N. Kerkstraat 107 und der Stadionweg 129c. Außerdem hielt er sich wohl auch eine Zeit lang im „Werkdorp Nieuwesluis“ im niederländischen Wieringermeer auf. Erich Rosenblum wurde am 26. Mai 1943 in Westerbork interniert und blieb dort verhältnismäßig lange, da er als Buchhalter von Nutzen für die Lagerverwaltung war. Er wurde am 11. Februar 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Moritz Rosenblum hatte zeitweise bei seinen Schwestern im Durchschnitt 8 gewohnt. Er verließ Hamburg im Jahr 1924 und wandte sich nach Chemnitz und Stuttgart. Wahrscheinlich heiratete er während seiner Abwesenheit aus Hamburg. Wir wissen jedoch nicht wen und wann. Auf seinen 1933 angelegten Kultussteuerkarten wurde nur notiert, dass seine Ehefrau verstorben sei. In den Hamburger Sterberegistern findet sich dafür jedoch kein Beleg. Möglicherweise war Moritz Rosenblum bereits vor seiner Rückkehr nach Hamburg im Jahr 1933 Witwer geworden. Völlig erblindet und mittellos wohnte er nun an verschiedenen Adressen zur Untermiete, darunter in der Straße Bockhorst 54 in Iserbrook, zuletzt im Grindelberg 80 bei Rosenberg, bevor er am 5. März 1942 in die Beneckestraße 6, ein „Judenhaus“, umziehen musste. Moritz Rosenblum wurde am 15. Juli 1942 in das Getto Theresienstadt deportiert und kam dort am 2. März 1944 ums Leben.

Henriette und Betty Rosenblum lebten völlig mittellos noch in der Straße Durchschnitt 8, als sie den Deportationsbefehl erhielten. Beide wurden am 6. Dezember 1941 mit weiteren 751 Frauen, Kindern und Männern nach Riga deportiert, wo sie umkamen.

Ihre Wohnungseinrichtung und weitere Habe wurde in den Gerichtsvollzieherhallen der Gerichtsvollzieherei, Drehbahn 36, versteigert. Die Oberfinanzkasse Hamburg eignete sich den Versteigerungserlös von 356,90 RM an.

Für Ella Esther Rosenblum ist ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum in der Straße Durchschnitt 8 geplant. Dort sollen Stolpersteine auch an Betty und Henriette Rosenblum erinnern. Für Max, Jenny und Erich Rosenblum sollen Stolpersteine in Hamburg-Rotherbaum, Grindelhof 9 gelegt werden. Für Moritz Rosenblum liegt ein Stolperstein in Iserbrook in der Straße Bockhorst 52, seine eigentliche Adresse lautete Bockhorst 54.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 3; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 214-1 Gerichtsvollzieherwesen 592 Henriette und Betti Rosenblum; 332-5 726 Sterberegister Nr. 936/1915 Ascher Rosenblum, 749 Sterberegister Nr. 753/1916 Johanna Rosenblum, 2032 Geburtsregister Nr. 4437/1882 Ella Esther Rosenblum, 2078 Geburtsregister Nr. 2498/1884 Henriette Rosenblum; 332-8 Meldewesen K 6892; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 522-1 Jüdische Gemeinden 390 Wählerliste 1930, 922 e 2 Bd. 3 und 4 Deportationslisten; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Ella Rosenblum der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadtarchiv Bühl/Baden, Geburtsregister Nr. 75/1874 Jenny Jacob; Stadtarchiv Salzwedel, Geburtsregister Nr. 1992/1849 Ascher Rosenblum, Geburtsregister Nr. 103/1875 Max Rosenblum, Geburtsregister Nr. 153/1878 Betti Rosenblum, Geburtsregister Nr. 193/1876 Moritz Rosenblum; Stadt Bühl (Hrsg.), Jüdisches Familienbuch Bühl 1810–1945, Bühl 2014, S. 109.

## ■ **Lucie Rothschild,**

**geb. am 18. 9. 1907 in Berlin, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Lucie Rothschild kam am 18. September 1907 als Tochter des Kaufmanns Israel Rothschild und seiner Ehefrau Elise Rothschild, geborene Meininger, zur Welt. Das Ehepaar wohnte zu der Zeit in Berlin-Schöneberg, Heilbronnerstraße 5. Es bekannte sich zur jüdischen Religion. Diese wenigen Informationen gehen aus Lucie Rothschilds Geburtsurkunde hervor. Weitere Einzelheiten über ihre Kindheit oder Jugend kennen wir nicht. Lucie erlernte den Beruf der Verkäuferin und wohnte in den 1920er- und 1930er-Jahren in vielen Städten, oft als Untermieterin ihrer Mutter. Im März 1930 hatte sie die Absicht, sich zu verheiraten. Dazu kam es aber nicht.

In der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre muss Lucie Rothschild nach Hamburg gekommen sein. Sie wurde im August 1937 vom Amtsgericht Hamburg wegen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, die am 27. Februar 1938 enden sollte. Danach sollte sich eine

Unterbringung in einer „Entziehungsanstalt“ anschließen. Wir wissen nicht, welche konkrete Straftat der Verurteilung zugrunde lag. Aus der damaligen Haftkarteikarte ergibt sich, dass Lucie Rothschild zwei Geschwister hatte. Lucies Vater war bereits verstorben, ihre Mutter lebte inzwischen in Tel Aviv.

Am 26. Februar 1938 wurde Lucie Rothschild aus der Haft direkt in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn überführt. Sie blieb dort bis 1940. Welche Art der „Entziehung“ mit dieser Einweisung bezweckt wurde, ist nicht bekannt.

Das Reichsinnenministerium zog im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammen. Am 23. September 1940 wurden die Menschen, unter ihnen Lucie Rothschild, in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel transportiert. Noch am selben Tag wurden sie in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Lucie Rothschild wurde wahrheitswidrig notiert, dass sie am 30. Januar 1941 gestorben sei und das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 363/1941 registriert hat.

Eine Adresse von Lucie Rothschild in Hamburg ist nicht bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III\_3171-2/4 U.A. 4, Listen psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten des Krankenhauses Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); Standesamt Berlin-Schöneberg, Geburtsregister Nr. 2452/1907 Lucie Rothschild; Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 102 Nr. 7427 Meldeblatt.

## ■ **Helena Saldorf,** **geb. am 30. 8. 1858 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt** **Brandenburg an der Havel**

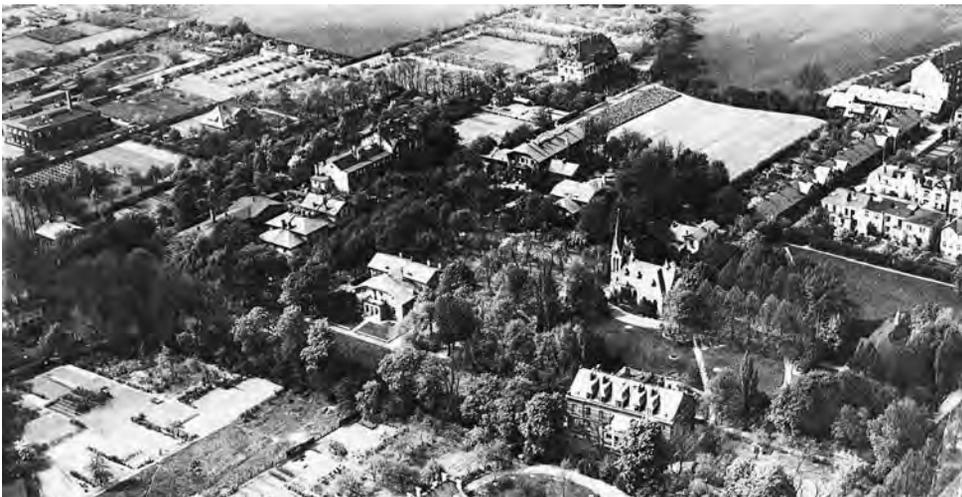
Helena Saldorf kam als ältestes von drei Kindern der jüdischen Eheleute Salomon Michel und Miehne Saldorf am 30. August 1858 in Hamburg zur Welt. Nach ihr wurden Mathilde am 4. September 1861 und Miguel am 3. Juni 1865 ebenfalls in Hamburg geboren. Die Familie bekannte sich zur jüdischen Religion. Die Eltern, Salomon Michel Saldorf,

geboren am 25. August 1820 in Bremen, und Miehne, geborene Collin, geboren im April 1824 in Plön, hatten am 21. Februar 1858 in Hamburg geheiratet.

Die Familie Saldorf wohnte bei Helenas Geburt in der Straße Hütten 61 in der Hamburger Neustadt, bei der Geburt der beiden anderen Kinder in der Görttwiete zwischen Hopfenmarkt und Rödingsmarkt in der Hamburger Altstadt.

Salomon Michel Saldorf übte zunächst den Beruf des Lithografen aus. Seine Aufgabe bestand darin, Druckvorlagen möglichst genau seitenverkehrt auf den Lithografiestein zu übertragen. Schon zur Zeit von Helenas Geburt hatte er seinen Tätigkeitsbereich um den Steindruck erweitert. Die Steindruckwerkstatt und die Familienwohnung befanden sich an derselben Adresse, Hütten 61. Das Hamburger Adressbuch weist den Steindruckler „M. Saldorf“ ab 1867 in der Deichstraße 31 (heute Deichstraße 29) in der Hamburger Altstadt aus. Hier lebte und arbeitete die Familie mehr als zwanzig Jahre. Neben der Lithografie und Steindruckerei in der Deichstraße 31, am Fischmarkt 2 und in der Straße Schopenteich 15/16 beteiligte sich Michel Saldorf an einem Unternehmen unter dem Namen Saldorf & Heinike, Lithografie, Buch- u. Steindruckerei mit fast identischem Firmenzweck. Als Salomon Michel 1874 starb, übernahm seine Witwe Miehne den Betrieb und führte ihn bis 1891 weiter. Helena Saldorfs Bruder Miguel war in das Druckereiunternehmen eingestiegen. Er heiratete 1892 die ebenfalls jüdische Schneidertochter Emily Lazarus, geboren am 22. Juni 1874 in Manchester. Miehne Saldorf gab den Betrieb in der Deichstraße auf, sodass sich Miguel Saldorf auf das neue Unternehmen konzentrierte.

Miehne Saldorf wohnte nun zusammen mit ihrem Sohn und wahrscheinlich auch mit Helena in der Großen Reichenstraße 49/51, ebenfalls in der Hamburger Altstadt gelegen.



Luftbild der diakonischen Anstalt Ansharhöhe in Hamburg-Eppendorf

*Harald Jenner/Ansharhöhe*

Ob die zweite Tochter Mathilde noch im Haushalt der Mutter lebte, ist nicht bekannt. Über Helena Saldorfs Kindheit, Jugend, Schulbesuch oder Ausbildung ist nichts überliefert. Ihre Patienten-Karteikarte lässt erkennen, dass sie gesundheitliche Probleme hatte und gegen Ende des 19. Jahrhunderts stationär in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ behandelt wurde.

Im November 1904 wurde sie in der „Irrenanstalt Langenhorn“ aufgenommen. Dies erlebte ihre Mutter Miehne nicht mehr. Sie war am 8. Februar 1903 gestorben. 1935 kam Helena Saldorf in das Carl-Ninck-Haus der diakonischen Anstalten Ansharhöhe in Lokstedt (heute Hamburg-Eppendorf). Im Juli 1939 wurde sie erneut Patientin der jetzt Heil- und Pflegeanstalt genannten Einrichtung in Langenhorn.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen und am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt nach Brandenburg an der Havel transportieren ließ, war Helena Saldorf unter ihnen. Noch am selben Tag wurden die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Helena Saldorf wurde notiert, dass sie am 7. Dezember 1940 in Chelm verstorben sei und das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 569/1940 registriert hat.

Die Schicksale von Helena Saldorfs Geschwistern Mathilde und Miguel sowie dessen Ehefrau sind nicht bekannt. Ihre Namen sind in den Gedenkbüchern und Opferlisten nicht verzeichnet.

An Helena Saldorf erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Altstadt, Deichstraße 29 (ehemals Deichstraße 31).

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandsaufsicht C 149 Sterberegister Nr. 444/1874 Salomon Michael Saldorf; 332-5 Standesämter 518 Sterberegister Nr. 255/1903 Miehne Saldorf, 2792 Heiratsregister Nr. 802/1892 Miguel Saldorf/Emily Lazarus; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 522-1 Jüdischen Gemeinden 696e Geburtsregister Nr. 215/1858 Helena Saldorf, 696f Geburtsregister Nr. 221/1861 Mathilde Saldorf, 696f Geburtsregister Nr. 309/1865 Miguel Saldorf; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Helena Saldorf der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

■ **Hermann Seligsohn,**

**geb. am 8. 12. 1922 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt  
Brandenburg an der Havel**

Hermann Seligsohns Eltern, Ludwig und Gertha Seligsohn, geborene Mendel, heirateten am 15. August 1922 und wohnten in den Ehejahren in einem alten Speichergebäude in der Straße Cremon 24 in der Hamburger Altstadt.

Gerthas Mutter, Julie Mendel, hatte das Gebäude am Cremon nach dem Tod ihres Ehemannes Nathan Seligmann Mendel im Jahr 1911 erworben und dort die bisher im Herengraben 37–39 gelegene Kohlenhandlung weitergeführt. Gertha Seligsohn stammte aus einer kinderreichen jüdischen Familie in der Hamburger Neustadt, zu der auch ihre Schwester Berta Mendel, geboren am 6. Juli 1903, gehörte (siehe dort). Gertha und ihre Geschwister hatten ihre berufliche Ausbildung in der väterlichen Kohlenhandlung erhalten. Von drei Schwestern ist überliefert, dass sie das Lyzeum des Dr. Jacob Löwenberg absolvierten. Ihre Brüder besuchten die „Stiftungsschule von 1815“ am Zeughausmarkt (später Anton-Rée-Realschule, heute Anna-Siemsen-Gewerbeschule), die auch für christliche Schüler geöffnet war.



Cremon 24, Fleetseite (Inscription Kohlenhandlung Mendel Gebr.)

*Bildarchiv Hamburg*

Die Hochzeit ihrer Tochter Gertha mit Ludwig Seligsohn erlebte Julie Mendel nicht mehr, sie starb am 8. März 1921 in einem Sanatorium in Oberneuland bei Bremen und wurde neben ihrem Ehemann auf dem Jüdischen Friedhof Ilandkoppel in Hamburg-Ohlsdorf beerdigt.

Hermanns Vater, Ludwig Seligsohn, geboren am 31. Dezember 1883, war in Altona geboren wie vor ihm sein älterer Bruder Paul, geboren am 13. August 1882. Ihre Eltern, Hermann Seligsohn, geboren am 12. März 1854, gestorben am 15. Mai 1918, und Fanny, geborene Guttman, geboren am 21. Februar 1856, gestorben am 23. Oktober 1936, stammten aus Jastrow in Westpreußen bzw. aus Kempen in Schlesien. Kurz nach Ludwigs Geburt zogen sie von Altona in die Hamburger Neustadt in die 2. Marienstraße 18 (ab 1943 Jan-Valkenburg-Straße). Von ihren weiteren acht Kindern erlebten nur die Schwestern Helene Minna, geboren am 21. Januar 1886, gestorben am 11. Mai 1938, und Hedwig, geboren am 23. Oktober 1892, das Erwachsenenalter. Ludwigs Eltern lebte dann einige Jahre am Valentinskamp 42 und in der Straße Kohlhöfen 39. Im Jahr 1912 zogen sie in eine „bessere“ Wohngegend, in die Heinrich-Barth-Straße 6 im Grindelviertel. Dort übernahm Ludwig Seligsohn im Jahr 1918 die Firma seines kurz zuvor verstorbenen Vaters. Er hatte ebenfalls den Beruf des Tapezierers und Dekorateurs erlernt.

Gertha und Ludwig Seligsohn bekamen fünf Kinder, von denen nur zwei Söhne überlebten. Hermann, der älteste, wurde am 8. Dezember 1922 geboren und erhielt dessen Vornamen zur Erinnerung an seinen 1918 verstorbenen Großvater väterlicherseits. Walter, der jüngere, kam am 29. Juli 1928 zur Welt. Die Geschwister Ilse, geboren am 27. Juli 1926, Kurt, geboren am 21. Mai 1927, und Helga, geboren am 21. Juni 1930, starben im Säuglings- bzw. Kindesalter.

Hermann Seligsohn wies im Kleinkindalter Entwicklungsprobleme auf, lernte verspätet gehen und konnte auch nicht gut sprechen.

Etwa um 1930 zog das Ehepaar Seligsohn mit den beiden Söhnen Hermann und Walter in das Marcus-Nordheim-Stift in die Schlachterstraße 40/41, Haus 5, in der Hamburger Neustadt. Dort befanden sich 27 Wohnungen für arme jüdische Familien. Ludwig Seligsohn hatte das Tapeziergeschäft in der Heinrich-Barth-Straße aufgegeben, vermutlich hatte es sich nicht mehr rentiert.

Die Lebensverhältnisse der Familie wirkten sich wahrscheinlich nachteilig auf die Eltern und die Entwicklung der Kinder aus. Die Wohnung war sehr beengt und die wirtschaftliche Situation ärmlich. Hermann war mehrmals im jüdischen Kinderheim Wilhelminenhöh in Blankenese „zur Erholung“ untergebracht. Nach anfänglichem Besuch der Talmud Tora Schule musste er in den Schulkindergarten wechseln. Danach wurde er in die „Hilfsschule“ in der Mühlenstraße 4 in der Hamburger Neustadt eingeschult. Am 18. Mai 1931 wurde Hermann Seligsohn im Johannes-Petersen-Heim in Hamburg-Volksdorf aufgenommen und schon zwei Tage später in das Landheim Besenhorst bei Geesthacht versetzt. Schulische Fortschritte waren nicht zu verzeichnen.

Hermann stellte für das Heim eine sehr große Belastung dar. Es veranlasste deshalb seine Aufnahme in den Alsterdorfer Anstalten (heute Evangelische Stiftung Alsterdorf) am 18. April 1932. Nachdem er anfangs nur in der „Spiel-“ und später in der „Arbeitschule“ unterrichtet worden war, besserte sich seine Aufnahmefähigkeit mit dem dreizehnten Lebensjahr, sodass er in der zweiten und in der ersten Klasse (damals die höchsten Klassenjahrgänge) mit Erfolg unterrichtet wurde. Hermann wurde nun als fleißig und aufmerksam, soweit ihm dies möglich war, beschrieben. Allerdings schränkten ihn zeitweilige „Verwirrheitszustände und Versunkenheit während des Unterrichts“ ein. Ordnung und Sauberkeit wurden bemängelt, und er wurde als „ständiger Nässer aus Faulheit“ bezeichnet. Zu praktischen Arbeiten soll er nicht fähig gewesen sein.

Nach 1933 entwickelten sich die Alsterdorfer Anstalten zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb, in dem eugenische Vorstellungen und damit einhergehend auch Zwangssterilisationen als „Verhütung unwerten Lebens“ unterstützt wurden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich auch zu entsprechenden Maßnahmen in den Alsterdorfer Anstalten führte. Ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 diente als Vorwand, die Entlassung aller Juden aus den Alsterdorfer Anstalten vorzubereiten. Pastor Friedrich Karl Lensch, der Leiter der Einrichtung, sah in dem Urteil die Gefahr des Verlustes der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. Ein Schreiben vom 3. September 1937 an die Hamburger Fürsorgebehörde enthielt 18 Namen von „jüdischen Zöglinge[n], welche hier auf Kosten der Fürsorgebehörde untergebracht sind.“, darunter auch den von Hermann Seligsohn. Er wurde am 31. Oktober 1938 mit 14 weiteren jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern aus Alsterdorf zunächst in das Versorgungsheim Oberaltenallee und von dort in das Versorgungsheim Farmsen verlegt. Im April 1940 konnten sich die Alsterdorfer Anstalten schließlich des letzten jüdischen Anstaltsbewohners entledigen.

Hermann Seligsohn kam am 18. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn. Das Reichsinnenministerium hatte im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion verfügt, dass Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen seien. Am 23. September 1940 wurden die Menschen, unter ihnen Hermann Seligsohn, in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Hermann Seligsohns Tante, Berta Mendel, wurde wie er am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel verschleppt und dort am sel-

ben Tag mit Kohlenmonoxid ermordet. Ob sich Berta Mendel und Hermann Seligsohn kannten, ist nicht überliefert. Berta Mendels Biografie findet sich in diesem Band.

Auch die übrigen Angehörigen der Familie Seligsohn kamen im Holocaust ums Leben. Ludwig und Gertha Seligsohn, die zuletzt in das „Judenhaus“ in der ehemaligen Kleinen Papagoyenstraße 11 in Hamburg Altona eingewiesen worden waren, wurden mit ihrem dreizehnjährigen Sohn Walter am 8. November 1941 in einem Transport mit 968 Personen in das Getto von Minsk deportiert und wahrscheinlich dort ermordet.

Ludwig Seligsohns Schwester Hedwig hatte 1914 den Harburger Garderobenhändler Moritz Laser geheiratet und bekam mit ihm die Söhne Hermann und Werner. Diese Familie emigrierte nach Paraguay.

An Gertha, Ludwig und Walter Seligsohn erinnern Stolpersteine in Hamburg-Altstadt, Cremon 3, vor dem Neptunhaus (ehemals Cremon 24). Hier wird auch einer an Hermann Seligsohn erinnern.

*Susanne Rosendahl*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 653 Sterberegister Nr. 138/1911 Nathan Seligman Mendel, 924 Sterberegister Nr. 20/1927 Ilse Seligsohn, 970 Sterberegister Nr. 185/1930 Helga Seligsohn, 1053 Sterberegister Nr. 381/1936 Fanny Seligsohn, 2231 Sterberegister Nr. 4242/1890 Fanny Seligsohn, 3387 Heiratsregister Nr. 901/1920 Julius Nathan/Clara Mendel, 6230 Geburtsregister Nr. 84/1884 Hermann Seligsohn, 8046 Sterberegister Nr. 270/1918 Hermann Seligsohn, 8698 Heiratsregister Nr. 366/1914 Hedwig Seligsohn/Moritz Laser 351-11 Amt für Wiedergutmachung 43663 Inge Lusk, 19009 Jacob Heilbut, 8127 Franziska Rüdiger, 1181 Harry Mendel, 16954 Philipp Mendel, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 522-1 Jüdische Gemeinden 922 e 2 Deportationslisten; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv: Erbgesundheitskarteikarte Hermann Seligmann, Aufnahmebuch; Ebbinghaus/Kaupen-Haas/Roth, Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg S. 63; Michael Wunder, Auf dieser schiefen Ebene ..., 2016; Hildegard Thevs, Stolpersteine in Rothenburgsort, Familie Laser, S. 67 ff. <http://www.dasjuedischehamburg.de/inhalt/nordheim-marcus> [3. 7. 2017].

■ **Dorothea Dorthy Silberberg,**  
**geb. am 7. 11. 1883 in Grätz/Posen (heute Grodzisk/Polen), ermordet am 23. 9. 1940 in**  
**der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Dorothea Dorthy Silberberg wurde am 7. November 1883 in Grätz in der früheren Provinz Posen als Tochter der Eheleute Max Silberberg und Cäcilie, geborene Jacobi, geboren. Max Silberberg war als Kaufmann tätig. Die Eltern bekannten sich zur jüdischen Religion.

Über Dorothea Dorthy Silberbergs Lebensweg finden sich erstmals Anhaltspunkte in ihrem Erwachsenenalter. Sie war ledig und lebte ab Anfang der 1930er-Jahre in der Privatanstalt „Fräulein Clausen“ in Friedrichsfeld in der Gemeinde Prinzenmoor in der Nähe von Rendsburg, wo sie wahrscheinlich zwischen 1931 und 1933 aufgenommen worden war.

In Friedrichsfeld war auf dem Gelände eines früheren Glashüttenwerks 1883 eine private Einrichtung für Nerven- und Gemütskranke entstanden. Die Bewohnerinnen unterhielten den um das Hauptgebäude angelegten Park und versorgten den weitläufigen Obst- und Gemüsegarten. Die Kranken stammten zumeist aus „besseren“ Familien, die sich die gehobene Unterbringung leisten konnten. In einem Prospekt der Einrichtung hieß es: „Die Besetzung Friedrichsfeld, unweit der Eider gelegen, bietet nerven- und gemütskranken Damen, die nicht in eine grosse Anstalt wollen und doch in der Familie nicht bleiben können, einen ruhigen und gesunden Aufenthalt.“ Zwischen 1910 und 1942 leiteten die beiden Schwestern Margarethe und Cäcilie Clausen ihre Anstalt, die ca. 35 Bewohnerinnen aufnehmen konnte.

Dorothea Dorthy Silberberg wurde am 18. September 1940 aus Friedrichsfeld kommend in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn aufgenommen. Dieser Verlegung war Folgendes vorausgegangen:

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Dorothea Dorthy Silberberg. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Von Dorothea Dorthy Silberberg ist keine persönliche Adresse in Hamburg bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Gemeinde Prinzenmoor, Melderegisterauszug Friedrichsmoor 1931–1933; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Jürgen Rust (Red.), Prinzenmoor, S. 124 ff.

■ **Gottfried Simon,**

**geb. am 12. 12. 1885 in Mannheim, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Gottfried Simon war einer von drei Söhnen des in Mannheim lebenden Kaufmanns David Simon, geboren am 27. Juni 1851 in Mainz, und seiner Ehefrau Wilhelmine Leondine Louise, geborene Salomon, geboren am 7. Oktober 1860 ebenfalls in Mainz. Die Eltern hatten am 2. Februar 1882 in Mainz geheiratet und bekannten sich zur jüdischen Religion. David Simon ließ sich 1878 in Mannheim nieder, um dort ein Agenturgeschäft zu betreiben. Nach der Heirat zog Leondine Simon zu ihrem Ehemann nach Mannheim.

Am 5. Dezember 1882 bekam das Ehepaar Simon sein erstes Kind, Leo. Ihm folgten Gottfried am 12. Dezember 1885 und Franz am 19. Mai 1890. Alle Söhne wurden in Mannheim geboren.

David Simon scheint beruflich recht erfolgreich gewesen zu sein. Er arbeitete als „Agent“ (Vertreter), Kaufmann und „Banquier“. Zudem hatte er laut Meldekarte auch das Amt eines Konsuls übernommen, für welches Land, ist nicht überliefert. Er starb 1923. Seine Witwe verließ Deutschland am 21. März 1936 und nahm ihren Wohnsitz in Wien.

Gottfried Simon lebte bis 1915 in Mannheim. Er gab Kaufmann als Beruf an. Danach lässt sich sein Aufenthalt nur lückenhaft verfolgen. Zwischen 1923 und 1925 soll er im Gefängnis in Frankenthal (Pfalz) eingesperrt haben. Der Grund ist nicht bekannt. Im September 1925 meldete er sich nach Wien ab. 1934 hielt er sich in Berlin-Lichterfelde auf. Gottfried Simon war vor dem 14. November 1939 Patient der Landesheilanstalt Neustadt und wurde an diesem Tag in die Landesanstalt Neustrelitz-Strelitz, Abteilung Heil- und Pflegeanstalt, verlegt. Über den Grund seines Anstaltsaufenthalts geben die noch vorhandenen Dokumente keine Auskunft.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Landesanstalt Neustrelitz-Strelitz, Abteilung Heil- und Pflegeanstalt, meldete mit Schreiben vom 12. September 1940 an den Oberstaatsanwalt in Altona, „daß der am 14. November 1939 aus Neustadt nach hier verlegte asoziale Irre, der Jude Gottfried, Fritz, Israel Simon, geb. 12. 12. 1885 in Mannheim, am 17. d. Mts. durch einen hiesigen Transporteur nach Langenhorn gebracht werden wird.“

So geschah es. Am 17. September 1940 überführte ein Aufseher Gottfried Simon in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn. Die Landesanstalt Neustrelitz-Strelitz meldete am selben Tag Vollzug an den Oberstaatsanwalt Altona.

Die jüdischen Frauen und Männer aus den norddeutschen Anstalten wurden gemeinsam mit den bereits länger in Langenhorn lebenden Jüdinnen und Juden am 23. Septem-

**Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A-Z**

ber 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt nach Brandenburg an der Havel gebracht. Noch am selben Tag wurden sie in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

In allen dokumentierten Mitteilungen wurde zur Verschleierung der Mordaktion behauptet, dass die Betroffenen in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) verstorben sei. Auf dem Geburtsregistereintrag von Gottfried Simon wurde notiert: „Gestorben 9. Jan. 1941 in Chelm Nr. I 8/37/41. B. 15/41.“

Die Schicksale von Gottfried Simons Brüdern Leo und Franz kennen wir nicht.

Von Gottfried Simon ist keine persönliche Adresse in Hamburg bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

Zu- und Vorname: *Dr. 12.12.85 Simon Gottfried Fritz Simon*

Stand: *Lehrer*

Geburtsort: *Moambesia*

Geburtszeit: *12. 12. 85*

Religion: *?* *ist.*

Staatsangehörigkeit: *Baden*

Militärverhältnis:

Ob früher schon in Mannheim: *Nein*

Leher Aufenthalt: *Moambesia*

Legitimiert durch:

Jahr u. Tag der Anmeldung	Abmeltende	Wohnung	Jahr u. Tag der Anmelde- Abmeltung	Wohnung
<i>11.12.18</i>	<i>Simon</i>	<i>Eller</i>	<i>12. 12. 85</i>	<i>Eller</i>
		<i>(F. Ott)</i>		
		<i>an Niederkorn</i>		

*Erteilt für die Judendokumentation Baden-Württemberg*

*1941*

*an Niederkorn*

*12.12.85*

*12.12.85*

*Bestrich*

Gottfried Simons Ledigenmeldekarte  
*LHA Schwerin*

**Quellen:** 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Stadtarchiv Mannheim, Geburtsregister Nr. 1991/1885 Gottfried Simon, Ledigenmeldekarte AB 1143 0966 0 Gottfried Simon; Landeshauptarchiv Schwerin, 5.12-3/27, Nr. 756 Fürsorgeamt Güstrow.

■ **Louis Sommer,**  
**geb. am 20. 8. 1877 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Die Schauenburger Straße, in der Louis Sommer im Jahr 1877 geboren wurde, liegt in Hamburgs Altstadt. Hier und in der Hamburger Neustadt konzentrierte sich in den 1870er-Jahren die jüdische Bevölkerung Hamburgs. Louis' Eltern waren der Schneider und Kleiderhändler Aron Sommer sowie die Schneidertochter Rebecca Rieke Pincus.

Über Louis Sommers Kindheit, Jugend und Schulbildung ist uns nichts bekannt. Der Commis (Handlungsgehilfe) Louis Sommer wohnte in der Straße Grindelhof im Hamburger Stadtteil Rotherbaum, als er im Frühjahr 1903 zum ersten Mal in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ aufgenommen wurde. Die Diagnose lautete „Geistesschwäche“. Unterbrochen von einigen Urlauben bei seinen Eltern verbrachte er zehn Jahre in Friedrichsberg.

Im Juli 1913 wurde er in die „Irrenanstalt Langenhorn“ überwiesen und blieb dort in den nächsten fünfzehn Jahren. Die Ärzte beschrieben ihn als „blass und schwächig“. Sein Verhalten soll teilnahmslos, aber auch erregt und gereizt gewesen sein. Zu einer Beschäftigung sei er nicht zu bewegen gewesen.

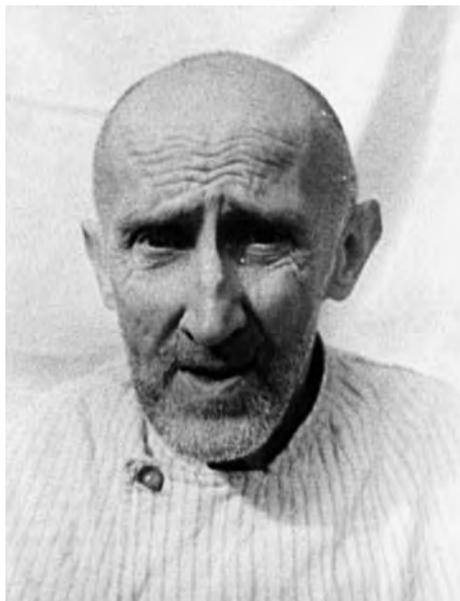
Mitte der 1920er-Jahre stieg die Patientenzahl in der Staatskrankenanstalt Langenhorn drastisch an, sodass der Bedarf für eine dritte Heil- und Pflegeanstalt neben den bestehenden in Friedrichsberg und Langenhorn nicht mehr zu leugnen war. Statt für einen Neubau entschieden sich die Hamburger Behörden jedoch für Überweisungsvereinbarungen mit außerhamburgischen Einrichtungen, die daraufhin Patientinnen und Patienten aus Hamburg aufnahmen. Aufgrund einer Vereinbarung mit dem Land Lippe kamen 1928 fünfzig Langenhorner Patienten in die Fürstlich Lippische Heil- und Pflegeanstalt Lin-

Fürstlich Lippische Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus b. Vemgo.				
<b>Krankengeschichte</b> 16				
de s				
<i>Louis Sommer</i>				
Wohn- bzw. Geburtsort: <i>Hamburg</i>				
Geboren: <i>20. 8. 1877</i>				
Stand und Beruf: <i>Commis</i>				
Konfession: <i>mos.</i>				
Adresse & Angehörigen & Vormundes, & Behörde: <i>Wohlfahrtsamt - Hamburg</i>				
Verpflegungsklasse bez. Beitrag: <i>III</i>				
Bemerkungen: <i>Von der Anstalt Langenhorn</i>				
Buch-Nr.	Tag der Aufnahme	Tag der Entlassung	Nr der Entlassung	Diagnose
<i>5283</i>	<i>4. 6. 28</i>	<i>15. 9. 1930</i>	<i>verpflegungsfrei</i>	

Louis Sommers Akte der Fürstlich Lippischen Heilanstalt Lindenhaus  
*Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Ostwestfalen-Lippe*



Louis Sommer in jüngeren Jahren  
*StaH*



Louis Sommer 1937  
*StaH*

denhaus bei Lemgo im heutigen Nordosten Nordrhein-Westfalens. Zu ihnen gehörte Louis Sommer, der am 4. Juni 1928 in der Anstalt Lindenhaus eintraf.

Bei seiner Aufnahme in der Lippischen Anstalt wurde ein schlechter Ernährungszustand festgestellt, der sich allmählich besserte.

Am 15. September 1930 kam Louis Sommer zurück in die Staatskrankenanstalt in Hamburg-Langenhorn. Auch hier stellten die Ärzte einen mäßigen Ernährungszustand fest. Louis Sommers Verhalten hatte sich gegenüber dem während seines früheren Aufenthaltes in Langenhorn nicht geändert.

Am 19. Januar 1933 wurde Louis Sommer in die Hamburger Abteilung der „Lübischen Heilanstalt Strecknitz“ verlegt. Diese Abteilung war eine weitere wichtige Entlastungseinrichtung für die Anstalt in Langenhorn. Aufgrund eines Abkommens zwischen Hamburg und Lübeck hatte die Elbestadt in der Lübecker Heilanstalt Strecknitz den Neubau von Gebäuden mit Darlehen finanziert und sich dafür weitgehende Belegungsrechte für diese „Hamburger Häuser“ gesichert.

Als das Reichsinnenministerium Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Louis Sommer am 16. September in Langenhorn

ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chefm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

An Louis Sommer erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Grindelhof, links von Hausnummer 12 (ehemals Hausnummer 14 B, Haus 16).

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönne, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-3 Zivilstandsaufsicht B69 Heiratsregister Aron Sommer/Rebecca (Rieke) Pincus; 332-5 Standesämter 1898 Geburtsregister Nr. 3221/1877 Louis Sommer, 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Zu-/Abgangsbuch 26. 8. 1939–27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 2/1995 6780 Louis Sommer; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Louis Sommer der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; IMGWF Lübeck, Patientenakte Louis Sommer der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, L107\_D\_Nr5122, Louis Sommer, Lindenhaus; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Böhme/Lohalm, Wege in den Tod, S. 30; Thomas Foth, Caring and killing – Nursing und Psychiatric Practice in Germany 1931–1945, S. 84, Osnabrück 2013; Wolfgang Bender, Aus der Versenkung geborgen – Die Patientenakten der Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus, in: Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte (2011) 12, S. 53–56.

### ■ **Arnold Abraham Stein,**

**geb. am 7. 11. 1923 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

### ■ **Erich Elieser Stein,**

**geb. am 3. 9. 1927 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Die Brüder Arnold Abraham und Erich Elieser waren die Söhne des am 18. Juli 1890 in Berlin geborenen Kaufmanns Siegbert Awieser Stein und der am 24. April 1893 im heutigen Frankfurter Stadtteil Fechenheim zur Welt gekommenen Hilde Stein, geborene Hammerschlag.

Der Vater Siegbert Stein hatte nach der Mittleren Reife eine Lehre in einer Firma der Lederbranche in seiner Geburtsstadt absolviert. Einige Jahre später übernahm er eine Stelle als Reisender in Kopenhagen, bis er in die Zentrale seiner Firma in Hamburg wechselte

und für Deutschland und die nordischen Staaten zuständig wurde. Bei Beginn des Ersten Weltkrieges meldete sich Siegbert Stein freiwillig zum Militär, wurde aber als untauglich eingestuft. Während des Krieges arbeitete er in einem Getreidegeschäft in Posen, das einem Schwager gehörte. Als die Stadt in der Folge des Versailler Vertrages Polen zugeschlagen wurde, kehrte Siegbert Stein nach Hamburg zurück und arbeitete als Börsenvertreter mit Prokura in einer Hamburger Bank.

Am 17. Mai 1922 heirateten Siegbert Stein und Hilde Hammerschlag in Altona. Siegbert Stein wohnte zum Zeitpunkt der Eheschließung in Hamburg-Rotherbaum, Grindelhof 64, seine Braut in Frankfurt a. M. Hilde Stein siedelte nach der Heirat nach Hamburg über. 1927 zog die Familie in die HansasträÙe 21 in Harvestehude.

1923, etwa zeitgleich mit dem Einsetzen der Hyperinflation, gründete Siegbert Stein einen Großhandel für Zigarren. Seine Ehefrau besorgte den Haushalt. Das jüdische Ehepaar bekam drei Söhne: Arnold Abraham, geboren am 7. November 1923, Siegmund Werner, geboren am 31. März 1925, und Erich Elieser, geboren am 3. September 1927.

Die Söhne Arnold und Erich wurden im Alter von vier bzw. drei Jahren in das Erziehungs- und Pflegeheim im Lübecker Stadtteil Vorwerk aufgenommen.

Arnold Stein, der ältere der beiden Jungen, lebte seit dem 10. April 1927 auf Antrag der Eltern im Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk. Sie hatten bei Arnold im Alter von neun Monaten Krankheitssymptome bemerkt. Die Diagnose lautete „angeborener Schwachsinn“. Auch bei Erich Stein wurde diese Diagnose gestellt. Er lebte seit dem 26. Januar 1930 in Vorwerk.

Nach der Machtübergabe an Adolf Hitler hatten sich Siegbert Steins überwiegend nichtjüdische Kunden von ihm abgewendet, sodass er die Grundlage für seinen Lebensunterhalt verlor und den Zigarrengroßhandel bis zu seiner Auswanderung aus Deutschland nur mit Mühe aufrechterhalten konnte. Er emigrierte im Dezember 1933 zunächst allein an Bord des Dampfers „Thermopyla“ nach Kapstadt. Dort wollte er zunächst klären, ob er eine neue Existenz würde aufbauen können. Hilde Stein folgten ihm im Juli 1934 gemeinsam mit ihrem Sohn Siegmund Werner. Sie ließ die Wohnung ungekündigt mit allen Möbeln und übrigen Einrichtungsgegenständen zurück.

Vermutlich war es nicht möglich, auch für die an einer Behinderung leidenden Söhne Arnold und Erich eine Einreiseerlaubnis für Kapstadt zu bekommen.

1935 oder 1936 sollen die Eheleute Stein in Kapstadt einen weiteren Sohn bekommen haben.

Aus Briefen des Leiters des Erziehungs- und Pflegeheimes Vorwerk, Paul Burwick, ergibt sich, dass Siegbert und Hilde Stein von Südafrika aus bemüht waren, für die Unterbringungskosten ihrer Söhne aufzukommen. Anfangs gelang das wohl auch, denn Siegbert Stein hatte eine Anstellung bei einem Tabakunternehmen bekommen. 1936 wurde das Unternehmen jedoch liquidiert, und für Siegbert Stein begannen finanzielle Schwierigkeiten, die auch zu Rückständen gegenüber dem Heim Vorwerk führten. Paul Burwick

schrieb im April 1936 nach Südafrika, dass die finanziellen Probleme vorerst geregelt seien. Er schrieb weiter: „Ueber Arnold und Erich können wir nur berichten, dass sie noch so sind wie vor ca. 2 Jahren, sie sind noch beide Objekte der Pflege und leider nur der Pflege. Ein geistiges Wachsen lässt sich nicht feststellen. Wir bedauern es mit Ihnen, aber Tatsachen muss man als Tatsachen werten.“

1938 schrieb Burwick: „Die grosse Frage sei vorweg genommen: Wie geht’s den Kindern? Leider müssen wir schreiben: Unverändert geht’s ihnen, körperlich werden sie grösser und grösser. Erich zeigt manchmal Beobachtung für seine Umgebung, aber von einem geistigen Weiterkommen ist nicht die Rede. Sie sind die Pflinglinge, die sie waren, wie Sie sie verliessen, ja, so ist es heute noch. Erich wird von Schwester Anna betreut, und Arnold ist bei Margarete. Es sind beide Mitarbeiter, die seit vielen Jahren in unserm Heim sind und beide die Kinder gut kennen.“

Im Frühjahr/Sommer 1940 plante die „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, eine Sonderaktion gegen Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten. Sie liess die in den Anstalten lebenden jüdischen Menschen erfassen und in Zwischenanstalten zusammenziehen. Die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn wurde zur norddeutschen Zwischenanstalt bestimmt. Alle Einrichtungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg wurden angewiesen, die in ihren Anstalten lebenden Jüdinnen und Juden bis zum 18. September 1940 dorthin zu verlegen.

Arnold und Erich trafen am 16. September 1940 zusammen mit acht weiteren jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Heim Vorwerk in Langenhorn ein.

Am 23. September 1940 wurden der knapp 17-jährige Arnold und der 13-jährige Erich Stein mit weiteren 134 Jüdinnen und Juden aus norddeutschen Anstalten nach Brandenburg an der Havel transportiert. Noch am selben Tag wurden die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses in die Gaskammer getrieben und mit Kohlenmonoxid ermordet. Nur Ilse Herta Zachmann entkam zunächst diesem Schicksal (siehe dort).

Auf dem Geburtsregistereintrag von Erich Elieser Stein wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 404/1941 am 20. Januar 1941 registriert hat. Für Arnold Stein fehlt ein entsprechender Vermerk. In allen anderen dokumentierten Mitteilungen über den Tod der in Brandenburg Ermordeten wurde behauptet, dass die Betroffenen in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) verstorben seien. Sie waren jedoch nie in Chelm/Cholm, einer Stadt östlich von Lublin. Die dort früher existierende polnische Heilanstalt bestand nicht mehr, nachdem SS-Einheiten am 12. Januar 1940 fast alle Patientinnen und Patienten ermordet hatten. Auch gab es dort kein deutsches Standesamt. Dessen Erfindung und die Verwendung späterer als der tatsächlichen Sterbedaten dienten dazu, die Mordaktion zu verschleiern und zugleich entsprechend länger Verpflegungskosten einfordern zu können.

Eineinhalb Jahre später wandte sich das Heim Vorwerk an die Deutsche Bank in Hamburg und teilte mit:

„Lübeck, den 21. April 1942

An die Deutsche Bank

Für das Erziehungsheim Vorwerk gehen monatlich regelmäßig Kostgeld ein für die Kinder Arnold und Erich Stein, Kontonummer [...].

Wir teilen Ihnen mit, dass die Kinder seit dem 16. 9. 1940 nicht mehr im Erziehungsheim Vorwerk sind. Sie wurden von hier auf Anordnung in die Heilanstalt Langenhorn Hamburg überführt. Von dort sollen sie in eine andere Anstalt gekommen sein, wohin, ist uns unbekannt geblieben. Die seit der Zeit eingezahlten Beträge stehen selbstverständlich dem Einzahler zur Verfügung. Verbindungen dorthin waren nicht möglich und wir bitten in Zukunft die Zahlung nicht mehr zu leisten.“

Die zumindest bis April 1942 fortgesetzten Zahlungen zugunsten des Heimes Vorwerk deuten darauf hin, dass die Eheleute Stein bis dahin nicht vom Tod ihrer Söhne in Kenntnis gesetzt worden waren.

Siegbert Stein starb am 10. Juni 1964 in Kapstadt. Hilde Stein verließ Kapstadt und ließ sich in Israel nieder. Sie starb am 1. Februar 1971 im Kibbuz Afikim südlich des Sees Genezareth. Über das Schicksal des mit den Eltern ausgewanderten Sohnes Siegmund Werner und eines in Kapstadt geborenen Sohnes ist nichts bekannt.

Für die Brüder Arnold und Erich Stein liegen Stolpersteine im Eingangsbereich der Vorwerker Einrichtung in Lübeck, Triftstraße 139–143. An sie sollen Stolpersteine auch in Hamburg- Harvestehude, HansasträÙe 21, erinnern.

*Ursula Häckermann/Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 60666 Heiratsregister Nr. 535/1922 Siegbert Stein/Hilde Hammerschlag; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 12542 Stein, 15440 Stein; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Standesamt Hamburg-Mitte, Nr. 583/1923 Geburtsregistersteintrag Arnold Abraham Stein, Nr. 756/1927 Geburtsregistersteintrag Erich Elieser Stein; Akte Arnold und Erich Stein; Archiv Vorwerker Diakonie Lübeck; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datapool Erich Koch, Schleswig; Jenner, Kinder- und Pflegeheim Vorwerk, S. 169–204, in: Strohm/Thierfelder, Diakonie im „Dritten Reich“, Heidelberg 1990.

## ■ Sonja Steinhart,

**geb. am 20. 7. 1923 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Sonja Steinhart wurde in Hamburg-Eimsbüttel als zweites Kind von Amalie, geborene Löwenthal, geboren am 13. Februar 1887 in Hamburg, und Nuta Steinhart, geboren am 10. Mai 1882 in Bendzin in Schlesien (heute Będzin in Polen), geboren.

Sonjas Vater ist in der Kultussteuerkartei der Hamburger Jüdischen Gemeinde als Nuta Sztainchart verzeichnet; die Familie galt also als polnisch. Von Polen aus, wo seine Eltern Rikla, geborene Bilka, und Jakob Aaron Sztainhart in Soszowice lebten, war er im Jahr 1908 zunächst nach Hannover und nach der Heirat mit Sonjas Mutter am 28. März 1913 nach Hamburg gezogen. Er arbeitete als Uhrmacher.

Sonjas Vorfahren mütterlicherseits lassen sich über viele Generationen nachweisen. Der Großvater Hermann Löwenthal, bei dem Sonja aufwuchs, war in New York am 15. Juli 1857 zur Welt gekommen. Seine Mutter Pauline, geborene Hirsch, geboren in Hamburg, stammte von dem Geflügelhändler Heymann Salomon Hirsch und Betty, geborene Moses, geboren in Peine, ab. Sein Vater David Levy Löwenthal stammte aus Ovelgönne, Herzogtum Oldenburg, war Handelsmann und wohnte mit seiner Familie in der Hamburger Neustadt im Lazarus Gumpel Stift, Schlachterstraße 44. Hermann Löwenthal hatte sich als Uhrmacher und Juwelier in Hamburg zusammen mit seinem jüngeren Bruder Martin, geboren am 29. Mai 1860 in Hamburg, niedergelassen und am 22. November 1884 sein Gewerbe als Uhrmacher in der Elbstraße 22 angemeldet.

Beide entwickelten eine enge familiäre und sicher auch eine geschäftliche Verbindung zur Familie Abraham Freyd. Dieser war als Pfandleiher unter anderem im Gold- und Silberhandel tätig. Sonjas Urgroßvater Abraham Freyd, geboren 1841, stammte aus Lodsel, Russisch-Polen, seine Ehefrau Sarah, geborene Cohen, aus Posen. Die Familie hatte zeitweise in Glasgow in Schottland gelebt. Im Jahr 1870, im Alter von 14 Jahren, war Sonjas Großmutter Fanny Freyd mit ihren Eltern und ihren ebenfalls in Glasgow geborenen jüngeren Geschwistern, Rebecca, geboren 1863, Michael, geboren 1867, und Isaac, geboren 1869, nach Hamburg übersiedelt.

Hermann Löwenthal heiratete Fanny Freyd am 12. März 1886 in Hamburg. Am 1. September 1887 ging sein Bruder mit Fannys Schwester Rebecca Freyd die Ehe ein. In beiden Ehen kamen Töchter zur Welt. Sonjas Mutter Amalie wurde in Hamburg noch im selben Jahr geboren, Martin und Rebecca Löwenthals Tochter Paula kam am 3. September 1895 in der Johnsallee 68, Hamburg-Eimsbüttel, auf die Welt.

Beide Brüder und somit auch ihre Familien wurden am 20. Oktober 1897 in den Hamburger Staatsverband aufgenommen. Einen Monat zuvor, im September 1897, waren Sonjas Urgroßvater Abraham Freyd und seine Familienangehörigen der Jüdischen Gemeinde Hamburg beigetreten. Abraham Freyd verstarb am 4. Juni 1902, ein Jahr, später, am

30. Juni 1903, starb auch seine Ehefrau Sarah Freyd. Sie wurden auf dem Jüdischen Friedhof Langenfelde bestattet. Zwei Jahre nach der Heirat von Sonjas Eltern in Hamburg am 28. März 1913 starb auch Sonjas Großmutter Fanny Löwenthal, geborene Freyd, am 11. Oktober 1915. Auch sie fand ihre letzte Ruhe auf dem Jüdischen Friedhof Langenfelde.

Am 26. Juni 1918 erweiterte Sonjas verwitweter Großvater Hermann Löwenthal sein Gewerbe und meldete sich als Händler mit Juwelen, Uhren, Gold- und Silberwaren, optischen Gegenständen, Antiquitäten und Kunstsachen in der Fruchtallee 109 an. Sonjas Vater Nuta arbeitete dort im kaufmännischen Bereich. Noch im selben Jahr, am 20. November 1918, wurde Sonjas fast fünf Jahre ältere Schwester in Hamburg geboren. Ihren Vornamen Fanny bekam sie nach ihrer verstorbenen Großmutter.

Etwa 1923 verlegte Sonjas Großvater Hermann Löwenthal sein Uhrmachersgeschäft in die Weidenallee 8, Hs. C II.

Sonja wuchs bei ihren Eltern, ihrer Schwester und mit ihrem verwitweten Großvater Hermann Löwenthal im Sandweg 42 in Hamburg-Eimsbüttel auf.

Der Zeitpunkt von Sonjas Einschulung ist nicht bekannt, auch nicht der Name ihrer Schule.

Das Uhrengeschäft von Sonjas Großvater lief gut und wurde von vielen nichtjüdischen Kunden besucht. Mit dem Boykott der jüdischen Geschäfte durch die Nationalsozialisten am 1. April 1933 änderte sich dies. Nach und nach blieben viele Kunden fern, die wirtschaftliche Situation der Familie wurde schwieriger. Außerdem litt die Familie unter den zunehmenden Diskriminierungen.

Die Räume des großväterlichen Geschäfts in der Weidenallee, in dem Sonjas 16-jährige Schwester Fanny als Verkaufslehrling mitarbeitete, mussten aufgegeben und die Werkstatt in die Wohnung Sandweg verlegt werden. Die Familie war gezwungen, mit dem immer geringer werdenden Verdienst auszukommen, die Haushaltshilfe musste sie entlassen.

Zwei Monate vor ihrem zwölften Geburtstag, am 4. Mai 1935, wurde Sonja Steinhart in den damaligen Alsterdorfer Anstalten aufgenommen. Eine Krankenakte, die Hinweise auf Sonjas Gesundheitszustand und die Umstände ihrer Einlieferung geben könnte, ist nicht erhalten. Lediglich im Aufnahmebuch ist die Notiz „Schwachsinn mit Veitstanz“ vermerkt. Veitstanz, medizinisch bezeichnet als Chorea, ist mit seinen charakteristischen Bewegungsstörungen ein Symptom mehrerer Krankheiten mit unterschiedlichen Ursachen, Krankheitsverläufen, therapeutischen Vorgehensweisen und Heilungschancen. Die diagnostischen Möglichkeiten waren zu jener Zeit eingeschränkt, eine genaue Bestimmung der Krankheit schwierig.

Die nächsten drei Jahre verbrachte Sonja Steinhart in den Alsterdorfer Anstalten. Ob sie erfuhr, was in ihrer Familie in dieser Zeit geschah, wissen wir nicht. 1936 lebte diese fast nur noch vom Erlös ihrer Wertgegenstände. Am 1. Januar 1937 musste Sonjas Großvater Hermann Löwenthal sein Geschäft schließen. Die Familie hatte ihre Existenzgrundlage verloren.



hängnisvollen Verlauf. Als die Anordnung erging, jüdische Patientinnen und Patienten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen, befand sie sich schon vor Ort. Am 23. September 1940 ging ihr Transport nach Brandenburg an der Havel in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt ab, wo die Ankömmlinge noch am selben Tag mit Kohlenmonoxid getötet wurden. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Sonja Steinhart wurde nur 17 Jahre alt.

Auch ihre Familie wurde von den Nationalsozialisten fast vollständig ausgelöscht.

Die Mutter Amalie Steinhart wurde zusammen mit Sonjas kleinem Bruder Rudolf (Reuven) von Bendzin aus in ein Vernichtungslager deportiert und ermordet.

Paula Zeckel, geborene Löwenthal, Sonjas Großcousine, war mit ihrem Ehemann Abraham Zeckel in die Niederlande emigriert, wo er als Direktor einer Nähanstalt in Rotterdam arbeitete. Sie wurden am 23. April 1943 mit dem 16-jährigen Sohn Wolf Hendrik Zeckel und der Schwiegermutter Henriette Goldschmidt, geboren am 16. Januar 1869 in Hildesheim, vom Durchgangslager Westerbork nach Sobibór deportiert und ermordet.

Nur Sonjas ältere Schwester Fanny überlebte die Shoah: Nach der Internierung in den Arbeitslagern Bolkenhain, Merzdorf und Schönberg wurde sie in das KZ Grünberg in Schlesien deportiert, wo sie für die „Deutsche Wollwaren Manufaktur AG“ arbeiten musste, die dort in einer Textilfabrik Uniformen herstellen ließ. Zusammen mit ihrer befreundeten Mitgefangenen Cilli Königsberg gelang ihr im Januar 1945 auf einem Todesmarsch die Flucht nach Weissenfels in Thüringen. Amerikanische Truppen befreiten sie kurz vor Kriegsende. Wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes wurden beide in das Sanatorium Katz in Stuttgart-Degerloch gebracht. In einem einjährigen Aufenthalt in Italien, finanziert von der UNRRA, kamen sie wieder zu Kräften. Fanny wanderte 1946 nach Palästina aus, heiratete dort und lebte als Fanny Goldschmidt in Tel Aviv.

An Sonja Steinhart soll ein Stolperstein vor dem Haus Sandweg 42 in Hamburg-Eimsbüttel erinnern.

*Margot Löhr*

**Quellen:** 1; 4; 5; 8; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 261 Sterberegister Nr. 2693/1889 David Levy Löwenthal, 328 Sterberegister Nr. 4403/1892 Pauline Löwenthal, 520 Sterberegister Nr. 1056/1903 Sarah Freyd, geb. Cohen, 726 Sterberegister Nr. 910/1915 Fanny Löwenthal, 2149 Geburtsregister Nr. 798/1887 Amalie Löwenthal, 2374 Geburtsregister Nr. 2918/1895 Paula Löwenthal, 2695 Heiratsregister Nr. 229/1886 Hermann Löwenthal/Fanny Freyd, 2714 Heiratsregister Nr. 1048/1887 Martin Löwenthal/Rebecca Freyd, 5251 Sterberegister Nr. 1037/1902 Abraham Adolf Freyd, 7134 Sterberegister Nr. 980/1932 Martin Löwenthal, 7944 Sterberegister Nr. 1273/1901 Abraham Freyd, 8073 Ster-

beregister Nr. 234/1923 Rebecca Löwenthal, 8164 Sterberegister Nr. 258/1939 Hermann Löwenthal, 8689 Heiratsregister Nr. 72/1913 Nuta Steinhart/Amalie Löwenthal, 8798 Heiratsregister Nr. 183/1925 Abraham Zeckel/Paula Löwenthal, 9775 Sterberegister Nr. 1502/1919 Isaac Freyd; 332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht, A I f 182 Nr. 661 Hermann Löwenthal, A I f 182 Nr. 658 Martin Löwenthal; 351-11, Amt für Wiedergutmachung 5736 Fanny Goldschmidt; 352-5 Zivilstandsregister-Todesbescheinigung, 1915 Sta 2a Nr. 910 Fanny Löwenthal, geb. Freyd, 1919 Sta 3a Nr. 1502 Isaac Freyd, 1923 Sta 3 Nr. 234 Rebecca Löwenthal, geb. Freyd, 1939 Sta 2a Nr. 258 Hermann Löwenthal; 522-1 Jüdische Gemeinden, Beitrittsklärungen 372 Bd. 11 Nr. 83 Abraham Freyd; Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv; Wunder, Michael, Judenverfolgung in Alsterdorf, Rede zum 9. November 2013, Evangelische Stiftung Alsterdorf. Wunder, Letzte Kriegsjahre. Wunder/Genkel/Jenner, Auf dieser schiefen Ebene (1987). Böhme/Lohalm, Wege in den Tod. Diercks, „Euthanasie“. Ley/Hinz-Wessels, Euthanasie-Anstalt Brandenburg, <http://www.jüdischer-friedhof-altona.de/datenbank.html>, Ohlsdorf 1883–1889 David Levy Löwenthal ZZ 11-309, Ohlsdorf 1890–1895 Pauline Löwenthal, geb. Hirsch ZZ 11-309; Jüdischer Friedhof Langenfelde, Rebecka Löwenthal K-176, Martin Löwenthal K-175, Freya Löwenthal K-120, Hermann Löwenthal K-119, Abraham Freyd H 63-572, Sarah Freyd, geb. Cohen H 62-650; Herinneringscentrum Kamp Westerbork, Pauline Pieper, Medewerker Landelijk Steunpunt Gast-sprekers, Auskünfte und Fotos Familie Zeckel; <https://www.joodsmonument.nl/nl/page/126042/abraham-zeckel>, <https://www.joodsmonument.nl/nl/page/417122/henriette-zeckel-goldschmidt> [10. 10. 2016]; <https://www.joodsmonument.nl/en/search?sort=&qcat=&qcg=&qz=Zeckel#eyJxcyI6IjY2tlbCIsInR5cGUiOiJsaXN0In0=> [8. 5. 2014]; [http://www.awmf.org/uploads/tx\\_szleitlinien/030-028l\\_S1\\_Chorea\\_2011-abgelaufen.pdf](http://www.awmf.org/uploads/tx_szleitlinien/030-028l_S1_Chorea_2011-abgelaufen.pdf) [16. 12. 2016]; <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/HHJPMCKH7JWGTXSYUAB-D22CND46FUYN> [8. 4. 2017].

## ■ Willy (Wilhelm) Süsser,

**geb. am 6. 11. 1892 in Frankfurt a. M., ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Willy (Wilhelm) Süsser war einer von drei Söhnen des Frankfurter Kaufmanns Hermann Süsser und seiner Ehefrau Flora, geborene Fuld. Die Familie bekannte sich zum jüdischen Glauben. Einer von Willys Brüdern, dessen Namen wir nicht kennen, kam im Ersten Weltkrieg zu Tode, der andere wanderte nach Amerika aus.

Willy Süsser entwickelte sich in der frühen Kindheit unauffällig. Er lernte altersgemäß gehen und sprechen und es wurden keine besonderen Entwicklungsprobleme bemerkt. Den Anforderungen der Schule konnte er jedoch nicht gerecht werden. Ungenügende Schulleistungen gingen mit äußerst schlechtem Betragen einher. Er wurde von einer Schule zur anderen geschoben, bis er schließlich in Frankfurt sieben Schulen besucht hatte. Der Schulleiter der Souchay Mittelschule äußerte sich später über Willy Süsser und seinen Vater: „Ich bin seit 28 Jahren Lehrer und habe in dieser langen Zeit keinen Schüler kennengelernt, von dem ich eine schlechtere Meinung empfangen hätte als von Süsser und kaum einen Vater, über den ich mir in Bezug auf erzieherische Qualität ein ungünstigeres Urteil bildete, als über Süssers Vater, unterwürfig bis zur Kriecherei, süßlich, beide innerlich roh und unwahr, im Gespräch sich fortwährend drehend und wendend und bei Festnagelung einer Äusse-

rung stets neue Auswege suchend. Ich erwähne mein Urteil über den Vater, weil es mir möglich erscheint, dass er an dem Eintritt in die Irrenanstalt, deren Veranlassung ich nicht kenne, durch Aussagen, denen dann sicher zu misstrauen wäre, beteiligt ist. [...] Sein [Willys] Benehmen wurde von den Lehrern allgemein als frech bezeichnet. Das meiste, was er tat, hatte einen ganz niederträchtigen Charakter. So ist mir erinnerlich, dass er einem fahrenden Radfahrer einen Stock zwischen die Felgen steckte und ihn dadurch zu Fall brachte. Von der Untermainbrücke aus warf er Steine auf einen fahrenden Zug. Meiner Frau schnitt er eine Fratze, als sie einmal zum Fenster hinaussah. Seine Mutter hat er roh und ungezogen behandelt, sodass sich die geplagte Frau einmal an mich brieflich um Hilfe wandte.“

Während des sich ab 1907 anschließenden Besuchs der Handelsschule tauchten wiederholt Zweifel darüber auf, ob Willy Süsser „normal veranlagt“ sei. Nach Aussage eines Lehrers saß Willy Süsser „wiederholt die ganze Stunde da und lachte, war widerspenstig gegen Anordnungen, ungleich in seinen Leistungen und in seinen häuslichen Arbeiten. In der letzten Zeit indes hat er weniger Anlass zu Klagen gegeben, es schien als ob die stetige Einwirkung der Schule doch einen Einfluss auf ihn einübte, aber doch trat seine Nervosität und leichte Reizbarkeit immer ab und zu zutage.“

Am 22. Mai 1907, mit 14 Jahren, wurde Willy Süsser mit Zustimmung seines Vaters in die „Anstalt für Irre und Epileptische“ in Frankfurt a. M. aufgenommen und blieb dort bis Oktober desselben Jahres. Sein Vater gab damals an: „Zu Hause war [er] ja unverträglich, schrie, schloss sich ein, verprügelte seine Geschwister, wurde gegen seine Eltern gewalttätig und belegte sie mit den ärgsten Namen.“ Die Aufnahmeuntersuchung ergab, dass „manche Schulkenntnisse fehlen, jedoch war das Auffassungsvermögen, das Gedächtnis, die Kombinationsfähigkeit nicht wesentlich herabgesetzt“. Nachdem er von einer Abteilung in die andere verlegt worden war, weil „er nirgends gehalten werden konnte“, wurde er am 13. Oktober 1907 ungeheilt entlassen.

Willy Süsser begann eine Lehre in einem Eisenwarengeschäft. Seine Leistungen galten als genügend. Am 18. November 1907 kam er aber erneut in die Frankfurter Anstalt. Nach seiner Entlassung im März 1908 begann er eine weitere Lehre, diesmal in einer Dampfkesselfabrik in Offenbach. Hier wurde ihm bescheinigt, dass „er während seiner Lehrzeit bestrebt war, sich mit allen Zweigen des kaufmännischen Berufes bekannt zu machen, dass er ferner stets pünktlich und fleissig war und die ihm übertragenen Arbeiten zu meiner Befriedigung ausgeführt hat.“ Von geistiger „Minderwertigkeit“ hatte der Lehrherr nichts bemerkt, ihn im Gegenteil für intelligent gehalten. Trotz dieser positiven Beurteilung übernahm ihn sein Lehrherr nach der Ausbildung zum Commis (Kaufmannsgehilfe) nicht, weil Willy Süsser „etwas zu neugierig und vorwitzig war, weshalb das Arbeitsverhältnis beiderseits gelöst wurde.“

Willy Süssers Zimmerwirtin in Offenbach berichtete, er habe sich ganz verrückt benommen, habe den Mädchen auf der Straße nachgestellt, sei das Gespött der Straßenjungen gewesen, wurde nur als „Schote“ (Schimpfwort für verrückt, Narr) behandelt.

Am 20. Juni 1910 kam es zur Aufnahme in der Landesirrenanstalt Heppenheim. Auch dort attestierte ihm ein Oberarzt einen unverträglichen, reizbaren, heftigen, widerspenstigen Charakter. Am 16. August 1910 entwich Willy aus der Anstalt. Er lebte dann in Worms bei einer Tante mit Nachnamen Fuld, vielleicht eine Schwester seiner Mutter. Die Tante gab an, sie habe sich von Willy bedroht gefühlt und sich oft vor ihm einschließen müssen.

Ende 1910/Anfang 1911 hielt sich Willy Süßer zwei Monate in der Jakobischen Heil- und Pflegeanstalt Sayn bei Koblenz auf. Während eines Besuches seines Vaters – so wurde berichtet – hätten sich beide gegenseitig vorgeworfen, dass der eine am Unglück des anderen Schuld sei. Während des anschließenden Aufenthalts bei den Eltern soll Willy Süßer seinen Vater bedroht und ihm später, als er das Elternhaus wieder verließ, 200,- RM gestohlen haben. Willy Süßer hielt sich in verschiedenen Gegenden auf, unterbrochen von kurzen Anstaltsaufenthalten, unter anderem in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Eichberg in der Nähe von Eltville bei Wiesbaden. Eine im Oktober 1912 begonnene Gärtnerlehre musste er vorzeitig im Februar 1913 abbrechen. Er hatte einen Gesellen angeblich grundlos überfallen und schwer misshandelt. Mehrere Diebstähle brachten ihm am 7. April 1913 eine Gefängnisstrafe von einer Woche ein.

Ende Mai 1913 befand sich Willy Süßer wieder in der Anstalt Eichberg. Zur angestrebten Entmündigung kam es nicht, weil Willy Süßer am 4. November 1913 die Zeugenaussagen, insbesondere die seiner Mutter, in jeder Hinsicht zu erschüttern und zu widerlegen verstand. In dem für das Entmündigungsverfahren erstellte Gutachten aus Eichberg heißt es zusammenfassend: „Wir haben es bei Süßer mit einem Menschen zu tun, der schwer erblich belastet, von Jugend auf ein recht wechselvolles Leben geführt hat. Analysieren wir seinen Lebensweg, so finden wir, dass die moralischen Defekte es sind, die eine geordnete Lebensweise verhindern, während die intellektuellen Fähigkeiten keine nennenswerte Lücke aufweisen. Fast alle Urteile gehen dahin, dass seine Intelligenz intakt sei, dass aber sein Betragen viel zu wünschen übrig lasse.“

Willy Süßer wurde am 3. Oktober 1914 aus der Anstalt Eichberg entlassen. Seine nächste bekannte Station ist eine Tätigkeit als Pfleger in den Heilanstalten Berlin-Buch vom 22. Juli 1915 bis 11. Oktober 1915, die durch die Einberufung zum Militär beendet wurde. Ende Januar 1917 endete die Soldatenzeit. Danach war Wilhelm Süßer an verschiedenen Orten kurzzeitig wieder als Pfleger tätig, bis er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, die am 2. Dezember 1918 zur Einlieferung in die Städtische Irrenanstalt zu Lichtenberg (Herzberge) in Berlin führte. Von dort wurde Willy Süßer im Juli 1919 in die Anstalten Berlin-Buch verlegt und am 29. März 1920 mit der Diagnose „Psychopath“ entlassen.

Wir wissen nicht, wann und warum Willy Süßer nach Hamburg kam. Jedenfalls wurde er am 10. Oktober 1922 in die Staatkrankenanstalt Hamburg-Friedrichsberg eingeliefert. Dort sollte er in einem Strafverfahren wegen Raubes ärztlich begutachtet werden. Der Gutachter kam zu dem Ergebnis, dass Willy Süßer „sich zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlungen nicht in einem Zustande von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der

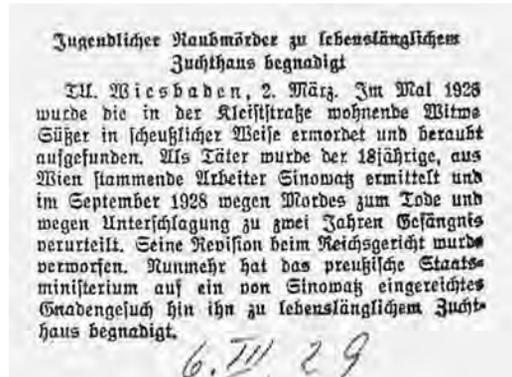
Geistestätigkeit befunden hat, durch welchen seine Freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.“ Er wurde am 16. März 1923 zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und sechs Monaten unter Anrechnung von sieben Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Das Strafende sollte am 16. Februar 1926 sein. Willy Süsser befürchtete seine Überstellung in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn, die er zu verhindern suchte. Er bat den Anstaltsarzt mehrmals um einen Verbleib im Zuchthaus Fuhlsbüttel und die Isolierung dort. Dennoch wies der Anstaltsarzt ihn im Dezember 1923 in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn „wegen Geisteskrankheit“ ein. Die Aufnahme in eine geschlossene Anstalt wurde nach Paragraph 22 des Hamburger Verhältnissesgesetzes verfügt, nach dem eine Einweisung zum eigenen Schutz oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder zum eigenen Schutz zulässig war.

Anfang 1927 wurde Willy Süssers Entmündigung eingeleitet und dann auch beschlossen. Er erhielt einen Hamburger Kaufmann als Vormund.

In Willy Süssers Krankenakte finden sich zwei Zeitungsartikel vom März 1929, in denen berichtet wird, dass in Wiesbaden am 10. Mai 1926 „die in der Kleiststraße wohnende Witwe Süßer in scheußlicher Weise ermordet und beraubt aufgefunden“ wurde. Die Revision des zum Tode verurteilten Täters sei erfolglos geblieben, das Todesurteil sei aber im Wege der Begnadigung in eine lebenslange Zuchthausstrafe umgewandelt worden. Das Mordopfer war Willy Süssers Mutter. Es ist nicht überliefert, wie der Tod seiner Mutter auf Willy Süsser wirkte.

Am 16. Oktober 1930 wurde Willy Süsser in die Heilanstalt Lübeck-Strecknitz verlegt, wo aufgrund eines zwischen Hamburg und Lübeck geschlossenen Vertrages immer wieder Hamburger Patientinnen und Patienten untergebracht wurden. Hier lebte Willy Süsser bis 1940. Eine Änderung seines Krankheitszustandes wurde nicht festgestellt.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden aus öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Willy Süsser am 16. September 1940 in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Lan-



Zeitungsausschnitt über die Ermordung von Willy (Wilhelm) Süssers Mutter  
*StaH*

des-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Eine Adresse von Willy Süsser in Hamburg ist nicht bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 8; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Nr. 14795 Wilhelm Süsser; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Wilhelm Süsser der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; IMGWF Lübeck, Patientenakte Wilhelm Süsser der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig.

## ■ **Franziska Sussmann,**

**geb. am 8. 7. 1881 in Moisling, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Seit dem Jahr 1919 lebte Franziska Sussmann in der Lübecker St.-Annen-Straße 7 zusammen mit ihrer Mutter Jette Sussmann, geborene Philipp. Nach dem Tod ihres Vaters Simon Levin Sussmann am 26. August 1918 hatten Mutter und Tochter das bisherige Zuhause der Familie in Moisling verlassen und im Haus des Ehepaares Alexander Heimann und Betty Lissauer eine neue Wohnung gefunden.

Die Sussmanns gehörten zu den schon lange in Moisling ansässigen jüdischen Familien, die 1848 gemeinsam als Lübecker Bürger angenommen wurden. In Moisling war Simon Levin Sussmann 1850 geboren. Wie schon sein Vater wurden er und sein Bruder Bernhard Schlachter und Viehhändler, waren also für die Versorgung der jüdischen Bevölkerung mit koscherem Fleisch und koscheren Fleischwaren zuständig. Im Adressbuch von 1916 findet sich der Name von Simon Sussmann in Moisling als Schlachtermeister eingetragen.

Jette Sussmann, geborene Philipp, war ebenfalls 1850 in Lübeck geboren und stammte aus einer weit verzweigten, lange in Lübeck und Moisling ansässigen Familie.

Am 19. Januar 1876 fand die Hochzeit von Simon und Jette Sussmann statt. Das Ehepaar bekam sechs Kinder: Leopold Bergold Levin wurde am 29. Juni 1876 geboren, Sieg-



St.-Annen-Straße 7, 2016

*Ingo Wille*



Franziska Sussmann, 1936

*IMGWF*

fried Levin am 14. August 1878, Hannchen am 23. November 1879 und Franziska am 8. Juli 1881. Die im September 1882 geborenen Zwillinge Herrmann und Salomon starben nach nur zwei Monaten im November 1882.

Franziskas Brüder Leopold Bergold und Siegfried erlernten nach Abschluss der Schule den traditionellen Schlachterberuf im Betrieb des Onkels Bernhard Sussmann in der Schmiedestraße 12. Vermutlich sollte der ältere Sohn Leopold das väterliche Geschäft übernehmen. Er hatte das Johanneum in Lübeck besucht.

Der jüngere Sohn Siegfried meldete sich 1898 „in die Kaserne“ ab, wurde Soldat. Laut einer Eintragung im Personenstandsregister der Israelitischen Gemeinde soll er am 28. April 1917 im Reserve-Lazarett III in Lübeck verstorben sein. Laut Melderegister des Ordnungsamtes allerdings war es sein Bruder Leopold Bergold, der am 28. April 1917 starb. Dieser dürfte sich freiwillig für den Kriegseinsatz im Ersten Weltkrieg gemeldet haben und ums Leben gekommen sein. Auf dem Friedhof in Moisling befindet sich sein Grabstein, und eine Gedenktafel in der Friedhofskapelle enthält seinen Namen als einen der „im Weltkrieg gefallenen Söhne“. Ob die Familie beide Söhne verloren hat oder ob eine Eintragung fehlerhaft ist, ließ sich bislang nicht klären. Auch was aus der Tochter Hannchen geworden ist, war nicht festzustellen.

Fest steht – wie eingangs erwähnt –, dass Franziskas Vater, Simon Levin Sussmann, am 26. August 1918 im Alter von 68 Jahren verstarb und seine Witwe mit der Tochter

Franziska von Moising nach Lübeck zog. Für lange Jahre lebten sie nun in der St.-Annen-Straße, wenige Schritte entfernt von der Synagoge und dem Gemeindezentrum sowie in der Nähe der Verwandten in der Huxstraße, wohin Bernhard Sussmann Wohnung und Geschäft verlegt hatte.

Am 30. März 1936 starb Jette Sussmann im Alter von 86 Jahren. Franziska, 52 Jahre alt, die bisher bei ihrer Mutter gewohnt hatte, wurde sechs Monate später am 12. September 1936 in die Heilanstalt Strecknitz bei Lübeck eingeliefert.

Noch zwei Tage vor ihrer Aufnahme in Strecknitz erschien damals eine Unterbringung in dieser Heilanstalt nicht dauernd erforderlich. Franziska galt als „gutartig“ und „weder für sich noch für andere gefährlich“. Da sie jedoch ständiger Aufsicht und Pflege bedurfte, wurde sie zunächst in das Versorgungsheim in der Lübecker St.-Annen-Straße eingewiesen.

Franziska Sussmann hatte die Mädchen-Mittelschule zu Lübeck mit gutem Erfolg besucht. Ihr Abgangszeugnis von 1897 bescheinigte ihr sehr gute Aufmerksamkeit, sehr guten Fleiß und sehr gutes Betragen. In allen Fächern erhielt sie gute bis recht gute Noten. Nach der Schule – so berichtete sie bei ihrer Aufnahme in Strecknitz – sei sie im elterlichen Haushalt beschäftigt gewesen und habe nur für ihre Arbeit Interesse gezeigt. Ein Bräutigam, den Franziska Sussmann zu heiraten beabsichtigte, kam im Kriege ums Leben. Sie wohnte auch nach dem Tode ihres Vaters im Jahr 1918 bei ihrer Mutter und pflegte sie, bis diese im März 1936 starb. Nach dem Tod der Mutter bewohnte Franziska Sussmann ein möbliertes Zimmer, in das sie sich nicht eingewöhnen konnte. Sie soll in Lübeck umhergeirrt sein und sich in Hausfluren versteckt haben. Ihr Aufenthalt in der Anstalt in Strecknitz wurde damit begründet, dass sie unter „einer mit Ratlosigkeit u. ängstlicher Unruhe einhergehender Geistesstörung“ litt.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Franziska Sussmann am 16. September 1940 in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Franziska Sussmann wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 568/1940 registriert hat.

An Franziska Sussmann erinnert ein Stolperstein in Lübeck, St.-Annen-Straße 7.

*Heidemarie Kugler-Weimann*

**Quellen:** 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Adressbücher und Meldekartei der Hansestadt Lübeck; Archiv der Hansestadt Lübeck, Staatliche Polizeiverwaltung 109, 110, Personenstandsregister der Israelitischen Gemeinde, Schulen/Johanneum 139; IMGWF Lübeck, Patientenakte Franziska Sussmann der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; Auskünfte von Dr. Peter Delius über die Patientenakte von Franziska Sussmann; Datenpool JSJD der Forschungsstelle „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg; Herinneringscentrum Kamp Westerbork, Pauline Pieper, Medewerker Landelijk Steunpunt Gastspreekers, Auskünfte und Fotos Familie Zeckel; Peter Delius, Ende von Strecknitz; Ingaburgh Klatt, „... dahin wie ein Schatten“. Aspekte jüdischen Lebens in Lübeck, Lübeck 1993; Georg Lilienthal, Jüdische Patienten als Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen, in: Medaon, Magazin für Jüdisches Leben in Forschung und Bildung (2009) 5, [www.medaon.de](http://www.medaon.de); Memorbuch; Albrecht Schreiber, Zwischen Davidstern und Doppeladler. Illustrierte Chronik der Juden in Moisling und Lübeck, Lübeck 1992; Zeitzeugengespräche. [www.stolpersteine-luebeck.de](http://www.stolpersteine-luebeck.de) [24. 1. 2017]; <https://www.joodsmonument.nl/nl/page/126042/abraham-zeckel>, <https://www.joodsmonument.nl/nl/page/417122/henriette-zeckel-goldschmidt> [10. 10. 2016].

## ■ **Jerubaal Toeplitz,**

**geb. am 16. 3. 1921 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Jerubaals Eltern, die dem jüdischen Glauben angehörenden Eheleute John Toeplitz, geboren am 20. November 1891 in Hamburg, und Ida, geborene Blumberg, geboren am 27. November 1894 in Libau, hatten am 4. Juni 1920 geheiratet.

John Toeplitz' Vater, der 1862 in Posen geborene Arzt Peter Toeplitz, arbeitete seit etwa 1889 als „prakt. Arzt, Wundarzt u. Geburtshelfer“ am Billhorner Röhrendamm 94 in Rothenburgsort, später am Rödingsmarkt 38 in Hamburg-Altstadt. Mit seiner aus Libau (heute Liepaja/Lettland) stammenden Ehefrau Emmy, geborene Brann, geboren am 5. Juli 1869, bekam er am 29. März 1896 einen zweiten Sohn, Erich.

Wie sein Vater ergriff auch John Toeplitz den Arztberuf. Das Hamburger Adressbuch enthält erstmalig im Jahr 1921 einen Eintrag über „Toeplitz, John, Dr. med., Arzt“. Danach praktizierte er in der Straße Bei der Apostelkirche 4 in Eimsbüttel. Ida Toeplitz war Lehrerin.

John Toeplitz engagierte sich gesellschaftlich. Er förderte die Sexualaufklärung und war sozialistisch eingestellt. Diese Haltung mag den Umzug in den Arbeiterstadtteil Hammerbrook beeinflusst haben. 1922 übernahm John Toeplitz eine Praxis in der Süderstraße 81a und verlegte auch die Wohnadresse in die nahe gelegene Hammerbrookstraße 90. „John Toeplitz war unter Arbeitern eine stadtbekannte Figur,“ berichtet Arie Goral-Sternheim in seinen Erinnerungen über das Grindel-Viertel. „Er hatte seine Praxis in Hammerbrook,



Jerubaals Vater John Toeplitz (1891–1981)

*Anna von Villiez*

damals eine Hochburg des klassenbewußten, zumeist arbeitslosen Proletariats. Er verarztete jeden, der zu ihm kam, ohne Ansehen der Person, ob Mitglied der Krankenkasse oder nicht. Nötigenfalls bezahlte er auch die von ihm verschriebenen Medikamente, soweit er sie nicht in seinem Schrank vorrätig hatte. In der Zeit der großen Wirtschaftskrise war er der Retter in der Not vieler Arbeiterfrauen in Fragen der Schwangerschaftsverhütung. [...] Zu Toeplitz brachte man Mitglieder von ‚Rot Front‘ und der ‚Eisernen Front‘, die bei Kämpfen mit SA und ‚Stahlhelm‘ Blessuren davontrugen, aber nicht gemeldet werden durften. Johns Wohnung war eine Art Nachtasyl.

Man kam spätabends, unangemeldet, wer gerade kam, blieb natürlich zum Abendbrot, diskutierte bis spät in die Nacht. Wer kein Fahrrad hatte, blieb über Nacht.“

Jerubaal Toeplitz, John Toeplitz’ erster Sohn, kam am 16. März 1921 zur Welt. Die Geburt war kompliziert, sie musste mit einer Zange unterstützt werden. Bald nach der Geburt war eine Behinderung erkennbar, die auf ein „Trauma während der Geburt“ zurückgeführt wurde. Die Behinderung Jerubaals wurde 1928 bei seiner Aufnahme in dem Kinder- und Erziehungsheim Vorwerk als „Littlesche Krankheit“ diagnostiziert (Bezeichnung für eine zerebrale Kinderlähmung, die sich in beidseitigen Bewegungsstörungen äußert, welche von Geburt an bestehen, aber nicht fortschreiten). Mit sieben Jahren konnte er sich nicht allein an- oder auskleiden oder zur Schule gehen.

Am 30. Juli 1925 bekam Jerubaal einen Bruder, Raphael. Es ist nicht überliefert, wie sich das Leben in der Familie Toeplitz gestaltete. Wahrscheinlich werden sich Jerubaals Eltern zunehmend überfordert gefühlt haben, sodass sie ihn, der in der Familie „Bubsi“ genannt wurde, am 9. Oktober 1928 dem Kinder- und Erziehungsheim Vorwerk bei Lübeck anvertrauten. Jerubaal lebte in den folgenden zwölf Jahren in dieser Anstalt.

1929 hielt John Toeplitz einen Vortrag über Sexualaufklärung an einer Hamburger Schule und sorgte damit für derartiges Aufsehen, dass die Hamburger Bürgerschaft darüber debattierte.

Das SPD-Mitglied Toeplitz behandelte nach Straßenschlachten und Schlägereien zwischen SA und Linken wie am „Altonaer Blutsonntag“ am 17. Juni 1932 Verletzte auf Seiten

der „Roten“. Bei der Gemeindewahl der Deutsch-Israelitischen Gemeinde kandidierte er 1930 auf der Liste der jüdischen Sozialdemokraten.

John und Ida Toeplitz hatten sich im Laufe der Jahre auseinandergeliebt. Ihre Ehe wurde im April 1932 geschieden. John Toeplitz ging schon bald eine neue Ehe ein. Er heiratete im Mai 1932 die 1909 geborene Mirjam Gertrud Besser, Tochter des Arztes Max Besser und seiner Ehefrau Käthe, geborene Bischofswerder. Max Besser führte seine Praxis vor dem Ersten Weltkrieg in der Süderstraße 157.

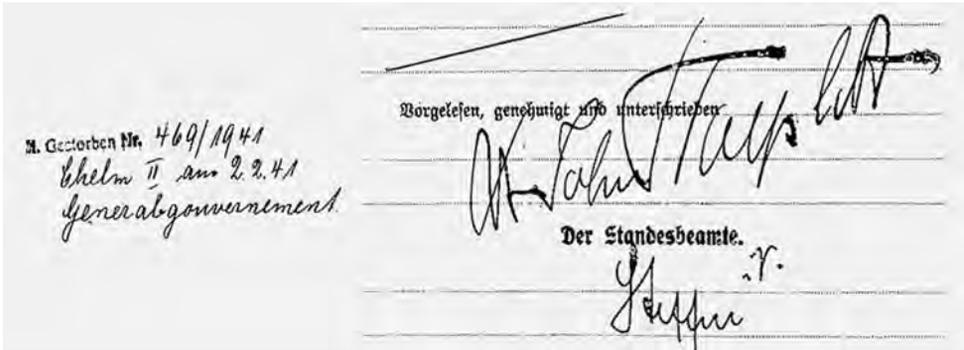
Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wäre eine Verhaftung für John Toeplitz als jüdischem Linken lebensgefährlich gewesen. Er floh 1933 mit seiner Frau Mirjam und dem gemeinsamen Sohn Raphael nach Palästina.

Die Anstalt Vorwerk wandte sich wiederholt an John Toeplitz wegen der Kosten für den Heimaufenthalt für Jerubaal. Dieser sah sich jedoch außerstande, die Kosten zu tragen, „da meine Pflanzungen noch nicht tragen und ich keine Barmittel besitze, auch meinen Beruf nicht ausüben kann.“ Mithilfe von Freunden gelang es, monatlich 60 RM Unterhaltskosten aufzubringen, die aber ab 1938 ausblieben. Am 1. März 1939 schrieb die Vorwerker Anstaltsleitung an John Toeplitz: „Jahre sind vergangen, in denen wir nichts mehr von Ihnen und Sie nichts mehr von uns hörten. Bistlang, bis Ende des Jahres 38, war für Ihr Kind im Vorwerker Heim gesorgt. Mit Beginn dieses Jahres aber ist niemand da, der die Unterhaltskosten für Bubsj trägt. Die Mutter hat sich in Jahren nicht mehr um ihr Kind gekümmert, und nun richten wir das Ersuchen an Sie, uns Mitteilung zu geben, wer die Fürsorge für Ihren armen Jungen übernimmt. Sie kennen die Schwierigkeit im allgemeinen und wir müssen baldigst hören, wie uns die Sorge um Jerubaal genommen wird. Sie, sehr geehrter Herr Doktor, kennen seine Heimat, denn seit mehr als 10 Jahren ist das Kind in Vorwerk. Es ist gross geworden, aber leider nicht selbständiger, es ist und bleibt hilfsbedürftig in besonders starkem Masse. Wir erwarten bald Ihre Antwort, grüssen Sie herzlich von Ihrem Jungen. Hochachtungsvoll, gez. Burwick“

Offensichtlich erhielt Burwick keine Antwort.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Jerubaal Toeplitz am 16. September 1940 in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

Zur Verschleierung dieser Mordaktion ließ die „T4“-Zentrale in Berlin Sterbeurkunden erstellen, in denen der Sterbeort mit „Chelm“ oder „Cholm“ angegeben und das Sterbedatum Tage oder Monate über den Todestag hinausgeschoben worden war. Jerubaals Todes-



Falsche Sterbenotiz auf Jerubaal Toeplitz' Geburtsurkunde  
*Stah*

datum wurde auf seinem Geburtsregistereintrag wie folgt notiert: „Gestorben Nr. 469/1941 Chelm II am 2. 2. 41 Generalgouvernement.“

Max und Käthe Besser, die Eltern von John Toeplitz' zweiter Ehefrau Mirjam, erhielten den Deportationsbefehl zum 8. November 1941. Sie beschlossen daraufhin, sich selbst das Leben zu nehmen. Beide wurden am 7. November 1941 in ihrer Wohnung in der Bogenstraße 15 infolge einer Schlafmittelvergiftung tot aufgefunden. Für sie liegen Stolpersteine in der Hammer Landstraße 32 in Hamburg-Hamm (siehe auch [www.stolperstein-hamburg.de](http://www.stolperstein-hamburg.de)). Die Schicksale von Jerubaals Mutter Ida und seinem Onkel Erich Toeplitz kennen wir nicht.

An Jerubaal Toeplitz soll ein Stolperstein in Hamburg-Hammerbrook, Hammerbrookstraße 90, erinnern.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 2; 4; 5; 8; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 581 Sterberegister Nr. 387/1907 Peter Toeplitz, 2393 Geburtsregister Nr. 857/1896 Erich Toeplitz, 8018 Sterberegister Nr. 124/1913 Emma Toeplitz, 8173 Sterberegister Nr. 488/1941 Max Besser, 8173 Sterberegister Nr. 489/1941 Käthe Besser, 8745 Heiratsregister Nr. 441/1932 Toeplitz/Blumberg, 13851 Heiratsregister Nr. 176/1932 Toeplitz/Besser; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Archiv Vorwerker Diakonie Lübeck, Patientenakte Jerubaal Toeplitz; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Jenner, Kinder- und Pflegeheim Vorwerk, S. 169–204; Arie Goral-Sternheim, Im Schatten der Synagoge, Hamburg 1994, S. 29; Reh, „Idioten-Anstalt“, S. 57-65; Bettina Goldberg, Abseits der Metropolen. Die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein, Neumünster 2011, S. 139, 170, 191, 192, 206, 215, 218, 219, 230, 239 246, 250, 592, 595, 605; Villiez von, Mit aller Kraft verdrängt, S. 410 f. (John Toeplitz).

## ■ Leopold Valk,

**geb. am 21. 2. 1884 in Lübeck, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Leopold Valk war das sechste von zehn Kindern des Kaufmanns Simon Moses Valk, geboren am 5. Juli 1847, und seiner Ehefrau Hanna, geborene Lion, geboren am 20. November 1857. Die jüdische Familie lebte in Lübeck, der Geburtsstadt der beiden Eheleute. Hier kamen auch alle weiteren Kinder zur Welt: Friederike (Riekchen), geboren am 16. August 1875, Selma, geboren am 16. Januar 1877, Iwan, geboren am 8. Oktober 1878, Jenny (Jenni), geboren am 22. Juni 1880, Ina, geboren am 29. Mai 1882, James, geboren am 26. Januar 1887, Semmy, geboren am 11. Mai 1889, Erwin, geboren am 13. Januar 1892, und Siegfried, geboren am 30. Oktober 1893.

Die Familie Valk übersiedelte 1898 nach Hamburg und fand zunächst eine Unterkunft in der Eimsbütteler Chaussee 17. Seit 1904 enthielt das Hamburger Adressbuch folgenden Eintrag: „Simon Valk, Commissionsgeschäft, Susannenstraße 4“. Die Familie wohnte damals im Stadtteil Sternschanze. Nach einem Wohnungswechsel in die Straße Schlump ließ sie sich schließlich im April 1914 in der Isestraße 9 im Stadtteil Harvestehude nieder.

Simon Valks Kommissionsgeschäft scheint sich gut entwickelt zu haben. Im Hamburger Adressbuch ab 1914 findet man seinen Eintrag mit dem Zusatz „HR“ für Handelsregister. Dies bedeutet, dass Simon Valk Vollkaufmann war mit dem Recht, Prokura zu erteilen. Er starb am 15. November 1919 im Alter von 72 Jahren.

Hanna und Simon Valks Kinder entwickelten sich in den ersten Jahren problemlos. Viele der Jungen besuchten die Talmud Tora Schule und hatten mit Ausnahme von Leopold in ihrem Berufsleben Erfolg. Auch von Leopold Valk ist nicht bekannt, dass in seiner Kindheit oder in der Jugend Anzeichen einer geistigen Behinderung oder psychischen Erkrankung erkennbar waren. Anders als seine Brüder erlernte er keinen Beruf. Seine



Wohnhaus Hamburg-Harvestehude, Isestraße 9

*Ingo Wille*

Patienten-Karteikarte der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg zeigt, dass Leopold Valk dort erstmals gegen Ende 1922 und dann wieder 1923 aufgenommen wurde. Die Gründe dafür sind nicht überliefert. Ob sich damals direkt eine Überweisung in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn anschloss, ist unklar. Die Langenhorner Patientenakte enthält Aufzeichnungen erst ab Anfang 1936, als Leopold am 4. Januar 1936 nach „bisher völlig geordnetem Verhalten“ aus der Langenhorner Anstalt entwich. Die Polizei lieferte ihn im Mai desselben Jahres wieder ein. Wie Leopold berichtete, hatte er sich „herumgetrieben“, einen Mantel verkauft und erfolglos versucht, mit dem Erlös Spielgewinne zu erlangen. Seine Krankenakte enthält dazu die abfällige Notiz „Gerede eines Schwachsinnigen“. Leopold wurde als misstrauisch und scheu charakterisiert, der „gern kleine Schachergeschäfte mit den Mitpatienten“ unternahm. In der Anstalt arbeitete er im Gemüsegarten. Er erhielt regelmäßig Urlaub, sodass wahrscheinlich ein enger Kontakt zu seinen Verwandten bestand. Im Frühjahr 1939 kehrte Leopold aus einem der Urlaube nicht zurück. Gut zwei Wochen später war er wieder in Langenhorn, nachdem ihn die Polizei in einem verwahrlosten Zustand aufgegriffen hatte. Seine Schwester Selma berichtete, Leopold habe sich bei Verwandten „herumgedrückt“ und alle „angepumpt“. Sie bat schriftlich um Urlaubsverbot für ihren Bruder. Zurück in Langenhorn nahm Leopold seine Arbeit in der Gärtnerei wieder auf. Am 27. Oktober 1939 wurde er in das Gut Düssin im westlichen Mecklenburg verlegt. Hamburg hatte dieses Gut Ende 1938 erworben und dort 220 Menschen mit einer geistigen Behinderung oder psychischen Erkrankung aus Langenhorn untergebracht, die dort zur Landarbeit herangezogen wurden. Unter ihnen befanden sich neben Leopold Valk zwei Frauen und vier Männer jüdischer Herkunft aus Langenhorn. Ein Mann, Richard Guth (siehe dort), musste am 30. August 1940, die anderen sechs am 13./14. September 1940 zurück nach Langenhorn.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Leopold Valk. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Leopold Valk wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod im Jahr 1941 registriert hat.

An Leopold Valk erinnert ein Stolperstein an der früheren Wohnadresse seiner Eltern in der Isestraße 9 im Stadtteil Harvestehude.

Von Leopold Valks Geschwistern wissen wir, dass sich mehrere Brüder als Kaufleute selbstständig machten und die Schwestern heirateten. Die nationalsozialistische Herrschaft

in Deutschland zerstörte auch diese Familie. Nur wenige Familienmitglieder konnten sich rechtzeitig vor dem Holocaust in Sicherheit bringen. Die meisten kamen ums Leben. Im Einzelnen:

*Friederike Valk*

Friederike ehelichte 1905 den am 5. September 1880 in Berlin geborenen protestantischen Hausmakler Wilhelm Emil Paul Tettenborn. Das Ehepaar lebte zunächst in Hamburg in der Susannenstraße 4 und ab 1908 in Ottensen in der Flottbeker Chaussee 11. Dort brachte Friederike Tettenborn 1908 ein Mädchen tot zur Welt. 1919 wurde die Ehe geschieden. 1939 erhielt Friederike anstelle ihres bisherigen Vornamens den Zwangsnamen „Tana“. Ihr weiteres Schicksal kennen wir nicht.

*Selma Valk*

Selma Valk war in erster Ehe mit dem jüdischen Zahntechniker Georg Rothschild, geboren am 1. Februar 1872 in Leipzig, verheiratet. Das Ehepaar ließ sich in Altona nieder und hatte zwei Söhne, John Joseph, geboren am 6. November 1900, und Julius, geboren am 9. August 1902. Georg Rothschild starb schon am 22. Februar 1919 im Alter von 47 Jahren. Selma heiratete erneut, und zwar Jacob John Lissauer, von Beruf Antiquitätenhändler. Mit ihrem siebzehn Jahre älteren, ebenfalls in Lübeck gebürtigen jüdischen Ehemann hatte sie vier Kinder. Jacob John Lissauer starb am 7. Dezember 1937 in Hamburg. Die mittellose Selma Lissauer war nun auf Fürsorgeunterstützung angewiesen. Sie wohnte zuletzt in der Bundesstraße 35 Haus B, einem „Judenhaus“. Dort erhielt sie den Befehl für die Deportation am 6. Dezember 1941 nach Riga. Danach gab es kein Lebenszeichen mehr von ihr.

Ihr Sohn John Joseph aus der ersten Ehe emigrierte nach Australien. Julius Rothschild flüchtete am 28. Mai 1937 in die Niederlande. Am 8. Februar 1941 wurde er in Westerbork interniert, am 15. Juli 1942 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Die Schicksale von Selma Lissauers Kindern aus der zweiten Ehe kennen wir nicht.

*Iwan Valk*

Iwan Valk wurde im Hamburger Adressbuch von 1925 als Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Firma Pincus & Valk, Bürobedarf und Papierhandlung, ausgewiesen. Am 3. September 1920 heiratete er Ella Pincus, geboren am 7. Januar 1887 in Mölln. Mit ihr hatte er einen Sohn, Alfred, geboren am 13. Juni 1921. Iwan Valk flüchtete am 26. Juli 1937 mit seiner Frau in die Niederlande. Dort wurden beide in Westerbork interniert. Ella Valk wurde nach Sobibór verschleppt und am 21. Mai 1943 umgebracht. Am 13. Juli 1943 wurde auch Iwan Valk nach Sobibór deportiert und dort ermordet. Für Ella und Iwan Valk liegen Stolpersteine in der Mansteinstraße 3 im Stadtteil Hoheluft-West.

Alfred Valk emigrierte 1937 in die USA.

*Jenny Valk*

Jenny Valk heiratete 1907 den jüdischen Buchhalter Hermann Weil, geboren am 20. Mai 1880 in Kusel, heute Rheinland-Pfalz. Sie zog 1939 mit ihrem Ehemann nach Mannheim. Nachdem er nach dem Novemberpogrom vom 11. November 1938 bis zum 6. Januar 1939 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert gewesen war, emigrierten beide am 23. Januar 1939 in die Niederlande. Dort wohnten sie in der Sint Willibrordusstraat 48 in Amsterdam. Ihre Internierung in Westerbork endete am 4. Mai 1943 mit der Deportation nach Sobibór. Sie kamen dort am 7. Mai 1943 an und wurden sofort ermordet.

*Ina Valk*

Ina Valk heiratete 1905 den in Altona gebürtigen jüdischen Pferdemaier Max Klein, der am 16. Juli 1880 zur Welt gekommen war. Ina und Max Klein lebten in Slagelse auf der Insel Seeland in Dänemark, bis Max Klein 1938 starb. Noch im selben Jahr kehrte Ina Valk nach Hamburg zurück. Sie starb am 11. August 1938 im Israelitischen Krankenhaus an einer Krebserkrankung.

*James Valk*

James Valk bekam mit seiner ersten Ehefrau Frieda Auguste, geborene Ries, geboren am 5. September 1886 in Hamburg, den Sohn Edgar Martin, geboren am 1. April 1914. Frieda Auguste starb am 21. August 1917 in Vegesack. Mit seiner zweiten Ehefrau Erna, geborene Edelstein, geboren am 21. November 1896 in Hamburg, bekam James Valk den Sohn Hans-Georg, geboren am 2. September 1920. James Valk gründete um 1914 ein Im- und Exporthandelsunternehmen, das seinen Sitz in der Katharinenstraße 34 hatte. Er wohnte mit seiner Familie in der Nähe seiner Eltern in der Isestraße 28. James Valk verstarb 1925 im Alter von noch nicht 37 Jahren.

Erna Valk wohnte nach dem Tod ihres Ehemannes mit ihren Söhnen Edgar Martin und Hans-Georg bei ihrem Schwager Erwin Valk in der Husumer Straße 16.

Sie verließ Deutschland 1933 in Begleitung ihres Sohnes Hans-Georg nach England. Edgar Martin Valk emigrierte in die USA.

*Semmy Valk*

Semmy Valk wohnte in Hamburg unweit seines Arbeitsplatzes im Eppendorfer Weg 185. Er war in zweiter Ehe verheiratet mit Johanna, geborene Oppenheim, geboren am 14. August 1892. Das Ehepaar bekam einen Sohn, Günther Simon, geboren am 4. April 1921. Semmy Valk flüchtete am 14. Dezember 1938 in die Niederlande. Nach seiner Internierung in Westerbork wurde er am 8. Juni 1943 nach Sobibór verschleppt und dort am 11. Juni 1943 ermordet. Das Schicksal von Johanna Valk ist nicht bekannt.

Günther Simon Valk übersiedelte nach Hannover. Von dort wurde er am 15. Dezember 1941 nach Riga deportiert. Von ihm gab es nie wieder ein Lebenszeichen.

*Erwin Valk*

Erwin Valk arbeitete in der Firma seines Bruder James. Er führte das Unternehmen nach James' Tod weiter. Erwin war mit Margot, geborene Lion, geboren am 9. Oktober 1899, verheiratet. Ob Margot Valk derselben Familie entstammte wie Erwins Mutter Hanna, eine ebenfalls geborene Lion, konnte nicht geklärt werden. Das Ehepaar bekam zwei Söhne, Herbert, geboren am 1. Februar 1923, und Walter James, geboren am 7. November 1927. Die Familie hatte eine Wohnung in der Husumer Straße 16. Ende August 1933 verließen Erwin und Margot Valk Deutschland gemeinsam mit ihren Söhnen und lebten fortan in England.

*Siegfried Valk*

Siegfried Valk, das jüngste der Valk-Kinder, absolvierte nach dem Besuch der Talmud Tora Schule eine kaufmännische Lehre bei der Firma Gebr. Alsberg, einem Kaufhaus in der Straße Großer Burstah. Nach Stellungen in Augsburg und in Berlin bei der Tietz AG kehrte Siegfried Valk 1914 nach Hamburg zurück und arbeitete nun in der Firma seines Bruders James Valk. 1915 wurde er zum Militär eingezogen und blieb bis zum Weltkriegs-ende Soldat. Anschließend gründete er zusammen mit seinem Bruder Semmy die Möbelfabrik und Möbelhandlung Gebr. Valk im Eppendorfer Weg 197, die sie 1928 wieder auflösten. Siegfried Valk hatte 1919 Julie Oppenheim, geboren am 17. Oktober 1893 in Schwäbisch-Hall, geheiratet und mit ihr am 14. Mai 1920 die Tochter Lisa bekommen. 1928 zog er mit seiner Familie nach Essen um und startete einen Handel mit Bettfedern und Bettwäsche. 1930 verlegte er den Firmensitz nach Hamburg in den Possmoorweg 29, wo er auch wohnte. Ab 1932 war Siegfried Valk als Handelsvertreter, zeitweise auch als Generalvertreter bei verschiedenen Unternehmen tätig, z. B. bei Arthur Braun, Dach- und Bautenschutz, Bogenstraße 16. Er verlor dort 1938 seine Stellung, als das Unternehmen „arisiert“ werden sollte. Daraufhin



Grabstein von Julie und Siegfried Valk  
*Ingo Wille*

reiste Siegfried Valk mit seiner Ehefrau nach Prag. Sie lebten dort von Unterstützungsleistungen der Jüdischen Gemeinde.

Das Ehepaar flüchtete 1939 nach einem Gestapoverhör. Die illegale Fahrt nach Beirut mit dem kleinen Schiff „Fossula“, das zahlreiche Emigranten an Bord hatte, dauerte mehrere Monate. Nach zwei Monaten Isolation in einem Quarantänelager in Beirut ging es endlich mit einem zweiten Schiff, der „Tiger Hill“, weiter. An Bord befanden sich bereits 600 Flüchtlinge, als Julie und Siegfried Valk das Schiff Richtung Palästina bestiegen. Während eines Landeversuchs beschossen englische Truppen das Flüchtlingsschiff. Schließlich gelang Julie und Siegfried Valk die Landung in Palästina, wo sie fortan lebten. Sie kehrten später nach Hamburg zurück. Ihr Grab befindet sich auf dem Friedhof Ilandkoppel in Hamburg-Ohlsdorf. Über das Schicksal ihrer Tochter Lisa wissen wir nichts.

An Leopold Valk erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Harvestehude, Isestraße 9.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 940 Sterberegister Nr. 33/1928 Hedwig Valk, 1070 Sterberegister Nr. 456/1937 Jacob John Lissauer, 1089 Sterberegister Nr. 298/1938 Ina Klein, 3046 Heiratsregister Nr. 549/1905 Friedrike Valk/Emil Paul Wilhelm Tettenborn, 13096 Geburtsregister Nr. 2281/1899 Betty Margot Lion, 5966 Heiratsregister Nr. 503/1905 Max Klein/Ina Valk, 6991 Sterberegister Nr. 279/1919 Georg Rothschild, 8054 Sterberegister Nr. 710/1919 Simon Moses Valk, 8605 Heiratsregister Nr. 7/1900 Georg Rothschild/Selma Valk, 8729 Heiratsregister Nr. 379/1919 Siegfried Valk/Julie Oppenheimer, 8742 Heiratsregister Nr. 625/1920 Iwan Valk/Ella Pincus, 8743 Heiratsregister Nr. 782/1920 Erwin Valk/Betty Margot Lion, 8767 Heiratsregister Nr. 681/1922 Jacob John Lissauer/Selma Rothschild geb. Valk; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 15578 Julie Valk, 15782 Siegfried Valk, 39412 Edgar Martin Valk, 43450 Hans Georg Valk, 45709 Herbert Simon Valk; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn 1995/2 Nr. 22082 Leopold Valk; 522-1 Jüdische Gemeinden Nr. 992 e 2 Bd. 3, Deportationsliste; 332-8 Meldeweseb 1892 – 1925 K 7099 Simon Valk, Selma Valk; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Leopold Valk der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, Stadtarchiv Lübeck, Geburtsurkunde Nr. 305/1884 Leopold Valk; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; [www.joodsmonument.nl](http://www.joodsmonument.nl) [15. 9. 2016].

## ■ Regine Victor,

**geb. am 2. 10. 1880 in Altona, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Regines Vater, Lippmann Victor, geboren am 15. Juni 1850, der seinen Vornamen in allen Urkunden mit dem Zusatz „vulgo Louis“ versehen ließ, war aus seinem in Osthessen gelegenen Geburtsort Rhina etwa 1872 nach Altona gekommen und hatte sich in der Großen Elbstraße 115 niedergelassen. Am 3. Februar 1876 heiratete Lippmann vulgo Louis Victor, im Folgenden Louis Victor genannt, die am 29. Dezember 1847 im heutigen Bad Segeberg geborene Line Seligmann. Das jüdische Ehepaar bekam fünf Kinder: Sally, geboren am 6. November 1876, der sich später trotz eines abgelehnten Antrags auf Namensänderung immer Hans Sally nannte, Max, geboren am 9. Februar 1878, Gertrud, geboren am 12. Mai 1879, Regine, geboren am 2. Oktober 1880, und Minnalie, geboren am 8. September 1886.

Auch Louis Victors Bruder Perez war nach Norddeutschland zugewandert. Er siedelte sich im benachbarten Hamburg an und gründete dort eine Familie. Die Schicksale von je einem der Kinder aus beiden Familien sollten sich tragisch verbinden (s. Biografie Sally Victor).

Louis Victor betrieb wie schon sein Vater ein Produkten- und Fellgeschäft, das sich den Einträgen im Altonaer Adressbuch nach zu urteilen gut entwickelte. Waren anfänglich Geschäfts- oder Wohnadresse identisch, so konnten ab 1879 Wohnadresse und Geschäftsstandort teilweise getrennt werden. Louis Victor gehörte ein Grundstück in der Großen Fischerstraße 52-56, dessen Eigentum im Februar 1940 – wohl nicht durch freien Willen – auf die Hansestadt Hamburg übergang. Die Familie Victor wohnte in der großen Elbstraße 7, das Firmenlager befand sich in der Lindenstraße 1 (heute Trommelstraße).

In der Großen Elbstraße 7 kamen auch vier der fünf Kinder zur Welt, nur Minnalie, die jüngste, wurde in der Großen Elbstraße 22 geboren. Über die Entwicklung der Kinder, insbesondere über die von Regine Victor, ist wenig überliefert.

Die Kinder waren längst erwachsen, als ihre Eltern Line Victor am 11. Februar 1919 und Louis Victor am 2. Oktober 1921 in ihrer Wohnung in der Palmaille 108 starben. Dorthin war das Ehepaar schon etwa 1912 umgezogen.

Bei Regine Victor müssen sich spätestens Anfang der 1920er-Jahre Anzeichen einer psychischen Krankheit gezeigt haben. Sie wurde im August 1925 in die Heil- und Pflegeanstalt Schleswig-Staffeld aufgenommen und lebte dort bis 1940.

Regines Bruder Max Victor hatte die nichtjüdische Else Schulz geheiratet. Das Ehepaar bekam zwei Töchter, Margot, geboren am 20. April 1915, und Ingeborg, geboren am 30. August 1910. Die Familie war begütert. Max Victor war Alleininhaber eines Großhandels mit Häuten, Fellen, Leder, Haaren und Wolle. Er hatte das Geschäft von seinem Vater geerbt und führte es von der Großen Marienstraße 1 aus, die von der Kleinen Freiheit

abzweigte, bis etwa 1930 weiter und trat dann in das Unternehmen seines Bruders Hans Sally ein. Max Victors Familie hatte sich von den jüdischen Gebräuchen entfernt. Beide Töchter besuchten die Privatschule der Geschwister Hübbe. Ingeborg schloss die Lichtwark-Schule mit dem Abitur ab. Sie verließ Deutschland am 20. Mai 1935 und ging nach Kapstadt. Margot heiratete am 10. Juli 1936 den am 1. Oktober 1911 in Shanghai geborenen chinesischen Arzt Chow-Wei-Liang. Sie meldete sich am 30. Juli 1936 in Hamburg ab und begleitete ihren Ehemann nach Nanking in China. Das Ehepaar lebte später in den USA. Am 9. November 1938 überfiel ein Trupp SA-Männer Max Victor im Innocentiapark und misshandelte ihn schwer. Die Nationalsozialisten inhaftierten ihn nach dem Novemberpogrom, er blieb für etwa vier Wochen im KZ Sachsenhausen. Daraufhin emigrierten Max und Else Victor im Dezember 1938 nach Shanghai. Dort starb Max am 8. Dezember 1941 an den Folgen eines Schlaganfalls. Else Victor lebte später in Kapstadt.

Von Minnalie Victor wissen wir nur, dass sie 1909 den Kaufmann Karl Leon Feder aus Lemberg heiratete.

Hans Sally Victor ehelichte Selma Stern und bekam mit ihr vier Töchter. Er hatte den Metall- und Chemikalien Großhandel C. Fürst & Co. in der Bugenhagenstraße 6 in der Hamburger Altstadt übernommen, war Mitglied der Hamburger Metallbörse und saß bis 1938 in ihrem Vorstand. Hans Sally wohnte mit seiner Familie in der Parkallee 7 in Harvestehude. Als 1938 ein Treuhänder für das Unternehmen zwangseingesetzt und er vier Wochen in Oranienburg inhaftiert wurde, intensivierte Hans Sally Victor seine Bemühungen um eine Auswanderung. Im März 1939 gelang es ihm schließlich, mit seiner Ehefrau zu einer in New York lebenden Tochter zu emigrieren.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Regine Victor am 17. September 1940 in Langenhorn ein. Dort traf sie ihren Cousin Sally Victor (siehe dort), den Sohn ihres Onkels Perez. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Regine Victor wurde notiert, dass das „Standesamt Cholm II“ ihren angeblich am 10. Februar 1941 eingetretenen Tod unter der Nummer 230/1941 registriert hat.

Über die Schicksale von Regine Victors Schwestern Gertrud und Minnalie Feder sowie deren Ehemann Karl Leon ließ sich nichts aufspüren. Im Gedenkbuch des Bundesarchivs ist keine der drei Personen verzeichnet.

An Regine Victor soll ein Stolperstein in Hamburg-Ottensen, Große Elbstraße 7 (ehemals Große Fischerstraße 7) erinnern.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-13 Landgericht Hamburg Wiedergutmachung 8840 Sally Victor, 9124 Louis Victor; 232-5 Amtsgericht Hamburg – Vormundschaftswesen 2083 Margot Victor; 314-15 Oberfinanzpräsident – Auswandererakten F und FVg 2310 Hans Sally Victor, 2311 Max, Else, Margot Victor; 332-4 Aufsicht über die Standesämter Nr. 2864 Sally Victor, 332-5 Standesämter 2399 Geburtsregister Nr. 309/1896 Erna Edelstein, 5331 Sterberegister Nr. 382/1919 Line Victor, 5343 Sterberegister Nr. 1263/1921 Lippmann vulgo Louis Victor, 5862 Heiratsregister Nr. 66/1876 Lippmann vulgo Louis Victor/Line Seligmann, 5989 Heiratsregister Nr. 1038/1909 Leon Feder/Minnalie Victor, 6193 Geburtsregister Nr. 3262/1876 (Hans) Sally Victor, 6200 Geburtsregister Nr. 518/1878 Max Victor, 6206 Geburtsregister Nr. 1352/1879 Gertrud Victor, 6244 Geburtsregister Nr. 2628/1886 Minnalie Victor, 8723 Heiratsregister Nr. 269/1918 Valk, James/Edelstein, Erna; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 4966 Hans Sally Victor, 7881 Else Victor; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig.

## ■ Sally Victor,

**geb. am 11. 5. 1889 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Sally Victor war das jüngste von fünf Kindern des Ehepaares Perez und Emilie Victor, geborene Freudenthal.

Perez Victor, geboren am 4. Februar 1853 in dem in Osthessen gelegenen Dorf Rhina, war der zwei Jahre jüngere Bruder von Lippmann vulgo Louis Victor (s. Biografie Regine Victor), der sich etwa 1872 in Hamburg niedergelassen hatte. Perez war seinem Bruder nach Hamburg gefolgt und heiratete dort am 4. September 1882 Emilie Freudenthal, geboren am 29. März 1858 in Peine. Das jüdische Ehepaar wohnte in der Steinstraße 142 in der Hamburger Altstadt und bekam dort am 14. Juli 1883 sein erstes Kind, Louis genannt Ludwig. Ihm folgten Joseph Victor, geboren am 4. Dezember 1884 am Schweinemarkt 142, gestorben am 3. Januar 1885, Sally, geboren am 11. Mai 1889 am Schweinemarkt 28, Martha, geboren am 18. November 1887 am Schweinemarkt 28 und Erna, geboren am 1. April 1894 in Wandsbek, Zollstraße 104.

Perez Victor nannte sich bei seiner Eheschließung Produkthändler, im Hamburger Adressbuch von 1883 konkretisierte sich sein Tätigkeitsbereich parallel zu dem seines Bruders in „Handel mit Fellen u. Producten“. 1890 oder 1891 verlegte die Familie ihren Wohnsitz nach Wandsbek in die Zollstraße 104 und lebte dort bis etwa 1920.

Sally Victor soll unter einer „angeborenen Geistesschwäche“ gelitten haben. 1912, zur Zeit seiner ersten Aufnahme in der Provinzial-Irrenanstalt in Neustadt/Holstein, hatte er bereits das Elternhaus verlassen und bei seinem Bruder und Vormund Ludwig Victor in der Straße Am Brunnenhof 33 in St. Pauli gewohnt. Seiner Aufnahme in der Provinzial-Irrenanstalt in Neustadt am 25. Februar 1912 war ein Schriftwechsel zwischen Perez Victor und der Anstalt vorausgegangen, dem sich entnehmen lässt, dass Sallys Vaters den Aufenthalt seines Sohnes dort für notwendig hielt und auch für den Unterhalt aufkommen wollte.

Knapp sechs Monate später, am 11. August 1912, „entwich“ Sally Victor aus der Neustädter Anstalt. Der Direktion der Provinzial-Irrenanstalt scheint der „Abgang“ ihres Patienten nicht unlieb gewesen zu sein. Sie wandte sich am 27. August 1912 an den Landrat in Cismar und fragte, ob Einwendungen gegen seine Entlassung erhoben würden. Dabei betonte Direktor Dabelstein, „derselbe soll 1911 in Wandsbek Handlungen vorgenommen haben, die ihn mit der Polizei in Konflikt brachten, wegen geistiger Minderwertigkeit aber nicht bestraft sein.“

Inzwischen hatte Sally Victor bei einem Pächter auf dem Gutsbetrieb Alt-Glasau im heutigen Landkreis Segeberg Arbeit gefunden. Er wurde dort zunächst in der Gärtnerei beschäftigt und verhielt sich „einigermaßen ruhig“. Doch schon bald wollte der Arbeitgeber Sally wieder loswerden. Er setzte sich mit dessen Vater in Verbindung und wartete darauf, dass Perez Victor seinen Sohn abholen würde. Darüber entstand ein Schriftwechsel zwischen dem Amtsvorsteher der Gemeinde Glasau und dem Landrat in Segeberg, in dem der Amtsvorsteher die Sorge äußerte, künftig für Sally Victor aufkommen zu müssen. Der Arbeitgeber, der Amtsvorsteher und die Anstalt in Neustadt erreichten ihr Ziel. Sally Victor wohnte – wenn auch nur kurzfristig – ab Anfang Oktober 1912 wieder bei seinen Eltern in der Zollstraße 104 in Wandsbek. Die Armenverwaltung des Magistrats der Stadt Wandsbek informierte die Provinzial-Irrenanstalt Neustadt am 9. Dezember 1912, dass Sally Victor „in Farmsen sein soll“. Damit war das Hamburger Versorgungsheim gemeint.

Es ist nicht überliefert, wo Sally Victor die folgenden Jahre bis 1927 verbrachte. Einem Schreiben des Oberpräsidenten des Provinzialverbandes in Kiel ist zu entnehmen, dass er am 5. November 1925 von Berlin nach Hamburg und von da am 7. Dezember 1925 in die Arbeitsanstalt in Glückstadt kam. Das Gebäude am Jungfernstieg in Glückstadt diente im 19. Jahrhundert als Zuchthaus, später als „Korrekationsanstalt“ und ab 1925 als „Landesarbeitsanstalt“. Vermutlich blieb Sally Victor dort bis zum 3. November 1927, seiner erneuten Aufnahme in der inzwischen in Provinzial- Heil- und Pflegeanstalt Neustadt umbenannten Einrichtung, wo er in den folgenden fast dreizehn Jahren lebte. Einer Notiz auf dem Einband seiner Patientenakte zufolge wurde er am 13. September 1940 nach Langenhorn „entlassen“, d. h. verlegt.

Die Überführung in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg- Langenhorn hatte folgenden Hintergrund: Im Frühjahr/Sommer 1940 plante die „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, eine Sonderaktion gegen Jüdinnen und Juden in öffentlichen und priva-

ten Heil- und Pflegeanstalten. Sie ließ die in den Anstalten lebenden jüdischen Menschen erfassen und in Zwischenanstalten zusammenziehen. Die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn wurde zu einer der norddeutschen Zwischenanstalten bestimmt. Alle Einrichtungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg wurden angewiesen, die in ihren Anstalten lebenden Jüdinnen und Juden bis zum 18. September 1940 dorthin zu verlegen.

Sally Victor kam am 13. September 1940 in Langenhorn an. Dort traf er seine Cousine Regine Victor, die Tochter seines Onkels Lippmann vulgo Louis. Am 23. September 1940 wurden die jüdischen Menschen in die „Landes-Pflegeanstalt“ in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmord-

anstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung der Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Aus Sally Victors Familie kamen weitere Mitglieder im Holocaust ums Leben. Sallys Bruder Louis, genannt Ludwig, hatte Rosa Abrahamson, geboren am 7. Mai 1882 in Prenzlau, geheiratet. Die Eheschließung fand wahrscheinlich außerhalb Hamburgs statt – möglicherweise am Familienwohntort von Rosa –, sodass wir Zeitpunkt und Ort nicht kennen. Louis wurde am 21. Dezember 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert, später aber wieder freigelassen. Die Eheleute wohnten zur Zeit der Volkszählung im Mai 1939 in der Fischerstraße 52/56 in Altona. Louis und Rosa Victor drohte die Deportation am 8. November



Sally Victors Neustädter Krankenakte (mit Vermerk „Entlassen am 12. Sept. 1940 nach Langenhorn“)

LAS

1941 nach Minsk. Sie waren in der Deportationsliste der Gestapo mit der Adresse „Alt., Gr. Fischerstr. 52 I“ aufgeführt. Ihre Namen wurden jedoch durchgestrichen, was für sie aber nur einen kurzen Aufschub bedeutete. Sie mussten ihre Unterkunft noch einmal wechseln und die Enge des „Judenhauses“ Sonninstraße 16 (heute Biernatzkistraße) in Altona auf sich nehmen. Dort erhielten sie den Deportationsbefehl, aufgrund dessen sie am 11. Juli 1942 nach Auschwitz verschleppt und ermordet wurden.

Erna Victor heiratete einen Mann mit Nachnamen David. Sie konnte rechtzeitig aus Deutschland flüchten und betrieb in den 1950er-Jahren ein Wiedergutmachungsverfahren hinsichtlich Louis und Rosa Victor.

Martha Victor heiratete wahrscheinlich außerhalb Hamburgs. Ihr Schicksal und das ihres Ehemannes mit Namen Nowotny sind unbekannt.

Von Perez und Emilie Victor konnten keine Sterberegistereinträge in Hamburg, Altona oder Wandsbek gefunden werden. Es liegt deshalb nahe, dass sie Wandsbek verließen und möglicherweise in einen ihrer Geburtsorte zurückgingen.

Für Sally und Rosa Victor sind Stolpersteine Hamburg-Altona-Altstadt, Carsten-Rehder-Straße 50 (ehemals Große Fischerstraße 52/56, von der Hafensstraße links ab) geplant.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Lebenden jüdischen Frauen und Männern der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-13 Landgericht Hamburg – Wiedergutmachung 9124 Louis (Ludwig) Victor; 232-5 Amtsgericht Hamburg – Vormundschaftswesen 2083 Margot Victor, 2084 Sally Victor; 332-5 Standesämter 169 Sterberegister Nr. 39/1885 Joseph Victor, 2636 Heiratsregister Nr. 949/1882 Perez Victor/Emilie Freudenthal, 2073 Geburtsregister Nr. 4681/1884 Joseph Victor, 2045 Geburtsregister Nr. 3030/1883 Louis Victor, 2073 Geburtsregister Nr. 4681/1884 Joseph Victor, 2146 Geburtsregister Nr. 4181/1887 Martha Victor, 3848 Geburtsregister Nr. 229/1894 Erna Victor; 2189 Geburtsregister Nr. 1450/1889 Sally Victor, 351-11 Amt für Wiedergutmachung 40276 Magot Chow; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 424-111 Amtsgericht Altona 6102 Erna David wegen Louis und Rosa Victor, 6107 Todeserklärung Louis und Rosa Victor; 6174 Todeserklärung Sally Victor; 522-1 Jüdische Gemeinden Nr. 992 e 2 Bd. 2 und 4; SLA Abt. 377 Nr. 2771 (Patientenakte Sally Victor); JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig.

## ■ Louis Vogel,

geb. am 26. 3. 1892 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel

Flora und Semmy Vogel hatten 1884 geheiratet. Beide stammten aus Hamburger jüdischen Kaufmannsfamilien. Der „Tapezier“ Semmy Vogel, geboren am 15. Januar 1858, Sohn des „Handelsmannes“ Levy Vogel und seiner Ehefrau Sophie, geborene Finkenberg, wohnte damals am Schaarmarkt 28. Flora, Tochter des „Handelsmannes“ Jonas und der Mathilde Moses, geborene Levy, wohnte in der Straße Eichholz 52. Acht Kinder wurden in dieser Ehe geboren: John, geboren am 18. April 1885, Margarethe (Grete), verheiratete Wandmacher, geboren am 6. Dezember 1886, Julius, geboren am 11. Dezember 1888, gestorben am 24. Februar 1889, Henriette, verheiratete Lütjens, geboren am 1. Mai 1890, Louis, geboren am 26. März 1892, Max, geboren am 25. Juni 1894, gestorben am 4. Januar 1934, Paula, verheiratete Baden, geboren am 7. September 1900, und Erna, verheiratete Wenz, geboren am 27. August 1904.

Als die Kinder zur Welt kamen, lebte Familie Vogel in der Neustadt, u. a. in der Straße Bei den Hütten, in der 2. Elbstraße und im Krayenkamp. Vermutlich musste sie häufig umziehen, vielleicht wohnte sie sogar Wohnungen trocken, wie es in den ärmeren Schichten zu dieser Zeit nicht unüblich war.

Flora und Semmy Vogel waren assimiliert. Sie schickten ihre Kinder zwar in die jüdischen Schulen und begingen die jüdischen Feiertage, aber religiöse Gebote wie die Speisegesetze hielten sie nicht mehr ein. Alle Kinder heirateten nichtjüdische Partner, waren Anhänger der Sozialdemokratie und ließen sich taufen oder wandten sich von der Religion ab.

Semmy Vogel verkaufte vor 1914 in einem kleinen Altwarenladen aufgearbeitete Möbel. Er starb am 20. November 1915. Die jüngste Tochter war elf Jahre alt, die älteren Kinder bereits erwachsen. Flora Vogel lebte später in einer kleinen Hinterhofwohnung in der Osterstraße 85a oder b, dann in der Lutterothstraße 65, häufig besucht von Kindern und Enkeln, die die belesene alte Frau liebten.

1939 zog sie, inzwischen gebrechlich und fast erblindet, in das Altenhaus der Jüdischen Gemeinde in der Sedan-



Hinterhaus Osterstraße 85 a  
*Ingo Wille*



Louis Vogels Mutter Flora Vogel  
*FZH/WdE*

straße. Als sie, 83-jährig, am 24. März 1943 den Deportationsbefehl nach Theresienstadt erhielt – die NS-Behörden „räumten“ die jüdischen Heime und Anstalten – war sie in der Beneckestraße 6 untergebracht. Trotz ihrer Sehschwäche wurde sie von dem Eimsbütteler Arzt Cai Lienau, Eichenstraße 54, für „reisefähig“ erklärt. Am Tag vor der Deportation besuchten sie ihre Kinder und Enkel, die aufgrund ihrer Verbindungen zum sozialdemokratischen Milieu nicht nur frühzeitig von der Existenz der Konzentrationslager, sondern auch über die in den Lagern herrschende Brutalität Bescheid wussten, denn viele Parteifreunde oder kommunistische Nachbarn waren im März 1933 in KZ-Haft genommen worden. Daher ahnten die Kinder und Enkel, was der Großmutter bevorstand. Um ihr diesen Weg zu ersparen, trugen sie bei ihrem letzten Besuch Schlaftabletten bei sich, die

sie ihr dann aber doch nicht verabreichen mochten. So ging die alte Frau „auf Transport“, den sie nur um wenige Wochen überlebte. Flora Vogel kam am 20. Mai 1943 ums Leben.

Flora Vogels Sohn Louis war von Beruf Barbier. Wie seine Geschwister heiratete er eine Nichtjüdin. Am 18. Juni 1920 wurde er mit der aus Itzehoe stammenden evangelisch-lutherischen Lydia Caroline Baszulewski getraut. Das Paar wohnte zum Zeitpunkt der Eheschließung in St. Pauli in der Schmuckstraße 11 im dritten Stock. Louis Vogel wurde am 14. August 1926 in der Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn aufgenommen, nachdem er bereits im Februar/März 1925 Patient der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg gewesen war. Die Gründe dafür kennen wir nicht. Die Ehe von Lydia und Louis Vogel war den krankheitsbedingten Belastungen nicht gewachsen. Sie wurde am 25. Juli 1927 geschieden. Louis blieb dauerhaft in Langenhorn.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion alle jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil-

und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen und am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel transportieren ließ, war Louis Vogel unter ihnen. Noch am selben Tag wurden die Menschen in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung der Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Auf dem Geburtsregistereintrag von Louis Vogel wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ seinen Tod unter der Nummer 412/1941 registriert hat.

Louis Vogels Geschwister waren zunächst durch ihre „Mischehen“ vor den Deportationen geschützt. 1945 wurde Margarethe (Grete) nach Theresienstadt deportiert, überlebte aber. Der älteste Sohn John hatte 1945 ebenfalls noch die Aufforderung zur Deportation nach Theresienstadt erhalten, erreichte jedoch eine Rückstellung aus Krankheitsgründen. Er war von Juni 1938 bis Februar 1939 in Sachsenhausen inhaftiert gewesen und hatte in Hamburg Zwangsarbeit leisten müssen. Auch Henriette, Paula und Erna Vogel überlebten den Holocaust.

An Louis und Flora Vogel erinnern Stolpersteine in Hamburg-Eimsbüttel, Osterstraße 85.

*Susanne Lohmeyer*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Lebenden jüdischer Frauen und Männern der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 257 Sterberegister Nr. 545/1889 Julius Vogel, 2668 Heiratsregister Nr. 520/1884 Semmy Vogel/Flora Moses, 2101 Geburtsregister Nr. 1868/1885 John Vogel, 2134 Geburtsregister Nr. 5874/1886 Margarethe Vogel, 2183 Geburtsregister Nr. 5870/1888 Julius Vogel, 2226 Geburtsregister 1983/1890 Henriette Vogel, 2284 Geburtsregister Nr. 1361/1892 Louis Vogel, 2344 Geburtsregister Nr. 2375/1894 Max Vogel, 3243 Heiratsregister Nr. 806/1914 John Vogel/Käthchen Lehmann, 3375 Heiratsregister Nr. 544/1920 Louis Vogel/Lydia Caroline Baszulewski; 13405 Geburtsregister Nr. 2465/1900 Paula Vogel; 8031 Sterberegister Nr. 1099/1915 Semmy Vogel, 8679 Heiratsregister Heinrich Albert Wandmacher/Margarethe Vogel, 8753 Heiratsregister Walther Lütjens/Henriette Vogel, 9868 Sterberegister Nr. 15/1934 Max Vogel; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1960 Flora Vogel, 7938 John Vogel; 351-14 Arbeits- und Sozialbehörde – Sonderakten 1960 Flora Vogel; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patientenkarteikarte Louis Vogel der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Baumbach u. a., „Wo Wurzeln waren ...“, darin: Familie Vogel, S. 195 ff.; Böhme/Lohalm, Wege in den Tod, S. 70 f.; Klee, „Euthanasie“, S. 269 ff.

■ **Czilli Wallschütz, geb. Reichberger,**  
**geb. am 29. 3. 1875 in Kaschau/Ungarn (heute Slowakei), ermordet am 23. 9. 1940 in der**  
**Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Zur Zeit von Czilli Reichbergers Geburt am 29. März 1875 gehörte Kaschau zum Königreich Ungarn innerhalb der k. u. k. Monarchie, heute Slowakei (ungarisch: Kassa, slowakisch: Kosice). Juden durften sich in Kaschau seit 1840 niederlassen. Dieser Glaubensgemeinschaft gehörten Czillis Eltern, der Kaufmann Hermann Reichberger und dessen Ehefrau Fanny, geborene Stern, an.

Wir wissen nicht, wann Czilli Wallschütz, geborene Reichberger, nach Berlin einwanderte. Möglicherweise hing die Übersiedlung mit ihrer Schwangerschaft und der vorehelichen Geburt ihres Sohnes Hans Reichberger zusammen, von dem später ihr ehelicher Sohn Carl Hermann Wilhelm berichtete, er sei 1926 oder 1927 nach Nordamerika ausgewandert. Am 24. Dezember 1890 heiratete Czilli den evangelischen Mechaniker Karl Friedrich Wilhelm Wallschütz. Ihr Vater war zu dieser Zeit bereits verstorben, ihre Mutter lebte in Budapest. Das Ehepaar Wallschütz bekam in Berlin seine beiden Kinder, Carl Hermann Wilhelm, geboren am 3. März 1899, und Auguste Ida Liesbeth, geboren am 18. Juni 1903. Aus den Geburtsregistereinträgen ist nicht zu ersehen, dass Czilli Wallschütz konvertierte.

Familie Wallschütz ließ sich nach der Jahrhundertwende in Hamburg nieder. Sie lebte in der Hansdorfer Straße in Barmbek-Süd. Ihr Sohn berichtete im Rahmen des Wiedergutmachungsverfahrens: „Meine Eltern lebten bei der Machtergreifung durch die NSDAP getrennt, und zwar meine Mutter auf Zimmer in Barmbek und mein Vater auf Zimmer in der Gerhofstraße.“ Nach der Trennung von ihrem Ehemann hatte Czilli Wallschütz zur Jüdischen Gemeinde gefunden. Auf der Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde ist Czilli Wallschütz ohne Ehemann aufgeführt mit den Wohnadressen Raboisen 83 in Hamburg-Altstadt und Gerstenkamp 9 in Barmbek-Süd. 1934 zahlte sie erstmals Kultussteuer. Sie arbeitete nun als Tagfrau (Haushaltshilfe). Seit Sommer 1935 lebte sie im Versorgungsheim Oberaltenallee. Ihr Sohn begründete dies damit, dass seine Mutter zwar kränklich, aber „geistig frisch“ gewesen sei. Nach kurzer Zeit kam sie in das Versorgungsheim Farmsen und blieb dort bis zum September 1940. Carl Hermann Wilhelm Wallschütz erlebte seine Mutter bei seinen Besuchen in Farmsen als „geistig klar“.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden aus öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Czilli Wallschütz am 18. September 1940 in Langenhorn ein. Über einen Besuch in Langenhorn berichtete ihr Sohn: „Meine Mutter war geistig gesund. Es war nur ein Vorwand, weshalb man sie nach Langenhorn gebracht

hatte.“ Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

Czilli Wallschütz' Tod wurde angeblich von einem „Standesamt Chelm, Post Lublin“ unter der Nummer 334/1941 beurkundet. Danach soll sie am 30. Januar 1941 an einem Herzschlag gestorben sein. Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch), einer Stadt östlich von Lublin. Auch gab es in Chelm kein deutsches Standesamt. Dessen Erfindung und die Verwendung späterer als der tatsächlichen Sterbedaten dienten dazu, die Mordaktion zu verschleiern und zugleich entsprechend länger Verpflegungskosten einfordern zu können. Carl Hermann Wilhelm Wallschütz erhielt mit einem fingierten Anschreiben der „Irrenanstalt Chelm, Post Lublin“ die falsche Sterbeurkunde seiner Mutter.

Die falsche Sterbeurkunde für Czilli Wallschütz ist eine von nur wenigen noch verfügbaren. Sie ist abgebildet in dem Beitrag von Georg Lilienthal, Der NS-Anstaltsmord an jüdischen Patientinnen und Patienten, in diesem Band. Nur die in vielen Fällen erhaltenen Beischreibungen auf den Geburtsregistereinträgen geben noch Zeugnis von den falschen Sterbe- und Beurkundungsdaten und das vorgebliche Geschehen. Oft finden sich auch diese Einträge nicht.

Czilli Wallschütz' Ehemann, Karl Friedrich Wilhelm Wallschütz, starb am 28. Februar 1937 in Hamburg.

Das Schicksal von Auguste Ida Liesbeth Wallschütz, Czillis Tochter, kennen wir nicht.

Der Postfacharbeiter Carl Hermann Wilhelm Wallschütz, Czillis Sohn, war wie seine Schwester christlich getauft und konfirmiert worden. Die Reichspost entließ ihn dennoch am 9. Oktober 1933 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Ab 1935 musste Carl Hermann Wilhelm Wallschütz zwangsweise sogenannte Unterstützungsarbeit in einem Heim in Nordholz und dann in Hamburg-Waltershof verrichten. In einer aus jüdischen Männern gebildeten Kolonne leistete er schwerste Erdarbeiten auf einem Schlickfeld, auf dem Sport- und Spielplätze für eine Kindertageskolonie und ein Kleingartengelände errichtet werden sollten. Weitere Stationen erzwungener „Unterstützungsarbeit“ waren die Horner Rennbahn, Tiefstack und Buxtehude, wo er bei Kanalarbeiten eingesetzt war. Nach dem Kriege stellte die Post Carl Hermann Wilhelm Wallschütz wieder ein. Er starb am 20. September 1960 in Hamburg.

Für Czilli Wallschütz soll ein Stolperstein in Hamburg-Altstadt, Raboisen 83, gelegt werden.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projekt-

gruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 1064 Sterberegister Nr. 447/1937 Karl Friedrich Wilhelm Wallschütz, 1383 Sterberegister Nr. 466/1960 Carl Hermann Wilhelm Wallschütz; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 21712 Carl Wilhelm Wallschütz; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Landesarchiv Berlin PRep. 501 Nr. 119 Geburtsregister Nr. 594/1899 Carl Wilhelm Wallschütz, PRep. 501 Nr. 1854 Geburtsregister Nr. 1433/1903 Auguste Ida Liesbeth Wallschütz, Heiratsregister Nr. 1367/1898 Czilli Reichberger/Karl Friedrich Wilhelm Wallschütz; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig.

■ **Emma Maria Amalie Warburg,**  
**geb. am 6. 9. 1896 in Altona, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Maria Warburg gehörte zu einer jüdischen Familie, die vor vielen Generationen aus der westfälischen Stadt Warburg nach Altona eingewandert war und deren Mitglieder hier sowie in der Nachbarstadt Hamburg große wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung gewannen. Von der seit ca. 1645 in Altona ansässigen Familie Jacob Samuel Warburg zweigte sich in der zweiten Generation die Linie R. D. Warburg ab. Aus diesem hauptsächlich kaufmännisch tätigen Familienzweig, der noch lange in Altona bzw. in Hamburg, später hauptsächlich in Berlin lebte, entstammten der 1846 geborene Physiker Professor Emil Warburg, der von 1905 bis 1922 Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin war und dessen Sohn, der Nobelpreisträger Professor Otto Heinrich Warburg, geboren am 8. Oktober 1883 in Freiburg, gestorben am 1. August 1970 in Berlin. Aus der dritten Generation der Familie des Jacob Samuel Warburg ging die Linie der Hamburger Warburgs hervor, zu der die Gründer des 1798 entstandenen und noch heute bestehenden privaten Bankhauses M.M. Warburg & Co. gehörten.

Die in Altona verbliebenen Familienmitglieder engagierten sich auf sozialem Gebiet. Auf sie gingen mehrere wohlthätige Stiftungen zurück, die S. S. Warburg-Stiftung, die Warburg-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger Handwerker in Altona und das Betty-Stift in Altona. Albert Warburg, geboren am 23. Juni 1843, gestorben am 19. Februar 1919, arbeitete erfolgreich als Teilhaber der 1804 von Wulf Salomon und dessen Bruder Samuel S. Warburg, gegründeten Bank W. S. Warburg in der Breitestraße 15.

Albert Warburgs Bruder Salomon Warburg, genannt Siegfried, geboren am 16. August 1852, gestorben am 8. Juni 1934, war als Jurist promoviert worden und als Rechtsanwalt und Notar in dritter Generation in Altona mit dem Titel Justizrat zugelassen. Er saß über dreißig Jahre der Krieger-Sanitäts-Kolonie des Roten Kreuzes in Altona vor. Ähnlich lange gehörte er dem Vorstand des Altonaer Kinderschutz und Jugendwohlfahrt E. V. an. Während des Ersten Weltkrieges war er Reservelazarett-Delegierter. Er absolvierte das Dienstjahr beim Infanterie-Regiment 31 in Altona als Reserve-Offizier.

Der dritte der Warburg-Brüder aus dieser Generation, Jacob, war 1870 im Deutsch-Französischen Krieg in Frankreich zu Tode gekommen.

Salomon Siegfried heiratete 1890 die evangelisch-lutherische Anna Elisabeth Brandis, geboren am 30. Oktober 1860 in Hamburg. Aus dieser Ehe gingen fünf Kinder hervor: Anna Helene, geboren am 28. April 1891, Sophie Charlotte Henriette, geboren am 26. Juni 1892, Pius Moritz Rudolf, geboren am 11. Oktober 1893, Carl Albert Otto, geboren am 15. März 1895 und Emma Maria Amalie, geboren am 6. September 1896. Alle Kinder wurden in der Palmaille 31 in Altona geboren.

Die Schicksale der Kinder von Salomon Siegfried und Anna Elisabeth Warburg kennen wir mit Ausnahme derer von Pius Moritz Rudolf (im Folgenden Rudolf) und Emma Maria Amalie (im Folgenden Maria)

nicht. Maria Warburg erklärte bei ihrer späteren Aufnahme in der Landesheilanstalt Neustadt, eine Schwester sei nach England emigriert.

Maria Warburg, das jüngste der fünf Kinder von Salomon Siegfried und Anna Elisabeth Warburg, war christlich getauft. Sie besuchte ab 1903 eine Privatschule und dann das Lyceum in Altona. Der Besuch des Mädchengymnasiums in Hamburg, der auf ihren Wunsch ermöglicht worden war, musste schon bald abgebrochen werden, weil die Inhalte mehrerer Fächer sie überforderten. Wegen des Kriegsbeginns musste auch der anschließende Aufenthalt in einem Pensionat in Lausanne vorzeitig beendet werden. 1917 bestand Maria Warburg das Examen für Hauswirtschaftslehrerinnen in Hamburg und arbeitete anschließend auf einem Gut bei Halle im Haushalt und in der Viehwirtschaft. Zurück in Hamburg unterrichtete sie zunächst erwerbslose Mädchen am Arbeitsamt Hamburg, vertrat Haushaltungslehrerinnen an der Hamburger Haushaltungsschule und gab Haushaltungsunterricht im Diakonissenhaus Altona. Nebenher arbeitete sie im Rechtsanwaltsbüro ihres Vaters.



Maria Warburg, 26 Jahre alt  
*UKE/IIGEM*

1922 erkrankte Maria Warburg, die bis dahin immer gesund gewesen war, an einer starken Angina, von der sie sich lange nicht erholte. Verschiedene Therapieversuche und ein Kuraufenthalt brachten nicht den gewünschten Heilerfolg. Im Oktober war Maria Warburg wieder so weit genesen, dass sie eine Stellung als Haushälterin in Meran übernehmen konnte und bis Juni 1923 beibehielt. Nach ihrer Rückkehr erlebten ihre Eltern sie traurig. Am 29. Juli 1923 wollte Maria Warburg ihrem Leben ein Ende setzen. Sie überlebte den Sturz aus dem zweiten Stock des elterlichen Wohnhauses in der Palmaille 31 und trug schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen davon.

In der Hamburger Staatskrankenanstalt Friedrichsberg arbeitete Julius Cohn, ein Vetter von Salomon Siegfried Warburg. Wahrscheinlich ermöglichte es diese Verbindung, die Altonaerin Maria Warburg am 9. August 1923 für einen Monat in Friedrichsberg aufzunehmen. Anschließend befand sich Maria Warburg fast immer in ärztlicher Behandlung, entweder ambulant oder stationär in psychiatrischen Kliniken. Im März 1927 musste ein Arbeitsversuch als Haushaltungslehrerin im Fürsorge-Erziehungsheim Hamburg-Ohlsdorf nach wenigen Tagen abgebrochen werden. Es schlossen sich Klinikaufenthalte in der Privatklinik Dr. Lienau in Hamburg-Eimsbüttel und in der psychiatrischen Universitätsklinik Kiel an.



Wohnhaus Palmaille 108  
*Ingo Wille*

Im Mai 1931 wurde Maria Warburg ein zweites Mal in Friedrichsberg aufgenommen. Damals äußerte ihr Vater: „Ich fürchte, meine Tochter leidet unter dem bedrückenden Gefühl, daß sie keinen Lebenszweck hat und sich auch solchen nicht gestalten kann. Damals, 1923, haben die entsetzlichen Geldverhältnisse m. E. auf meine Tochter einen furchtbaren Eindruck gemacht; der Eindruck wirkt nach. Meine Tochter weiß, daß ich ganz verarmt bin, so daß sie eigentlich verdienen müßte. Ich glaube, das Gefühl der Abhängigkeit, der für die Aermste völlig unsicheren Zukunft im Hinblick auf Geld spielt eine große Rolle bei ihrem Leiden.“

Maria Warburg blieb bis zum 7. August 1932 in Friedrichsberg. Am 2. Januar 1935 wurde sie Patientin der Landesheilstadt Neustadt. In

der Zwischenzeit lebte sie bei ihren Eltern, zuletzt bei ihrer Mutter. Maria Warburgs Vater, allem Anschein nach von großer Bedeutung für sie, war am 8. Juni 1934 gestorben. Marias Mutter, Anna Elisabeth Warburg, gab die Wohnung in der Palmaille 31 nach dem Tod ihres Ehemannes auf und zog in die Palmaille 108.

Dort wohnte auch Maria Warburg vor ihrer Einweisung in die Landesheilanstalt Neustadt. In einer Postkarte an ihre Mutter kurz nach der Aufnahme in Neustadt schrieb Maria: „Mit der Schwesternschaft stehe ich noch auf Kriegsfuß. Doch wird sich das wohl noch aufklären, der Antisemitismus ist kränkend.“

Während der Zeit in Neustadt bestand zwischen Maria und ihrer Familie brieflicher Kontakt. Ihre wiederholten Besuche bei Verwandten in Altona dauerten bis zu vier Wochen.

Im Frühjahr/Sommer 1940 plante die „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, eine Sonderaktion gegen Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten. Sie ließ die in den Anstalten lebenden jüdischen Menschen erfassen und in Zwischenanstalten zusammenziehen. Die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn wurde zu einer der norddeutschen Zwischenanstalten bestimmt. Alle Einrichtungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg wurden angewiesen, die in ihren Anstalten lebenden Jüdinnen und Juden bis zum 18. September 1940 dorthin zu verlegen.

Maria Warburg wurde am 12. September 1940 nach Langenhorn gebracht. Ihr Pfleger, der Rechtsanwalt Möller, Hamburg, Rathausstraße 27, regte gegenüber der Landesheilanstalt Neustadt an, sie in „eigene Versorgung“ zu geben. Die Anstalt griff den Vorschlag mit Schreiben vom 21. September 1940 an den „Herrn Direktor der Landesheilanstalt Hamburg-Langenhorn“ auf und befürwortete Maria Warburgs Entlassung aus der Anstalt in Hamburg-Langenhorn. Zu diesem Zeitpunkt war Maria Warburgs Schicksal jedoch längst besiegelt.

Zwei Tage später, am 23. September 1940, wurde sie mit den jüdischen Menschen aus den norddeutschen Anstalten nach Brandenburg an der Havel transportiert. Der Transport erreichte die märkische Stadt noch am selben Tag. In dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses trieb man die Menschen umgehend in die Gaskammer und ermordete sie mit Kohlenmonoxid.

Auf dem Geburtsregistereintrag von Maria Warburg wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren angeblich am 10. Februar 1941 eingetretenen Tod unter der Nummer 279/1941 registriert hat. Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch), einer Stadt östlich von Lublin.

Zum Zeitpunkt des Abtransports von Maria Warburg in die Mordanstalt in Brandenburg an der Havel war ihr Bruder Rudolf Warburg mit seiner Familie bereits aus Deutschland geflohen. Er hatte sich spätestens nach dem Tod seines und Marias Vaters um die Familienangelegenheiten gekümmert. Sein bürgerliches Leben wurde durch den Verlust des Notarantes und der Rechtsanwaltszulassung infolge des Reichsbürgergesetzes und seiner Folgeverordnungen vernichtet.



Maria Warburgs Bruder Rudolf  
*Privatbesitz Heiko Morisse*

Rudolf Warburg hatte seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913 geleistet. Ab August 1914 nahm er als Leutnant der Reserve an 23 Gefechten und Schlachten im Ersten Weltkrieg teil und wurde auch einmal verwundet. Am 28. Oktober 1918 wurde er aus dem Militärdienst entlassen.

Rudolf Warburg, der der evangelisch-lutherischen Konfession angehörte, heiratete die ebenfalls evangelisch-lutherische Ilse Gudrun Olshausen und bekam mit ihr drei Kinder, Marion Helga, geboren am 3. Februar 1926, Renata Margarete, geboren am 29. Oktober 1927, und Ruth Erika Warburg, geboren am 29. Februar 1932.

Er folgte der beruflichen Tradition seiner Vorfäter und erhielt nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Kiel im August 1921 den Dokortitel. Im Juli 1923 wurde er als Rechtsanwalt bei dem Amtsgericht und bei dem Landgericht Altona zugelassen. 1925 verlegte er seinen Wohnsitz von Altona nach Nienstedten, Hindenburgstraße 23 (ab 1938 von-Seeckt-Straße, heute Winckelmannstraße) und 1926 nach Blankenese, Caprivistraße 36. Seine Geschäftsräume in Altona, Platz der Republik 6, behielt er bei. Seit dem 3. Dezember 1927 amtierte er auch als Notar.

Am 27. August 1934 leistete Rudolf Warburg den Amtseid auf Adolf Hitler gemäß § 2 des Gesetzes über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 20. August 1934. Weder sein Eid auf Adolf Hitler noch seine Zugehörigkeit zur christlichen Religion schützten ihn vor „rassischer Verfolgung“ durch die Nationalsozialisten. Am 22. Januar 1936 teilte der Reichsminister der Justiz Rudolf Warburg mit: „Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Ersten Verordnung dazu vom 14. November 1935 (RGBl. I S. 1333) sind Sie mit Ablauf des 14. November 1935 aus Ihrem Amt als Notar ausgeschieden.“ Rudolf Warburg bat am 23. Dezember 1935 mit einem umfangreichen Antrag an den Reichsminister der Justiz, in dem er die jahrhundertelange Familiengeschichte und die Verdienste der Familie um das Gemeinwesen beschrieb,

ihm das Amt als Notar zu belassen. Die Bittschrift wurde abgewiesen.

Am 9. Dezember 1938 folgte die Löschung von Rudolf Warburgs Namen in der Liste der bei dem Amtsgericht Hamburg-Altona zugelassenen Rechtsanwälte unter Verweis auf die Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. September 1938. Stattdessen wurde er Anfang 1939 als „Konsulent“ beim Landgerichtsbezirk Hamburg zugelassen. Als Konsulent wurden in der Zeit von 1938 bis 1945 im Deutschen Reich jüdische Juristen bezeichnet, denen zwar die generelle Zulassung als Rechtsanwalt entzogen worden war, die aber die Genehmigung erhalten hatten, zumindest in

wenigen verbliebenen Angelegenheiten andere Juden juristisch zu beraten oder zu vertreten.

Rudolf Warburg sah nun keine Zukunft mehr für sich und seine Familie in Deutschland. Seine Töchter reisten im Dezember 1938 nach England. Er sah sich nach dem Novemberpogrom gezwungen, das Grundstück an der Caprivistraße unter Wert zu verkaufen, um die „Reichsfluchtsteuer“ und die „Sühneabgabe“ zahlen zu können. Rudolf Warburg und seine Ehefrau Ilse Gudrun folgten ihren Töchtern im April 1939 nach London. Die Familie lebte künftig in Surrey, England.

Aus der Ehe von Maria Warburgs Onkel Albert Warburg mit der Niederländerin Gertrude „Gertha“ Margaretha Rindskopf, geboren am 23. November 1856, gingen vier Kinder hervor: Helene Julie, geboren am 10. September 1877, Ada Sophie, geboren am 11. September 1878, Betty, geboren am 27. September 1881, und Wilhelm Siegfried, geboren am 7. April 1884, der im Alter von sieben Jahren starb.

Gertrude Margaretha und ihre Töchter Helene Julie und Betty Warburg wurden im Holocaust ermordet. Gertrude Margaretha Warburg war in die Niederlande geflüchtet. Sie wurde 1943 von dort nach Sobibór deportiert. Helene Julie Warburg hatte den Juristen Walter Edgar Burchard geheiratet, der der reformierten Kirche angehörte. Er nahm sich am 10. Juli 1942, am Tag vor der Deportation seiner Ehefrau Helene Julie, das Leben.

Ada Sophie, die den lutherischen Ingenieur Ernst Eduard Martienssen geheiratet hatte, war im Mai/Juni 1940 wegen „Hörens eines Feindsenders“ in Fuhlsbüttel inhaftiert. Am 19. Januar 1944 wurde sie nach Theresienstadt verschleppt, überlebte aber. Sie starb 1957 in Hamburg.



Stolperstein für Maria Warburg

*Ingo Wille*

Betty Warburg wurde am 16. April 1943 in Sobibór umgebracht. Unter [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de) findet sich eine ausführliche Biografie über Betty Warburg, in der auch die Geschichte dieses Zweiges der Familie Warburg dargestellt wird.

An Maria Warburg erinnert ein Stolperstein in der Palmaille 108 in Hamburg-Altona Altstadt.

Stolpersteine in Hamburg-Rotherbaum, Feldbrunnenstraße 21, weisen auf Walter Edgar und Helene Julie Burchard, Stolpersteine in Hamburg-Rotherbaum, Hochallee 5 auf Gertrude Margaretha und Betty Warburg hin.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 213-13 Landgericht Wiedergutmachung 2946 Rudolf Warburg, 2947 Rudolf Warburg; 241-2 Justizverwaltung Personalakten A 3569 Rudolf Warburg; 332-5 Standesämter 6298 Geburtsregister Nr. 2708/1877 Helene Julie Warburg, 6169 Geburtsregister Nr. 1480/1891 Anna Helene Warburg, 6282 Geburtsregister Nr. Nr. 3309/1893 Pius Moritz Rudolf Warburg, 8180 Sterberegister Nr. 327/1942 Eduard Walter Edgar Burchard, 5966 Heiratsregister Nr. 530/1905 Eduard Walter Edgar Burchard/Helene Julie Warburg, 8545 Heiratsregister Nr. 16/1890 Salomon genannt Siegfried Warburg/Anna Elisabeth Brandis, 8090 Sterberegister Nr. 553/1927 Ernst Eduard Martienssen, 5395 Sterberegister Nr. 757/1934 Salomon genannt Siegfried Warburg, 6203 Geburtsregister Nr. 2573/1878 Ada Sophie Warburg, 5980 Heiratsregister Nr. 556/1908 Ernst Eduard Martienssen/Ada Sophie Warburg, 6218 Geburtsregister Nr. 2656/1881 Betty Warburg, 6288 Geburtsregister Nr. 874/1895 Carl Otto Albert Warburg, 6295 Heiratsregister Nr. 2740/1896 Emma Maria Amalie Warburg, 5186 Sterberegister Nr. 991/1886 Moritz Warburg, 6016 Heiratsregister Nr. 1212/1913 Max Heinrich Ernst Wolff/Sophie Charlotte Henriette Warburg, 6276 Geburtsregister Nr. 2226/1892 Sophie Charlotte Henriette Warburg, 6231 Sterberegister Nr. 1020/1884 Albert Warburg, 5211 Sterberegister Nr. 1097/1892 Wilhelm Siegfried Warburg; 332-8 Meldekarte Siegfried Warburg; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 3440 Ada Martienssen geb. Warburg, Helene Burchard geb. Warburg; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Maria Warburg der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Maria Warburg der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; LAS, Abt. 377 Nr. 10986 Maria Warburg.

■ **Sonia (Sophie) Wechsler, geb. Krupnick,  
geb. am 15. 7. 1886 in Nowoaleksandrowsk (Litauen), ermordet am 23. 9. 1940 in der  
Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Sonia Wechslers Geburtsname lautete Sara-Scheyne Krupnick. In den wenigen in Hamburg aufgefundenen Dokumenten ist als Vorname Sophie notiert. Doch die Familienangehörigen nannten sie nur Sonia. Entsprechend dem Wunsch ihres in Tel Aviv lebenden Enkelsohnes Itamar trägt der für sie gesetzte Stolperstein den Vornamen Sonia. So wird sie auch in dieser Darstellung ihrer Lebensgeschichte genannt.



Familie Wechsler 1920 in Libau. Von rechts: Abraham, Tobias, Jacob, Sonia und Esther (noch ohne Max)  
*Privatbesitz Itamar Wechsler*

Sonia hatte einen Bruder, Abraham, und zwei Schwestern, deren Namen wir nicht kennen. Sonia Wechslers Geschichte stützt sich angesichts der nur wenigen schriftlichen Zeugnisse weitgehend auf mündliche Berichte ihrer Nachkommen.

Sonia traf ihren späteren Ehemann Tobias Wechsler (damals noch Tuvija Zalmana d. Vekslers) etwa 1907 in Libau bei dem „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland“, kurz „Der Bund“, bei dem auch Tobias politisch und gewerkschaftlich aktiv war. Libau ist der frühere deutsche Name für die heutige Hafenstadt Liepāja im Westen Lettlands an der Mündung der Lyva.

Tobias Wechsler, damals russischer Staatsangehöriger, war der Sohn eines gläubigen jüdischen Schlachters. Er wurde am 12. Juni 1889 in Libau geboren und hatte zehn Geschwister. In jungen Jahren verstand er sich als Atheist und Sozialist.

Sonia Krupnick war am 15. Juli 1886 in Nowoaleksandrowsk (heute Zarasol) als jüngste Tochter des jüdischen Gutsverwalters Feivusch Krupnick zur Welt gekommen. Nowoaleksandrowsk war eine kleine Stadt mit einem damals erheblichen Anteil jüdischer Bevölkerung, die bis zur Unabhängigkeit Litauens im Jahr 1918 dem Kreis Kowno im Russischen Reich angehörte und rd. 400 km östlich von Sonias späterem Wohnsitz Libau liegt. Sie war wie ihr Ehemann russischer Nationalität.



Wohnhaus der Familie Wechsler in Libau, Kornstraße 27  
(Graudu iela 27)

*Privatbesitz Itamar Wechsler*

Computer. Die Lösung der praktischen Anforderungen des täglichen Lebens überließ er Sonia. Alle vier Kinder der Eheleute Wechsler kamen in Libau zur Welt, Jacob (Yaacov) am 15. November 1912, Abraham (Avraham) am 15. August 1915, Esther am 2. Juli 1917 und Max (Meir) am 17. Januar 1922. Die Familie sprach jiddisch, doch Tobias legte größten Wert darauf, dass die Kinder „Hochdeutsch“ lernten. Er war es auch, der die Namen der Familienmitglieder ins Deutsche übertrug: Tuvia = Tobias, Avraham = Abraham, Meir = Max, Yaacov = Jacob.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs reiste Tobias Wechsler zum Studium der Mathematik nach Tübingen. In seinem Immatrikulationsantrag vom Mai 1918 erwähnte er seine russische Staatsangehörigkeit. Seine Frau Sonia und die bis dahin geborenen drei Kinder blieben in Libau, Kornstraße 27.

Mit Ablauf des Wintersemesters 1918/1919 kehrte Tobias nach Libau zurück. Er beabsichtigte das Studium an der Eberhard Karls Universität in Tübingen fortzusetzen, war daran jedoch durch die Einberufung zum einem kurzzeitigen Militärdienst gehindert. Er gehörte zu den ehemaligen russischen Staatsbürgern, die durch ein Dekret der neuen sowjetischen Regierung staatenlos wurden. Dennoch wurde er für kurze Zeit in die lettische Luftwaffe eingezogen.

Erst Ende 1922, nach der Geburt seines vierten Kindes, Max, konnte Tobias wieder nach Westen reisen. Dies wurde ermöglicht durch den „Nansen-Pass“, der 1922 vom Hochkommissar des Völkerbundes für Flüchtlingsfragen, Fritjof Nansen, als Ausweispapier für staatenlose Flüchtlinge und Emigranten entwickelt worden war. Tobias Wechsler fuhr in Begleitung der Söhne Jacob und Abraham nach Tübingen, um sein Studium fortzusetzen. Trotz verspäteter Anmeldung wurde seine Immatrikulation angenommen.

Sonia Krupnick war nach Libau gekommen um den Beruf der Schneiderin zu erlernen. Dort lernte sie etwa 1907 Tobias Wechsler kennen und heiratete ihn 1911. Das Ehepaar lebte in Libau in gut auskömmlichen Verhältnissen. Tobias verdiente den Lebensunterhalt, indem er die Buchhaltung für kleine Gewerbetreibende übernahm. Er war mathematisch hochbegabt. In der Familie erzählt man noch heute, er habe mit Zahlen umgehen können wie ein

Sonia blieb mit der Tochter Esther und dem Baby Max zunächst in Libau. Ein von ihr eröffnetes und erfolgreich geführtes Lebensmittelgeschäft erlaubte den in Libau gebliebenen Familienmitgliedern ein auskömmliches Leben. Sonia Wechsler und ihre Kinder wohnten „in den schönsten Häusern in Libau“, erzählten Verwandte später.

Nach Abschluss des Wintersemesters 1922/23 ließ Tobias Wechsler sich mit seinen Söhnen zunächst in Wolfenbüttel in der Nähe des Harzes nieder.

Abraham und Jacob besuchten ab Ostern 1923 einige Monate Schulen in Wolfenbüttel. Jacob, der

älteste Sohn, litt unter Hänseleien der Mitschüler wegen des besonderen „Hochdeutsch“, das die Jungen auf Druck ihres Vaters hatten lernen müssen.

Im Sommer 1923 verließ auch Sonia mit Esther und Max die Heimat. Die Familie, nun wieder vereinigt, verbrachte die Sommermonate in Bad Harzburg.

Tobias und seine Söhne hatten Württemberg bereits verlassen, als das deutsche Konsulat in Libau Anfang September 1923 mit dem Württembergischen Oberamt in Tübingen Kontakt aufnahm und wissen wollte, „aus welchem Grunde Wechsler nicht nach Schluss des Wintersemesters (10. März ds. Js.) aus Deutschland wieder ausgereist ist. Es muss damit gerechnet werden, dass Wechsler sich mit seiner Familie, welche noch bis zum 10. Oktober ds. Js. Aufenthaltserlaubnis in Bad Harzburg hat, für dauernd in Deutschland niederlassen will. Ich darf ergebenst bitten, solchen Bestrebungen entgegenzutreten zu wollen.“

Die Familie Wechsler übersiedelte im Anschluss an ihre Zeit in Bad Harzburg nach Hamburg. Sie fand zwei Zimmer im Stadtteil Hohenfelde, Hohenfelder Allee 7, bei der Witwe Simon. Die beengte Wohnsituation konnte für die sechsköpfige Familie jedoch kein Dauerzustand sein. Anfang der 1920er Jahre wurden neue Kleinwohnungen in der Straße Hohe Weide im Stadtteil Eimsbüttel gebaut. Hier, Hohe Weide 74, Erdgeschoss, bekam die Familie 1927 schließlich ihre eigene Wohnung.



Sonia Wechsler mit Esther und Max (Meir)

*Privatbesitz Itamar Wechsler*

Tobias Wechsler setzte sein Studium in der Hansestadt fort. Vom 23. April 1923 bis 15. August 1927 war er an der Universität u. a. für die Fächer Mathematik, Physik, Philosophie und Psychologie eingeschrieben. Er beendete das Studium ohne akademischen Abschluss. Wir wissen nicht, warum er danach keinen Status als ordentlicher Student mehr hatte. Jedenfalls nahm er vom Wintersemester 1928/1929 bis zum Sommersemester 1931 als Gasthörer an den Vorlesungen teil.

Sonia trug durch Handarbeiten hauptsächlich zum Familienunterhalt bei. Tobias ging weiter seinem Studium nach und übernahm jede sich bietende Arbeit. So gab er z. B. Privatstunden für Schüler.

Bereits 1926 war Tobias' Vater in Libau gestorben. Das führte beim Sohn zu einer dramatischen Persönlichkeitsveränderung. Er, der Sozialist und Atheist, fühlte sich schuldig, weil er sich von den jüdischen Traditionen der elterlichen Familie und von seinem geliebten Vater abgewandt hatte. Tobias kehrte nun zum Judentum zurück und wurde tief religiös. Er versuchte, die wieder gewonnene Gläubigkeit auf die gesamte Familie zu übertragen – mit nur teilweisem Erfolg. Jacob, der älteste Sohn, lehnte sich dagegen auf. Er wollte Kunstmaler werden. Die Hamburger Kunstschule am Lerchenfeld hatte ihn schon 1925 als 12-jährigen vorübergehend für einen Schülerkursus aufgenommen. Als er dann im Sommer 1930 als 17-jähriger gegen den Willen des Vaters ernsthaft Maler werden wollte und nun Schüler von Professor Arthur Illies an der Kunstgewerbeschule Lerchenfeld wurde, wuchsen die Spannungen zwischen Vater und Sohn soweit, dass Jacob das Elternhaus verließ. Er lebte nun in der Familie von Anna Roch, Tochter des Zigarrenhändlers Nathan Roch aus Butschatsch (Buczacz) in der heutigen Ukraine, in der Oberaltenallee 87 unweit der Landeskunstschule. Jacob Wechsler konnte nun vom Sommersemester 1930 bis zum Wintersemester 1932/1933 an der Kunstausbildung teilnehmen.

Sein Bruder, Abraham Wechsler, besuchte von 1923 bis 1932 die Talmud Tora Schule im Hamburger Grindelviertel. Er schloss sie mit der Mittleren Reife ab und begann eine Buchhändler-Lehre bei der renommierten Buchhandlung Glogau in der Straße Neuer Wall 50. Als er die Lehrabschlussprüfung 1934 nach nur zwei Jahren Lehrzeit ablegen wollte, wurde er als Jude in Hamburg nicht zugelassen. Er bestand die Prüfung in Bremen.

Der jüngste der drei Wechsler-Brüder, Max, besuchte die Talmud Tora Schule von 1928 bis 1935.

Esther Wechsler war im Alter von fünf Jahren nach Hamburg gekommen. Sie besuchte zunächst vier Jahre eine Grundschule und anschließend bis Sommer 1933 die Israelitische Mädchenrealschule in der Karolinenstraße. Esther berichtete später, sie habe den Unterricht geliebt und sei eine gute Schülerin gewesen. Ihre letzte Lehrerin in der Obertertia war Fräulein Liebsstein. Esther wollte selbst Lehrerin werden, war aktiv im zionistisch-sozialistischen „Jung-Jüdischen Wanderbund“ und in der zionistischen religiösen Jugendbewegung.

Für Sonia Wechsler dürften die Belastungen infolge der dauernden Sorge um die Familie, der familiären Konflikte und der wegen mangelnder deutscher Sprachkenntnisse fehlen-

den Außenkontakte immens gewesen sein. Sie wurde – nach den Vermutungen ihrer Familie auch durch antisemitische Gewalttaten der SA – psychisch krank und kam zunächst vorübergehend in stationäre psychiatrische Betreuung. Im zweiten Halbjahr 1930 und um die Jahreswende 1930/1931 war sie kurzzeitig Patientin in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. 1934 befand sie sich erneut in Friedrichsberg.

Tobias erkannte die mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten für seine staatenlose Familie heraufziehenden Gefahren sehr früh und strebte schon bald nach dem Januar 1933 die Auswanderung nach Palästina an. Ein Cousin, einer der wenigen jüdischen hochrangigen Beamten in der britischen Mandatsregierung, half bei der Beschaffung der erforderlichen Zertifikate. Doch Menschen mit einer geistigen Behinderung oder psychischen Erkrankung erhielten keine Einreiseerlaubnis. So machte sich die Familie ab 1934 getrennt und ohne Sonia auf den Weg nach Palästina.

Als die Jüdische Gemeinde sie 1935 in ihrer Kultussteuerkartei erfasste, war Sonia Wechsler bereits von Tobias getrennt. Er gab 1938 in Palästina an, dass er geschieden sei.

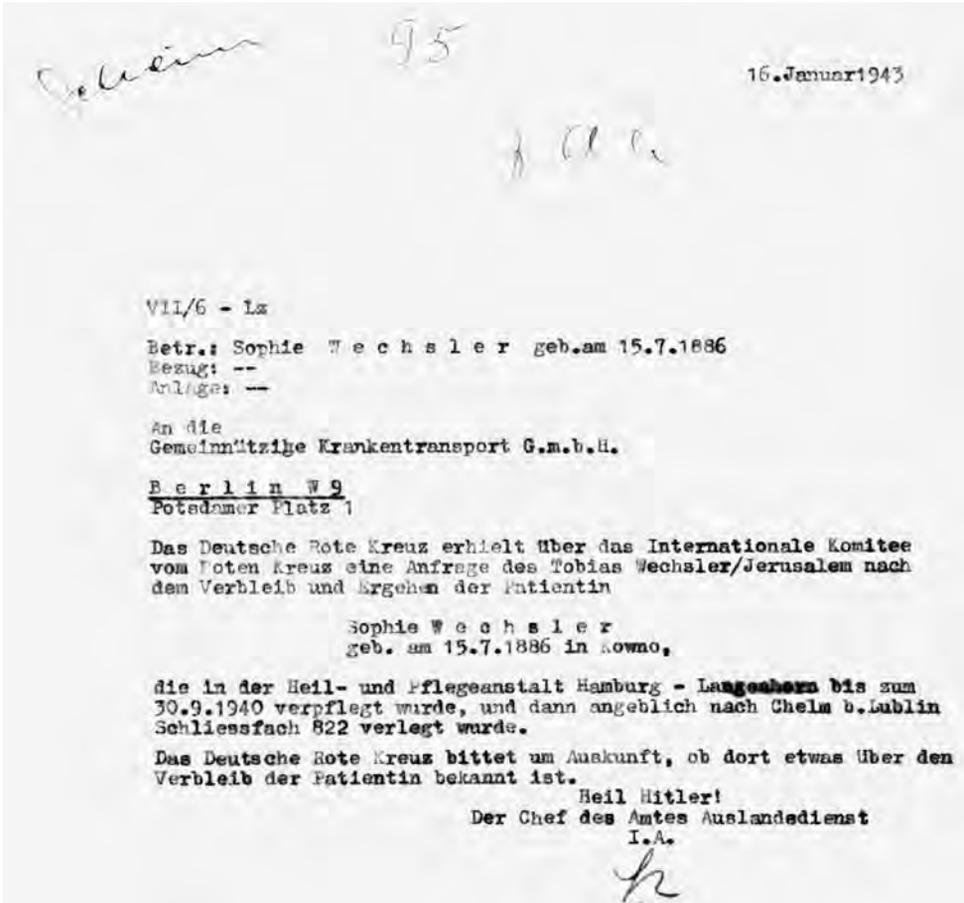
Tobias schickte die 17 Jahre alte Esther als erste auf die Reise. Sie begleitete eine Kindergruppe über die Niederlande nach Palästina und sah ihre Geschwister erst ein Jahr später wieder. Während dieser Zeit fühlte Esther sich sehr einsam, arbeitete in einem Kibbuz und konnte ihre Ausbildung nicht vollenden, sodass sie eine Stellung als „unqualifizierte Lehrerin“ in einem Kinderheim für Kinder mit einer geistigen Behinderung in Jerusalem annahm.

1935 verließ Abraham Hamburg. Er hatte keine Möglichkeit, in Deutschland in seinem erlernten Beruf zu arbeiten. Als Buchhändler hätte er Mitglied der Reichsschrifttumskammer werden müssen. Jüdinnen und Juden waren jedoch von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Abraham emigrierte zunächst nach Italien und bereitete sich in dem landwirtschaftlichen Vorbereitungslager Ricavo di Castellina in Chianti bei Florenz auf seine Einwanderung nach Palästina vor. Dieses Hachschara-Camp war 1934 als erstes für Mitglieder einer religiösen Pionier-Bewegung gegründet worden, die ihren Ursprung in Deutschland hatte und auch militärischen Trainingszwecken diente. Abraham blieb in dem Camp bis September 1936 und reiste dann von Triest mit dem Dampfer „Galilea“ nach Palästina.

Im März 1935 folgte Tobias Wechsler mit seinem 13 Jahre alten Sohn Max nach Palästina. Tobias hatte die Familienwohnung in der Straße Hohe Weide aufgegeben und kurzzeitig in der Straße Grindelhof 62 zur Untermiete gewohnt. Am 27. März 1935 schifften sich Vater und Sohn in Triest für die Überfahrt nach Palästina ein.

Jacob, der älteste Sohn, inzwischen 22 Jahre alt, und Anna Roch heirateten am 26. April 1935. Das Ehepaar folgte den anderen im Sommer 1935. Auch diese beiden hatten sich in einem Hachschara-Lager auf das Leben in Palästina vorbereitet, und zwar in Hamburg-Blankenese, Wilhelmshöhe.

Sonia Wechsler blieb allein in Hamburg zurück. Sie war am 28. Dezember 1934 aus der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg in die Staatskrankenanstalt Langenhorn überwiesen



Anfrage an die „Gemeinnützigen Krankentransport G. m. b. H.“ nach dem Verbleib von Sophie (Sonia) Wechsler  
*ITS Arolsen*

worden. Ein halbes Jahr später, am 13. Juni 1935, wurde sie in das Emilienstift der diakonischen Anstalt Ansharhöhe in Hamburg-Eppendorf verlegt. Zur Zeit der Volkszählung im Mai 1939 war sie noch dort untergebracht und blieb bis zu ihrer Rückverlegung nach Langenhorn am 14. Juli 1939 in der Ansharhöhe. Es existieren keine Unterlagen mehr darüber, wie es ihr in diesen Jahren erging. Ob nach der Emigration ihrer Familie noch Kontakt zu Angehörigen bestand, ist nicht bekannt. Allerdings erwähnte Tobias Wechsler später, er habe 1939 eine Zahlung nach Hamburg leisten müssen. Wahrscheinlich war das Geld für Sonias Anstaltsunterbringung angefordert worden.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentli-



Stolpersteinverlegung vor dem früheren Wohnhaus Hohe Weide 74 in Anwesenheit der Familie aus Israel  
*Stefanie Rückner*

chen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Sonia Wechsler.

Ende 1942/Anfang 1943 wandte sich Tobias Wechsler an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mit der Bitte um Auskunft über das Schicksal seiner Ehefrau. Das Deutsche Rote Kreuz fragte daraufhin bei der „Gemeinnützigen Krankentransport G. m. b. H.“, einer Unterabteilung der T4-Organisation, nach ihrem Verbleib. Ob jemals eine Antwort erteilt wurde, ist nicht bekannt.

Das neue Leben von Tobias Wechsler und seinen vier Kindern in Palästina war überschattet von dem Schuldgefühl, die Ehefrau und Mutter in Deutschland zurückgelassen zu haben. In der Familie entwickelten sich Legenden über Sonias Schicksal. Es hieß, sie sei 1934 an einer Nierenkrankheit gestorben, in einer anderen Darstellung, sie sei durch

eine Lungenkrankheit umgekommen. In dem von Tobias Wechsler im Jahr 1954 erstellten Erinnerungsblatt (Page of Testimony) für Yad Vashem hielt er fest, dass Sonia im Oktober 1940 deportiert und im Januar 1941 im Generalgouvernement gestorben war. Offenbar hatte er ein in diesen Fällen übliches gefälschtes Sterbedokument des fiktiven Standesamtes in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) über Sonias Tod mit einem erfundenen Sterbedatum erhalten. Die in Brandenburg Ermordeten waren jedoch nie in Chełm oder Cholm, einer Stadt östlich von Lublin. Auch gab es in Chełm kein deutsches Standesamt. Dessen Erfindung und die Verwendung späterer als der tatsächlichen Sterbedaten dienten dazu, die Mordaktion zu verschleiern.

Tobias Wechsler heiratete ein zweites Mal. Nach dem Tod seiner zweiten Frau im Jahr 1971 lebte er bis zu seinem Tod im Jahr 1985 bei seinem Sohn Abraham in Jerusalem und widmete sich religiösen Fragestellungen.

Sonias und Tobias' Enkelsohn Itamar spürte immer, dass „eine dunkle Wolke“ über der Familie lag. Als nach dem Tode Abrahams, Itamars Onkel, Familiendokumente auftauchten, beschloss er, der wahren Geschichte seiner Großmutter auf den Grund zu gehen. Aus Hamburg erhielt er Dokumente mit Informationen, die mit ihm schon vorher bekannten Tatsachen zu dieser Familiengeschichte zusammengeführt werden konnten.

Am 29. März 2016 verlegte der Künstler Gunter Demnig einen Stolperstein für Sonia Wechsler in Hamburg-Eimsbüttel, Hohe Weide 74. Dabei waren 24 Mitglieder der Familie anwesend, darunter neun Enkelkinder von Sonia Wechsler. Sie alle hatten das Bedürfnis, die Orte kennenzulernen, an denen ihre Familie gelebt hatte, und dort ihrer ermordeten Verwandten zu gedenken.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 4; 5; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 351-11 Amt für Wiedergutmachung 38187 Jacob Wechsler, 40573 Abraham Wechsler, 41895 Ester Cohen geb. Wechsler, 45205 Max Wechsler; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patient-Karteikarte Sophie Wechsler der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Universitätsarchiv Tübingen 258/20170; Copy of Doc. No. 75596878#1 in conformity with the ITS Archives; Rönn von, Wege in den Tod, 1993; S. 70 f.; Cristina M. Bettin, Italian Jews from Emancipation to the Racial Laws, Palgrave Macmillan, 2010, S. 124; Telefonische Auskunft der Genossenschaft Kaifu-Nordland; von Itamar Wechsler zur Verfügung gestellte Dokumente und Fotos; [https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeiner\\_j%C3%BCdischer\\_Arbeiterbund](https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeiner_j%C3%BCdischer_Arbeiterbund) [19. 12. 2015].

Viele Einzelheiten dieser Familiengeschichte sind Sonia Wechslers Enkelsohn, Itamar Wexler, zu verdanken, der bereitwillig jede Frage beantwortete und Dokumente sowie Fotos beisteuerte.

■ **Line (genannt Lina) Wehl, geb. Bleiweiss,**  
**geb. am 24. 9. 1876 in Lübeck, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt**  
**Brandenburg an der Havel**

Lina Bleiweiss war eines von vier Kindern von Hirsch Hermann und Hannchen Bleiweiss, geborene Cohn. Obwohl ihr Vorname laut Geburtsregistereintrag eindeutig Line lautet, findet sich auf späteren Urkunden immer wieder die Abwandlung „Lina“. Offenbar wurde sie immer Lina genannt, so auch in den folgenden Ausführungen.

Ihr Vater, Hirsch Hermann Bleiweiss, am 30. März 1841 in Gehaus im damaligen Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach (heute Thüringen) geboren, ließ sich 1866 in Lübeck nieder und heiratete bald darauf Hannchen Cohn, geboren am 1. Oktober 1834 in Moisling. Er verdiente den Lebensunterhalt in den Jahren bis 1879/1880 als Schuhmacher und Sattler. Außerdem handelte er mit Lumpen.

Das jüdische Ehepaar Hirsch Hermann und Hannchen Bleiweiss bekam seine vier Kinder in Lübeck: Siegmund Bleiweiss, geboren am 11. Februar 1869, Selig Bleiweiss, geboren am 27. Dezember 1870, Martin Bleiweiss, geboren am 24. März 1873, und Lina Bleiweiss, geboren am 24. September 1876.

Die Familie übersiedelte Anfang des 20. Jahrhunderts nach Hamburg.

Über Lina Bleiweiss' Kindheit und Jugend ist uns nichts bekannt. Sie heiratete den Lotteriehändler Jonas Abraham Wehl, geboren am 24. Januar 1878 in Hamburg. Vor seiner Ehe mit Lina Bleiweiss war er mit Martha Brager, geboren am 24. September 1877, verheiratet gewesen. Auf der Kultussteuerkarte von Jonas Abraham Wehl ist als erstes Kind der Sohn Siegfried aufgeführt, der möglicherweise aus der Ehe mit Martha Brager stammte.

Das Ehepaar Wehl bekam einen Sohn, Siegbert Salomon (genannt Salo), geboren am 24. Mai 1905, und eine Tochter, Hanna (genannt Hannchen), geboren am 15. Januar 1910.

Jonas Abraham Wehl gehörte die Firma L. Isenberg & Co., Lotteriegeschäft, Grindelberg 82, die seit 1910 im Hamburger Adressbuch verzeichnet war. Das Unternehmen entwickelte sich erfolgreich. Später nahm Jonas Abraham Wehl seinen Sohn Siegbert Salomon als Teilhaber in das Unternehmen auf.

1926 fiel ein Schatten auf die wohl situierte Familie, die am Grindelberg 45 wohnte. Lina Wehl zeigte Erregungszustände und musste in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg behandelt werden. Weitere fünf Krankenhausaufenthalte in Friedrichsberg folgten von 1931 bis 1936. Am 8. Mai 1936 verlegte man sie in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn. Ihre dortige Krankenakte existiert nicht mehr. Deshalb wissen wir nicht, wie es ihr in Langenhorn erging und ob in dieser Zeit der Kontakt zu ihrer Familie bestehen blieb. Am 9. Mai 1938 wurde Lina Wehl in die Heilanstalt Lübeck-Strecknitz verlegt, die aufgrund eines zwischen Hamburg und Lübeck geschlossenen Vertrages immer wieder Hamburger Patienten aufnahm. Jonas Abraham Wehl bestellte Grüße an „meine liebe

Frau“. Er war besorgt um Lina, die einen „kleinen Schlaganfall“ erlitten hatte, sich aber bald wieder erholte, wie die Anstaltsleitung mitteilte.

Am 26. Mai 1939 teilte Jonas Abraham Wehl der Anstalt in Strecknitz mit, dass er jetzt bei seiner Tochter Hanna in Scheveningen in den Niederlanden lebte, die dort mit dem Kunsthändler Charles van Lier verheiratet war. Jonas Abraham Wehl war unmittelbar nach dem Novemberpogrom im KZ Sachsenhausen inhaftiert und am 2. Dezember 1938 entlassen worden. Ihm wird aufgegeben worden sein, Deutschland umgehend zu verlassen.

Lina Wehl richtete jede Woche einen Brief an ihre Verwandten in den Niederlanden, wahrscheinlich auch an die in Hamburg. Zu Beginn des Jahres 1940 jedoch blieben die regelmäßigen Mitteilungen aus Lübeck-Strecknitz aus. Daraufhin erkundigte sich auch Hanna, „ob meine Mutter so schwer erkrankt ist oder nicht in der Lage, um an uns zu schreiben.“ Kurz darauf berichtete der Anstaltsdirektor: „In den letzten Tagen ging es Ihrer Mutter nicht sehr gut. Sie lag zu Bett und äußerte auch nicht den Wunsch zu schreiben. Ich habe gestern mit ihr gesprochen. Sie hat gleich den inliegenden Brief geschrieben. Ihr Zustand ist sehr wechselnd, augenblicklich geht es ihr wieder besser.“

Im März 1940 hielt Jonas Abraham Wehl eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes seiner Frau für möglich. Wie aus einem Brief an die Heilanstalt in Strecknitz hervorgeht, zog er sogar ihr Ableben in Betracht. „Nun habe ich noch eine Bitte sollte bei meiner Frau was Ernstes eintreten so möchte ich gern außer uns, Herrn Carl Norden Hamburg 13, Beneckestr. 4 sofort benachrichtigen zu wollen. Herr Norden wird sofort alles erledigen betreffs einer Überführung nach Hamburg.“ (Über die Beziehung zu dem Hausmakler Carl Norden ist Weiteres nicht bekannt. Er wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und kam dort am 1. März 1944 ums Leben.) Martin Bleiweiss, der seine Schwester Lina im März 1940 besuchte, fand sie sehr schwach vor. Die Direktion der Anstalt erklärte, Lina sei wegen geringen Appetits sehr abgemagert. Manche Briefe an die Tochter in den Niederlanden seien wegen darin angesprochener „krankhafter Themen“ nicht abgeschickt worden.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden aus öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Lina Wehl am 16. September 1940 in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) verstorben sei. Auf dem Geburtsregistereintrag von Lina Bleiweiss, verheiratete Wehl, wurde notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 571/1940 registriert hat. Die in Branden-

burg Ermordeten waren jedoch nie in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch), einer Stadt östlich von Lublin.

Auch Lina Wehls Ehemann und weitere Familienangehörige kamen im Holocaust ums Leben.

Von Jonas Abraham Wehl, der seiner Tochter Hanna im Dezember 1938 in die Niederlande gefolgt war, sind in Amsterdam zwei Adressen überliefert, Deltastraat 11 und Kromme Mijdrechtsstraat 56. Er wurde am 18. März 1943 in das Internierungslager Westerbork (Baracke 63) gebracht, wenige Tage später, am 23. März 1943, nach Sobibór deportiert und dort am 26. März 1943 ermordet.

Hanna (Hannchen) van Lier, geborene Wehl, wohnte mit ihrem Ehemann Salomon Samuel van Lier in den Haag, in der Bosschestraat 138. Beide sollen nicht aus Westerbork, sondern aus dem belgischen Mechelen am 28. August 1942 nach Auschwitz deportiert worden sein. Dort wurde Hannchen ermordet, während Salomon am 30. April 1943 in Mitteleuropa gestorben sein soll. Näheres dazu ist nicht bekannt.

Lina Wehls Sohn, der Fotograf Siegbert Salomon Wehl, hatte 1932 Margot Meyer geheiratet. Mit ihr bekam er die Söhne Heinz (Günther), geboren am 29. Juli 1933, und Hans-Ulrich, geboren am 17. Februar 1938. Siegbert Salomon Wehl soll im November 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert gewesen sein. Belegt ist, dass ihm die Flucht nach Shanghai gelang. Seine Ehefrau Margot konnte Deutschland im Februar 1939 mit ihren beiden Söhnen verlassen und reiste nach Uruguay.

Linus ältester Bruder, Siegmund Bleiweiss, hatte Selma Löwenthal geheiratet, geboren am 24. September 1873 in Wöllmarshausen in der Nähe von Göttingen. Das Ehepaar ließ sich in Neumünster nieder und bekam dort sieben Kinder: Selig, genannt Semmy, geboren 19. Juni 1898, Frieda, geboren 9. Juli 1899, Lina Carolina, geboren am 16. Februar 1902, Martin, geboren am 21. Februar 1903, Sella, geboren am 29. Mai 1904, Rudolf, geboren am 31. Oktober 1905, und Hermann, geboren am 5. August 1908.

Siegmund Bleiweiss verlagerte 1919 sein 1897 in Neumünster gegründetes Möbelgeschäft nach Hamburg, Elbstraße 60 (jetzt Neanderstraße). Er starb am 7. Dezember 1937 in seiner Wohnung in der Hamburger Kaiser-Wilhelm-Straße 115. Seine Ehefrau Selma führte das Geschäft bis Mai 1938 fort. Sie wurde am 11. Juli 1942 nach Auschwitz deportiert.

Auch Siegmund und Selma Bleiweiss' ältester Sohn, der Kaufmann Selig (genannt Semmy), geboren am 19. Juni 1898 in Neumünster, kam wie seine Ehefrau Käthe Bleiweiss, geborene Peine, geboren am 8. Mai 1900 in Hamburg, in Auschwitz ums Leben. Ihr am 29. Januar 1941 geborener Sohn Uri, wurde im Alter von einundeinhalb Jahren mit seinen Eltern nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Siegmund Bleiweiss' Tochter Frieda Bleiweiss heiratete in erster Ehe Aron (genannt Arno) Bezen, geboren am 5. April 1899 in Targoviste, der ehemaligen Hauptstadt der Walachei. Aus dieser Ehe stammte Hannelore, geboren am 22. Juli 1931. Nach der Scheidung

ging Frieda eine zweite Ehe ein, und zwar mit Julius Prag, geboren am 9. Februar 1886 in Königsberg. Frieda Prag wurde zusammen mit ihrem Ehemann Julius Prag und ihrer Tochter aus erster Ehe, Hannelore Bezen, am 8. November 1941 nach Minsk deportiert. Alle drei kamen dort ums Leben. Hannelores leiblicher Vater, Aron (Arno) Bezen wurde mit seiner neuen Familie am 25. Oktober 1941 nach Łódź deportiert. Er starb dort am 10. September 1942.

Die weiteren Kinder von Siegmund und Selma Bleiweiss, Lina Wehls Nichten und Nefen, Lina Caroline, Sella Kanter, geborene Bleiweiss, Rudolf Bleiweiss und Hermann Bleiweiss emigrierten mit ihren Angehörigen nach Übersee.

Linus Wehls zweiter Bruder, Selig Bleiweiss, heiratete Helene (genannt Hermine) Winterberg, geboren am 9. Februar 1872 in Wolfhagen bei Kassel. Dieses Ehepaar hatte drei Kinder, Sitta, geboren am 9. März 1903, Martha, geboren am 1. Oktober 1903, und Hermann Max, geboren am 18. Juni 1910. Selig Bleiweiss betrieb seit Mai 1910 ein Antiquitätengeschäft in der ABC-Straße 2, die zugleich die Wohnadresse war. Nach seinem Tod am 7. Dezember 1933 in seiner Wohnung am Gänsemarkt 31 führte seine Ehefrau Helene (genannt Hermine) das Geschäft bis 1935 fort. Sie emigrierte 1939 in die USA. Auch die drei Kinder Sitta, Martha und Hermann Max flüchteten in die USA.

Martin Bleiweiss, Lina Wehls dritter Bruder, blieb unverheiratet. Er starb am 11. April 1941 im Israelitischen Krankenhaus in der Johnsallee 68, das als Ersatz für das zwangsweise geräumte israelitische Krankenhaus in der heutigen Simon-von-Utrechtstraße genutzt wurde.

Für Selma Bleiweiss, Selig (genannt Semmy), Käthe und Uri Bleiweiss liegen Stolpersteine am Enckeplatz 4 in der Hamburger Neustadt. Für Frieda und Julius Prag sowie Hannelore Bezen liegen Stolpersteine in der Wexstraße 42. Für Arno Bezen und seine Familie liegen Stolpersteine am Winterhuder Weg 86. An Line (Lina) Wehl erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Grindelberg 45. Dort soll ein Stolperstein auch an Jonas Abraham Wehl erinnern.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 3; 4; 5; 7; 9; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 241-1 I Justizverwaltung I 2109 Jonas Wehl; 332-5 Standesämter 1070 Sterberegister Nr. 457/1937 Siegmund Bleiweiss, 1008 Sterberegister Nr. 325/1933 Selig Bleiweiss, 1927 Geburtsregister Nr. 460/1878 Jonas Abraham Wehl, 13274 Geburtsregister Nr. 1038/1900 Käthe Peine, 13802 Heiratsregister Nr. 16/1932 Siegbert Salomon Wehl/Margot Meyer, 14437 Geburtsregister Nr. 1050/1905 Siegbert Salomon Wehl; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 1658 Selig Bleiweiss, 1756 Helene Bleiweiss, 2234 Selma Bleiweiss, 2761 Carl Norden, 3533 Jonas Wehl, 21148 Selig Bleiweiss, 21972 Frieda Prag geb. Bleiweiss, 25226 Hermann Kanter, 26015 Carolina Händler, 29231 Sella Kanter geb. Bleiweiss, 30258 Siegbert Salomon Wehl; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl.

1/1995 Nr. 20829 Lina Wehl; IMGWF Lübeck, Patientenakte Lina Wehl der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; Stadtarchiv Lübeck, Geburtsregister Nr. 1199/1876 Line Wehl; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Archiv Gedenkstätte Sachsenhausen, D 1 A 1020, D 1 A 1022; Joods Monument email vom 21. 12. 2016; <https://www.joodsmonument.nl/nl/page/515191/about-charles-van-lieer> [29. 10. 2016].

## ■ **Erich Weil,**

**geb. am 25. April 1922 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Am 25. April 1922 wurde Erich Weil in Hamburg geboren. Zur Zeit seiner Geburt lebte seine Familie anscheinend in wirtschaftlich guten Verhältnissen. Vater John Weil, geboren am 17. August 1883 in Hamburg, war selbstständiger Kaufmann in der Lederbranche. Die Familie wohnte in einer 6-Zimmer-Wohnung in der Oderfelderstraße 15 in Harvestehude. Allerdings konnte John Weil, möglicherweise in Folge der Weltwirtschaftskrise, sein Geschäft nicht halten und musste als Handelsvertreter für eine Frankfurter Firma auf Reisen gehen. Die finanzielle Lage der Familie verschlechterte sich dadurch. Ernst wurde es jedoch erst zu Beginn der 1930er-Jahre, als John Weil an Krebs erkrankte. Trotz längerer Krankenhausaufenthalte und der Entfernung einer Niere besserte sich sein Zustand nicht.

Für seine Frau Franziska, genannt Fräncis, geborene Silberberg, geboren am 28. September 1895 in Hamburg, bedeutete dies eine erhebliche Belastung. Jetzt musste sie für die zwei Söhne Erich und Kurt, geboren 1925, sorgen, den Ehemann pflegen und bei Freunden und Verwandten Geld erbitten. Die Familie hatte keine eigenen Einnahmen mehr und war im Oktober 1933 mit der Miete, nun für die Wohnung Kellinghusenstraße 14, über zwei Monate im Rückstand. Eine Krankenversicherung bestand nicht, und so kamen noch die Aufwendungen für Ärzte und Medikamente hinzu. Da der Sohn Erich außerdem viel Aufmerksamkeit von Seiten der Mutter benötigte, war es nicht überraschend, dass eine Fürsorgerin am 2. Oktober 1933 zu dem Schluss kam, Frau Weil sei „mit den Nerven sehr herunter“.

Erich begann sehr spät zu sprechen und lernte erst mit zwei Jahren laufen. Seiner Mutter fiel auf, dass er Gegenstände wie Bett- oder Unterwäsche zerriss, sich nicht auf ein Spiel mit anderen Kindern einlassen und sich auch nicht selbst „sinnvoll“ beschäftigen konnte.

Offenbar waren seine Eltern um seine Gesundheit besorgt und bemüht, das Mögliche zu tun, um ihm zu helfen. So bezahlten sie ihm, als es ihnen materiell noch besserging, einen Platz in einem Privatkindergarten. Mit vier Jahren kam Erich für drei Monate in ein Sanatorium nach Ebenhausen in Bayern, „weil er zart war“.

Als er mit sechs Jahren für noch nicht schulfähig erklärt wurde, erhielt er Privatunterricht. Da keine großen Fortschritte erkennbar waren und sich in dieser Zeit die finanzielle

Situation der Familie Weil zuspitzte, wurde Erich 1931 doch auf eine öffentliche Schule geschickt. Er besuchte die „Hilfsschule Opitzstraße“ in Winterhude für ein Jahr, wurde dann aber für „schulunfähig“ erklärt. Aus diesem Grund bat Fräncis Weil um eine psychologische Untersuchung, mit der Erichs weitere Beschulung oder die Einweisung in ein Heim begründet werden könnte. Das daraufhin erstellte Gutachten riet zur „Herausnahme aus der Familie und [...] Unterbringung in einer Schwachsinnigenanstalt“ mit Versuch einer Einschulung in die „Anstaltsschule“.

Das Jugendamt war mit dem Wunsch der Mutter, Erich in das „Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk“ bei Lübeck zu geben, grundsätzlich einverstanden. Erich Weil kam am 24. Februar 1934 nach Vorwerk. Die Hamburger „Gesundheits- und Fürsorgebehörde“ zahlte in den Folgejahren für die Unterbringung und ließ regelmäßig Bericht nach Hamburg erstatten. Darin hieß es, dass die „Zeit der Beeinflussung nicht spurlos an dem Kinde vorübergegangen ist“, Erich also durchaus zu „Gehaltenheit und zu einer stärkeren inneren Ruhe“ gekommen sei, aber unterm Strich sei seine „stereotype und 2dimensionale“ Haltung geblieben – „es fehlt vollkommen die Tiefe“, hieß es im Bericht vom 18. Januar 1936. Die Gefährdung anderer durch Erich – erwähnt werden „Kratzen und Fußstoßen“ – hatte abgenommen, aber Erich sei nach wie vor „anstandsbedürftig“.

Die Situation der Familie Weil hatte sich inzwischen vollkommen verändert. John Weil starb am 12. März 1934, nur vier Wochen nach Erichs Umzug nach Lübeck. Nun konnte Fräncis Weil die Wohnung in der Kellinghusenstraße 14 nicht mehr halten. Es folgten kurzfristige Untermietverhältnisse in der Haynstraße 10, in der Isestraße 47 und ab dem 1. Februar 1935 in der Werderstraße 11 bei Grambow. Angesichts der wachsenden Bedrohung der Jüdinnen und Juden durch den nationalsozialistischen Staat entschloss sich Fräncis Weil, mit ihrem etwa 10-jährigen Sohn Kurt Deutschland zu verlassen. Im Juli 1935 emigrierten beide nach Santiago de Chile.

1939 schrieb sie mehrfach an das Heim in Vorwerk. Im Antwortschreiben vom 29. August, also drei Tage vor Beginn des Krieges, wurde ausführlich über Erich Bericht erstattet: „Ich könnte Ihnen dasselbe schreiben, verehrte Frau Weil, wie vor Jahren [...] Am liebsten ist Ihrem Jungen: bald hier, bald dort, dies sehen, das sehen, hier hören, dort hören, aber kein Tätigkeitsdrang und in keiner Weise Besinnlichkeit.“ Die Heimleitung riet der Mutter, „machen Sie sich das Herz nicht zu schwer. Ihr Erich leidet nicht, er ist immer guter Dinge, ich will nicht sagen kindlich fröhlich, das war er nie. Es liegt immer eine Unruhe in ihm und über ihm, aber so ist es und so wird es bleiben.“

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden aus öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, wurde Erich Weil am 16. September 1940 nach Langenhorn gebracht. Am 23. September 1940 wurden die jüdischen Menschen in die

sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Fräncis Weil erfuhr erst viel später, dass Erich tot war, wann genau, wissen wir nicht. Sie erhielt, wie aus der Wiedergutmachungsakte aus dem Jahr 1959 ersichtlich, eine Nachricht über den Tod ihres Sohnes, nach der er am 31. Januar 1941 in „Chelm“ gestorben war.

Fräncis Weil bat im Rahmen des Wiedergutmachungsverfahrens im April 1959 in Vorwerk um Bestätigung über den dortigen Aufenthalt Erich Weils. Offenbar kam die Sache nur schleppend voran, denn im März 1960 wandte sie sich an Ernst Lindow, zu dieser Zeit Direktor des Erziehungs- und Pflegeheims Vorwerk. Dieser antwortete mit der Anrede „Sehr geehrter Herr Weil“, und überhaupt belegt das ganze kurze Schreiben, wie wenig interessiert man zu dieser Zeit an einer gründlichen Aufarbeitung des Skandals war: alles sei verbrannt, Erich sei nach Langenhorn „verlegt“ worden, mit ihm „6 andere“ (sic!), und er könne „leider nicht mehr feststellen, ob diese Kinder jüdischen Glaubens“ gewesen seien.

Das Wiedergutmachungsverfahren zog sich hin. Nach jahrelangem Schriftwechsel, in dem Erich Weils Mutter immer neue, nicht mehr mögliche Auskünfte abverlangt wurden, endete das Verfahren schließlich mit einer Ablehnung.

Für alle zehn Jugendlichen aus dem „Erziehungs- Pflegeheim Vorwerk“, die am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel mit Kohlenmonoxid vergiftet wurden, liegen Stolpersteine in Lübeck, Triftstraße 139 – 143, im Eingangsbereich der heutigen Vorwerker Diakonie, darunter auch für Erich Weil.

*Ursula Häckermann*

**Quellen:** 1; 4; 5; AB; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 2045 Nr. 3398/1883 John Weil, 9871 Nr. 192/1934 John Weil, 9111 Nr. 1752/1895 Franziska Silberberg, 8741 Nr. 411/1920 Weil/Silberberg; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 17988, 45097 (Weil); Vorwerker Diakonie, Patientenakte Erich Weil; Jenner, Kinder- und Pflegeheim Vorwerk, S. 69–204; Reh, „Idioten-Anstalt“, S. 60.

■ **Anna Luise (Hedwig) Weimann,**

**geb. am 19. 11. 1869, Geburtsort unbekannt, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Am 23. September 1940 wurden 136 Jüdinnen und Juden aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn nach Brandenburg an der Havel abtransportiert und dort am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid ermordet. Zu ihnen gehörte auch eine Anna Luise Weimann. Dies ergibt sich zweifelsfrei aus dem Eintrag „Anna Weimann“ im Aufnahme- und Abgangsbuch der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn. Es enthält eine handgeschriebene Liste mit den Namen der 136 Jüdinnen und Juden, die am 23. September 1940 aus Langenhorn abtransportiert wurden.

Im Gedenkbuch des Bundesarchivs „Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945“ wird an zwei Frauen mit dem Nachnamen Weimann erinnert, die im September 1940 in der Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel ermordet worden sein sollen.

Es ist davon auszugehen, dass einer der Einträge unrichtig ist und dass es sich bei der am 19. November 1869 geborenen Anna Luise Weimann um die Frau handelt, die mit den 135 Jüdinnen und Juden aus der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn abtransportiert wurde.

Die jüdische Arbeiterin Anna Luise Weimann war laut Kultussteuerkarte die Tochter von Gottfried und Marie Weimann, geborene Ludwig. Sie befand sich ab 1904 als Patientin in der „Irrenanstalt Friedrichsberg“. Das ergibt sich u. a. aus ihrer noch existierenden Patienten-Karteikarte.

Laut Eintragung auf der Patienten-Karteikarte hieß sie mit vollem Namen Anna Louise (nicht Luise) Hedwig Weimann und war in Biadauschke zur Welt gekommen. Dieser Ort gehörte früher zum Deutschen Reich und hieß damals Bartschgrund. Heute heißt der nun in Polen liegende Ort Biedaszkowo. Für eine Geburt in Rom, wie im Gedenkbuch des Bundesarchivs angegeben, war keine Bestätigung zu erhalten. Über ihre Kindheit, Jugend oder Ausbildung wissen wir nichts. Auch die Dauer des Aufenthalts von Anna Luise Weimann in Friedrichsberg ist nicht überliefert. Am 16. Juli 1909 wies die Hamburger Polizeibehörde sie wegen einer nicht näher bekannten psychischen Krankheit in die „Irrenanstalt Langenhorn“ ein. Dort lebte Anna Luise Weimann, bis sie im Zuge der zahlreichen Patientenverlegungen als Folge des sogenannten Friedrichsberg-Langenhorner Plans am 9. Juli 1935 mit anderen Männern und Frauen aus Langenhorn nach Eichenkamp überführt wurde. Diese private Einrichtung für Alte, Kranke und Menschen mit Behinderung in Thesdorf/Pinneberg war 1928/1929 gegründet worden. Am 15. Juli 1939 wurden die jüdischen Frauen und Männer aus Langenhorn zurückgebracht.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentli-

chen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die jüdischen Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Anna Luise Weimann.

Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Für Anna Luise Weimann konnte keine persönliche Adresse in Hamburg ermittelt werden. So kann kein individueller Ort bestimmt werden, an dem ihrer mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Anna Weimann der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; Stadtarchiv Pinneberg, Auskunft vom 28. 5. 2015.

## ■ **Salo Weinberg,**

**geb. am 27. 2. 1870 in Lublin (Polen), ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Der jüdische Kaufmann Salo Weinberg kam am 27. Februar 1870 in Lublin in Polen als Sohn von Hermann und Henriette Weinberg, geborene Reiss, zur Welt. Er besaß die polnische Staatsbürgerschaft. Wir wissen nicht, wann er nach Hamburg einwanderte, ob er hier Angehörige hatte und welche Umstände zu seiner Aufnahme in Friedrichsberg führten. Salo Weinberg wurde um 1900 Patient der Hamburger „Irrenanstalt Friedrichsberg“. Dies lässt sich aus der für ihn angelegten und noch existierenden Patienten-Karteikarte ableiten, die die Patientennummer 18 035 trägt. Aus anderen Karteikarten wissen wir, dass z. B. Patienten mit Nummern um 29 000 im Jahr 1911 in Friedrichsberg eingeliefert wurden.

Von Friedrichsberg wurde Salo Weinberg in die „Irrenanstalt Langenhorn“ verlegt. Dort blieb er wahrscheinlich bis 1940.

Salo Weinberg behielt die polnische Staatsbürgerschaft. Aus diesem Grunde wurde er nicht Zwangsmittglied der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A-Z

Weinberg Salo		geboren 27.1.1870 zu Lublin		G. 23737			
		eingetretener SV. TV. A		NDS. 116.21457			
Firma und Branche		Geschäfts-Adresse		Wohnung			
				Langenhorn			
Salo		<del>Nichtmitglied d. Reichsvereinigung</del>					
Eltern: Herrsch. Weinberg Herrsch. f. Reisz.	Jahr	Vers.- tag	Gestunden bis	Bezahl			Bemerkungen
Ehefrau:	193		19	Pol.	Das.	Bemerk.	GG/KB.
geb.							
Kinder:							
1. geb.							
2. "	193		19				
3. "							
4. "							
5. "							
6. "	193		19				
7. "							
8. "							
9. "	193		19				
ausgeschlossen den 23. 9. 40							X 3 3 4 3 3 3
durch Verlegt an Langenhorn							

Salo Weinbergs Kultussteuerkarte mit dem deutlich gekennzeichneten Vermerk „Nichtmitglied d. Reichsvereinigung“

StaH

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zu ihnen gehörte Salo Weinberg. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Von Salo Weinberg ist keine persönliche Adresse in Hamburg bekannt, sodass kein individueller Ort bestimmt werden kann, an dem seiner mit einem Stolperstein gedacht werden könnte.

Ingo Wille

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Salo Weinberg der „Irrenanstalt Friedrichsberg“.

### ■ **Gerda Regina Ruth Wiesner,**

**geb. am 6. 3. 1923 in Kiel, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Die jüdischen Eheleute Josef Hermann (Hersch) Wiesner und Cilly (Cirel), geborene Heller, lebten seit spätestens 1921 in Kiel und betrieben ein Wäsche-, Rohprodukten- und Textilgeschäft. Beide besaßen die polnische Staatsangehörigkeit. Josef Hermann Wiesner war am 3. Dezember 1894 (1896) in Manasterczany-Stanislaw, Cirel Heller am 28. März 1900 in Wygoda-Dolina in Galizien geboren worden. Wir haben Kenntnis über die Geburt von acht Kindern: Charlotte, geboren am 10. Dezember 1921, Gerda Regina Ruth (Rufname Ruth), geboren am 6. März 1923, die Zwillinge Rosa und Gisela, geboren am 9. April 1924, die Zwillinge Frieda und Leopold, geboren am 6. November 1927, und die Zwillinge Selma Ruth und Helena, geboren am 25. Januar 1937. Rosa verstarb 1928 im Alter von vier Jahren.

Wahrscheinlich war sich die seit vielen Jahren in Kiel ansässige Familie Wiesner ihrer polnischen Staatsangehörigkeit kaum noch bewusst, als sie – wie alle polnischen Jüdinnen und Juden – am 28. Oktober 1938 aus dem Deutschen Reich ausgewiesen wurde. Die deutsche Regierung wollte sich ihrer entledigen, die polnische Regierung wollte sie nicht aufnehmen. Polnische Staatsangehörige, die fünf oder mehr Jahre ununterbrochen im Ausland gelebt und die Verbindung mit dem polnischen Staat verloren hatten, konnten aufgrund eines Gesetzes vom März 1938 ab Herbst desselben Jahres ihre Staatsangehörigkeit verlieren. Dies kollidierte mit der Politik der forcierten Austreibung der jüdischen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich durch die nationalsozialistische Regierung. Sie ließ etwa 17 000 Jüdinnen und Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaften und an die polnische Grenze transportieren. Hiervon war auch Familie Wiesner betroffen. Bis auf Charlotte Wiesner, die zu dieser Zeit in Hannover lebte, wurden alle Familienmitglieder verhaftet und in eine Sammelstelle gebracht. Als der Transport aus Kiel schließlich Frankfurt an der Oder erreichte, wurde den Betroffenen nach mehrstündigem Warten mitgeteilt, dass sie auf eigene Kosten nach Kiel zurückkehren könnten.

Im Frühsommer 1939 startete die deutsche Regierung eine zweite Maßnahme gegen polnische bzw. ehemals polnische Jüdinnen und Juden. Sie wurden aufgefordert, bis zum



Jüdische Volksschule Kiel, Aufnahme vom 2. März 1939 (hintere Reihe, fünfte von links: Gisela Wiesner, vordere Reihe stehend: fünfte von links: Frieda Wiesner, auf dem Boden sitzend: erster von rechts: Leopold Wiesner)  
*Gerhard Paul*

15. Juni das Deutsche Reich zu verlassen, da ihnen sonst die Abschiebehaft in einem Konzentrationslager drohen würde. Den wenigsten gelang es, in so kurzer Zeit eine Flucht zu organisieren. So wurden am 11. und 15. Juli mehrere Kieler Juden polnischer Herkunft zur Abschreckung verhaftet und für mehrere Tage ins Kieler Polizeigefängnis gebracht, darunter auch Josef Wiesners Vater Alter Weber und weitere Angehörige der Familie Wiesner.

Spätestens jetzt war allen jüdischen Familien ihre bedrohliche Lage bewusst. Sie suchten verzweifelt nach Auswanderungsmöglichkeiten. Immerhin konnten Leopold und Frieda Wiesner im Sommer 1939 mithilfe eines Kindertransportes nach England gebracht und so gerettet werden. Sie lebten später in den USA.

Anfang Juli 1939 gelangte Josef Hersch, Ruths Vater, mithilfe von bezahlten Schmugglern über die Grenze nach Belgien und weiter nach Brüssel. Dort bemühte er sich zusammen mit einem Schwager und einem seiner Brüder um Ausreisevisa für sich und seine Familie in die USA, jedoch vergeblich.

Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Belgien im Mai 1940 wurde Josef Hersch Wiesner von den Nationalsozialisten wieder eingeholt. Vermutlich geriet er ziemlich schnell in Gefangenschaft. Er wurde am 11. August 1942 mit dem Transport II von

Malines deportiert und erreichte am 13. August das KZ Auschwitz, wo er bis 1945 blieb. Mit dem Herannahen der Roten Armee 1945 wurden die Häftlinge der frontnahen Konzentrationslager zu den sogenannten Todesmärschen gezwungen. So gelangte Josef nach Neuengamme, wo er am 11. Mai 1945, drei Tage nach Kriegsende, an den Folgen des strapaziösen Marsches, der Unterernährung und seines Aufenthaltes im Konzentrationslager starb.

Ruth Mutter Cilly Wiesner und ihre Töchter Gisela (15 Jahre alt) sowie Selma und Helena (beide 3 Jahre alt) wurden am 13. September 1939 mit mindestens 32 weiteren jüdischen Kindern und Frauen polnischer Herkunft zwangsweise nach Leipzig transportiert und dort in einer als Sammellager umfunktionierten Schule interniert. Laut den Quellen gelang nur vier Menschen von dort die Flucht, darunter Gisela Wiesner. Sie flüchtete 1941 über Berlin, Zagreb, Italien und die Schweiz nach Palästina und emigrierte 1945 nach Australien. Ihre Mutter und die kleinen Schwestern Helena und Selma wurden am 21. Januar 1942 nach Riga deportiert. Vermutlich fanden sie in einem der umliegenden Lager oder bei einer der Massenhinrichtungen im sogenannten Hochwald den Tod.

Ruth Wiesner befand sich seit dem 12. September 1939 in der Landesheilanstalt Neustadt/Holstein. In einem 1939 eigenhändig geschriebenen Lebenslauf berichtete sie, dass sie den Besuch einer nichtjüdischen Volksschule mit dem vierzehnten Lebensjahr beendet hatte. Anschließend besorgte sie den Haushalt einer Tante, bis sie mit fünfzehn in eine Haushaltungsschule in Hamburg kam. Nach dem Abschluss dieser Ausbildung lebte sie bei den Eltern. Während dieser Zeit wurde Ruth Wiesner öfter für Tage und Wochen in die Kieler Nervenlinik eingeliefert. Es ist anzunehmen, dass sie psychisch krank war. Darauf weisen die Berichte über sie in der Patientenakte der Landesheilanstalt Neustadt hin.

Als das Reichsinnenministerium im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten zum 18. September 1940 in



Ruth Wiesners Vater Josef  
*Belgisches Staatsarchiv*



Schreiben der „Gemeinnützige Kranken-Transport-G. m. b. H.“ vom 6. 10. 1942

LAS

der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Ruth Wiesner am 13. September in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chełm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Eine Unterorganisation der T4-„Euthanasie“-Zentrale in Berlin, die „Gemeinnützige Kranken-Transport G.m.b.H.“, erkundigte sich mit Schreiben vom 6. Oktober 1942 – zwei Jahre nach Ruth Wiesners gewaltsamem Tod – ob sich Ruth Wiesner noch in Neustadt befände. Offenbar arbeitete die Mord-Bürokratie nicht immer fehlerfrei.

Die älteste Tochter der Familie Wiesner, Charlotte, lebte bis zum 31. Juli 1939 mit ihrer Familie im „Judenhaus“ Feuergang 2 in Kiel, bis sie sich nach Hamburg abmeldete. Sie erreichte Palästina wahrscheinlich an Bord der „Pacific“, dem letzten Schiff, das während des Krieges Palästina legal erreichte. Am 25. November 1940 kam sie in Haifa bei der Explosion der „Patria“, die die Flüchtlinge auf Anweisung der britischen Mandatsregierung zur Internierung nach Mauritius bringen sollte, ums Leben.

Zur Erinnerung an Gerda Regina Ruth Wiesner liegt ein Stolperstein in Kiel, Lerchenstraße 18.

*Schülerinnen des Beruflichen Gymnasiums „Der Ravensberg“, Klasse 11e, Kiel, mit Unterstützung durch die ver.di-Projektgruppe (2010), ergänzt durch Ingo Wille*

**Quellen:** 5; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig Abt. 377 Nr. 10985, Abt. 761 Nr. 15440, 16235, 27826, 28408, 28445, 28464, 28508, 28510; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg, Datenpool (Erich Koch); Wolfgang Benz, Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration, München 1991, S. 29; Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein. Die aus Leipzig deportierten und ermordeten Juden, Leipzig 2001; Bettina Goldberg, Kleiner Kuhberg – Feuergang 2. Die Verfolgung und Deportation der schleswig-holsteinischen Juden im Spiegel der Geschichte zweier Häuser, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte 40 (2002), S. 3–21; Goldberg, Abseits der Metropolen, S. 394, 419 f., 426 f., 463 ff., 663, 669, 672 f., 684 f.; Barbara Kowalzik, Das Grundstück Gustav-Adolf-Straße 7 – Mahnzeichen deutscher und jüdischer Geschichte, in: Hartmut Zwahr u. a. (Hrsg.), Leipzig, Mitteldeutschland und Europa, Beucha 2000; Gerhard Paul unter Mitarbeit von Erich Koch, Das Schicksal der Schüler und Lehrer der jüdischen Volksschule in Kiel, in: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998), Neumünster 1998, S. 481–490; Gerhard Paul, „Betr.: Evakuierung von Juden“. Die Gestapo als regionale Zentralinstitution der Judenverfolgung, in: Menora und Hakenkreuz, S. 508; Arthur B. Posner, Zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde und der Jüdischen Familien in Kiel, Schleswig-Holstein, Jerusalem 1957, S. 110; Klaus Voigt, Villa, Emma. Jüdische Kinder auf der Flucht 1940–1945, Berlin 2002, S. 42, 72 (Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit, Bd. 6).

■ **Ilse Herta Zachmann, geb. Samson,  
geb. am 22. 5. 1887 in Hamburg, ermordet in Zbąszyń oder Sobibór**

Ilse Herta Zachmann, geborene Samson, gehörte zu der Gruppe von 136 Menschen jüdischer Herkunft, die am 23. September 1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel gebracht wurden. Sie war die Einzige, die den Transportzug in Berlin verlassen durfte. Während die anderen 135 noch am 23. September 1940 in dem zur Gasmordanstalt umgebauten ehemaligen Zuchthaus mit Kohlenmonoxid ermordet wurden, kam Ilse Herta Zachmann für die nächsten zwei Jahre in die jüdische Heilanstalt Bendorf-Sayn bei Koblenz.

Ilse Hertas Vater, Alfred Samson, stammte aus der Familie des etwa 1821 in Hannover geborenen Bankiers Daniel Samson und seiner Ehefrau Mathilde, geborene Schwerin. Daniel Samson betrieb sein Bankgeschäft bis zu seinem Lebensende im Jahr 1877 in der Paulstraße 38 in Hamburg-Altstadt. Seine Söhne Alfred und Paul Samson setzten den Geschäftsbetrieb als Teilhaber fort.

Alfred Samson heiratete die aus Mainz stammende Hortensia Rubin, geboren am 1. Mai 1860. Aus der Ehe gingen fünf Kinder hervor, die alle in Hamburg zur Welt kamen: Johanna Martha, geboren am 29. März 1883, Lucie Alice Irma, geboren am 24. April 1884, Ilse Herta, geboren am 22. Mai 1887, Kurt Richard, geboren am 19. September 1885, und Paula Nelly, geboren am 8. Februar 1889.

Alfred Samson starb am 11. März 1935. Das Schicksal seines Bruders Paul kennen wir nicht.

Am 16. April 1920 schloss Ilse Herta Samson die Ehe mit dem jüdischen Kaufmann Fritz Zachmann, geboren am 30. September 1879 in Hamburg. Als Trauzeugen fungierten Fritz Zachmanns Bruder Philipp und David Aufhäuser, Leiter und Inhaber der vom ihm 1905 gegründeten „Thermo-chemischen Prüfungs- und Versuchsanstalt“ in Hamburg und von 1927 bis 1934 Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Berlin. David Aufhäuser gehörte seit seiner Heirat mit Paula Nelly Samson im Jahr 1909 zur Familie. Fritz Zachmann wohnte zur Zeit der Eheschließung bei seinen Eltern in der Rothenbaumchaussee 36, Ilse Herta Samson bei ihren Eltern in der Wartenau 23 in Hamburg-Hohenfelde. Das Ehepaar bezog bald nach seiner Heirat eine eigene Wohnung in der Böttgerstraße 14 in Harvestehude, in der es bis 1932 lebte.

Aus Ilse Herta und Fritz Zachmanns Ehe gingen zwei Kinder hervor, Peter Harald Zachmann, geboren am 9. Januar 1921, und Marianne Ruth, geboren am 21. Juni 1922.

Fritz Zachmanns Vater, Samuel, genannt Sally, hatte 1875 – zwei Jahre vor seiner Heirat mit Cäcilie Levysohn, geboren am 17. Februar 1855 – einen lukrativen Häute-Export-Handel in Hamburg gegründet, in den Fritz und Philipp Zachmann als Mitinhaber aufgenommen worden waren. Die Familie Zachmann galt als wohlhabend. Die Geschäfte führten Fritz Zachmann mehrmals in die USA. Nachgewiesen sind bis 1913 fünf Überfahrten, die

er vermutlich im Auftrag der väterlichen Exportfirma unternahm. Am 25. April 1914 starb Samuel (Sally) Zachmann, und die beiden Söhne führten das Unternehmen weiter. Fritz Zachmann schied später als Partner aus und arbeitete von 1916 bis 1922 für die Mercantile Bank of America als Bankdirektor.

Nach Fritz' Ausscheiden aus dem väterlichen Geschäft – den Grund für die berufliche Trennung der beiden Brüder kennen wir nicht – führte Philipp Zachmann das Unternehmen, das seinen Sitz in der Rothenbaumchaussee 36 hatte, weiter. Dort befand sich auch der Wohnsitz des unverheiratet gebliebenen Philipp Zachmann zusammen mit seiner 1920 verwitweten und 1935 verstorbenen Mutter Cäcilie.

Am 5. Mai 1937 starb auch Philipp Zachmann, sodass von den drei Zachmann-Brüdern nur noch der am

9. Mai 1893 geborene Emil Harald lebte. Philipp hatte eine eigene Im- und Exportfirma in der Catharinenstraße 18 betrieben. Das Grundstück Rothenbaumchaussee 36 wurde noch 1937 verkauft, die Fell- und Häutefirma zum 31. Dezember 1937 aufgelöst.

Infolge Ilse Hertas „gesteigerter Nervosität“ waren in der Beziehung zwischen Fritz Zachmann und seiner Ehefrau Probleme entstanden, die am 1. September 1932 zu ihrer Trennung und dann zur Scheidung geführt hatten. Fritz Zachmann wohnte während der folgenden Jahre in der Rothenbaumchaussee 36 bei seiner Mutter und seinem Bruder Philipp.

Ilse Herta Zachmann reiste viel umher, u. a. im Jahr 1925 in die USA. Sie machte hohe Schulden, sodass ihr Bruder Kurt Richard Samson 1934 ihre Entmündigung anstrebte, zu der es zunächst jedoch nicht kam. Wann sie dann doch entmündigt wurde, lässt sich nicht mehr feststellen.

Am 11. März 1935 starb Fritz Zachmann, nach Auskunft seines Sohnes Peter Harald infolge der durch die „rassischen“ Verfolgungen ausgelösten Aufregungen an einem Herzschlag.



Ilse Herta Zachmann

*Yad Vashem*

Fritz Zachmanns Bruder Emil Harald übernahm die Vormundschaft für seinen Neffen Peter Harald, wahrscheinlich auch für seine Nichte Marianne Ruth. Zusammen mit seinem Onkel und Vormund emigrierte Peter Harald Zachmann im September 1935 auf der „Albert Ballin“ in die USA. Beide reisten 1937 weiter nach Bogotá, kehrten aber 1945 in die USA zurück. Peter Haralds Schwester Marianne Ruth konnte den Eintragungen auf der Kultussteuerkarte der Jüdischen Gemeinde zufolge nach Schweden flüchten. Sie lebte später ebenfalls in den USA.

Nach ihrer Trennung fand Ilse Herta Zachmann Unterkunft bei ihrer Schwester Paula Nelly und deren Ehemann David Aufhäuser in der St. Benedictstraße 29. Der aus Hamburg nach Berlin verzogene ehemalige Nervenarzt Dr. Heinrich Lottig „überwachte“ Ilse Herta Zachmann von 1935 bis 1938 auf Wunsch der Hamburger Vormundschaftsbehörde. Lottig war von 1934 bis 1937 Leitender Oberarzt des Hamburger Jugendamtes. In dieser Funktion begutachtete er u. a. Waisenkinder in der „Staatskrankenanstalt Friedrichsberg“ in erbbiologischer Hinsicht, von denen er etwa die Hälfte als „Unterwertige“ beurteilte.

Im Juli 1939 wohnte Ilse Herta Zachmann bei ihrem Vormund Rechtsanwalt Siemers in der Kleinen Johannisstraße 4. Inzwischen hatte sie Schulden von annähernd 6000 RM angehäuft. Am 13. Februar 1940 wies Professor Hans Bürger-Prinz sie in die Psychiatrische und Nervenlinik der Hansischen Universität, Friedrichsberg, ein. Zumindest eine ihrer Schwestern, wahrscheinlich Paula Nelly, hielt Kontakt mit ihr und besuchte sie in der Krankenanstalt. Aus einem Schreiben von Heinrich Lottig vom 9. März 1940 an Hans Bürger-Prinz geht hervor, dass Ilse Herta Zachmann sich in verschiedenen Sanatorien

(Schloss Fürstenberg, Kuranstalten Westend) und zweimal in Oberstdorf im Allgäu aufgehalten hatte. Dort soll sie sich kritisch über die Kriegslage geäußert und mit der Gestapo in Berührung gekommen sein. Sie soll sich als „arisch“ ausgegeben und missbilligend über die nationalsozialistische Regierung geäußert haben. Daraufhin wurden ihr mangelnde Kritikfähigkeit, abnorme Charakterzüge und eine hypomanische Persönlichkeit attestierte, bei der „Verschrobenheiten und Eigenwilligkeiten“ auffielen. Für Heinrich Lottig lagen jedoch keine so „groben“ Persönlichkeits-



Grabmal der Familie Zachmann (links: Samuel, genannt Sally Zachmann, Mitte oben: Fritz Zachmann, Mitte unten: Philipp Zachmann, rechts: Cäcilie Zachmann)

*Ingo Wille*

veränderungen vor, dass eine schon länger beabsichtigte Übersiedlung ins Ausland nicht ermöglicht werden sollte.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft wurden vom Amt für Wiedergutmachung die Entmündigung und die spätere Einweisung in eine geschlossene Anstalt als Schutz vor einer möglichen KZ-Inhaftierung dargestellt. So soll die Einrichtung der Vormundschaft nur vorgeschlagen worden sein, weil Ilse Herta Zachmann nach der nationalsozialistischen Machtübernahme aufgrund ihres exaltierten Auftretens mit den damaligen Behörden unweigerlich in Konflikt kommen musste. Sie soll sich, wie der Vormund berichtete, in einem Ostseebad in einer bekannten Pension eingemietet haben, ohne gemäß den damaligen gesetzlichen Vorschriften ihre jüdische Abstammung anzugeben. Einmal habe sie sich an den Tisch höherer NS-Parteifunktionäre gesetzt und sich mit diesen unterhalten. Als ihre jüdische Abstammung bekannt wurde, bekam die Pensionsinhaberin große Unannehmlichkeiten. Die herbeigerufene Geheime Staatspolizei konnte aber nicht gegen Ilse Herta Zachmann vorgehen, weil sie entmündigt war und daher für ihre Tat nicht verantwortlich gemacht werden konnte.

In einem Gutachten an die Staatsanwaltschaft vom 23. März 1940 erwähnte Bürger-Prinz, gegen Ilse Herta Zachmann sei das Vorverfahren wegen Vergehens gegen das „Heimtückegesetz“ eröffnet worden. Das Gesetz vom 20. Dezember 1934 stellte die missbräuchliche Benutzung von Abzeichen und Parteiuniformen unter Strafe. Es schränkte darüber hinaus das Recht auf freie Meinungsäußerung ein und kriminalisierte alle kritischen Äußerungen, die angeblich das Wohl des Reiches, das Ansehen der Reichsregierung oder der NSDAP schwer schädigten. Wenn auch die konkreten Vorwürfe gegen Ilse Herta Zachmann nicht bekannt sind, so ergibt sich aus dem Gutachten von Bürger-Prinz doch klar, dass das Verfahren durch die schon erwähnten abfälligen Bemerkungen in Oberstdorf ausgelöst worden war. Bürger-Prinz: „Die ihr zur Last gelegten Äußerungen entspringen ihrer hypomanischen Unbekümmertheit und Kritiklosigkeit, für die sie keinerlei Einsicht haben kann. Die ärztlichen Voraussetzungen des Pargr.: 51 Abs. 1 St. G. B. sind psychiatrisch in vollem Umfange gegeben. Solange die obengenannten Auffälligkeiten bestehen soll Frau Za. auf einer geschlossenen Abteilung gehalten werden, bezw. bis die Auswanderung geregelt ist.“

Am 23. Juli 1940 erfolgte Ilse Herta Zachmanns Einweisung in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag

in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet.

Ilse Herta Zachmann entkam diesem Schicksal zunächst. Am 7. Oktober 1940 teilte ihr Vormund Siemers dem Vormundschaftsgericht mit, dass Ilse Herta Zachmann mit anderen jüdischen Frauen und Männern aus Langenhorn per Bahn nach dem Osten transportiert werden sollte. Er habe es jedoch über das Reichsministerium des Innern erreicht, dass sie in Berlin aus dem Transport herausgenommen und in die Israelitische Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranken (Jacoby'sche Anstalt) in Bendorf/Sayn in der Nähe von Koblenz überstellt wurde. Die seit Längerem betriebenen Auswanderungsbemühungen wurden fortgesetzt, jedoch ohne Erfolg. Der Anstaltsarzt Wilhelm Rosenau betreute Ilse Herta Zachmann von September 1940 bis August 1942. Er berichtete: „In Sayn erfolgte unter der Behandlung Beruhigung, jedoch traten bei der geringsten Irritation von außen des öfteren Rückfälle ein. In diesen Rückfällen benahm sich Frau Zachmann gereizt und aggressiv, so daß zu der damaligen Zeit es unmöglich war, sie nach Hause zu entlassen. Sie fühlte sich im Hause wohl, hatte angeregte und gebildete Gesellschaft und war uns letztlich zu Dank verbunden, daß sie bei uns bleiben durfte. [...] In ruhigeren Zeiten war Frau Zachmann eine gebildete, rücksichtsvolle Gesellschafterin, mit der ich mich oft über ihre persönlichen Interessen unterhalten habe.“

Die oben erwähnte These von der Einweisung zum Schutze der Patientin in eine Anstalt wurde 1957 auch von Wilhelm Rosenau, von Ende März 1940 bis Oktober 1942 „Leitender Krankenbehandler“ in der Anstalt in Bendorf-Sayn, gestützt. Er erklärte, dass man „zu anderer Zeit ohne Anstaltsbehandlung“ hätte auskommen können.

Im August 1942 erhielt der Vormund Siemers die Nachricht, dass Ilse Herta Zachmann von der Gestapo aus Bendorf-Sayn deportiert worden und nicht zurückgekehrt sei. Die Liste der am 15. Juni 1942 nach Osten verschleppten Jüdinnen und Juden umfasst 342 Namen. Fast alle betrafen Personen aus der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn. Der vorletzte Name auf dieser Liste ist der von Ilse Herta Zachmann.

Aus der Transportanweisung des Reichssicherheitshauptamtes ergibt sich, dass die Menschen dieses Transports nach Izbica in der Nähe von Lublin gebracht werden sollten. Den Forschungen von Alfred Gottwaldt und Diana Schulle zufolge endete der Zug auf einem Nebengleis in Lublin, von wo 100 Männer in das Lager Majdanek gebracht wurden. Anschließend wurde der Zug vermutlich direkt nach Sobibór geleitet, ohne zuvor noch das Durchgangsgetto von Izbica zu berühren.

Von Ilse Herta Zachmann gab es nie wieder ein Lebenszeichen. Sie wurde später für tot erklärt.

Ilse Herta Zachmanns in Hamburg verbliebenen persönlichen Gegenstände wie Möbel, Bücher, Bilder und Wäsche wurden zunächst in dem Lager des Umzugsunternehmens Klingenberg deponiert und 1943 sowie 1944 für 583 RM versteigert. Der nach Abzug von Gebühren verbliebene Betrag ging an die Staatskasse.

Ilse Hertas Schwester Johanna Martha hatte 1907 den Hamburger Rechtsanwalt Alexander Albert Holländer geheiratet. Albert Holländer war mit Wirkung vom 30. November 1938 die Rechtsanwaltschaft entzogen worden. Beide Eheleute wurden am 11. Juli 1942 von Hamburg nach Auschwitz deportiert. Die Geschichte dieser Menschen ist in der Datenbank [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de) nachzulesen. An beide erinnern Stolpersteine in der Heimhuder Straße 14 im Stadtteil Eimsbüttel.

Die zweite Schwester von Ilse Herta Zachmann, Lucie Alice Irma, hatte 1916 den Juristen Eugen Baruch Rosenberg aus Köln geheiratet. Sie starb am 10. Oktober 1941 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn, laut Sterberegistereintrag an endogener Depression und Coronarsklerose (Verkalkung der Herzkranzgefäße). Lucie Alice Irma war wohl erst nach dem 23. September 1940 in die Langenhorner Anstalt gekommen und befand sich deshalb nicht in dem Todestransport nach Brandenburg. Das Schicksal ihres Ehemannes ist nicht bekannt.

Kurt Richard Samson, Ilse Herta Zachmanns einziger Bruder, hatte als Kavallerist am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Er geriet in russische Gefangenschaft und erlebte die Revolution in Omsk. Anfang 1918 floh Kurt Richard aus dem Lager und schlug sich alleine nach Deutschland durch. Hier wurde er Alleininhaber der Privatbank D. Samson, die sein Großvater Daniel Samson gegründet hatte. Er ging 1919 die Ehe mit der Ärztin Louise Elsa Lewandowsky ein, deren erster Ehemann während der Hochzeitsreise nach einem Überfall starb. Kurt Richard und Louise Elsa Samson kauften 1922 das Haus Moorfred am Auenweg in Rissen, das ab 1928 auch Wohnsitz der Familie wurde.

Mit Otto Blumenfeld, der seit 1927 das Hamburger Großunternehmen Norddeutsche Kohlen- und Kokswerke AG sowie die Reederei und Kohlenimportfirma Bernhard Blumenfeld KG leitete, verband Kurt Richard Samson die Liebe zum Pferdesport und zur Kunst. Auch er war im Hamburger Kunstverein aktiv und förderte durch namhafte Spenden die Hamburger Kunst und Kultur. Zusammen mit Otto Blumenfeld betrieb er den Rennstall O. Blumenfeld & R. Samson in Groß Borstel.

Otto Blumenfelds Schwester Martha litt wie Ilse Herta Zachmann an einer psychischen Erkrankung. Es gibt jedoch keine Hinweise, dass sich die beiden Frauen kannten. Martha Blumenfeld (siehe dort) wurde am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordet.

Das Ehepaar Kurt Richard und Louise Elsa Samson bekam fünf Kinder. Diese wurden 1939 mit einem Kindertransport nach England geschickt. Die Eltern konnten später über Schweden nach England folgen.

Aus der Ehe von Paula Nelly, Ilse Herta Zachmanns jüngster Schwester, mit David Aufhäuser gingen drei Söhne hervor. Die Familie konnte in die USA emigrieren.

Zur Erinnerung an Ilse Herta Zachmann liegt ein Stolperstein in Hamburg-Rotherbaum, Böttgerstraße 14.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 214-1 Gerichtsvollzieherwesen (1933–1956) 732 Zachmann, 733 Zachmann, 734 Zachmann; 241-2 Justizverwaltung – Personalakten A 1727 Dr. Albert Holländer; 351-11 Amt für Wiedergutmachung Nr. 44407 Peter Harald Zachmann, Nr. 9721 Peter Harald Zachmann; 424-111 Amtsgericht Altona Nr. 7959 RA Dr. jur. Alexander Albert Holländer, Johanna Martha Holländer geb. Samson; 522-1 Jüdische Gemeinden 696 d Heiratsregister Nr. 226/1850 Daniel Samson/Mathilde geb. Schwerin. Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Dokumente des Gedenkens, S. 274 ff.; Friedemann Pfäfflin/Hertha Appelt/Michael Krausz/Michael Mohr, Der Mensch in der Psychiatrie, Heidelberg 1988, S. 114 ff.; Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judentransportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945, S. 217 ff., 395; Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke, Hamburgische Biographie. Personenlexikon, Bd. 3, Göttingen 2006, S. 69–71; Schabow, Jacoby'sche Anstalt, in: Heil- und Pflegeanstalten Bendorf, S. 55, 79 ff.; Lorenz Winter, 100 Jahre Blumenfeld in Hamburg, Hamburg 1971; [http://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN\\_ID=7&r\\_name=Holl%4E4nder&r\\_strasse=&r\\_bezirk=&r\\_stteil=&r\\_sort=Nachname\\_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO\\_ID=1597](http://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&r_name=Holl%4E4nder&r_strasse=&r_bezirk=&r_stteil=&r_sort=Nachname_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO_ID=1597) [15. 11. 2016].

## ■ **Ida Zinner,**

**geb. am 29. 10. 1906 in Hamburg, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Die Zwillinge Ida und Felix Zinner kamen am 29. Oktober 1906 als Kinder der jüdischen Eheleute Carl und Rosa Zinner zur Welt. Carl Zinner, geboren am 13. September 1873, und Rosa, geborene Isenberg, geboren am 8. September 1873, heirateten am 19. Mai 1899 in ihrer beider Geburtsstadt Hamburg.

Carl Zinner war Mitinhaber, später Alleininhaber der Firma Meier & Zinner, eines Papier- und Schreibwarengroßhandels mit Sitz in der Straße Kohlhöfen 10, ab etwa 1903 in der Admiralitätsstraße 23, beide Adressen in der Hamburger Neustadt gelegen.

Am 26. Juni 1900 bekamen Carl und Rosa Zinner ihr erstes Kind, Leopold. Ihm folgten am 20. Februar 1903 Therese (Resi), am 29. Oktober 1906 die Zwillinge Ida und Felix sowie schließlich Philipp am 10. September 1912.

Zwischen 1905 und 1910 verlegte Carl Zinner den Wohnsitz der Familie in den Grindelweg 3a im Stadtteil Rotherbaum. Er folgte damit der schon länger anhaltenden Tendenz jüdischer Bürgerinnen und Bürger, von der Neustadt in das neu bebaute Grindelviertel zu wechseln. Carl Zinner starb am 9. November 1925 und wurde auf dem Jüdischen Friedhof Langenfelde beigesetzt. Nun übernahm seine Witwe Rosa die Firma. Ida Zinner leitete das Unternehmen als Geschäftsführerin. Auch der Sohn Leopold Zinner arbeitete im elterlichen Unternehmen, und zwar als Lagerist und als Reisender.

Leopold gehörte der SPD und dem Reichsbanner Schwarz–Rot–Gold an. In der Abteilung 3 am Schlump übernahm er die Aufgabe des Kassierers. Im Februar 1933 überfielen ihn

drei Nationalsozialisten („der Nazi Schultz und noch zwei S. S. Mann“) in der damaligen Grindel-Passage. Sie schlugen ihn zusammen und verletzten ihn mit einem Messer am Kopf. Im April, berichtete Leopold Zinner, habe ihm der Nazi Schultz mit weiteren SS-Leuten in der Wohnung im Grindelviertel und in dem Geschäft in der Admiralitätsstraße mit Erschießen gedroht. Leopold sah sich nun gezwungen, Hamburg zu verlassen. Mit einem von einem Freund besorgten Pass, der ihm die Ausreise aus dem Reichsgebiet ermöglichte, flüchtete er am 4. Mai 1933 ins Ausland. Dabei ließ er seine Habe zurück. Leopold Zinner lebte künftig in Brasilien. Seine wahrscheinlich in Brasilien geschlossene Ehe mit Eugenia Sternik blieb kinderlos. Er starb am 28. November 1970.

Rosa Zinner konnte das Familienunternehmen angesichts der Diskriminierungen und Repressalien sowie der daraus folgenden rückläufigen Umsätze nur noch bis 1934 aufrechterhalten. Ida Zinner, die zu dieser Zeit noch in der Bornstraße 20 wohnte, war anscheinend aus dem elterlichen Geschäft ausgeschieden. Zwischen Mutter und Tochter hatten sich tiefgreifende Divergenzen entwickelt, die Ida später, als sie fast kein Einkommen mehr hatte, sogar daran hinderten, mit ihrer Mutter zusammen zu wohnen. Der Konflikt belastete Ida Zinner so schwer, dass sie sich Mitte 1934 mit Suizidabsicht aus dem Fenster gestürzt hatte. Sie erlitt einen Oberschenkelhalsbruch, der nie richtig ausheilte und zu einer starken Gehbehinderung mit andauernden Schmerzen und weitgehender Beeinträchtigung ihrer Arbeitsfähigkeit führte. Nach den Auskünften von Leopold Zinner hatte die andere Tochter, Therese Zinner, inzwischen die Geschäftsführungsfunktion übernommen. Rosa Zinner beendete die Geschäftstätigkeit am 1. April 1934.

Die Löschung des Unternehmens im Handelsregister erfolgte am 5. Oktober 1934. Rosa Zinner wohnte bis zu ihrem Lebensende am 27. Oktober 1937 in der Stockhausenstraße 11 in Barmbek-Nord.



Auszug aus dem Pass von Leopold Zinner, dem Sohn von Ida Zinner

Stah

Ida Zinner war nach einem Aufenthalt von April bis Oktober 1932 in Berlin nach Hamburg zurückgekehrt. Möglicherweise hatte sie geglaubt, von ihrer Mutter und dem Streit mit ihr in Berlin Abstand gewinnen zu können. Zurück in Hamburg wohnte sie zur Untermiete in der Grindelallee 5 und meldete sich im Februar 1933 arbeitslos. Sie fand eine nur zwei Tage dauernde Aushilfsstellung bei der Firma Leo Schuster, Haus- und Küchengeräte, in der Hamburger Straße 126. Nicht weit entfernt, in der Petkumstraße 3 im Stadtteil Uhlenhorst, wohnte ihr Onkel Franz Fischer mit seiner Ehefrau. Dort fand sie Aufnahme in einem winzigen Zimmer und wurde wie eine beliebige Untermieterin behandelt. Ihre Lebensumstände müssen sehr bedrückend gewesen sein. Mit ihrer Mutter lebte sie weiterhin im Streit, und ihr Einkommen war äußerst gering. Über soziale Kontakte ist nichts bekannt. So mag sich bei ihr eine psychische Krankheit entwickelt haben. Im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek, in dem sie sich zunächst befand, wurde über sie ein Gutachten nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 erstellt. Dabei ging es um die Frage, ob bei ihr eine Erbkrankheit zu diagnostizieren sei, die zu einer Sterilisation hätte führen sollen. Zur Unfruchtbarmachung kam es in Barmbek aber noch nicht. Ein Krankenwagen brachte Ida Zinner am 18. Oktober 1934 in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, der zentralen Hamburger Aufnahmeeinrichtung für psychisch kranke Menschen. Von dort kam sie am 19. Juli 1935 in das Versorgungsheim Oberaltenallee, aus dem sie am 14. Dezember 1935 wieder entlassen wurde. Während ihres Aufenthalts im Versorgungsheim wurde sie am 6. September 1935 in die Frauenklinik Finkenau verlegt, um sie sterilisieren zu lassen. Obwohl die noch vorhandenen Akten darüber keine eindeutigen Aussagen enthalten, darf doch als sicher angenommen werden, dass der Eingriff vollzogen wurde.

Ab Dezember 1935 fand Ida Zinner drei Tage pro Woche Beschäftigung in der Nähstube der Deutsch-Israelitischen Gemeinde. Sie wohnte wieder bei ihren Verwandten Petkumstraße 3 und lehnte es ab, zu ihrer Mutter zu ziehen. Ida Zinner nahm angesichts ihrer verzweifelten sozialen und wirtschaftlichen Lage allen Mut zusammen und richtete am 18. Januar 1936 folgendes Schreiben an das Wohlfahrtsamt:

„Am Freitag, den 17. dieses Monats war ich bei Ihnen und bat um Unterstützung. Sie schickten mich zum Arbeitsamt Kohlhöfen, die auch durch Ihren telefonischen Anruf hin Bescheid wußten. Mein Unterstützungssatz beträgt die Woche Mk. 8,40. Ich bitte Sie höflichst mir einen Zuschuß zu gewähren. Ich zahle für Miete die Woche 5,-  
Zum Lebensunterhalt verbleibt mir für die Woche 3,40.-  
Mk. 8,40.-

Nein, ich weiß wirklich nicht, wie ich meinen Lebensunterhalt von Mk. 3,40 bestreiten soll. Ich habe einen Beckenbruch durch einen Unfall erlitten und trete mit dem rechten Bein kurz. Durch langes Gehen sowie auch das Stehen habe ich schmerzen, sodaß das linke

gesunde Bein anschwillt und auch häßliche Schmerzen verursacht. Ich brauch dadurch sehr viel Fahrgeld. Die Woche einmal zu den Großen Bleichen zum stempeln

u. einmal Geld holen sind	Mk. -,40 Fahrgeld
dann zum Arzt einmal oder sogar zweimal.	-,40 Fahrgeld
	-,80 Fahrgeld
	Miete 5,-
	Mk. 5,80
Unterstützungssatz	Mk. 8,40
Miete + Fahrgeld	<u>./ 5,80</u>
zum Leben/Woche	Mk. 2,60

Sie machten die Äußerung, daß ich mit meiner Tante sowie Onkel Franz Fischer, Petkumstraße 3 in Gemeinschaft lebe. Das heißt, ich bekomme von denen essen und trinken geschenkt.

Ich bitte Sie mir doch Glauben zu wollen, das ist von Ihnen ein Irrtum. Ich verpflege mich selbst u. ich habe das Zimmer mit Gasherdbenutzung gemietet genau wie eine Person die ein Zimmer mietet. Von meiner Tante bekomme ich nichts geschenkt und wer das behauptet muß mir doch den Beweis bringen. Die Pflegerin, die das gesagt hat, kann sich das doch nicht ausdenken. Es müsste mir doch einer bei Ihnen etwas böses antuen wollen. Ich muß Ihnen das schreiben, daß ich oft im Zimmer sitze ganz alleine, warum sind die Menschen zu mir so häßlich u. mißtrauisch und weine sodaß ich mit meinen Nerven total zerrüttet bin. Das Leben ist hart u. so viel Schattenseiten. Arm sein ist schon furchtbar, da man die Wohlfahrt in Anspruch nehmen muß aber Krüppel u. Arm das ist das beste Schluß mit dem ...

Es wird die 6te Woche, daß ich aus dem Versorgungshaus bin u. noch immer so viel Laufereien. Ich habe keine Freude stets Enttäuschungen auch keinen Menschen, der mich anhört und sich in meine Lage versetzt. Sie sind zu mir sehr hart u. lassen mich oft vergebens und lange warten, sodaß andere, die später kommen, viel eher ankommen als ich. Ich bin auch ein Mensch u. ich habe auch ein Feingefühl wie jeder andere Mensch. Es liegt mir fern Sie zu ärgern und unnütze Arbeit zu machen.

Mit deutschem Gruß Ida Zinner“

Ab 1. Februar 1936 wohnte Ida Zinner in der Bornstraße 14 bei dem Spediteur Arthur Isenberg, möglicherweise einem Verwandten ihrer Mutter. Die Miete betrug auch hier 5 RM pro Woche, sodass ihr zum Leben weiterhin kaum etwas blieb. Die Frage, ob ihr Beinleiden gelindert werden könne, wurde zwischen zwei Ärzten insbesondere mit Blick auf eine mögliche Arbeitsfähigkeit erörtert. Ein Dr. Schutte schrieb an seinen Kollegen Dr. Janßen: „Sowohl klinisch wie im Röntgenbild ist m. E. der Bruch knöchern verheilt, sodass

in Anbetracht der Umstände, dass Frau Z. ausreichend gehen kann, ausserdem doch nicht wieder arbeitsfähig wird, weitere therapeutische Massnahmen nicht erforderlich sind.“

Ida Zinners Brief an das Wohlfahrtsamt blieb unbeantwortet, auch auf ihre vorsichtigen Erinnerungen erfolgte keine Reaktion. Mit einem Antrag an die Einspruchsstelle der Fürsorgebehörde erzielte Ida Zinner immerhin einen Teilerfolg. Sie erhielt ab 11. November 1936 wöchentlich zusätzlich 2 RM und erreichte damit eine geringfügige Verbesserung ihrer kärglichen Einkünfte. Nun wohnte sie trotz aller zwischenmenschlichen Probleme bei ihrer Mutter und ihrem Bruder in der Stockhausenstraße 11. Rosa Zinner starb ein Jahr später am 27. Oktober 1937. Es gelang Ida noch einmal, eine Anstellung zu bekommen. Sie arbeitete bei der Großhandelsfirma für Toilettenartikel von David Bornstein am Glockengießerwall 2, bevor sie am 5. Mai 1938 in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg aufgenommen wurde. Von dort wurde sie am 15. Mai 1938 in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn eingewiesen. Der Langenhorner Aufnahmebogen enthielt als Begründung: „Geisteskrankheit“. Nach ihrer Entlassung am 2. Mai 1939 arbeitete sie wieder an wöchentlich drei Tagen in der Nähstube des Jüdischen Religionsverbandes und bekam dafür 6 RM ausbezahlt. Ihr Vormund und Onkel, Willy Zinner, Rappstraße 4, früher selbstständiger Milchhändler, jetzt als Bote tätig, unterstützte sie im Rahmen seiner Möglichkeiten. Auch Philipp Zinner, Idas Bruder, ließ ihr von Zeit zu Zeit „kleine Gaben“ zukommen.

Am 15. Juli 1939 brachte die Sanitätskolonne des Israelitischen Krankenhauses Ida Zinner in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg. Bei ihrer Einweisung lautete ihre Adresse Rutschbahn 25a, Hs. I, bei Belzinger. Das jüdische Ehepaar Leopold und Minna Belzinger hatte selbst eine kranke Tochter, die zuletzt im Februar 1938 in Friedrichsberg eingeliefert worden war und das gleiche Schicksal wie Ida Zinner erlitt (siehe Biografie Erna Belzinger). Ein Vierteljahr später, am 1. September 1939, wurde Ida Zinner mit einem Sammeltransport in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn – wie sie jetzt hieß – verlegt und blieb dort.

Im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, geplanten Sonderaktion ordnete das Reichsinnenministerium an, Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenzuziehen. Die Menschen wurden am 23. September 1940 in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Unter ihnen befand sich Ida Zinner.

Zur Verschleierung der Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien. Als Ida Zinners Geschwister nach dem Krieg Wiedergutmachung beantragten, waren sie im Besitz ihrer Sterbeurkunde. Wie in allen anderen dokumentierten Mit-

teilungen über den Tod der in Brandenburg Ermordeten wurde behauptet, dass sie in „Chelm“ verstorben sei. Entsprechend wurde auf ihrem Geburtsregistereintrag notiert, dass das „Standesamt Chelm II“ ihren Tod unter der Nummer 330/1941 registriert hat.

Ida Zinners Geschwister konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Leopold Zinner flüchtete bereits 1933 aus Deutschland (s. oben). Therese Zinner hatte am 3. Juli 1936 Walter Fonfey geheiratet und mit ihm rechtzeitig das Deutsche Reich verlassen. Die Eheleute ließen sich in den USA nieder. Idas Zwillingbruder, Felix Zinner, hatte nach dem Besuch der Talmud Tora Schule den Beruf des Buchbinders erlernt und sich im September 1931 mit einem Papierwarengeschäft in der Altonaer Straße 48 im heutigen Stadtteil

Sternschanze selbstständig gemacht. Das Geschäft entwickelte sich positiv, musste aber im Mai 1933 infolge der Boykottmassnahmen geschlossen werden. Felix Zinner durfte seinen Betrieb nicht mehr betreten. Er lebte nun von Ersparnissen und zeitweise von Arbeitslosenunterstützung. Zuletzt arbeitete er als Anstreicher bei einer Hamburger Firma. Am 30. Oktober 1936 emigrierte Felix Zinner nach Rio de Janeiro, wo er sich als Hausierer durchschlug und in ärmlichen Verhältnissen lebte, bis er 1972 mit seiner Ehefrau nach Israel übersiedelte. Philipp Zinner wohnte zur Zeit der Volkszählung im Mai 1939 in der Oberstraße und soll Deutschland am 9. Mai 1941 mit dem Ziel New York verlassen haben.

Zur Erinnerung an Ida Zinner ist ein Stolperstein in Hamburg-Barmbek-Nord, Stockhausenstraße 11 geplant.



Geburtsurkunde von Ida Zinner mit falscher Sterbenotiz, ausgestellt 1971

StaH

Ingo Wille

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 1070 Sterberegister Nr. 406/1937 Rosa Zinner geb. Isenberg, 2924 Heiratsregister Nr. 498/1899 Rosa Isenberg/Carl Zinner, 8082 Sterberegister Nr. 517/1925 Rosa Zinner, 13405 Geburtsregister Nr. 2116/1900 Leopold Zinner, 13924 Geburtsregister Nr. 483/1903 Therese Zinner, 351-11 Amt für Wiedergutmachung 2183 Rosa Zinner, 23961 Leopold Zinner, 27512 Therese Fonfey geb. Zinner, 31568 Felix Zinner; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Ida Zinner der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

### ■ **Max Zucker,**

**geb. am 18. 8. 1891 in Berlin, ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Max Zucker kam als zweitjüngstes Kind der jüdischen Eheleute Baruch, genannt Bruno, und Minna Zucker, geborene Altmann, in Berlin zur Welt. Der Kaufmann Baruch Zucker und Minna Altmann hatten 1882 geheiratet. Aus ihrer Ehe gingen sieben Kinder hervor: Sara Selma, geboren am 27. Juli 1883, Hermann, geboren am 10. September 1884, Franz, geboren am 16. Oktober 1885, Eva, geboren am 31. August 1886, Margarete, geboren am 23. März 1889, Max, geboren am 18. August 1891, und Gertrud, geboren am 4. August 1896.

Max Zucker litt als Kind an der „Englischen Krankheit“ (auch als Rachitis bezeichnet). Er lernte spät laufen und sprechen. Zudem war er durch Stottern in seiner Entwicklung beeinträchtigt. Mit etwa zwölf Jahren stellte sich eine bleibende Rückgratverkrümmung ein. Nach siebenjährigem Schulbesuch in einer öffentlichen Gemeindeschule wechselte er in eine Privatschule zur Erlangung des Einjährigen (frühere Bezeichnung für mittlere Reife). Die beginnende Epilepsie führte Max Zucker bei seiner späteren Aufnahme in der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg auf zu starke schulische Anforderungen zurück. Die Krampfanfälle kamen etwa alle vier Wochen. Mit achtzehn begann Max Zuckers Odyssee durch Krankenhäuser und Heilanstalten. Er wurde in der Berliner Charité behandelt und in der Brandenburgischen Provinzialanstalt für Epileptische zu Potsdam aufgenommen und arbeitete dort in der Obstbaumschule. Auf seinen Wunsch nahmen seine Eltern ihn aus der Anstalt und schickten ihn zu seinem Bruder Hermann nach Hamburg.

Das Hamburger Adressbuch verzeichnet Hermann Zucker seit der Ausgabe von 1910, sodass er bereits 1909 in Hamburg gewohnt haben muss. Er besaß einen Anteil an der Exportfirma Fränkel, Huber & Co, die er später ganz übernahm. 1920 hatte er die evangelisch-lutherische Anna Amanda Lüth geheiratet. Das Ehepaar wohnte lange Jahre in der Schwenckestraße 3 in Eimsbüttel.

Max Zucker erhielt um 1911 eine Anstellung als Lehrling bei der Hamburger Im- und Exportfirma Luft, Maack & Co., verlor sie jedoch nach kurzer Zeit wegen eines Streits mit einem Lehrlingskollegen. Daraufhin nahm Hermann Zucker seinen Bruder Max in seine eigene Firma auf, doch scheint auch diese Anstellung nicht von langer Dauer gewesen zu sein. Max Zucker wurde im November 1911 für 12 Tage im Lohmühlenkrankenhaus (später Allgemeines Krankenhaus St. Georg, heute Asklepios Klinik St. Georg) aufgenommen. Er litt an Krampfanfällen im Abstand von vier bis fünf Wochen, die zu Bewusstlosigkeit, Zungenbissen und einer Beeinträchtigung seines Erinnerungsvermögens führten. Am 6. Mai 1912 kam es erneut zur Aufnahme im Lohmühlenkrankenhaus. Wenige Tage später verspottete ein anderer Patient Max Zucker wegen seiner jüdischen Religion. Die Auseinandersetzung endete in einer Schlägerei mit der Folge der Entlassung beider Patienten am 20. Juni 1912.

Zu dieser Zeit war Max' Mutter, Minna Zucker, bereits verstorben (23. Mai 1911), sein Vater, Baruch Zucker, starb am 14. Februar 1913.

Hermann Zucker schickte seinen Bruder nun zu einem Verwandten nach Manchester. Hier besuchte Max mehrere Fortbildungseinrichtungen. Erneute Krampfanfälle wurden ambulant behandelt. Der Aufenthalt in England dauerte etwa neun Monate. Zurück in Deutschland verrichtete Max Zucker körperlich schwere Arbeit. Nach erneuten Krampfanfällen wurde er für ein halbes Jahr in dem Privatsanatorium Dr. Leubuscher & Unger in Hoppegarten bei Berlin untergebracht, dann kurze Zeit in der Brandenburgischen Irrenanstalt in Teupitz. Die nächsten Jahre lebte er dann in der Privatklinik von Dr. Wiener in Bernau, zunächst in der offenen, von 1914 bis 1922 in der geschlossenen Abteilung.

Im August 1922 galt Max Zucker als gesundheitlich gebessert und wurde entlassen. Er ging nach Hamburg, um sich Arbeit zu suchen und wohnte zur Untermiete. Als er wieder



Max Zucker, 1922  
*UKE/IIGEM*



Brandenburgische Anstalt für Epileptische zu Potsdam,  
Aufnahmehaus für Männer

*Aus: Deutsche Heil- und Pflegeanstalten  
für Psychischkranke in Wort und Bild*

Anfälle bekam, wollte seine Zimmerwirtin ihn nicht im Hause behalten. Daraufhin brachte man ihn in das Krankenhaus St. Georg. Max war die Schwere und Hoffnungslosigkeit seines Leidens nach Aussagen der Ärzte nicht bewusst. Gegen Ende seines Aufenthalts in St. Georg wurden epileptische Anfälle nicht mehr beobachtet. Eine weitere Behandlung in einem Akut-Krankenhaus erschien nicht hilfreich, wegen der weiteren Betreuungsnotwendigkeit wurde er am 22. September 1922 in die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg verlegt. Dort lebte er annähernd sechs Jahre.

Über Veränderungen seines Krankheitsbildes wurde nichts festgehalten.

Am 16. März 1928 kam Max Zucker in die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn, weitere drei Jahre später, am 18. Juni 1931, in die Hamburgische Abteilung der Lübschen Heilanstalt Strecknitz. Aufgrund eines Abkommens mit Lübeck hatte die Hansestadt Hamburg im Jahr 1930 in der Lübecker Heilanstalt Strecknitz neue Gebäude darlehensweise finanziert und sich dafür das weitgehende Belegungsrecht für diese „Hamburger Häuser“ gesichert.

Aus den Strecknitzer Unterlagen über Max Zucker ergibt sich, dass er 1923 entmündigt worden war. Als Vermögensvormund war sein Bruder Hermann, als Vormund für die Person ein Hamburger Bankier bestellt worden. 1933 übernahm der Lübecker Rabbiner Winter, 1938 der Bankier Simson Carlebach die Vormundschaft.

Als das Reichsinnenministerium Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ, traf Max Zucker am 16. September in Langenhorn ein. Am 23. September 1940 wurden die Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

**Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z**

Auf dem Geburtsregister-  
eintrag von Max Zucker wurde  
notiert, dass das Standesamt I  
Berlin (West) seinen Tod unter  
der Nummer 4 155/1959 regis-  
triert hat. Danach soll er am 2.  
Februar 1941 in „Chelm bei  
Lublin/Polen“ gestorben sein.  
Auf dieser Grundlage stellte  
ein Berliner Standesamt eine  
Sterbeurkunde aus, in die die  
falschen Angaben übernom-  
men wurden.

Wir wissen, dass wenig-  
stens vier Geschwister von Max  
Zucker im Holocaust umge-  
kommen sind: Sara Selma  
und Margarete Zucker wur-  
den am 3. März 1943 aus Ber-  
lin nach Auschwitz deportiert,  
mit ihnen wahrscheinlich auch  
Gertrud Zucker. Allerdings  
nennt das Gedenkbuch des  
Bundesarchivs außer demsel-  
ben Wohnstadtteil und dem-  
selben Deportationstag für  
Gertrud Zucker ein abwei-  
chendes Geburtsjahr. Eva  
Zucker, verheiratete Kempner,  
wurde am 3. Oktober 1942  
nach Theresienstadt und am  
23. Januar 1943 nach Auschwitz weiterdeportiert. Franz Zucker flüchtete in die Niederlande.  
Er wurde am 6. März 1944 nach Auschwitz deportiert. Hermann Zucker lebte durch seine  
Heirat mit einer Christin in einer sogenannten nichtprivilegierten Mischehe, die ihn über  
Jahre vor der Deportation geschützt haben dürfte. Sein Schicksal kennen wir nicht. Seine  
Ehefrau, Anna Amanda Sophie, geborene Lüth, überlebte.

An Max Zucker soll ein Stolperstein in Hamburg-Eimsbüttel, Schwenckestraße 3,  
erinnern.

Nr. 4155 c

Berlin - - - - - , den 15. April - -19 59

MAX Z u c k e r, ohne Beruf, mosaisch, - - - - -

wohnhaf in Chelm bei Lublin/Polen, - - - - -

ist am 2. Februar 1941 - - - - - um - - Uhr - - Minuten  
in Berlin-Chelm bei Lublin/Polen - - - - -  
verstorben.

D er Verstorbene war geboren am 18. August 1891 - - - - -  
in Berlin. - - - - -

D er Verstorbene war nicht verheiratet. - - - - -

Eingetragen auf mündliche - schriftliche - Anzeige Anordnung des - -  
Senators für Inneres von Berlin. - - - - -

persönlich-bekannt- - nungswiesen-durch - - - - -

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Der Standesbeamte  
in Vertretung:  
*Kempner*

1. Geburtsnachtrag des Verstorbenen:  
Standesamt und Nummer  
2. Das Familienbuch des Verstorbenen  
der Eltern Familienname des Mannes / Mädchenname der Frau  
wird geführt in  
3. Eheschließung des Verstorbenen am in  
Standesamt und Nummer

Im 1. 1/2 - Sterbereg. KJ  
Mit. 2003 • Die A. 4. 50 000. 9. 57 00

Fingierte Sterbeurkunde für Max Zucker  
*Landesarchiv Berlin*

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 7; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 2334 Geburtsregister Nr. 829/1894 Anna Amanda Sophie Lüth, 6576 Heiratsregister Nr. 476/1920 Hermann Zucker/Anna Amanda Sophie Lüth; 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn Abl. 1/1995 Aufnahme-/Abgangsbuch Langenhorn 26. 8. 1939 bis 27. 1. 1941; UKE/IGEM, Patienten-Karteikarte Max Zucker der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; UKE/IGEM, Patientenakte Max Zucker der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; IMGWF Lübeck, Patientenakte Max Zucker der Heilanstalt Lübeck-Strecknitz; JSHD Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“, Datenpool Erich Koch, Schleswig; Landesarchiv Berlin, Heiratsregister Nr. 367/1882 Baruch Zucker/Minna Altmann, Geburtsregister Nr. 829/1883 Sara Selma Zucker, Geburtsregister Nr. 885/1884 Hermann Zucker, Geburtsregister Nr. 1033/1885 Franz Zucker, Geburtsregister Nr. 782/1886 Eva Zucker, Geburtsregister Nr. 291/1889 Margarete Zucker, Geburtsregister Nr. 631/1891 Max Zucker, Geburtsregister Nr. 891/1896 Gertrud Zucker, Sterberegister Nr. 905/1911 Minna Zucker, Sterberegister Nr. 102/1913 Baruch Zucker; Johannes Bresler, Deutsche Heil- und Pflegeanstalten für psychischkranke in Wort und Bild, Bd. II, Halle a. S. 1912, S. 120 ff.; <https://www.joodsmonument.nl/en/page/171287/franz-zucker> [6. 11. 2016].

## ■ **Mathilde Zuckermann,**

**geb. am 25. 4. 1905 in Tereblestie (Rumänien), ermordet am 23. 9. 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel**

Mathilde Zuckermanns Geburtsort Tereblestie liegt im Norden der Bukowina, einem Landstrich in Galizien, der heute zur Ukraine gehört und an Rumänien grenzt. Die frühere jüdische Bevölkerung orientierte sich stark an der deutschen Kultur. Hier lebte das wahrscheinlich nach jüdischem Ritus verheiratete Paar Sruel Zuckermann, geboren am 30. Juni 1877 in Sereth, und Rifka Rosenstock, geboren am 5. April 1879 in dem unweit von Sereth gelegenen Ort Proworokie. Am 25. April 1905 bekamen Rifka und Sruel Zuckermann ihr erstes Kind, Gusta, und am 27. Januar 1906 den Sohn Moses.

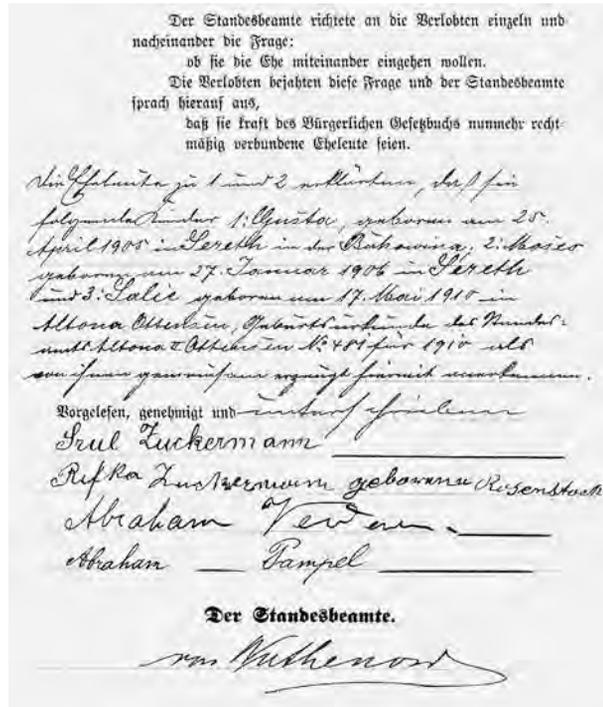
Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in der Region Bukowina mit der Folge, dass sich viele Menschen zur Abwanderung entschlossen, so auch die Familie von Sruel Zuckermann. Zwischen Anfang 1906 und Frühjahr 1910 ließ sie sich in Altona nieder. Dort wurde am 17. Mai 1910 Tochter Salie geboren, die später Sophie hieß. Sruel und Rifka heirateten am 8. Oktober 1912 standesamtlich. Auf ihrer Heiratsurkunde wurde vermerkt: „die Eheleute [...] erklärten, daß sie folgende Kinder 1: Gusta, geboren am 25 April 1905 in Sereth in der Bukowina; 2: Moses geboren am 27. Januar 1906 in Sereth und 3: Salie geboren am 17.Mai 1910 in Altona Ottensen, Geburtskurkunde des Standesamts Altona II Ottensen Nr. 481 für 1910 als von ihnen gemeinsam erzeugt hiermit anerkennen.“

Die Familie wurde zunächst als staatenlos angesehen, später wurden ihr die österreichische und die rumänische Staatsangehörigkeit zuerkannt. Möglicherweise als Akt der Anpas-

sung an das vorherrschende nichtjüdische Umfeld, aber auch an hiesige Schreibweisen, änderten Sruel und Rifka ihre Vornamen und die ihrer Kinder. Aus Sruel wurde Israel, Rifka hieß nun Rosa, aus Gusta wurde Mathilde, Moses wurde Max und Salie hieß fortan Sophie. Die neuen Namen finden sich auf verschiedenen Kultussteuerkarten der Jüdischen Gemeinde. Die Änderungen wurden jedoch nicht formell vorgenommen. Das ergibt sich aus den Sterbeurkunden von Sruel/Israel und Rifka/Rosa Zuckermann, in denen sich die ursprünglichen Vornamen Sruel und Rifka finden.

Die Familie blieb anscheinend für lange Zeit in Altona. Sie wohnte 1912, bei Sruels und Rifkas standesamtlicher Heirat, in der Kleinen Rainstraße 10. Später ließ sie sich in der benachbarten Bahrenfelder Straße 201 nieder. Israel Zuckermann betrieb dort eine Möbelhandlung, die sich gut entwickelte. Er starb aber schon am 3. Februar 1921 im Alter von 43 Jahren im Hamburger Israelitischen Krankenhaus. Rosa Zuckermann musste nun allein für ihre drei noch nicht volljährigen Kinder sorgen. Sie führte das Möbelgeschäft, das sich über eine große Fensterfront mit drei großen Schaufenstern erstreckte. In den 1930er-Jahren verkleinerte Rifka Zuckermann das Geschäft infolge der durch die Boykottmaßnahmen rapide rückläufigen Umsätze und verlegte es in die Friedensallee, Ecke Roonstraße. Am 13. Juni 1937 nahm sie sich das Leben. Ihrer Tochter Sophie zufolge fühlte sie sich den zunehmenden Diskriminierungen und den wachsenden materiellen Sorgen nicht mehr gewachsen. Daraufhin wurde der Geschäftsbetrieb eingestellt.

Mathilde Zuckermann trug als Stenotypistin zum Lebensunterhalt ihrer Familie bei. Sie wohnte bei ihrer Mutter zunächst in der Bahrenfelder Straße und dann in der Roonstraße 12, wahrscheinlich bis ihre Mutter starb. Die unverheiratete Mathilde Zuckermann



Sruel und Rifka Zuckermann legitimierten ihre Kinder im Zuge der staatlichen Heirat

StaH

gehörte seit 1928 der Jüdischen Gemeinde an. In der Wirtschaftskrise von 1929 verlor sie wie so viele ihren Arbeitsplatz. Die Jüdische Gemeinde veranlagte sie aber in den Folgejahren bis 1937 zur Kultussteuer, Mathilde hatte wohl doch wieder eine Beschäftigung gefunden.

Wahrscheinlich nach dem Tod ihrer Mutter zog sie in die Poolstraße 12 in Hamburgs Neustadt. Dort wohnte der Kaufmann Herbert Chaim David Zuckermann, geboren am 10. Mai 1886 in Lukow nördlich von Lublin, mit seiner Ehefrau Mathilde, geborene Elias, geboren am 23. Februar 1892, und seiner Tochter Ruth, geboren 3. Januar 1922. Das verwandtschaftliche Verhältnis dieser Familie zu Mathilde Zuckermann ist unklar. Chaim David Zuckermann verließ Deutschland im Frühjahr 1938 zusammen mit seiner Ehefrau Mathilde und seiner Tochter Ruth. Ob Mathilde Zuckermann daraufhin die Wohnung verlassen musste und wo sie ggf. dann wohnte, ist nicht bekannt. Am 11. Mai 1939 wurde sie im Versorgungsheim Oberaltenallee aufgenommen und dann in das Versorgungsheim Farmsen verlegt.

Mathilde Zuckermann wurde am 18. September 1940 zusammen mit den anderen im Versorgungsheim Farmsen lebenden Jüdinnen und Juden in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn überführt, als das Reichsinnenministerium Jüdinnen und Juden in öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten im Rahmen einer von der „Euthanasie“-Zentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, im Frühjahr/Sommer 1940 geplanten Aktion zum 18. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zusammenziehen ließ. Am 23. September 1940 wurden die jüdischen Menschen aus Anstalten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg in die sogenannte Landes-Pflegeanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch am selben Tag in dem zur Gasmordanstalt umgebauten Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid getötet. Zur Verschleierung dieser Mordaktion wurde in Sterbemitteilungen behauptet, dass die Betroffenen in einer Anstalt in Chelm (polnisch) oder Cholm (deutsch) östlich von Lublin verstorben seien.

Mathildes Bruder, der als Kaufmann arbeitende Max Zuckermann, heiratete die evangelische Frieda Buck, geboren am 5. Juni 1907 in Coburg. Das Ehepaar bekam drei Kinder, Ingrid, geboren am 9. Februar 1932, Peter, geboren am 2. Januar 1934, und Ralf, geboren am 10. November 1938. Am 21. Mai 1937 wurde Max Zuckermann wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 20. Dezember 1934 in Haft genommen. Möglicherweise war damit das sogenannte Heimtückegesetz gemeint, nach dem u. a. bestraft wurde, wer „vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet“. Der Tatvorwurf und die Haftdauer sind nicht überliefert. Max soll Deutschland 1938 verlassen haben. Sein weiteres Schicksal und das seiner Frau Frieda, die während der Volkszählung im Mai 1939 noch in Hamburg lebte, kennen wir nicht.

Peter und Ralf Zuckermann wohnten im Wikingerweg 11 in Hamburg-Borgfelde, sie kamen bei einem Luftangriff am 28. Juli 1943 ums Leben. Ingrid Zuckermann überlebte den Zweiten Weltkrieg.

## Biografien der am 23. September 1940 in Brandenburg an der Havel ermordeten Jüdinnen und Juden von A–Z

Sophie Zuckermann, ausgebildete Kontoristin und Stenotypistin, heiratete 1938 den jüdischen Schlosser Ludwig Paul Lubascher, geboren am 14. Januar 1913 in Hamburg. Das Ehepaar Lubascher verließ Hamburg im November 1938. Von Le Havre aus fuhren sie mit dem Dampfer „Belle Isle“ nach Montevideo. Nach wenigen Tagen in Uruguay reisten beide illegal nach Argentinien ein und erhielten dort 1941 die Aufenthaltserlaubnis.

Zur Erinnerung an Mathilde Zuckermann liegt ein Stolperstein in Hamburg-Neustadt, Poolstraße 12.

*Ingo Wille*

**Quellen:** 1; 4; 5; 9; StaH 133-1 III Staatsarchiv III, 3171-2/4 U.A. 4, Liste psychisch kranker jüdischer Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Anstalt Langenhorn, die aufgrund nationalsozialistischer „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden, zusammengestellt von Peter von Rönn, Hamburg (Projektgruppe zur Erforschung des Schicksals psychisch Kranker in Langenhorn); 332-5 Standesämter 840 Sterberegister Nr. 64/1921, 1174 Sterberegister Nr. 1344/1943 Peter Zuckermann, 1174 Sterberegister Nr. 1345/1943 Ralf Zuckermann, 5095 Sterberegister Nr. 407/1937 Rifka Zuckermann, 5807 Heiratsregister Nr. 400/1912 Sruel Zuckermann/Rifka Rosenstock; 351-11 Amt für Wiedergutmachung 4167 Rifka Zuckermann, 38803 Ludwig Lubascher; 332-8 Meldewesen K 4590 Zuckermann.



**Namen der am 23. September 1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn  
in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel deportierten Jüdinnen und Juden**

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>	<b>Stolperstein-Adresse</b>
Beckmann	Leon	5. 1. 1873	Krakau	Hamburg-Neustadt, Büschstraße 7
Belzinger	Erna	13. 6. 1894	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rutschbahn 25a (geplant)
Benedix	Bernhard	29. 4. 1884	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 90, (geplant)
Berges	Betty	27. 4. 1890	Lübeck	Hamburg-Rotherbaum, Rutschbahn 24 (geplant)
Berghoff	Felix	10. 6. 1894	Altona	Kiel, Flämische Straße 22 a
Berju	Käthe Alice	11. 12. 1895	Hamburg	Hamburg-Eppendorf, Loogestieg 13
Bloch	Dr. Hans	29. 11. 1895	St. Johann (Saar- brücken)	keine Adresse
Blumenfeld	Martha	20. 4. 1878	Hamburg	Hamburg-Nienstedten, Elbchaussee 132
Boas	Rudolf Leo	11. 10. 1875	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rappstraße 22 (geplant)
Borchartt	Eva Leonore	18. 2. 1905	Alt-Rahl- stedt	Hamburg-Harvestehude, Harvestehuder Weg 99
Bragenheim	Martin	19. 2. 1882	Güstrow	Hamburg-Harvestehude, Isestraße 86
Buchthal	Hedwig	21. 7. 1874	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Hallerstraße 52
Cahn	Julie	16. 4. 1904	Hamburg	Hamburg-Harvestehude, Brahmsallee 23
Cohen	Sella Amalia	7. 10. 1893	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 56
Cohn	Felix	2. 5. 1864	Freienwalde	keine Adresse
Daicz	Julius Her- mann	18. 1. 1923	Lübeck	Lübeck, Fünfhausen 5, Lübeck-Vorwerk, Triftstraße 139–1943

**Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden**

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>	<b>Stolperstein-Adresse</b>
Daicz	Max Isaak	30. 5. 1921	Lübeck	Lübeck, Fünfhausen 5, Lübeck-Vorwerk, Triftstraße 139–143
Daltrop	Fritz	24. 2. 1915	Harburg	Hamburg-Harburg, Großer Schippsee 34
Danciger	Regina	8. 11. 1878	Zloczew	Hamburg-Hoheluft-Ost, Heider Straße 8 (geplant)
Dessau	Gertrud	8. 12. 1873	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rutschbahn 26 (geplant)
Elkeles	Alice Jeanette	8. 12. 1894	Hamburg	Hamburg-St. Georg, Kirchenallee 43
Elkeles	Betty	3. 2. 1885	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 4 (geplant)
Engländer	Benjamin (Benno)	2. 1. 1901	Altona	Hamburg-Sternschanze, Lerchenstraße 115
Fabian	Hans	20. 6. 1893	Berlin	Hamburg-Hohenfelde, Kuhmühle 6
Falk	Joel	25. 3. 1923	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Kielortallee 22 (geplant)
Farbstein	Moraka	5. 12. 1898	Ostrowo	keine Adresse
Feld	Bertha	25. 8. 1885	Krojanke	Hamburg-Eilbek, Wandsbeker Chaussee 116
Feuerberg	Gisa (Golda)	17. 3. 1925	Czortkow	Lübeck, Triftstraße 139–143
Fraenkel	Paula	5. 3. 1903	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Kielortallee 6
Frank	Ludwig	25. 8. 1887	Schotten	Hamburg-Hoheluft-Ost, Breitenfelder Straße 60 (geplant)
Frankfurter	Anna	29.9. 1872	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bundesstraße 43 (geplant)
Friedmann	Erland Walter	11. 4. 1908	Halle/Saale	keine Adresse
Gattel	Henry	7. 11. 1885	Hamburg	Hamburg-Hammerbrook, Gotenstraße 20 (geplant)
Gerstle	Hannelore	5. 5. 1924	Nürnberg	Lübeck, Triftstraße 139–143, Hamburg-Eppendorf, Eppendorfer Landstraße 62
Glassmann	Kurt	21. 11. 1900	Ahlbeck	Hamburg-Eppendorf, Haynstraße 5

**Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden**

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>	<b>Stolperstein-Adresse</b>
Goldschmidt	Ilse Jeanette	11.9. 1902	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 162 (geplant)
Goldstein	Selig Leiba	16. 8. 1885	Wilkawiski	Hamburg-Hammerbrook, Grüner Deich 165 (geplant)
Guth	Richard	9. 9. 1884	Wien	keine Adresse
Gutmann	Marianne	1. 10. 1865	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Alter Steinweg 5 (geplant)
Hauptmann	Rieckchen	26. 9. 1883	Abterode	Hamburg-Sternschanze, Bartels- straße 30, Ecke Susannenstraße
Havelland	Martha	4. 10. 1879	Bleicherode	keine Adresse
Hecht	Bertha	28. 8. 1895	Altona	Hamburg-Altona-Altstadt, Palmaille 1 (geplant)
Heilbut	Erich Alex- ander	17. 1. 1901	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 4 (geplant)
Henschel	Käthe	29.9. 1923	Hamburg	Hamburg-Hamm, Von-Hess-Weg 4
Henschel	Senta	22. 11. 1902	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Kaiser-Wilhelm-Straße 56 (geplant)
Herz	Berta	26. 10. 1900	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rothenbaumchausee 101/103
Herz	Walter	19. 5. 1899	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rothenbaumchausee 101/103
Heymann	Henriette	5. 10. 1878	Aumund	Hamburg-Hoheluft-Ost, Husumer Straße 13
Hirsch	Albert	14. 12. 1907	Mannheim	keine Adresse
Hirsch	Marianne	22. 6. 1887	Prag	Hamburg-Hoheluft-West, Moltkestraße 50b
Hirschfeld	Ludwig Heinz	16. 6. 1915	Hamburg	Hamburg-Hoheluft-Ost, Husumer Straße 18
Hirschowitz	Auguste	12. 11. 1891	Orlau	keine Adresse
Hoffmann	Wanda	24. 5. 1894 (1890)	Leibitsch	Hamburg-Farmsen, August- Krogmann-Straße 100 (ehemals Versorgungsheim Farmsen)
Horwitz	Paul Eduard	1. 1. 1876	Hamburg	Hamburg-Harvestehude, Mittelweg 34

**Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden**

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>	<b>Stolperstein-Adresse</b>
Insel	Alice Gertrud	19. 3. 1882	Frankfurt a. M.	Hamburg-Winterhude, Andreasstraße 16
Jacob	Harry	29. 9. 1899	Hannover	Hamburg-St. Georg, Westerstraße 27
Jelenkiewicz	Karl	27. 6. 1896	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Alte Rabenstraße 9
Jordan	Mathilde	17. 1. 1880	Speyer	Hamburg-Uhlenhorst, Oberaltenallee 60 (ehem. Versorgungsheim Oberaltenallee) (geplant)
Jurmann	Hermann	6. 11. 1908	Lübeck	Lübeck, Triftstraße 139–143
Kasarnowsky	Sophie	1894 (?)	Brovari	keine Adresse
Kaufmann	Bertha	20. 9. 1878	Stuttgart	Hamburg-Harvestehude, Oberstraße 18 (geplant)
Kaufmann	Max	25. 3. 1888	Altona	Hamburg-St. Pauli, Rendsburger Straße 7 (geplant)
Kaufmann	Maximilian	30. 9. 1906	Essen	Hamburg-Hoheluft-Ost, Abendrothsweg 23
Koppel	Johanna	15. 9. 1883	Emmerich a. R.	Hamburg-Hoheluft-West, Gneisenaustraße 17
Langsner	Amalie Malka	November 1901	Brzezany	Lübeck, Triftstraße 139–143, Lübeck, Marlesgrube 52
Laski	Carl Reinhard	11. 5. 1887	Hamburg	Hamburg-Altstadt, Kleine Johannisstraße 9
Lehmann	Luise Franziska (genannt Lilly)	3. 5. 1896	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 45
Levi	Emma	29. 5. 1892	Hamburg	Hamburg-St. Georg, Bremer Reihe 24 (geplant)
Levy	Adele	7. 12. 1875	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Heinrich-Barth-Straße 10 (geplant)
Levy	Ernestine	24. 10. 1863	Glogau	keine Adresse
Levy	Josef	12. oder 15. 4. 1872	Rodenberg	Hamburg-Eppendorf, Haynstraße 32 (geplant)

**Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden**

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>	<b>Stolperstein-Adresse</b>
Levy	Richard	2. 2. 1885 oder 2. 11. 1885	Wollstein	keine Adresse
Levy	Robert Martin	1. 8. 1891	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 56 (geplant)
Lewin	Hannchen	8. 5. 1879	Rogasen	keine Adresse
Liepmann	Bernhard	24. 7. 1905	Altona	Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 38
Lippmann	Betty	6. 1. 1878	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Neuer Stein- weg Ecke Ludwig-Erhard-Straße (geplant)
Löwenthal	Oscar	24. 3. 1873	Hamburg	Hamburg-Hammerbrook, Spaldingstraße 12 (geplant)
Lübeck	Ella	28. 7. 1883	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Neuer Steinweg 26 (geplant)
Maier	Therese	19. 7. 1921	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Eimsbütteler Chaussee 45 (geplant)
Mannheim	Betty	27. 2. 1887	Hamburg	Hamburg-Winterhude, Semperstraße 87 (geplant)
Marmorek	Friederike	10. 1. 1858	Hamburg	Hamburg-Hoheluft-Ost, Breitenfelder Straße 8 (geplant)
Massenbacher	Leopold	1. 1. 1896	Burghas- lach	Hamburg-Bramfeld, Wohldorfer Straße 3 (geplant)
Mattersdorf	Bronislawa Luise Doro- thea	11. 2. 1899	Berlin	keine Adresse
Meier	Arthur Samuel	14. 12. 1905	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bieberstraße 9
Mendel	Berta	6. 7. 1903	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Herrengraben 37
Meyer	Adolph (genannt Adolph Theo- dor)	11. 1. 1891	Hamburg	Hamburg-St. Pauli, Clemens-Schultz-Straße 43–45
Meyer	Betty	15. 10. 1875	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Wexstraße 29

**Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden**

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>	<b>Stolperstein-Adresse</b>
Meyer	Henriette Jetta	20. 3. 1906	Hildesheim	Hamburg-Hoheluft-West, Wrangelstraße 65
Meyer	Thorwald	24. 10. 1919	Hamburg	Hamburg-Altona-Altstadt, Breite Straße 56
Michael	Karl Friedrich	24. 7. 1910	Mannheim	keine Adresse
Michelson	Lili	10. 11. 1900	Hamburg	Hamburg-Eilbek, von-Essen-Straße 5 (geplant)
Moses	Martin	9. 7. 1891	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 38 (geplant)
Müller	Anton	1. 7. 1908	Wiesbaden	Hamburg-St. Pauli, Otzenstraße 3 (geplant)
Müller	Carl Hertz	11. 8. 1891	Hamburg	Hamburg-Ohlsdorf, Fuhlsbüttler Straße 605 (geplant)
Nehemias	Julius	24. 1. 1895	Hamburg	Hamburg-Winterhude, Dorotheenstraße 59 (geplant)
Neukorn	Esther	16. 3. 1886	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Herrengaben 4
Neumann	Rosa	23. 12. 1903	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Wexstraße 4, vor dem Parkplatz/Axel-Springer- Platz
Neumark	Edgar	1. 9. 1886	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 21–23
Neumark	Karl-Heinz	15. 4. 1913	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 21–23
Neumark	Richard	1. 8. 1918	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 21–23
Nürnberg	Bertha	24. 10. 1874	Oberwald- behungen	Hamburg-Rotherbaum, Grindelhof 83 (geplant)
Pincus	Gertha	5. 1. 1872	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 16 (geplant)
Posner	Margot Bertha	11. 10. 1920	Hamburg	Hamburg-Harvestehude, Hansastraße 28
Pumpianski	Gerda	22. 10. 1921	Königsberg	Hamburg-Rotherbaum, Schröderstiftstraße 30 (geplant)

**Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden**

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>	<b>Stolperstein-Adresse</b>
Rehfeldt	Rosa	9. 12. 1870	Hamburg	Hamburg-Harvestehude, Grindelberg 5-7 (geplant)
Reichenbach	Anna	25. 4. 1868	Hamburg	Hamburg-Neustadt, ABC-Straße 2
Reiss	Bernhard	31. 10. 1871	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Krayenkamp – vor dem Park (geplant)
Rosenblum	Ella Esther	14. 9. 1882	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Durchschnitt 8 (geplant)
Rothschild	Lucie	18. 9. 1907	Berlin	keine Adresse
Saldorf	Helena	30. 8. 1858	Hamburg	Hamburg-Altstadt, Deichstraße 29
Seligsohn	Hermann	8. 12. 1922	Hamburg	Hamburg-Altstadt, Cremon 3, vor dem Neptunhaus (geplant)
Silberberg	Dorothea Dorothy	7. 11. 1883	Grätz	keine Adresse
Simon	Gottfried	12. 12. 1885	Mannheim	keine Adresse
Sommer	Louis	20. 8. 1877	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelhof, links von Hausnr. 12 (ehemals Hausnummer 14 B, Haus 16)
Stein	Arnold Abraham	7. 11. 1923	Hamburg	Lübeck, Triftstraße 139–143, Hamburg-Harvestehude, Hansastraße 21 (geplant)
Stein	Erich Elieser	3. 9. 1927	Hamburg	Lübeck, Triftstraße 139–143, Hamburg-Harvestehude, Hansastraße 21 (geplant)
Steinhart	Sonja	20. 7. 1923	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Sandweg 42 (geplant)
Süsser	Willy (Wilhelm)	6. 11. 1892	Frankfurt a. M.	keine Adresse
Sussmann	Franziska	8. 7. 1881	Moisling	Lübeck, St. Annen-Straße 7
Toeplitz	Jerubaal	16. 3. 1921	Hamburg	Hamburg-Hammerbrook, Hammerbrookstraße 90 (geplant)
Valk	Leopold	21. 2. 1884	Lübeck	Hamburg-Harvestehude, Isestraße 9
Victor	Regine	2. 10. 1880	Altona	Hamburg-Ottensen, Große Elbstraße 7 (geplant)

**Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden**

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Geburtsort</b>	<b>Stolperstein-Adresse</b>
Victor	Sally	11. 5. 1889	Hamburg	Hamburg-Altona-Altstadt, Carsten-Rehder-Straße 50 (geplant)
Vogel	Louis	26. 3. 1892	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Osterstraße 85
Wallschütz	Czilli	29. 3. 1875	Kaschau	Hamburg-Altstadt, Raboisen 83 (geplant)
Warburg	Emma Maria Amalie	6. 9. 1896	Altona	Hamburg-Alttona-Altstadt, Palmaille 108
Wechsler	Sonia (Sophie)	15. 7. 1886	Nowoalek- sandrowsk	Hamburg-Eimsbüttel, Hohe Weide 74
Wehl	Line (Lina)	24. 9. 1876	Lübeck	Hamburg-Rotherbaum, Grindelberg 45
Weil	Erich	25. 4. 1922	Hamburg	Lübeck, Triftstraße 139–143
Weimann	Anna Luise/ Louise Hed- wig	19. 11. 1869	unbekannt	keine Adresse
Weinberg	Salo	27. 2. 1870	Lublin	keine Adresse
Wiesner	Gerda Regina Ruth	6. 3. 1923	Kiel	Kiel, Lerchenstraße 18
Zachmann	Ilse Herta	22. 5. 1887	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Böttgerstraße 14
Zinner	Ida	29. 10. 1906	Hamburg	Hamburg-Barmbek-Nord, Stockhausenstraße 11 (geplant)
Zucker	Max	18. 8. 1891	Berlin	Hamburg-Eimsbüttel, Schwenckestraße 3 (geplant)
Zuckermann	Mathilde	25. 4. 1905	Tereblestie	Hamburg-Neustadt, Poolstraße 12 (geplant)



**Abgang**

Entlassen bzw. Verlegung			Gestorben			Beurlaubt		
Wfren-Nr.	Namen	Abfahrts bezw. Zions	Wfren-Nr.	Namen	Abfahrts	Wfren-Nr.	Namen	Abfahrts
21285	Wassermann, Olga	Stige-Bl.						
21029	Wachler, Gertrud	Stige-Bl.						
13080	Wassmann, Anna	Stige-Bl.						
21155	Wachler, Gertrud	Stige-Bl.						
21898	Wachler, Alice	Stige-Bl.	27729	Wachler, Alice	Stige-Bl.			
17486	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27741	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
19191	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27742	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
12981	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27743	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
14777	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27744	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
12990	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27745	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
105474	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27746	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
12570	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27747	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
16718	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27748	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
16814	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27749	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
18910	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27750	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
18931	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27751	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
19381	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27752	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
21722	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27753	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
20729	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27754	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
21214	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27755	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
21713	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27756	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
21716	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27757	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
23065	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27758	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
23270	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27759	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
23579	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27760	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
23595	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27761	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
23597	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27762	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
24614	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27763	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
24753	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27764	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
24761	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27765	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
24785	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27766	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
24816	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27767	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
24952	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27768	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
25248	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27769	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
25379	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27770	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
25498	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27771	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
25804	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27772	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
26133	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27773	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
26299	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27774	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
26251	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27775	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
26541	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27776	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			
27001	Waldorf, Helene	Stige-Bl.	27777	Waldorf, Helene	Stige-Bl.			

StH und Abgangliste

Liste der am 23. September 1940 nach Brandenburg abtransportierten Frauen (Auszug aus dem Aufnahme-/Entlassungsbuch der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg Langenhorn)

StH

## **Glossar**

### **„Arisierung“**

Unter „Arisierung“ wird in der Regel die Entfernung der Juden aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben und der damit erzwungene Transfer ihres Vermögens von Juden auf Nichtjuden verstanden. Aus wirtschaftlichen Gründen – Hamburg war Notstandsgebiet – forcierte die Stadt Hamburg diesen Prozess bis 1938 noch nicht so stark. Nach dem Novemberpogrom vom 9./10. November 1938 kam es jedoch zu einem „Bereicherungswetlauf“ (Frank Bajohr). Bis 1939 wurden in Hamburg 1500 jüdische Unternehmen zwangsweise liquidiert oder weit unter dem marktüblichen Preis an nichtjüdische Erwerber verkauft. Den jüdischen Besitzern wurde zumeist nur ein Teil des Wertes vergütet; insbesondere der „goodwill“, der immaterielle Wert einer eingeführten Firma, ihr Kundenstamm, das Ansehen, die Verbindungen usw. wurde nach 1935 nicht mehr angerechnet. Außerdem wechselten Hunderte von Immobilien den Besitzer oder wurden unter Zwangsverwaltung gestellt. Im weiteren Sinne „arisiert“ wurde auch das private Vermögen über Steuern und Zwangsabgaben. Schließlich griff der NS-Staat auch auf das zurückgelassene Vermögen emigrierter und deportierter Juden zu, das er zugunsten des Deutschen Reiches einzog.

### **Auschwitz (Konzentrations- und Vernichtungslager)**

Das Lager Auschwitz wurde am Rand der polnischen Stadt Oświęcim gebaut und umfasste ein Gebiet von ca. 40 Quadratkilometern. Es bestand aus drei Teilen: dem Stammlager (Auschwitz I), Auschwitz-Birkenau, dem späteren Vernichtungslager (Auschwitz II) und dem Zwangsarbeiterlager Monowitz (Auschwitz III), dem Buna Monowitz und 45 weitere Lager angegliedert wurden. In Auschwitz I wurden zunächst einheimische Juden und politische polnische Häftlinge interniert, später kam eine Frauenabteilung hinzu, die jedoch nach Auschwitz II überführt wurde. In Auschwitz II befanden sich die meisten Häftlinge, vor allem Juden, eine Zeitlang auch die Familienlager für „Zigeuner“ und für tschechische Juden. Ab Herbst 1941 wurde dort mit dem Gas Zyklon B experimentiert und ab März 1942 mit der industriellen Ermordung der Juden begonnen. In den vier Gaskammern wurden bis November 1944 zwischen 1 und 1,5 Millionen Juden getötet. Hamburg verließen zwei Transporte mit Ziel Auschwitz: am 11. Juli 1942 mit 300 Personen, am 12. Februar 1943 mit 24 Personen, die über das zentrale Berliner Sammellager dorthin deportiert wurden. Weitere Hamburger Juden gelangten aus den Gettos dorthin. In Auschwitz III schufteten die Häftlinge bei den Buna-Werken (synthetisches Gummi), den IG Farben oder den Oberschlesischen Hydrierwerken. Wurden sie arbeitsunfähig, wurden sie nach Birkenau überstellt und ermordet.

## **Auswanderung**

Zwischen 1933 und 1941 emigrierten mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden 525 000 Jüdinnen und Juden, aus Hamburg zwischen 10 000 und 12 000. Sie verließen Deutschland in mehreren Wellen: Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme, nach Verabschiedung der Nürnberger Gesetze und nach dem Novemberpogrom 1938. Zwischen 1933 und 1935 war die Auswanderung noch vergleichsweise ohne große Vermögensverluste möglich; ab 1935 wurden Steuern und Abgaben erhöht, ab 1938 erschwerte es eine Vielzahl von Bestimmungen, überhaupt das Land zu verlassen. Auswanderer durften gerade 10 RM mitnehmen. Wer auswandern wollte, musste einen gültigen Reisepass und ein Visum besitzen, die „Reichsfluchtsteuer“ entrichtet haben, eine Abgabe für ins Ausland transferiertes Geld bezahlt haben (die Degeo-Abgabe, die 1934 65 % der Gesamtsumme betrug und bis September 1939 auf 96 % erhöht wurde). Sie/er musste eine Packerlaubnis besitzen, eine Umzugsliste erstellt haben, die genehmigt worden war (auf neu gekaufte Gegenstände musste eine Abgabe bis zu 300 % des Anschaffungswertes gezahlt werden), das Umzugsgut vor der Ausreise kontrollieren lassen und eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Behörde des Oberfinanzpräsidenten erhalten haben (dass alle Steuern und Abgaben entrichtet waren). Natürlich musste sie/er aus eigenen Mitteln oder mit Unterstützung einer Hilfsorganisation die Schiffs- oder Bahnfahrkarten erworben haben und etliches mehr. Wenn sich eine dieser vorgeschriebenen Formalitäten verzögerte, konnte die Ausreise oft gar nicht angetreten werden. Ein Teil der jüdischen Emigranten ging nach Palästina, das britische Mandatsgebiet war. Andere versuchten, die Einreisegenehmigung für die USA und Großbritannien zu bekommen oder flüchteten in europäische Nachbarländer, wo die deutschen Truppen sie später einholten. 1939–1941 kamen als Zielgebiete nur noch wenige südamerikanische Länder oder Shanghai in Frage, das kein Visum verlangte. Am 23. Oktober 1941, zeitgleich mit dem Beginn der Deportationen, wurde die Auswanderung verboten.

## **Chełmno, deutsch Kulmhof (Vernichtungslager)**

Dieses erste Vernichtungslager lag ca. 70 km von Łódź entfernt. Nach Schätzungen wurden hier zwischen 152.000 und 320.000 Juden ermordet, darunter die Häftlinge des Gettos „Litzmannstadt“ (Łódź). Das Lager Chełmno bestand aus zwei Teilen: 1) Im „Schloss“ wurden die Menschen aufgenommen und in Gaswagen am Ende einer Rampe ermordet. Hier lebte auch das Mordpersonal. Im Dezember 1941 „arbeiteten“ drei Gaswagen. 2) Im „Waldlager“ mussten ausgesuchte Deportierte, die später erschossen wurden, Massengräber ausheben und die Leichen begraben bzw. diese später in zwei Verbrennungsöfen verbrennen.

## **Degeo-Abgabe**

Jüdische Emigrantinnen und Emigranten mussten, wenn sie ihr Vermögen ausführen wollten, Reichsmark in Devisen tauschen. Dafür wurde eine sogenannte Degeo-Abgabe fällig,

die Teil der ökonomischen Ausplünderung der Juden war. Die Bezeichnung leitet sich vom Empfänger der Abgabe ab, der Deutschen Golddiskontbank. Die Abgabe stieg von 20 % im Jahr 1934 auf 96 % im Jahr 1939 und Folgejahre an. D. h., wer 1000 RM vom eigenen Vermögen mitnehmen wollte, musste 960 abführen und erhielt Devisen im Gegenwert von 40 RM. Auch auf Umzugsgut, das nach dem 31. Dezember 1932 erworben worden war, musste eine solche Abgabe entrichtet werden, sie betrug 100 % des Neupreises. 1940 weitete ein Erlass dies dann auf Gegenstände, die bereits früher erworben worden waren und auf andere Transaktionen aus, mit denen Auswanderer versuchten, einen Teil ihres Vermögens zu retten wie z. B. Grundstückstausch.

Die halbstaatliche Golddiskontbank, 1924 eigentlich zur Finanzierung von Exportgeschäften gegründet, veräußerte im Rahmen der Judenverfolgung in den 1930er-Jahren deren (gesperrten) Wertpapierbesitz, berechnete dafür ebenfalls eine Abgabe zugunsten des Deutschen Reichs, während der Resterlös zurück auf Sperrkonten ging, über die der Eigentümer nicht verfügen durfte. Sie finanzierte zudem die Aufrüstung und vergab Kredite an die SS, die der Höhe der jeweils abgelieferten geraubten Wertgegenstände aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern entsprachen. Ab 1945 ruhte ihr Geschäft, 1961 wurde sie aufgelöst und abgewickelt.

### **DIGH (Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburg = Jüdische Gemeinde), Jüdischer Religionsverband e. V., Bezirksstelle Nordwestdeutschland der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland**

Die Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburgs gab sich 1867 eine Toleranzverfassung: Unter dem organisatorischen Dach der Gemeinde, die für das Schul- und Erziehungswesen, das allgemeine Wohlfahrts- und Begräbniswesen verantwortlich zeichnete, existierten zwei (später drei) Kultusvereinigungen, die sich um die religiöse Betreuung kümmerten. Jeder Hamburger Jude konnte entscheiden, ob sie/er der Gemeinde und/oder einer Kultusvereinigung angehören wollte. Kultusverbände waren der orthodoxe Synagogenverband, der liberale Tempelverband und die 1894 gegründete gemäßigt-orthodoxe Neue Dammthor-Synagoge. Während der Weimarer Republik zählte die Gemeinde ca. 20 000 Mitglieder und stellte damit die viertgrößte jüdische Gemeinschaft im Deutschen Reich dar. Nur ca. 40 % der Gemeindemitglieder gehörten einem der Kultusverbände an. Außerhalb der Hamburger Stadtgrenzen hatten sich jüdische Gemeinden in Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg gebildet. Als mit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 diese Städte dem Hamburger Gebiet zugeschlagen wurden, gingen deren jüdische Gemeinden Anfang 1938 in der Hamburger auf, die sich in „Jüdischer Religionsverband“ umbenennen und später – als die jüdischen Gemeinden nur noch als Vereine existieren durften – ein „e. V.“ anhängen musste. Nach dem Novemberpogrom 1938 bestimmte die Gestapo den bisherigen Syndikus, Max Plaut, zum Alleinverantwortlichen für den Religionsverband. Die Kultusverbände mussten ihre Tätigkeit im Frühjahr 1938 beenden.

1939 zählte die jüdische Gemeinde Hamburgs nach den ersten Emigrationswellen noch 10 131 Mitglieder. Im Juli 1939 wurde per Gesetzesakt die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ gegründet, deren „Bezirksstelle Nordwestdeutschland“ Plaut nun ebenfalls leitete. Mitglied der Reichsvereinigung musste jeder Angehörige eines aufgelösten Kultusverbandes und der Gemeinde werden mit Ausnahme der in „privilegierter“ Mischehe lebenden Juden. Plauts Betreuungsgebiet umfasste über Hamburg hinaus auch große Teile des heutigen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens. Der „Jüdische Religionsverband“ blieb für die Hamburger als Abteilung innerhalb der Reichsvereinigung zuständig, bis er der Zwangsorganisation im August/November 1942 endgültig eingegliedert wurde. Im Juni 1943 löste der NS-Staat die Reichsvereinigung auf, ließ aber eine Rest-Reichsvereinigung die Angelegenheiten der Mischehen noch bis Kriegsende weiterführen. Deren Hamburger Büro wurde von dem Arzt Martin-Heinrich Corten geleitet.

### **Emigration, siehe Auswanderung**

#### **„Euthanasie“**

Die Tötung „lebensunwerten Lebens“ wurde seit Ausgang des 19. Jahrhunderts unter Raschygienikern in etlichen Ländern diskutiert. In Deutschland ermöglichten nach der NS-Machtübernahme etliche Gesetze die Erfassung und Aussonderung erbkranker, körperlich oder geistig behinderter Personen. Mit der sog. Kindereuthanasie wurden 1939 mindestens 5000 Säuglinge und Kinder ermordet. Der kurz darauffolgenden „Erwachseneneuthanasie“ („Aktion T4“, benannt nach der Adresse von deren Zentrale, der Tiergartenstraße 4 in Berlin) fielen ca. 70 000 Personen zum Opfer. Diese wurde im August 1941 nach Protesten kirchlicher Kreise offiziell eingestellt. Doch die Ermordung kranker und nicht mehr arbeitsfähiger KZ-Häftlinge lief bis Ende des Krieges als „Aktion 14f13“ in drei der Tötungsanstalten weiter (Bernburg, Sonnenstein und Hartheim). Sie betraf ca. 20 000 Häftlinge.

Ab 1943 folgte die „wilde Euthanasie“ oder „Aktion Brandt“, benannt nach Hitlers Begleitarzt. Es wurden Heil- und Pflegeanstalten geräumt und die Patienten in besonderen Anstalten konzentriert, wo sie gezielt mit überdosierten Medikamenten oder durch Unterernährung getötet wurden. Dies betraf ca. 30 000 Personen. Juden, die sich in staatlichen Heimen befanden, wurden im Rahmen der ersten beiden „Euthanasie“-Phasen mit ermordet. Jüdische Geistesranke wurden dann in einer eigenen Anstalt in Bendorf-Sayn gesammelt und den systematischen Deportationen angeschlossen.

Insgesamt sollen 300 000 nichtjüdische und jüdische Patienten aus Deutschland getötet worden sein.

#### **Fuhlsbüttel, Polizeifängnis bzw. Konzentrationslager „Kolafu“ (auch: „Kola-Fu“)**

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden 400 bis 600 politische Gegner in der Strafanstalt Fuhlsbüttel inhaftiert, mehr als 100 weitere im „wildem KZ“ Witt-

moor, das im Oktober 1933 aufgelöst wurde. Von diesem Zeitpunkt ab nutzte die Staatspolizei unter Bruno Streckenbach Gebäudeteile der Strafanstalt Fuhlsbüttel, das „Kolafu“, als Haftstätte für ca. 700 bis 800 „Schutzhäftlinge“. Unter dem Kommandanten Paul Ellerhusen und Wachmannschaftsführer Willi Dusenschön galt Fuhlsbüttel als eines der brutalsten Lager im Deutschen Reich. Nachdem Todesfälle unliebsames Aufsehen erregt hatten, wurde die Leitung ausgewechselt und das Konzentrationslager 1936 in Polizeigefängnis Fuhlsbüttel umbenannt. Es unterstand der Gestapo, die hier vor allem politische Häftlinge, Homosexuelle und Zeugen Jehovas inhaftierte. Während des Novemberpogroms 1938 sammelte sie hier einen Großteil der Juden, die in das KZ Sachsenhausen transportiert wurden. Später durchliefen auch ca. 400 Swing-Jugendliche das Polizeigefängnis. Im „Kolafu“ herrschte große Fluktuation, weil die Häftlinge in der Regel nach einiger Zeit in andere Lager verlegt wurden. Während des Zweiten Weltkrieges wies die Gestapo vermehrt in Mischehe lebende Juden, die kriminalisiert worden waren, und ausländische Zwangsarbeiter hier ein.

### **Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums**

Das am 7. April 1933 erlassene Gesetz erlaubte den nationalsozialistischen Machthabern, politisch missliebige oder „nichtarische“ Staatsdiener zu entlassen bzw. in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie vor August 1914 bereits Beamte gewesen waren. „Frontkämpfer“ blieben von der Entlassung verschont. Wer zwangsweise in den Ruhestand versetzt war, erhielt eine Pension, die später mehrfach reduziert wurde. In der Folgezeit musste jeder Beamte den „Ariernachweis“ erbringen und mit Dokumenten belegen, dass kein Jude unter den Vorfahren zu finden war. Etliche Durchführungsverordnungen weiteten das Gesetz auf Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst wie bei halböffentlichen Unternehmen aus. „Ariernachweise“ verlangten später nicht nur Arbeitgeber, Schulen und Universitäten, sondern auch Clubs oder Vereine.

### **Hachschara(h)**

Mit diesem Begriff wird die geistige und körperliche Vorbereitung auf ein Leben in Palästina bezeichnet. Die Bewegung entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts. In Deutschland strömten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme angesichts der bedrückenden Situation vor allem Jugendliche in die sog. Hachschara-Zentren. Sie lebten während dieser Zeit in Wohnheimen oder Wohngruppen und bereiteten sich in Lehrwerkstätten oder anderen Einrichtungen auf ihre Auswanderung und eine spätere landwirtschaftliche, handwerkliche oder hauswirtschaftliche Tätigkeit in Palästina (Erez Israel, das gelobte Land) vor, wo sie Kibbuzim aufbauen wollten. Dafür befassten sie sich auch intensiv mit jüdischer Geschichte und lernten Hebräisch. Die Träger dieser Ausbildung waren meist zionistische Organisationen, insbesondere der Hechaluz (dt.: Pionier). Dieser linksorientierte Verband war 1917 entstanden und hatte 1922 einen deutschen Landesverband eingerichtet.

In Hamburg bestanden Einrichtungen für die Älteren-Hachschara (über 18 Jahre) und die Jünger- und Mittleren-H. (14–17 Jahre). Junge Männer konnten auch eine Seemanns-Hachschara auf den Schiffen der Fairplay-Reederei, später auch der Bernstein- und Schindler-Reederei absolvieren. Bis 1938 hatten in Hamburg 800 Jugendliche diese Vorbereitungszeit durchlaufen. Zwischen 1938 und 1941 wurden reichsweit die meisten Hachschara-Zentren zwangsweise geschlossen, einige durften als Zwangsarbeiterlager weitergeführt werden. Der Hechaluz arbeitete von 1938 an im Rahmen des Palästina-Amtes weiter, einer Hilfsorganisation zur Auswanderung nach Palästina, die 1941 aufgelöst wurde.

## **Hechaluz, siehe Hachschara und Zionistische Bewegung**

### **„Judenhäuser“**

Das Reichsgesetz über die Mietverhältnisse mit Juden vom 30. April 1939 schaffte den Mieterschutz für Juden ab und schränkte ihr Recht auf freie Wohnungswahl erheblich ein. Damit bekamen die Behörden die Möglichkeit, Juden in bestimmten Stadtteilen zu konzentrieren. „Judenwohnungen“ galten der NSDAP-Gauleitung als Verfügungsmasse für sozialpolitische und städtebauliche Maßnahmen, später auch als Ersatzwohnraum für Bombengeschädigte. In Hamburg befahl die Gestapo Max Plaut 1941, Wohnraum freizumachen. Der Religionsverband wies die Betroffenen vor allem in Wohnstifte, Alters- und Pflegeheime ein, über die er als Gemeindeeigentum (bzw. dann Eigentum der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland) verfügen konnte. Die meisten Wohnhäuser lagen im Grindelgebiet, Eimsbüttel-Süd und Altona. Zunächst traf der Umquartierungsbefehl ungeschützte „Volljuden“, dann die in „nichtprivilegierter“ Mischehe und schließlich die in „privilegierter“ Mischehe lebenden Juden. Die schweren Luftangriffe auf Hamburg im Juli/August 1943 verstärkten die Wohnraumknappheit in Hamburg. Der Religionsverband musste weitere Zimmer für Ausgebombte freimachen. Dabei waren 600 von den 1257 noch in Hamburg befindlichen Juden selbst betroffen. Dies konnte trotz der Drohung, die Hamburger Juden ersatzweise in Baracken auf dem jüdischen Friedhof umzuquartieren, nur ansatzweise verwirklicht werden. Viele Juden lebten nur eine kurze Zeit im „Judenhaus“, bis sie den Deportationsbefehl erhielten. Der Wohnraum, der ihnen zustand, wurde immer geringer bemessen. Die „Judenhäuser“ waren gekennzeichnet und standen unter Gestapokontrolle. Aus diesem Grund entschied nach dem Krieg das Oberverwaltungsgericht Hamburg, den zwangsweisen Aufenthalt von „Sternträgern“ dort als haftgleich anzuerkennen.

### **„Judenreferat“ der Gestapo**

Das „Judenreferat“ der Hamburger Gestapo mit ihrem Leiter, dem „Judenreferenten“ Claus Götttsche, war 1938 als eigenständige Abteilung aus dem Referat „Juden, Freimaurer, Logen“ (II B) hervorgegangen. Später erhielt es die Bezeichnung IV B 4. Unter Götttsche arbeiteten

dort u. a. Fritz Beck, Walter Wohlers, Hans Stephan, Ferdinand Amberger, Walter Mecklenburg, Hermann Kühn sowie Beamte namens Götze und Hammerschlag. Die Sicherheitspolizei baute das Jüdische Gemeinschaftshaus in der Rothenbaumchaussee 38 um und quartierte hier das „Judenreferat“ ein, das zuvor in der Staatspolizeileitstelle Hamburg im Stadthaus seinen Sitz gehabt hatte. Inmitten des Grindelviertels organisierte Göttsche nun die Überwachung, Kontrolle und schließlich die Deportation der Hamburger Juden. Im Herbst 1943 kehrte er ins Stadthaus zurück und übernahm die Nachrichtenabteilung. In das ehemalige Gemeinschaftshaus zog das Ausländerreferat der Gestapo. Im Mai 1945 verübte Claus Göttsche Selbstmord, sein Untergebener Walter Mecklenburg folgte ihm 1947, während andere Gestapoleute abtauchten. Die Beamten des „Judenreferats“ wurden nie wegen ihrer Taten in Hamburg vor Gericht gestellt. Aus eingestellten Ermittlungsverfahren wird deutlich, dass sie sich nicht nur immer wieder allein und gemeinschaftlich bereichert, sondern Juden auch schikaniert, erpresst, in den Tod getrieben oder wegen geringer Vergehen auf die Deportationslisten gesetzt hatten.

### **„Judenstern“**

Die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 verpflichtete alle Juden, die älter als sechs Jahre waren, ab 19. September 1941 einen gelben „Judenstern“ sichtbar auf der linken Brustseite zu tragen. Erwerben mussten sie diesen für 10 Pf. bei der Reichsvereinigung, in Hamburg beim Jüdischen Religionsverband. Sie mussten ihn ausschneiden, säumen und fest aufnähen. Ausgenommen von der „Sternpflicht“ waren die in „privilegierten“ Mischehen lebenden Juden und die „Mischlinge ersten Grades“. Ohne „Stern“ das Haus zu verlassen oder ihn zu verdecken, zog Strafen nach sich, die oftmals zur schnelleren Deportation führten.

**Judenvermögensabgabe, siehe „Sühneleistung“**

**Jüdischer Religionsverband, siehe DIGH**

**Jungfernhof, siehe Riga**

### **Łódź, Getto (Getto „Litzmannstadt“)**

Die deutschen Besatzer benannten die polnische Stadt Łódź nach General Litzmann um, der sie im Ersten Weltkrieg erobert hatte. Sie richteten im jüdischen Armenviertel Baluty ein vier Quadratkilometer großes Getto für 164 000 einheimische Juden ein. Im Oktober und November 1941 trafen mit 20 Großtransporten ca. 20 000 deutsche, österreichische und tschechische Juden ein, darunter jene 1034 Hamburger, die den Deportationsbefehl für den 25. Oktober 1941 erhalten hatten. Weniger als 20 Hamburger sollen überlebt haben. 96 Arbeitsstätten, in denen über 90 % der Bewohner arbeiteten, dienten meist der Textil-

produktion, vor allem für die Wehrmacht. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Holzhäusern des Gettos, die weder Wasser- noch Abwasserleitungen hatten, waren menschenunwürdig, Hunger, Kälte und Seuchen forderten bereits in den ersten Monaten tausende Todesopfer (nicht nur) unter den deutschen Insassen. Zudem erwies sich das Getto als Durchgangsstation zum 70 km entfernten Vernichtungslager Kulmhof/Chełmno. Dort wurden zunächst über 4000 „Zigeuner“ und ca. 45 000 polnische Juden ermordet, bis im Mai 1942 auch ca. 10 000 Juden aus dem „Altreich“, die als nicht mehr arbeitsfähig galten, umgebracht wurden. Die verbliebenen deutschen Juden wurden bei Auflösung des Gettos im August 1944 nach Auschwitz transportiert, wo die meisten in den Gaskammern ermordet wurden. Ein kleinerer Teil wurde in Zwangsarbeiterlager verlegt.

### **Logenhaus (Provinzialloge von Niedersachsen), Moorweide 36**

Dieses Gebäude gehörte bis 1941 (und nach dem Krieg wieder) der Provinzial-Loge von Niedersachsen. Die Freimaurer-Vereinigung musste sich in der NS-Zeit auflösen und trug ab 1937 den Zusatz „in Liquidation“. Sie blieb allerdings bis 1941 als Eigentümerin des Anwesens im Grundbuch eingetragen, erst 1942 erschien dort die Stadt Hamburg. Dennoch nutzte die Gestapo das Haus von Oktober bis Dezember 1941 als Sammelstätte für die ersten vier Deportationen, durch die mehr als 3100 Hamburger Juden nach Łódź, Minsk und Riga verschleppt wurden. Dort fertigten Gestapo- und Finanzbeamte die zu Deportierenden ab, die einen Tag vor dem Transport hier erscheinen mussten. Sie und ihr Gepäck wurden kontrolliert und, nachdem sie im Logenhaus übernachtet hatten, am nächsten Tag zum Hannoverschen Bahnhof gefahren, wo sie den Zug ins Getto bzw. das Vernichtungslager bestiegen. Daran erinnert heute auch der Name des Geländes, „Platz der Deportierten“, sowie der Gedenkstein, den der Künstler Ulrich Rückriem 1982 entworfen hat.

### **Minsk, Getto**

In Minsk, der Hauptstadt Weißrusslands, richteten die deutschen Besatzer ein etwa zwei Quadratkilometer großes Getto für ca. 100 000 einheimische Juden ein. Kurz bevor der erste Transport reichsdeutscher Juden dort am 11. November 1941 eintraf, erschoss die SS ca. 12 000 Juden, um „Platz zu schaffen“ für ein Sondergetto der Juden aus dem „Altreich“. Das Sondergetto stand kaum mit dem Hauptgetto in Verbindung. Von Hamburg aus gingen zwei Deportationen in das Getto von Minsk: am 8. November 1941 mit 968 Personen, von denen 952 ermordet wurden, und 18. November 1941 mit 407 Personen, von denen 403 ermordet wurden. Die Neuankömmlinge aus dem Deutschen Reich arbeiteten für die Wehrmacht, die SS oder die Organisation Todt in Werkstätten, Lazaretts oder Außenkommandos. Fast alle, die Hunger, Kälte und Infektionskrankheiten in den folgenden ein- und einhalb Jahren überlebten, wurden in einem der Massaker am 8. Mai 1943 bzw. bei der Auflösung des Gettos am 14. September 1943 erschossen bzw. in Gaswagen ermordet. Wenige Arbeitsfähige wurden in andere Zwangsarbeits- bzw. Konzentrationslager verbracht.

### **Mischehe, „privilegierte“ und „nichtprivilegierte“**

Mit der Einführung der Zivilehe im 19. Jahrhundert konnten Juden auch nichtjüdische Partner heiraten. Anfang der 1930er-Jahre lebten ca. 35 000 Juden (d. h. hier: Mitglieder jüdischer Gemeinden) in Mischehen im Deutschen Reich, davon die Mehrzahl Paare mit jüdischen Ehemännern. Bis 1938 trafen die antijüdischen Maßnahmen diese genauso wie andere Juden. Im Dezember 1938 schuf Hitler die Kategorien der „privilegierten“ und der „nichtprivilegierten“ Mischehe, die nie gesetzlich fixiert wurden.

Als „privilegiert“ galten nun Paare, bei denen die Frau jüdisch (jetzt nicht mehr nach Mitgliedschaft in einer jüdischen Gemeinde, sondern im „rassischen“ Sinne des NS-Regimes) und der Mann nichtjüdisch war, wenn sie keine oder nichtjüdisch erzogene Kinder hatten und Paare, bei denen der Mann jüdisch und die Frau nichtjüdisch war, wenn sie nichtjüdisch erzogene Kinder hatten. Familien in diesen Konstellationen durften in der bisherigen Wohnung verbleiben, und das Vermögen konnte auf den nichtjüdischen Partner bzw. die Kinder übertragen werden. Später musste der jüdische Partner aus „privilegierten“ Mischehe keinen „Judenstern“ tragen und wurde von der Deportation (bis Jahresbeginn 1945) befreit.

Als „nichtprivilegiert“ galten Paare, wenn der Mann Jude und die Ehe kinderlos war, wenn ein Ehepartner jüdisch war und die Kinder jüdisch erzogen wurden, oder wenn der nichtjüdische Partner bei der Eheschließung zum Judentum konvertiert war. Diese Paare besaßen die o. a. Rechte nicht, bei der Auswanderung wurden sie wie Juden behandelt. Der jüdische Partner unterlag der Kennzeichnungspflicht, von der Deportation wurde er/sie „zurückgestellt“.

War eine Mischehe durch Scheidung oder Tod aufgelöst, wurde der jüdische Partner deportiert, meist nach Theresienstadt. Unabhängig vom Status der Ehe entfiel der Schutz vor Deportationen, wenn der jüdische Partner kriminalisiert wurde. Die „Schutzhäftlinge“ wurden dann nach Auschwitz deportiert. Bei Kriegsende lebten noch 12 000 Juden in Mischehe in Deutschland, davon 631 in Hamburg.

### **„Mischlinge“**

Nach den Ausführungsverordnungen der Nürnberger Gesetze galten „Halbjuden“, die nicht-jüdisch erzogen waren, als „Mischlinge ersten Grades“. Gehörten sie allerdings einer jüdischen Gemeinde an, unterlagen sie als „Geltungsjuden“ allen antijüdischen Maßnahmen. Als „Mischlinge ersten Grades“ standen sie hingegen unter Sonderrecht: Sie durften keine pädagogischen, medizinischen, juristischen, künstlerischen Berufe ergreifen und nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Dafür standen ihnen technische und kaufmännische Berufe offen. Universitäts- und Schulabschlüsse wurden ihnen erst erschwert, dann verwehrt. Der NS-Staat zog sie zunächst zur Wehrmacht ein, entließ sie dann jedoch wieder, es sei denn, sie hatten sich durch besondere Tapferkeit ausgezeichnet. „Mischlinge“ wurden nicht deportiert, es sei denn, sie saßen nach Oktober/November 1942 als Häftlinge in einem Gefängnis oder KZ ein.

Im Deutschen Reich lebten 1939 ca. 8000 „Geltungsjuden“ und ca. 64 000 „Mischlinge ersten Grades“, davon in Hamburg 4428.

In der NSDAP, insbesondere in der SS, versuchten die Rassefanatiker immer wieder, die Gleichbehandlung von „Mischlingen ersten Grades“ mit Juden einzuführen. Auf der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 und zwei folgenden „Endlösungskonferenzen“ erreichte die Gefährdung der Mischehen wie der „Mischlinge“ den Höhepunkt. Erstere sollten zwangsweise geschieden und der jüdische Partner deportiert werden, die „Mischlinge“ entweder sterilisiert oder deportiert werden. Doch eine Entscheidung wurde auf die Zeit nach dem Kriege verschoben, was ihr Leben rettete. Ab 1942 wurden die schulpflichtigen „Mischlinge ersten Grades“ von Haupt- und weiterführenden Schulen verwiesen, ab 1943/1944 die über 17-Jährigen zur Zwangsarbeit eingezogen, teils in Lagern fernab ihrer Heimatorte.

### **Novemberpogrom 1938 („Reichskristallnacht“ 9./10. November 1938)**

In der Nacht vom 9./10. November 1938 wurden in Hamburg unzählige jüdische Geschäfte, Arzt- oder Anwaltspraxen und mindestens fünf Synagogen und Betstuben demoliert. Reichsweit wurden ca. 30.000 Juden verhaftet, in Hamburg waren es zwischen 800 und 1000, die über das „Kolafu“, das Gefängnis Hütten oder kleinere Sammelstätten in das Konzentrationslager Sachsenhausen transportiert wurden. Eine nicht bekannte Zahl jüdischer Häftlinge starb während der brutalen Behandlung dort. Die meisten wurden bis August 1939 entlassen, wenn sie Auswanderungsvorbereitungen nachweisen konnten.

### **„Polen-Aktion“**

Vom 27. bis 29. Oktober 1938 wurden ca. 17 000 polnischstämmige Juden im Deutschen Reich verhaftet und an die Grenzübergänge Bentschen (Zbąszyń), Konitz (Chojnice) und Beuthen (Bytom) transportiert. Hintergrund dieser Massenabschiebung war, dass die polnische Regierung angesichts der Annexion Österreichs einen Rückstrom jüdischer Emigranten nach Polen fürchtete. Sie wollte dem zuvorkommen und hatte am 31. März 1938 verfügt, allen Polen, die länger als fünf Jahre im Ausland gelebt hatten, die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Dies verschärfte sie im Oktober noch einmal: Wer seinen Pass nicht bis 30. Oktober 1938 verlängerte (und Juden erhielten keine Verlängerung), würde staatenlos werden. Das Deutsche Reich wiederum wollte nicht Tausende verhasster „Ostjuden“, nun als Staatenlose, in seinen Grenzen wissen.

Für die Betroffenen kam die Aktion überraschend. Die ca. 1000 Hamburger unter ihnen verbrachten die letzten Stunden im Gefängnis oder einer bewachten Turnhalle. Teils betraf die Aktion ganze Familien, teils nur die Männer. Nachdem ein Teil in Polen eingereist war, sperrte dieses seine Grenze für alle, die nicht nachweisen konnten, dass Familienangehörige in Polen sie aufnehmen würden. Die noch nicht Eingereisten in Bentschen kampierten monatelang im Niemandsland, wurden in einer alten Kaserne und Ställen

untergebracht. Die letzten befanden sich im Juli 1939 noch dort, versorgt vom JOINT, einer amerikanisch-jüdischen Hilfsorganisation. Einige erhielten die Genehmigung deutscher Behörden, befristet zurückzukehren, um ihre Angelegenheiten zu regeln.

Unter den Abgeschobenen befanden sich die Eltern des jungen Juden Herschel Grynszpan, der aus Protest auf den Legationssekretär Ernst vom Rath schoss. Vom Rath starb zwei Tage später, Grynszpan wurde verhaftet, floh, wurde gefasst, kam ins KZ Sachsenhausen und wurde dann ins Zuchthaus Magdeburg verlegt, wo sich seine Spur verliert. Die Nationalsozialisten nahmen das Attentat zum Vorwand, reichsweit den Novemberpogrom zu inszenieren.

Die Abschiebung hatte nur einen Teil der zwischen 50 000 und 72 000 polnischstämmigen Juden (die Zahlen differieren in der Literatur) betroffen, die im Deutschen Reich lebten. Bei Kriegsbeginn wurden wiederum Tausende Männer verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen, wo sie massenhaft starben. Die nach Polen abgeschobenen fielen meist dort der Judenverfolgung zum Opfer, nachdem die deutschen Truppen das Land überfallen hatten.

### **„Rassenschande“**

Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15. September 1935 verbot Juden, Mischehen einzugehen und stellte außerehelichen Sexualverkehr unter Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafe. Nach Hitlers Vorgaben sollte der beteiligte Mann bestraft werden. Das Gesetz rief unzählige Denunzianten auf den Plan, tausende Verfahren wurden eingeleitet. Zwischen 1935 und 1945 wurden ca. 2000 jüdische und nichtjüdische Männer verurteilt, die Juden unter ihnen nach Strafverbüßung oftmals in „Schutzhaft“ genommen und deportiert. Eine nicht bekannte Anzahl jüdischer Frauen wurde ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslager eingeliefert und von dort – nach Oktober/November 1942 – in Vernichtungslager überstellt.

### **Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, siehe DIGH**

### **Riga, Getto**

Nachdem die deutsche Wehrmacht Riga am 1. Juli 1941 besetzt hatte, ermordete die SS Tausende lettischer Juden. Im August richteten die deutschen Besatzer im „Moskauer Viertel“ ein Getto von 9000 Quadratmetern für ca. 30 000 einheimische Juden ein. Bevor der erste reichsdeutsche Transport eintraf, wurden 27 500 Gettobewohner am „Rigaer Blutsonntag“ (30. November 1941) und am 8. Dezember 1941 erschossen, um für die Neuankömmlinge „Platz zu schaffen“.

Insgesamt 20 Transporte von deutschen, österreichischen und tschechischen Juden trafen zwischen November 1941 und Februar 1942 im Gebiet um Riga ein. Aus Hamburg wurde am 6. Dezember 1941 ein Transport mit 753 Personen (von denen 726 umkamen),

der eigentlich nach Minsk gehen sollte, dorthin geschickt. Als die Hamburger Juden, unter ihnen Oberrabbiner Joseph Carlebach, im Zielgebiet eintrafen, war die zweite Erschießungsaktion noch nicht beendet. Deshalb wurden sie in das sechs Kilometer entfernte Gut Jungfernhof gebracht. Dieses heruntergekommene Anwesen bestand aus einem Gutshaus, drei Holzscheunen, fünf kleinen Häusern und Viehställen, wo knapp 4000 Menschen (außer den Hamburgern Transporte aus Nürnberg, Stuttgart und Wien) zusammengepfercht wurden. 1700 bis 1800 von ihnen wurden im März 1942 in der „Aktion Dünamünde“ erschossen, 200 Frauen und ein Teil der übrigen wurden nach und nach in das Getto Riga eingewiesen. Ein Teil der Männer zwischen 16 und 50 Jahren wurde in das 18 km vor Riga gelegene Zwangsarbeiterlager Salaspils eingeliefert, das nur die wenigsten überlebten. Ab Sommer 1944 wurden die jüdischen Häftlinge aus dem baltischen Raum Richtung Deutschland zurückverlegt, Hauptziel war das KZ Stutthof bei Danzig. Von dort aus gelangten Frauen nach Neuengamme bei Hamburg, männliche Häftlinge nach Buchenwald, andere nach Auschwitz, Sachsenhausen, Dachau, Mauthausen, Natzweiler. Vereinzelt Häftlinge aus Riga befanden sich dann in den Kolonnen der Todesmärsche, die diese Lager im April 1945 verließen.

### „Schutzhaft“

Bereits vor 1933 konnte die Polizei eine Person, angeblich zum eigenen Schutz, für 24 Stunden festhalten. Ab 4. Februar 1933 erlaubte es eine „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“, einen Verdächtigen bis zu drei Monaten in Haft zu nehmen, zwei Wochen später entfiel diese zeitliche Begrenzung. „Schutzhaft“ wurde zu einem Instrument, das ab 1938 allein der Gestapo zur Verfügung stand, um jenseits aller Rechtswege missliebige Personen in Konzentrationslager einzuweisen und den Zeitpunkt ihrer Entlassung zu bestimmen. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme richtete sich diese Maßnahme zunächst gegen politische Gegner, später verstärkt gegen Juden, Homosexuelle, „Arbeitsbummelanten“, ausländische Zwangsarbeiter und andere. Insbesondere nach Kriegsbeginn gaben unzählige Erlasse des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin den Gestapostellen vor, bei welchen „Delikten“ sie Verhaftungen vornehmen sollten. Das Schutzhaftreferat des Reichssicherheitshauptamtes koordinierte die Maßnahmen, d. h. es genehmigte Verhaftungen und ordnete Verlegungen an.

Betrafen die „Schutzhaftsaachen“ jüdische Häftlinge, wurden sie in Eichmanns Judenreferat bearbeitet. Verhaftete ein Gestapobeamter einen Juden, kam dieser zunächst in das örtliche Polizeigefängnis oder Konzentrationslager (in Hamburg ins „Kolafu“). Dann beantragte der Stapostellenleiter in Berlin die Einweisung in eines der großen Konzentrationslager, was im Regelfall bewilligt wurde. Im November 1942 verfügte ein Erlass, die Konzentrationslager im Deutschen Reich „judenfrei“ zu machen und die dort einsitzenden Juden nach Auschwitz zu überstellen. Da zu diesem Zeitpunkt ein Großteil der deutschen Juden bereits deportiert worden war, betraf diese Bestimmung insbesondere die in Mischehen

lebenden Juden. Sie gab der Gestapo die Möglichkeit, hunderte Juden in „Schutzhaft“ zu nehmen und in die Gaskammern nach Auschwitz zu schicken. Genaue Zahlen sind nicht bekannt.

### **„Sicherungsanordnung“**

Ab Januar 1937 erhielten die Devisenstellen beim Oberfinanzpräsidenten die Befugnis, beim Verdacht von Vermögensverschiebungen die Konten der betroffenen Juden zu sperren. Verfügungen von diesen Konten durften nur mit Genehmigung des Oberfinanzpräsidenten erfolgen. Dieses Prinzip wurde später ausgeweitet. Während Steuern und Abgaben direkt abgebucht werden konnten, mussten betroffene Juden ihre regelmäßigen Kosten für den Lebensunterhalt detailliert nachweisen und sich bewilligen lassen, dass sie monatlich über diese Summe von ihrem Konto verfügen durften. Sonderausgaben wurden extra beantragt.

### **„Sühneleistung“, Judenvermögensabgabe**

Nach dem Novemberpogrom 1938 erlegte Hermann Göring den deutschen Juden eine Kollektivstrafe von 1 Milliarde Reichsmark „Sühneleistung“ für die Schäden auf. Auf der Grundlage ihrer Vermögenserklärungen wurden alle Juden, die mehr als 5000 RM besaßen, zur Zahlung in vier (später: fünf) Raten im Jahr 1939 herangezogen, sodass die tatsächlich eingezogene Summe 1,2 Milliarden RM betrug.

### **T4, siehe „Euthanasie“**

### **Theresienstadt, Getto**

Schon bei den ersten Deportationen von Oktober bis Dezember 1941 ordnete das Reichssicherheitshauptamt an, über 65-jährige oder gebrechliche Juden über 55 Jahre, solche mit Kriegsauszeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg, ausländische Juden, solche aus Mischehen oder „Halbjuden“, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer jüdischen Gemeinde als „Geltungsjuden“ behandelt wurden, zunächst zurückzustellen. Für sie sollte das eigentlich für tschechoslowakische Juden vorgesehene Getto Theresienstadt zum „Altersgetto“ erweitert werden. Später wurden dort auch Niederländer, Dänen und etliche deutsche oder österreichische Prominente eingewiesen, die unter dem Schutz hochrangiger Nationalsozialisten standen. So gelangten insgesamt ca. 141 000 Menschen in die kleine Festungsstadt, ca. 88 000 wurden in Vernichtungslager weiterdeportiert, 33 000 starben in Theresienstadt, ca. 16 800 erlebten dort die Befreiung. Unter den 50 000 deutschen Gettobewohnern befanden sich 2490 Hamburger, die mit 11 Transporten zwischen dem 15. Juli 1942 und dem 14. Februar 1945 dorthin gebracht worden waren. Die überwiegend älteren Menschen, die vor der Abreise in einem sog. Heimeinkaufsvertrag ihr restliches Vermögen für diese Unterbringung hatten abtreten müssen, starben meist schnell an Hunger, Kälte, Krankheiten

oder Seuchen. Nur für jüngere, kräftigere war die Überlebenschance hier höher als an anderen Deportationszielorten. Aus den Transporten bis 1944 überlebten ca. 220 Hamburger und von den erst zu Jahresbeginn 1945 angehenden 213 Hamburgern aus Mischehen wurden 209 befreit.

### **Treblinka, Vernichtungslager**

Zwischen Mai und Juli 1942 errichtete die SS das 400 m breite und 600 m lange Vernichtungslager in einem wenig besiedelten, dicht bewaldeten Gebiet nahe der Eisenbahnstrecke Warschau-Bialystok. In einem abgetrennten Teil lag ein Backsteingebäude mit drei Gaskammern von je 4 x 4 m Größe. Ein Dieselmotor erzeugte in einem angrenzenden Schuppen das Kohlenmonoxid, das durch Röhren in die als Duschräume getarnten Gaskammern geleitet wurde. Die Leichen wurden in zwei großen Gruben beerdigt. Insgesamt – so Schätzungen – sollen 870 000 Juden aus diversen Ländern hier ermordet worden sein, darunter 8000, die aus Theresienstadt weiterdeportiert worden waren.

### **Vermögenseinziehung**

Schon mit dem „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ und dem über die „Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ konnte das Vermögen (nicht nur) von Juden zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen werden. Mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 wurde das Verfahren vereinfacht: Lag der „gewöhnliche Aufenthalt“ eines Juden im Ausland, konnte der deutsche Staat sich sein Vermögen aneignen. Dies traf auf Emigranten wie Deportierte zu.

### **Westerbork, Durchgangslager in den besetzten Niederlanden**

Das Lager wurde 1939 von der niederländischen Regierung eingerichtet, um illegal eingewanderte jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Nach der deutschen Besetzung diente es von 1941 bis 1944 als Durchgangslager für Juden, die in den Osten deportiert werden sollten. Über Westerbork wurden ab Juli 1942 ca. 98 000 Juden nach Auschwitz, Sobibór, Theresienstadt und Bergen-Belsen transportiert, darunter auch deutsche Juden, die in die Niederlande geflüchtet waren.

### **Zionistische Bewegung**

Ziel der zionistischen Bewegung, deren deutsche Sektion (ZVfD = Zionistische Vereinigung für Deutschland) sich 1897 gründete, war die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Innerhalb der zionistischen Bewegung existierten religiöse wie säkulare Strömungen nebeneinander. Ihre Gruppierungen kandidierten für die Gremien der Jüdischen Gemeinden, und sie betrieben Kinder- und Jugendarbeit. Dazu gehörten Wander- und Turngruppen („Blau-Weiss“ und „Bar-Kochba“), literarische Vereinigungen und eine

Frauengruppe. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme erhielten die zionistischen Gruppen starken Zulauf. Sie förderten die Palästina-Emigration durch Hachschara-Zentren, Spendensammlungen und Sprachkurse. In Hamburg gehörten rd. 1000 Personen zionistischen Gruppen an. Die ZVfD wurde 1938 aufgelöst. Ihre Arbeit konnte sie aber bis 1941 fortführen, da die Emigration der deutschen Juden mit den Zielen des Nationalsozialismus übereinstimmte.



# Zeitleiste der antijüdischen Maßnahmen und Aktionen<sup>1</sup>

## **1. 4. 1933**

Boykott jüdischer Geschäfte sowie Aktionen gegen Ärzte und Anwälte.

## **7. 4. 1933**

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ermöglicht die Entlassung „nichtarischer“ Beamter.

## **1933/34**

Übernahme des „Arierparagraphen“ in Berufsvereinigungen, bei den Kammern, Turn- und Sportvereinen, der Wehrmacht, bei Studienabschlüssen etc. führt zum Ausschluss von Juden aus Berufen, Wirtschaftszweigen oder verhindert Studien- und Berufsabschlüsse.

## **15. 9. 1935**

Die Nürnberger Gesetze verbieten die Eheschließung von Jüdinnen/Juden mit nicht-jüdischen Partnern und stellen den außerehelichen Sexualverkehr zwischen Jüdinnen/Juden und nichtjüdischen Partnern unter Strafe („Rassenschande“); sie verbieten Juden die Beschäftigung von nichtjüdischen Hausgehilfinnen unter 45 Jahren und das Hissen der Reichs- und Nationalflagge. In den Ausführungsverordnungen wird Juden das Wahlrecht und die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, aberkannt. Andere Regelungen betreffen die „Mischlinge ersten und zweiten Grades“ (siehe Glossar).

## **1936/37/38**

Weiterer Ausschluss von Juden oder mit Jüdinnen/Juden Verheirateten aus Berufen, Ausbildungsgängen usw.; Erschwerung der Auswanderung durch Verschärfung der finanziellen Bestimmungen.

## **26. 4. 1938**

Juden müssen ihr Vermögen anmelden, wenn es mehr als 5000 RM beträgt.

## **Juni 1938**

Während der „Juni-Aktion“ werden reichsweit „Asoziale“ verhaftet und in Konzentrationslager gebracht, darunter mehrere tausend Juden (in Hamburg 200 von 700 Verhafteten insgesamt).

## **23. 7. 1938**

Juden müssen ab 1. Januar 1939 eine Kennkarte bei sich führen.

## **25. 7. 1938**

Jüdischen Ärzten wird die Approbation ab 30. September 1938 aberkannt; in Ausnahmefällen werden sie als „Krankenbehandler“ für jüdische Patienten zugelassen.

1 Diese Aufstellung enthält nur einen Teil der antijüdischen Maßnahmen, weitere Informationen finden Sie u. a. bei Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien, Heidelberg 1981.

## **Zeitleiste der antijüdischen Maßnahmen und Aktionen**

### **5. 10. 1938**

Einziehung der Reisepässe und Kennzeichnung mit einem „J“.

### **28. 10. 1938**

Zwischen 12 000 bis 17 000 Juden polnischer Herkunft werden über die Grenze nach Polen abgeschoben.

### **7. 11. 1938**

Der 17-jährige Herschel Grynszpan, dessen Eltern von der Abschiebung der polnischen Juden betroffen waren, schießt in Paris auf den deutschen Legationsrat Ernst vom Rath.

### **9./10. 11. 1938**

Vom Raths Tod dient der NSDAP als Vorwand, einen reichsweiten Pogrom anzuzetteln, der als „spontaner Volkszorn“ ausgegeben wird; 26 000 bis 30 000 männliche Juden werden verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen.

### **12. 11. 1938**

Göring ordnet an, die Juden müssten kollektiv eine „Sühneleistung“ von 1 Milliarde Reichsmark aufbringen. Außerdem müssen Juden alle Schäden des Pogroms selbst tragen.

### **15. 11. 1938**

Jüdische Kinder müssen jüdische Schulen besuchen.

Jüdische Geschäfte und Gewerbebetriebe müssen „arisiert“ oder geschlossen werden.

### **30. 11. 1938**

Jüdische Rechtsanwälte dürfen nicht mehr tätig sein, nur in Ausnahmefällen werden sie als „jüdische Konsulenten“ für Juden zugelassen.

### **1. 1. 1939**

Juden müssen die Zwangsnamen „Israel“ und „Sara“ führen (wenn sie nicht einen zugelassenen „jüdischen Namen“ tragen).

### **17. 1. 1939**

Jüdische Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte verlieren ihre Zulassungen.

### **30. 4. 1939**

Das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden nimmt Juden den Mieterschutz und bereitet ihre Zusammenlegung in „Judenhäusern“ vor.

### **September 1939**

Anlässlich des Kriegsbeginns wird über Juden eine nächtliche Ausgangssperre verhängt, sie müssen in besonderen Lebensmittelgeschäften einkaufen, ihre Rundfunkgeräte abgeben und Zwangsarbeit leisten; polnische Juden werden in Konzentrationslagern inhaftiert.

### **1940–Frühjahr 1941**

Erste Deportationen von Juden aus Stettin, Pommern, Baden, der Pfalz und dem annektierten Österreich.

**1. 9. 1941**

Erllass: Ab 19. 9. müssen Juden vom 6. Lebensjahr an den „Judenstern“ tragen; sie dürfen öffentliche Verkehrsmittel nicht mehr benutzen, es sei denn, sie erhalten als jüdische Zwangsarbeiter eine Genehmigung.

**Oktober 1941**

Die systematischen Deportationen aus dem „Altreich“ beginnen, gleichzeitig ergeht ein Verbot auszuwandern; Verordnung, nach der das Vermögen deportierter Juden dem Deutschen Reich verfällt; nichtjüdischen Personen, die Juden helfen, droht ein Erlass des Reichssicherheitshauptamtes „Schutzhaft“ an.

Oktober 1941–Januar 1942: Noch nicht deportierte Juden müssen weiter Zwangsarbeit leisten; sie müssen Schreibmaschinen, Fahrräder, Fotoapparate, Wollsachen, Pelze, Skier und Bergschuhe u. a. abgeben. Juden werden in „Judenhäusern“ konzentriert.

**20. 1. 1942**

Auf der Wannsee-Konferenz, die eigentlich im Dezember 1941 hätte stattfinden sollen, koordinieren die Vertreter der Reichsbehörden und der SS die Ermordung der europäischen Juden.

**13. 3. 1942**

Wohnungen von Juden müssen mit einem Stern auf weißem Papier gekennzeichnet werden.

**2. 6. 1943–April 1945**

Juden über 65 Jahre, verwitwete oder geschiedene jüdische Partner aus Mischehen, Juden, die während des Ersten Weltkrieges Auszeichnungen erhalten haben, und Prominente werden in das Konzentrationslager/Getto Theresienstadt deportiert, das sich für viele als Durchgangsstation in Vernichtungslager erweist. Tausende sterben an Hunger, Kälte und Krankheiten in Theresienstadt selbst.

**27. 2. 1943**

Beginn der „Fabrik-Aktion“, während derer ca. 11 000 jüdische Zwangsarbeiter und andere noch im „Altreich“ verbliebene Juden verhaftet und – wenn sie nicht in Mischehen lebten – deportiert werden. Nach dieser „Aktion“ befinden sich keine „Volljüdinnen/Volljuden“ mehr in Deutschland (ausgenommen Mischehepartner).

**Januar–April 1945**

Der Schutz der Mischehe entfällt: Mehr als 2000 Personen werden nach Theresienstadt deportiert, obwohl sowjetische Truppen bereits Majdanek (20. 7. 1944), Auschwitz (27. 1. 1945) und die US-Truppen Buchenwald (11. 4. 1945) befreit haben.

**8. 5. 1945**

Die deutsche Wehrmacht kapituliert.

## Zeitleiste „Euthanasie“<sup>1</sup>

Am 14. Juli 1933 wird das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ verabschiedet, das ab 1. 1. 1934 in Kraft tritt. Ohne Einwilligung der Betroffenen sollen „Schwachsinnige“, Schizophrene, Manisch-Depressive, Epileptiker, Personen, bei denen Blindheit, Taubheit, Kleinwüchsigkeit, spastische Lähmungen, Muskeldystrophie, Missbildungen an Fingern, Füßen und Hüften als erblich diagnostiziert worden sind, und Personen, denen schwerer Alkoholismus angelastet wird, von Ärzten und anderen Angehörigen medizinischer Berufe gemeldet und nach Entscheidung eines Erbgesundheitsgerichts sterilisiert werden.

### **18. 8. 1939**

Erlass zur Erfassung behinderter Kinder

### **21. 9. 1939**

Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten, die ersten Tötungen von mehreren tausend Patienten in Westpreußen

### **Oktober 1939**

Hitler unterschreibt die „Euthanasie“-Ermächtigung und datiert sie auf den Kriegsbeginn (01.09.39) zurück; die vorbereitete „Aktion T 4“ läuft an.

Oktober–Dezember 1939: Überall im Land werden Kinder und erwachsene Patienten erfasst und getötet.

### **Dezember 1939–Juni 1940**

Gaswagen werden eingesetzt, die Tötungsanstalten Brandenburg, Grafeneck, Hartheim und Sonnenstein eingerichtet.

### **Juli 1940**

Jüdische Geisteskranken werden nun gesondert gesammelt und die ersten in Brandenburg getötet; später werden jüdische Patienten in der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn konzentriert.

### **Juli/August 1940–August 1941**

Etlche Geistliche und der Mediziner Sauerbruch protestieren gegen den Krankenmord; die Bischofskonferenz verbietet den kirchlichen Mitarbeitern, aktiv beim Abtransport mitzuwirken; Kirchen verhandeln, auf welchen Personenkreis „Euthanasie“ begrenzt werden soll; parallel werden die Tötungsanstalten umorganisiert: Bernburg löst Brandenburg ab, Hadamar löst Grafeneck ab.

1 Zusammengestellt aus: Ernst Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt a. M. 1983; Henry Friedlander, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997; Klaus Böhme/Uwe Lohalm (Hrsg.), Wege in den Tod. Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus, Hamburg 1993.

**24. 8. 1941**

Offizieller Stopp der „Euthanasie“ aus außen- und innenpolitischen Gründen. Tötungen mit Gas werden beendet, doch Tötungen gehen weiter, vorzugsweise durch Überdosierungen von Medikamenten bzw. Hunger (z. B. in Tiegenhof und Meseritz-Obrawalde, insgesamt 16 000 Tote). Betroffen sind neben Behinderten aus Heil- und Pflegeanstalten auch Häftlinge aus Konzentrationslagern (Aktion „14f13“).

**November 1941–Juli 1942**

Das im massenhaften Mord geschulte Personal der Tötungsanstalten wird in die Vernichtungslager Bełżec, Sobibór oder Treblinka versetzt.

**Frühjahr–Herbst 1942**

Die jüdischen Geisteskranken aus Berlin und Bendorf-Sayn werden den systematischen Deportationen angeschlossen; alle Psychiatriepatienten müssen gemeldet werden.

**1943**

Massenverlegung Kranker in die Ostgebiete und nach Österreich zur Tötung

**27. 4. 1943**

„14f13“ wird beendet, die potenziell Betroffenen sollen stattdessen zur Arbeit eingesetzt werden; Ärzte bekommen weiter Einzelerlaubnis zur Tötung von Kranken.

**April 1944**

Zweite Phase von „14f13“ beginnt, bis März/April 1945 werden Kranke getötet.

# Rechtsvorschriften

## § 22 Hmb. Verhältnisgesetz, § 42 b Reichsstrafgesetzbuch

„Die Polizeibehörden und ihre Beamten und Angestellten sind befugt, Personen in Ver-  
wahrung zu nehmen, wenn der eigene Schutz dieser Personen oder die Aufrechterhaltung  
der öffentlichen Sicherheit und Ruhe oder die Anwendung von Gefahren für andere Perso-  
nen diese Maaßregel erforderlich macht.

[...]

Der Vorstand der betreffenden Polizeibehörde hat jedoch die in Folge dieser Bestimmungen  
in Verwahrung genommenen Personen spätestens am nächsten Werktag wieder zu entlas-  
sen, oder die nöthigen Maaßregeln zum ferneren Schutze, beziehungsweise zur Legitima-  
tion dieser Personen oder zur Ueberweisung derselben an die zuständige Behörde anzuord-  
nen.“

(Gesetz betreffend das Verhältnis der Verwaltung zur Rechtspflege, vom 23. April 1879,  
HmbGVBl., S. 116, in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1923, HmbGVBl.,  
S. 1233)

## § 42 b Reichs-Strafgesetzbuch

„Hat jemand eine mit Strafe bedrohte Handlung im Zustand der Zurechnungsunfähigkeit  
(§ 51 Abs. 1, § 58 Abs. 1) oder der verminderten Zurechnungsfähigkeit (§ 51 Abs. 2, § 58  
Abs. 2) begangen, so ordnet das Gericht seine Unterbringung in einer Heil- oder Pflegean-  
stalt an, wenn die öffentliche Sicherheit es erfordert. Dies gilt nicht bei Übertretungen.

Bei vermindert Zurechnungsfähigen tritt die Unterbringung neben die Strafe.“

(zitiert nach Reichs-Strafgesetzbuch nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung, Leipziger  
Kommentar, Berlin 1944, S. 248)

# Abkürzungen

„T4“	Kurzbezeichnung für „Euthanasie“-Aktion, benannt nach deren Zentrale in der Tiergartenstraße 4 in Berlin
AB	Adressbuch
AEBL SH	Schleswig-Holsteinisches Ärzteblatt
BArch	Bundesarchiv
Dego	Deutsche Golddiskontbank
DGPPN	Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde
ev.-luth.	Evangelisch-lutherisch
FZH/WdE	Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg/Werkstatt der Erinnerung
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GmbH/ G.m.b.H.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HAB	Hauptarchiv der v. Bodelschwingschen Stiftung Bethel
HÄB	Hamburger Ärzteblatt
HHStA Wi	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
Hmb.	Hamburgisch
HmbGVBl	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HStAD	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IMGWF	Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Universität zu Lübeck
IGdJ	Institut für die Geschichte der deutschen Juden
ITS	International Tracing Service (Internationaler Suchdienst Bad Arolsen)
Jr.	Junior
JSHD	Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg, Datenpool
k. u. k.	
Monarchie	kaiserliche und königliche Monarchie Österreich-Ungarn
KZ	Konzentrationslager
LAS	Landesarchiv Schleswig
LHAS	Landeshauptarchiv Schwerin
LWV	Landeswohlfahrtsverband Hessen
NS	Nationalsozialismus
OFD	Oberfinanzdirektion

## Abkürzungen

NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Pat.	Patient/Patientin
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RMI	Reichsministerium des Innern (Reichsinnenministerium)
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
Sen.	Senior
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sr.	Schwester
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
Sta.	Standesamt
StaH	Staatsarchiv Hamburg
Tbc	Tuberkulose
UKE	Universitäts-Klinikum Hamburg- Eppendorf
UKE/	
IGEM	Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, Hamburg
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
YV	Yad Vashem
ZHG	Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Nummerierung häufig genutzter Quellen

- 1 Staatsarchiv Hamburg, 522-1, Jüdische Gemeinden, 992b Kultussteuerkartei der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg
- 2 Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Akten des Oberfinanzpräsidenten
- 3 Institut Theresienstädter Initiative/Nationalarchiv Prag, Jüdische Matrikel, Todesfallanzeigen
- 4 Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus. Gedenkbuch, Veröffentlichung aus dem Staatsarchiv Hamburg, Band XV, bearbeitet von Jürgen Sielemann unter Mitarbeit von Paul Flamme, Hamburg 1995
- 5 Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, Bd. I-IV, herausgegeben vom Bundesarchiv Koblenz, Koblenz 2006
- 6 Wolfgang Scheffler/Diana Schulle (Hrsg.), Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, Bd. 1 und Bd. 2, München 2003
- 7 Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945, Prag 2000
- 8 Yad Vashem, The Central Database of Shoa Victims` Names: [www.yadvashem.org](http://www.yadvashem.org)
- 9 Bundesarchiv Berlin, R 1509 Reichssippenamt, Ergänzungskarten der Volkszählung vom 17. Mai 1939

## Archive, Bestände, Sammlungen

Amtsgericht Lübeck

Arbeitsgemeinschaft Heimatgeschichte Allendorf an der Lumda,

Archiv der Hansestadt Lübeck

Archiv Gedenkstätte Sachsenhausen

Archiv Vorwerker Diakonie Lübeck

Archives nationales de Luxembourg

Archiwum Narodowe w Krakowie

Archiwum Państwowe w Łodzi

Archiwum Państwowe w Przemyślu

## Quellen- und Literaturverzeichnis

Archiwum Państwowe w Szczecinie  
Archiwum Państwowe w w Poznaniu  
Badische Landesbibliothek,  
Brandenburgisches Landeshauptarchiv  
Bundesarchiv (ehem. BDC)  
Bundesarchiv Berlin  
Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg  
Bürgermeisteramt Eichstätten, Archiv  
Central Archives of Historical Records, Warschau wegen: Archiwum Główne Akt Dawnych  
Dokumentationszentrum Kazerne Dossin, Mechelen, Belgien  
Dr. Senckenbergisches Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, Frankfurt, Archiv  
Einwohneramt Essen  
Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv  
Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg,  
Datenpool (Erich Koch) (JSHD)  
Gemeinde Prinzenmoor, Archiv  
Gemeinde Friedrichsfeld  
Hansestadt Lübeck, Archiv  
Hauptarchiv der v. Bodelschwingschen Stiftung Bethel (HAB)  
Haus der Essener Geschichte/ Stadtarchiv  
Hessisches Hauptstaatsarchiv Hessen  
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
Institut für Geschichte und Ethik der Medizin (UKE/IGEM) Hamburg, Archiv  
Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Universität zu Lübeck  
(IMGWF)  
Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M.  
International Tracing Service (ITS), Arolsen  
Israelitische Kultusgemeinde (IKG) Wien, Matrikenamt  
Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig  
Joods Monument  
Kamp Westerbork, Archiv  
Kreisarchiv Nordhausen  
Kulturamt Freiburg i. Br., Abteilung Stadtarchiv  
Landesarchiv Baden-Württemberg  
Landesarchiv Berlin  
Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Ostwestfalen-Lippe  
Landesarchiv Saarbrücken  
Landesarchiv Schleswig

Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz  
Landeshauptarchiv Schwerin  
Landesverein für Innere Mission Rickling, Archiv  
Landkreis Holzminden, Innerer Service  
LWV-Archiv, Landeswohlfahrtsverband Hessen, Archiv  
Markt Burghaslach, Gemeindeamt  
Marktarchiv Pries am See  
Museen für Kunst und Kulturgeschichte der Hansestadt Lübeck, Fotoarchiv  
Nationalarchiv Luxemburg  
Niedersächsisches Landesarchiv, Bückeburg  
Niedersächsisches Landesarchiv, Hannover  
Privatpflegeheim Ülsby, Archiv  
Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig  
Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Schleswig  
Staatsarchiv Bremen  
Staatsarchiv Wien  
Staatsarchiv Würzburg  
Stadt Mannheim, Standesamt  
Stadt Schotten, Archiv  
Stadt Thale, Stadtarchiv  
Stadtarchiv „Heinrich Benox“, Güstrow  
Stadtarchiv Allendorf a. d. Lumda  
Stadtarchiv Bad Homburg  
Stadtarchiv Bühl/Baden  
Stadtarchiv Emmerich a. Rh.  
Stadtarchiv Gera  
Stadtarchiv Gütersloh  
Stadtarchiv Halberstadt  
Stadtarchiv Hannover  
Stadtarchiv Hildesheim  
Stadtarchiv Leipzig  
Stadtarchiv Luxemburg  
Stadtarchiv Mainz  
Stadtarchiv Mannheim  
Stadtarchiv Mühlhausen  
Stadtarchiv Norderstedt  
Stadtarchiv Pinneberg  
Stadtarchiv Preetz  
Stadtarchiv Saarbrücken

## **Quellen- und Literaturverzeichnis**

Stadtarchiv Salzwedel  
Stadtarchiv Speyer  
Stadtarchiv Stuttgart  
Stadtarchiv Volkmarshausen  
Stadtarchiv Wedel  
Stadtarchiv Weimar  
Stadtarchiv Wuppertal  
Stadtverwaltung Elsdorf, Archiv  
Standesamt Abterode, jetzt Meißner  
Standesamt Berlin-Charlottenburg  
Standesamt Berlin-Schöneberg  
Standesamt Bleicherode  
Standesamt Eggesin  
Standesamt Halle a. d. Saale  
Standesamt Hamburg-Eimsbüttel  
Standesamt Hamburg-Harburg  
Standesamt Hamburg-Nord  
Standesamt Kirchhain, 35268 Kirchhain  
Standesamt Mannheim  
Standesamt Markt Großostheim/Pflaumheim  
Standesamt Meißner wegen Standesamt Abterode  
Standesamt Prien am Chiemsee  
Standesamt Saarbrücken  
Standesamt Sonneberg  
Standesamt Thale  
Standesamt Wiesbaden  
The Central Archives for History of Jewish People, Jerusalem/Israel  
Vorwerker Diakonie Lübeck, Archiv  
Yad Vashem, The World Holocaust Remembrance Center, Jerusalem/Israel

## **Staatsarchiv Hamburg (nach Bestandsnummern)**

133-1 Staatsarchiv  
135-1 Staatliche Pressestelle  
213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht – Strafsachen –  
213-13 Landgericht Hamburg – Wiedergutmachung  
214-1 Gerichtsvollzieherwesen  
224-2 Erbgesundheitsgericht

- 231-3 Handelsregister
- 231-7 Amtsgericht Hamburg – Handels und Genossenschaftsregister
- 232-1 Vormundschaftsbehörde
- 232-5 Amtsgericht Hamburg – Vormundschaftswesen
- 311-3 Finanzbehörde
- 314-15 Oberfinanzpräsident
- 332-3 Zivilstandsaufsicht
- 332-5 Standesämter
- 332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht
- 332-8 Meldewesen
- 351-10 I Sozialbehörde I
- 351-11 Amt für Wiedergutmachung
- 351-14 Arbeits- und Sozialbehörde – Sonderakten
- 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn
- 371-19 Behörde für Wirtschaft und Verkehr (Wirtschaftsbehörde)
- 424-111 Amtsgericht Altona
- 522-1 Jüdische Gemeinden
- 720-1 Plankammer
- 731-1 Schriftgut
- 731-8 Zeitungsauschnittsammlung

### Internetquellen

Adressbücher von Berlin: <https://www.zlb.de/besondere-angebote/berliner-adressbuecher>

Adressbücher von Hamburg, Altona und Bergedorf:

<http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh-adress/digbib/start>

Alemannia Judaica. Arbeitsgemeinschaft für die Erforschung der Geschichte der Juden im süddeutschen und angrenzenden Raum: [www.alemannia-judaica.de](http://www.alemannia-judaica.de)

Ancestry, Ahnenforschung, Stammbaum und Familienforschung: [www.ancestry.de](http://www.ancestry.de)

Anna-Warburg-Schule Hamburg: <http://www.anna-warburg-schule.de>

AWMF online, Das Portal der wissenschaftlichen Medizin: [www.awmf.org](http://www.awmf.org)

Beckmann & Jörgensen GmbH: [www.bj-logistic.de](http://www.bj-logistic.de)

Bundesarchiv Koblenz. Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945:

<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/bibliography.html>

Das Jüdische Hamburg: [www.dasjuedischehamburg.de/inhalt/nordheim-marcus](http://www.dasjuedischehamburg.de/inhalt/nordheim-marcus)

Datenbank der Holocaust Opfer/Databáze dokument Holocaust:

<http://www.holocaust.cz>

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Deutsche Digitale Bibliothek: [www.deutsche-digitale-bibliothek.de](http://www.deutsche-digitale-bibliothek.de)  
Digitaal Monument Joodse Gemeenschap in Nederland: [www.joodsmonument.nl](http://www.joodsmonument.nl)  
Ev.-luth. Kirchengemeine St. Georg-Borgfelde: [www.stgeorg-borgfelde.de](http://www.stgeorg-borgfelde.de)  
Geni: [www.geni.com](http://www.geni.com)  
Hamburger Passagierlisten:  
[www.european-emigration.com/de/hamburger-passagierlisten.html](http://www.european-emigration.com/de/hamburger-passagierlisten.html)  
International Tracing Service Arglosen: <https://www.its-arolsen.org>  
Jewish Gen. An affiliate of the Museum of Jewish Heritage: <http://www.jewishgen.org>  
Jüdischer Friedhof Altona: [www.juedischer-friedhof-altona.de](http://www.juedischer-friedhof-altona.de)  
Jüdischer Friedhof Ohlsdorf: [www.jfhh.org](http://www.jfhh.org)  
Kreisadressbuch Arnswalder: [www.genealogienetz.de](http://www.genealogienetz.de)  
Landesverein für Innere Mission Schleswig-Holstein: [www.landesverein.de](http://www.landesverein.de)  
Lausitzer Rundschau: <http://www.lr-online.de>  
Medaon, Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung: [www.medaon.de](http://www.medaon.de)  
Mental home Chelm: <http://www.deathcamps.org/euthanasia/chelm.html>  
Stadt Kiel: [www.kiel.de](http://www.kiel.de)  
Stadt Wien Geschichte: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)  
Stadt Wien, Wiener Wohnen: [www.wienerwohnen.at](http://www.wienerwohnen.at)  
Stolpersteine Hamburg: [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)  
Stolpersteininitiative Lübeck: [www.stolpersteine-luebeck.de](http://www.stolpersteine-luebeck.de)  
The central database of shoa's victims' names:  
<http://yvng.yadvashem.org/index.html?language=en>  
Tracing the past: <https://www.tracingthepast.org/index.php/en/>

## Literatur

- Albatros e.V. (Hrsg.), In den Tod geschickt. Krankentötung und Hirnforschung aus Bucher Perspektive, Berlin 2005.  
Aly, Götz (Hrsg.), Aktion T4 1939–1945. Die „Euthanasie“-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin 1989.  
– Warum die Deutschen? Warum die Juden?, Frankfurt a. M. 2011.  
Architekten- und Ingenieur-Verein Hamburg e.V. (Hrsg.), Hamburg und seine Bauten 1914–1918, Bd. 1., Hamburg 1918.  
Bajohr, Frank, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–45, Hamburg 1997.  
– Hanseat und Grenzgänger. Erik Blumenfeld, Hamburg 2010.  
Bake, Rita, Ein Gedächtnis der Stadt. Frauenbiographien von A–Z, Hamburg 2015.

- Ein Gedächtnis der Stadt. Nach Frauen und Männern benannte Straßen, Plätze, Brücken in Hamburg, Hamburg 2015.
- Baumbach, Sybille/Lohmeyer, Susanne/Louven, Astrid/Meyer, Beate/Salomon, Sielke/Wienrich, Dagmar, „Wo Wurzeln waren ...“. Juden in Hamburg-Eimsbüttel 1933 bis 1945, Hamburg 1993.
- Baumgarten, Steffen, Die Entstehung des Unehelichenrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch, Köln 2007.
- Beddies, Thomas (Hrsg.), Im Gedenken der Kinder. Die Kinderärzte und die Verbrechen an Kindern in der NS-Zeit, Berlin 2012.
- /Hübener, Kristina, Dokumente zur Psychiatrie im Nationalsozialismus, Berlin-Brandenburg 2003.
- Behm, Britta L./Heinrichs, Gesa/Tiedemann, Holger (Hrsg.), Das Geschlecht der Bildung. Die Bildung der Geschlechter, Opladen 1999.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.), Lexikon des Holocaust, München 2002.
- /Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997.
- Berghofer, Georg, Die Anderen. Das fränkische Georgensgmünd und seine Juden vor und während des Dritten Reiches, Treuchtlingen 2013.
- Bertram, Ellen, Menschen ohne Grabstein. Die aus Leipzig deportierten und ermordeten Juden, Leipzig 2001.
- Bertram, Wolfgang, Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration, München 1991.
- Bettin, Cristina M., Italian Jews from Emancipation to the Racial Laws, New York 2010.
- Beyer, Christof, Von der Kreis-Irrenanstalt zum Pfalzkrankenhaus. Eine Geschichte der Psychiatrie in Klingenmünster, Kaiserslautern 2009.
- Blasius, Dirk, „Einfache Seelenstörung“. Geschichte der deutschen Psychiatrie 1800–1945, Frankfurt a. M. 1994.
- Böhme, Klaus (Hrsg.), 1893–1993. 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll, Hamburg 1993.
- Böhme, Klaus/Lohalm, Uwe (Hrsg.), Wege in den Tod. Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus, Hamburg 1993.
- Braß, Christoph, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Saarland 1935–1945, Paderborn 2004.
- Bresler, Johannes, Deutsche Heil- und Pflegeanstalten für Psychischkranke in Wort und Bild, Bd. II, Halle a. S., 1912.
- Broke, Michael/Pelzer, Cläre/Schüürmann, Herbert, Juden in Emmerich, Emmerich 1993.
- Browning, Christopher, Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2003.
- Bruno, Johannes, Schicksale Speyerer Juden 1800 bis 1980, Speyer 2000.

- Das Buch der alten Firmen der Freien und Hansestadt Hamburg, Leipzig ca. 1928.
- Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e. V. (Hrsg.), Erbgesundheitsgeschichte. Dokumentation, Göttingen 1997.
- Bundesarchiv (Hrsg.), Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, Bd. I–IV, Koblenz 2006.
- Burlon, Marc, „Ein erlaubter nützlicher Akt ...“, in: Lutz Kaelber/Raimond Reiter (Hrsg.), Kindermord und „Kinderfachabteilungen“ im Nationalsozialismus. Gedenken und Forschung, Frankfurt a. M. u. a. 2011, S. 67-76.
- /Zeidmann, Lawrence A., „Euthanasie“ an Kindern in Hamburg. Das „Reichsausschuss“-Verfahren. Von der Meldung zum Hirnpräparat, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), „Euthanasie“-Verbrechen. Forschungen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 17), Bremen 2016, S. 27–40.
- Bussche, Hendrik van den (Hrsg.), Die Hamburger Universitätsmedizin im Nationalsozialismus, Forschung – Lehre – Krankenversorgung, Berlin, Hamburg 2014.
- (Hrsg.), Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät, Berlin/Hamburg 1989.
- Delius, Peter, Das Ende von Strecknitz. Die Lübecker Heilanstalt und ihre Auflösung 1941, Kiel 1988.
- Denig, Wilhelm/Huttenbach, Henry R. (Hrsg.), Dokumente des Gedenkens. Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945. Die Allgemeinen Krankenhäuser und Irrenanstalten der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1901.
- Diercks, Herbert/Ley, Astrid, Ermordet im Rahmen der „Aktion 14f13“. Julius Bass, Nestor Beaufort, Ernst Kernig, Mary Pünjer und Johanna Töpfer, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), „Euthanasie“-Verbrechen. Forschungen zur Geschichte der nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 17), Bremen 2016, S. 133–149.
- Ebbinghaus, Angelika/Dörner, Klaus (Hrsg.), Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen, Berlin 2001.
- /Kaupen-Haas, Heidrun/Roth, Karl Heinz, Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg, Hamburg 1984.
- /Linne, Karsten (Hrsg.), Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 1997.
- Eberhard Jäckel (Hrsg.), Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 2, Berlin 1993.

- Elkin, Rivka, Das Jüdischen Krankenhaus in Berlin zwischen 1938 und 1945, Berlin 1993.
- Endlich, Stefanie/Falkenstein, Sigrid/Lieser, Helga/Sroka, Ralf, Tiergartenstraße 4. Geschichte eines schwierigen Ortes, Berlin 2014.
- Enzensberger, Hans Magnus (Hrsg.)/Bischoff, Ulrike (Übers.), Omgus. Ermittlungen gegen die Dresdner Bank 1946, Frankfurt 1986.
- Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk, 50 Jahre Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk (Festschrift), Lübeck 1956.
- Faludi, Christian, Die Juni-Aktion 1938, Frankfurt a. M. 2013.
- Faulstich, Heinz, Die Zahl der „Euthanasie“-Opfer, in: Andreas Frewer/Clemens Eickhoff (Hrsg.), „Euthanasie“ und die aktuelle Sterbehilfe-Debatte. Die historischen Hintergründe medizinischer Ethik, Frankfurt a. M. 2000, S. 218–236.
- Hungersterben in der Psychiatrie 1914–1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie, Freiburg i. Br. 1998.
  - Zwischen Staatsanstalt und Lokalversorgung. Zur Unterbringung der Konstanzer Geisteskranken im 19. Jahrhundert, Konstanz 2007.
- Feuchert, Sascha/Leibfried, Erwin/Riecke, Jörg, Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, 1942, Göttingen 2007.
- Fleischmann, Johann, Burghaslach 1828–1834. Baruch Elias Rosenthal und sein Ärger mit zahlungsunwilligen Kultusmitgliedern, in: Mesusa 4 (2004), S. 90–68.
- Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Burghaslach, in: Mesusa 4 (2004), S. 109–113.
- Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Hamburg im „Dritten Reich“, 2. Aufl., Göttingen 2008.
- Foth, Thomas, Caring and Killing. Nursing und Psychiatric Practice in Germany 1931–1943, Osnabrück 2013.
- Freier, T., Jüdische Bevölkerung und Judendeportationen in den Statistiken der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 2012.
- Freitag, Werner (Hrsg.), Geschichte der Stadt Gütersloh, Bielefeld 2003.
- Friedlander, Henry, Der Weg zum Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997.
- The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to the Final Solution, Chapel Hill/London 1995.
- Fuchs, Petra/Rotzoll, Maike/Müller, Uwe/Richter, Paul/Hohendorf, Gerriet (Hrsg.), „Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“. Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“, Göttingen 2014.
- George, Uta/Göbel, Susanne/Göthling, Stefan/Ley, Astrid (Hrsg.), Die Tötungs-Anstalt Brandenburg 1940. Behinderte Menschen wurden ermordet, Texte in leichter Sprache, Berlin 2012.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Gesundheitsbehörde Hamburg (Hrsg.), Hygiene und soziale Hygiene in Hamburg, Hamburg 1928.
- Gillis-Carlebach, Miriam (Hrsg.), Memorbuch zum Gedenken an die jüdischen in der Schoa umgekommenen Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen, Hamburg 1996.
- Goldberg, Bettina, Abseits der Metropolen. Die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein, Neumünster 2011.
- Goral-Sternheim, Arie, Im Schatten der Synagoge, Hamburg 1994.
- Gottwaldt, Alfred/Schulle, Diana, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945, Wiesbaden 2005.
- Groß, Dominik, Beiträge zur Geschichte und Ethik der Zahnheilkunde, Würzburg 2006.
- Günther, Barbara/Markert, Margret/Meyer, Hans-Joachim/Möller, Klaus, Stolpersteine in Hamburg-Harburg und Hamburg-Wilhelmsburg, Hamburg 2012.
- Guth, Karin, Bornstraße 22. Ein Erinnerungsbuch, Hamburg 2001.
- Guttkuhn, Peter, Kleine deutsch-jüdische Geschichte in Lübeck. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Lübeck 2004.
- Haack, Kathleen/Kasten, Bernd/Pink, Jörg, Die Heil- und Pflegeanstalt Sachsenberg-Lewenberg 1939–1945, Schwerin 2016.
- Hamm, Margret, Lebensunwert zerstörte Leben. Zwangssterilisation und „Euthanasie“, Frankfurt a. M. 2008.
- Hanko G., Die Judenfrage in den Heil- und Pflegeanstalten, in: Walter Wuttke-Groneberg (Hrsg.), Medizin im Nationalsozialismus. Ein Arbeitsbuch, 2. Auflage, Rottenburg 1982, S. 21.
- Hecht, Ingeborg, „Ich bin doch geborener Sulzburger und Deutscher“. Aus der Geschichte der israelitischen Gemeinde Sulzburg, Freiburg 1995.
- Henke, Klaus-Dietmar, Tödliche Medizin im Nationalsozialismus. Von der Rassenhygiene zum Massenmord (Schriften des Deutschen Hygiene-Museums Dresden Bd. 7), Köln/Weimar/Wien 2008.
- Hess, Volker/Schmiedebach, Heinz-Peter (Hrsg.), Am Rande des Wahnsinns. Schwellenräume einer urbanen Moderne, Wien 2012.
- Hinz-Wessels, Annette, Das Schicksal jüdischer Patienten in brandenburgischen Heil- und Pflegeanstalten im Nationalsozialismus, in: Kristina Hübener (Hrsg.), Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit (Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg Bd. 3), Berlin-Brandenburg 2002, S. 259–286.
- Die Verfolgung jüdischer Patienten in brandenburgischen Landesanstalten im Nationalsozialismus, in: Thomas Beddies/Kristina Hübener (Hrsg.), Dokumente zur Psychiatrie im Nationalsozialismus (Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg Bd. 6), Berlin-Brandenburg 2003, S. 165–188.

- Jüdische Opfer der „Aktion T4“ im Spiegel der überlieferten „Euthanasie“-Krankenakten im Bundesarchiv, in: Maike Rotzoll u. a. (Hrsg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart, Paderborn 2010, S. 143–146,
  - Tiergartenstraße 4. Schaltzentrale der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde, Berlin 2015.
  - /Fuchs Petra/Hohendorf Gerrit/Rotzoll Maike, Zur bürokratischen Abwicklung eines Massenmords. Die „Euthanasie“-Aktion im Spiegel neuer Dokumente, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) (2005) 1, S. 79–107.
- Hofmann, Robert, Burghaslacher Familien um 1785 und 1938, in: Fleischmann, Johann (Hrsg.), Mesusa 4 (2004), Mühlhausen 2004, S. 99–108.
- Hohmann, Joachim S./Wieland, Günther, MfS-Operativvorgang „Teufel“. „Euthanasie“-Arzt Otto Hebold vor Gericht, Berlin 1996.
- Hübener, Kristina, Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, Berlin-Brandenburg 2002.
- Industrie- und Handelskammer (Hrsg.), Hamburger Börsenfirmer, Hamburg 1935.
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hrsg.), Das Jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk, Göttingen 2006.
- Jenner, Harald, ... ein langer Weg. Kropfer Anstalten. Diakonissenanstalt. Diakoniewerk Kropf, Kropf 1990.
- 100 Jahre Ansharhöhe 1886–1986. Die Ansharhöhe in Hamburg-Eppendorf im Wandel der Zeit, Neumünster 1986.
  - Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk in der NS-Zeit, in: Theodor Strohm/Jörg Thierfelder (Hrsg.), Diakonie im „Dritten Reich“. Neuere Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschung, Heidelberg 1990, S. 169–204.
  - Die Geschichte einer psychiatrischen Klinik. Schleswig-Stadtfeld, Schleswig 1995.
  - /Klieme, Joachim (Hrsg.), Nationalsozialistische Euthanasieverbrechen und Einrichtungen der Inneren Mission, Reutlingen 1997.
- Jungblut, Christiane/Ohl-Hinz, Gunhild, Stolpersteine in Hamburg-St. Pauli, Hamburg 2009.
- Jurmann, Esra, Vor allen Dingen war ich ein Kind. Erinnerungen eines jüdischen Jungen aus Pirna, Dresden 2008.
- Jütte, Robert, Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2011.
- Kaelber, Lutz/Reiter, Raimond (Hrsg.), Kindermord und „Kinderfachabteilungen“ im Nationalsozialismus. Gedenken und Forschung, Frankfurt a. M. u. a. 2011.
- Kändler, Eberhard/Hüttenmeister, Gil, Der jüdische Friedhof Harburg, Hamburg 2004.
- Kingreen, Monica, Jüdische Kranke als Patienten der Landesheilanstalt Hadamar (1909–1940) und als Opfer der Mordanstalt Hadamar (1941–1945), in: Uta George u. a.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- (Hrsg.), Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Bd. 12), Marburg 2006, S. 189–215.
- Jüdische Patienten im Philipppshospital und die Ermordung von 29 jüdischen Pflegelingen im Februar 1941, in: Irmtraut Sahmland u. a. (Hrsg.), „Haltestation Philipppshospital“. Ein psychiatrisches Zentrum. Kontinuität und Wandel – 1535 – 1904 – 2004. Eine Festschrift zum 500. Geburtstag Philipps von Hessen. (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Bd. 10), Marburg 2004, S. 202–224.
  - Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt und deren Funktion als „Sammelanstalt“ im September 1939, in: Uta George u. a. (Hrsg.), Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Bd. 9), Gießen 2003, S. 251–289.
- Klatt, Ingaburgh, „... dahin wie ein Schatten“, Aspekte jüdischen Lebens in Lübeck, Lübeck 1993.
- Klee, Ernst, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung“ lebensunwerten Lebens, Frankfurt a. M. 2009.
- Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2005.
  - Dokumente zur „Euthanasie“, Frankfurt a. M. 2007.
- Kogon, Eugen/Langbein, Hermann/Rückerl, Adalbert u.a. (Hrsg.), Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas, Frankfurt a. M. 1983.
- Koll, Bernhard, Münstermaifeld. Die Stadt auf dem Berge. Vivat – crescat – floreat, Münstermaifeld 2003.
- Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk, Hamburgische Biografie, Bd. 3, Göttingen 2006.
- Koser, Maria/Brunotte, Sabine (Hrsg.), Stolpersteine in Hamburg-Eppendorf und Hamburg-Hoheluft-Ost, Bd. 1 und 2, Hamburg 2011.
- Kowalzik, Barbara, Das Grundstück Gustav-Adolf-Straße 7. Mahnzeichen deutscher und jüdischer Geschichte, in: Hartmut Zwahr u. a. (Hrsg.), Leipzig, Mitteldeutschland und Europa, Beucha 2000, S. 193–210.
- Kugler-Weimann, Elisabeth/Peperkorn, Hella, „Hoffentlich klappt alles zum Guten ...“. Die Briefe der jüdischen Schwestern Bertha und Dora Lexandrowitz, Neumünster 2000.
- Kukatzi, Bernhard, Die Juden im Gäudorf Gommersheim. Eine historische Skizze, Landau 1995.
- Laurentius, Paul, 100 Jahre Krankenanstalt Friedrichsberg Allgemeines Krankenhaus Eilbek, in: Hamburger Ärtzelblatt (1964), S. 396 f.
- Lenhartz, Hermann/Reye, Wilhelm/Deneke, Theodor Karl August (Hrsg.), Jahrbücher der hamburgischen Staatskrankenanstalten, Band 8, Hamburg/Leipzig 1904.

- Ley, Astrid, Die „Aktion 14f13“ in den Konzentrationslagern, in: Günter Morsch/  
Bertrand Perz (Hrsg.), Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch  
Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung  
(Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 29), 2. überarbeitete  
Auflage, Berlin 2012, S. 231–243.
- Lilienthal, Georg, Wie die T4-Aktion organisiert wurde. Zur Bürokratie eines Massen-  
mords, in: Margret Hamm (Hrsg.), Lebensunwert, zerstörte Leben. Zwangssterilisation  
und „Euthanasie“, Frankfurt a. M. 2005, S. 143–157.
- Lohalm, Uwe, An der Inneren Front. Fürsorge für die Soldatenfamilie und „rassenhygie-  
nische“ Krankenpolitik, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.),  
Hamburg im „Dritten Reich“, 2. Aufl., Göttingen 2008, S. 445–470.
- Fürsorge und Verfolgung. Öffentliche Wohlfahrtsverwaltung und nationalsozialisti-  
sche Judenpolitik in Hamburg 1933 bis 1942, Hamburg 1998.
- Lorenz, Ina/Berkemann, Jörg, Die Hamburger Juden in NS-Staat 1933 bis 1938/1939,  
Band I, Göttingen 2016.
- Löw, Andrea, Juden im Getto Litzmannstadt, Göttingen 2006.
- Mende, Susanne, Die Wiener Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ im Nationalsozialis-  
mus, Frankfurt a. M. u. a. 2000.
- Meyer, Beate, Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945.  
Geschichte. Zeugnis. Erinnerung, Göttingen 2006.
- „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945.
  - Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen  
Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011.
- Mitscherlich, Alexander/Mielke, Fred (Hrsg.), Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente  
des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt a. M. 1995.
- Möller, Klaus (Hrsg.), Stolpersteine in Hamburg-Harburg und Hamburg-Wilhelmsburg,  
Hamburg 2012.
- Mosel, Wilhelm, Wegweiser zu den ehemaligen Stätten jüdischen Lebens oder Leidens in  
den Stadtteilen Neustadt/St. Pauli, Hamburg 1983.
- Wegweiser zu den ehemaligen jüdischen Stätten in den Stadtteilen Eimsbüttel/Rother-  
baum (I), Hamburg 1985.
  - Wegweiser zu den ehemaligen jüdischen Stätten im Stadtteil Rotherbaum (II), Ham-  
burg 1989.
- Müller, Hanno/Kingreen, Monica/Eckhardt, Frank, Juden in Schotten 1629–1945 und  
Einartshausen 1800–1942, Lich 2016.
- Münch, Ingo von (Hrsg.), Gesetze des NS-Staates, Paderborn 1994.
- Neuberger Theodor, Die Irrenanstalt Langenhorn-Hamburg. Sonderdruck Heil- und  
Pflegeanstalten für Psychisch-Kranke, Halle a. d. Saale 1910.
- Nowak, Klara/Heß, Marga, Erbgesundheitsgeschichte, Göttingen 1997.

- OMGUS (Office of Military Government for Germany, United States Finance Division) (Hrsg.), Ermittlungen gegen die Dresdner Bank 1946, Nördlingen 1986.
- Otto, Reinhard, 150 Jahre Friedrichsberg. Von der Irrenanstalt zur Klinik im Wohnpark, Hamburg 2015.
- Paul, Gerhard, „Betr.: Evakuierung von Juden“. Die Gestapo als regionale Zentralinstitution der Judenverfolgung, in: ders./Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998), Neumünster 1998, S. 491–520.
- Klassenfoto 1939. Das Schicksal der Schüler und Lehrer der jüdischen Volksschule in Kiel, in: ders./Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998), Neumünster 1998, S. 481–490.
- /Gillis-Carlebach, Miriam, Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998), Neumünster 1998.
- Pauselius, Peter, Preetz unter dem Hakenkreuz, Großbarkau 2001.
- Pelt, Robert Jan van, Auschwitz, in: Günter Morsch/Bertrand Perz (Hrsg.), Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 29), 2. überarbeitete Aufl., Berlin 2012, S. 196–215.
- Pfäfflin, Friedemann/Appelt, Hertha/Krausz, Michael/Mohr, Michael, Der Mensch in der Psychiatrie, Heidelberg 1988.
- Platen-Hallermund, Alice, Geisteskranke in Deutschland, Bonn 1993.
- Posner, Arthur B., Zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde und der Jüdischen Familien in Kiel, Schleswig-Holstein, Jerusalem 1957.
- Quinkert, Babette/Rauh, Philipp/Winkler, Ulrike, Krieg und Psychiatrie 1914–1950 (Beiträge zur Geschichte des NS Bd. 26), Göttingen 2010.
- Rajchmann, Chil, Ich bin der letzte Jude. Treblinka 1942/43. Aufzeichnungen für die Nachwelt, München/Zürich 2009.
- Randt, Ursula, Die Talmud Tora Schule in Hamburg 1805 bis 1942, Hamburg 2005.
- Ranegger, Anke, Armen- und Altenversorgung in Wedel, Wedel 1989.
- Reh, Sabine, Von der „Idioten-Anstalt“ zu den Vorwerker Heimen, Lübeck 1997.
- Rexer, Martin, Vorgeschichte und Auftakt der ‚Aktion T4‘ in Zwiefalten, in: Hermann J. Pretsch (Hrsg.), „Euthanasie“. Krankenmorde in Südwestdeutschland. Die nationalsozialistische „Aktion T4“ in Württemberg 1940 bis 1945, Zwiefalten 1996, S. 27–36.
- Rheinisches Eisenkunstguss-Museum (Hrsg.), Die Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf, Bendorf-Sayn 2008.
- Roth, Karl Heinz, „Erbbiologische Bestandsaufnahme“. Ein Aspekt „ausmerzender“ Erfassung vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, in: ders. (Hrsg.), Erfassung

- zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe“, Berlin 1984, S. 57–100.
- Rothmaler, Christiane/Glensk, Evelyn (Hrsg.), Kehrseiten der Wohlfahrt. Die Hamburger Fürsorger auf ihrem Weg von der Weimarer Republik in den Nationalsozialismus, Hamburg 1992.
- Rust, Jürgen (Red.), Prinzenmoor in Geschichte und Gegenwart, Prinzenmoor 2008.
- Sachau, Monika, So war das hier. Geschichten aus dem Leben in den „Alsterdorfer Anstalten“, Hamburg 2009.
- Sandner, Peter, Verwaltung des Krankmordes. Der Bezirksverband Nassau im Nationalsozialismus (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Hochschulschriften, Bd. 2), Gießen 2003.
- Von den Illusionen der Mediziner zu den Maßnahmen der Manager. Der Bezirk Wiesbaden als Beispiel für die rassenhygienische Kehrtwende 1933–1939, in: Maik Rotzoll u. a. (Hrsg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart, Paderborn 2010, S. 56–65.
  - /Aumüller, Gerhard/Vanja, Christina (Hrsg.), Heilbar und nützlich. Ziele und Wege der Psychiatrie in Marburg an der Lahn, Marburg 2001.
- Schabow, Dietrich, Die israelitische Heil und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf (Jacoby'sche Anstalt, 1869–1942) und die spätere Verwendung der Gebäude, in: Rheinisches Eisenkunstguss-Museum (Hrsg.), Die Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf, Bendorf-Sayn 2008, S. 55–95.
- Schäfer, Gerhard, Beschreibung der Staats-Krankenanstalt Langenhorn Hamburg, Düsseldorf 1931.
- Schepermann, Kathrin/Dilling, Horst, Schicksale Psychiatrischer Patienten der Lübecker Heilanstalt Strecknitz im Dritten Reich, Lübeck 2005.
- Scherer, Karl/Linde, Otfried/Paul, Roland, Die Heil- und Pflegeanstalt Klingenmünster 1933–1945 (Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 14), Kaiserslautern 1998.
- Schmuhl, Hans-Walter, „Euthanasie“ und Krankmord, in: Robert Jütte, Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2011, S. 214–255.
- Bethel – Eckartsheim. Von der Gründung der ersten deutschen Arbeiterkolonie bis zur Auflösung als Teilanstalt (1882 – 2001), Stuttgart 2006.
- Schneider, Frank/Lutz, Petra, erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus, Berlin 2014.
- Schreiber, Albrecht, Zwischen Davidstern und Doppeladler. Illustrierte Chronik der Juden in Moisling und Lübeck, Lübeck 1992.
- Schwanninger, Florian, Schloss Hartheim und die „Sonderbehandlung 14f13“, in: Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie“ und Zwangssterilisation (Hrsg.), NS-Euthanasie in der „Ostmark“. Fachtagung vom 17. bis 19. April 2009 im

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim, Alkoven (Berichte des Arbeitskreises Bd. 8), Münster u.a. 2012, S. 61-88.
- Sielemann, Jürgen/Flamme, Paul, Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus. Gedenkbuch, Hamburg 1995.
- Sozialbehörde Hamburg (Hrsg.), Hundert Jahre Hamburger Wohlfahrtsanstalten, Hamburg 1952.
- Sparr, Ulrike/Eggert, Björn, Stolpersteine in Hamburg, Hamburg 2011.
- Staatsarchiv Hamburg (Hrsg.), Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus, Gedenkbuch, Hamburg 1995.
- Stadt Ahrensburg (Hrsg.), 750 Jahre Wulfsdorf, Ahrensburg 1988.
- Stadt Bühl (Hrsg.), Jüdisches Familienbuch Bühl 1810–1845, Bühl 2014.
- Staemmler, Martin, Rassenpflege im völkischen Staat, 2. Auflage, München 1934.
- Struwe, Friedrich Ernst, Landesheilanstalt Neustadt in Holstein. Berichte aus den Jahren 1918–1945, Heiligenhafen 2013.
- Suberg, Brigitte/Gries, Joachim, Schelploh 1905–2008, Eschwege 1990.
- Sutter, Peter, Der sinkende Petrus. Rickling 1933–1945, Rickling 1986.
- Thevs, Hildegard, Stolpersteine in Hamburg-Rothenburgsort. Biographische Spurensuche, Hamburg 2011.
- Vielliez von, Anna, Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung „nicht arischer“ Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945, Hamburg 2009.
- Voigt, Klaus, Villa Emma. Jüdische Kinder auf der Flucht 1940–1945 (Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit, Band 6), Berlin 2002.
- Walk, Joseph (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Unveränderter Nachdruck der 1996 erschienen 2. Auflage, Heidelberg u. a. 2013.
- Weisser, Ursula (Hrsg.), 100 Jahre Universitätskrankenhaus Eppendorf 1889–1989, Tübingen 1989.
- Weygandt, Wilhelm, Friedrichsberg und psychiatrische Universitätsklinik Hamburg, Düsseldorf 1928.
- Irrenanstalten, Jena 1911.
- Winter, Lorenz, 100 Jahre Blumenfeld in Hamburg, Hamburg 1971.
- Witzke, Christiane, Domjüch. Eine Landesirren-, Heil- und Pflegeanstalt in Mecklenburg, Friedland 2012.
- Wudtke, Hubert, Geschichte des Elbdorfes Rissen, Hamburg 2016.
- Wulf, Stefan/Schmiedebach, Heinz-Peter, Wahnsinn und Migration. „Normal“ und „verrückt“ als Phänomene der regulierten Passage, in: Hess, Volker/Schmiedebach, Heinz-Peter (Hrsg.), Am Rande des Wahnsinns. Schwellenräume einer urbanen Moderne, Wien 2012, S. 149–174.

- Wunder, Michael, Euthanasie in den letzten Kriegsjahren. Die Jahre 1944 und 1945 in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn, Husum 1992.
- /Genkel, Ingrid/Jenner, Harald, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Hamburg 1987.
  - /Genkel, Ingrid/Jenner, Harald, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Stuttgart 2016.
- Wuttke-Groneberg, Walter, Medizin im Nationalsozialismus. Ein Arbeitsbuch, Rottenburg 1982.

### Ausstellungskataloge

- Bartl-Engelhardt, Birgit, Aus der Zauberhistorie des Magischen Zirkels Hamburg. Treffpunkt Tante Clara, „Hamburgs Sphinx“. Ausstellung von Nele Lipp (Koinzidance e. V.) in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky. 18. 1.–3. 3. 2013, Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Ausst.-Heft Nr. 2, Hamburg 2013.
- Baumbach, Sybille/Huckeriede, Jens/Thorn, Claudia, atmen und halbwegs frei sein. Flucht nach Shanghai, Hamburg 2011.
- DGPPN, „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus, Heidelberg 2014, Ausstellungskatalog.
- Diercks, Herbert, „Euthanasie“, Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus, Hamburg 2014.
- Ley, Astrid/Hinz-Wessels, Annette (Hrsg.), Die Euthanasie-Anstalt Brandenburg an der Havel. Morde an Kranken und Behinderten im Nationalsozialismus, Berlin 2012.

### Aufsätze

- Bender, Wolfgang, Aus der Versenkung geborgen – Die Patientenakten der Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus, in: Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte (2011) 12, S. 53–56.
- Goldberg, Bettina, Kleiner Kuhberg – Feuergang 2. Die Verfolgung und Deportation der schleswig-holsteinischen Juden im Spiegel der Geschichte zweier Häuser, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte (2002) 40, S. 3–21.
- Hamann, Peter/von Plessen, Sophie, „Die Heilanstalt Schellhorner Berg bei Preetz“ in: Schleswig-Holsteinisches Ärzteblatt, (1987) 11, 12, S. 559–777.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Hinz-Wessels, Annette, Antisemitismus und Krankenmord. Zum Umgang mit jüdischen Anstaltspatienten im Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) (2013) 1, S. 65–92.
- /Fuchs Petra, Hohendorf Gerrit, Rotzoll Maike, Zur bürokratischen Abwicklung eines Massenmords. Die „Euthanasie“-Aktion im Spiegel neuer Dokumente, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) (2005) 1, S. 79–107.
- Laurentius, Paul, 100 Jahre Krankenanstalt Friedrichsberg Allgemeines Krankenhaus Eilbek, in: Hamburger Ärzteblatt (1964), S. 396 f.
- Lilienthal, Georg, Jüdische Patienten als Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen, in: Medaon, Magazin für Jüdisches Leben in Forschung und Bildung (2009) 5, [www.medaon.de](http://www.medaon.de).
- Rauh, Philipp, Der Krieg gegen die „nutzlosen Esser“. Psychiatriepatienten als Opfer der NS-„Euthanasie“, in: Christoph Dieckmann/Babette Quinkert (Hrsg.), Kriegsführung und Hunger 1939–1945, Göttingen 2015 (Beiträge zur Geschichte des NS, Bd. 30), S. 33–58.
- Sammet, Kai, Burgfrieden und Totenstille – Die Irrenanstalt Hamburg-Langenhorn, die Verwaltung und der Hunger 1914–1918, in: Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte (2003) 89, S. 149–174.
- Wille, Ingo, Das Versorgungsheim Farmsen während der NS-Zeit, in: Ulrike Sparr/Björn Eggert, Stolpersteine in Hamburg, Hamburg 2011, S. 154–158.
- Wunder, Michael, Die Auflösung von Friedrichsberg – Hintergründe und Folgen, in: Hamburger Ärzteblatt (1990) 4, S. 128–131.
- Wunder, Michael, Von der Anstaltsfürsorge zu den Anstaltstötungen, in: Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hrsg.), Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 1997, S. 394–409.

# Personenregister

- Alexander, Ludwig 27  
Amberger, Ferdinand 531  
Amstein, Sara Sonja (geb. Danciger)  
144 f., 147  
Arnheim, Georg 298, 299  
Arnheim, Ruth Rosalie Amalie  
(geb. Lehmann) 298 f.  
Arthur Samuel Meier 343, 346  
Aufhäuser, David 494, 496, 499
- Bachrach, Regina 276  
Bachrach, Wolff (Willy) 116  
Baden, Paula (geb. Vogel) 459, 461  
Bähr, Esther (geb. Daicz) 135, 138  
Bähr, Rudolf 138  
Baender, Alice (geb. Meier) 342–345  
Bajohr, Frank 525  
Baker Eddy, Mary 236  
Ballin, Albert 109  
Bari, Levy 88  
Bari, Manfred 88  
Bari, Siegfried 88  
Bari, Wolfgang 88  
Bartl, János 179  
Baruch, Bernhard 333, 335  
Baruch, Friederike  
siehe Friederike Marmorek  
Baruch, Isaac 333–335  
Baruch, Jacob 333–335  
Baruch, Klärchen (geb. Friedländer) 333  
Baruch, Marcus 333  
Baruch, Meier 333, 335  
Baruch, Raphael 333, 335  
Baruch, Siegfried 334  
Baruch, Wm. 141
- Bauer, Emma 325  
Bauer, Gustav 268  
Bauer, Melanie (geb. Lehmann) 267 f.  
Beck, Fritz 531  
Beckmann, Alexander 83  
Beckmann, David 83  
Beckmann, Dawid 83  
Beckmann, Gusta (geb. Keiner) 83  
Beckmann, Leon 83–85, 515  
Beer, Beer Mendel (später Hirsch Mendel  
Beer) 320 f.  
Beer, Berta (geb. Marcus) 320 f.  
Beer, Emma 320  
Beer, Julie 320  
Beer, Röschen (geb. Prag) 320 f.  
Behrens, Alfred 362  
Behrens, Sophie (geb. Meyer) 359, 362  
Behrens, Uri 362  
Behrens, Werner 362  
Belzinger, Alma Ida 86  
Belzinger, Carl 86  
Belzinger, Erna 86–88, 504, 515  
Belzinger, Franziska (Fräncis) (verh. Bari)  
86, 88  
Belzinger, Henry 86  
Belzinger, Jacob 86  
Belzinger, Leopold 86, 88, 504  
Belzinger, Luis (Louis) 86  
Belzinger, Max 86  
Belzinger, Minna (geb. Cohen) 86, 88,  
504  
Belzinger, Philip 86  
Belzinger, Rosa 86  
Belzinger, Rosa (geb. Lademer) 86  
Belzinger, Siegfried 86

## Personenregister

- Benedix, Bernhard 64, 89–92, 515  
Benedix, Bertha Albertine Marie  
(geb. Quaaas) 89  
Benedix, Clara (verh. Müller) 89, 92  
Benedix, Joseph 89  
Benedix, Max Moses 89, 92  
Benedix, Sara (geb. Peine) 89  
Benedix, Selig 89, 92  
Benthien, Clara 179  
Benz, Wolfgang 597  
Benzimra, M. Ch. 90  
Berges, Auguste Anna Helene Martha 93  
Berges, Bertha Bräunchen (Tochter von  
Heymann Friedrich Berges) 94  
Berges, Bertha (Bräunchen)  
(geb. Lissauer) 92 f.  
Berges, Betty 71, 92–95, 515  
Berges, Cäcilie (verw. Weil) 93 f.  
Berges, Charlotte (verh. Meyersohn) 93 f.  
Berges, Hannchen 93  
Berges, Heymann Friedrich 93 f.  
Berges, Johanna Christina Lucie  
(geb. Fick) 93  
Berges, Lucie 93  
Berges, Marianne 94  
Berges, Salomon 94  
Berges, Sara (geb. Presser) 94  
Berges, Selig (Semmy) 93, 95  
Berges, Simon Selig (Siegfried) 92 f.  
Berghoff, David 95–98  
Berghoff, Felix 77, 95–98, 515  
Berghoff, Liba (geb. Sechter) 97  
Berghoff, Pauline (verh. Bertenthal) 96 f.  
Berghoff, Rachel (geb. Deamantstein) 95  
Berghoff, Saly (Sali) (geb. Bertenthal) 95,  
97  
Berghoff, Simon 95 f.  
Berghoff, Sophie (verh. Bertenthal) 96 f.  
Bergmann, Adolf 280  
Berju, Hermann Erwin 99–102  
Berju, Ingeborg 100, 102  
Berju, Käthe Alice (geb. Goldenberg) 77,  
98–102, 515  
Bertenthal, David 96 f.  
Bertenthal, Martha 97  
Bertenthal, Rudolph 97  
Bertenthal, Ruth 97  
Bertenthal, Simon 97  
Besser, Käthe (geb. Bischofswerder) 445 f.  
Besser, Max 445 f.  
Beust, Ole von 116  
Bezen, Aron (genannt Arno) 481 f.  
Bezen, Hannelore 481 f.  
Blach, Rieckchen  
siehe Rieckchen Hauptmann  
Blanc, Bercu (Sohn von David Berghoff)  
98  
Blanc, Regina (verh. Karlsberg) 98  
Bleiweiss, Hannchen (geb. Cohn) 479  
Bleiweiss, Helene (genannt Hermine)  
(geb. Winterberg) 482  
Bleiweiss, Hermann 481 f.  
Bleiweiss, Hermann Max 482  
Bleiweiss, Hirsch Hermann 479  
Bleiweiss, Käthe (geb. Peine) 481 f.  
Bleiweiss, Line (genannt Lina)  
siehe Line (genannt Lina) Wehl  
Bleiweiss, Lina Carolina 481 f.  
Bleiweiss, Lucie 165  
Bleiweiss, Martha 482  
Bleiweiss, Martin 479 f., 481 f.  
Bleiweiss, Rudolf 481 f.  
Bleiweiss, Selig 479, 482  
Bleiweiss, Selig (genannt Semmy) 481 f.  
Bleiweiss, Selma (geb. Löwenthal) 481 f.  
Bleiweiss, Siegmund 479, 481 f.  
Bleiweiss, Sitta 482  
Bleiweiss, Uri 481 f.

- Bloch, Amalie „Malchen“ (geb. Jasmin)  
103, 105
- Bloch, Anna 103, 105
- Bloch, Bertha (Betty) (geb. Meyer) 350
- Bloch, Dr. Hans 515
- Bloch, Fanny Grethe 103, 106
- Bloch, Hans 103–106
- Bloch, Hans jr. 103
- Bloch, Jette (geb. Bickart) 103
- Bloch, Johanna 103
- Bloch, Leopold 103, 105
- Bloch, Lisel 103, 106
- Bloch, Max 103, 105
- Bloch, Pauline (Paula) (verw. Dratwa)  
350, 355
- Bloch, Reinhold 350
- Bloch, Salo 307, 309
- Bloch, Siegfried 103, 105 f.
- Bloch, Sophie (geb. Netter) 105
- Bloch, Theodor 350, 355
- Blumenfeld, Bernhard 499
- Blumenfeld, Bernhard (Baruch) 107–110,  
499
- Blumenfeld, Bernhard (Ernst) 108–110
- Blumenfeld, Clara 108, 112
- Blumenfeld, Ebba 112
- Blumenfeld, Erik 109, 112
- Blumenfeld, Feibes 107
- Blumenfeld, Helena (geb. Karpeles) 107
- Blumenfeld, Martha 78, 107–112, 499,  
515
- Blumenfeld, Otto 108–110, 112, 499
- Blumenfeld, Sonja 109
- Boas, Henrietta (geb. Bandmann) 113
- Boas, Joseph 113
- Boas, Rudolf Leo 113–115, 515
- Boehm, Karl 197
- Böhm, Angela (Anni) (geb. Meyer) 357,  
358
- Borchardt, Abel 119
- Borchardt, Anni 116
- Borchardt, Charlotte 309
- Borchardt, Else 115 f.
- Borchardt, Eva Leonore 54, 115–121,  
244–246, 515
- Borchardt, Fanny (geb. Hildesheim) 116
- Borchardt, Gertrud 116
- Borchardt, Grete (verh. Jänicke) 115–117
- Borchardt, Hans 115–117
- Borchardt, Hans jr. 117
- Borchardt, Hermann 115
- Borchardt, Hugo 115 f.
- Borchardt, Ivan (Isaac) 115 f., 118–120
- Borchardt, Johanna 115 f.
- Borchardt, Julius 115
- Borchardt, Käte 116
- Borchardt, Martha (geb. Hildesheim)  
115 f.
- Borchardt, Mete 116
- Borchardt, Moritz 115 f., 120
- Borchardt, Otto 266
- Borchardt, Recha Lisbeth  
(geb. Jelenkiewicz) 263, 266
- Borchardt, Robert Salomon 309
- Borchardt, Sigmund 266
- Borchardt, Sophie 116
- Borchardt, Werner 115–118
- Borchardt, Zerline 115, 118
- Bornstein, David 504
- Bouhler, Philipp 26, 28
- Brach, L. 298
- Brack, Viktor 36
- Bragenheim, Daniel Meyer 122 f.
- Bragenheim, Erna 123–125
- Bragenheim, Erna (geb. Blumenthal)  
124 f.
- Bragenheim, Itzig (gen. Richard) 122
- Bragenheim, Martin 78, 122–126, 515

## Personenregister

- Bragenheim, Paul 122 f., 125  
Bragenheim, Richard 123–125  
Bragenheim, Walli (geb. Sachs)  
122 f.  
Brandt, Karl 26, 28, 72, 528  
Braun, Arthur 451  
Braunschweiger, Frida 330  
Braunschweiger, Martin 330  
Browning, Christopher 39  
Buchthal, Bertha (geb. Meyer) 126  
Buchthal, Hedwig 67, 126–128, 515  
Buchthal, Salomon 126 f.  
Bürckel, Josef 106  
Bürger-Prinz, Hans 142, 496 f.  
Burchard, Helene Julie (geb. Warburg)  
469 f.  
Burchard, Walter Edgar 469 f.  
Burlon, Marc 62  
Burwick, Paul 72, 174 f., 195, 270, 286,  
288–292, 429 f., 445
- Cahn, Hanna 129 f.  
Cahn, Julie (geb. Horwitz) 129 f., 515  
Cahn, Suse 129 f.  
Cahn, Victor 129  
Carlebach, Simson 508  
Carsch, Bertha 283 f.  
Carsch, Edith 284  
Carsch, Frieda 283 f.  
Carsch, Gertrud (geb. Sollmar) 283–285  
Carsch, Hermann 283 f.  
Carsch, Hugo 283 f.  
Carsch, Jacob 282  
Carsch, Johanna siehe Johanna Koppel  
Carsch, Julie (geb. Rhée) 282  
Carsch, Max 283–285  
Carsch, Simon 283 f.  
Chow, Margot (geb. Victor) 453 f.  
Chow, Wei-Liang 454
- Cimbal, Walter Julius Otto 132  
Clausen, Cäcilie 215, 340, 423  
Clausen, Margarethe 215, 340, 423  
Cohen, Bertha (geb. Simon) 131–133  
Cohen, Dr. Benjamin 275  
Cohen, Ella Wilhelmina 131  
Cohen, Esther (geb. Wechsler) 471–475  
Cohen, Hedwig 399  
Cohen, Henriette (geb. Behrens) 297  
Cohen, Henry Jire 131, 133  
Cohen, Isaac Siegmund 399  
Cohen, Joachim 133  
Cohen, Joseph 133  
Cohen, Joseph Hirsch 131 f.  
Cohen, Karoline (geb. Michaelis) 133  
Cohen, Minna Lea 131  
Cohen, Norbert Nathan 133  
Cohen, Rosalie (Rosa) (geb. Pincus) 397,  
399  
Cohen, Ruth 399  
Cohen, Sella Amalia 131–133, 515  
Cohn, Agathe (geb. Frank) 183  
Cohn, Egmont Max 371 f.  
Cohn, Emma 397–400  
Cohn, Erna (geb. Müller) 369, 371 f.  
Cohn, Erna (geb. Münzer) 257 f.  
Cohn, Felix 75, 134, 189, 324, 515  
Cohn, Ilse 259  
Cohn, Julius 466  
Cohn, Leopold 183  
Cohn, Moritz 134  
Cohn, Raphael 258 f.  
Cohn, Samuel 285  
Cohn, Sophie (geb. Koppels) 283, 285  
Cohn, Therese (geb. Cohn) 134  
Cohn, Vera 259  
Cohn, Walter Adolf 371  
Corinth, Lovis 109  
Corten, Martin-Heinrich 528

- Courbet, Gustave 112  
 Cronheim, Julius 356
- Dabelstein (Direktor) 456  
 Daicz, Albert 135 f., 138  
 Daicz, Chana (Anna) (geb. Finkelberg)  
 135–138  
 Daicz, Gisela 135, 137 f.  
 Daicz, Hanny Rosa (Rosi) 135 f., 138  
 Daicz, Julius Hermann 73, 135–138, 515  
 Daicz, Max Isaak 73, 135, 137 f., 516  
 Daltrop, Else (geb. Baruch) 139, 141,  
 143 f.  
 Daltrop, Fritz 139–144, 516  
 Daltrop, Joseph 139  
 Daltrop, Rosa (geb. Galizien) 139  
 Daltrop, Thekla 143  
 Daltrop, Theodor 139, 141–144  
 Daltrup Felix 139  
 Daltrup, Henny 139  
 Daltrup, Hermann 139  
 Daltrup, Max 139  
 Daltrup, Oskar 139  
 Danciger, Dora (Dwora/Devora) 145,  
 147  
 Danciger, Regina (Rifka/Rivka/Rywka)  
 (geb. Dawidowitz) 144–147, 516  
 Danciger, Wolf 144–147  
 David, Erna (geb. Victor) 455, 458  
 Davidsen (Regierungsrat) 233  
 Dawartz, Gertrud Flora  
 (geb. Müller, gesch. Horn) 372, 374  
 Dawidowitz, Regina (Rifka/Rivka/Rywka)  
 siehe Regina Danciger  
 de Voss, Johannes 119–121  
 de Zoete, Helene (geb. Carsch) 283 f.  
 de Zoete, Meyer 284  
 Delacroix, Eugène 112  
 Demnig, Gunter 9, 478
- De-Noor, Israel (eigtl. Feuerberg) 174, 176  
 Dessau, David 148  
 Dessau, Edwin 148, 151  
 Dessau, Gertrud 65, 67, 148–151, 516  
 Dessau, Joseph 148, 151  
 Dessau, Kurt 148  
 Dessau, Martha 148, 151  
 Dessau, Martha (geb. Dub) 151  
 Dessau, Rosalie (geb. Wagner) 148  
 Dodeles, Hanna (geb. Goldschmidt) 202  
 Drews, H. (Schulleiter) 136  
 Dusenschön, Willi 529
- Eberl, Irmfried 50 f., 56, 292  
 Eggers, ? 264  
 Ehrlich, Franz 165  
 Eichelberg, Helene Hannchen  
 (geb. Goldschmidt) 202  
 Eichelberg, Henry 202  
 Eichmann, Salomon 116  
 Eichmann, Sara (geb. Hildesheim) 116  
 Eisenstädt, Clara (Cläre) (geb. Meier)  
 342 f., 346  
 Eisenstädt, Gerhard 346  
 Eisenstädt, Heinz 346  
 Eisenstädt, Siegfried 346  
 Eisler, Heinrich 116  
 Elias, Mathilde  
 siehe Mathilde Zuckermann  
 Elkeles, Alice Jeanette 64, 152 f., 156,  
 380, 516  
 Elkeles, Alphons 154, 157  
 Elkeles, Betty 77, 153–157, 516  
 Elkeles, Clara (geb. Nossen) 154  
 Elkeles, Curt 154, 157  
 Elkeles, Hannchen (geb. Nossen) 154, 157  
 Elkeles, Ida (geb. Kaschmann) 157  
 Elkeles, Johanna Paula (geb. Mendel)  
 152 f.

## Personenregister

- Elkeles Kurt August 152  
Elkeles, Mary 154  
Elkeles, Salomon (Sigismund) 154  
Elkeles, Wilhelm 152  
Ellerhusen, Paul 529  
Engländer, Adolf Siegmund 161  
Engländer, Benjamin (Benno) 71, 75, 134,  
158–161, 189, 324, 516  
Engländer (Brown), Feitsze (Fanny) 158,  
161  
Engländer, David 161  
Engländer, Gela Rosa (geb. Mantel) 158  
Engländer, Hermann Marcus 161  
Engländer, Isaak 161  
Engländer, Israel 158, 160  
Engländer, Juda Berl 158  
Engländer, Wolf Leib (Willi) 160  
Epha, Oskar 75, 134, 189  
Erdheim, Mario 597
- Fabian, Alfred 163  
Fabian, Bruno 163, 165  
Fabian, Catharina (geb. Rosener) 164  
Fabian, Elsbeth-Recha (verh. Ehrlich) 163,  
165  
Fabian, Georg 163  
Fabian, Gertrud 163, 165  
Fabian, Hans 67, 161–165, 232, 236 f.,  
516  
Fabian, Helka 163  
Fabian, Herbert 165  
Fabian, Hermine (geb. Rosenberg) 162 f.  
Fabian, Herta (geb. Herz) 163 f., 165, 232,  
237  
Fabian, Luise 165  
Fabian, Manfred 165  
Fabian, Margarete 163, 165  
Fabian, Martin 163–165  
Fabian, Max 163, 165
- Fabian, Meyer 162 f.  
Fabian, Rosalie 165  
Fabian, Ruth 165  
Fabian, Siegfried 163  
Fabian, Steffi 164  
Fabian, Walter 163, 165  
Falkendahl, Emma 278  
Falk, Henriette Friederike 166, 168  
Falk, Hermann René 166, 168  
Falk, Hermine 167  
Falk, Jente (geb. Süsswein) 166–168  
Falk, Joel 78, 166–168, 516  
Falk, Joshua Fabian Julius 166, 168  
Falk, Louis 166 f.  
Farbstein, Benjamin 169  
Farbstein, Moraka  
(auch Moroka oder Morcka) 169 f.,  
516  
Feder, Karl Leon 454  
Feder, Minnalie (geb. Victor) 453 f.  
Feld, Aron 171  
Feld, Bertha 71, 171–173, 516  
Feld, Rosalie (geb. David) 171  
Fettke, Erich 54  
Feuerberg, Gisa (Golda) 73, 173–176, 516  
Feuerberg, Hersch 175  
Feuerberg, Sara 175  
Finkelberg, Malka 137  
Fischer, Franz 502 f.  
Floß, Herbert 35  
Foiershtein, Eva (geb. Cahn) 129 f.  
Fonfey, Therese (Resi) (geb. Zinner)  
500 f., 505  
Fonfey, Walter 505  
Fontheim, William 278  
Fraenkel, Bernhard 177 f.  
Fraenkel, Erwin Horst 177–182  
Fraenkel, Hulda 177–179, 181 f.  
Fraenkel, Lotte 177–179, 181 f.

- Fraenkel, Paula 75, 159, 177 f., 181 f.,  
189, 516
- Fraenkel, Rosina (geb. Lindermeier)  
179–182
- Fraenkel, Walter 177
- Fränkel, ? 213
- Frank, Agathe (verh. Cohn) 183
- Frank, Carl 183
- Frank, Friedrich 183
- Frank, Ludwig 183, 516
- Frank, Regina (geb. Simon) 183
- Frank, Wolf (genannt William) 183
- Franken, Berta 361 f.
- Franken, Isidora (geb. Meyer) 359, 361 f.
- Franken, Joachim 361 f.
- Franken, Salomon 361 f.
- Frankfurter, Albert 184, 188
- Frankfurter, Anna 71, 184–188, 516
- Frankfurter, Berthold 184, 187
- Frankfurter, Clara (verh. Rosenbaum) 184
- Frankfurter, Ernestine (geb. Marcus) 184,  
187
- Frankfurter, Ernst 184 f., 187
- Frankfurter, Henriette (Henny) 184,  
186–188
- Frankfurter, Johanna Wilhelmine Julie  
(geb. Niese) 187
- Frankfurter, Manfred 184
- Frankfurter, Max Sally 184
- Frankfurter, Sally 184
- Frankfurter, Siegmund 184, 187 f.
- Freidberg, Friederike (Frieda) (geb. Levy)  
306 f., 309
- Freidberg, Neumann 307
- Fresenius, Wilhelm 244
- Freyd, Abraham 432
- Freyd, Isaac 432
- Freyd, Michael 432
- Freyd, Sarah (geb. Cohen) 432 f.
- Fried, Emil 105
- Fried, Eugen 105
- Fried, Frieda (geb. Marx) 105
- Fried, Hans 105
- Fried, Sigmund 105
- Friedlander, Henry 8, 17, 38
- Friedland, Erland Walter 324
- Friedmann, Erland Walter 64, 75, 134,  
188–190, 516
- Friedmann, Minna Bertha (geb. Fischer)  
188
- Friedmann, Richard 188
- Fritzsche, Karl 37
- Fuld, ? 438
- Gabry, Hanna Ilse (geb. Heymann) 238 f.
- Gach, Karl Siegmund 375
- Gach, Margaretha Emmi (geb. Müller)  
372, 375
- Gach, Martin Anton 375
- Gaden, Arthur 219
- Gaster, ? 174, 176
- Gattel, Elkan 190, 192, 397
- Gattel, Henry 67, 190–194, 397, 516
- Gattel, Liebe (Lina) (geb. Wilde) 190, 192
- Gattel, Meta (verh. Rosendorf) 190, 192
- Geistlich, Asta 383–385
- Geistlich, Carmen Ruth 382
- Geistlich, Dorrit 384 f.
- Geistlich, Elcka (genannt Ella) (vorm.  
Wysocki, geb. Neumann) 381 f.,  
384–386
- Geistlich, Esther 383 f., 386
- Geistlich, Friedrich Johann 382
- Geistlich, Kurt 382–385
- Geistlich, Margot Paula 382
- Geistlich, Paul 381 f., 384, 386
- Geistlich, Ruth 384 f.
- Geistlich, Ursula 381–384, 386

## Personenregister

- Geistlich, Ursula jr. 385  
Geistlich, Vera 384  
Geistlich, Werner 381–383, 386  
Geistlich, Werner jr. 385  
Gerstle, Berta (geb. Mansfeld) 194 f.  
Gerstle, Hannelore 73, 194–197, 516  
Gerstle, Heinz Erich 194 f.  
Gerstle, Julius 194–197  
Gerstle, Leo 194  
Gerstle, Rosalie 197  
Glassmann, Arno 198–200  
Glassmann, Edith (verh. Seckel) 198  
Glassmann, Erna 198  
Glassmann, Herbert 198, 200  
Glassmann, Johanna (geb. Manasse) 198 f.  
Glassmann, Kurt 198, 199, 200, 516  
Glassmann, Moses Hirsch (genannt Max) 198 f.  
Godeffroy, Gustav 109  
Göring, Hermann 537, 542  
Göttsche, Claus 530 f.  
Götze, ? 531  
Goldberger, Eduard 406  
Goldberger, Gotthelf 406, 408  
Goldberger, Isidor 406, 408  
Goldberger, Jette (geb. Friedburg) 406 f.  
Goldberger, Moises (genannt Moritz) 406 f.  
Goldberger, Rosa siehe Rosa Rehfeldt  
Goldenberg, Edwin 98 f., 102  
Goldenberg, Elieser 100  
Goldenberg, Erwin Hans 99  
Goldenberg, Fanny Ella (verh. Sostheim) 99 f., 102  
Goldenberg, Hermann 102  
Goldenberg, Ilse Jeanette 102  
Goldenberg, Julius 98, 100  
Goldenberg, Käthe Alice  
siehe Käthe Alice Berju  
Goldenberg, Lilly 102  
Goldenberg, Selly (geb. Fries) 98  
Goldfluss, Jochaweta (geb. Danciger) 144, 147  
Goldfluss, Nachemja 147  
Goldschmidt, David Jacob 201 f.  
Goldschmidt, Fanny (geb. Steinhart) 433–435  
Goldschmidt, Hanna (verh. Dodeles) 201  
Goldschmidt, Helene Hannchen (verh. Eichelberg) 201  
Goldschmidt, Henriette 435  
Goldschmidt, Ilse Jeanette 201 f., 517  
Goldschmidt, Jacob 201 f.  
Goldschmidt, Rahel Ester (verh. Joelson) 201  
Goldschmidt, Siegmund Seligmann 201 f.  
Goldschmidt, Thekla (geb. Seligmann) 201  
Goldstein, Ilsar 203  
Goldstein, Isac (Isaac) 203  
Goldstein, Selig Leiba 203–206, 517  
Goral-Sternheim, Arie 443  
Gottwaldt, Alfred 498  
Graff, Alice Mathilde (geb. Müller, verw. Sochaczewski) 372 f., 408  
Graff, Löb (Leopold) 373, 407 f.  
Graff, Martha (geb. Goldberger) 406 f.  
Greve, Friedrich 259  
Gröger, ? 196  
Grossmann, Gert 259  
Grossmann, Heinz Eugen 259  
Grossmann, Josef 259  
Grossmann, Marianne (geb. Münzer) 257, 259  
Grynszpan, Herschel 535, 542  
Gumpel, Hertha (geb. Müller) 369, 371  
Gumpel, Siegbert 371 f.  
Gumpel, Werner 371

- Gurlitt, Hildebrand 112  
 Guth, Bernhard 207  
 Guth, Clotilde (geb. Bachrich) 207  
 Guth, Richard 64, 207 f., 380, 448, 517  
 Gutmann, Bertha 209  
 Gutmann, Elise (geb. Biesental) 208  
 Gutmann, Ferdinand 209  
 Gutmann (Guttman), Zadick 208 f.  
 Gutmann, Hellmuth Levy 209  
 Gutmann, Jenny 209  
 Gutmann, Ludwig 209  
 Gutmann, Marianne 208–211, 517  
 Gutmann, Otto 209  
 Gutmann, Rosa 209
- Hailbronner, Helka (geb. Fabian) 163  
 Hailbronner, John 163  
 Hamm, Johann 377  
 Hamm, Julchen Jenny (geb. Nehemias)  
     376 f.  
 Hamm, Werner 377 f.  
 Hammerschlag, ? 531  
 Hanko, Gerhard 281  
 Hansen, Henny (geb. Daltrop) 144  
 Hansen, Rosalie (geb. Hecht) 219  
 Hansen, Walter 219  
 Hauptmann, Benno 211–214  
 Hauptmann, Bertha (geb. Neumark) 387,  
     393  
 Hauptmann, Ernst 387, 393  
 Hauptmann, Fabian 211 f.  
 Hauptmann, Gerhart 109  
 Hauptmann, Kurt 211  
 Hauptmann, Martha (geb. Salomon) 211  
 Hauptmann, Rieckchen (geb. Blach)  
     211 f., 214, 517  
 Hauptmann, Rudolf 211  
 Hauptmann, Ruth 211 f., 214  
 Hauptmann, Siegfried 211
- Hauptmann, Siegmund 211  
 Havelland, Elise 215  
 Havelland, Helene (geb. Adler) 215  
 Havelland, Hermann 215  
 Havelland, Martha 78, 215 f., 517  
 Havelland, Nathan 215 f.  
 Havelland, Paul 215  
 Havelland, Siegmund 215  
 Hebold, Otto 28  
 Hecht, Bertha 77, 217–219, 517  
 Hecht, Charlotte 217 f.  
 Hecht, Flora (verh. Gaden) 217, 219  
 Hecht, Hermann Hersch 217  
 Hecht, Jacob 217 f.  
 Hecht, Josef 217, 219  
 Hecht, Lea 217  
 Hecht, Rosalie (verh. Hansen) 217, 219  
 Hecht, Rywka (Regine) (geb. Waldmann)  
     217  
 Heilbronn, Henriette  
     siehe Henriette Meyer  
 Heilbut, Erich Alexander 71, 220–223,  
     422, 517  
 Heilbut, Helene (geb. Kühn) 223  
 Heilbut, Helene (geb. Samuel) 220, 222  
 Heilbut, Jacob Gottschalk Simon 349 f.  
 Heilbut, Julie Elfriede 348 f.  
 Heilbut, Michel Liepmann 220, 223  
 Heilbut, Minna (geb. Mendel) 348 f.  
 Heilbut, Oswald 220, 223  
 Heilbut, Rosa Charlotte 348 f.  
 Heilbut, Thea 220, 223  
 Heilbut, Vera 220, 223  
 Heinemann, Bertha  
     siehe Bertha Nürenberg  
 Heinemann, Max 390  
 Heinemann, Simon 395  
 Henschel, Dora (geb. Nissensohn) 224  
 Henschel, Doris (geb. Israel) 229 f.

## Personenregister

- Henschel, Edgar 230  
Henschel, Eduard 229 f.  
Henschel, Emma 230  
Henschel, Emma (geb. Melawer) 228  
Henschel, Erwin 224, 226–228  
Henschel, Eva Martha 228  
Henschel, Gerda 224, 226–228  
Henschel, Herbert 224, 227 f.  
Henschel, John 229 f.  
Henschel, Josef 228  
Henschel, Käthe 67, 224–228, 517  
Henschel, Kurt 229 f.  
Henschel, Leopold 224, 227 f.  
Henschel, Leopold jr. 228  
Henschel, Lilian Ursula 228  
Henschel, Martha (geb. London) 228  
Henschel, Mathilde 229 f.  
Henschel, Moses 229 f.  
Henschel, Oscar 224 f., 227 f.  
Henschel, Ralph Jacob 228  
Henschel, Röschen (geb. Oppenheim)  
224–228  
Henschel, Samuel David 228  
Henschel, Senta 65, 229 f., 517  
Henschel, Wilhelmina Anna 228  
Herdmüller (Pastor) 275  
Hertz, Ernst 107  
Herz, Auguste 232  
Herz, Berta 55, 163 f., 231–237, 517  
Herz, Franziska 232  
Herz, Helene (geb. Nathan) 163–165,  
231 f., 234–237  
Herz, Helene (Lenchen) (geb. Gumpel)  
232  
Herz, Henry 163, 231 f.  
Herz, Jenni 232  
Herz, Manfred 163–165, 232, 234, 236 f.  
Herz, Sander Levy 231  
Herz, Selde (geb. Wolffsohn) 231  
Herz, Sophie 232  
Herz, Walter 71, 163 f., 231–237, 517  
Heymann, Henriette (geb. Kahl) 54,  
238–240, 517  
Heymann, Jacob 238  
Heymann, Ludwig 238  
Hildebrandt 351  
Hildesheim, Gedalja 116  
Hildesheim, Sara 116  
Himmel, Lieselotte (geb. Geistlich)  
382–384, 386  
Himmler, Heinrich 34 f., 112  
Hindenburg, Paul von 178  
Hinz-Wessels, Annette 17, 30, 38  
Hirsch, Albert 240 f., 517  
Hirsch, Betty (geb. Moses) 432  
Hirsch, Betty (geb. Walter) 243  
Hirsch, Brünnhilde 243  
Hirsch, Caroline Friederike Elisabetha  
(geb. Schulz) 242  
Hirsch, Edgar 243, 246  
Hirsch, Emilchen (geb. Herz) 240  
Hirsch, Ernestine siehe Ernestine Levy  
Hirsch, Gottfried Wilhelm 243  
Hirsch, Hermann 240  
Hirsch, Hermine (geb. Reich) 242, 244  
Hirsch, Heymann Salomon 432  
Hirsch, Ilse Henriette 243  
Hirsch, Kurt 243  
Hirsch, Lis Susanne 243  
Hirsch, Maria (geb. Wiener) 242  
Hirsch, Marianne 117–119, 242–247, 517  
Hirsch, Maximilian 242–244  
Hirsch, Olga 243  
Hirsch, Paula 247  
Hirsch, Siegfried Salomon 242 f.  
Hirsch, Sieglinde Marie 243  
Hirsch, Veith 242  
Hirsch, Walther 243, 246 f.

- Hirsch, Willi 243, 247  
Hirsch, Willibald 242 f.  
Hirsch, Wolfram 243  
Hirsch-Reich, Beatrice (geb. Hirsch)  
    242–244, 246  
Hirschfeld, Herbert 248, 251  
Hirschfeld, Jenny (geb. Tannenbaum)  
    248 f., 251  
Hirschfeld, Ludwig Heinz 71, 248–251,  
    517  
Hirschfeld, Siegfried 248 f., 251  
Hirschkowitz (Hirschowitz, Hirshowitz),  
    Auguste 252, 517  
Hitler, Adolf 25–28, 34 f., 72, 96, 124,  
    137, 236, 290, 429, 468, 528, 533, 535,  
    544  
Höppner, ? 390  
Höß, Rudolf 38  
Hoffmann, Emil 253  
Hoffmann, Wanda 71, 517  
Hoffmann, Wanda (geb. Malinowski)  
    253 f.  
Holländer, Alexander Albert 499  
Horn, Margarethe Emilie 374  
Horn, Nikolaus Konrad 374  
Horwitz, Abraham Albert Siegmund  
    254 f.  
Horwitz, Albert 255  
Horwitz, Alfred 130  
Horwitz, Antonie Louise 254, 256  
Horwitz, Friedrich Joseph 254–256  
Horwitz, Hans 308 f.  
Horwitz, Hedwig (geb. Friedheim) 129  
Horwitz, Julie siehe Julie Cahn  
Horwitz, Julius 307 f.  
Horwitz, Ottilie (geb. Lasker) 254 f.  
Horwitz, Paul Eduard 254–256, 517  
Horwitz, Samuel Philip 129  
Horwitz, Selma (geb. Levy) 306–309  
Horwitz, Siegmund Wilhelm 254, 256  
Horwitz, Werner Berthold 308  
Huth, Hermann 180  
Illies, Arthur 474  
Insel, Adolph 257 f.  
Insel, Alice Gertrud (geb. Münzer)  
    257–259, 518  
Isenberg, Arthur 503  
Jacob, Harry 260–263, 518  
Jacob, Moritz 260  
Jacob, Rosalie (geb. Moses) 260, 262  
Jacobsohn, Jermann 397  
Jacobsohn, Joseph 86  
Jacobsohn, Philippine (geb. Philip) 397  
Jacobson, Maria 331  
Jänicke, Friedrich 117  
Janßen, Dr. 503  
Jaspersen, Otto 111  
Jelenkiewicz, Karl 77, 263–266, 518  
Jelenkiewicz, Max 263 f.  
Jelenkiewicz, Rosa (geb. Rothschild) 263,  
    266  
Jelenkiewicz, Sophia Elisabeth Johanna  
    (geb. Stemwede) 264 f.  
Jenner, Harald 288 f., 291  
Joelson, Nathan Arthur 202  
Joelson, Rahel Ester (geb. Goldschmidt)  
    202  
Jørgensen, Niels Martin 83, 85  
Jordan, Mathilde (geb. Lehmann) 267 f.,  
    518  
Josephy, Hermann 249  
Jurmann, Abraham Wolf 269–271  
Jurmann, Bertha 271  
Jurmann, Chana 269 f.  
Jurmann, Dora 271  
Jurmann, Esra 271

## Personenregister

- Jurmann, Ethel (geb. Lichtenthal) 269  
Jurmann, Felix 271  
Jurmann, Hermann 73, 269–271, 518  
Jurmann, Itzig Isaak 269–271  
Jurmann, Libe 269 f.  
Jurmann, Lucyas (Leiser, Eliezer)  
    269–271  
Jurmann, Manfred 271  
Jurmann, Miriam (geb. Grün) 271  
Jurmann, Philip 271  
Jurmann, Simmel 269 f.
- Kahl, Carl Heinrich Theodor 238  
Kahl, Friederike (geb. Rosenberg) 238  
Kahl, Henriette  
    siehe Henriette Heymann  
Kaiser, Margot (geb. Jelenkiewicz) 263,  
    266  
Kalmus, Dr. Ernst 220, 396  
Kanter, Sella (geb. Bleiweiss) 481 f.  
Kapost, Hermann 79  
Karlsberg, Rolf Abel Wilhelm 98  
Karpeles, Nicolaus Joseph 107  
Karpeles, Tekla Gitla Kaftal 107  
Kasarnowsky, Sophie 272 f., 518  
Kauffmann, Hugo Ludwig 375  
Kauffmann, Jeanette Hedwig (geb. Müller)  
    372, 375  
Kaufmann, Amalie (geb. Bodenheimer)  
    277  
Kaufmann, Anna (geb. Borchardt,  
    verw. Bergmann) 280 f.  
Kaufmann, Bertha 71, 273–277, 518  
Kaufmann, Carl 278 f.  
Kaufmann, Else (geb. Lehmann) 280  
Kaufmann, Hans 278 f.  
Kaufmann, Henriette 273  
Kaufmann, Iwan 278 f.  
Kaufmann, Josef 278  
Kaufmann, Karl  
    (Hamburger Reichsstatthalter) 80  
Kaufmann, Karl 273, 275, 277  
Kaufmann, Karl (Carl) 280 f.  
Kaufmann, Male (geb. Lewie) 278 f.  
Kaufmann, Max 278 f., 518  
Kaufmann, Maximilian (Max) 280 f., 518  
Kaufmann, Rosalie (geb. Franck) 280  
Kaufmann, Samuel 280  
Kaufmann, Wilhelm 273  
Keitz, Dr. von 168  
Kempe, Bruno 237  
Kempner, Eva (geb. Zucker) 506, 509  
Kingreen, Monica 17  
Kirner, Emma (geb. Carsch) 283 f.  
Kirner, Ernst 284  
Klein, Ina (geb. Valk) 447, 450  
Klein, Max 450  
Kloot, Hans 323  
Kloot, Hedwig (geb. Lippmann) 321–323  
Köhler, Dorothea 117  
König, Martha 344  
König, Wolfgang Günter 344, 346  
Königsberg, Cilli 435  
Koppel, Emma (geb. Blogg) 283  
Koppel, Johanna 518  
Koppel, Johanna (geb. Carsch) 282–285  
Koppel, Dr. Leopold 171  
Koppel, Meyer 283  
Koppel, Oscar 283, 285  
Kramer, S. 335  
Krupnick, Abraham 471  
Krupnick, Feivusch 471  
Krupnick, Sara-Scheyne  
    siehe Sonia (Sophie) Wechsler  
Kruse, Albert 296  
Kruse, N. 124  
Kühn, Hermann 531  
Kunert, Hermann 206

- Kunz, Anna (geb. Krauß) 118 f., 121,  
244–246
- Kunz, Dorothea 118, 245
- Kunz, Friedrich 117 f., 244
- Kunz, Gertrud 118, 245
- Kuppermann, H. 218
- Ladewig, Friedrich Wilhelm 149, 151
- Langsner, Amalie Malka 73, 285–293,  
518
- Langsner, Baruch 285–287, 289 f., 292
- Langsner, Golde (geb. Ast) 286
- Langsner, Juda Hirsch 286
- Langsner, Laura Feige Liebe (geb. Freibig)  
286, 289 f., 292
- Langsner, Sophie Minna 286 f.,  
289–292
- Laser, Hedwig (geb. Seligsohn) 420, 422
- Laser, Hermann 422
- Laser, Moritz 422
- Laser, Werner 422
- Laski, Annemarie 297
- Laski, Arnold (Abram Blum) 294
- Laski, Carl Reinhard 71, 294–297, 518
- Laski, Harry 294, 296
- Laski, Ida (geb. Wulffsohn) 294, 296
- Laski, Johann Arnold 297
- Laski, Johann Walter 296 f.
- Laski, Mathilde (geb. Kallmes) 297
- Laski, Wera 294
- Leeser, Antonie 366
- Lehmann, Arnold 267
- Lehmann, Flora 267
- Lehmann, Hans Max Siegfried 298 f.
- Lehmann, Isaak 267 f.
- Lehmann, Jakob (genannt Gerson I.) 267
- Lehmann, Karolina 267
- Lehmann, Karoline (geb. Mayer) 267
- Lehmann, Ludwig 267, 298 f.
- Lehmann, Luise Franziska (genannt Lilly)  
298 f., 518
- Lehmann, Markus 267
- Lehmann, Mathilde  
siehe Mathilde Jordan
- Lehmann, Rosa (geb. Pincus) 298
- Lehmann, Samuel 267
- Lehmann, Samuel (Sally) 298
- Lehmann, Susanna (geb. Berg) 267
- Lemmel (genannt Kaskel) 263
- Lensch, Friedrich Karl 65, 75, 150, 207,  
230, 294, 319, 385, 390, 402, 405, 421
- Leubuscher, Dr. 507
- Levi, Emma 67, 300–302, 518
- Levi, Jette (geb. Fränkel) 300 f.
- Levi, Julchen, genannt Frieda 300–302
- Levi, Laura (geb. Massenbacher) 337
- Levi, Saly 300
- Levi, Selma 300
- Levin, Gertrud 304
- Levin, Meta 304
- Levinson, Fanny (geb. Neumark) 387 f.
- Levinson, Max 387 f.
- Levy, Adele 302–304, 518
- Levy, Albert Bruno Ernst 256
- Levy, Anna Friederike (geb. Horwitz) 254,  
256
- Levy, Benjamin 306 f.
- Levy, Benjamin Samuel 302 f.
- Levy, Bernhard 312, 314
- Levy, Caroline (geb. Cohn) 310
- Levy, Clara 306, 309
- Levy, Ernestine (geb. Hirsch) 305 f., 518
- Levy, Friederika (geb. Rothstein) 302 f.
- Levy, Händel (genannt Helene)  
(geb. Goldschmidt) 306–308
- Levy, Helene (geb. Schlomann) 303
- Levy, Hugo 256
- Levy, Isidor 310

## Personenregister

- Levy, Josef 67, 306–309, 518  
Levy, Joseph 388  
Levy, Julie (geb. Hesse) 387  
Levy, Louis 312, 387  
Levy, Martha (geb. Drögmöller) 314  
Levy, Martin 312, 314  
Levy, Richard 310–312, 519  
Levy, Robert Martin 64, 312–314, 519  
Levy, Rosa (geb. Cohn) 312  
Levy, Sabine 303 f.  
Levy, Sophie 306–309  
Levy, Therese (geb. Wagener) 312, 314  
Lewie, Hermann 342  
Lewie, Kitty (geb. Isaacs) 342  
Lewin, Bertha (geb. Zastrow) 315  
Lewin, Hannchen 315 f., 519  
Lewin, Louis 315  
Lexandrowitz, Bertha 136 f.  
Lexandrowitz, Dora 136  
Lichtenstädter, Jacob 334  
Lichtenstein, Kurt Hermann 259  
Lichtenstein, Lucie Frieda (geb. Münzer)  
257, 259  
Lichtenstein, Marion Hanna 259  
Lieber, Hermann 338  
Lieber, Jette (geb. Massenbacher) 337 f.  
Liebermann, Max 109  
Liebstein, ? 474  
Lienau, Arnold 111  
Lienau, Cai 460  
Lienau, Dr. 466  
Liepmann, Adele 318  
Liepmann, Bernhard 65, 316–320, 519  
Liepmann, David 317, 320  
Liepmann, Ferdinand 317 f.  
Liepmann, Frieda 317, 320  
Liepmann, Hannchen 316–318, 320  
Liepmann, Henriette 316 f., 320  
Liepmann, John 317 f.  
Liepmann, Max 317  
Liepmann, Nathan 316 f.  
Liepmann, Rebecka Mathilde  
(geb. Kussel) 316  
Liepmann, Sam 317  
Liepmann, Siegmund (geb. 15. 9. 1880)  
317  
Liepmann, Siegmund (geb. 24. 7. 1876)  
317  
Lier, Charles van 480  
Lier, Hanna (Hannchen) van (geb. Wehl)  
479–481  
Lier, Salomon Samuel van 481  
Lilienthal, Georg 61, 463  
Linden, Herbert 28, 32, 291  
Lindow, Ernst 485  
Lippmann, Betty 77 f., 320–323, 519  
Lippmann, Clara 321, 323  
Lippmann, Emma 321, 323  
Lippmann, Hanna (geb. Beer) 320 f.  
Lippmann, Leffmann Mendel 320 f.  
Lippmann, Siegfried 321, 323  
Lissauer, Alexander Heimann 440  
Lissauer, Betty 440  
Lissauer, Jacob John 449  
Lissauer, Selma (geb. Valk,  
verw. Rothschild) 447–449  
Löwenberg, Carl 399  
Löwenberg, Dr. Jacob 419  
Löwenberg, Richard 338  
Löwenthal, David Levy 432  
Löwenthal, Emil 324  
Löwenthal, Fanny (geb. Freyd) 432 f.  
Löwenthal, Hermann 432–434  
Löwenthal, Martin 432  
Löwenthal, Minna (geb. Arnheim) 324  
Löwenthal, Oscar 75, 134, 189, 324 f.,  
519  
Löwenthal, Pauline (geb. Hirsch) 432

- Löwenthal, Rebecca (geb. Freyd) 432  
 Lottig, Dr. Heinrich 496  
 Lubascher, Sophie (urspr. Salie)  
     (geb. Zuckermann) 510 f., 513  
 Ludwig Franks 183  
 Lübeck, Ella 67, 325–327, 519  
 Lübeck, Emma (geb. Puschke) 325  
 Lübeck, Frieda (geb. Ullrich) 325–327  
 Lübeck, Harry 325–327  
 Lübeck, Leonore (geb. Hinsch) 325  
 Lübeck, Leopold 325  
 Lübeck, Levin 325  
 Lübeck, Martha Mathilde 325  
 Lübeck, Max 325  
 Lübeck, Wulf Levin 325  
 Lütjens, Henriette (geb. Vogel) 459, 461  
 Luvascher, Ludwig Paul 513  
 Lyon, Dr. Gerda 226
- Maier, Ella 328 f.  
 Maier, Emma (geb. Renner) 328 f.  
 Maier, Hugo 328 f.  
 Maier, Josef 328 f.  
 Maier, Therese 67, 328 f., 519  
 Malinowski, Joachim 253  
 Malinowski, Monika (geb. Geschanske)  
     253  
 Malinowski, Wanda  
     siehe Wanda Hoffmann  
 Mannheim, Betty 71, 330–332, 519  
 Mannheim, Emma 330  
 Mannheim, Ernst August 330, 332  
 Mannheim, Friederike (Frieda)  
     (geb. Deitelzweig) 330 f.  
 Mannheim, Johanne 330 f.  
 Mannheim, Otto 330, 332  
 Marmorek, Berl 333–335  
 Marmorek, Caroline  
     (geb. Lichtenstädter) 334
- Marmorek, Friederike (geb. Baruch) 48,  
     333–336, 519  
 Marmorek, Herbert 333–335  
 Marmorek, Julius Karl 334  
 Marmorek, Kurt Markus Alexander  
     334  
 Martienssen, Ada Sophie (geb. Warburg)  
     469  
 Martienssen, Ernst Eduard 469  
 Massenbacher, Helena (geb. Blum) 337  
 Massenbacher, Jakob 337  
 Massenbacher, Leopold 71, 337–339, 519  
 Massenbacher, Lia 337  
 Massenbacher, Maier 337  
 Massenbacher, Max 337  
 Massenbacher, Moshe Chaim 337  
 Massenbacher, Rosa 337–339  
 Massenbacher, Salomon 337–339  
 Massenbacher, Seligman Moshe Chaim  
     337  
 Mattersdorf, Bronislaw Luise Dorothea  
     339–341, 519  
 Mattersdorf, Franz August 339–341  
 Mattersdorf, Gitel (geb. Natansohn) 339  
 Mattersdorf, Luise 78  
 Mattersdorf, Selma (geb. Michaelis) 339  
 Max, Hertha (geb. Nathan) 346  
 Mecklenburg, Walter 531  
 Meier, Alice 346  
 Meier, Arthur Samuel 341–346, 519  
 Meier, Emil 402  
 Meier, Emilie (geb. Lewie) 341 f.  
 Meier, Frank 346  
 Meier, Gumpel (Gustav) 341 f.  
 Meier, Hermann 342–345  
 Meier, Joseph 341 f.  
 Meier, Leon (genannt Hans) 342–346  
 Meier, Martha 343, 345  
 Meier, Max 342–344, 346

## Personenregister

- Meier (vorm. Meyer), Salomon (Sally)  
341–343
- Meier, Wolfgang 346
- Mendel, ? 233
- Mendel, Auguste (geb. Stein) 350
- Mendel, Berta 77, 347–350, 419, 421 f.,  
519
- Mendel, Harry 348, 350
- Mendel, Julie (geb. Leers) 347 f., 419 f.
- Mendel, Marianne 348, 350
- Mendel, Moses 347, 349
- Mendel, Nathan Seligmann 347 f., 419
- Mendel, Philipp 348, 350
- Mendel, Rosa 348, 350
- Mendel, Wanda (geb. Gonsiorowski) 349
- Mendel, Wolf 348 f.
- Meyer, Adolph 355
- Meyer, Adolph (genannt Adolph Theodor)  
350–353, 355, 519
- Meyer, Betty 355 f., 519
- Meyer, Caecilie (geb. Haase) 359, 361
- Meyer, David 357 f.
- Meyer, Gerda (geb. Cohen) 357 f.
- Meyer, Golda (geb. Baumgarten) 357 f.
- Meyer, Henriette 41, 78 357 f., 520
- Meyer, Henriette (geb. Heilbronn) 341
- Meyer, Julius Noah 357 f.
- Meyer, Martin (geb. als Haase) 359, 362
- Meyer, Mathilde (geb. Wolffsohn) 355 f.
- Meyer, Max 359–361
- Meyer, Ruth 357 f.
- Meyer, Thelesia (geb. Baruch) 333 f.
- Meyer, Thorwald 67, 359–362, 520
- Meyer, Ursel 359, 361
- Meyersohn, Arthur 94
- Meyersohn, Robert 94
- Michael, Friedrich Karl 363
- Michael, Karl Friedrich 363 f., 520
- Michael, Klara 363
- Michaelis, Johanna 133
- Michelsohn, Adele (geb. Lilienfeld) 364
- Michelsohn, Waldemar 364, 366
- Michelson, Fritz 364–366
- Michelson, Hildegard Alice 364, 366
- Michelson, Lili 364–366, 520
- Michelson, Margarethe (geb. Leeser)  
364–366
- Michelson (vorm. Michelsohn), Simon  
Arje 364–366
- Milee, Erika (Künstlername, ursprünglich  
Erika Michelson) 364–366
- Möller, Ebba 109
- Möller (Rechtsanwalt) 467
- Mohr, ? 403
- Moses, Alice 368
- Moses, Edith 368
- Moses, Hanna 367
- Moses, Iwan 367 f.
- Moses, Jenni (geb. Levi) 367
- Moses, Jonas 459
- Moses, Joseph 367
- Moses, Luise Martha (geb. Kracht) 368
- Moses, Martin 71, 367 f., 520
- Moses, Mathilde (geb. Levy) 459
- Moses, Matilde (geb. Cohen) 368
- Moses, Max 367
- Moses, Rifka (Riwka) (geb. Grünberg)  
368
- Moses, Ruth 368
- Moses, Salo 367 f.
- Mosler, Martha 77
- Müller, Adolf 369
- Müller, Anton 71, 369–372, 520
- Müller, Carl Hertz 67, 372 f., 375, 520
- Müller, Emilie (geb. Haarburger) 372
- Müller, Emma (geb. Singer) 369–372
- Müller, Ernst Aron 372, 375
- Müller, Hans Josef 372, 374

- Müller, Hildegard Karoline 374  
Müller, Jacob 317  
Müller, Kurt 369, 371  
Müller, Minna Ida (geb. Kock) 374  
Müller, Paul Edgar 373 f.  
Müller, Siegmund 372  
Müller, Willi Leopold 373–375  
Münzer, Adele (geb. Nahm) 257–259  
Münzer, Alice Gertrud  
    siehe Alice Gertrud Insel  
Münzer, Eugen 257
- Nakler, Lilly Julia (verh. Borchardt) 118  
Nakler, Matthias 118  
Nansen, Fritjof 472  
Nathan, Benny 346  
Nathan, Clara (geb. Mendel) 347, 349  
Nathan, Gerson 231 f.  
Nathan, Hans Arno 346  
Nathan, Helene (Lenchen) (geb. Gumpel)  
    232, 234  
Nathan, Henry 349  
Nathan, Julius 231, 236, 349  
Nathan, Käthe (geb. Meier) 342–344,  
    346  
Nathan, Lilly 232, 234–237  
Nathan, Marcus 231, 235  
Nathan, Max 232  
Nathan, Dr. Nathan Max 276  
Nathan, Neumann 163 f., 231 f., 234,  
    236  
Nathan, Recha (geb. Joseph) 231 f.  
Nehemias, Bernhard 376 f.  
Nehemias, Johanna (geb. Rothgießer)  
    376–378  
Nehemias, Julius 376–378, 520  
Nehemias, Marianne Martha 376, 378  
Neufeld, Dr. Kurt 178  
Neukorn, Anna 379  
Neukorn, Beila (geb. Berkner,  
    verw. Spitzel) 379, 381  
Neukorn, Carolina 379, 381  
Neukorn, Esther 64, 379–381, 520  
Neukorn, Maria 379, 381  
Neukorn, Salomon 379  
Neumann, Hermann 382  
Neumann, Lewin 381  
Neumann, Mathilde (geb. Lohde) 381  
Neumann, Rosa 65, 67, 381–383, 385 f.,  
    520  
Neumann, Siegfried 381  
Neumark, Anna (geb. Levy) 387–389,  
    393 f.  
Neumark, Edgar 387–389, 392–394, 520  
Neumark, Hanna (geb. Berwin) 387  
Neumark, Karl-Heinz 65, 67, 387, 389–  
    394, 520  
Neumark, Meyer 387  
Neumark, Richard 387, 389–394, 520  
Neumark, Walter 79, 387, 389 f., 392,  
    393 f.  
Nitsche, Paul 28  
Nonne, Max 100, 117, 231  
Norden, Carl 480  
Nordheim, Marcus 303  
Nowottny, Martha (geb. Victor) 455, 458  
Nürnberg, Bertha (geb. Heinemann) 127,  
    395 f., 520  
Nürnberg, Osias 395  
Nupnau, Georg 292
- Ofterdinger, Dr. 64
- Paul, M. 206  
Pauwels, Joseph 266  
Pecht, Dr. 391  
Petersen, Carl 360  
Petersen, Käthe 66, 119, 253

## Personenregister

- Philipp, Elsa (geb. Laski) 296  
Philipp, Herbert 297  
Philipp, Hermann 296  
Picard, Thekla 224, 227  
Pieper, Ernst Ulrich 290  
Pierschel, Heinrich Emil 151  
Pierschel, Käthchen, (geb. Dessau) 148,  
151  
Pincus, Betty (geb. Mathias) 397  
Pincus, Dora (geb. Unna) 397  
Pincus, Fanny (geb. Jacobsohn) 397, 399  
Pincus, Gertha 67, 397, 399 f., 520  
Pincus, Jenny 397–400  
Pincus, Jeremias 191, 397, 399  
Pincus, Leo 397, 400  
Pincus, Martin 400  
Pincus, Mathilde (geb. Hübener) 400  
Pincus, Pincus Levin 397  
Pincus, Selma 400  
Piper, Ernst Ulrich 290  
Pissarro, Camille 112  
Platen-Hallermund, Karl Graf von 322  
Plaut, Max 48–50, 56, 527 f., 530  
Pohlmann, Heinrich 94  
Pohoryles, Dina (geb. Feuerberg) 174  
Poppenberg, ? 199  
Posner, Edgar Harald Paul 401, 403  
Posner, Eduard 401  
Posner, Käthe Sidonie (genannt Hede)  
(geb. Frensdorff) 401, 403  
Posner, Margot Bertha 65, 401–403,  
520  
Posner, Max Eduard (später Max Parrey)  
401–403  
Prag, Frieda (geb. Bleiweiss, gesch. Bezen)  
481 f.  
Prag, Julius 482  
Pumpianski, Bussa (geb. Plaschzen oder  
Plachzun) 404  
Pumpianski, Gerda 65, 404–406, 520  
Pumpianski, Meyer 404  
Radlauer, Benjamin 256  
Radlauer, Elise Zipora (geb. Horwitz)  
254, 256  
Rath, Ernst vom 535, 542  
Rehfeldt, Marcus 407 f.  
Rehfeldt, Philippine 407 f.  
Rehfeldt, Rosa (geb. Goldberger)  
406–408, 521  
Reich, Charlotte (geb. Landesmann) 242  
Reich, Emil 242, 244, 246  
Reich, Julius 242, 246  
Reich, Samuel 242  
Reichberger, Czilli siehe Czilli Wallschütz  
Reichberger, Fanny (geb. Stern) 462  
Reichberger, Hans 462  
Reichberger, Hermann 462  
Reichenbach, Alfred 409  
Reichenbach, Amalie (geb. Koppel) 408 f.  
Reichenbach, Anna 408–410, 521  
Reichenbach, Bernhard 408 f.  
Reichenbach, Bertha 409  
Reichenbach, Bruno 409  
Reichenbach, Carl 409  
Reichenbach, Gretchen 409  
Reimers, ? 396  
Reiss, Adele (geb. Lewin) 411  
Reiss, Alexander 411 f.  
Reiss, Bernhard 71, 411 f., 521  
Reiss, Cäcilie Kiczales 161  
Reiss, Chane Neche (Anna)  
(geb. Engländer) 158, 160 f.  
Reiss, Gerda 161  
Reiss, Hanchen 411 f.  
Reiss, Henry 411 f.  
Reiss, Jacob 161  
Reiss, Michael 411 f.

- Reiss, Regina (geb. Katz) 411 f.  
 Reiss, Sender (Jacob) 161  
 Reiss, Theodor 411 f.  
 Roch, Nathan 474  
 Rosenau, Wilhelm 498  
 Rosenbaum, Clara (geb. Frankfurter) 188  
 Rosenbaum, Samuel 188  
 Rosenberg, Eugen Baruch 499  
 Rosenblum, Aron 145  
 Rosenblum, Ascher (Adolf) 413  
 Rosenblum, Betty (urspr. Betti) 413–415  
 Rosenblum, Blima (Bluma)  
     (geb. Danciger) 145, 147  
 Rosenblum, Ella Esther 413–415, 521  
 Rosenblum, Erich 414 f.  
 Rosenblum, Henriette 413–415  
 Rosenblum, Jenny (geb. Jacob) 414 f.  
 Rosenblum, Johanna (geb. Simon) 413  
 Rosenblum, Judith 145  
 Rosenblum, Max 413–415  
 Rosenblum, Moritz 413–415  
 Rosendorf, Max 192, 194  
 Rosendorf, Meta (geb. Gattel) 192, 194  
 Rosener, Fraenze 165  
 Rother, Marta 203, 205 f.  
 Rothschild, Elise (geb. Meininger) 415  
 Rothschild, Georg 449  
 Rothschild, Israel 415  
 Rothschild, John Joseph 449  
 Rothschild, Julius 449  
 Rothschild, Lucie 415 f., 521  
 Rückriem, Ulrich 532  
 Rüdiger, Franziska (geb. Mendel) 347, 349  
 Rüdiger, Max Robert 349  
 Rümmeli, Arthur 97  
 Rumkowski, Chaim 213
- Saldorf, Emily (geb. Lazarus) 417  
 Saldorf, Helena 416–418, 521  
 Saldorf, Mathilde 416, 418  
 Saldorf, Miehne (geb. Collin) 416–418  
 Saldorf, Miguel 416–418  
 Saldorf, Salomon Michel 416 f.  
 Samson, Alfred 494  
 Samson, Daniel 494, 499  
 Samson, Hortensia (geb. Rubin) 494  
 Samson, Ilse Herta  
     siehe Ilse Herta Zachmann  
 Samson, Johanna Martha  
     (verh. Holländer) 494, 499  
 Samson, Kurt Richard 494 f., 499  
 Samson, Louise Elsa (geb. Lewandowsky)  
     499  
 Samson, Lucie Alice Irma  
     (verh. Rosenberg) 494, 499  
 Samson, Martha 331 f.  
 Samson, Mathilde (geb. Schwerin) 494  
 Samson, Morris 244  
 Samson, Paul 494  
 Samson, Paula Nelly (verh. Aufhäuser)  
     494, 496, 499  
 Samson, Richard 110 f.  
 Samter, Dora (geb. Dessau) 148 f., 151  
 Samter, Heinrich 151  
 Samter, Henriette (geb. Dessau) 148, 151  
 Samter, Ludwig 151  
 Samuel, Flora (geb. Liepmann) 316 f., 320  
 Samuel, Heinrich 317  
 Schäfer, Dr. Gerhard 185  
 Schallert, Willibald 180  
 Scheier, Auguste (geb. Baruch) 333, 335  
 Schlüter, Johannes 390  
 Schmidt, Max 224  
 Schmuhl, Hans-Walter 38  
 Schneid, Marie (geb. Beer) 286 f., 290  
 Schneid, Max Mendel 287, 290  
 Schneid, Rosel Regina 287, 290  
 Schneider, Gerhard 54, 285, 426

## Personenregister

- Schulle, Diana 498  
Schultz (Nazi) 501  
Schulz, ? 351  
Schulz, Else 453 f.  
Schumann, Horst 38  
Schutte, Dr. 503  
Seckel, Edith (geb. Glassmann) 199 f.  
Seckel, Heinrich 199  
Selig, Gertrud (geb. Jelenkiewicz) 263, 266  
Selig, Simon Selig (Siegfried) 93  
Seligsohn, Fanny (geb. Guttmann) 420  
Seligsohn, Gertha (geb. Mendel) 348–350, 419 f., 422  
Seligsohn, Helene Minna 420  
Seligsohn, Helga 420  
Seligsohn, Hermann 67, 349, 419–422, 521  
Seligsohn, Hermann sen. 420  
Seligsohn, Ilse 420  
Seligsohn, Kurt 420  
Seligsohn, Ludwig 349, 419 f., 422  
Seligsohn, Paul 420  
Seligsohn, Walter 349, 420, 422  
Sichel, Gitta 339  
Sichel, Selma (geb. Massenbacher) 337 f.  
Siemers (Rechtsanwalt) 172, 496, 498  
Silberberg, Albert 232  
Silberberg, Cäcilie (geb. Jacobi) 422  
Silberberg, Dorothea Dorthy 78, 422 f., 521  
Silberberg, Max 422  
Simon, David 424  
Simon, Franz 424 f.  
Simon, Gottfried 78, 424 f., 521  
Simon, Isaac Behr 131  
Simon, Leo 424 f.  
Simon, Sara (geb. Frank) 131  
Simon, Wilhelmine Leondine Louise (geb. Salomon) 424  
Simon (Witwe) 473  
Simonsen, Hermann 356  
Slevogt, Max 109  
Slominsky, Frymeta (Fimetta) (geb. Danciger) 144–147  
Slominsky, Hersch 147  
Slominsky, Leon 147  
Sochaczewski, Heinrich 373  
Sochaczewski, Werner 373  
Sohn, Carl Richard 410  
Somigli, Carlo Pasquale 151  
Sommer, Aron 426  
Sommer, Louis 60, 71, 426–428, 521  
Sommer, Rebecca Rieke (geb. Pincus) 426  
Sostheim, Paul 99, 102  
Staemmler, Martin 18  
Steigerthal, Georg 326  
Stein, Arnold Abraham 73, 428–431, 521  
Stein, Erich Elieser 48, 73, 428–431, 521  
Stein, Hilde (geb. Hammerschlag) 428 f., 431  
Stein, Siegbert Awieser 428 f., 431  
Stein, Siegmund Werner 429, 431  
Steinhart, Amalie (geb. Löwenthal) 432, 435  
Steinhart, Rudolf (Reuven) 434 f.  
Steinhart, Sonja 432–435, 521  
Steinhart (vorm. Sztainhart), Nuta 432 f.  
Stephan, Hans 531  
Stern, Feodor 409 f.  
Stern, Johanna (geb. Jüdel) 410  
Stern, Käthe 410  
Stern, Mary (geb. Reichenbach) 409 f.  
Sternfeld, Dr. 293  
Stoppauer, Giedchen (geb. Levi) 300–302  
Stoppauer, Karl 301  
Strakerjahn, Johann C. H. 72, 288

- Strauß, Alfred 309  
 Strauß, Berta (gesch. Bloch, geb. Levy)  
     306 f., 309  
 Strauss, Paula (geb. Lehmann) 267 f.  
 Strauss, Siegmund 268  
 Streckenbach, Bruno 529  
 Süsser, Flora (geb. Fuld) 436, 439  
 Süsser, Hermann 436  
 Süsser, Willy (Wilhelm) 71, 436–440, 521  
 Sussmann, Bernhard 440–442  
 Sussmann, Franziska 71, 440–442, 521  
 Sussmann, Hannchen 441  
 Sussmann, Herrmann 441  
 Sussmann, Jette (geb. Philipp) 440, 442  
 Sussmann, Leopold Bergold 440 f.  
 Sussmann, Salomon 441  
 Sussmann, Siegfried 441  
 Sussmann, Simon Levin 440 f.  
 Sztainhart, Jakob Aaron 432  
 Sztainhart, Rikla (geb. Bilka) 432  
  
 Tettenborn, Friederike (geb. Valk) 447,  
     449  
 Tettenborn, Wilhelm Emil Paul 449  
 Thoms, Hermann 345  
 Tietz, Georg 398  
 Tietz, Martin 398  
 Toeplitz, Emmy (geb. Brann) 443  
 Toeplitz, Erich 443, 446  
 Toeplitz, Ida (geb. Blumberg) 443, 445 f.  
 Toeplitz, Jerubaal 73, 443–446, 521  
 Toeplitz, John 443–446  
 Toeplitz, Mirjam Gertrud (geb. Besser)  
     445 f.  
 Toeplitz, Peter 443  
 Toeplitz, Raphael 444 f.  
  
 Unger, Dr. 507  
 Unna, Dr. Joseph 179  
  
 Valk, Alfred 449  
 Valk, Edgar Martin 450  
 Valk, Ella (geb. Pincus) 400, 449  
 Valk, Erna (geb. Edelstein) 450  
 Valk, Erwin 447, 450 f.  
 Valk, Frieda Auguste (geb. Ries) 450  
 Valk, Günther Simon 450  
 Valk, Hanna (geb. Lion) 447, 451  
 Valk, Hans-Georg 450  
 Valk, Herbert 451  
 Valk, Iwan 447, 449  
 Valk, James 447, 450 f.  
 Valk, Johanna (geb. Oppenheim) 450  
 Valk, Julie (geb. Oppenheim) 451 f.  
 Valk, Leopold 64, 447 f., 452, 521  
 Valk, Lisa 451 f.  
 Valk, Margot (geb. Lion) 451  
 Valk, Semmy 447, 450 f.  
 Valk, Siegfried 447, 451 f.  
 Valk, Simon Moses 447  
 Valk, Walter James 451  
 Victor, Else (geb. Schulz) 453 f.  
 Victor, Emilie (geb. Freudenthal) 455, 458  
 Victor, Gertrud 453 f.  
 Victor, Hans Sally 453 f.  
 Victor, Ingeborg 453  
 Victor, Joseph 455  
 Victor, Line (geb. Seligmann) 453  
 Victor, Louis (genannt Ludwig) 455–458  
 Victor, Louis (urspr. Lippmann) 453, 455,  
     457  
 Victor, Margot 453  
 Victor, Max 453 f.  
 Victor, Minnalie siehe Minnalie Feder  
 Victor, Perez 453–456  
 Victor, Regine 453–455, 457, 521  
 Victor, Rosa (geb. Abrahamson) 457 f.  
 Victor, Sally 77, 453–458, 522  
 Victor, Selma (geb. Stern) 454

## Personenregister

- Vogel, Flora (geb. Moses) 459–461  
Vogel, John 459, 461  
Vogel, Julius 459  
Vogel, Levy 459  
Vogel, Louis 459–461, 522  
Vogel, Lydia Caroline (geb. Baszulewski) 460  
Vogel, Max 459  
Vogel, Semmy 459  
Vogel, Sophie (geb. Finkenberg) 459  
Vogt, Karl 391
- Wagner, Mathias 280  
Wagner, Robert 106  
Walchensteiner, Otto 74  
Wallach, Bella (geb. Massenbacher) 337 f.  
Wallschütz, Auguste Ida Liesbeth 462 f.  
Wallschütz, Carl Hermann Wilhelm 462 f.  
Wallschütz, Czilli (geb. Reichberger) 31, 54, 67, 462 f., 522  
Wallschütz, Karl Friedrich Wilhelm 462 f.  
Wandmacher, Margarethe (Grete) (geb. Vogel) 459, 461  
Warburg, Albert 464, 469  
Warburg, Anna 225  
Warburg, Anna Elisabeth (geb. Brandis) 465, 467  
Warburg, Anna Helene 465  
Warburg, Betty 469 f.  
Warburg, Carl Albert Otto 465  
Warburg, Emil 464  
Warburg, Emma Maria Amalie 77, 464–470, 522  
Warburg, Gertrude (Gertha) Margaretha (geb. Rindskopf) 469 f.  
Warburg, Ilse Gudrun (geb. Olshausen) 468 f.
- Warburg, Jacob 465  
Warburg, Jacob Samuel 464  
Warburg, Marion Helga 468  
Warburg, Otto Heinrich 464  
Warburg, Pius Moritz Rudolf 465, 467–469  
Warburg, R. D. 464  
Warburg, Renata Margarete 468  
Warburg, Ruth Erika 468  
Warburg, Salomon Siegfried 464–466  
Warburg, Samuel S. 464  
Warburg, Sophie Charlotte Henriette 465  
Warburg, Wilhelm Siegfried 469  
Warburg, Wulf Salomon 464  
Weber, Alter 490  
Wechsler, Abraham (Avraham) 471–475, 478  
Wechsler, Anna (geb. Roch) 474 f.  
Wechsler, Itamar 470, 478  
Wechsler, Jacob (Yaacov) 471–475  
Wechsler, Max (Meir) 471–475  
Wechsler, Sonia (Sophie) (geb. Sara-Scheyne Krupnick) 470–478, 522  
Wechsler, Tobias (urspr. Tuvija Zalmana d. Vekslers) 471–478  
Wehl, Hans-Ulrich 362, 481  
Wehl, Heinz (Günther) 362, 481  
Wehl, Jonas Abraham 479–482  
Wehl, Line (genannt Lina) (geb. Bleiweiss) 71, 362, 479–482, 522  
Wehl, Margot (geb. Meyer) 359, 362, 481  
Wehl, Martha (geb. Brager) 479  
Wehl, Siegbert Salomon (genannt Salo) 362, 479, 481  
Wehl, Siegfried 479  
Weil, Adolf 94  
Weil, Bernhard 132 f.  
Weil, Erich 73, 483–485, 522

- Weil, Fanny (geb. Simons) 132  
 Weil, Franziska (genannt Fräncis)  
 (geb. Silberberg) 483–485  
 Weil, Hermann 450  
 Weil, Jenny (Jenni) (geb. Valk) 447, 450  
 Weil, John 483 f.  
 Weil, Kurt 483 f.  
 Weil, Rieckchen (geb. Pincus) 400  
 Weil, Rosa Therese (geb. Cohen) 131–133  
 Weimann, Anna Luise/Louise Hedwig  
 486 f., 522  
 Weimann, Gottfried 486  
 Weimann, Marie (geb. Ludwig) 486  
 Weinberg, ? 164  
 Weinberg, Henriette (geb. Reiss) 487  
 Weinberg, Hermann 487  
 Weinberg, Salo 487 f., 522  
 Wenz, Erna (geb. Vogel) 459, 461  
 Weygandt, Wilhelm 275, 301  
 Wiener, Dr. 507  
 Wiesner, Charlotte 489, 493  
 Wiesner, Cilly (Cirel) (geb. Heller) 489,  
 491  
 Wiesner, Frieda 489 f.  
 Wiesner, Gerda Regina Ruth 77, 489–  
 493, 522  
 Wiesner, Gisela 489–491  
 Wiesner, Helena 489, 491  
 Wiesner, Josef Hermann (Hersch)  
 489–491  
 Wiesner, Leopold 489 f.  
 Wiesner, Rosa 489  
 Wiesner, Selma Ruth 489, 491  
 Will, Fr. 351  
 Willms 264  
 Windmüller, Margarete 80  
 Winter (Rabbiner) 508  
 Wohlers, Walter 531  
 Wolff, Friederike 116  
 Wünsch, L. E. 201  
 Wunder, Michael 318  
 Wysocki, Casimir Leo 382  
 Wysocki, Max 382, 386  
 Yurman, Sol (Jurmann, Salomon)  
 269–271  
 Zachmann, Cäcilie (geb. Levysohn)  
 494–496  
 Zachmann, Emil Harald 495 f.  
 Zachmann, Fritz 494–496  
 Zachmann, Ilse Herta (geb. Samson) 50,  
 79, 91, 111, 162, 196, 218, 336, 430,  
 494–499, 522  
 Zachmann, Marianne Ruth 494, 496  
 Zachmann, Peter Harald 494–496  
 Zachmann, Philipp 494–496  
 Zachmann, Samuel (Sally) 494–496  
 Zeckel, Abraham 435  
 Zeckel, Paula (geb. Löwenthal) 432, 435  
 Zeckel, Wolf Hendrik 435  
 Zeidmann, Lawrence A. 62  
 Zendig, Walter 141  
 Zinner, Carl 500  
 Zinner, Eugenia (geb. Sternik) 501  
 Zinner, Felix 500, 505  
 Zinner, Ida 500–505, 522  
 Zinner, Leopold 500 f., 505  
 Zinner, Philipp 500, 504 f.  
 Zinner, Rosa (geb. Isenberg) 500 f., 504  
 Zinner, Willy 504  
 Zipper, Marianne (Marjam) (geb. Jur-  
 mann) 269 f.  
 Zipper, Oskar 270  
 Zucker, Anna Amanda Sophie (geb. Lüth)  
 506, 509  
 Zucker, Baruch (Bruno) 506 f.  
 Zucker, Franz 506, 509

## Personenregister

- Zucker, Gertrud 506, 509  
Zucker, Hermann 506–509  
Zucker, Margarete 506, 509  
Zucker, Max 71, 506–509, 522  
Zucker, Minna (geb. Altmann) 506 f.  
Zucker, Sara Selma 506, 509  
Zuckermann, Frieda (geb. Buck) 512  
Zuckermann, Herbert Chaim David 512  
Zuckermann, Ingrid 512  
Zuckermann, Israel (urspr. Sruel) 510 f.  
Zuckermann, Mathilde (geb. Elias) 512  
Zuckermann, Mathilde (urspr. Gusta) 67, 522, 510–513  
Zuckermann, Max (urspr. Moses) 510–512  
Zuckermann, Peter 512  
Zuckermann, Ralf 512  
Zuckermann, Rosa (urspr. Rifka) (geb. Rosenstock) 510 f.  
Zuckermann, Ruth 512  
Zuckermann, Sophie (urspr. Salie) 510  
Zwillenberg, Hugo 398





## Die Hamburger Stolpersteininitiative

Im Jahr 2002 holte Peter Hess die Stolperstein-Aktion nach Hamburg. Er überzeugte Verwaltungsbeamte und Politiker, dass die Stolpersteine auf öffentlichen Gehwegen keine Gefahr für Fußgänger, sondern Denk- und Erinnerungsanstöße für Anwohner und Passanten darstellen. Die Resonanz gab ihm recht, das Projekt fand großen Anklang in Hamburg. Er warb bei Interessierten um Patenschaften, sprach mit Angehörigen, recherchierte im Staatsarchiv, entfaltete rege Pressearbeit und suchte geeignete Verlegeorte ... Schon bald fand er Unterstützerinnen und Unterstützer, die heute die Arbeit mittragen und auch die von der Landeszentrale für politische Bildung bereitgestellte Website betreuen. Gesche Cordes hält die Aktion fotografisch fest.

Wer sich informieren, die Initiative unterstützen oder eine Patenschaft übernehmen will, kann sich wenden an:

Peter Hess

Telefon: 00 49 40 410 51 62

Fax: 00 49 40 45 03 94 53

E-Mail: [stolpersteine.hamburg@yahoo.de](mailto:stolpersteine.hamburg@yahoo.de)

Website: [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de)



*Mit diesem Buch entstand die Projektidee ...*

**Beate Meyer (Hrsg.)**

## **Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945**

**Geschichte. Zeugnis. Erinnerung\***

Annähernd 10 000 Hamburger Jüdinnen und Juden wurden zwischen 1941 und 1945 deportiert und ermordet. Mit Stolpersteinen, die er vor den ehemaligen Wohn- oder Wirkungsstätten verlegt, erinnert der Künstler Gunter Demnig an die Namen, Geburtsjahre und Schicksale der Opfer der NS-Gewaltherrschaft.



Dieses Buch unterstützt das Bemühen um die Erinnerung: Sieben Aufsätze zeichnen das historische Geschehen zwischen 1933 und 1945 nach. Zehn Zeugnisse von Überlebenden ermöglichen einen tiefen Einblick in die leidvolle Erfahrungen der Betroffenen. Schließlich lädt ein Rundgang durch das Grindelgebiet die Leserinnen und Leser zur Spurensuche ein. Er erläutert die Geschichte der Stätten der Verfolgung und enthält biografische Portraits jener 50 Personen, für die Stolpersteine an diesem Weg gesetzt sind.

232 Seiten, 180 Abbildungen, broschiert, 21 x 26 cm

\* Gegen eine Bereitstellungs pauschale von 3 Euro erhältlich über: Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg, oder im Informationsladen Dammtorwall 1, 20354 Hamburg.

**In der Reihe „Stolpersteine in Hamburg – Biographische Spurensuche“  
sind bisher erschienen\*:**



**Hildegard Thevs**  
Stolpersteine in  
Hamburg-Hamm  
*Biographische  
Spurensuche*  
Dezember 2007, 212 Seiten



**Birgit Gewehr**  
Stolpersteine in  
Hamburg-Altona  
*Biographische  
Spurensuche*  
April 2008, 176 Seiten, ver-  
griffen



**Astrid Louven/Ursula Pietsch**  
Stolpersteine in  
Hamburg-Wandsbek  
mit den Walddörfern  
*Biographische  
Spurensuche*  
Mai 2008, 228 Seiten



**Ulrike Sparr**  
Stolpersteine in  
Hamburg-Winterhude  
*Biographische  
Spurensuche*  
November 2008, 323 Seiten



**Christiane Jungblut/  
Gunhild Ohl-Hinz**  
Stolpersteine in  
Hamburg-St. Pauli  
*Biographische  
Spurensuche*  
August 2009, 256 Seiten



**Benedikt Behrens**  
Stolpersteine in  
Hamburg-St. Georg  
*Biographische  
Spurensuche*  
November 2009, 244 Seiten



**Christa Fladhammer/  
Maïke Grünwaldt**  
Stolpersteine in der  
Hamburger Isestraße  
*Biographische  
Spurensuche*  
Mai 2010, 294 Seiten



**Carmen Smiatacz**  
Stolpersteine in  
Hamburg-Barmbek  
und Hamburg-  
Uhlenhorst  
*Biographische  
Spurensuche*

\* Gegen eine Bereitstellungspauschale von 3 Euro erhältlich im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 1, 20354 Hamburg, Öffnungszeiten: Mo.–Do. 12.30 Uhr–17.00 Uhr, Fr. 12.30–16.30 Uhr



**Stolpersteine in den Hamburger Stadtteilen Billstedt – Horn – Borgfelde**  
*Biographische Spurensuche*  
 Februar 2011, 232 Seiten



**Maria Koser/Sabine Brunotte**  
**Stolpersteine in Hamburg-Eppendorf und Hamburg-Hoheluft-Ost**  
*Biographische Spurensuche*  
 2 Bände, Januar 2011, 530 Seiten



**Hildegard Thevs**  
**Stolpersteine in Hamburg-Rothenburgsort**  
*Biographische Spurensuche*  
 Mai 2011, 290 Seiten



**Ulrike Sparr/Björn Eggert**  
**Stolpersteine in Hamburg**  
*Biographische Spurensuche*  
 Januar 2012, 332 Seiten



**Susanne Lohmeyer**  
**Stolpersteine in Hamburg-Eimsbüttel und Hamburg-Hoheluft-West**  
*Biographische Spurensuche*  
 2 Bände, Februar 2013, 630 Seiten



**Barbara Günther/  
 Margret Markert/  
 Hans-Joachim Meyer/  
 Klaus Möller**  
**Stolpersteine in Hamburg-Harburg und Hamburg-Wilhelmsburg**  
*Biographische Spurensuche*  
 Juli 2012, 368 Seiten



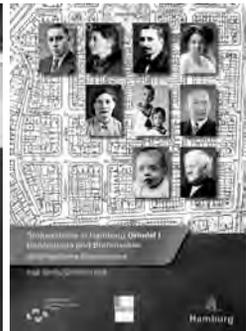
**Ingo Wille**  
**Stolpersteine in Hamburg-Eilbek**  
*Biographische Spurensuche*  
 Mai 2014, 332 Seiten



**Birgit Gewehr**  
**Stolpersteine in Hamburg-Altona**  
*Biographische Spurensuche*  
 Oktober 2015, 564 Seiten



**Frauke Steinhäuser**  
**Stolpersteine in Hamburg-Hohenfelde**  
*Biographische Spurensuche*  
 Mai 2016, 368 Seiten



**Inge Grolle/Christina Igla**  
**Stolpersteine in Hamburg Grindel I**  
*Biographische Spurensuche*  
 November 2016, 368 Seiten



**Frauke Steinhäuser/  
 Ulrike Sparr**  
**Stolpersteine in Hamburg Grindel II**  
*Biographische Spurensuche*  
 April 2017, 444 Seiten

# Datenbankprojekt „Die Dabeigewesenen“

[www.hamburg.de/ns-dabeigewesene](http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene)

## Eine Topographie der NS-Täter/innen, Mitläufer/innen, Denunziant/innen, Profiteur/innen, Karrierist/innen

„Eine Gesellschaft, die sich eine offene und freie Zukunft wünscht, muss [...] über eine Kultur verfügen, die nicht auf dem Verdrängen und Vergessen der Vergangenheit beruht.“

*Mario Erdheim, Psychoanalytiker<sup>1</sup>*

Diese aktuell immer noch so wichtige Aussage bildet den inhaltlichen Ausgangspunkt dieser Datenbank. Sie enthält eine Sammlung mit Kurzprofilen über Menschen, die auf unterschiedlichste Weise an den NS-Gewaltverbrechen in Hamburg Anteil hatten, so als Karrierist/innen, Profiteur/innen, Befehlsempfänger/innen, Denunziant/innen, Mitläufer/innen, Täter/innen, aber auch sogenannte Verstrickte, die z. B. nach durchlittener Gestapo-Folter zum Spitzel wurden.

Dabei werden alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wie Medizin, Justiz, Bildung und Forschung, Verwaltung, Kirche, Fürsorge und Wohlfahrt, Literatur, Theater und Kunst, Wirtschaft, Sport, Polizei und parteipolitische Organisationen u. a. berücksichtigt. In vielen Profilen wird der weitverbreitete Enthusiasmus vieler Deutscher für den Nationalsozialismus, gegenüber „seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, seiner Architektur, seiner Weltanschauung“<sup>2</sup> etc. deutlich. Und es zeigt sich, dass Menschen das NS-System stützten, indem sie z. B., ohne darüber nachzudenken und ohne zu hinterfragen, bereitwillig moralische und soziale Normen des NS-Staats übernahmen. Mit Schaffung der „Ausgrenzungsgesellschaft“ war es für die „Mehrheitsgesellschaft“ möglich, u. a. NS-Rassentheorien praktisch umzusetzen.

Diese Erkenntnis ist angesichts heutiger aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen von Bedeutung. Auf die Frage, ob aus der Geschichte zu lernen sei, bemerkte der Antisemitismusforscher Prof. Dr. Wolfgang Benz: „Wir könnten schon. Wir könnten zum Beispiel lernen, dass der Fremde nicht schuld ist an dem Hass, der ihm widerfährt. Es scheint tatsächlich schwierig zu vermitteln zu sein, dass das Opfer nicht dafür verantwortlich ist,

1 Mario Erdheim, „I hab manchmal furchtbare Träume ... Man vergißts Gott sei Dank immer glei“ (Herr Karl), in: Meinrad Ziegler, Waltraut Kannonier-Finster: Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit, Wien 1993.

2 Raphael Gross, Anständig geblieben, Frankfurt a. M. 2010, S. 17.

## Datenbankprojekt „Die Dabeigewesenen“

dass es totgeschlagen oder misshandelt wird. Juden werden nicht verfolgt, weil an ihnen etwas ist, was sie zu Opfern macht, sondern weil die Mehrheitsgesellschaft Opfer braucht, und zwar zur eigenen Identitätsstiftung. Zuwanderer, Fremde, Andersgläubige werden ausgegrenzt. Das stärkt das Selbstgefühl der Mehrheit.“<sup>3</sup>

In den vorgestellten Profilen liegt der Fokus auf Handlungen und Einstellungen zum NS-Regime. Privates wird nur erwähnt, wenn es für die Haltung zum NS-Regime von Relevanz ist. Darüber hinaus werden – soweit möglich – die Wohnadresse und/oder die Adresse der Arbeitsstätte bzw. des Wirkungsortes der jeweiligen Person zwischen 1933 und 1945 angegeben. Auf diese Weise entsteht eine Hamburg Topographie der Dabeigewesenen, werden konkrete Orte des NS-Geschehens sichtbar.

*Dr. Rita Bake, Dr. Brigitta Huhnke, Katharina Tenti*



3 Wolfgang Benz, „Ich bin schon froh, wenn es nicht schlimmer wird“. Der Historiker Wolfgang Benz über die lange Geschichte der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – und was neu ist an den Pegida-Märschen. Interview: Markus Flohr und Gunter Hofmann, in ZEIT Online vom 21. Dezember 2015, [www.zeit.de/zeit-geschichte/2015/04/wolfgang-benz-pegida-antisemitismus-fremdenfeindlichkeit](http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2015/04/wolfgang-benz-pegida-antisemitismus-fremdenfeindlichkeit).